B. III

<36618198490011
<36618198490011
S
Bayer. Staatsbibliothek

4° J. publ. g. 795

Johann Jacob Moſer,

Königlich-Däniſcher Etats-Rath,

Von der

Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten.

Nach denen Reichs-Geſezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutſchen Staats-Rechts-Lehrern und eigener Erfahrung;

Mit beygefügter Nachricht von allen dahin einſchlagenden öffentlichen und wichtigen neueſten Staats-Geſchäfften, ſo dann denen beſten, oder doch neueſten, und in ihrer Art einigen, Schrifften davon.

Franckfurt und Leipzig,
verlegts Johann Gottlieb Garbe,
1774.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Vorrede.

Es iſt an deme, daß manche derer in diſem Tractat verhandelten Materien allbereits in denen vorhergehenden Theilen meines neuen Teutſchen Staatsrechts abgehandelt worden ſeynd:

Indeſſen ſeynd doch 1. hier auch noch manche anzutreffen, von welchen in denen übrigen Theilen diſes Wercks nichts vorkommt:

Und weil 2. ohne Zweifel Manche die Rechte und Pflichten derer Teutſchen Unterthanen, und derer verſchidenen Gattungen derſelbigen, in ſo ferne ſie in die Staatsverfaſſung des ganzen Teutſchen Reichs, theils unmittelbar, theils mittelbar, einſchlagen, gerne beyſammen haben möchten; ſo habe ich mich die Mühe nicht wollen dauren laſſen, auch davon eine eigene Abhandlung zu liferen; zumalen da ich, in eben diſer Rückſicht, in beſagten vorigen Theilen manches nur kurz berühret habe.

Hinwiederum werde ich das, was in denen vorigen Theilen ſchon hinlänglich abgehandelt iſt, ebenfalls nur kurz anzeigen, und übrigens mich auf jene Stellen beziehen: Dahero freylich beſagte vorige Theile von denen mit zur Hand genommen werden müſſen, welche einen vollſtändigeren Bericht von der ganzen Sache haben wollen.

Endlich werde ich auch diſe Gelegenheit ergreiffen, zu deme, was in denen vorigen Theilen bereits abgehandelt worden iſt, allerley nöthig, oder doch nüzliche und brauchbare Zuſäze zu machen, in Anſehung deſſen, was ſich ſeithero weiter beträchtliches zugetragen hat, oder mir neuerlich zu Handen gekommen, oder ſonſten beygegangen iſt.

Es iſt wahr, manches auch von diſen Sachen kan und pfleget in denen Schrifften über das Teutſche privat-Recht auch mit abgehandelt zu werden; und diſes, in ſo ferne es um die Rechte und Pflichten derer Unterthanen, als privat-Perſonen, zu thun iſt, billig und nothwendig: Aber eben ſo billig und nothwendig iſt es auch, daß es in dem allgemeinen und beſonderen Staatsrecht nicht übergangen werde, in ſo ferne diſe Sachen einen Theil unſerer allgemeinen Reichs- und der beſonderen Landesverfaſſungen ausmachen; daß iſt, in die Geſezgebende Macht, Streitigkeiten und Verträge zwiſchen Herrn und Unterthanen, die von denen Landesherrn erhaltene Kayſerliche Privilegien, die Rechtskrafft des Herkommens in Landesverfaſſungsſachen, u. ſ. w. einſchlagen.

Iſt und bleibet aber doch jemand anderer Meynung, und glaubet, die Entia würden ſolchergeſtalten ohne Noth multiplicirt, oder die Wiſſenſchafften zu ſehr confundirt oder getrennet; ſo bin ich es auch zufriden, und er kan entweder diſes Stück un-

gekaufft

gekaufft laſſen, oder es unter das bürgerliche Recht rangiren: Villeicht findet er aber doch einiges brauchbares darinn, oder auch etwas, das er nicht aller Orten, oder wohl gar ſonſt nirgend, antrifft.

Wir haben von denen in diſem Werck vorkommenden Materien wenige allgemeine Reichsgeſeze; ſondern das meiſte beruhet auf denen beſonderen Landesverfaſſungen: Diſe nun kommen zwar öffters in manchem überein; in noch weit mehreren Stücken aber gehen ſie gar ſehr von einander ab: Indeſſen iſt es doch angenehm und nüzlich, zu wiſſen, worinn unſeres einigen Teutſchen Staatscörpers ſo vile einzelne Theile entweder eine gleiche oder auch eine ungleiche Geſtalt haben:

Weil aber mein Plan nicht geſtattet, gleichſam von Haus zu Haus, oder von Land zu Land, zu gehen; ſo kan und muß ſich auch der Leſer begnügen, wann er nur einige Beweiſe und Beyſpile, bald von mehreren, bald von wenigeren, bald auch nur von einzelnen, Landen und Gebieten antrifft; je nachdeme es die Umſtände, oder mein darzu geſammleter Vorrath, geſtattet haben.

Endlich habe ich auch von denen Schrifften, die in denen hier berührten Materien nachgeſchlagen werden können, derer älteren (ohnehin meiſtens mehr in die privat- als Staats-Rechtsgelehrſamkeit einſchlagenden,) mit Fleiß nicht gedencken wollen; ſondern überlaſſe es dem Leſer, dißfalls bey JENICHEN, STRUVEN, HOFFMANN, und Herrn Hofrath von SELCHOW, nachzuſchlagen: Hingegen habe ich, derer erſt kürzlich darinn zum Vorſchein gekommenen einige Erwehnung zu thun, nicht für undienlich ermeſſen.

Uebrigens bekümmere ich mich hier gar nicht um das, was in diſen oder jenen Fällen gemeinen geſchribenen Rechtens iſt, oder was diſe oder jene Rechtsgelehrte in ein- oder anderem Fall denen Rechten gemäß zu ſeyn erachten; ſondern ich rede, bereits gemeldetermaſſen, eigentlich auch hier nur von deme, 1. worüber zwiſchen Teutſchen Landesherrn und deren Landſtänden, oder anderen Unterthanen, auf Landtägen, oder ſonſt, gehandelt oder geſtritten worden iſt, und wie man ſich etwa endlich dißfalls verglichen hat; oder was 2. die höchſte Reichsgerichte darinn für einen Ausſchlag gegeben haben; oder 3. wie ſich das Landesherrliche Geſezgebungsrecht in ein- oder anderem geäuſſert hat: oder 4. wie ſonſten die particular-Verfaſſungen derer Teutſchen Lande, Stiffter, Orden, nach ihren Statuten, oder dem Herkommen, beſchaffen ſeynd.

Und diſes iſt es, was ich voraus habe erinneren wollen, um die Abſicht gegenwärtigen Werckes zu dem Ende zu erkennen zu geben; damit, wie billig, das Buch nach meiner Abſicht und Plan beurtheilet werde, und nicht, wie etwa ein anderer den ſeinigen formiret hätte, wann er von diſer Materie hätte ſchreiben ſollen oder wollen.

Innhalt.

Erſtes Buch.

Von denen Teutſchen Unterthanen, wie auch deren Rechten und Pflichten, überhaupt.

1. Cap. Von denen Teutſchen Unterthanen überhaupt. ꝛ S. 1
2. Cap. Von der Norm, wornach derer Teutſchen Unterthanen Rechte und Pflichten zu beurtheilen ſeynd. ꝛ ꝛ ꝛ 9
3. Cap. Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung des Kayſers, des Reichs, der Reichsſtände, und der Reichsgerichte. ꝛ ꝛ ꝛ ꝛ 15
4 Cap. Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Landesherrn überhaupt. ꝛ ꝛ 42
5. Cap. Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung anderer einzelner Reichsſtände, wie auch auswärtiger Machten, und beyder Unterthanen. ꝛ ꝛ 56
6. Cap. Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Perſonen überhaupt. ꝛ ꝛ ꝛ 67
7. Cap. Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Güter und Vermögens überhaupt. ꝛ 74

Zweytes

Zweytes Buch.

Von denen Rechten und Pflichten ganzer Corporum und Geſellſchafften Teutſcher Unterthanen.

1. Cap. Von Landſtänden. . . . . S. 85
2. Cap. Von ganzen Bezircken. 147
3. Cap. Von einzelnen Communen beſonders denen Stätten. 160
4. Cap. Von anderen Geſellſchafften. . . . 261

Drittes Buch.

Von denen Rechten und Pflichten gewiſſer beſonderer Gattungen Teutſcher Unterthanen.

1. Cap. Von denen Geiſtlichen. . . . S. 272
2. Cap. Von geiſtlichen- oder Kirchengütern. . . 339
3. Cap. Von denen geiſtlichen Ritterorden. . . 347
4. Cap. Von dem Adel. 380
5. Cap. Von adelichen Gütern. 426
6. Cap. Von dem burgerlichen Stand. . . . 459
7. Cap. Von burgerlichen Gütern. 474
8. Cap. Von Bauern. 475
9. Cap. Von Bauern-Gütern. 482
10. Cap. Von denen Leibeigenen. 493
11. Cap. Von noch mehreren beſonderen Gattungen mittelbarer Perſonen. 508

Viertes Buch.

Von Grund- oder Gutsherrſchafften und Unterthanen.

1. Cap. Von Grund- oder Gutsherrſchafften . . S. 516
2. Cap. Von Grund- oder Gutsunterthanen oder Hinterſaſſen. 562

Erſtes

Erſtes Buch.

Von denen Teutſchen Unterthanen, wie auch deren Rechten und Pflichten, überhaupt.

Erſtes Capitel.

Von denen Teutſchen Unterthanen überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Unterthanen, was? §. 2. Wer? §. 3. Mehrerer Herren Unterthan. §. 4. Kennzeichen eines Unterthanens. §. 5. Art, es zu werden. §. 6. Annahm. §. 7. Beweis der Unterthänigkeit. §. 8. Richter. §. 9. Gattungen der Unterthanen. §. 10. Perſonelle u. reelle. §. 11. Gemeinſchaftliche ꝛc. §. 12. Un- und mittelbare. §. 13. Ehlich gebohrene ꝛc. §. 14. Gebohrene oder angenommene. §. 15. Unterſchid der Religion, §. 16. und des Standes. §. 17. Freye, oder nicht. §. 18. Befreyte oder nicht. §. 19. Corpora ꝛc. §. 20. Landſaſſen. §. 21. Aufhörung, ein Unterthan zu ſeyn. §. 22. Zeitliche Unterthanen. §. 23. Mehreres remiſſive.

§. 1.

Unter Teutſchen Unterthanen verſtehe ich hier diejenige Einwohner und Glider des Teutſchen Reichs, welche nicht unmittelbar unter dem Kayſer und Röm. Reich, ſondern unter einem Reichsſtand, oder doch einem anderen Reichsunmittelbaren Herrn, ſtehen. Unterthan, was?

Im Lateiniſchen iſt *Subditus* und *Civis* in weitläuftigeren Verſtand einerley; in engerem und eigentlichem hingegen ſeynd

 ſie

ſie eben ſo unterſchiden, wie im Teutſchen: Unterthan, und: Burger: Ein jeder Burger iſt auch ein Unterthan; aber nicht ein jeder Unterthan iſt auch ein Burger.

In noch genauerem Verſtand wollen Einige nur die Bauern, als die geringſte Claſſe derer Unterthanen, unter diſem Namen verſtehen: Ich wüßte aber kein Land, wo die Staatsſprache diſes mit ſich brächte.

§. 2.

Wer? Ordentlicher Weiſe ſeynd Alle, ſo ſich in eines Reichsſtandes, oder anderen Reichs-Unmittelbaren, Gebiet aufhalten, auch deſſelbigen Unterthanen:

Doch können Verträge, das Herkommen, und andere hinlängliche Rechtsgründe, darinn eine Ausnahm machen.

Die Perſonen geiſtlichen Standes ſeynd bey denen Evangeliſchen durchaus und auch in Amtsſachen landesherrliche Unterthanen: Bey denen Catholiſchen hingegen ſtehen ſie zwar in weltlichen Dingen unter der Landesherrſchaft, in Amtsſachen aber, wie auch was ihre Perſonen betrifft, unter der geiſtlichen Obrigkeit, die der Landesherr wann er ſelbſt geiſtlichen Standes iſt, dabey hat, wann er aber weltlichen Standes iſt, ſie nicht hat.

Die Burger einer Reichsſtatt ſeynd des Magiſtrats Amtsuntergebene; aber nicht ſeine Unterthanen: Hat aber eine Reichsſtatt ein Gebiet, ſeynd deſſen Bewohnere, wie auch die Einwohnere der Reichsſtatt ſelber, welche nicht Burger ſeynd, allerdings Unterthanen; aber der Statt, und nicht des Magiſtrats allein.

Ob die Lehenleute Unterthanen ſeyen? kommt auf die Landesverfaſſungen an: Ordentlicher Weiſe ſeynd ſie es in Franken, Schwaben und am Rhein nicht; wohl aber in dem übrigen Teutſchland.

Es kan Jemand ein Reichsſtand, und zwar auch von einer höheren Claß, ſeyn; und doch zugleich auch ein Unterthan eines ſeiner Reichsmitſtände, in Abſicht auf gewiſſe von ihme beſizende mittelbare Güter; ſ. des T. Nachbarlichen Staatsrechts, 3ten Buchs 3tes Cap. „Von eines Reichsſtandes landſäßigen Privatgütern, Rechten und Gefällen, in eines Reichsmitſtandes Landen;“ S. 225. u. f.

Das

Das mehrere von dem bißhero geſagten ſehe man in des Tr. von der Landeshoheit überhaupt ganzem 5. Cap. „ Ueber wen ſich die Landeshoheit erſtrecke, oder nicht?“ S. 70. u. f.

§. 3.

Einerley Perſon kan in Anſehung ihrer Perſon, (auch auſſerhalb des unten berührten Falles einer gemeinſchafftlichen Landeshoheit,) mehrere Landesherrn haben; wo ſo dann des einen oder anderen Gerichtbarkeit ſich nach dem Ort des Aufenthalts, des Contracts, des Verbrechens u. ſ. w. äuſſern kan, oder nicht. Mehrerer Herren Unterthan.

Noch öffter und leichter aber geſchiehet es, daß Jemand in Anſehung verſchidener Güter oder Grundſtücke auch mehrere Landesherren hat; da jedes Landeshoheit ſich allein und allezeit über das erſtreckt, was in ſeinem Gebiet gelegen iſt.

§. 4.

Das Kennzeichen eines a) landesherrlichen Unterthanens iſt, wann der Landesherr ihme in allen, oder doch denen meiſten und wichtigſten, Rechten, welche zuſammen die Landeshoheit ausmachen, zu befehlen hat. Kennzeichen eines Unterthanens.

Die Kennzeichen eines b) Landesſaſſens Unterthanen aber ſeynd, wann der Guts- oder Grundherr, wo nicht die hohe und nidere, doch wenigſtens die nidere, Gerichtbarkeit, über eine Perſon und deren Güter, oder nur über die Perſon oder nur über die Güter, hat.

§. 5.

Die gemeineſte Weiſe wodurch Jemand ein Unterthan eines Reichsſtandes ꝛc. wird, iſt die Geburt von Eltern, ſo diſes Landesherrns Unterthanen ſeynd. Art, es zu werden.

Die andere Art iſt, wann einer, der von Geburt nicht eines gewiſſen Regentens Unterthan iſt, denſelbigen freywillig zu ſeinem Landesherrn annimmt, und ſich als deſſen Unterthanen bekennet.

Wann ein Ausländer Dienſte im Land annimmt, wird und bleibt er, (wann er ſich nicht auf andere Weiſe zum Unterthanen macht,) zwar allerdings ein Landesherrlicher Unterthan; aber nur ſo lang, als er in Dienſten bleibt, und ſich nach Endigung derſelbigen im Land aufhält.

So auch ein Fremder, der ſich in einem Lande (ohne Ankauffung ligender Güter,) niderläßt, um darinn, ſo lang es ihme beliebt, vor ſein Geld zu leben.

Wann aber Jemand ligende Güter erkaufft, oder ſonſt an ſich bringt, kommt es auf die Landesverfaſſung an, ob und wie ferne er dadurch ein beſtändiger Unterthan werde oder nicht; und zwar, wann er auf dem Gut wohnt, oder nicht wohnt?

Durch die Kriegsgefangenſchafft wird man zwar des Landesherrns Unterthan; doch nur ſo lang, als die Kriegsgefangenſchafft und der Auffenthalt im Lande dauert.

§. 6.

Annahm. Die Annahm eines Fremdens zum Unterthanen geſchiehet ordentlicher Weiſe allein durch den Landesherrn, oder deſſen nachgeſezte Collegia, Gerichte und Beamte; es ſeye dann, daß gewiſſe Landſaſſen, Gemeinden, ꝛc. dißfalls zu einem mehreren beſonders berechtiget ſeyen.

Eingebohrene ſeynd zwar gebohrene Unterthanen, aber nicht allemal würckliche Unterthanen oder Burger.

Ein Landesherr darff ordentlicher Weiſe auswärtiger Machten, oder anderer Teutſcher Reichsſtände, bisherige Unterthanen oder reſp. Burger zu ſeinen Unterthanen annehmen; es wären dann 1. Verträge zwiſchen ihme und dem alten Landesherrn deswegen vorhanden; oder 2. es wäre einem Unterthanen oder Burger durch Kayſerliche Privilegien, Landesverträge, u. ſ. w. verboten, ohne Erlaubniß ſeines Landesherrns oder Obrigkeit, anderwärts hinzuziehen; zumalen 3. Leibeigenen.

Wann auch ein bisheriger Unterthan oder Burger vor ſeinem Ab- und Auszug, nach der Landes- Statt- oder Orts-Verfaſſung, ein- oder anderes zu beobachten oder zu präſtiren hat, muß demſelbigen allerdings nachgelebet werden.

§. 7.

Beweiß der Unterthänigkeit. Der Beweis, daß Jemand ein Unterthan ſeye, wird in Poſſeſſorio dadurch geführt, wann man darthut, daß man ſich im Beſitz, wenigſtens der meiſten und vornehmſten, Stücke der Landeshoheit über ihn befinde, und in Petitorio, daß man zu ſolchem Beſiz aus diſem oder jenem rechtmäßigen Grund, z. E.

Kauff,

Kauff, unfürdencklichem Herkommen, u. ſ. w. berechtiget, oder daß die Perſon in dem Land (und zwar nicht bloß zufälliger Weiſe,) gebohren ſeye, die Landeshuldigung geleiſtet habe, u. ſ. w.

§. 8.

Entſtehet Streit darüber; wer iſt Richter darinn? Nach Beſchaffenheit des angeblichen Landesherrns und ſeiner Art zu verfahren, bald der Kayſer und Reich zuſammen, (wann der Beklagte unter keinem Reichsgericht ſtehet,) bald ein Reichsgericht, bald die Austräge: In dem hergebrachten Beſiz aber darf ſich jeder ſelbſt erhalten. Richter.

§. 9.

Man kan die teutſche Unterthanen in verſchidener Abſicht auf gar vilerley Weiſe in beſondere Claſſen und Gattungen bringen. Gattungen der Unterthanen.

§. 10.

1. Einige ſeynd Unterthanen in Anſehung ſo wohl ihrer Perſonen, als auch ihrer Güter, (aller, oder doch einiger;) 2. Andere ſeynd es nur in Anſehung ihrer Perſonen; 3. und noch Andere nur in Anſehung ihrer Güter. Perſonelle und reelle.

§. 11.

In Anſehung der Theilhabere an der Landeshoheit ſtehet ein Unterthan entweder unter einem einigen Landesherrn, oder unter mehreren. Gemeinſchaftliche ꝛc.

Seynd der Theilhabere an der Landeshoheit mehrere, üben ſie ſelbige über die Unterthanen entweder gemeinſchaftlich aus, oder die Unterthanen, oder die Rechte über ſie, ſeynd auf diſe oder jene Art getheilt, oder die Verwaltung der Landeshoheit wechſelt unter ihnen ab.

§. 12.

In Anſehung des Landesherrns ſeynd einige Unterthanen unmittelbar, andere mittelbar: Unmittelbare ſeynd, die auſſer dem Landesherrn keinen andern Herrn haben; mittelbare aber, die auſſer dem Landesherrn in gewiſſen Stücken noch einen andern Herrn haben. Un- und mittelbare.

Die unmittelbare Landesherrliche Unterthanen ſeynd in gröſſeren Landen wiederum von gedoppelter Art: Einige ſtehen unmittelbar unter des Landesherrns höheren Collegiis und Ge-

 richten;

richten; Andere hingegen auch unter denen Landesherrlichen Beamten und nideren Gerichten.

In einigen Landen, pflegen jene Schrift- oder Canzleyſaſſen, diſe aber Amtſaſſen, genennet zu werden.

Von einem an das Cammergericht gediehenen Proceß: Ob eine gewiſſe Privatperſon Canzleyſäßig oder unter das Amt gehörig geweſen ſeye? ſehe man den Freyherrn von CRAMER. (1)

§. 13.

Ehlich gebohrene ꝛc.

In Anſehung der Geburt ſeynd die Unterthanen ehlich gebohren, oder nicht; welches, nach Beſchaffenheit der Landesverfaſſungen und der Fälle, oft in Anſehung ihrer Rechten und Pflichten mancherley Unterſchid nach ſich ziehet.

§. 14.

Gebohrene oder angenommene.

Eben diſes iſt auch von dem Unterſchid zu ſagen, da Einige gebohrene, Andere hingegen erſt neuerlich angenommene, Unterthanen ſeynd.

§. 15.

Unterſchid der Religion,

In Abſicht auf die Religion ſeynd die Unterthanen ordentlicher Weiſe Chriſten; an vilen Orten aber werden auch Juden, an einigen ſogar Mahometaner, Griechen ꝛc. geduldet.

Die chriſtliche Unterthanen ſeynd entweder der Reichs- und Landesverfaſſungsmäßigen Landesreligion zugethan, oder nicht.

§. 16.

und des Standes.

In Anſehung des Standes ſeynd die Unterthanen: 1. Geiſtliche oder Weltliche; 2. Edle oder Unedle; 3. Characteriſirte oder nicht; 4. ſonſt Angeſehene oder gemeine.

§. 17.

Freye, oder nicht.

In Anſehung der Freyheit ſeynd einige Unterthanen, was ihre Perſonen betrift, frey; andere hingegen leibeigen.

§. 18.

Befreyte, oder nicht.

In Anſehung der Gerechtſamen ſeynd einige gefreyte, oder mit vorzüglichen Rechten begabte, andere aber gemeine oder ungefreyte, Unterthanen.

§. 19.

Corpora ꝛc.

In Anſehung gewiſſer Verbindungen werden die Unterthanen

(1) in ſeiner Nebenſt. 13. Theil, S. 169.

thanen entweder als ganze Corpora, Collegia, Gemeinden, oder andere Geſellſchaften, oder als einzelne Perſonen, betrachtet.

§. 20.

Ein Landſaß iſt 1. ein Unterthan, der in eben dieſem Land oder Gebiet ſelber wieder eigene Unterthanen hat; oder der 2. doch ein Rittergut, Hof, u. d. ohne Unterthanen, beſizet. Landſaſſen

Nicht ein jeder Landſaß iſt auch ein Landſtand; und nicht ein jeder Landſtand auch ein Landſaß.

Herr Geh. Rath ESTOR (1) theilet die Landſaſſerey ein in die 1. ſtrengeſte, 2. völlige, und 3. halbvöllige. Die ſtrengeſte ſuchet er in Oeſterreich; die völlige im Bayriſchen und Pfalz-Neuburgiſchen; alsdann redet er von der Sachſen-Weimariſchen Landſaſſerey nach dem Wahne einiger daſigen Bedienten, und endlich von der Chur-Sächſiſchen Landſaſſerey, auch den ächten Gedancken davon.

Ferner handelt er von der erforderlichen Landſaſſerey zur Stifftsmäßigkeit in Heſſen.

Von der Eintheilung in Canzley- oder Schrifft- und Amtsſaſſen habe ich ſchon oben geredet:

§. 21.

Ein Unterthan höret auf, ein ſolcher zu ſeyn: 1. Wann der Landesherr ihne diſer Verbindung erläſſet, ob jener gleich im Land bleibt; 2. wann der Landesherr den Unterthanen aus dem Land ſchafft; 3. wann der Unterthan das Recht hat, auſſer Landes zu ziehen, und ſich deſſen, würcklich bedienet; ob er ſich gleich etwa den Regreß in das Land vorbehält. Aufhörung, ein Unterthan zu ſeyn.

§. 22.

Ordentlicher Weiſe ſeynd alle Unterthanen beſtändige Unterthanen, die es verbleiben, ſo lang ſie leben, oder nicht ihre beſtändige Wohnung anderwärts aufſchlagen: Es gibt aber auch Unterthanen, die es ordentlicher Weiſe nur eine Zeitlang ſeynd. Zeitliche Unterthanen.

Dergleichen ſeynd unſtreitig Alle, die ſich in eines Reichsſtandes oder anderen Reichsunmittelbaren Land oder Gebiet aufhalten, a) nicht in der Abſicht, ihre beſtändige Wohnung darinn

(1) in ſeiner neu. klein. Schriſt. 1. Band, S. 49. u. f. 60.

darinn zu nehmen, und b) die keine Souverainen, Prinzen vom Geblüt, Geſandte, oder zu deren Gefolg gehörige Perſonen, Couriers, u. d. ſeynd: Wegen diſer lezt benahmſten Perſonen aber iſt es gewiſſer maſſen nicht ſo ganz ausgemacht.

Solcherley zeitliche Unterthanen ſeynd zwar meiſtens zu keiner Erbhuldigung verbunden; müſſen ſich aber dennoch denen Landesgeſezen gemäß betragen: Wiewohl auch darinn nicht allemal ſo gegen ſie verfahren werden kan, wie gegen die Eingeſeſſene.

vid.

SCHOTT (Aug. Frid.) oder Carl Franz Böſchens, Diſſ. de vi Legum civilium in Subditos temporarios. Leipzig, 1772. 4. ſ. H. Schotts Critic, 4. Band, S. 753.

Und wie ſie der beſonderen Freyheiten derer Landeseingeſeſſenen ſich nicht zu erfreuen haben; ſo können ihnen auch, wann ſie nichts kauffen, verkauffen, ꝛc. die beſondere Beſchwerden derer Landeseingeſeſſenen nicht aufgelegt werden; auſſer in Fällen, wo die obriſte Herrſchafft Plaz greiffet.

Endlich kan ein zeitlicher Unterthan ſich ordentlicher Weiſe wieder nach Belieben auſſer Landes begeben; es ſeye dann, daß er wegen Schulden, Contracte, Verbrechen, u. d. belanget werden könne.

§. 23.

Mehreres remiſſive.

Mehreres hievon ſehe man:

1. In meinem Tr. von der Reichsſtände Landen ꝛc. in des 3ten Buchs 1. Cap. von denen Teutſchen Unterthanen überhaupt, und deren verſchidenen Gattungen;

2. In meinem Tr von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen und Vermögens, Cap. 1. von Unterthanen überhaupt, und deren verſchidenen Gattungen; 2. Cap. von denen Juden; 3. Cap. von zeitlichen Unterthanen; 4. Cap. von Erwerbung des Rechts über der Unterthanen Perſonen; 5. Cap. von der Unterthanen Annahm.

3. In meinem Tr. von der T. Juſtiz-Verfaſſung, 1. Buchs 4. Cap. von dem Gerichtsſtand derer mittelbaren Reichsglider.

4. Im Tr. von der Landeshoheit überhaupt, Cap. 7.

5. Im Tr. von der Landeshoheit im Geiſtlichen, im 2ten

Buch, Cap. 5. im 3ten Buch, Cap. 5. im 4ten Buch, Cap. 5.

6. In dem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht, im 4ten Buch, Cap. 9.

Endlich kommen auch unten in dem 3ten Buch vile eigene Capitel vor, ſo das bißhero geſagte ferner erläutern.

Zweytes Capitel.
Von der Norm, wornach derer Teutſchen Unterthanen Rechte und Pflichten zu beurtheilen seynd.

Innhalt.

§. 1. Beurtheilungsgründe. §. 2. Local = 2c. Freyheiten 2c. §. 3. Lägerbücher 2c. §. 4. Landesverträge 2c. §. 5. Beſonderes Herkommen. §. 6. Landesgeſeze. §. 7. Erkenntniſſe der Reichsgerichte 2c. §. 8. Reichsgeſeze. §. 9. Reichsherkommen. §. 10. Gemeine Rechte. §. 11. Allgemeines Staatsrecht. §. 12. Nicht = Gebrauch der Rechte.

§. 1.

Ehe ich mich nun weiter an die Sache ſelbſt mache, wird nicht undienlich ſeyn, kürzlich zu prüfen: Nach was für Gründen die Rechte und Pflichten derer Teutſchen Unterthanen zu beurtheilen ſeyen, und in welcher Ordnung ſelbige auf einander folgen. Beurtheilungsgründe.

§. 2.

Vornen an ſtehen ohne Zweifel die beſondere Freyheitsbrieffe, und die beſondere Verträge zwiſchen der Landesherrſchafft und Unterthanen, welche nur einige oder einzelne Gegenden, Orte, Familien, Perſonen, Güter, u. ſ. w. angehen. z. E. Local = 2c. Freyheiten 2c.

In der Bayriſchen erläuterten Landesfreyheit heißt es Part. 4. Art. 15. daß diſe allgemeine Erläuterung denen beſonderen Rechten, womit diſer und jener begabt ſeye, nichts derogire.

Dabey verſtehet ſich von ſelbſten, daß dergleichen beſondere Freyheiten oder Verträge Reichs = und Landesverfaſſungsmäßig eingerichtet, mithin keinem befugten Widerſpruch eines Dritten ausgeſezet ſeyn müſſen.

 z. E.

Z. E. der Würtembergiſchen neuangelegten Statt Ludwigsburg wurden von ihrem Stiffter, Herrn Herzog Eberhard Ludwigen, Privilegien ertheilt, welche der Landesverfaſſung nicht in allem gemäß waren; ſie wurden dahero von Deſſen Regierungs-Nachfolgern, Herrn Herzog Carl Alexandern, An. 1737. nur mit feiner Maaß confirmirt, und Herr Herzog Carl hohlte zuvor ſeiner Collegien und Landſtände Gutachten ein, ehe Er ſie im Jahr 1752. auf eine noch mehr eingeſchränckte Weiſe beſtättigte (1).

§. 3.

Läger-Bücher ꝛc.

2. Die wohl in allen Landen in Teutſchland vorhandene Saal- und Lager-Bücher, Weisthümer, u. ſ. w. beſtimmen gleichfalls die Local-Gerechtſame und Pflichten ſo wohl der Landesherrſchafft, als auch derer Landſaſſen, Gemeinden, und einzelnen Unterthanen.

Von diſer Materie habe ich in meines Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen, 5. Cap. §. 11. mit mehrerem geredet.

§. 4.

Landes-verträge ꝛc.

3. Folgen die allgemeine Landesfreyheiten und Landesverträge.

Diſe Materie habe ich meines Tr. von der Reichsſtände Landen ꝛc. ganzem 4tem Buch, von S. 940. biß 1189. umſtändlich alſo abgehandelt: 1. Cap. Allgemeine Vorerinnerungen. 2. Cap. Von denen Landesfreyheiten und Verträgen derer einzelnen Lande in Teutſchland. 3. Cap. Von denen verſchidenen Gattungen derer Landesfreyheits-Brieffe u. Verträge. 4. Cap. Von denen Gründen, worauf die Landesfreyheiten und Verträge beruhen. 5. Cap. Von der Landesfreyheiten und Verträge zu Standebringung. 6. Cap. Von ausdrücklichen und ſtillſchweigenden Clauſuln derer Landesfreyheiten und Verträge. 7. Cap. Von Einſchränck- oder Ausdehnung des Landesherrns oder der Unterthanen Gerechtſame durch Landesfreyheiten und Verträge. 8. Cap. Von der Landesfreyheiten und Verträge Verbindlichkeit; 9. Cap. Von ihrer Beſtättigung; 10. Cap. Von ihrer Anwen-

(1) ſ. mein Teutſch. Staatsarch. 1753. 1. Band, S. 534.

Anwendung, Erklärung, Erläuterung, Ausdehnung und Miß-brauch; 11. Cap. Von derſelben Verlezung, Vertheidigung, auch Manutenir- und Garantirung ꝛc. 12. Cap. Von ihrer Erlöſchung, Aufhebung und Abänderung.

Auch habe ich in meiner *Diſſ. de Pactis & Privilegiis circa Religionem & alia Eccleſiaſtica*, kurz, aber nervos, gezeigt, auf was für mancherley Umſtände, Fälle und Rechtsfragen es bey diſer Materie ankommen könne; welches man meiſtens in ſeiner Maaſſe, auch auf die Landesfreyheiten und Verträge im Weltlichen anwenden kan.

Uebrigens will ich deme, was ich in ermeldtem Tr. von der Reichsſtände Landen ꝛc. davon gemeldet habe, unten noch allerley Zuſäze beyfügen.

Was für ein groſſer Unterſchid in Anſehung derer Bayri-ſchen Freyheitsbrieffe ſeye, und wie die wenigſte davon ſich über ganz Bayern erſtrecken, iſt bey dem Freyherrn von KREITT-MAYR (1) zu erſehen.

Ingleichem beantwortet er (2) die Frage: Ob ſich alle Bayriſche Handveſten und Freyheiten auch auf die obere Pfalz und die Grafſchafft Cham erſtrecken? mit Unterſchid.

* * *

Von Landesherrlichen Reſolutionen, ſo Landſtänden er-theilet werden, und derſelben Verbindlichkeit findet ſich eine eigene Abhandlung in meinen An. 1768. gedruckten neueſten kleinen Staats-Schrifften, S. 292. u. f.

In dem Mecklenburgiſchen Erbvergleich von 1755. wur-den §. 3. 4. und 518. die zur Zeit des im Jahr 1701. errichteten Vergleichs mit-beſtättigte und ertheilte Reſolutionen der Gravaminum ausdrücklich als unumſtößlich erneuert.

§. 5.

4. Ein groſſer Theil der Gerechtſamen, ſo wohl derer Landſtände in Corpore, als auch derer einzelnen Communen ꝛc. beruhet auf dem Herkommen; dahero daſſelbige überall in An-ſehung der Landes-Verfaſſung von groſſer Beträchtlichkeit iſt. Beſonderes Herkommen.

(1) ad Cod. Bavar. iudic. Cap. 1. §. 21. p. 33.
(2) S. 34.

In dem Bayriſchen Cod. civ. von 1756. 1. Theil, 2. Cap. 15. §. wird gemeldet: „Gewohnheitsrecht, oder Herkommen, (Jus conſuetudinarium,) beruhet 1. auf einem ſolchen Gebrauch, welcher nicht nur den Willen der Gemeinde, ſondern auch die Landsherrſchafftliche Miteinſtimmung, muthmaslich anzeigt. Solchemnach muß derſelbe 2. vernünftig, offentlich, widerholt, beſtändig, gleichförmig, und zwar in- oder auſſergerichtlich ſeyn. 3. Wird wenigſt ein Zeitverlauff von 30. Jahren hierzu erfordert; ausgenommen in Sachen, wo die Rechten eine minder- oder mehrere Zeit inſonderheit beſtimmen, oder wo es nicht um die Einführung eines neuen, ſondern nur um Beſtättig- oder Erläuterung eines vorigen zweifelhafften Rechts zu thun iſt. Und wie nun 4. eine ſolche rechtmäßige Gewohnheit vim Legis hat; ſo hebt ſie das ältere geſchriben- oder ungeſchribene Recht allerdings auf; wird aber hingegen auch 5. von dem jüngeren Geſäz, oder widrigen Gebrauch, (jedoch in Conformität obigen 1. Cap. 12. §.) ebenfalls wiederum aufgehoben. 6. Soll man das Herkommen, ſonderbar jenes, welches gegen geſchribenes Recht laufft, niemal auszudehnen, ſondern vilmehr einzuſchrencken ſuchen; und wer ſich 7. darauf beziehet, der ſoll ſolches, ſo weit es nicht ohnehin ſchon kund- und offenbar iſt, gnugſam beweiſen.“

Ich ſelbſten habe von dem Herkommen in Landesverfaſſungs-Sachen eine eigene Abhandlung geſchriben; welche nächſtens in meinen Abhandlungen verſchidener Rechtsmaterien das Licht erblicken wird.

§. 6.

Landesgeſeze. 5. Landesgeſeze und Ordnungen, auch einzelne Edicte, General-Reſcripte, u. d. die zwiſchen dem Landesherrn, und deſſen Landſtänden, oder anderen Unterthanen, ſo, wie man ſich darüber zwiſchen Herrn und Land verglichen hat, ausgegangen ſeynd, gehören in der That in die Claſſe derer Landesverträge; und findet alſo das von denen lezteren geſagte auch in Anſehung derſelbigen ſtatt.

Wann aber ein Regent ein Geſez ꝛc. zwar mit ſeinen Landſtänden ꝛc. vor der Bekanntmachung communiciret und deren Gutachten darüber erfordert, ſich aber nicht daran gebunden hat;

hat; ſo kan es gegen die Unterthanen auch in denen Stellen, darein ſie nicht bewilliget haben, nicht gelten, in ſo weit ſelbige ihre Gerechtſame berühren und ihre Einwilliguug darzu vonnöthen geweſen wäre.

Und eben diſes iſt auch von denen Geſezen, Edicten, General-Reſcripten, u. ſ. w. zu ſagen, wegen welcher zwiſchen Herrn und Land gar nicht communiciret worden iſt.

Ueberhaupt mag jedoch hierinn die Landesverfaſſung und das Herkommen nicht in allen Teutſchen Landen gleich ſeyn.

§. 7.

6. Wann es zwiſchen Reichsſtänden und deren Landſtänden, oder anderen Unterthanen, zu Streitigkeiten gediehen iſt, welche ſo dann durch obriſt-richterlichen Spruch eines derer höchſten Reichsgerichte entſchiden worden ſeynd, und nachhero kein anderes verglichen worden iſt; ſo muß es allerdings dabey verbleiben. Erkenntniſſe der R. Gerichte ꝛc.

In obgedachtem Mecklenburgiſchem Erbvergleich von 1755. werden §. 3. und 4. die ergangene Kayſerliche und Reichs-Vicariats-Erkenntniſſe, §. 518. die während der (damaligen) Mißhelligkeiten ergangene Recht- und Verfaſſungsmäßige, (1) Krafft diſes nicht anders verglichene, allerhöchſte Kayſerliche und Vicariats-Concluſa von neuem beſtättiget.

Eben diſe Bewandtniß hat es auch mit denen rechtskräfftig gewordenen Sprüchen 1. derer legal-conventional-Stamm- und privilegirten Austräge; 2. derer erwählten Schiedsrichtere; und 3. derer unpartheyiſchen auswärtigen Rechtsgelehrten, an welche dergleichen Streitacten zum Spruch Rechtens verſandt worden ſeynd.

§. 8.

7. Alsdann kommt es auf die Reichsgeſeze an; in ſo ferne dieſelbige etwas in Anſehung derer Gerechtſamen oder Pflichten derer Landesherrn, oder ihrer Unterthanen, verſehen. R. Geſeze.

(1) Was wollen diſe Worte ſagen, die entweder hätten deutlicher gegeben oder ausgelaſſen werden ſollen, wann ſie keinen Saamen neuer Uneinigkeiten abgeben ſollen.

Proben davon werden wir hernach bey den Zünfften bekommen.

§. 9.

R. Herkommen. 8. Wo die Reichsgeſeze aufhören, tritt das Reichs-Herkommen ein; in ſo ferne ein allgemein durchgehendes, oder ein Herkommen in gewiſſen Gattungen von Landen, oder in ein- oder anderer Gegend, vorhanden iſt.

§. 10.

Gemeine Rechte 9. Da die gemeine geſchribene Kayſer- und Päbſtliche, auch, ſo vil die Lehen betrifft, die Longobardiſche Rechte, denen höchſten Reichsgerichten zur Regel, wornach ſie in ſubſidium ſprechen ſollen, vorgeſchriben ſeynd; ſo können, dörffen und müſſen ſie auch in denen Streitigkeiten zwiſchen Landesherren und deren Unterthanen ihre Erkenntniſſe in dem Fall darnach einrichten, wann die vorhin beſagte Gründe nicht mehr hinreichen.

§. 11.

Allgemeines Staats-recht. ꝛc. Endlich und leztlich kan man zwar, wo auch die geſchribene Rechte keine Auskunfft geben, ſich wohl des allgemeinen Staats- und Europäiſchen Völckerrechts bedienen: Doch 1. niemalen zu erſt, oder zum Nachtheil derer vorhin angezeigten näheren und eigentlichen Gründe; ſo dann 2. mit groſſer Behutſamkeit, weil die Grundſäze diſer Wiſſenſchafft gar offt ſehr wanckend ſeynd, und ſich von Jedem gerne ſo gebildet und geſchnizelt werden, wie ſie ſeinem ſelbſteigenen oder ſeiner Parthie privat-Intereſſe und Abſicht in gegenwärtigem Fall am gemäſſeſten iſt.

§. 12.

Nicht-Gebrauch der Rechte. Von dem Verluſt der (Unterthanen) Rechte durch den nicht-Gebrauch hat Herr Vicecanzler STRUBE (1) gehandelt, und einen Spruch der Hanoveriſchen Juſtizcanzley von 1762. angeführt; da aus diſem Grunde denen Wildeshauſer Unterthanen das Recht, an einem gewiſſen Ort Torf ſtechen zu dörffen, aberkannt worden iſt.

Drittes

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, n. 43. S. 164.

Drittes Capitel.

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung des Kayſers, des Reichs, der Reichsſtände, und der Reichsgerichte.

Innhalt.

Rechte und Pflichten in Anſehung des Kayſers.

§. 1. Wahl- und Crönungs-Sachen. §. 2. Kayſerliche Hofſtaatsſachen. §. 3. Der Reichsſtände Unterthanen ſeynd auch des Kayſers Unterthanen. §. 4. Deſſen Folgen. §. 5. Kayſers Schutz, §. 6 und Anhaltung zum Gehorſam. §. 7. Mehreres davon. §. 8 Ehrerbietung, §. 9. Treue, §. 10. Gehorſam. §. 11 Rechte ꝛc. des Kayſers ꝛc. in Staatsſachen, §. 12. in Religions- ꝛc. Sachen, §. 13. in Juſtizſachen. §. 14. Beſonders wegen Beſtättigung ihrer Freyheiten, §. 15. der Protectorien, ꝛc. §. 16. und Moratorien. §. 17. Kayſers Rechte ꝛc. in Militarſachen, §. 18. in Cameral- und Steuerſachen, §. 19. in Gnadenſachen, §. 20. als, Standeserhöhungen, §. 21. Titul, §. 22. Wappen, §. 23. rothes Wachs, §. 24. Würden und Aemter, §. 25. Preces primariæ, §. 26. Panisbriefe, §. 27. Privilegia, §. 28. auch für Handwercker ꝛc. §. 29. Statrecht, §. 30. Univerſitätsrecht, §. 31. Meſſen und Marcktrecht, §. 32. Ehrlichmachung, §. 33. Legitimirung ad Honores, §. 34. Legitimation der Unehlichen. §. 35. a Venia ætatis. §. 35. b. Mißbrauch der Kayſerlichen Privilegien. §. 36. Kayſers Rechte ꝛc. in Policeyſachen, §. 37. beſonders in Bücherſachen, §. 38 und Handwercksſachen, §. 39. in Sachen, ſo ihre Perſonen ꝛc. betreffen, §. 40. in Sachen, ſo Erde, Waſſer, ꝛc. betreffen.

Rechte und Pflichten in Anſehung des Reichs und der Reichsſtände ꝛc.

§. 41. Der Unterthanen Rechte ꝛc. in Anſehung des Reichsconvents, §. 42. des Corporis Evangelicorum, &c. §. 43. der Crayſe, §. 44. der Reichsſtändiſchen Collegien, §. 45. der Reichs-

Reichslehen, §. 46. beeder Reichsgerichte, §. 47. des Reichs-Hofraths, §. 48. des Cammergerichts, §. 49. der nideren Reichsgerichte, § 50. der Reichs-Vicariatsgerichte. §. 51. Mehreres remiſſive.

Rechte und Pflichten in Anſehung des Kayſers.

§. 1.

Wahl- u. Crönungs-ſachen.

Mit der Kayſerlichen Wahl und Crönung haben die Teutſche Unterthanen heutiges Tages nichts mehr zu thun, als daß ſie ſich zu demjenigen dabey müſſen gebrauchen laſſen, worzu man ihrer bedarff.

Nur, wann der Kayſer gleich nach ſeiner Crönung Ritter ſchläget, ſeynd auch mittelbare Standesperſonen fähig, diſe Würde zu erhalten.

Nach der neueren Praxi ſeynd auch mittelbare Standesperſonen der Reichs-Erbämter fähig: Dann ſo haben die Grafen von Althan von Böhmen das Reichs-Erbſchenken-Amt bekommen: Diſes iſt aber der älteren Reichs-Verfaſſung nicht gemäß.

Nur das Reichs-Erb-Cammer-Thürhüter-Amt hat die mittelbare (nun zum Theil Gräfliche) Familie von Werthern von alten Zeiten hergebracht.

§. 2.

Kayſerl. Hofſtaats-ſachen.

Mittelbare Perſonen ſeynd auch derer höchſten Staats- und Hofchargen am Kayſerlichen Hofe ſelbſt nach der Wahlcapit. Art. 23. §. 4. fähig; dieſelbige ſeynd auch würcklich meiſtentheils mit dergleichen Perſonen beſetzt.

§. 3.

Der R. Stände Unterthanen ſeynd auch des Kayſers U.

Derer Teutſchen Reichsſtände und Landesherren Unterthanen ſeynd zugleich und darneben auch des Reichs mittelbare Unterthanen; nach dem deutlichen Text der Kayſerlichen Wahlcapitulation Art. 15. §. 1. Da nun der Kayſer des geſammten Teutſchen Reichs Oberhaupt iſt; ſo ſeynd auch alle Unterthanen derer Reichsſtände, ſo geiſt- als weltlichen Standes des Kayſers Unterthanen; zwar nicht unmittelbar, doch mittelbar.

Wann

Wann dahero der Kayſer an Reichsſtändiſche Unterthanen Corpora oder Collegia, oder auch an einzelne dergleichen Unterthanen reſp. Patenten, Edicte, Reſcripte, ꝛc. erläſſet, oder ihnen Standeserhöhungen, oder Privilegien, oder andere Urkunden, ertheilt, oder ihrer ſonſten in Canzleyexpeditionen an ihre Landesherrn, oder an Andere, gedencket; ſo nennet Er ſie: Unſere (des Kayſers) und des Reichs liebe Getreue.

Beſonders ſeynd vormals alle Juden im Reich, vornemlich die in denen Reichsſtätten geſeſſene, als Kayſerliche Cammerknechte angeſehen worden; welche Gerechtſame aber nach und nach meiſtens verlohren gegangen ſeynd.

§. 4.

Aus vorſtehendem folget nun überhaupt ſo vil, daß, was ſonſten der oberſte Regent eines unabhängigen Staats, (nach eines jeden beſonderen Grundverfaſſung,) in Anſehung ſeiner mittelbaren Unterthanen für Rechte und Pflichten hat; eben dieſelbe hat auch der Kayſer in Anſehung derer Teutſchen mittelbaren oder der Reichsſtändiſchen Unterthanen; nur freylich auf eine der Staatsverfaſſung des Teutſchen Reichs gemäße Weiſe. Deſſen Folgen.

So auch: Was ſonſten die mittelbare Unterthanen eines unabhängigen Staats (nach deſſelbigen Grundverfaſſung,) in Anſehung ſeines obriſten Regentens für Gerechtſame und Pflichten haben; eben dieſelbige haben auch die Teutſche mittelbare oder Reichsſtändiſche Unterthanen in Anſehung des Röm. Kayſers; doch auf eine der Grundverfaſſung unſeres Reichs angemeſſene Weiſe.

Worinnen nun diſe beederſeitige Rechte und Pflichten beſtehen; davon habe ich zwar bereits in dem Tr. von den Kayſerlichen Regierungsrechten und Pflichten, in dem ganzen 10. Capitel, S. 129. u. f. gehandelt: Ich muß aber auch hier nothwendig etwas davon melden, und will bey diſer Gelegenheit jener Abhandlung noch verſchidenes beyfügen.

§. 5.

Die Wahlcapitulation ſelbſt bemercket in der angeführten Stelle ſogleich zwey wichtige Stücke, welche daraus folgen, Kayſers Schuz,

 daß

daß die teutſche Unterthanen auch des Kayſers mittelbare Unterthanen ſeynd.

1. Nemlich heißt es; „Wir wollen die mittelbare Reichs- und deren Ständen Landes-Unterthanen, bey künftiger Unſerer Kayſerlichen Regierung in Kayſerlichem Schutz haben.“

Schuz iſt eine Bewahrung vor beſorglichen oder androhenden, ſo auch eine Hülffe gegen würcklichen, widerrechtlichen Thätlichkeiten, in- oder auſſer Gerichts, ſie rühren nun her von wem ſie wollen, inner oder auſſer des Reichs, auch von der Unterthanen eigenen Landesherrn.

Diſes iſt alſo zum Beſten derer Teutſchen Unterthanen verſehen.

§. 6.

Und Anhaltung zum Gehorſam.

Damit aber diſes nicht zu weit erſtreckt, oder noch von dem Kayſer, oder denen Unterthanen, mißbrauchet werde, folget ſogleich darauf noch eine andere Verordnung zum Beſten derer Teutſchen Reichsſtände und Landesherrn, indeme es

2. weiter heißt: „Wir wollen die mittelbare Reichs- und deren Ständen Landes-Unterthanen, bey künfftiger Unſerer Regierung = = zum ſchuldigen Gehorſam gegen ihre Landesobrigkeiten anhalten.“

Das Wort: ſchuldigen kommt dabey in doppeltem Verſtand vor; nemlich: 1. Die Unterthanen der Reichsſtände ſeynd ihren Landesobrigkeiten Gehorſam ſchuldig, und darzu ſoll der Kayſer die Unterthanen anhalten: 2. Gleichwie aber (anderwärts (1) erwiſener und unten erweiſender maſſen,) teutſche Unterthanen ihren Landesherrn keinen ohnumſchränckten Gehorſam ſchuldig ſeynd; alſo ſolle und darf auch der Kayſer ſie zu keinem weiteren Gehorſam anhalten, als in ſo ferne ſie ſolchen ſchuldig ſeynd.

§. 7.

Mehreres davon.

Da aber der Kayſerlichen und der teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten noch ferner in vilen anderen Stellen derer Reichsgeſeze gedacht wird, auch das Reichsherkommen dieſelbige noch mehrers erläutert und beſtärcket; alſo iſt von denen-

(1) im Tr. von der Landeshoh. überh. Cap. 14. S. 274.

denenſelbigen nun noch kürzlich ein mehreres insbeſondere zu gedencken.

§. 8.

Iſt der Kayſer derer teutſchen Unterthanen obriſter Herr; ſo ſeynd diſe Unterthanen ihme forderiſt Ehrerbietung ſchuldig, und es iſt in ſeiner Maaße auch hieher applicabel, was anderwärts (1) von der Ehrerbietung der Unterthanen gegen ihre Landesherren gemeldet worden iſt. Ehrerbietung.

Wann dahero ein teutſcher Unterthan ſich münd- oder ſchriftlich gegen Kayſerliche Majeſt. oder auch Dero Miniſters, oder die in Kayſerlichem Namen rechtſprechende höchſte Reichsgerichte, im Reſpect verliehrt, wird der Reichsfiſcal gegen ihne excitirt, und er ſcharff deßwegen beſtraft.

§. 9.

2. Seynd die teutſche Unterthanen dem Kayſer Treue ſchuldig. Treue.

Diſe beſtehet darinn, daß ſie Deſſen Nuzen, ſo weit es der Reichsverfaſſung gemäß iſt, fördern, ſeinen Schaden aber, auf gleiche Weiſe, verhüten, oder abwenden, es nicht mit ſeinen Feinden halten, u. d.

Begehet aber ein teutſcher Unterthan hierinn eine Untreue gegen dem Kayſer, ſo machet er ſich dadurch des Verbrechens der beleidigten Majeſtät ſchuldig, und hat damit Leib und Leben, Ehre und Gut, verwürckt; davon anderwärts (2) ein mehreres nachzuſehen iſt, beſonders auch, wer Richter darinnen ſeye, wann es eine mittelbare Perſon betrift, und wem die verfallene Lehen und andere Güter zuſtehen?

§. 10.

3. Seynd die teutſche Unterthanen dem Kayſer Gehorſam ſchuldig: Gehorſam.

Mithin müſſen ſie dasjenige thun, was Er befiehlt, und dasjenige unterlaſſen, was Er verbietet; ſo weit ſich nemlich in beyden Fällen die Kayſerliche Rechte in dem ganzen Reich, und in

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth. Perſon. S. 68.
(2) im Tr. von dem Röm. Kayſer. S. 411. u. f.

in denen Reichsſtändiſchen Landen in Staats- und anderen gericht- oder auſſergerichtlichen Sachen, erſtrecken.

Wann aber die Kayſerliche und landesherrliche Befehle mit einander collidiren, und der eine verbietet, was der andere befiehlt, oder befiehlt, was der andere verbietet, iſt es für Unterthanen, (die ſich darinn nicht zum Richter aufwerffen dörffen,) eine ſehr ſchwere Sache, und ſie können meiſtens nichts anders thun, als von Zeit zu Zeit dem zu pariren, der jedesmal die gröſte Gewalt über ſie hat.

§. 11.

Rechte ꝛc. des Kayſers ꝛc. in Staatsſachen.

Des Kayſers Rechte und Pflichten in Anſehung der teutſchen Unterthanen, und diſer in Anſehung des Kayſers, betreffen ferner

1. Staatsſachen. Dahin gehöret unter anderem folgendes:

Bey zwiſpaltigen Wahlen geiſtlicher Reichsſtände befiehlt der Kayſer denen Unterthanen nöthigen Falles, wie ſie ſich biß zu Austrag der Sache verhalten ſollen.

So auch, wann unter Weltlichen wegen der Landesfolge geſtritten wird.

Oder der Kayſer ſequeſtrirt indeſſen gar das Land, und läſſet es in ſeinem eigenen Namen regieren.

Währender ſtreitiger Vormundſchafften befihlt der Kayſer denen Unterthanen abermalen, wie ſie ſich verhalten ſollen:

So auch, wann der Landesherr der Regalien privirt, oder in die Acht erkläret worden iſt.

Es kan und ſoll der Kayſer weiter die teutſchen Unterthanen zu allem demjenigen anhalten, was von dem Kayſer und Reich in Fridens- und Kriegszeiten in dergleichen geſchloſſen, und darauf durch Kayſerliche Edicte in das Reich verkündiget wird.

Auch kan und ſoll er die Unterthanen, auf Verlangen ihres Landesherrns, zu allem demjenigen anhalten, was der Landesverfaſſung, denen Landesverträgen und dem Herkommen gemäß iſt.

Hinwiederum aber kan und ſolle Er auch den Landesherrn von allem deme abhalten, was er beſagter Reichs- Crays- und Lan-

Landesverfaſſung, Landesverträgen und Herkommen, auch denen beſonderen Freyheiten ſeiner Unterthanen, zuwider vornimmt, und die Unterthanen bey demjenigen ſchüzen, was dieſelbige ihnen beylegen.

Von all diſem ſehe man ein mehreres in dem **Tr. von den** Kayſerl. Regierungs-Rechten und Pflichten, Cap. 13.

§. 12.

2. In Religions- und Kirchenſachen kan und ſoll der Kayſer 1) nicht zugeben, daß auſſer der Evangeliſch- oder Catholiſchen Religion andere Religionsparthien und Secten in einem Land einſchleichen, oder gedultet werden, vilweniger ihnen der öffentliche oder privat-Gottesdienſt geſtattet werde: Nur die Juden gewiſſer maſſen ausgenommen. In Religions- ꝛc. Sachen.

2) Kan und ſoll der Kayſer die Landesherren gegen ihre Unterthanen, und die Unterthanen gegen ihre Landesherren, bey allem demjenigen ſchüzen, was Jedem von ihnen in dem Religions- und Osnabrückiſchen Friden beygeleget wird; mithin kan Er auch das ein- oder anderer Seits dagegen vorgegangene abſtellen.

3) Gleichen Schuz iſt der Kayſer auch denen mittelbaren geiſtlichen Corporibus, Collegiis und Perſonen ſchuldig gegen die Eingriffe des Päbſtlichen Hofes, oder anderer demſelbigen ſubordinirten geiſtlichen Obrigkeiten.

4) Was mittelbaren Communen ꝛc. Krafft Osnabrückiſchen Fridens zu reſtituiren gebühret, und denenſelbigen noch nicht würcklich reſtituiret iſt, darzu darf und ſolle ihnen der Kayſer behülflich ſeyn.

5) Mittelbare Perſonen und Communen, ſo gegen den Religions- oder Weſtphäliſchen Friden beſchweret werden, dörffen bey dem Kayſer Hülffe dagegen ſuchen.

6) Der Kayſer ſolle nicht leiden, daß die Reichs-Grundgeſeze in Religions- ꝛc. Sachen von privat-Perſonen münd- oder ſchrifftlich angezäpft, verdreht, oder ein und andere Religionsparthien ſchimpflich behandelt werden.

7) Auch mittelbare geiſtliche Stifftungen darff der Kayſer beſtättigen, ſie in Schuz nehmen, ihnen Wappen, Gnaden- oder Ordenszeichen, auch andere Privilegien, verleihen.

 8) In

8) In einigen Stifftern hat der Kayſer das Recht, Vicarios Regios zu beſtellen.

9) Von denen precibus primariis und Layenherrenpfründen wird hernach geredet werden.

10) Bey verſchidenen Kirchen hat der Kayſer das Patronat-Recht gehabt, oder noch.

Vil mehreres davon und anderes findet ſich in des Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. und Pflicht. Cap. 14.

§. 13.

In Juſtizſachen.

3. In Juſtizſachen überhaupt ſolle 1) wann der Landesherr Klagen über die Unterthanen anbringt, oder diſe ſich über ihren Landesherrn beſchweren, der Kayſer jedem ſeinen Schuz angedeyhen laſſen, in ſo weit als nach gerichtlicher Erkundigung der Sachen, ſich ergibt, daß der eine oder andere Theil recht oder unrecht habe.

2) Der Kayſer darff und ſoll darauf ſehen, daß der Reichsſtände Gerichte a) gebührend beſezet, und daran b) rechtmäßig verfahren werde.

3) Die ſo ſich durch eine an einem Reichsſtändiſchen Gerichte ergangene Urtheil beſchweret erachten, dörffen ordentlicher Weiſe an den Kayſer appelliren.

4) Auch in denen Fällen, darinn keine Appellation ſtatt findet, darff und ſoll doch der Kayſer a) verhüten, daß keine Nullitäten begangen, auch b) denen Unterthanen die Reichs- und Landesverfaſſungsmäßige Rechtsmittel geſtattet werden.

§. 14.

Beſonders wegen Beſtättigung ihrer Freyheiten.

5) Es iſt ferner eine Juſtiz- und keine Gnaden-Sache, daß der Kayſer denen Landesherrn, oder ihre Unterthanen, ihre rechtmäßige reſp. Kayſerliche, Päbſtliche, Landesherrliche, oder andere, Freyheiten, auf ihr Anſuchen, beſtättiget und erneuert.

Dergleichen Beſtättigungen nun laſſen ſich von dem Kayſer ertheilen

a) ganze Landſchafftliche Corpora. (1)

b) einzelen ganze Curien oder Claſſen von Landſtänden.

c) Einzelne Corpora, Collegia, Communen, Profeßionen, Handwercker u. ſ. w.

d) Ja

(1) ſ. mein Tr. von der R. Stände Landen u. S. 1170. 1513.

d) Ja auch wohl einzelne mittelbare Perſonen ſuchen und erhalten dergleichen.

§. 15.

6) Der Kayſer darff und ſolle, zwar nicht leichtlich, doch in gewißen Fällen, und bewandten Umſtänden nach, denen Unterthanen Protectoria, das iſt, Schuz- und Schirmbrieffe, oder gar Conſervatoria, das iſt, Kayſerliche Manutenenz-Commißionen auf Einen oder mehrere Reichsſtände, ertheilen. Der Protectorien ꝛc.

7) Zuweilen bewilliget der Kayſer mittelbaren Corporibus auch lebendige Salvegarden, oder ein Detachement von ſeinen Trouppen, zu ihrem Schuz.

Dergleichen erhielten die Oſtfrieſiſche Landſtände; welche Kayſerliche Salvegarde lange Jahre in Oſtfrießland lage.

§. 16.

8) Moratorien seynd halbe Gnaden- aber auch halbe Juſtizſachen; dahero dieſelbige am Kayſerlichen Hof vor dem Reichs-Hofrath, (der ſich mit keinen bloſſen Gnadenſachen beſchäfftiget,) verhandelt werden: und Moratorien.

Dergleichen nun darff und kan der Kayſer auch mittelbaren Teutſchen Unterthanen ertheilen, wann die Umſtände darnach beſchaffen ſeynd; widrigen Falles wird ihnen ihr Geſuch abgeſchlagen.

§. 17.

4. In Militarſachen kan und ſoll 1) der Kayſer die Landesherrn bey allem demjenigen handhaben, was denen Reichs- und Crays-Schlüſſen in dergleichen Materien gemäß iſt, oder wozu ſie ſonſten durch rechtskräfftige Verträge oder das Herkommen berechtiget ſeynd. Kayſers Rechte ꝛc. in Militarſachen.

2) Hinwiederum aber kan und ſoll der Kayſer die Unterthanen auch ſchüzen, wann ihnen ein mehreres zugemuthet oder abgenöthiget werden will, als worzu ein Landesherr aus beſagten Gründen berechtiget iſt.

3) Der Kayſer iſt nicht berechtiget, teutſche Unterthanen, wider ihrer Landesherrn und ihren ſelbſteigenen Willen, in ſeine Kriegsdienſte zu ziehen:

4) Wohl aber behauptet Er, daß, wann auch gleich ſonſten denen Unterthanen nicht erlaubt wäre, fremde Kriegsdienſte

ſie anzunehmen, ſolches ſich doch nicht dahin erſtrecken könne, wann ſie ſich unter Kayſerliche Trouppen begeben wollen; zumalen während der Reichskriege: Worinn aber wohl nicht alle, zumalen die groſſe, Reichsſtände einerley Meinung ſeyn werden.

§. 18.

In Cameral- und Steuerſachen.

5. Der Kayſer hat ordentlicher Weiſe heutiges Tages keine Gefälle mehr von denen Unterthanen derer Reichsſtände zu erheben:

Und ob gleich im jezigen Jahrhundert einige Kayſere es verſucht haben, die ehemalige Judenſteuern wiederum in den Gang zu bringen; ſo hat ſich doch ſolches nicht wollen thun laſſen.

Ingleichem iſt durch die neuere Kayſerliche Wahlcapit. Art. 21. §. 2. 3. verſehen, daß der Unterthanen verwürckte Güter nun nicht mehr dem Kayſerlichen Fiſco heimfallen ſollen.

Indeſſen bekommet dennoch der Kayſer etwas von dergleichen Unterthanen, wann ſie um Geld geſtrafet werden: Die von ihnen fallende Laudemien hingegen bekommt nun der Reichshofrath, und die Taxgelder die Reichscanzley.

Der Kayſer kan und ſoll ferner die Reichsſtändiſche Unterthanen in Steuerſachen u. d. zu deme anhalten, was ſie ihren Landesherrn nach denen Reichs- und Crays-Schlüſſen, Landesverträgen, oder auch einem ruhig- und rechtlichen Herkommen, ſchuldig ſeynd:

Dagegen aber kan und ſoll der Kayſer auch die Unterthanen in ſolcherley Fällen in ſo weit ſchüzen, daß ſie nicht über beſagte Reichsgeſeze ꝛc. getriben werden:

In welcher Materie die An. 1654. und 1670. gepflogene weitläufftige Reichstags-Handlungen, auch darauf erfolgte bekannte Kayſerliche Reſolution, höchſtmerckwürdig ſeynd.

§. 19.

Gnadenſachen.

6. In Gnadenſachen hat der Kayſer in Anſehung der Reichsſtände Unterthanen noch mancherley Gerechtſamen; wiewol dieſelbige nunmehro in Anſehung derer gröſſeſten Reichsſtände Unterthanen, wenigſtens in Praxi, theils immer mehrers ungangbar, theils immer mehrers eingeſchränckt oder widerſprochen werden.

§. 20.

§. 20.

Dahin gehören — Als, Standeserhöhungen.

1) Die Standeserhöhungen von allen Sorten des hohen und nidern Adels, des Fürſten = Grafen = Freyherrn = und Adelſtandes in Anſehung der Perſonen und ihrer Güter.

Der Kayſer ſolle die Fürſtliche, Gräfliche, auch andere Dignitäten, allein denen ertheilen, die im Reich geſeſſen seynd. Wahlcapit. Art 22. §. 1.

Beyſpile, da mittelbare Perſonen über Verlezung ihrer vom Kayſer erlangten Standeserhöhung geklagt haben, ergeben ſich aus folgendem:

30. Aug. 1768.

v. Haßlingen Reichs = Grafen und Freyherren contra den Herrn Fürſten Victor Amadæus Adolph von Anhalt = Schaumburg, dann dero drey Herrn Prinzen, in puncto violat. diplomatis Cæſarei de 15. Januarii 1762. & manutentiæ in Statu, dignitate & prærogativis; ſive umbenannte Grafen und Freyherrn von Haßlingen ſub præſ. 7. Septembr. anni præt. überreichet per à Fabrice allerunterthänigſte Beſchwerungs = Anzeige über das höchſt Ahndungs = würdige Betragen des Hochfürſtl. Gegentheils in Nicht = Anerkennung des erhaltenen Reichs = Grafen = Standes annexo petito humillimo: pro clem. Implorantes in ſtatu, dignitate & prærogativis manutenendo, Sereniſſimos Dos Imploratos vero qua Violatores diplomatis Cæſar. in poenam 200. marcarum auri dicto diplomati inſertam condemnando. appon. Lit. A. B. C. D. E. & F. in duplo.

Idem von Fabrice ſub præſentato 10. dicti menſis & anni legitimando ſe ad Acta ſupplicat pro clem. mandati procuratorii regiſtrationem & reſpective communicationem decernendo. appon. adjunctum mandatum procuratorium in Duplo. ſub Lit. G.

Idem ſub præſ. 9. Novembris ejusdem anni inſtat pro Reſolutione.

Idem ſub præſ. 8. Martii anni currentis ſtellet allerunterthänigſt vor und bittet pro clem. reſolutionem Cæſaream

ad Exhibitum de præſ. 7. Septbr. 1767. muturando. Appon. N. 1. & 2. in duplo.

Idem ſub præſ. 13. May nuperi inſtat pro Reſolutione.

1. Communicentur die Implorantiſche Exhibita de præſ. 7. Septbr. 1768. und 8. Martii nuperi parti imploratæ ad excipiendum cum Termino duorum menſium.

2. Communicetur quoque das implorantiſche mandatum procuratorium parti adverſa altero Exemplari ad acta repoſito.

19. Sept. 1653.

Pfeiffelmann contra Augſpurg in ſpecie Burgermeiſter Feſemayr und Amts-Schreiber Gröpper, prætenſæ violationis privilegii nobilitatis; ſive Fiſcalis Imperialis Aulicus de præſ. 15. Julii nechſthin petit ad Decretum Cæſ. citationem ad videndum & audiendum declarari ſe in pœnam privilegio inſertam incidiſſe, ſo wohl wider den Magiſtrat als inſonderheit auch wider den Feſenmayer und Gröpper, und zwar noch ferner, daß mehrgemeldter Feſſenmayr vermög der in libello Fiſcalis allegirten Rechten, Ihrer Kayſ. Mayſt. mit Gut und Blut verfallen, allergnädigſt zu erkennen. Apponit A. B. C. D. E. F.

Fiat petita Citatio wider den Feſſenmayr und Gröpper.

§. 21.

Titul 2. Kan der Kayſer mittelbaren Unterthanen allerley Titulaturen beylegen, und zwar

a) entweder Titulaturen aus der Reichscanzley, z. E. Edler, Wohlgebohrener, Hoch- und Wohlgebohrener, oder aber

b) von gewiſſen Gütern.

Hieher kan man auch folgendes Reichshofraths-Concluſum rechnen:

21. Jun. 1650.

Cantecroy, Donna Carolina ab Auſtria, Principiſſa, ſub præſ. 19. May contra Comitem de S. Amor, conqueritur, quod, tameſti titulus Principis de Cantecroy ſocero ſuo pro ipſo & Deſcendentibus ſuis fuerit conceſſus & Nepos ex filio defuncto nuper repertus adhuc ſuperſit, nihilominus

nus dictus Comes de S. Amor titulum Principis de Canteroy nominare faciat; Petit ſub pœna 100. Marcarum auri puri illi injungi, ut ab iſto titulo abſtineat.

Communicetur Fiſcali aulico, ut neceſſaria pro Fiſco Imperiali agat.

§. 22.

3. Gibt der Kayſer ganzen Corporibus, Collegiis und Communen ſo wohl, als einzelnen Perſonen allerley Gattungen von Wappen. (1) Wappen.

Kayſer Carl V. begabte An. 1527. das Freyherrlich-Wolfſteiniſche Gericht Pyrbaum mit einem gemeinen Wappen und Inſigel; (2)

So auch den Wolfſteiniſchen Marckt Sulzberg An. 1544. (3)

Hieher gehören auch folgende Extracte eines alten Reichshofraths-Protocolls:

16. Aug. 1550.

Hermann von Amslungen. Vmb Peſſerung ſeines anererbten Wappens, mit Quartierung des Schilts, vnd daß er deren von Briſche, ſo alle, bis auf ſein Hausfrawen, abgeſtorben, Wappen führen möge, quartiert mit ſeinem.

Fiat armorum Melioratio, attentis narratis de inſignibus uxoris, quæ illi reliquit liberos, & quod non ſuperſint ex agnatis illius.

16. Sept. 1550.

Vlrich Schüz vmb Fürſchrifft vnd Commendatition an Hertzog Moritzen zu Sachſen Churfürſten, Ihne bey ſeinen erlangten Wappen bleiben zu laſſen, vnd ſonſt gnediglich beuolhen zu haben.

Iſt Fürſchrifft bewilligt.

26. Sept. 1550.

Jacob und Martin die Schulten vmb Confirmation ai-

(1) ſ. meine Nebenſt. S. 568. u. f.

(2) ſ. LüNIGS R. Arch. Spicil. ſecul. p. 1572.

(3) l. c. pag. 1574.

ner Donation von dem König zu Dennemarck weilend Ihrem Vettern Magiſtro Henrico Schulten geſchehen.

Item vmb Confirmation gedachten Schulten von dem König zu Dennemarck gegebnen Wappens.

Exhibeat arma depicta, deinde illis approbatis fiat confirmatio petita. Fl. 14.

§. 23.

Rothes Wachs. 4. Der Kayſer gibt ferner ganzen Corporibus ꝛc. und einzelnen Unterthanen das Recht, mit rothem Wachs zu ſiglen.

§. 24.

Würden u. Aemter. 5. Er darff ihnen allerley Würden ertheilen, z. E. eines geheimen Raths, Reichshofraths, Raths, Comitis palatini, Doctors, gecrönten Poetens, Notariens, ꝛc.

§. 25.

Preces primariæ. 6. Der Kayſer kan mittelbaren Perſonen Preces primarias auf unmittelbare und mittelbare Stiffter ertheilen; in ſo ferne es dem Osnabrückiſchen Friden gemäß iſt.

§. 26.

Panisbrieffe. 7. In vilen mediat-Stifftern hat der Kayſer das Recht hergebracht, Brodtbrieffe, oder (wie es in einer Reichshofrats-Reſolution heißt,) Freßbrieffe, auf eine Layenherrenpfründe zu ertheilen.

§. 27.

Privilegien. 8. Kan der Kayſer mittelbaren Unterthanen allerley Privilegia geben, z. E. über den Druck von Büchern, Zeitungen, Calendern, über Kupferſtiche und andere Kunſtſtücke, die praxin medicam zu treiben, über Arzeneyen, Pflaſter, gebrannte Waſſer, u. ſ. w.

Nur dörffen keine auf ein Monopolium mit benannten Sachen, oder Dritten nachtheilige, Privilegien ertheilet werden.

§. 28.

Auch für Handwercker ꝛc. Daß ganze Geſellſchafften von Profeßionen und Handwerckern von dem Kayſer eigene Privilegien erhalten können, auch würcklich erhalten, habe ich anderwärts (1) mit vilen Beyſpilen aus Reichshofräthlichen Handlungen dargethan.

§. 29.

(1) in der Abhandl. beſonder. Rechtsmater. 3. Stück. S. 280. u. f.

§. 29.

9. Zuweilen wird noch jezo von dem Kayſer das Statt- recht verlangt, oder doch die Beſtättigung eines von dem Lan- desherrn erlangten. (1) *Stattrecht.*

§. 30.

10. Alle Univerſitäten in Teutſchland müſſen von dem Kayſer beſtättiget ſeyn, wann ſie als ſolche erkañt werden ſollen. *Univerſitätsrecht.*

§. 31.

11. Die Kayſere haben in älteren und neueren Zeiten mehrmalen mittelbaren Communen das Recht einer Meſſe, oder auch eines Jahr- oder Wochenmarckts, ertheilt; und zwar bald auf eigenes Anſuchen der Landesherrſchafft, bald ohne daſſelbige. *Meß- und Marcktrecht.*

§. 32.

12. Perſonen, ſo von Reichsſtänden für ehrlos erkläret worden ſeynd, können von dem Kayſer wieder ehrlich gemacht werden. z. E. *Ehrlichmachung.*

27. Jan. 1653.

Klein Hanß, petitæ reſtitutionis famæ, ſive Ihr Churfürſtl. Gnaden zu Maynz überſchicken den abgeforderten Bericht und ſtellen Ihrer Kayſerl. Majeſt. allerunterthänigſt anheim, ob Sie dem Supplicanten mit der gebettenen reſtitution, weilen er aus Armuth in das Unglück gerathen, allergnädigſt willfahren wollen? Apponit den Bericht des Würzburgiſchen Statthalters und Raths, wie auch des Raths zu Oxenfurt.

Item Hans Klein, urget ſuam reſtitutionem, mit dem Erbieten, daß er ſich in der Statt Regensburg zu ſezen nit mehr begehre.

Fiat reſtitutio famæ gegen des Supplicanten Erbieten.

§. 33.

13. Ingleichem kan der Kayſer die, welche gewiſſe verabſcheute Lebensarten getriben haben, oder deren Kinder, unmittelbar, oder durch Comites palatinos, von der ihnen dißfalls im gemeinen Leben anhangenden Macul befreyen. Z. E. *Legitimirung ad honores.*

(1) ſ. den Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. S. 563.

31. Mart. 1648.

Von Hagen, Johann Ludwig in literis ad Secretarium Seldnerum de præſ. 8. hujus, begehrt zum Erſten ein Kayſerl. Confirmation vber die vermög weiland Kayſers Matthiä habenden Privilegii den zu Franckfurth geweſten Scharfrichter Hanß Hofmann vnd Barbara ſeines Weibs den 19. Auguſti 1647. ertheilten Diplomatis Reſtitutionis honoris.

Fiat confirmatio

19. Dec. 1651.

Möger Georg ſub præſ. 17. hujus, dicit, nachdem er ſich in ſeines Weibs Vaterland nach vollendtem Kriegs-Weſen niedergelaſſen und allda neben andern Ehrlichen Burgerſchaften ſich zünfftig machen wollen, ſey ihme ungefehr von einem Mitburgern ſeine Geburt, daß nemlich ſein Vater ein Scharffrichter geweſen ſeye, vorgeworffen worden, vnd weilen dann er ſolches auch alſo befunden, als bittet Er, Ihr Kayſerl. Maj. wollten ihme vnd ſeinen ehrlich erzeugten Kindern vnd Nachkommen die Kayſerl. Gnad thun vnd dieſelbe vnter die allgemeine Schar der ehrlichen Leuten erheben, vnd die Freyheit ertheilen, daß ſie in die gewöhnliche Bürger-Zünfften, Gemeinſchafften vnd zu allen ehrlichen Handlungen, Handtwercken und bürgerlichen Stadt- vnd andern Aemtern mögen auf- vnd angenommen werden. Apponit A. B. C.

Fiat.

29. Mart. 1653.

Schleicher, Jacob, Hutmacher zu Dillingen per Johann Friderich Ochſenbach ſub præſ. 26. hujus inſtat pro oblatione maculæ, daß ſein Vater ein Unter-Vogt geweſt, qui quaſi loco lictoris habeatur, und bittet ihme ex plenitudine poteſtatis Cæſareæ diejenige Recht und Gerechtigkeit, die andere des Ehrſamen Handwercks-Mitmeiſtere und Zunfft-Genoſſen zu Ulm, Augſpurg, Nördlingen ꝛc. in Lehrung der Jungen auch Sezung der Geſellen und ſonſten durchgehend haben, non obſtantibus in contrarium quibuscunque privilegiis conſuetudinibus aut ſtatutis zu ertheilen und deren ihne fähig zu machen, ex cauſis in memoriali deductis, apponit vidimirte Abſchrifft ſeines Lehenbriefs de dato 1 Sept. 1639.

Fiat uti petitur. §. 34.

§. 34.

14. Kan der Kayſer denen unehlich Gebohrenen in ſeiner Maaße die Rechte der ehlich Gebohrenen angedeyhen laſſen; wiewohl auch, wann das Geſuch zu weit gehet, ſelbiges zuweilen abgeſchlagen wird. Legitimation der Unehlichen.

Allerley Beyſpile davon geben folgende Reichs-Hofraths-Protocolle an die Hand:

12. Oct. 1649.

Saicken, Ferdinand vnd Franz Gebrüdere de præſ. hodierno, Exponunt, daß ſie von Ihr Kayſerl. Majeſt. Secretario Kirchmayr, als Comite Palatino im Jahr 1639. den 16. Aug. legitimirt worden, vnd darzu unter andern begnadet, daß ſie aller Freyheit, Vortheil vnd Gerechtigkeiten mit Erlernung der Künſten, Handwerckh vnd dergleichen als andere ehelich gebohrne Kinder fehig ſein ſollen. Dagegen aber nach der Schuſter vnd Schneider Handwercken zu Uebung derſelben von den Zünfften der Stadt Augsburg nit angenommen werden wollen. Petunt der Statt Augſpurg gemeſſen anzubehlen, Sie ſolches ihres Privilegii genieſſen zu laſſen, vnd benebenſt ihren kleinen Bruder Valentin auch zu dem Schnürmacher Handwerckh aufnehmen zu laſſen. Apponunt inſtrumentum legitimationis vnd Decretum des Raths zu Augsburg neben einem Extract der Schuſter vndt Schneider Privilegien daſelbſten ſub B. & C.

Abgeſchlagen.

14. Apr. 1550.

Claudius Maire bresbyter Canonicus Metropolitanæ Eccleſiæ Biſuntinen pro legitimatione Claudii Filii geniti ex ipſo conſtituto in ordine bresbyterali ex fœmina illi domeſtica & apud eum reſidente convigata cum homine tenuis fortis.

Fiat legitimatio in forma.

Flor. 12.

22. Apr. 1550.

Chriſtopherus Mathiá natus ex presbytero & muliere ſoluta pro Legitimatione

Iſt Legitimation in forma communi bewilliget.

Fl. 8. 6. Jul.

9. Jul. 1635.

Mittelhauſen, Maria Eliſabeth, einer gebohrne von Hoenberg, per memoriale, quod legitur, bittet vmb Declaration der Mittelhauſiſchen legitimation, damit Ihre Kinder ad ſucceſſionem feudorum gelangen mögen.

Bleibt bey vorigem Concluſo.

18. Julii 1550.

Jacob Piſtoris presbyter pro legitimatione Leonharti & Agnetis filiorum ex Concubina.

Iſt Legitimatio in forma bewilligt.

27. Sept. 1647.

Sengel, Caſpar, de præſ. 14. hujus, Petit legitimationem ſeiner zwey natürlichen Kinder oder Zwilling Joannis vnd Mariæ, auf Maß vnd Weiß, wie in dem memoriali ſpecificirt; idque ex plenitudine poteſtatis Cæſareæ.

Fiat legitimatio petito modo.

6. Maij 1550.

Hans von Stamp, vmb Legitimation vnd das er ſich des Geſchlechts deren von Stamp, wappen, ſchild vnd helm gebrauchen möge.

Fiat legitimatio in forma.

29. Mart. 1550.

Sigismundus *Taler* pro legitimatione duorum ipſius filiorum, ex ipſo in ſacris conſtituto, & Agatha Natershoverin ſoluta natorum.

Iſt legitimatio in forma bewilligt.

§. 35. a.

Venia ætatis.

15. Minderjährige können von dem Kayſer Veniam ætatis erlangen, und dadurch derer denen Volljährigen zuſtehenden Gerechtſamen fähig werden.

§. 35. b.

Mißbrauch der Kayſ. Privilegien.

Der Kayſer darf und ſoll aber auch verhüten, daß Unterthanen ſich ihrer etwa habenden Kayſerlichen Privilegien nicht mißbrauchen.

Folgende Reichs-Hofraths-Concluſa ſeynd in diſer Materie merkwürdig:

Mer-

Mercurii 1. Dec. 1745.

Zu Freyenſee Gemeinde, in puncto Confirmationis Privilegiorum, ſive Implorantiſcher Anwald Bree ſub præſ. 23. Mart. 1744. übergibt allerunterthänigſte Denunciation, nebſt Anheimſtellung der excitationis Fiſcalis Cæſarei adverſus Cancellariam Laubacenſem, pro impetranda Citatione, ad videndum, ſe incidiſſe in pœnam Receſſus Imp. nov. §. 166. aut ſimilem: appon. Lit. A. B. & C. in duplo.

In eadem Implorantiſcher Anwald Korneffer ſub præſ. 12. Oct. a. c. übergibt allerunterthänigſtes Bitten pro clem. Confirmatione Privilegiorum ab Imperatore Carolo V. conceſſorum, & à Carolo VII. confirmatorum. appon. num. 1. & 2.

In eodem Gräflich-Solms-Laubachiſcher Anwald von Harpprecht ſub præſ. 26. Nov. a. c. übergibt allerunterthänigſte Anzeige an eine hochanſehnliche allgemeine Reichsverſammlung im Monath Sept. 1743. nothgedrungener Weiſe genommenen Recurſes, cum hum. petito, pro clem. eventualiter ad preces Subditorum Oppidi Freyenſee pro ulteriori Confirmatione Privilegiorum ſub- & obreptitie impetratorum non reflectendo, nec ad inſtantiam unius Partis, & in præjudicium alterius, quidquam ſtatuendo, multo minus curſum Proceſſus, in Camera Imperiali pendentis, impediendo. appon. Sign. ☉.

1. Fiat petita Confirmatio Privilegiorum in petita forma;
2. jedoch ohne Nachtheil oder Abbruch des Gräflich-Solms-Laubachiſchen Landesherrn Obrigkeit, Recht und Gerechtigkeit, noch ſonſt eines Andern Rechten.

Sabbathi 7. Jan. 1747.

Zu Freyenſee, Gemeinde, in puncto Confirmationis Privilegiorum, modo zu Solms-Laubach, Graf Chriſtian Auguſt contra dero widerſpenſtige Unterthanen der Gemeinde zu Freyenſee, wie auch den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Darmſtatt und Dero nachgeſezte Fürſtliche Regierung zu Gieſſen, pto attentati tumultus & denegatæ Subjectionis, ſive Implorantiſcher Anwald von Harpprecht ſub præſ. 12. Sept. a. pr. ſupplicat hum. pro clem. ob in dies creſcentem moroſi-

roſitatem ac renitentiam Subditorum refractuariorum in Pago Freyenſee, contra eosdem decernendo Mandatum de nullo modo amplius reſiſtendo proprio ac nativo Domino, nec propriis factis, nec alia potentiore manu, ſed ex aſſe adimplendo præſtitum Homagium S. C. pœnale, cum Citatione ſolita, nec non caſſando Privilegia dictis Subditis à D. Imp. Carolo V. conceſſa, ob continuum temerarium abuſum, appon. num. 1. usque 14. incl. in duplo.

Idem ſub præſ. 13. ej. übergibt allerunterthänigſten Nachtrag ad Supplicam de præſ. 12. Sept. a. p. exhibitam, juncta reſervatione ac petito hum. pro clem. contra Ser. Landgravium Haſſo-Darmſtadienſem, ejusque Conſilium Regiminis Gieſſenſis, decernendo Mandatum inhibitorium, de nullo modo aſſiſtendo amplius Freyenſeenſibus contra ipſorum Dominum proprium ac nativum armata manu, ſed Laudo Vinarienſi exacte ſe conformando, nec limites ibi præſcriptos ullatenus extendendo S. C. pœnale, annexa Citatione ſolita, una cum Conſervatorio ad Celſ. ac Rev. Electorem Moguntinum. appon. Lit. A. B. C. & D. in duplo.

1. Fiat petitum Mandatum inhibitorium de nullo modo reſtituendo amplius ſuo proprio ac nativo Domino, nec propriis factis, nec aliena potentiori manu, ſed adimplendo ex aſſe præſtitum Homagium S. C. ſub pœna 5. marcarum auri, annexa Citatione ſolita, & termino duorum menſium.

2. Würde hiernächſt Impetrant, auf den unvermutheten Fall, daß die Gemeinde zu Freyenſee der Kayſerlichen Verordnung nicht geleben, ſondern fernere Mißbräuche der Kayſerlichen Privilegien zu Schulden kommen laſſen ſollte, auf derenſelben Caſſation beſonders anruffen; ſo erfolget auch deshalber weiterer Beſcheid: Und nachdeme

3. aus Impetrantens eigener Anzeige zu erſehen, daß wegen der Landgräflich-Heſſen-Darmſtättiſcher Seits denen Freyenſeeiſchen Unterthanen, dem Angeben nach, geleiſteten Aßiſtenz die Sache bereits bey dem Kayſerlichen und Reichs-Cammergericht angebracht worden; ſo wird derſelbe dahin verwiſen. Ein

Ein vil mehreres davon, auch denen dabey zu beobachtenden Cautelen und zum Theil vorfallenden Streitigkeiten, ſehe man anderwärts (1).

§. 36.

Von Kayſerlichen Rechten in Anſehung derer mittelbaren Unterthanen in Sachen, welche in das Policeyweſen einſchlagen, iſt bereits allerley vorgekommen, und deme folgendes hinzuzuthun. Kayſerl. Rechte ꝛc. in Policeyſachen.

1. Der Kayſer ſollte zwar dahin ſehen, daß auch in der Reichsſtände Landen über der Reichs-Policeyordnung von 1577. gehalten werde: Aber es hält ſchwer, wo nicht unmöglich, es zu bewerckſtelligen.

Es kommet auch ſehr ſelten etwas dergleichen vor, ſonderlich zu unſeren Zeiten; doch gibt es einige Beyſpile: Dahin auch folgendes gehöret:

29. Dec. 1653.

Sachſen-Weimar-Gotha-und Eiſenachiſche Fürſtl. Abgeſandte de præſ. 17. Novembr. exponunt, daß ungeachtet der Policeyordnung de An. 1577. und ihren Herrn Principalen wegen deren Lands zu Düringen de 30. Aug. An. 1638. ertheilten Patents die Indigo oder Teuffelsfarb von den Tuchfärbern noch hin und her gebraucht wird und nit allein dem Land zu Düringen, ſondern auch den Käufern zu groſen Schaden gereicht, bitten derowegen dem Kayſerl. Cammer-Gerichts-Fiſcal Befehl zu ertheilen, daß er jedermahlen bey den Franckforter Meſſen oder ſonſten auf dergleichen Verbrechere fleißig Aufſicht habe, und wider dieſelbe mit angeſezter Straf unnachläßlich verfahre; Apponunt einen Abdruck von dem Kayſerl. Patent.

Includatur dem Fiſcal mit Befehl, daß er ſich dißfalls ſeines Amts gebrauche und wider die Verbrecher vermög des 21. Tituls der erneuerten Policey-Ordnung 1577. Jahrs unnachläßlich verfahre.

13. Jun. 1654.

Sachſen-Weimariſche, Goth- und Eiſenachiſche Geſand-

(1) im Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. S. 411. u. f.

ten bey jüngſtverwichenen Reichstag auf das den 29. Dec. 1653. an den Kayſerl. Cammer-Fiſcal wider das Indio ertheilte Reſcript, petunt renovari patentes Cæſareas de an. 1638. darinnen das gemelte Indio durch die Policeyordnung de anno 1577. ernſtlich und bey Straf verbotten worden und dann diſen Patenten zugleich mit einzuverleiben, daß gemelter Fiſcal ſich ſolcher Patenten aller dienlichen Orten durch öffentlichen Anſchlag und in andere Weg zu Handhabung des Heil. Reichs-Ordnungen bedienen mögen.

Fiat ut petitur.

2. Was von dem Poſtweſen geſagt werden könnte, gehet mehr die Reichsſtände ſelbſt, als ihre Unterthanen, an; dahero ich ſelbiges an ein anderes Ort verſpahre.

3. Was das Münzweſen betrift; ſo ſchicket ſich das was ich davon melden könnte, abermalen mehr dahin, wo von denen Rechten und Pflichten derer Reichsſtände geredet wird.

§. 37.

Beſonders in Büchersachen.

4. Abſonderlich aber gehören hieher

a) die Kayſerliche, auch ſchon oben berührte, Privilegien über Bücher, Zeitungen, Calender, Kupferſtiche, u. d.

b) das Kayſerliche Büchercommiſſariat; welches in gewiſſer Maaße eine Oberaufſicht über das Bücherweſen in ganz Teutſchland hat.

§. 38.

Und Handwercksſachen.

5. Auſſer deme, was ſchon oben von Kayſerlichen Privilegien in Handwercks- u. d. Sachen vorgekommen iſt, äuſſern ſich Kayſerliche Gerechtſame und Pflichten in ſolcherley Sachen auch auf andere Weiſe, z. E. in Manutenenz der Reichsſchlüſſe gegen die Handwercks-Mißbräuche, u. ſ. w.

§. 39.

In Sachen ſo ihre Perſonen ꝛc. betreffen.

Der Reichsſtände Unterthanen ſeynd dem Kayſer (ob Er gleich ihr und ihrer Landesherrn Oberhaupt iſt,) zu keinen weder ordentlichen noch auſſerordentlichen ſolcherley Dienſten verbunden, dergleichen derer Reichsſtände mittelbare Unterthanen ihnen als Landesherrn zu leiſten pflegen.

Sie huldigen auch weder dem Kayſer, noch wird in der ihrem Landesherrn leiſtenden Huldigung des Kayſers gedacht:

Nur

Nur in denen Reichsſtätten leiſtet die Burgerſchafft, in einigen derſelbigen auch die Juden, dem Kayſer die Huldigung.

Und eben ſo wenig äuſſert ſich ein ſolches Kayſerliches Dominium eminens und obriſte Herrſchafft über der Reichsſtändiſchen Unterthanen Güter und Vermögen, als die Reichsſtände in Anſehung ihrer Unterthanen in gewiſſen Fällen darzu befugt ſeynd: Sondern, wann etwas dergleichen geſchehen ſolle, muß des Kayſers und Reichs, oder doch des Kayſers und des Landesherrns, Bewilligung darzu vorhanden ſeyn.

§. 40.

In denen vorigen Zeiten, da die Kayſere noch eigene Waldungen und Jagden im Reich hatten, auch alle Bergwercke, Salzquellen, u. d. als Ihnen zuſtändig angeſehen wurden, kame allerley, ſo der Reichsſtände Unterthanen mit-betrafe vor: Seit deme aber alle diſe Gerechtſame erloſchen ſeynd, iſt auch hievon nichts weiter zu ſagen. In Sachen, ſo Erde, Waſſer, ꝛc. betreffen.

* * *

Rechte und Pflichte der Teutſchen Unterthanen in Anſehung des Reichs und der Reichsſtände, ꝛc.

§. 41.

Auſſerordentlicher Weiſe iſt es ſchon geſchehen, daß mittelbarer Corporum Freyheiten von dem Kayſer und geſammten Reich beſtättiget worden ſeynd, oder doch ſonſten Sorge dafür getragen worden iſt. Der Unterthanen Rechte ꝛc. in Anſehung des R. Convents.

So iſt in dem Osnabrückiſchen Friden Art. 5. für die Gerechtſame derer mittelbaren Stiffter, ꝛc. nicht nur, ſondern auch aller und jeder Reichs-Unterthanen in Religions- und Kirchenſachen geſorget worden.

Als ferner in dem 10den und folgenden Articuln an die Cron Schweden, Chur-Brandenburg, und andere Reichsſtände, allerley Lande zu Reichslehen überlaſſen wurden, ware man für die Erhaltung ihrer Landſtände und Unterthanen, auch einzelner Communen, zum Ex. der Stätte Magdeburg und Stralſund Freyheiten im geiſt- und weltlichen beſorgt, und machte deßwegen ausdrückliche Verfügungen.

Hinwiederum kan man auch mit Grund nicht beſtreiten, daß der Kayſer und das Reich befugt ſeyen, wann ſie wollen,

aller Teutſcher Unterthanen, oder gewiſſer Gattungen derſelbigen, allgemeine oder beſondere, urſprüngliche, oder doch althergebrachte, oder von Kayſern, Päbſten, oder ihren Landesherrn ꝛc. erhaltene Freyheiten einzuſchräncken oder gar aufzuheben.

Den Beweis davon haben wir an denen Reichs- und Crays-Steuern, Cammerzilern, Beyträgen zu der Landesdefenſion, und gewiſſen Geſandtſchafftskoſten; zu welchen allen die Landſtände und Unterthanen erſt durch neuere Reichsſchlüſſe verbunden worden ſeynd.

Daß aber dergleichen ſelbſt von dem Kayſer und Reich nicht nur ſo bloß willkührlich geſchehen könne oder ſolle, davon hat Kayſer Leopold in ſeiner bekannten Reſolution von 1670. wegen Extenſion des §. 180. R. Abſchids von 1654. ein wichtiges Zeugniß abgelegt, wann es darinn heißt: „ Daß aber Ihro Kayſerliche Maj. in obangezogenen neuen Vorſchlag und prätendirte Extenſion des §. Und gleichwie ꝛc. ohne einigen Unterſchid, und zwar ihrer, der Churfürſten und Stände, mediat-Stände, Landſaſſen und Unterthanen, habenden Behelffs ganz zumalen ungehört und unvernommen, willigen - - - ſollten, darzu können Dieſelbe, in Erwägung der hiebey vorgefallenen wichtigen Bedencken, einmal nicht gehelen, ſondern werden, um der dabey ſich ereigneter Umſtände willen, vil mehr gemüßiget, einen jeden bey deme, weſſen er berechtiget, und wie es biß dato obſerviret worden, in alle Wege verbleiben zu laſſen. “

Noch vil mehr ſeynd alle Reichs-Unterthanen zu Beobachtung deſſen verbunden, was auſſer deme von dem Kayſer und denen Reichsſtänden beſchloſſen und, zu jedermänniglichs Nachricht und Befolgung in das Reich publiciret wird.

Auch mittelbare Perſonen ſeynd derer Reichs-General-Chargen fähig; wie wir davon bereits ein Beyſpil an dem Bayriſchen Grafen von Hollenſtein haben: Doch läſſet man ſie nur zu denen nidrigeren Stufen derſelbigen gelangen.

Wegen Beſtellung mittelbarer Perſonen zu Reichsquartiermeiſtern, Reichspfenningmeiſtern, Reichscaßierern, und andern dergleichen Poſten, hat es gar keinen Anſtand.

Daß mittelbare Perſonen auf den Reichsconvent beruffen wür-

würden, geſchiehet ſehr ſelten; doch zuweilen, wie das Beyſpil derer ſamtlichen Crays-General-Münzwardeine belehret.

Eben ſo iſt es auch etwas rares, daß Landſtände oder andere mittelbare Perſonen, Collegia oder Corpora, etwas bey dem Reichsconvent ſuchen: Indeſſen iſt es doch auch denen geringſten Unterthanen nicht verwehrt, wann ihr Geſuch ſich zu einer Reichs-Berathſchlagung qualificirt. Z. E.

Reichs-Generale, Commendanten derer Reichsveſtungen ꝛc. haben bald um Gagen oder Remunerationen bey dem Reichsconvent angeſucht, bald Demſelben Rechnungen über die empfangene Reichsgelder abgelegt, oder deren Wittwen um Nachlaß des Reſts nachgeſucht, u. d.

So ſeynd von denen Handwercksleuten, welche an denen Reichsveſtungen Philippsburg und Kehl gearbeitet, aber ihre Bezahlung nicht erlanget haben, vilfältige Bittſchrifften zu der Reichsdictatur gekommen und Reichsſchlüſſe darauf abgefaſſet worden.

Wann mittelbare Communen, Collegia, oder Corpora, von einem Spruch eines Reichsgerichts einen Recurs an den Reichsconvent nehmen wollten, werden ſie ſchwerlich erhalten, daß es nur zur Reichsdictatur gebracht, geſchweige in Berathſchlagung gezogen würde.

Derer Mönche zu Reichenau, und ihres angeblichen Gewalthabers, P. Meichelbecks, vilfältige Schrifften, ſo, aller Vorſtellungen ohnerachtet, eben diſes Schickſal gehabt haben, geben ein Beyſpil davon ab.

Wann hingegen ein Reichsſtand in einer Sache, wobey auch Mittelbare intereßirt ſeynd, den Recurs an den Reichsconvent ergreiffet, und der intereßirte Mittelbare etwas zu ſeiner Vertheidigung übergibt; ſo hat es keinen Anſtand, daß es wenigſtens auch dictiret wird.

Dahin gehören die Freyherrlich-Hammerſteiniſche, Fiſcher von Liebenſteiniſche, und andere Comitial-Exhibita vor wenigen Jahren.

* * *

§. 42.

Wann Evangeliſche Landſtände und Unterthanen von ihrer Des Corporis Evangelicorum &c.

rer Landesherrſchafft, oder ſonſten, in Religions- oder Kirchen-ſachen, gegen die Reichsgeſeze oder Landesverträge ꝛc. beſchweret werden, dörffen ſie ihren Recurs ohne allen Anſtand zu dem Corpore Evangelicorum bey der Reichsverſammlung nehmen.

Diſes bringt ſolche Schrifften zur Evangeliſchen Dictatur, faſſet in ſeinen Conferentien einen Schluß darauf ab, und läſſet entweder die Sache bey einem Reichsgerichte betreiben, oder thut dem Kayſer oder dem Landesherrn Vorſtellung, oder erſucht ein- oder anderen Evangeliſchen Reichsſtand, dem Bedrangten, Namens des Corporis Evangelicorum, Schuz angedeyhen zu laſſen, oder läſſet durch den darzu eigens beſtellten Rechtsgelehrten die Schrifften aufſezen, welche hernach bey einem Reichsgerichte übergeben werden. ꝛc.

Derer Beyſpile hievon ſeynd ſo vile und ſo bekannt, daß es überflüßig wäre, dergleichen anzuführen: Wer vile beyſammen antreffen will, der ſchlage Hrn. Reg. Raths von SCHAUROTH Sammlung der *Concluſorum* des *Corporis Evangelicorum* nach.

Eben diſes Recht ſtehet aber auch allen catholiſchen Mittelbaren in Anſehung des Corporis Catholicorum zu.

§. 43.

Der Crayſe. Nach dem Reichsherkommen ſeynd die Reichsſtändiſche Unterthanen ſchuldig, ſich denen bey Crayſtägen abgefaßten Schlüſſen zu unterwerffen; wenigſtens in ſo ferne ſie auf die Reichs- und Craysverfaſſung und Defenſion abzilen, desgleichen auf die Handhabung derer Reichsgeſeze.

Daher kan z. E. ein Craysconvent aller Craysſtände Unterthanen zu einem General-Landſturm in Kriegszeiten aufbieten, die Unterthanen müſſen ſich die zu obigem Ende bewilligte Craysanlagen gefallen laſſen, das Crayscontingent ſtellen, u. ſ. w.

Indeſſen findet die vorhin bey denen Reichsſchlüſſen bemerckte Einſchränckung ohne Zweifel, und noch vil mehr, in Anſehung derer Schlüſſe bloß einzelner Reichscrayſe ſtatt.

§. 44.

Der R. Ständiſcher Collegien. Hingegen hält man billig nicht dafür, daß bloſſe einzelne Reichscollegia die Unterthanen zu Steuern und Anlagen verbinden

binden können, welche nur von einem ſolchen Collegio bewilliget worden ſeynd.

§. 45.

Auch mittelbare Corpora und Perſonen ſeynd derer Reichslehen fähig; ſo gar die Bauren. Der R. Lehen.

Doch iſt diſes eigentlich nur von denen adelich- und noch geringeren Reichslehen zu verſtehen, und welche unter eines Reichsſtandes Landeshoheit gelegen ſeynd.

Chur- und Fürſtenthümer hingegen werden ihnen niemalen zu Theil; Graf- und Herrſchafften auch nur ſehr ſelten:

Wann auch eine mittelbare Perſon ein unmittelbares Reichslehen erlangt; ſo wird ſie eben dadurch, wenigſtens in Anſehung ſolchen Lehens, Reichsunmittelbar.

§. 46.

Von der Teutſchen Unterthanen Recht, an die Reichsgerichte appelliren zu können, iſt ſchon oben geredet worden: Beeder R. Gerichte.

Und ſo können ſie auch ihre eigene Landesherrn, und alle Andere, in denen nach den Reichsgeſezen ꝛc. darzu qualificirten Fällen, in erſter Inſtanz vor denen höchſten oder reſp. auch vor denen ſubalternen Reichsgerichten belangen.

§. 47.

Bey dem Reichshofrath ſeynd unſtreitig auch mittelbare Perſonen der Präſidenten- Vicepräſidenten- und Rathsſtellen, ſo wohl auf der Herren- als Gelehrten- Banck, fähig. Des R. Hofraths.

Namentlich ſollen alle ſolche Perſonen mehreren Theils aus denen Reichs-Crayſen, und nicht nur aus denen Kayſerlichen Erblanden, ſeyn. **Wahlcapit. Art. 24. §. 1. 2.**

§. 48.

Bey dem Cammergericht ſollten zwar, nach der älteren Reichsverfaſſung, die Cammerrichter- und Präſidentenſtellen nur mit unmittelbaren Churfürſten, Fürſten, Grafen und Herrn, ſie ſeyen reſp. regierende Herrn oder nicht, erſezet werden: Nach der jetzigen Praxi aber wird nicht mehr darauf geſehen; wie dann der jezige Herr Cammerrichter, Graf von Spauer, ein Tyroliſcher Landſaß iſt. Des Cammergerichts.

Zu denen Aſſeſſor-Stellen aber können unſtreitig auch Mittelbare, adelich- oder gelehrten Standes, gelangen; wie

F dann

dann auch ſelten eine Reichsunmittelbare Perſon ſich unter ihnen befindet.

§. 49.

Der nideren Reichsgerichte. Was von denen höchſten Reichsgerichten gemeldet worden iſt, das gilt auch von denen ſubalternen Kayſerlichen Hof- und Landgerichten, welcher Jurisdiction ſich auch in fremde Gebiete erſtrecket; in ſo weit es nemlich jeden Gerichtes ihme eigenen Verfaſſung gemäß iſt.

§. 50.

Der R. Vicariatsgerichte. Und ſo auch von denen beeden Reichs-Vicariats-Hofgerichten.

§. 51.

Mehreres remiſſive. Von allem bißhero geſagten iſt reſp. in denen Tr. von den Reichsverſammlungen, wie auch von der Teutſchen Religions- Juſtiz- Crays- und Lehens-Verfaſſung das mehrere nachzuſchlagen.

Viertes Capitel.

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Landesherrn überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Einiges remiſſive. §. 2. Der Unterthanen Pflichten. §. 3. Selbſterhaltung dabey. §. 4 Anruffung richterlicher Hülff. §. 5. Der Unterthanen Freyheiten. §. 6 Deren Verſicherung. §. 7. Deren Verlezung. § 8. Noch einiges davon. § 9. Das weitere remiſſive.

§. 1.

Einiges remiſſive. Allerley, ſo auch mit in diſes Capitel einſchläget, iſt bereits in dem nächſtvorhergehenden vorgekommen; welches alſo hier vorausgeſezet wird, deme ich aber hier noch folgendes beyfügen will.

§. 2.

§. 2.

Der Reichsſtände Unterthanen ſeynd ihren Landesherrn Ehrerbietung, Liebe, Treue und Gehorſam ſchuldig: Der Unterthanen Pflichten.

Davon habe ich in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen ꝛc. in dem ganzen 7den Cap. S. 67 u. f. gehandelt.

Von der Landtrauer für den Regenten und deſſen Familie ſehe man auch an unten (1) angezeigter Stelle nach.

Unter obiger Regul mit begriffen, daß Unterthanen nicht in die Landesherrliche Gerechtſame Eingriffe thun, noch ſich deme, was ſie ihrem Regenten in Anſehung ſeiner rechtmäßigen beſonderen Gerechtſamen ſchuldig ſeynd, entziehen ſollen.

§. 3.

Geſchiehet aber dennoch das eine oder andere, und die Unterthanen begehen etwas, ſo ſie nicht thun ſollten, oder unterlaſſen etwas, ſo ſie thun ſollten; ſo iſt der Landesherr, nach der Kayſerl. Wahlcapit. Art. 15. §. 8. befugt, ſich bey ſeinen a) hergebrachten, und (im Beſiz) b) habenden Landesfürſtlichen und herrlichen Juribus ſelbſten, und mit Aßiſtenz der benachbarten Stände, wider ſeine Unterthanen zu manuteniren, und ſie zum Gehorſam zu bringen. Selbſterhaltung dabey.

§. 4.

Es träget ſich aber mehrmalen zu, Anruffung richterlicher Hülfe.

1. daß ein Landesherr ſelber zu ſchwach darzu iſt, und entweder Bedencken träget, ſeiner benachbarten Mitſtände Hülffe zu erſuchen, oder keinen Nachbar hat, der ihme helffen kan oder will.

2. Oder die Unterthanen ſtecken ſich auch wohl ſelbſt hinter andere Reichsſtände, und bewerben ſich um derſelbigen Schuz, oder ſeynd deſſelbigen würcklich verſichert:

3. Oder, ſie hängen ſich (wie in Oſtfrießland geſchehen iſt,) gar an auswärtige Mächten, und erhalten deren Beyſtand.

4. Oder der Landesherr findet auch ſonſten nicht räthlich, ſich mit ſeinen eigenen Kräfften zu helffen, wann er gleich könnte, und ſelbige hinreichend wären.

 In

(1) in meines l. Sohnes teutſch. Hofrecht, 1. Theil, S. 392. u. f.

In allen ſolchen Fällen nun iſt der ordentliche Weg, daß der Landesherr an ein Reichsgericht geht, und gegen ſeine Unterthanen klagt; welchen Falles er ſo dann mit dem zufriden ſeyn muß, was, nach vorgängiger rechtlicher Unterſuchung der Sache, darinn geſprochen wird.

Beyſpile davon aus allen Gattungen derer Stände des Reichs hat man eine groſſe Menge; aber wie leicht zu erachten iſt, von denen ſchwächeren die meiſte.

Viles dergleichen findet man in meines Tr. von der R. Stände Landen 5tem Buch, S. 1189. u. f.

§. 5.

Der Unterthanen Freyheiten.

Hinwiederum haben auch alle Teutſche Unterthanen ihre gewiſſe Freyheiten und Gerechtſame, bey denen ſie der Landesherr laſſen muß.

Anno 1688. 1. Oct. floſſe in ein Kayſerliches Decret in denen Oſtfrießiſchen Streitigkeiten ein: „Als ſoll auch hinwiederum der Landesfürſt, gegen vorhergeſezte würckliche Bezeugung ſeiner gehorſamen Landſtände, dieſelbe, und alle Unterthanen, bey ihren Privilegien, altem Herkommen und guten Gewohnheiten, auch ihrem Haab und Gütern, um- und auſſerhalb Landes, der Billig- und Gerechtigkeit nach, ganz ungekränckt laſſen, auch gegen Andere ſchüzen und ſchirmen.“

Selbſt diejenige, welche unter allen am härteſten gehalten werden, und in einer ſchweren Leibeigenſchafft leben, auch keine Landesherrliche ſchrifftliche Reverſalien, oder Landesverträge, oder ſchrifftliche Landesfreyheiten für ſich haben, genieſſen doch

1. Dererjenigen Gerechtſamen, welche a) nach der heil. Schrifft und b) dem allgemeinen natürlichen Staatsrecht reſp. in denen der chriſtlichen Religion zugethanen oder geſitteten Landen denen Unterthanen zu ſtatten kommen.

2. Enthalten unſere Teutſche Reichs-Grundgeſeze gar viles in geiſt- und weltlichen Dingen, ſo allen Einwohnern Teutſchlandes gewiſſe Befugſame beyleget; wie wir zum Theil allbereits gehöret haben, und zum Theil diſen ganzen Tractat hindurch noch weiters hören werden.

3. Wo Unterthanen in diſem oder jenem Land ein altes

ruhiges Herkommen für ſich haben; da müſſen ſie, nach der in unſerm Teutſchen Reich üblichen, und nicht zu mißkennenden, Rechtskrafft des Herkommens, auch von ihrem Landesherrn allerdings dabey belaſſen werden.

4. Hierzu kommen aber in denen meiſten, und ſonderlich in allen groſſen, Teutſchen Landen auch noch ausdrückliche und ſchrifftliche Verträge zwiſchen dem Herrn und Land, landesherrliche Reverſalien, allgemeine oder beſondere Freyheitsurkunden, Verträge mit Dritten, ja wohl gar landesherrliche Teſtamente, Familienverträge, oder auch (bey Geiſtlichen,) Wahlcapitulationen, welche derer Unterthanen Gerechtſame betreffen.

Gar viles davon habe ich in meines gemeldten Tr. von der R. Stände Landen, in dem ganzen 4ten Buch in 12. Cap. von S. 940. 1189. gemeldet, und ſeze demſelbigen hier noch folgendes hinzu.

Von denen Bayriſchen Landesfreyheiten berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Ueberhaupt beruhen ſolche theils auf der erklärten Landsfreyheit von An. 1516. welche ein Stück des Bayriſchen Statutenbuchs von An. 1616. ausmacht, theils in den ältern und An. 1568. allhier (zu München) zuſammen gedruckten 64. Freyheitsbriefen und Handfeſten, welche auch LüNIG ſeiner Sammlung von der landſäß. Ritterſch. *T. 1. p. 567.* in extenſo einverleibt hat, theils auf den übrigen Landsverträgen, Reverſalien, Conceßionen, und althergebrachten löblichen Gewohnheiten. ꝛ ꝛ Den älteren Landesfreyheiten, welche die Stände überhaupt, oder einige in particulari, erlangt haben, thut die Erklärung von An. 1516. juxta *P. 4.* Art. 15. 16 keinen Abbruch, ſonderbar vor dem Gebürg, oder vor dem Wald, wie auch an dem Lechrein, oder auf dem Nordgau und Hausruck diß- und jenſeit der Donau, allwo ſich noch vile Singularia bezeigen. ꝛ ꝛ ꝛ

Wie es mit der Oberpfälziſchen Landesfreyheit, wenigſt ſecundum Litteram ſcriptam vor diſem geſtanden habe, und noch jezo ſtehe, läßt ſich theils aus des Churfürſten Ludwigs Reſolution vom 13. Jul. 1579. bey allegirtem LüNIG P. 1. p. 703.

(1) im Bayr. Staatsr. §. 185. S. 424.

703. theils aus der neueren Verordnung Churfürſten Maximilians vom 28. Nov. 1629. apud CHLINGENSPERG de jure Hoffm. p. 193. &c. erſehen."

Von den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen meldet Herr Hofrath von SELCHOW (1): „Von dem F. Calenberg beſize ich in der Handſchrifft einen

Extract aus den Landtagsabſchiden und Receſſen zwiſchen denen Herren Herzogen zu Braunſchweig und Dero Landſchafft Calenbergiſchen Theils,

in welchem der mir unbekannte Herr Verfaſſer in chronologiſcher Ordnung Auszüge aus den Landtagsabſchiden von 1367. biß 1663. lifert, aus welchen die hohen Gerechtſame der vortreflichen Landſchafft aufs bündigſte erläutert werden können.

Von den Rechten und Verbindlichkeiten der vortrefflichen Celliſchen und Lüneburgiſchen Landſchafften ſind mir ein Paar bündig geſchribene Aufſäze in die Hände gerathen. Der erſte führet den Titul:

Kurzer ohngefehrlicher Begriff und Innhalt aller Privilegien, Begnadigungen, Fürſtlicher Conſtitutionen, Landtagesabſchiden von Anno 1367. biß iegenwertige Zeit der Landſchafft Lüneburg gegeben. Aus den Fürſtlichen gegebenen Privilegien, Conſtitutionen, Landtagesabſchiden und der Anno 1564. publicirten Policey- und Hofgerichtsordnung zuſammen gezogen Anno 1598. durch H. Otto von Eſtorff.

Diſe vortreffliche Abhandlung beſtehet aus 34. Tituln, welche in 3. Theile abgetheilet ſind, wovon der 1ſte de Jure ſacro, der 2te de Jure publico, der 3te aber de Jure privato, handelt. Der ganze Tractat iſt um deſto merckwürdiger, und gleichſam für authentiſch anzuſehen, weil er nicht Lehrſäze ſeines Herrn Verfaſſers enthält, ſondern aus lauter Worten der Geſeze, Landtagsabſchide und Verträge mit der hochpreislichen Landſchaft beſtehet.

Der

(1) in den Elect. Jur. Germ. p. 500.

Der zweyte Aufſaz führet die Aufſchrifft:

Delineatio Jurium Statibus provincialibus Ducatus Luneburgici, cum in genere, tum in ſpecie Ordini equeſtri, competentium, worin aus denen Landesreceſſen, ingleichen aus denen Actis provincialibus deduciret zu finden, was die geſammte Landſchafft ſo wohl, als hiernächſt auch in ſpecie hieſige Ritterſchafft, ſamt denen übrigen freyen Gutsherren, vor Jura und Vorrechte haben und beſizen. Entworffen von B.

Der Verfaſſer iſt Hr. Chriſtoph Lorenz Bilderbeck, vormaliger höchſtverdienter Landſchafftlicher Syndicus zu Zelle. Der grundgelehrte Hr. Verfaſſer theilet diſe, dem Titul völlig gleichkommende, Abhandlung in zwey Theile ab. Der erſte handelt in 13. Capiteln von den Rechten der geſammten Lüneburgiſchen Landſchafft, der zweyte aber in 8. Capiteln von den Rechten der Lüneburgiſchen Ritterſchafft inſonderheit. Da dem H. V. das ganze Landſchafftliche Archiv offen geſtanden hat; ſo iſt auf den beträchtlichen Innhalt der Abhandlung ſelbſt leicht zu ſchlieſſen. “

Von der Landſchafft der Herzogthümer Bremen und Verden führet Herr Hofrath von SELCHOW (1) einen geſchribenen Aufſaz an, der 23. Beantwortungen eben ſo viler dem Verfaſſer vorgelegter Fragen enthalte, und wie der hernach folgende von Hoya beſchaffen ſeye:

Ferner gedencket er des

Kurzen, doch gründlichen, hiſtoriſchen Berichts von den althergebrachten und confirmirten Gerechtſamkeiten der löbl. Landſtände und Ritterſchafft des Herzogthums Bremen.

Er ſeye von dem Ritterſchafftlichen Secretario, Joh. Heinr. Hinze aufgeſezt, von dem Oberappellationsrath Marſchalk fortgeſezt, und von dem jezigen Landſchaffts-Syndico G. H. Dodt mit einer kurzen Abhandlung begleitet, ſo fort von Herrn Gen. Sup. Pratje (2) durch den Druck bekannt gemacht,

(1) S. 502.

(2) in den vermiſcht. Abh. zur Erläuter. der Brem. ꝛc. Geſchicht. u. Geogr. 3. Theil, S. 167. 263. u. f.

gemacht, und ſamtliche in der Abhandlung angeführte Urkunden angehänget worden. Der Aufſaz ſelbſt erläutere die der Landſchafft gegebene allgemeine und beſondere Privilegien.

Von S. Lauenburg ſagt H. von SELCHOW (1): Die ewige Union zwiſchen dem Herzog Franz und der Ritterſchafft vom 16. Dec. 1585. vornemlich aber der mit dem H. Georg Wilhelm (zu Br. Zelle,) den 15. Sept. 1702. geſchloſſene Landtagsabſchid ſeyen hinreichend, eine Abbildung der Gerechtſame diſer Landſchafft zu machen.

Von der Landſchafft der Grafſchafft Hoya iſt, (nach Herrn Hofraths von SELCHOW Bericht (2),) eine Handſchrifft vorhanden, welche vermuthlich den Landrath von Stöllen zum Verfaſſer habe, und den Titul führe:

Beantwortung derjenigen Puncten, worüber reſpectu der Hoyiſchen Landſchafft einige Nachricht verlangt worden.

Sie beſtehe aus 22. Beantwortungen eben ſo viler Fragen, worinn eine gründliche Nachricht enthalten ſeye, von den Receſſen, welche mit der Hoyiſchen Landſchafft errichtet ſeye, was für Privilegien ihr gegeben, was für eine innerliche Verfaſſung ſie habe, und was ſie endlich in Anſehung der einzelnen Hoheitsrechte für Antheil an der Landesregierung habe.

Churfürſt Georg Ludwigs Beſtättigung der Freyheiten der Grafſchafft Hoya von 1706. 26. Mart. iſt bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (3) zu leſen.

In dem zwiſchen beeden Fürſtlich-Badiſchen Häuſern An. 1627. geſchloſſenen Vertrag wurde beliebt: Marckgraf Wilhelm zu B. Baden ſolle die ihme eingeraumte Lande und Leute wider ihre habende Privilegien nicht beſchweren:

Und in dem An. 1765. zwiſchen denſelben errichteten Erbvertrag iſt abermalen für die Rechte der B. Badiſchen Unterthanen auf alle Fälle geſorget worden.

§. 6.

Deren Verſicherung.

In Anſehung dergleichen Landesfreyheiten nun iſt allgemei-

(1) S. 503.

(2) S. 502.

(3) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 275.

meinen Teutſchen Herkommens, daß, wann ein neuer Regent die Regierung antritt, und bey ſolcher Gelegenheit von denen Unterthanen die Erb- oder Landeshuldigung empfangt, er (nachdeme es jeden Orts herkommlich iſt,) zuvor, oder in der Propoſition bey dem würcklichen Huldigungsactu, oder doch nach abgelegter Huldigung, denen Unterthanen, münd- oder ſchrifftlich, oder auch auf beederley Arten zugleich, verſpricht, ſie bey ihren wohl hergebrachten Rechten und Gerechtigkeiten ruhig verbleiben zu laſſen, und ſie dagegen nicht zu beſchweren.

Aber auch auſſer deme dringen Landſtände und Unterthanen zuweilen bey anderen Gelegenheiten auf neue, und noch weitere, deutlichere, ſpeciellere, oder ſtärckere Verſicherung ihren Freyheiten und Gerechtſamen.

Die beyde Hauptgelegenheiten, deren ſich die Landſtände und Unterthanen zu ſolchem Endzweck bedienen, ſeynd folgende:

1. Wann der Landesherr an ſie verlangt, daß ſie ihme groſſe und nicht ſchuldige Geldſummen bewilligen, oder aber ſtarcke Schulden, die er aus ſeinen Cameralmitteln bezahlen müßte, auf ſich und das Land nehmen ſollen.

2. Wann es zwiſchen Herrn und Land zu ſchweren Streitigkeiten kommt, am Ende aber, es ſeyen nun gerichtliche und obriſt-richterliche Erkenntniſſe darinn ergangen oder nicht, wiederum Fride gemacht und ein neuer Vergleich errichtet wird.

Auch davon findet man viles in dem ſchon *cit.* 5ten Buch des Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. zu deſſen Beſtättigung ich auch noch diſes beyfügen will.

In Bayern muß ein jeder neuer Landesherr die Landesfreyheiten noch vor der Huldigung erneuern und beſtättigen; laut erkl. Land. Freyh. *P.* 4. Art. 14. 17.

Ferner berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „ Alle Landsfürſtliche Bediente müſſen bey ihrer Verpflichtung auf die Privilegia Statuum ſchwören; E. L. F. P. 4. Art. 20. und ſoll bey einem jeden Landgericht nicht nur ein Libell von der Erklärung vorhanden ſeyn, ſondern auch zweymal öffentlich verleſen werden. ibi. Art. 18. 19. Die Landesherrſchafft

G ſelbſt

(1) S. 425.

ſelbſt verpflichtet ſich hierzu, ibi. Art. 17. und es ſchreibt B. SCHMID ad Stat. T. 19. Art. 7. n. 7. daß dieſelbe ſogar allen Schein von einer Abweichung zu vermeiden ſuche, idque ex prudentiſſima ratione politica, weil nemlich der Credit und das höchſte Anſehen des geheiligten Landsfürſtlichen Worts davon abhängt. Welchergeſtalt gegen die Amtleute, und Andere, welche der Landesfreyheit zugegen handeln, mit Caſſation und ſonſt verfahren werden ſolle, iſt ſowohl in der nemlichen Erklärung P. 4. Art. 22. 23. 24. als in dem 8. 9. 13. 20. 23. 26. 41. und 47ſten Freyheitsbrief enthalten. Es heißt auch in der Inſtruction, welche An. 1669. der Landſchafftsverordnung mitgetheilet worden iſt, daß, wann Jemand aus den drey Ständen, oder Mitverwandten und Zugethanen, an ſeinen Privilegien, Freyheiten, und deren Erklärung etwas ungebührliches zugefüget würde, und derſelbe weder bey der Landesherrſchafft, noch bey den nachgeſezten Regierungen, die Abhelffung erlangete, er ſolches bey verſammleter Verordnung anbringen, und dieſelbe nach befundenen Umſtänden, ihm Interceßionsweiſe bey der Landesherrſchaft an die Hand gehen könne, damit er ſolch ſeiner Bedrängniß und Beſchwerde entlediget werden möge.“

Anno 1769. übergaben die Br. Wolfenbüttelische Landſtände dem Herzog einen aus den Landtagsabſchiden, Fürſtlichen Reverſalien, Verordnungen, Reſolutionen, Begnadigungen und Documenten, auch hergebrachten Gewohnheiten zuſammengetragenen Extract derer der Landſchafft überhaupt, und jeder Curie derſelben insbeſondere, zuſtehenden Privilegien, Freyheiten und Gerechtigkeiten: Nachdeme nun ſolcher Extract mit denen dabey angeführten Documenten zuſammengehalten, auch mit dem An. 1770. errichteten Landtagsabſchid verglichen, was nach ſolchen einer Aenderung oder Ergänzung bedurfft, geändert und ergänzt, mithin dadurch alles in Richtigkeit und Gewisheit geſetzet worden; ſo ertheilte der Herzog darüber An. 1770. 9. Apr. ſeine Confirmation, und dieſelbe wurde ſodann, unter dem Titul: „Geſammter Landſchafft Privilegia und Befugniſſe,“ nebſt dem Landtagsabſchid von 1770. zu Braunſchweig 1770. in fol. gedruckt.

Eben

Eben diſe Landesprivilegien von 1770. melden auch Art. 79. „ Alle und jede, die Landſtände insgeſammt, und jede Curie derſelben beſonders, betreffende Privilegia, Freyheiten und Gerechtigkeiten, ſo weit ſie gemeine Landſchafft angehen, werden von dem jedesmaligen höchſten Landesherrn bey der abzulegenden Huldigung, oder auch, wenn ſolche einzunehmen gn. nicht gefällig ſeyn ſollte, bey Antritt der Fürſtl. Regierung gn. confirmirt:

Auch wollen Höchſtdieſelben, nach angetrettener Fürſtl. Regierung, auf unterthänigſtes Anſuchen jedes Standes ſonderbarer Glider, die von jedem erweislich wohl hergebrachte Privilegia, Freyheiten und Gerechtigkeiten, gn. confirmiren.“

In dem Wirtembergiſchen Vergleich von 1770. Cl. I. Grav. I. §. I. lautet es, nach der Stelle von Abolirung deſſen, was gegen die Landesverfaſſung vorgegangen ware, ferner: „ Dagegen aber alle obhandene Landescompactata, Verträge und Landtagsabſchide, auch Ausſchuß-Receſſe, inſonderheit der Tübinger Vertrag de An. 1514. und alle darauf biß ad An. 1753. incl. gefolgte Receſſe, auch das bey Einnehmung der Landeshuldigung und in denen Herzogl. Reverſalien gnd. namentlich beſtättigte alte Herkommen, ſamt denen daraus flieſſenden Rechten, Gerechtigkeiten, Immunitäten, oder Freyheiten, in ihrem geſunden Verſtand, wie die ausgedruckte Worte und innhaltende eigentliche Intention mit ſich bringen, (ſo fern nicht in gegenwärtigem Verglichs-Receß eine ausdrückliche Aenderung geſchiehet,) nochmalen anerkannt und bekräfftigt; inſonderheit auch der hierüber von des regierenden Herrn Herzogs Durchl. gleich bey Antritt Dero Regierung ausgeſtellte Beſtättigungsbrieff, nebſt den Religions-Reverſalien, nach dem ganzen Innhalt, als ob diſer von Wort zu Wort hier eingetragen wäre, vor wiederhohlt, und zu beſtändiger Norm und Richtſchnur der Landesregierung vor erneuert gehalten, mithin die Compactaten-mäßige Landesverfaſſung in ihrem ganzen Complexu, in Politicis & Eccleſiaſticis, vollkommen belaſſen, und hiemit aufs neue beſtättiget ſeyn ſolle. “

§. 2. „ Sollten auch, wider Vermuthen, künfftighin wegen Ausleg- und Anwendung derer Landesverträge und Her-

zoglichen Reverſalien, auch des alten Herkommens, Anſtände ſich ereignen, (wobey ſich aber von ſelbſten verſtehet, daß kein Theil einig-unbilligen Anſtand machen werde;) ſo ſolle forderſamſt zwiſchen gn. Herrſchafft und treugehorſamſten Prälaten und Landſchafft gütlichen Handlungen Plaz gegeben; wann aber auf ſolche Weiſe zu keinem gemeinſamen Einverſtändniß zu gelangen wäre, die Sache Ihro Kayſerl. Maj. zu rechtlicher Entſcheidung heimgeſtellet, biß zu deren Erfolg aber alles in dem Stand gelaſſen werden, darinn es ſich vor entſtandnem Streit befunden hat. "

§. 4. „Zu dem Ende ſollen und werden auch alle Herzogliche Miniſters, Räthe, Beamten, ingleichem die Magiſtratsperſonen, in Gemäßheit der Herzoglich-Eberhardiniſchen Canzleyordnung, und des Landtagsabſchids de An. 1739. bey der Sr. Herzoglichen Durchlaucht ohnehin alleinig zu leiſten habenden Verpflichtung, auf ſamtliche Landes-Compactata, in eccleſiaſticis & politicis, leiblich mit beeydiget, und ein ſolches ihren Amtsbeſtallungen und Staaten ausdrücklich einverleibet : : : werden. "

Am Ende des Vergleichs aber heißt es: " S. Herzogl. Durchl. geben : : einer Ehrſamen Landſchafft die gn. Verſicherung, daß alles dasjenige, was mittelſt obiger Articul unterthänigſt nachgegeben worden iſt, den Landſchaftlichen Freyheiten, dem Tübingiſchen Vertrag, und denen nachgefolgten Landes-Compactaten ohne Ausnahm, ohnabbrüchig ſeyn und bleiben ſolle. : :

Es ſoll auch die Landſchafftliche Verbindlichkeit zu obbemeldten Erklärungen und Bewilligungen nicht eher eintretten, als biß ſamtliche in diſem Vergleich bereits entſchidene Puncten in ihre Würcklichkeit geſezt, zu der übrigen bald möglichſten Entſcheidung und Erledigung aber alle erforderliche Zubereitung hinlänglich gemacht worden. : : :

Es wird auch diſer Receß, ſo fort nach deſſen Unterzeichnung, und der erfolgten allerhöchſten Kayſerl. Beſtättigung, zum Druck gebracht werden; und wollen hiernächſt Se. Herzogl. Durchl. ſelbigen Dero ſamtlichen Collegiis, der Univerſität zu Tübingen, allen geiſt- und weltlichen Oberämtern und

Stattmagiſtraten, zur ohnabweichlichen Beobachtung in allen Verfügungen, Befehlen, Urtheilen und Beſcheiden, rechtlichen Bedencken, Berichten und Gewalterthеilungen, communiciren und zuſtellen, auch, nach Maaßgab deſſen, was oben ad Cl. 1. §. 4. veſtgeſezet worden iſt, die weitere nöthige Intimationes und Befehle ausfertigen laſſen. = =

Es ſollen auch bey unverhofften Contraventionsfällen, auf deren geſchehene Anzeigen und Beſcheinigung, von den höchſten Reichsgerichten Mandata pœnalia S. C. erkannt werden und ergehen können.

Ueber diſes alles wird der Vergleichsreceß, (wie ſolcher unter Sr. Kayſerl. Majeſt. allerhöchſten Autorität zum Stand gebracht worden,) Allerhöchſt=Denenſelben vorgelegt, und um deſſen Kayſerliche Beſtättigung dahin allerunterthänigſt gebeten werden, damit darüber tanquam ſuper re judicata, jederzeit gehalten, und, in deſſen Gefolg, bey entſtandenen Entgegenhandlungen, executive und ſummariiſſime ſo lang und vil verfahren werden möge, biß die Contraventiones und Turbationes abgeſchafft, auch die darüber erlittene Koſten und Schaden, cum omni cauſa, erſezet worden ſind.

Auch werden Se. Kayſerl. Majeſt. allerunterthänigſt erſuchet werden, diſe Ihro Kayſerliche allerhöchſte Beſtättigung ausdrücklich in forma priori dahin mit zu erſtrecken, daß, in Gemäßheit der Würtembergiſchen althergebrachten Landesverfaſſung, des von Kayſern zu Kayſern beſtättigten Tübinger Vertrags, des Pacti Rudolphini d. d. Prag, den 28. Jan. 1599. und anderer darauf gefolgter Landesgeſetzen, beſonders auch des Landtagsabſchieds von 1739. Prälaten und Landſchafft keinem der künfftigen Durchlauchtigſten Regenten eher die Huldigung zu leiſten ſchuldig und gehalten ſeyn ſollen, bevor derſelbe nicht, wie die andere Landescompactaten und Reverſalien, nach allen ihren Puncten, alſo auch, gegenwärtigen Receß ſteiff, veſt und ohnverbrüchlich zu halten, bey Fürſtlichen wahren Worten, Treuen und Glauben, Sich förmlich reverſiret habe. “

Hinwiederum aber lautet es auch in der Landſchafftlichen Ratification: „ Unterwerffen Uns, im Fall von Unſerer Seite

te dem Vergleich entgegen gehandelt werden ſollte, den obriſtrichterlichen executiviſchen Zwangsmitteln. “

Ein beſonderes Exempel aber von einem Agnatiſchen Widerſpruch gegen erhaltene Landesherrliche Privilegien gibt diſes Reichs-Hofraths-Concluſum an die Hand:

14. Mart. 1652.

Zur Lippe Graf Otto contra Grafen Johann Bernharden zur Lipp confirmationis privilegiorum ſub præſ. 5. hujus per Ferdinandum Brügel von Aigenau berichtet, welchergeſtalt die Gräflich Lippiſche Ritter- und Landſchafft jüngſter Zeit bey ſeinen Vettern Graf Johann Bernarden zur Lipp ettliche neue und ihme ſehr præjudicirliche Privilegia erpracticirt und ausgewürckt habe. Bittet dafern um Confirmation ſolcher privilegien; Ihr Kayſerl. Majeſt. möchten angelangt werden, ſolche Confirmation ſe inaudito nit zu verwilligen.

Ad acta und zu ſeiner Zeit eingedenck zu ſeyn.

§. 7.

Deren Verlezung. Wann aber ſodann Landſtände und Unterthanen ſich von ihrem Landesherrn gegen ihre unwiderſprochene und rechtmäſſige Freyheiten beſchweret zu ſeyn erachten, oder ſonſten Deſideria haben, können die in mehr angeführtem 5tem Buch des Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. angezeigte verſchidene Gattungen von Mitteln ergriffen werden.

Kommt es zu Reichsgerichtlichen Proceſſen oder zu Rechtskriegen, gehet es gar offt damit, wie mit anderen Kriegen, die leicht einen ganz andern Ausgang gewinnen, als der eine oder andere Theil vermuthet hatte; deſſen Urſachen gar mancherley ſeyn können. ꝛc. ꝛc.

Auch kan die Sache bald kurz, bald weitläufftig verhandelt werden.

Anno 1691. (1) brachten der Fürſt zu Oſtfrießland gegen ſeine Landſtände, und diſe gegen den Fürſten, vilerley ganz kurz gefaßte, und mit nichts belegte oder erwiſene, Beſchwerden an: Der Kayſer gabe aber doch darauf, ohne die Gegentheile zu hören, in vilen Stücken deciſive Reſolutionen; welche hingegen offt auch darnach beſchaffen waren, nemlich gar zu gene-

(1) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. u. Landesverfaß. 2. Theil, S. 1025.

general und zweydeutig, oder die Sache wenigſtens nicht entſche.dend.

Denen in dem Tr. von d.r R. Stände Landen ꝛc. im 5. Buch S. 1189. u. f. in Menge angeführten will ich hier nur diſes beyſetzen:

Die Statt Roſtock hat mit denen Herzogen zu Mecklenburg An. 1573. und 1584. Erbverträge errichtet, welche ſo wohl von Kayſern zu Kayſern, als von Fürſten zu Fürſten, confirmirt, und durch gar vile Kayſerliche Mandata, de non contraveniendo Pactis Majorum confirmatis, ut & propriis Reſolutionibus S. C. An. 1662. 66. 69. und 70. in Contradictorio beveſtiget worden ſeynd.

§. 8.

Zum Beſchluß will ich noch einige vermiſchte hieher gehörige Anmerckungen beyfügen. Noch einiges hievon

Von Bayern gibt der Freyherr von SCHMID (1) zur Regel an: Daß das Landrecht nur in Streitigkeiten zwiſchen denen Unterthanen, nicht aber zwiſchen ihnen und der Landesherrſchafft quoad Jura Principis & Regalia, zur Vorſchrifft dienen könne.

So wohl die Bayriſche Landſchafft als die Reſidenzſtatt München, behaupten, zu Edirung ihrer Privilegien nirgend, als bey der höchſten Stelle ſelbſt, verbunden zu ſeyn. (2)

In Herzog Ernſts zu Braunſchweig Beſtättigung der Landesfreyheiten von 1592. ſtehet: „Wir wollen auch ſolche Unſere Verſchreibung und Begnadigung Selbſt in keinen Mißverſtande oder Mißdeutung ziehen, noch es Andern zu thun vergönnen, ſondern denſelben jederzeit nach ihrem buchſtäblichen Innhalt und geſunden rechtmäßigen Verſtande ihre Deutung geben, und, daß dergleichen von Unſern Aemtern und Voigten erfolge, darüber halten.“

Nach was für Grundſäzen landesherrliche Privilegien zu erklären ſeyen, ſonderlich wann der Regent ſelbſt mit dem Privi-

(1) Comment. ad Stat. Bav. Tit. 12. art. 2. num. 10.

(2) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. 1. Theil, 2. Cap. §. 16. n. 6. S. 52.

Privilegirten im Streit ſeye? wurde bey dem Heſſen-Caſſeliſchen Ober-Appellationsgericht erörtert. (1)

Die Bayriſche Landſtände haben ſich in vorigen Zeiten öffters zu Beveſtigung ihrer Freyheiten zuſammen verbunden; wie aus dem 1. 2. 6. 8. 9. 13. 16. 17. 18. 20. 22. 23. 25. 26. 29. 41. 47. und 50ſten Freyheitsbrieff zu erſehen iſt. (2)

Ein gleiches haben auch die Heßiſche Jülich- und Cleviſche ꝛc. und andere Landſtände gethan: Ich habe aber ſchon anderwärts (3) erinneret, daß diſes heutiges Tages nicht mehr räthlich wäre, oder angehen würde.

§. 9.

Das weitere remiſſive.

Uebrigens hat mit dem bißhero geſagten alles eine Verbindung, was in denen Tractaten von der Landeshoheit überhaupt, von der Landeshoheit im Geiſtlichen, und von der Landeshoheit im Weltlichen ausführlich gemeldet worden iſt, und wovon auch nur ein kurzer Auszug hieher zu weitläufftig fallen würde.

* *

Fünftes Capitel.

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung anderer einzelner Reichsſtände, wie auch auswärtiger Machten, und beyder Unterthanen.

Innhalt.

§. 1. Das meiſte remiſſive. §. 2. Rechte ꝛc. in Staatsſachen; §. 3. in Religions- und Kirchenſachen; §. 4. in Juſtizſachen; §. 5. in Militarſachen; §. 6. in Cameralſachen; §. 7. in Handlungs- ꝛc. ſachen; §. 8. in anderen Policeyſachen; §. 9. in Gnadenſachen; §. 10. in Anſehung ihrer Perſonen und Vermögens; §. 11. in Anſehung Erde und Waſſer; §. 12. in Lehensſachen.

§. 1.

(1) ſ. H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 313.

(2) ſ. von KREITTMAYR S. 425.

(3) im Tr. von der R. Stände landen ꝛc. S. 706. 715.

§. 1.

Auch von denen hieher einſchlagenden Materien habe ich ſchon anderwärts ausführlich gehandelt: Das meiſte remiſſive.

Und zwar, ſo vile andere Reichsſtände, wie auch derſelbigen Landſtände und Unterthanen betrifft, in dem Teutſchen Nachbarlichen Staatsrecht; deſſen ganzes 4tes Buch, S. 510. u. f. in 10. Capiteln handelt von Sachen, welche 1. einzelne Reichsſtände und ihrer Reichsmitſtände Unterthanen, wie auch 2. einzelner Reichsſtände Unterthanen unter ſich betreffen; und zwar in Staatsſachen, in Religions- und Kirchen-Sachen, in Juſtizſachen, in Militarſachen, in Cameralſachen, in Handlungs- Münz- und Poſtſachen, in noch mehreren Policeyſachen, in Gnadenſachen, in Anſehung der Unterthanen Perſonen und ihres Vermögens, ſo dann in Anſehung Grund und Bodens, Forſt und Jagd, des Waſſers, u. ſ. f.

So vil aber die auswärtige Europäiſche Machten und Staaten betrifft; ſo handelt mein Teutſches auswärtiges Staatsrecht in dem vierten Buch, S. 269. u. f. das 4te und folgende Capitel, faſt auf eben diſe Weiſe nicht nur von der einzelnen Reichsſtände ſelbſt, ſondern auch von ihrer Landſtände und Unterthanen, Gerechtſamen und Pflichten in Anſehung auswärtiger Machten.

Ich will hier beydes zuſammen nehmen, das allerwichtigſte daraus kurz anzeigen, und noch einiges weniges weiteres beyfügen.

§. 2.

Forderiſt gehöret hieher folgende, erſt ſeithero gedruckte, Schrifft: Rechte ꝛc. in Staatsſachen.

Meine Abhandlung von dem Recurs Teutſcher Landſtände und Unterthanen an andere Reichs-Stände, oder auswärtige Machten, wie auch von anderer Reichsſtände, oder auswärtiger Machten, freywilliger Theilnehmung an Streitigkeiten zwiſchen Teutſchen Landesherrn, ſo dann deren Landſtänden und Unterthanen; ingleichem Garantierung der landesherrlichen Reverſalien und Landesverträge; in

meinen Abhandl. verſchid. beſond. Rechtsmater. 2tem, 3tem und 4tem Stück.

Der Reichsſtänden Unterthanen ſeynd anderen Reichsſtänden, wie auch auswärtigen Machten, Reſpect ſchuldig.

Sie dörffen auch derſelben Unterthanen weder mit real- noch anderen Injurien begegnen.

Ein teutſcher Unterthan darff, ſo lang er in dem Land bleiben will oder muß, ohne ſeines Landesherrns Willen, für ſeine Perſon nicht auch anderer Reichsſtände, oder einer auswärtigen Macht, Unterthan werden:

Eines Reichsſtandes Unterthanen ſollen ſich durch keine Fremde von ihrem Landesherrn und dem ihme ſchuldigen Gehorſam und Treue abziehen, noch ſich gegen ihne verhezen laſſen.

Die auswärtigen Machten in vorigen Zeiten von denen Kayſern über mediat-Stände und Stätte gegebene, oder von ihnen ſelbſt erworbene und angenommene, oder ſonſt uſurpirte Schuz- und Schirmbrieffe ſollen von denen jezigen Kayſern nicht confirmirt, ſondern auf erlaubte Mittel und Wege aufgekündigt und abgethan, oder zum wenigſten in die Schrancken ihrer erſten Kayſerlichen Conceßionen, wo die vorhanden, ohne einige fernere deren Extenſion und Ausdehnung, reduciret werden: Wahlcapit. Art. 27. §. 1. 2.

Vilweniger ſolle der Kayſer denen Gewalten und Potentaten, ſo des heil. Reichs Zwang und Jurisdiction nicht unterworffen, dergleichen von neuem ertheilen: *l. c.*

Ja Er ſolle auch nicht geſtatten, ſolche zu ſuchen und anzunehmen. *ibid.*

Ferner ſollen der Churfürſten, Fürſten und Stände des Reichs (die unmittelbare Reichsritterſchafft mit-begriffen,) Unterthanen keinen auswärtigen Anhang und Aßiſtenz imploriren. Wahlcapit. Art. 27. §. 3.

Es hat ſich auch Kayſer Leopold An. 1670. erklärt: Wann Landſaſſen und Unterthanen ſich unterfangen würden, wider ihre Landesfürſten, Herrſchafften und Oberen, ſich an andere Potentaten und Republiquen, vermittelſt gewiſſer Confoderationen, Mediationen, Garantie, oder in andere Wege, zu hängen, oder derſelben Schuz zu begehren, anzunehmen, und

und zu gebrauchen; ſo ſollen die Landesfürſten, Herrſchafften und Obere, berechtiget ſeyn, ſich ſelbſt, oder, auf bedürffen, mit Aßiſtenz ihrer benachbarten Stände, wider ſolche ihre ungehorſame und widerſezliche Unterthanen, bey ihrer wiſſentlichen Befugniß zu manuteniren.

Denen in obgedachter Abhandlung angeführten Beyſpilen füge ich hier auch noch diſes bey:

Veneris 20. Apr. 1736.

Zu Kerpen und Lommerſum, Meiſtbeerbte, Schöffen, Vorſteher und Eingeſeſſene contra den Grafen von Schaesberg, Appellationis, in puncto der Reichs- und Crays-Præſtandorum.

--- Injungatur denen ſämtlichen Unterthanen und Eingeſeſſenen zu Kerpen und Lommerſum per Decretum in terminis ſeriis: Nicht allein von dem, wider die vorige Kayſerliche Verordnungen, illicito & temerario plane auſu, fernerweit genommenen auswärtigen Recurs alſogleich abzuſtehen, und ſich dergleichen künfftighin gänzlich zu enthalten, ſondern auch den dadurch auf des appellatiſchen Grafen von Schaesberg Güter und Einkünffte veranlaßten Arreſt alſo gleich machen aufzuheben; idque ſub pœna dupli, & reſervatione prioris pœnæ, uti & comminatione, ex citandi Fiſcalem &c.

Doch können ſich Umſtände ereignen, da teutſchen Landſtänden und Unterthanen nicht ſchlechterdings verboten iſt, oder werden kan, ſich auch um auswärtigen Beyſtand umzuſehen; zumalen in Religions- und Kirchenſachen bey ihren Glaubensgenoſſen, oder wo andere Garantien Plaz greiffen, die der Reichsverfaſſung nicht zuwider ſeynd.

Selbſt derer durch die Unterthanen von dem Kayſer erhaltenen Conſervatorien dörffen ſich dieſelbige nicht mehr bedienen, wann ſie erloſchen ſeynd.

Auch gegen fremden Gewalt dörffen Unterthanen ſich nicht eigenmächtig ſelber helffen; ſondern müſſen ihren Landesherrn dafür ſorgen laſſen: Doch dörffen ſie ungerechten fremden Gewalt auf der Stelle in ſo weit abhalten, als die Grän-

zen der erlaubten natürlichen Selbſtvertheidigung reichen, und es der Reichs- auch Landesverfaſſung nicht zuwider iſt.

Wann Reichsſtände mit ihren Mitſtänden, oder Auswärtigen, Staatshandlungen pflegen, Vergleiche ſchlieſſen, u. d. haben ihre Landſtände und Unterthanen ordentlicher Weiſe nichts damit zu thun; doch können ſich auch Fälle ereignen, wo ſie in ihrer Maaſſe mit dabey concurriren und Antheil daran nehmen dörffen oder müſſen.

Wann ein Unterthan ſich in einem fremden Land befindet, muß er Zeit ſeines Aufenthalts darinn, allerdings ſich nach deſſen Geſezen und Verfaſſung achten.

Wann endlich ein Unterthan ſich über einen anderen Reichsſtand oder Auswärtigen, oder deren Räthe, Bediente, Landſtände, oder Unterthanen, zu beſchweren hat, kan und muß, nach Beſchaffenheit der Umſtände, die Klage vor dem fremden oder eigenen Landesherrn, oder vor denen Austrägen, oder einem hohen oder nideren Reichsgericht, angebracht werden.

§. 3.

In Religions- und Kirchenſachen.

Ordentlicher Weiſe ſolle und darff ein Unterthan auch in Religions- und Kirchenſachen ſich an keine andere Reichsſtände oder auswärtige Staaten wenden:

Doch ſeynd davon folgende Fälle auszunehmen:

1. Wann ſich die Sache zur Garantie des Weſtphäliſchen Fridens qualificirt.

2. Wann die Unterthanen durch andere Verträge oder deren Garantien, ſo den Reichsgeſezen nicht zuwider ſeynd, darzu berechtiget werden.

3. Wann ihre Glaubensgenoſſen ein gemeinſchafftliches Intereſſe dabey, und alſo in der Folge ſelber Nuzen oder Schaden von einer Sache, haben.

§. 4.

In Juſtizſachen.

Kein Unterthan iſt befugt, ſich, ohne Wiſſen und Willen ſeines Landesherrns, einer fremden Gerichtbarkeit zu unterwerffen:

Und diſes nicht nur nicht in gerichtlichen Parthie- ſondern auch in ſolchen Sachen, welche in denen Rechten Actus voluntariæ Jurisdictionis genennet werden.

Eben

Eben ſo wenig ſolle der Kayſer geſtatten, daß die Rechtfertigungen, oder Proceſſe, von ihren ordentlichen Richtern des Reichs ab- und an ausländiſche Potentaten gezogen werden. Wahlcapit. Art. 27. §. 4.

Wohl aber machet ein Unterthan ſich dadurch einer fremden Gerichtbarkeit unterwürffig, wann er in einem anderen Land contrahirt, oder ein Verbrechen begehet, und in ein- oder anderem Fall deßwegen in Anſpruch genommen wird, ſo lang er ſich noch in ſolchem Lande befindet.

Und ſo kan er auch, nach Beſchaffenheit der Umſtände, in einem fremden Land ein Teſtament, nach Vorſchrifft deſſen Geſeze, errichten, es von der Landesherrſchafft beſtättigen laſſen, bey deren Gerichten hinterlegen, u. d.

Ja er kan auch wegen eines Verbrechens in einem fremden Gebiet angehalten und gerichtet werden, ob er gleich daſſelbige nicht darinn begangen hat.

Wann ein Unterthan eine rechtliche Anſprache an eines anderen Herrns Unterthanen hat, muß er denſelbigen vor ſeinem Regenten, an gehörigen Orten, und auf eine ſolchen Landesverfaſſung gemäſſe Weiſe, belangen.

Doch darff er ſeinen eigenen Landesherrn um Intereeßionalien an den fremden Herrn erſuchen, daß ihme ſchleunige und unpartheyiſche Juſtiz wiederfahren möge.

Wann ſeine Stellung auſſer Landes, z. E. zu einem Zeugenverhör ꝛc. verlangt wird, darff er ohne Wiſſen und Willen ſeiner Herrſchafft, oder deren Beamten, nicht erſcheinen:

Wohl aber muß er es thun, wenn es ihme von ſeiner Herrſchafft, oder Namens derſelbigen, befohlen wird.

Wo es der Landesverfaſſung nicht entgegen iſt, kan ein Unterthan verlangen, daß die in einem habenden Proceß verhandelte Acta, nach dem Beſchluß deſſelbigen, an auswärtige unpartheyiſche Rechtsgelehrte zum Spruch Rechtens verſchicket werden.

§. 5.

In Militarſachen.

Nach denen Reichsgeſezen darff ein Teutſcher Unterthan, ſo wohl bey anderen Reichsſtänden, als bey auswärtigen Machten, welche mit dem Kayſer und Reich in gutem Vernehmen ſtehen, Kriegsdienſte annehmen.

Wann aber ein Landesherr gut findet, diſe Freyheit einzuſchräncken, oder gar aufzuheben, muß er ſich allerdings darnach achten; es wäre dann diſe Freyheit in denen Landesprivilegien und Verträgen vorbehalten.

Entſtehet ein Reichskrieg, und es ergehen Kayſerliche Avocatorien an die Reichs-Unterthanen, ſo ſich in fremden Kriegsdienſten befinden, müſſen ſelbige auf alle Weiſe befolget werden.

So auch, wann nur ſein Landesherr gut findet, ſeine in ſolchen Kriegsdienſten befindliche Unterthanen zuruck- und nach Hauſe zu beruffen.

§. 6.

In Cameralſachen.

Ein Unterthan, ſo in einem anderen Land unbewegliche Güter beſizet, iſt ſchuldig, dem Landesherrn davon die in ſolchem Land übliche Steuern und andere Abgaben zu entrichten; es ſeye dann ein anderes verglichen oder hergebracht.

Ziehet ein Unterthan aus dem Land, darinn er bißhero gewohnet hat, in ein anderes, muß er ſich der Nachſteuer von ſeinem Vermögen unterwerfen, wann oder in ſo weit dieſelbige, entweder in dem Land, welches er verläſſet, überhaupt, oder auch in Anſehung des Landes, wohin er ziehet, insbeſondere, hergebracht iſt.

So auch, wann ihme auswärts eine Erbſchafft anfällt, muß er ſich davon einen Abzug machen laſſen; wann und in ſo weit es entweder in ſolchem Lande überhaupt üblich, oder doch in Anſehung derer Einwohner des Landes, darinn er ſich aufhält, Rechtens iſt.

Ja, wann in einem Land das jus Albinagii hergebracht iſt, und Krafft deſſelbigen alle, oder doch gewiſſe, Fremden von aller ihnen anfallenden reſp. beweg- oder auch unbeweglichen Erbſchafft ausgeſchloſſen werden, muß er es ſich auch gefallen laſſen; und wann er eine Diſpenſation dagegen erhält, iſt es Gnade, und keine Schuldigkeit.

Wer in einem fremden Lande contrahirt, kan ſich der darinn auf ſolche Fälle geſezten Abgaben an Accis, Licent, u. d. nicht entziehen:

Ja ſo gar, wann Fremde in dergleichen Fällen härter gehalten werden, als die Einheimiſche, und es iſt einmal ruhig hergebracht, muß ſich der Fremde darzu bequemen: Widrigen Falles aber kan er es ſeinem Landesherrn klagen, und muß diſen alsdann das weitere beſorgen laſſen.

Wer in einem fremden Lande reiſet, muß ordentlicher Weiſe alle in demſelbigen übliche Zölle, Chauſſee- Brücken- und Weggelder, u. d. bezahlen.

So auch wer bey der Canzley oder denen Gerichten, etwas zu ſuchen hat, muß die herkommliche Taxgelder, Stempelpapier-Gebühren, Sportuln, u. ſ. w. entrichten.

§. 7.

In denen vorigen Zeiten hatten die Teutſche Unterthanen in anderer Reichsſtände, auch auswärtiger Machten, Landen und Gebieten in Handlungsſachen vil mehrere Freyheit als jezo, auch zum Theil beſondere Privilegien: In Handlungsſachen.

Nachdeme aber nun die Handlungsfreyheit inn- und auſſer dem Reich immer mehrers eingeſchräncket wird; ſo iſt nichts anderes zu thun, als es allenfalls ſeinem Landesherrn zu klagen, und übrigens ſich in jeden Landes zu jeder Zeit herkommliche Verfaſſung zu ſchicken; um nicht widrigen Falles ſich denen darauf geſetzten Strafen unterwürffig zu machen.

In Münzſachen muß ein Unterthan, ſo ſich in einem fremden Lande befindet, nach denen darinn dißfalls vorhandenen Münzgeſetzen richten, oder er iſt ſtraffällig.

Eben diſes iſt auch davon zu ſagen, wann er ſich in ſolchen Landen derer reitend- oder fahrenden Poſten bedienet.

§. 8.

In Anſehung des Collectenſammlens für Communen, oder privat-Perſonen, des ſogenannten Fechtens derer Handwercksburſche, des Bettelns, u. ſ. w. ſeynd alle in einem anderen Lande ſich befindende Unterthanen ſchuldig, deſſen Geſezen hierinn nachzuleben, oder widrigen Falles ſich nach Vorſchrifft derſelbigen abſtrafen zu laſſen. In anderen Policeyſachen.

Ein in einem fremden Land ſich befindender Unterthan darf ſich auf keine denen Fremden in demſelbigen verbotene Weiſe nähren.

Er

Er muß ſich nach dem in jedem Land üblichen Maaß, Meß, Gewicht, u. ſ. w. achten.

In Profeßions- und Handwercks-Sachen muß er thun und laſſen, was denen darüber vorhandenen Landesgeſetzen gemäß iſt.

In Beſuchung der Jahr- und Wochenmärckte, muß er abermalen in Anſehung des Einkauffs oder Verkauffs das beobachten, was der Landesverfaſſung gemäß iſt.

So lang in einem Land der Einſaz in fremde Lotterien ꝛc. nicht verboten iſt, behält jeder Unterthan auch hierinn ſeine natürliche Freyheit: So bald aber dieſelbige eingeſchräncket oder gar aufgehoben wird, muß er ſeinem Landesherrn auch darinn Gehorſam leiſten.

Gleiche Bewandtniß hat es mit dem ſtudieren auf fremden Univerſitäten, mit dem reiſen in fremde Länder, mit auswärtigen civil-Dienſten, u. d. woferne nicht die Landesfreyheiten und Verträge ein anderes geſtatten.

Wann in einem Land das Duelliren verboten iſt, können auch Fremde ſich dem Gehorſam diſes Geſezes nicht entziehen.

§. 9.

In Gnadenſachen.

Ob und wie ferne einem Unterthanen erlaubt ſeye, von fremden Regenten ſich ohne Vorwiſſen und Willen ſeines ordentlichen Landesherrns, perſonelle oder reelle Privilegien ertheilen zu laſſen, kommt auf bie Umſtände an, nach deren Beſchaffenheit es erlaubt ſeyn kan, oder nicht.

Wann ein Unterthan einen fremden Orden erhält, oder darum bittet, muß es mit Genehmigung des Landesherrns geſchehen.

Wo die Landesverfaſſung dißfalls nichts beſonderes mit ſich bringt, iſt die Annehmung eines Characters von einem fremden Hof zwar kein Verbrechen; doch ſolle es billig nicht ohne Anzeige bey dem Landesherrn, noch wider deſſen Willen, geſchehen.

Kein Unterthan darff ſich von einem anderen Reichsſtand, oder einer auswärtigen Macht, legitimiren, Famæ reſtituiren, Veniam ætatis geben, ein Moratorium bewilligen laſſen, u. d. es geſchehe dann in Rückſicht reſp. derer unter ſolchem Herrn haben-

habender Güter, oder der in ſeinem Lande befindlichen Creditoren.

§. 10.

Ein teutſcher Unterthan, ſo in eines anderen Reichsſtandes, oder auswärtigen Staats, Lande reiſen will, hat nicht nöthig, ſich deswegen um des einen oder anderen Landesherrns Bewilligung zu bewerben: In Anſehung ihrer Perſonen und Vermögens.

Wohl aber muß er, zumalen in Zeiten, da anſteckende Kranckheiten graßieren, ꝛc. ſich in Anſehung der Geſundheits- oder anderer Päſſe, ꝛc. denen Policey-Verfügungen des Landes, wohin er zu gehen gedencket, gemäß bezeugen.

Und wo, um des Zolls, Geleits ꝛc. willen, allen oder doch gewiſſen Reiſenden beſondere Straſſen vorgeſchriben ſeynd, um ſich derſelbigen zu bedienen; da müſſen ſich auch die Fremde darnach gebührend achten.

Wo in einem Land gewiſſen Perſonen, z. E. Comödianten, Taſchenſpilern, Seiltänzern, Bährenführern, ꝛc. oder auch fremden Handwerckern, in Abſicht auf die Nahrung, der Eingang deſſelbigen geſperret iſt, müſſen ſie daraus bleiben.

Ob und wann ein Unterthan, abſonderlich einer, der in des Landesherrn Dienſten ſtehet, reſp. ſelbige niderlegen und in auswärtige civil-Dienſte gehen dörffe oder nicht? das läſſet ſich nicht überhaupt beantworten, ſondern es müſſen allerley Fälle von einander unterſchiden werden (1).

Wie ſich theils Reichsſtände von denen Kayſern dißfalls haben privilegiren laſſen, hat man ein Beyſpil an denen Marckgrafen zu Baden ꝛc. (2).

Von Annehmung des Burgerrechts in einem fremden Lande gilt eben das, was ſchon oben von Anſehung noch eines anderen Landesherrns geſagt worden iſt.

Ob ein Unterthan eine auswärtige Perſon ohnangefragt heurathen dörffe? kommt auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung an: Ordentlicher Weiſe darff er es.

Hinge-

(1) ſ. das Nachbarl. Staatsrecht, S. 678.
(2) ſ. mein Badiſches Staatsrecht, S. 369.

Hingegen iſt meiſtentheils, aus erheblichen Urſachen, verboten, ſich, ohne erhaltene Erlaubniß, auſſer Landes copuliren zu laſſen.

Ob eines Reichsſtandes Unterthanen erlaubt ſeye, in eines anderen Reichsſtandes Landen unbewegliche Güter zu erkauffen? darinn läſſet ſich keine Regel geben; ſondern es kommt auf jeden Landes eigene Verfaſſung an: Wo es nicht verboten iſt, da greiffet die natürliche Freyheit Plaz.

Ob? und allenfalls unter was für Bedingungen, Einſchränckungen, Formalitäten, und ob mit oder ohne eine Nachſteuer, oder Abzug von ſeinem Vermögen, ein Unterthan das Land verlaſſen und ſich mit ſeiner Familie und Vermögen anderwärtshin für beſtändig begeben könne? das muß eines jeden Landes beſondere Verfaſſung entſcheiden.

Wo es ein Stück der alt- und ruhig hergebrachten Landesfreyheiten iſt, da kan ein Landesherr dieſelbige wider der Unterthanen Willen nicht beſchräncken oder gar aufheben:

Doch kan er verbieten und verhindern, daß die Unterthanen nicht Schaarenweis in entlegene Länder emigriren.

§. 11.

In Anſehung Erde u. Waſſer.

In Anſehung Grund und Bodens, und was darauf erwächſet, wie auch des Waſſers und deſſen Gebrauchs ꝛc. will ich nur diſes wenige melden.

Ob ein Unterthan ſeine ligende Güter einem Fremden zu verkauffen geben dörffe, oder nicht? und allenfalls unter was für Cautelen und Bedingungen? kommt auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

Gleiche Bewandtniß hat es mit dem Verkauff des Bau- Brenn- und Werckholzes an Ausländer.

Der Gebrauch groſſer ſchiffbarer Ströme ſtehet ordentlicher Weiſe auch Fremden frey; doch müſſen ſelbige denen hierinn vorhandenen Landesgeſezen bey dem würcklichen Gebrauch des Waſſers nachleben.

Hingegen gehet es eher an, daß ein Reichsſtand denen Fremden den Gebrauch derer auf ſeine oder ſeines Landes Koſten ſchiffbar oder flozbar gemachten und unterhaltenden Flüſſe oder Bäche unterſage, oder doch einſchräncke.

Wegen

Wegen des Gebrauchs ausländiſcher Mühlen muß das Herkommen und übrige Landesverfaſſung den Ausſchlag geben, ob und wie ferne er erlaubt ſeye, oder nicht.

§. 12.

Es iſt gar nichts neues, daß Jemand unter verſchidenen Reichsſtänden Lehen beſize. In Lehens-ſachen.

Es kan auch ein Landesherr ſeine Unterthanen nicht nöthigen, ſich von ihren auswärtigen Lehengütern los zu machen:

Wohl aber kan er denen Auswärtigen die Erwerbung innländiſcher Lehen verſagen, oder doch beſchräncken.

Sechſtes Capitel.

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Perſonen überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Viles remiſſive. §. 3. Ueberhaupt davon. §. 4. Religion. §. 5. Juſtiz. §. 6. Militare. §. 7. Heurathen. §. 8. Erbſchafften. §. 9. Freyer Zug. §. 10. Perſönliche Beſchwerden. §. 11. Militardienſte. §. 12. Andere Dienſte ꝛc. §. 13. Dominium eminens über die Perſonen.

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: Schrifften

de PLESSEN (Bernh. L. B.) de Libertate Germanica, von der alten Teutſchen Freyheit. Rinteln, 1728. 4. vermehrt, Halle, 1729. 4. Eigentlich gehören nur hieher Cap. 2. de Libertate Civium Reipublicæ Germanicæ in genere, und Cap 4. de Libertate Civium mediatorum Imp. R. G.

* * *

Vorſtellung der Evangeliſchen Landſtände des Hochſtiffts Hildesheim, daß ſich das Hochſtifft-Hildesheimiſche Conſiſtorium Aug. Conf. in ohnſtreitiger Poſſeßion vel quaſi der

Gerechtigkeit, Feyer- und Feſt-Tage, inſonderheit die Evangeliſche Jubiläa, ohne Zuthun der Catholiſchen Landesobrigkeit, auszuſchreiben und anzuordnen, jederzeit befunden, ꝛc. vom Jahr 1730. in meiner Reichs-Fama, 7. Band, S. 161.

§. 2.

Viles remiſſive.

Von denen gemeinſchafftlichen Rechten und Pflichten Teutſcher mittelbarer Unterthanen, habe ich in des Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. 3ten Buchs, 8tem Cap. S. 937. u. f. geredet. Noch weit umſtändlicher aber handelt viles davon in meines Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterthanen Perſonen und Vermögens Cap. 6. biß 11. 14 15. 22. und 23.

Weil ich aber doch diſe Materie hier nicht ganz übergehen kan; ſo will ich, über das allbereits in denen vorhergehenden Capiteln geſagte, nur folgendes davon melden.

§. 3.

Ueberhaupt davon.

Unter die allen Teutſchen gemeinſame Freyheiten rechnet Herr von PLESSEN 1. die väterliche Gewalt: Ich finde aber nichts bey ihme, weder, worinn ſich die Teutſche dißfalls von anderen Völckern unterſcheiden, noch von beſonderen Landesverfaſſungen: Das meiſte kommt bey ihme auf eine Vergleichung zwiſchen denen Teutſchen und denen Römern an.

2. Zählet der Herr von PLESSEN hieher die Freyheit in Heurathsſachen;

3. Die Legitimation der unehlich erzeugten Kinder durch die nachfolgende Ehe;

4. Die väterliche Macht in Beſtellung der Vormundſchafft ſeiner Kinder;

5. Die Freyheit Auswärtigen im Krieg zu dienen;

6. Die Vorzüge in Lehensſachen;

7. Die Gerechtſame in Teſtaments- Succeßions- und Erbſchaffts-Sachen;

8. Die Verfaſſung in gerichtlichen Sachen, ſonderlich in Anſehung des juris de non evocando;

9. Von der Freyheit in Religionsſachen:

Gröſten Theils aber iſt das vorhin geſagte auch hievon zu wiederhohlen.

Was insbeſondere die Rechte der mittelbaren Teutſchen betrifft;

betrifft; ſo beſtehen ſelbige nach dem Herrn von PLESSEN: 1. In denen Gerechtſamen der Landſtånde; 2. in dem Geburts-adel; 3. in denen aufgetragenen Lehen; 4. in der Lehensfåhigkeit der Tôchtern; 5. in Veråuſſerung der Lehen; 6. in denen Regalien der Rittergůter: 7. in denen Erbgerichten; 8. in der Jagd; 9. in der Freyheit von denen Solennien des bůrgerlichen Rechts; ſodann 10. in der Religions-Freyheit:

Manche Såtze aber haben nicht ihre vôllige Richtigkeit, oder ſeynd nichts allgemeines; und die ganze Abhandlung kônnte und ſollte anderſt gerathen ſeyn.

§. 4.

Ein jeder Teutſcher Unterthan darff ſeine Religion nach eigenem Belieben åndern, ſo offt er will. Religion.

Wann er um der Religion willen aus dem Lande ziehen will, muß ihme ſolches erlaubt werden, 1. wann es gleich ſonſt ordentlicher Weiſe verbotten wåre, ja 2. gar, wann er gleich ein Leibeigener wåre.

Aber er darff ſich zu keiner anderen Religion bekennen, als zu einer derer beyden in dem Teutſchen Reich allein erlaubten, der Augſpurgiſchen Confeßion, oder der Catholiſchen Religion.

Nach dem Osn. Frid. Art. 5. §. 31. můſſen (auſſerhalb derer Oeſterreichiſchen Erblande,) alle andere Teutſche Unterthanen in dem Beſiz der offentlichen oder privat-Uebung einer im Reich erlaubten Religion gelaſſen werden, in ſo ferne ſie ſolche im Jahr 1624. in einigem Theil des Jahres gehabt haben.

Von der våterlichen Gewalt ůber die Kinder in Religionsſachen, nach denen Staatsgrundſåzen derer Catholiſchen, handelt

DAHMS (Joh. Mich.) Diſſ. de Poteſtate patria circa Religionem Liberorum. Maynz, 17 : : 4.

Das Corpus Evangelicorum behauptet: (1) Einem unter Catholiſcher Landesherrſchafft angeſeſſenen Evangeliſchen ſeye unverbotten, ſeiner Religion zugethane Ehehalten zu haben:

(1) von SCHAUROTH Concl. Corp. Evang. Tom. 1. p. 618.

Ein gleiches muß dann auch denen unter Evangeliſcher Landesherrſchafft angeſeſſenen Catholiſchen recht ſeyn.

Die Evangeliſche im Stifft Hildesheim haben das Recht, ein eigenes Conſiſtorium zu halten; darüber An. 1651. der ſo genannte Conſiſtorial-Receß geſchloſſen worden iſt (1).

Von deſſen gehabtem Streit wegen Ausſchreibung Feyer- und Feſt-Täge, auch Jubiläorum, ſehe man die §. 1. angezeigte Schrifft.

Wem die Strafgelder gebühren, welche das Stifft-Hildesheimiſche Conſiſtorium Augſp. Conf. dictirt, hat Herr Vicecanzler STRUBE (2) unterſucht:

So auch von dem demſelben zuſtehenden Recht, die Präſentationszeit der Patronen zu verlängern. (3)

Die Evangeliſche im Hochſtifft Osnabrück haben auch ein Conſiſtorium; krafft der Osnabrückiſchen beſtändigen Wahlcapitulation §. 5. (4)

Der Freyherr von KREITTMAYR (5) meint: Wann Evangeliſche Unterthanen im Entſcheidjahr hergebracht haben, ein eigenes Conſiſtorium zu haben, könne der Landesherr demſelben ſolchen Falls Jemand adjungiren, um zu vigiliren, damit gegen ſeine Landeshoheitsrechten nichts darinn vorgehe.

Nun, wann der Landesherr dergleichen Adjunction in dem Entſcheidjahr hergebracht hat, muß er freylich dabey gelaſſen werden: Wäre er aber damals nicht in dem Beſiz; ſo würde ja dadurch der Stand des Entſcheidjahres verändert, und diſes wäre wider den Fridensſchluß: Sondern der Landesherr muß alsdann auf andere Art für ſeine Landeshoheit eben ſo beſorgt ſeyn, wie es im Jahr 1624. auch ohne dergleichen Adjunction hat geſchehen können, und würcklich geſchehen iſt.

Nach der Meinung der Juriſten-Facultät zu Erfurt (6) ſeynd

(1) ſ. LüNIGS R. Arch. Part. ſpec. unter den geiſtl. Fürſt. p. 547.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 10.
(3) l. c. S. 12.
(4) LüNIG l. c. Part. ſpec. Cont. 1. unter Osnabr. S. 241.
(5) ad Cod. civ. Bavar. 5 Theil, S. 1997.
(6) v. SCHORCHII Collect. Reſponſ. Facult. Jurid. Erford. n. 93.

ſeynd Evangeliſche Ehleute, die in einem Catholiſchen Lande leben, wo kein Evangeliſches Conſiſtorium befindlich iſt, befugt, ihre Eheſcheidungsſache einem auswärtigen geiſtlichen Gerichte ihrer Religion zu unterwerffen.

Eine Menge anderer hieher mit-einſchlagender Sachen findet man in meinem Tr. von der Teutſchen Religionsverfaſſung, und von der Landeshoheit im geiſtlichen.

§. 5.

Die Kayſerliche Wahlcapitulation und andere Reichsgeſeze und Abſchide dringen darauf, daß 1. alle Stände des Reichs ihre obere und untere Gerichte mit geſchickten und redlichen Männern beſezen, auch 2. allen Unterthanen an ſolchen Gerichten a) ſchleunige und b) unpartheyiſche Juſtiz angedeyhen ſolle. Juſtiz.

Ins beſondere verbieten ſie auch in allen Sachen, welche denen Unterthanen an Leib, Ehre, Leben, Haab und Gut gehen, alles widerrechtliche Verfahren, ſo 1. aus Unwiſſenheit der Rechten, 2. Parthenlichkeit, 3. Uebereilung, Hize, ꝛc. oder 4. aus anderen unerlaubten Abſichten entſtehen könnte, kurz, alle Thätlichkeiten und anderes widerrechtliches Betragen; es beſtehe im thun, oder unterlaſſen.

Anno 1619. verlangten die Oſtfrieſiſche Stände: Es ſolle, wider des Hofgerichts Jurisdiction und Art. 23. Oſterhauſiſchen Accords, Niemand, um einiger Urſache willen, gefänglich in andere Herrſchafften weggeführet, oder auſſerhalb, oder in währenden Proceſſen, ohne des Hofgerichts Erkenntniß, geſtrafet werden.

Die General-Staaten erinnerten auch den Grafen: Niemand, ſelbigen Articul zu eludiren, aus dem Lande zu führen.

Der Graf replicirte: Es ſtehe in dem Oſterhauſiſchen Accord mit keinem Wort, daß er Jemand der Seinigen, inſonderheit Diener, um gewiſſer Conſiderationen willen, nicht möge auf ſein Haus Wittmund oder Eſens verwahrlich bringen laſſen; ſo ſeyen auch ſolche Herrſchafften nicht auſſerhalb Oſtfrießland, ſondern innerhalb demſelben, vermöge derer von dem Reich habenden Lehenbrieff, gelegen.

Das weitere hievon iſt in dem Tr. von der Landeshoh. in Juſtizſachen nachzuſchlagen.

§. 6.

Militare. Teutſche Unterthanen ſeynd von Rechtswegen nicht ſchuldig, mehreres zu Unterhaltung des Militaris, und was damit in einer Verbindung ſtehet, beyzutragen, als was die Reichs- und Crays-Schlüſſe mit ſich bringen.

Und von Annehmung fremder Militardienſte iſt ſchon oben geredet worden.

Auch hievon iſt das weitere in dem Tr. von der Landeshoheit in Militarſachen, wie auch in dem Teutſchen Nachbarlichen und Auswärtigen Staatsrecht zu finden.

§. 7.

Heurathen. Ordentlicher Weiſe iſt jedem Teutſchen Unterthanen freygelaſſen, 1. ob er heurathen will, oder nicht? 2. wen er will, oder nicht.

In Bayern erlaubt der 23ſte Freyheitsbrieff einem jeden Landſaſſen, zu heurathen.

Indeſſen kan doch diſe Freyheit nicht nur bey Militarperſonen und Leibeigenen, ſondern auch bey Andern, auf allerley Weiſe eingeſchränckt werden; wie in dem Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſonen ꝛc. Cap. 10. S. 111. mit mehrerem erſichtlich iſt.

§. 8.

Erbſchafften. In Anſehung der Erbfolge in denen Lehen kommt es bald auf die Natur der Lehen in ganzen Ländern, bald auf die Eigenſchafft des Lehens, davon die Frage iſt, an: Das mehrere davon ſehe man im Tr. von der T. Lehensverfaſſung.

In allodial-Gütern aber erben ordentlicher Weiſe ſo wohl derer adelich-als unadelichen Perſonen Kinder beyderley Geſchlechts zu gleichen Rechten.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache(1): In Allodialgütern werden heutiges Tages die Töchtern bey der Erbfolge nicht ausgeſchloſſen, wann ſie nicht Verzicht darauf

(1) Deciſ. ſupr. Trib. Appell. Caſſell. P. 2. p. 653.

darauf geleiſtet haben, oder durch ein Herkommen, oder Familiengeſez, etwas anderes verordnet ſeye.

Von der in der Grafſchafft Lippe An. 1752. auf das neue feſtgeſezten Gemeinſchafft der Güter zwiſchen denen Eheleuten, (auſſer der Ritterſchafft,) ſehe man Herrn Vicecanzler STRUBEN (1).

§. 9.

Freyer Zug.

Teutſche Unterthanen, ſo keine Leibeigene ſeynd, haben ordentlicher Weiſe das freye Zugsrecht, das iſt, daß ſie, nach vorgängiger Anzeige bey ihrer Landesobrigkeit, frey aus dem Land, Gebiet, oder Reichsſtatt, anderswohin, wo es ihnen beliebt, ja auch (in ſo weit es nicht gegen die Reichsſchlüſſe und Kayſerliche Edicten lauffet,) gar aus dem Teutſchen Reich ziehen dörffen.

Das mehrere, was die Regel ſelbſt und deren Einſchränckungen betrifft, gibt der Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth. Perſon. ꝛc. Cap. 23. an die Hand.

§. 10.

Perſönliche Beſchwerden.

Wie ein jedes Mitglid eines Staats von dem geſellſchafftlichen bürgerlichen Leben manche Vortheile zu genieſſen hat; ſo kan es hinwiederum auch, zu Erreichung eben diſes Endzweckes, ſich nicht entziehen, allerley Beſchwerden mit übernehmen zu helffen.

Selbige betreffen bald mehr die Perſonen, bald mehr die Güter und übriges Vermögen.

§. 11.

Militar-Dienſte.

Ein jeder Teutſcher iſt, wie durch die natürliche Rechte, ſo auch durch die Reichsgeſeze, verbunden, zur Vertheidigung 1. des Reichs, als des allgemeinen Vaterlandes, 2. des Reichs-Crayſes, darinnen er geſeſſen iſt, ſo dann 3. des Landes oder Orts, darinn er wohnhafft oder begütert iſt, im Fall der Noth, nach Beſchaffenheit der Umſtände, das ſeinige, in Perſon, oder doch ſonſten nach Vermögen, beyzutragen:

Doch

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 380.

Doch gibt es Lande, wo unbegüterte Standes-Perſonen und andere Honoratiores weder zu dem einen noch anderen gehalten ſeynd.

Und noch mehrere, wo dieſelbige wenigſtens zu keinen in Perſon zu leiſtenden Kriegsdienſten genöthiget werden.

Ausführlich handelt hievon des Tr. von der Landesh. in Militar-Sachen, 4. und 5tes Cap.

§. 12.

Andere Dienſte ꝛc. Von anderen perſönlichen Dienſten und ſonſtigen Beſchwerden hingegen gehet mir jezo kein Exempel bey, darmit alle Gattungen von Teutſchen Unterthanen beleget wären:

Und von denen, welchen nur gewiſſe Gattungen von Perſonen unterworffen ſeynd, werde ich in dem folgenden Buch reden.

§. 13.

Dominium eminens über die Perſonen. In ausserordentlichen Fällen hingegen erſtrecket ſich die obriſte Herrſchafft, wie aller Staaten, ſo auch derer Teutſchen Landesherrn, allerdings über alle und jede ihrer Landeshoheit unterworffene Stände von allen Gattungen;

Doch ſo, daß auch in dergleichen Fällen die Landesverfaſſung, wenigſtens ſo vil möglich iſt, nicht auſſer Augen geſezet werde.

Das mehrere hievon gibt der Tr. von der Landeshoh. über der Unterthanen Perſonen ꝛc. Cap. 15. S. 179. u. f. an die Hand.

* *

Sibendes Capitel.

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten in Anſehung ihre Güter und Vermögens überhaupt.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Güter, was? §. 3. Ihre Gattungen, §. 4. in Abſicht auf die Güter ſelbſt, §. 5. und in

in Abſicht auf die Beſizer. §. 6. Vermögen, was? §. 7. Deſſen Gattungen. §. 8. Sachen, ſo dem Vermögen gleich geſchäzet werden. §. 9. Erwerbung. §. 10. Verwaltung. §. 11. Beſchwerden. §. 12. Beſchwerung. §. 13. Veräuſſerung. §. 14. Verluſt. §. 15. Vererbung. §. 16. Mehreres remiſſive §. 17. Obriſte Herrſchafft über der Unterthanen Vermögen.

§. 1.

Zu diſem Capitel könnten eine groſſe Menge Schrifften angeführet werden: Weil ich aber von denen folgenden Materien nicht ausführlich handle, ſondern nur einen ganz allgemeinen Begriff davon zu geben gedencke, um die Landesverfaſſungen, Landesverträge, Landtagshandlungen, Streitigkeiten zwiſchen Herrn und Unterthanen, u. ſ. w. verſtehen zu können; ſo verweiſe ich den Leſer auf Herrn Hofraths von SELCHOW *Elementa Juris Germanici privati hodierni*, allwo er *Lib. 3. Cap. 2.* und 3. ſo vile Nachrichten davon antrifft, als er nur immer verlangen kan: Auch wird in denen folgenden Capiteln mancher Schrifften bey denen beſonderen Materien gedacht werden. Schrifften.

Von den Gütern der Teutſchen hat auch Herr von HEUMANN (1) gehandelt und raiſonirt.

§. 2.

Unter denen Gütern, davon hier die Rede iſt, verſtehe ich die denen Unterthanen zuſtehende 1. Gebäude von allerley Gattungen, ſo dann 2. die ligende Gründe von allerley Gattungen. Güter, was?

§. 3.

Dergleichen Güter ſeynd von verſchidener Art: 1. In Abſicht auf die Güter ſelbſt; ſo dann 2. und hauptſächlich in Abſicht auf deren Beſizere. Ihre Gattungen.

(1) im Geiſt der Geſez. der Teuſch. Cap. 18. S. 249.

§. 4.

In Abſicht auf die Güter ſelbſt.

In Abſicht auf die Güter ſelbſt beſtehen dieſelbige 1. entweder in ganzen Corporibus, oder 2. in einzelnen Stücken.

Güter, welche ein ganzes Corpus ausmachen, ſeynd mittelbare Fürſtenthümer, Grafſchafften, Herrſchafften, einzelne Schlöſſer, einzelne andere Rittergüter, (die bald eine eigene Marckung haben, bald in anderen Marckungen ligen,) ſo auch einzelne andere Höfe, u. ſ. w.

Die aber, ſo kein eigenes und ganzes Corpus ausmachen, beſtehen in einzelnen 1. Gebäuden, und 2. Grundſtücken; da zwar, zufälliger Weiſe, eine einige Perſon mehrere dergleichen beſizen kan, die aber eben deßwegen unter ſich keinen Zuſammenhang haben, ſondern auch wieder einzeln veräuſſert oder vererbet werden können.

Weiter: Einige Güter ſeynd Lehen; andere Eigenthum.

Die Lehen, (es ſeyen nun adeliche, oder bürgerliche, oder Bauren-Lehen,) ſeynd abermalen, nach denen verſchidenen Landesverfaſſungen, ja meiſtens auch in einerley Land, wiederum von mancherley Gattungen; davon zum Theil der Tr. von der Teutſchen Lehensverfaſſung nachzuſchlagen iſt.

Auch die eigenthümliche Güter ſeynd offt nicht von einerley Art, z. E. die adeliche ſeynd bald mit einem Fideicommiß oder Majorat belegt, bald nicht; bey Baurengütern hat der Innhaber bald das völlige Eigenthum, bald kein völliges, bald gar kein Eigenthumsrecht daran; ſo auch bald ein unwiderruffliches, bald ein überhaupt, oder doch in gewiſſen Fällen, widerruffliches.

Einige ſtehen unmittelbar unter dem Landesherrn und deſſen Collegiis; andere hingegen unter denen Landesherrlichen Beamten.

Einige Güter ſeynd von Zehenden, Gülten, ewigen Zinſen, und anderen natural- oder Geld-Abgaben befreyet; andere hingegen nicht.

Einige landſäßige Güter ſeynd ganz ſteuerfrey; andere nur gewiſſer maſſen, z. E. des Beſizers eigenthümliche Güter; (und diſe entweder alle, oder nur ein Theil davon;) noch andere ſeynd zwar Steuren und Anlagen unterworffen, aber nur

gewiſ-

gewiſſen Gattungen derſelbigen; und wieder andere endlich müſſen alle Arten von Steuern und Anlagen tragen.

Nach dem *Inſtr. Pac. Oſn. art.* 5. §. 31. müſſen (auſſerhalb derer Oeſterreichiſchen Erblande,) alle andere Teutſche Unterthanen bey dem Beſiz derer Kirchen, auch geiſtlichen Güter und Gefälle gelaſſen, oder auch darein wieder hergeſtellet werden, welche und in ſo ferne ſie ſelbige den 1. Jan. 1624. in dem würcklichen Beſiz gehabt haben.

§. 5.

Und in Abſicht auf die Beſizere.

In Abſicht auf die Beſizere äuſſert ſich ein eben ſo groſſer Unterſchid; und nachdeme ein Gut einem 1. Geiſtlichen, oder 2. einem von Adel, oder 3. einem Burger, oder 4. einem Bauren zuſtehet, nachdeme hat es auch gar offt ſeine beſondere Rechte und Beſchwerden; wie das folgende Buch mit mehrerem zeigen wird.

Doch gibt es auch Abfälle von diſer Regel; welche aber wiederum, nach der verſchidenen Beſchaffenheit der Lande, ebenfalls verſchiden ſeynd, und ſich dißfalls von einem Land kein Schluß auf ein anderes machen läſſet. Z. E.

So kan ein Stifft, Cloſter, Kirche, u. ſ. w. Güter beſizen, welche nicht die Eigenſchafft und Rechte eines Kirchenguts haben, ſondern in Anſehung deren ſie als weltliche Innhabere angeſehen und behandelt werden.

Einer von Adel kan, neben ſeinen Ritterhufen, auch noch Bürgerliche oder Bauren-Güter beſizen, und muß ſich ſo dann in Anſehung derſelbigen eben ſo tractiren laſſen, als ob ſie einem Burger oder Bauren gehörten.

Eine bürgerliche Perſon kan in viler Landen Rittergüter erwerben und beſizen; welchen Falles gemeiniglich der Innhaber zwar die auf dem Gut hafftende Freyheiten eben ſo wohl behält, als wann daſſelbe einem von Adel zugehörete; hingegen fallen ordentlicher Weiſe die einem adelichen Beſizer zuſtehende perſönliche Vorzüge weg.

Und ſo können auch in gar vilen Landen die Bürger in denen Stätten, oder andere Perſonen bürgerlichen Standes, auf dem platten Lande Baurenhöfe, oder andere einzelne Baurengüter, beſizen.

Ferner: Einige Unterthanen ſeynd Landſaſſen, andere nicht.

Landſaſſen heiſſen deßwegen ſo, weil ſie ganze Schlöſſer, Stätte, Märckte, Flecken, Dörffer, Weyler, Höfe, oder andere adeliche, oder doch Rittermäßige, Güter, beſizen; wohingegen die übrige nur einzelne Gebäude und Grundſtücke inne haben.

§. 6.

Vermögen, was? Jedoch, es kommen in dem Staatsrecht gar offt nicht nur die ligende Güter derer Unterthanen, ſondern auch ihr ganzes Vermögen, in Betracht; dahero hier von demſelbigen auch noch etwas zu ſagen iſt.

Es beſtehet ſolches in allem dem, was Jemand beſizet, das in dem gemeinen Leben und Wandel einigen Werth hat.

§. 7.

Deſſen Gattungen. In Abſicht auf unſer gegenwärtiges Vorhaben kan das Vermögen hauptſächlich in folgende Gattungen eingetheilet werden:

1. In unbeweglich= und bewegliches.

Das unbewegliche beſtehet vornehmlich in denen ligenden Gütern; davon bereits gehandelt worden iſt.

Es gibt aber auch zuweilen bewegliche Vermögensſtücke, welche denen Rechten nach als unbeweglich angeſehen werden.

Bewegliche Güter ſeynd eigentlich, die ihrer Natur nach von einem Ort zum andern gebracht werden können.

2. Wird das Vermögen eingetheilt in rentirendes und nicht rentirendes:

Rentirendes iſt, welches dem Beſizer einen Nuzen abwirfft; er beſtehe nun in Geld, oder Naturalien, oder ſonſt etwas, z. E. Dienſten.

Dahin gehöret auch das, wovon der Profit dermalen nur noch in der Höffnung beſtehet, aber noch nicht würcklich in Handen iſt, ſondern wobey es auf das Glücke ankommt, wie viel oder wenig Nuzen man künftig davon erhält, oder ob man nicht gar Schaden daran habe, z. E. die Waarenlager derer Handelsleute, der Vorrath derer kramenden Handwercker, der auf Verkauf vorhandene Vorrath an Frucht, Wein, Bier, Brantenwein

wein und anderen Producten, Materialien, Manufacturen, der Antheil an Bergwercken, ꝛc.

Mithin theilet ſich aus das rentirende Vermögen widerum in zwey Hauptgattungen, nemlich ſolcher Stücke, die ſicher ein gewiſſes abwerffen, und ſolche, wo der Profit noch an ſich unſicher und ratione Quanti ungewiß iſt.

Das nicht rentirende Vermögen beſtehet in ſolchen Stücken, die dem Beſitzer keinen Nuzen abwerffen:

Und diſe ſeynd abermalen von dreyerley Gattungen.

Einige nemlich tragen zwar dem Beſizer würcklich nichts ein; ſie erſparen ihme aber andere Koſten; z. E. Jemand bewohnet ſein Haus ſelbſt und allein; ſo ziehet er freylich keinen Zins aus dem Haus, aber er erſpahret den Zins, welchen er geben müßte, wann er ein fremdes Haus bewohnete, u. ſ. m.

Andere Vermögensſtücke tragen dem Beſizer nichts ein, erſparen ihme auch nichts; er könnte aber einen Nuzen davon haben, wann er wollte; z. E. er hat baar Geld da ligen; legte er daſſelbe an, ſo zöge er einen Nutzen daraus: Er hat Kleinodien; die könnte er zu Capital machen; ſo rentirten ſie auch etwas.

Noch andere Vermögensſtücke rentiren würcklich nichts, können auch nicht zu Nuzen gebracht werden; entweder weil ſie ihrer Natur nach es nicht fähig ſeynd, oder weil man ihrer nicht entbehren kan.

Zu jener Gattung gehöret z. E. wann Jemand einen Brunnen in ſeinem Haus hat. Diſes Recht und diſe Bequemlichkeit können zwar in einen Anſchlag gebracht werden, und man kan bey einer Veräuſſerung des Guts, worzu er gehöret, deſto mehrers aus dem Gut löſen: Aber, ſo lang man ihn behält, kan er nicht zur Nuzung gebracht werden.

Zur anderen Claß hingegen kan man rechnen die benöthigte Mobilien an Schreinwerck, Bett, weiß Zeug, Küchen- und Kellergeräthe, Vorrath an Frucht, Wein und anderem Getrancke, die zu Treibung ſeiner Profeßion, Handwercks oder anderer Nahrung dienende Inſtrumenten und Werckzeuge, eines Gelehrten zu ſeinem Nuzen, und nicht zum Staat ꝛc. eingerichtete Bibliothec, u. ſ. w.

Alle

Alle diſe Eintheilungen und Anmerckungen haben in dem Staatsrecht beſonders bey Anleg- und Eintheilung derer Steuren und Anlagen ihren groſſen Einfluß; abſonderlich wo die Vermögensſteuern eingeführet ſeynd: So auch bey Nachſteuern und Erbſchaffts-Abzügen, ꝛc.

§. 8.

Sachen, ſo dem Vermögen gleich geſchäzet werden.

In eben diſer Abſicht iſt hier auch noch eines beſonderen Umſtandes zu gedencken.

Es giebt nemlich Dinge, welche kein würckliches Vermögen-Stück ausmachen, und dahero auch auf Niemand vererbet werden kan, die aber doch bey gewiſſen Umſtänden einem Vermögensſtück gleich geachtet, und deßwegen gleichfalls offt mit in die Steuern und Anlagen gebracht werden.

Dahin ſeynd zu rechnen: 1. Die Künſte, Profeßionen, Handwercker und andere Wiſſenſchafften, oder Nahrungsarten, wodurch Jemand in den Stand geſezet wird, etwas zu erwerben.

2. Die Beſoldungen, Gefälle und andere Nuzungen von Gütern, oder ſonſt, die Jemand von eines tragenden Amtes wegen genieſſet, ſo lang er in demſelbigen ſtehet.

3. Gnadengehalte, freye Wohnungen und andere Zuflüſſe, deren ſich Jemand nicht aus einem Recht, ſondern als einer Wohlthat, zu erfreuen hat; wann es nicht bloß auf den nothdürfftigen Lebensunterhalt angeſehen iſt; wie z. E. bey Armen, Krancken, u. ſ. w.

4. Bloſſe Charactere, ſo man von dem Landesherrn erhalten hat.

§. 9.

Erwerbung.

Auch in Teutſchland, wie in der ganzen Welt, hat jeder Menſch ſeine natürliche Freyheit, in ſo ferne dieſelbige ihme nicht auf eine rechtmäßige Weiſe benommen oder eingeſchräncket worden iſt:

Diſe allgemeine Regel gilt auch denen Unterthanen in Anſehung ihrer Güter und ihres Vermögens.

Solchemnach darff jeder Unterthan Güter und anderes Vermögen erwerben, wann und wie er will und kan; ſo ferne es nicht 1. denen natürlichen Rechten zuwider iſt, z. E. wann

er einem anderen das Seinige gewaltſamer Weiſe, nur weil es ihme anſtändig iſt, abnehmen wollte, oder 2. ſo ferne es nicht gegen die Landes-Verfaſſung anſtoſſet.

Daraus folget ferner, daß im Zweifel 1. allemal für die natürliche Freyheit derer Unterthanen zu ſprechen, auch 2. zu vermuthen ſeye, daß ſie nur nach derſelbigen, nicht aber denen Geſezen zuwider, haben handlen wollen.

Indeſſen bleibet es dennoch auch dabey, daß diſe natürliche Freyheit denen Unterthanen von dem Landesherrn, mit oder ohne zu Rath-Zieh- oder Bewilligung ſeiner Landſtände und Unterthanen, (je nachdeme es der Verfaſſung ſeines Landes gemäß iſt,) um des gemeinen Beſtens willen, gar wohl und auf mancherley Art eingeſchräncket werden könne.

Daß und wie auch ſolches in Teutſchland in Anſehung der Erwerbung des Vermögens hin und her würcklich geſchehen ſeye, habe ich in meinem **Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Perſonen und des Vermögens** Cap. 17. bereits mit mehrerem gezeiget; worauf ich mich alſo hier bezogen haben will.

Von Baden-Durlach hat man ein general-Reſcript wegen der geiſt- und weltlichen Beamten Erkauffung ligender Güter, von 1714. 24. Sept.

§. 10.

Was allererſt in Anſehung der Erwerbung der Güter und anderen Vermögens gemeldet worden iſt, das gilt auch in Anſehung der Verwaltung des ſchon erworbenen und anererbten Vermögens. **Verwaltung.**

Und da ich *l. c.* **in dem 18den Capitel** auch ſchon von denen Landesherrlichen Rechten in Anſehung der Verwaltung des Vermögens gehandelt habe; ſo finde ich nicht für nöthig, hier etwas weiteres davon beyzufügen, als diſes wenige.

Ob Unterthanen ihre beſizende Güter vertheilen dörffen oder nicht? kommt auf die particular-Landesverfaſſungen an.

Desgleichen: Ob und wie ferne ein Beſizer die Cultur ſeiner Güter verändern, mithin aus Weinbergen Aecker, aus Aeckern Weinberge, oder Wiſen, u. ſ. w. machen dörffe oder nicht?

Ingleichem: Ob geiſtliche Güter an Weltliche, adeliche an

Bürgerliche, bürgerliche an Adeliche, u. ſ. w. verkauffet, vertauſchet, werden dörffen oder nicht?

So auch: Ob und wie ferne man dergleichen an geiſtliche Corpora &c. veräuſſeren dörffe oder nicht?

Ein Auszug von dem Kayſerl. Königlichen Amortizationsgeſez von 1771. 27. Aug. findet ſich an unten (1) bemercktem Ort.

Anno 1771. wurde ferner in Oeſterreich durch eine Kayſerl. Königl. Verordnung, allen Unterthanen, beſonders allen Ordensgeiſtlichen beederley Geſchlechts, verboten, einiges Geld, in natura, oder durch Wechſel, auſſerhalb der Erblande, anzulegen, zu verſchicken, oder zu verwenden, oder ihren auſſerhalb der K. K. Staaten wohnenden Ordensgeneralen zuzuſenden, ohne den landesherlichen Conſens eingeholet zu haben (2).

In Böhmen iſt zu Errichtung neuer Bergfabricken, als Eiſenhämmer, blauen Schmolta-Fabricken, nach der jezigen Verfaſſung, der beſondere Landesfürſtliche, oder wenigſtens des Landesgubernii, und, nach Geſtalt der Sachen, auch des obriſten Bergcollegii, Conſens erforderlich (3).

Von den Rechten der Grundherrſchafften in Böhmen an den Bergwercken ſehe man an unten (4) angezeigtem Ort.

Von Beurbarung viler unbebauter Felder in Tyrol findet man an unten (5) angezeigter Stelle etwas.

§. 11.

Beſchwerden.

Mit denen Beſchwerden auf die übrige Vermögensſtücke derer Unterthanen, (welche ſie auſſer denen ligenden Gütern beſizen,) wird es noch verſchidener gehalten, als mit denen ligenden Gütern.

In manchen Landen ſeynd alle, oder doch gewiſſe Perſonen, ſo nichts ligendes beſizen, von allem ihrem übrigen Vermögen,

(1) in der Wiener Realzeitung, 1771. S. 603.
(2) l. c. S. 669.
(3) ibid. S. 555.
(4) l. c. S. 540. 555. 578.
(5) Auch allda S. 552.

mögen, es mag auch ſo groß ſeyn als es will, von allen Steuern und Anlagen befreyet.

Andere müſſen zwar etwa ihr Vieh, oder ihre Capitalien, oder ihre auf Verkauff vorräthige Früchte, Weine, Holz, u. ſ. w. verſteuren: Damit aber iſt es gethan.

Wieder Andere müſſen von allem ſteuern, was rentirt, hingegen nichts von deme, was ihnen ſelbſten nichts einträget: Und noch Andere müſſen auch das nicht rentirende Vermögen verſteuren; nur nicht ſo hoch, als das rentirende.

Ordentlicher Weiſe ſeynd alle Güter der Abgabe des Zehendens an den darzu berechtigten Zehendherren verbunden.

Ingleichem ſeynd ordentlicher Weiſe alle Güter der Landesherrſchafft ſteuerbar.

Abſonderlich aber ſeynd auch die ſonſt ſteuerfreye Güter denen Türken- auch andern Reichs- und Crayßſteuern unterworffen.

Ob und wie ferne aber die Kirchen- und andere geiſtliche- wie auch des Adels eigenthümliche Güter darinn vor anderen eine Freyheit haben oder nicht? davon läſſet ſich keine Regel geben.

Mehreres von allem diſem iſt in der Materie von denen Geld- und natural-Abgaben der Unterthanen nachzuſehen (1).

§. 12.

Jeder kan ſeine Güter und Vermögen durch Schulden, Verpfändungen, oder auch Gülten, u. d. beſchweren, wie er will; in ſo ferne es nicht durch Reichs- oder Landesgeſeze verbotten iſt, und der Beſizer das volle Eigenthum über ſolche Güter und andere ſeine Vermögensſtücke hat. Beſchwerung.

§. 13.

Wegen der Veräuſſerung des Vermögens findet abermalen das oben geſagte ſtatt: Jeder Eigenthümer kan das Seinige auf allerley Art veräuſſeren, 1. ſo weit ſich ſein Eigenthum erſtrecket, und 2. es nicht in denen allgemeinen oder beſon- Veräuſſerung.

(1) im Tr. von der Landeshoh. im Steuerweſen, per tot. ſonderlich Cap. 7.

deren Rechten verbotten iſt, oder 3. gegen verbindliche Verträge, Teſtamente, Fideicommiße, u. d. anſtoſſet.

§. 14.

Verluſt. Ein Unterthan kan ſeines Vermögens, oder doch eines Theils deſſelbigen, noch bey lebendigem Leib, und wider ſeinen Willen, auf verſchidene Weiſe verluſtiget werden.

1. Durch Confiſcirung deſſelbigen; welches auf mancherley Art geſchehen kan; als, wann er verbottene Producten oder Waaren aus- oder einführt; wann er den Zoll, oder andere Abgaben, vorſezlicher Weiſe unterſchlägt; wann er in Reichskriegen denen Kayſerlichen Avocatorien nicht parirt, oder ſonſt etwas begehet oder unterläſſet, worauf die Confiſcation des geſammten Haab und Guts, oder gewiſſe Stücke deſſelbigen geſezet ſeynd.

2. Durch Anſezung anderer Geldſtraffen.

3. Wann wegen rückſtändiger Steuern und Anlagen zu denen Gütern, worauf ſelbige hafften, gegriffen wird.

4. Wann einem wegen viler Schulden vergantet wird.

5. Wann ſonſt der Regent oder Staat, aus dem Grund der Oberherrſchafft, Jemanden nöthiget, dem gemeinen Weſen ſein Vermögen ganz, oder zum Theil, aufzuopferen.

§. 15.

Vererbung. Aus dem bisherigen erhellet nun bereits zur Genüge, daß alſo auch derer Unterthanen Güter in Anſehung der Vererbung gar ſehr verſchiden ſeynd.

Einige können nach Gefallen vermacht werden, wem und wie der Beſizer will.

Bey andern hat der Beſizer gebundene Hände in Anſehung gewiſſer Notherben; weiter aber nicht.

In Ermanglung eines letzten Willens fallen die Güter meiſtens auf des Erblaſſers natürliche Erben.

Andere Güter erben zwar auch auf die Kinder: Aber nicht auf alle, oder nur etwas, oder es muß von ihnen der Herrſchafft ein gewiſſes an Geld bezahlet werden.

Oder mit des Beſizers Tod fället das Gut dem Eigenthumsherrn heim, und er kan es wieder vergeben an wen er will.

§. 16.

§. 16.

Wie weit ſich aber eines Landesherrns Gerechtſame erſtrecken, in allen bishero erzählten Fällen einem Unterthanen wegen ſeines Vermögens Beſchwer- Veräuſſer- und Vererbung Zil und Maaß zu ſezen? davon habe ich ſchon anderwärts (1) gehandelt. Mehreres remiſſive.

§. 17.

Endlich kommet in auſſerordentlichen Fällen auch noch die obriſte Herrſchafft über der Unterthanen Vermögen hinzu; davon ich in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen und Vermögens, Cap. 20. S. 209. geredet habe; und wovon abermalen die Anmerckung gilt, daß ſelbſt in dergleichen Fällen die beſondere Landesverfaſſungen ſo wenig, als es nur möglich iſt, auſſer Augen zu ſezen ſeyen. Obriſte Herrſchaft über der Unterthanen Vermögen.

Zweytes Buch.

Von denen Rechten und Pflichten ganzer Corporum und Geſellſchaften Teutſcher Unterthanen.

Erſtes Capitel.

Von Landſtänden.

Innhalt.

§. 1. Eingang. §. 2. Vileoremiſſive. §. 3. Landſtände, was? §. 4. Ihr Urſprung. §. 5. Wie, wo keine ſeynd? §. 6. oder ſeynd? §. 7. oder abgekommen ſeynd? §. 8. Schickſale. §. 9. Claſſen. §. 10. Eigenſchafften. §. 11. Vereinigungen. §. 12. Trennung. §. 13. Matriculn. §. 14. Landmarſchallen ꝛc. §. 15. Landräthe. §. 16. Ausſchüſſe. §. 17. Bediente

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſon. ꝛc. Cap. 19. wie auch in Anſehung Erde und Waſſers hin und her.

diente ꝛc. §. 18. Gerechtſame ꝛc. §. 19. Pflichten. §. 20. Ceremoniel. §. 21. Streitigkeiten der Landſtände unter ſich. §. 22. Gerichtsſtand. §. 23. Landesbeſchwerden ꝛc. §. 24. Landesſchulden. §. 25. Landescaſſa-Rechnungen. §. 26. Landtäge. §. 27. Landtageabſchide. § 28. Particular-Convente. §. 29. Selbſtige Zuſammenkünffte. §. 30. Landſchafftlicher Perſonen Sicherheit ꝛc.

§. 1.

Eingang. Die Teutſche Unterthanen in jedem Land können 1. betrachtet werden, wie ſie in ganzen Geſellſchafften beyſammen ſtehen, oder 2. einzeln.

Die Geſellſchafften derer Unterthanen begreiffen entweder alle Unterthanen eines Landes unter ſich, oder nur gewiſſe Claſſen und Gattungen derſelbigen.

Alle Unterthanen eines Landes werden vorgeſtellet durch die Landſtände; dahero von dieſen zuerſt zu reden iſt.

§. 2.

Viles remiſſive. Von diſen Landſtänden iſt in meines Tr von der Teutſchen Reichsſtände Landen ꝛc. zweytem Buch, von *pag.* 313. biß *pag.* 903. umſtändlich gehandelt worden; und zwar Cap. 1. von denen Schrifften welche davon handlen; 2. von denen Landſtänden überhaupt, ihren Kennzeichen und unterſchidenen Benennungen; 3. von ihrem Urſprung, auch wo dermalen dergleichen anzutreffen ſeyen, oder nicht? 4. Von ihren Schickſalen und heutigem Anſehen; 5. von ihren verſchidenen Claſſen; 6. von ihrem Nuzen und Gebrechen; 7. von dem Grund der Landſtandſchafft, denen verſchidenen Arten, darzu zu gelangen, der Fortpflanzung derſelbigen, und der Verſezung aus einer Claß in die andere; 8. von ihrem Beweis; 9. von ihren Würckungen; 10. von denen verſchidenen Arten die Landſtandſchafft zu verliehren, und wieder von neuem zu erlangen; 11. von gemeinſchafftlichen Landſchafften; 12. von zuſammengeſchlagenen; 13. von gänzlicher und nicht gänzlicher Vertheilung eines Landſtändiſchen Corporis, oder auch einzelnen Ausziehungen davon; 14. von Landmatriculn, Landtafeln, u. d.

15. von

15. von denen Landſtänden, ſo ferne ſie ein einiges Corpus aus- machen; 16. von Erb- und Landmarſchallen, Landſchaffts- Präſidenten und Directorn, Erblanddroſten, u. d. 17. von Landräthen, Landesälteſten, u. d. 18. von der Landſtände Aus- ſchüſſen, u. d. 19. von Landſchafftlichen Rathgebern, Bedien- ten, Canzleyen, Archiven, Gebäuden, ꝛc. 20. von der Landſtän- de Gerechtſamen und Pflichten; 21. von ihrem Titul und Rang, wie auch der Schreibart und dem Ceremoniel gegen ſie; 22. von denen Koſten zu Erhaltung der Landſchaftlichen Verfaſ- ſung; 23. von innerlichen Streitigkeiten unter denen Land- ſtänden; 24. von Handlungen und Streitigkeiten zwiſchen de- nen Landesherren und ihren Landſtänden; 25. von der Land- ſtände Subordination und Gerichtsſtand.

Und ſo handelt allda das ſibende Buch, von *pag. 1385.* biß *1531.* von denen Zuſammenkünften derer Teutſchen Land- ſtände; und zwar Cap. 1. Ueberhaupt davon; 2. von denen Zuſammenkünfften derer Landſtände in denen einzelnen Pro- vinzien Teutſchlandes; 3. von allgemeinen Landtägen; 4. von Particularconventen derer Landſtände; 5. von landſtändiſchen Conventen ohne Landesherrliche Bewilligung; und 6. von Be- ſorgung der Landes- und Landſtände Angelegenheiten auſſer- halb denen Landſtändiſchen Zuſammenkünfften.

Von allem nun, was daſelbſt gemeldet worden iſt, will ich hier faſt nichts wiederhohlen; hingegen allerley nüzliche Zuſäze beyfügen.

§. 3.

Landſtände, was?

Landſtände seynd und heiſſen diejenige Perſonen oder Ge- meinden, welche, Krafft der Landesfreyheiten und des Her- kommens, von dem Landesherrn in gewiſſen Landesangelegen- heiten um ihren Rath, oder auch Bewilligung angeſprochen werden müſſen, auch ſonſten mancherley das Land betreffen- de Sachen zu dirigiren, zu veranſtalten, oder doch dabey et- was zu ſagen haben.

§. 4.

Ihr Urſprung.

Der Urſprung der Landſtände iſt ſehr verſchiden: In manchen groſſen Landen ſeynd ſie 700. biß 1000. Jahre alt. In vilen anderen ſeynd ſie erſt, höchſtens im 14den, die meh- reſte

reſte aber in dem 15. 16. und 17den Jahrhundert aufgekommen: Und auch in jenen Landen ſchreibet ſich die jezige Verfaſſung in Anſehung der Landtäge, Ausſchüſſe, Landtagsabſchide, u. ſ. w. ebenfalls nur aus diſen lezteren Zeiten her.

Von Braunſchweig-Lüneburg meldet Herr Hofrath von SELCHOW (1): „Die Landtagsabſchide fangen mit dem 14den Jahrhunderte an, in welchem die Landſchafften den Grund zu ihrer heutigen Verfaſſung geleget haben. (ſ. des Hrn. Hofr. SCHEIDTS Vorrede zum Codice diplomatico, p. 76. Herrn V. K. STRUBE in Obſervat. Jur. & Hiſt. Germ. Obſ. 4. c. 2. §. 8. 9.) wenigſtens iſt mir noch kein älterer formlicher Landtag vorgekommen.“

§. 5.

Wie, wo keine seynd? Nicht in allen Teutſchen Landen und Gebieten finden ſich Landſtände: In dem Erzſtifft Maynz seynd keine; (auſſer auf dem Eichsfelde,) vile geiſtliche Fürſten haben auch keine; faſt alle neue weltliche Fürſten ebenfalls; von Reichs-Prälaturen und Grafſchafften gar wenige, und unter allen Reichsſtätten gar keine.

Als Kayſer Maximilian die Marckgrafſchafft **Burgau** wieder eingelöſet, hielte Er einen allgemeinen Landtag, und machte das, was darauf beſchloſſen worden, im Jahr 1492. durch ein Edict bekannt (2): Nun aber weißt man nichts mehr von Burgauiſchen Landſtänden und Landtägen.

Daß in der untern Pfalz zu Churfürſt Friderichs I. Zeiten Landtäge gehalten worden ſeyen, erhellet aus Herrn Eheger. Rath KREMERN (3); wie dann beſagtem Churfürſten auf einem ſolchen Landtag die Churwürde und Landesregierung aufgetragen worden iſt: Es dauerte aber diſe Verfaſſung nicht lang.

Daß in der oberen Pfalz jezo keine Landſtände mehr vorhanden ſeyen, verſichert der Freyherr von KREITTMAYR (4) zuverläßig.

In

(1) Elect. Jur. Germ. p. 499. add. p. 505. not. 1.

(2) Staatsacta unter K. Joſeph II. 4. Theil, S. 30.

(3) in ſeiner Geſchicht. Churf. Frider. I.

(4) in ſeinem Bayr. Staatsr. §. 181. S. 411.

In denen Badiſchen Landen ſeynd die Landſtände im vorigen Jahrhundert vollends ganz abgekommen:

In denen Fürſtlich-Brandenburgiſchen Landen aber bereits im 16den Jahrhundert: ob gleich der Landſchafftliche Name gewiſſer maſſen noch biß jezo fortdauert.

Von Oettingiſchen Landſtänden wird an unten (1) angezeigtem Ort gehandelt.

Wo nun in einem Land oder Gebiet keine Landſtände ſeynd; da können zwar von dem Landesherrn dergleichen angeordnet werden, oder wenigſtens mit ſeiner Genehmigung entſtehen, oder, wann ſie in Abgang gerathen ſeynd, wieder erneuert werden:

Noch in dem 15den und 16den Jahrhundert haben wir dergleichen Exempel an **Würtemberg**, **Oſtfrießland**, denen Gräflich-Reußiſchen Landen, u. ſ. w.

Aus denen beeden lezteren Jahrhunderten aber iſt mir das einige Exempel derer Fürſtlich-**Schwarzburg**-Rudolſtätiſchen Lande bekannt, da die alte erloſchene Landſchafftliche Verfaſſung wieder hergeſtellet worden iſt; wiewol ich nicht ſagen kan, ob es Beſtand damit gehabt habe:

Und in dem **Preußiſchen**-**Schleſien** iſt zwar kürzlich eine Art Landſchafft von neuem angeordnet worden; aber nur zu einem gewiſſen Endzweck, den Landescredit zu erhalten; und diſe neue Verfaſſung hat mit der alten oder anderen Teutſchen Landſchafften, ſonderlich in Geſeze- Militar- und Steuer-Sachen, nichts ähnliches.

Weil auch, wo Landſtände vorhanden und nicht bloſſe Statüen ſeynd, durch deren reſp. zu Rath-Zieh- und Mit-Einwilligung nothwendig allemal des Regentens Gerechtſame und Freyheit in Regierungsſachen, ob gleich hier und da bald mehr bald weniger, eingeſchräncket werden; unſere Teutſche groſſe Herrn hingegen, umgekehrt, nach dem allen Menſchen angebohrenen Trieb, lieber uneingeſchränckt regieren möchten; ſo iſt leicht zu begreiffen, warum auch fürohin die Errichtung

(1) in den Material. zur Oetting. Geſchicht. 1. Band, S. 257.

richtung einer neuen, oder Wiederherſtellung einer alten erloſchenen, Landſchafft einer derer allerrareſten Fälle ſeyn dörffte, welche ſich in unſerem Teutſchen Reich zutragen werden.

§. 6.

Oder ſeynd? Wo aber in einem Land oder Gebiet des Teutſchen Reichs Landſtände vorhanden ſeynd, und, Krafft der Landesverträge und Freyheiten, von dem Regenten in Landesangelegenheiten, nach Maaßgab jeden Landes eigener und beſonderer Verfaſſung, mit beygezogen werden müſſen; da iſt von Rechtswegen auch ein Landesherr nicht befugt, derſelbigen Gerechtſame nur zu ſchwächen, vilweniger die Landſchafftliche Verfaſſung gar aufzuheben.

In den **Br. Wolfenbüttelischen** Landesfreyheiten von 1770. lautet der Art. 5. „Der gnädigſte Landesherr wollen alle drey Stände diſes Herzogthums, nemlich die Prälaten, den Ritterſtand, und die Stätte, jezo und in künfftiger Zeit beyeinander unverrückt bleiben laſſen, die Integrität des Corporis Dero getreuen Landſchafft beſtändig erhalten, auch dabey alle und jede nachtheilige Dismembrirung äuſſerſter Möglichkeit nach verhüten, keineswegs aber einigen Stand mit Dero Willen verſincken und ausgehen laſſen.“

Und im Landtagsabſch. von 1770. Art. 35. wird gemeldet: „Des Herrn Herzogs Durchl. ertheilen hiedurch die ohnehin in den Landesreverſalien genugſam beſtättigte Verſicherung, daß Sie, wie das Corpus der geſammten getreuen Landſchafft überhaupt, alſo auch einer jeglichen Curiæ derſelben, und der Curiæ Nobilium inſonderheit, in ſeiner Integrität zu erhalten, Sich gn. angelegen ſeyn laſſen werden.“

Von **Würtemberg** ſiehe beſſer unten.

Ich habe aber wohlbedächtlich geſagt: Von Rechtswegen; dann, ubi jus in armis poſitum eſt, und wo die ganze Landesverfaſſung darinn beſtehet: Ich will es ſo haben; und weil ich es ſo haben will; ſo müßt ihr es thun, ihr möget es wollen oder nicht, und ihr ſollt nicht einmal darüber raiſoniren! auch gegen einen ſolchen Herrn an keinem Reichsgericht Hülffe zu erhalten, oder auch nicht einmal räthlich iſt, ſeinen Recurs dahin zu nehmen; da reichet freylich das Staats-

recht

recht nicht hin, noch iſt der geſchickteſte Staatsrechtslehrer in dem Stand, für diſe Kranckheit ein anderes Recept zu verſchreiben, als: Si non poſſumus, ut volumus, volumus, ut poſſumus.

§. 7.

Aber es gibt auch Lande in Teutſchland, welche vormals unſtreitig Landſtände und Landtäge gehabt haben, die jedoch, durch die an Seiten des Regentens unterlaſſene, und an Seiten der Unterthanen nicht, oder doch nicht hinlänglich, betribene, Zuſammenberuffung derer Landſtände nach und nach darum gekommen seynd, daß ſie nicht gewußt haben, wie es ihnen ergangen iſt. Oder abgekommen ſeynd?

Beyſpile davon haben wir bereits vernommen.

Endlich hat man auch Exempel, daß, wo die Landſtände bloß aus Stätten und Aemtern beſtanden ſeynd, dieſelbige gutwillig mit Worten und Wercken ſich ihrer Landſchafftlichen Verfaſſung begeben haben, weil ſie die Erfahrung belehret hat, 1. daß ihr nicht-bewilligen nichts geholffen, 2. hingegen die Landes-Verſammlungen nur Gelegenheit gegeben haben, ihnen neue Anſinnungen zu thun, 3. mithin ſelbige nichts genuzet, und nur noch mehrere Unkoſten verurſachet haben.

§. 8.

Das Schickſal derer mehreſten Landſchafften in Teutſchland iſt ſeit 100. und mehr Jahren für ſie nicht das günſtigſte geweſen. Schickſale.

Der Freyherr von KREITTMAYR (1) ſchreibt: „Das groſſe Anſehen, worinn ſie (die Landſtände) vor diſem ſtunden, und die Freyheiten, womit ſie begabt waren, haben von der Zeit, da Miles perpetuus auf die Beine kam, einen groſſen Abſchlag erlitten. Meiſtentheils gehet noch das Steuerweſen durch ihre Hand, und die Poſtulathandlungen machen den gröſten Theil ihrer Beſchäfftigung aus. Bey Verfertigung neuer Landesgeſezen, und anderer allgemeiner Landesan-

(1) in ſeinem deutſch. Staatsr. §. 65. S. 114.

gelegenheiten werden ſie zu Rath gezogen, oder machen ſelbſt Vorſtellungen darüber.“

Doch gibt es auch Lande, wo die Landſtände noch in gutem Anſehen ſtehen, z. E. in denen Chur-Braunſchweigiſchen geſammten Landen, in Mecklenburg, Würtemberg, ꝛc.

§. 9.

Claſſen. Wo Landſtände vorhanden ſeynd, beſtehen ſie meiſtens in drey Claſſen, 1. der Geiſtlichkeit, 2. dem Adel, und 3. denen Stätten:

Doch gibt es auch Lande, wo mehrere oder wenigere Claſſen oder Gattungen ſeynd.

Anderwärts (1) habe ich gemeldet: Im eigentlichen Erzſtifft Cölln beſtehen die Landſtände aus Prälaten, Ritterſchafft und Stätten; die Grafen machten ein eigenes Collegium aus:

Herr Geh. Juſt. Rath PüTTER aber ſchreibet (2) deutlicher: Es ſeyen viererley Landſtände: 1. Das Domcapitel, 2. der Grafenſtand, 3. die Ritterſchafft und 4. die Stätte.

In dem Br. Wolfenbüttelischen Landtagsabſchid von 1770. lautet es Art. 48. „Wenn eine Zuſammenberuffung der getreuen Stände zu einer Zeit eintretten ſollte, da bey einem oder dem andern Cloſter ein Abt fehlete; ſo ſoll entweder, wenn es thunlich, die Prälatur beſezt, oder während derſelben Erledigung der Prior des Cloſters beruffen werden.“

§. 10.

Eigenſchafften. Was für Eigenſchafften darzu erforderet werden, um einen Landſtand abgeben zu können; hänget lediglich von eines jeden Landes eigener und beſonderer Verfaſſung ab.

In Bayern wird bey dem Adel- und Ritterſtand keiner für einen Landſtand geachtet, der nicht zugleich ein adeliches und der Landesmatricul einverleibtes Gut beſizet:

Unter den Märckten haben ſich nur die Bannmärkte der Landſtandſchafft zu erfreuen: Die ungebannte hingegen ſtehen ſelbſt unter denen Landſtänden (3).

Ferner

(1) im Tr. von der R Stände landen, S. 417.

(2) in ſeiner auserl. Rechtshänd. 2. Band, S. 672.

(3) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 181. S. 411.

Ferner ſagt der Freyherr von KREITTMAYR (1): „In ältern Zeiten ließ man keinen neuen Edelmann auf dem Landtag zu; dann das Siz- und Stimmrecht war jus mixtum, welches nicht nur den Beſiz eines Ritterguts, ſondern auch eine gewiſſe Zahl von 8. oder 16. Ahnen erforderte: -- Von diſem altteutſchen Brauch aber äuſſert ſich die Spur nur noch bey der Verordnung, oder dem engern Ausſchuß, ſo weit, daß -- kein neugeadelter und im Land nicht wenigſt 80. Jahr begüterter Cavalier hierzu admittiret wird.“

Endlich merckt er (2) auch noch an: „Landſtände, welche zugleich Churfürſtliche Miniſtri oder Hofbediente ſind, ſollten zwar, mit Ausnahme jener, ſo der Landsherr ad Conſilia braucht, der ältern Obſervanz nach, bey Landtägen quoad illus actus der Churfürſtlichen Pflicht entlaſſen werden; welches man aber An. 1669. nicht mehr beobachtet hat: Dann man iſt von dem alten Principio, daß die Pflicht eines Miniſtri und Landſtandes nicht recht compatibel ſeye, ſchon tempore Maximiliani I. (da der geheime Canzler von Hörwart Landſchafftscanzler wurde,) und ſeithero je länger je mehr abgewichen, indem der Hof ſelbſt zu Favor der Miniſters und Cavaliers bey Landſchafftlichen Wahlen ſchrifft- und mündliche Recommendationen einzulegen pflegt.“

König Auguſt II. in Pohlen, Churfürſt zu Sachſen, ſtellte An. 1700. 15. Mart. eine Verſicherung aus, des Innhalts: „Demnach Uns bey jezigem allgemeinen Landtage die anweſende geſammte Ritterſchafft dahin allerunterthänigſt angelanget: Wir wollten, gleich Unſern hochlöbl. Churfürſtlichen Vorfahren, ſie bey ihren erworbenen Privilegiis ſchüzen, und keinen zu ihren Landesdeliberationen und Verſammlung, welcher nicht ſeine acht Ahnen von Vater- und Mutter-Seite erweiſen könne, laſſen, und deßwegen allergnädigſt decretiren: Und Wir ſolches allergnädigſt bewilliget; als verordnen und wollen Wir, daß vor eine Norm und Regul in Zukunfft gehalten werden ſoll, daß Niemand, er ſey gleich von uraltem

M 3 Ge-

(1) S. 429.
(2) S. 419.

Geſchlechte, welcher ſich auſſer ſeinem Stande verheurathet, und acht Ahnen von Vater und Mutter nicht erweiſen, weniger ein neu-Nobilitirter, ſo ſolche gleichmäßig nicht probiren könne, oder kein würklicher Geheimer Rath oder commandirender Obriſter iſt, ſo nicht ein Adelich Diploma vor ſich hat, oder aus adelichem Geſchlechte iſt, bey denen Landesverſammlungen zur Seßion zu laſſen ꝛc. “

Von Lüttich iſt diſe ſchöne Schrifft heraus:

Peregrinus ex Comitiis, tum generalibus, tum particularibus, Provinciæ Leodienſis exſors. Diſſertatio, Dilucidationi litis inter Status tertii ſive popularis Ordinis in ſupremo Cameræ Imperialis Tribunali agitatæ, inſerviens. In cauſa Gronwels & Conſ. contra Michels & Conſ. Appellationis. Wezlar, 1771. fol.

Sie hat den geſchickten Herrn Geh. Rath von **Zwirlein** zu Wezlar zum Verfaſſer.

Anno 1720. verlangte der Fürſt von **Oſtfrießland**: Daß die Adminiſtratores der gemeinen Landes-Mittel, jezige und künfftige, auf Land-Tägen keine Siz und Stimm haben ſollten, ſo lange ſolches denen Fürſtlichen Bedienten geweigeret werde; da ſie ſich bißhero ſo aufgeführet haben, als wenn ſie Bediente der Landesſtände wären, wiewol zur Ungebühr: Weswegen es von ſelbſt ſich weiſe, daß ſie nicht melioris conditionis ſeyn können, als jene: Er erhielte es aber nicht.

§. 11.

Vereinigungen. Von denen Vereinigungen und Unionen derer Landſtände habe ich anderwärts (1) mit mehrerem geredet.

Ein Vereinigungsbrieff der Hildesheimiſchen Landſtände von 1655. findet ſich an unten (2) angezeigtem Ort.

§. 12.

Trennung. Landſchafftliche Corpora können, wider deren Willen, nicht getrennet werden.

Erſt vor wenigen Jahren verſuchten es die Herzoge zu Mecklen-

(1) im Tr. von der R. Stände landen, S. 659. u. f.

(2) in H. HINÜBERS Beytr. zum Braunſ. u. Hildesh. Staats- ꝛc. Recht, 1. Theil, n. 1.

Mecklenburg-Schwerin und Streliz; konnten es aber nicht durchſezen.

Als An. 1736. einer derer Herzoge zu **Sachſen-Meiningen** die Sonnenbergiſche, Neuhauſiſche und Neuſtättiſche Landſtände von dem Coburgiſchen Landſchaffts-Corpore abreiſſen wollte, auch einen beſonderen Landſchaffts-Directorem und Caßierer beſtellete, caßirte es der Reichshofrath An. 1737. 24. Jan.

§. 13.

Es gibt allgemeine Landesmatriculn, welche alle Landſtände in ſich begreiffen, und beſondere die nur gewiſſe Gattungen der Landſtände enthalten. Matriculn.

Die Matricul der **Br. Lüneburgiſchen** Ritterſchafft iſt dem 1752. gedruckten Reglement wegen der landſchafftlichen Wahlen angehängt.

§. 14.

Deme, was ich anderwärts von Landmarſchallen, u. ſ. w. gemeldet habe, füge ich noch diſes bey: Landmarſchallen. ꝛc.

In **Bayern** iſt zwar ein Landmarſchallenamt; welches jedoch auſſer dem Landtag und Erbhuldigungsactu in keiner Activität iſt (1): Was aber ein Landmarſchall bey Landtägen für Verrichtungen habe, wie auch etwas von dem Unterlandmarſchallen, ſehe man an angezeigter (2) Stelle.

§. 15.

Von Landräthen, u. d. will ich noch diſes anhängen: Landräthe.

In denen Oſtfri ſiſchen Concordaten von 1599. liſet man:

„ 54. Hieneben vermag die Kayſerl. Reſolution im Buchſtaben ferner, daß Ritter und Landſtände die Kayſerl. Maj. ꝛc. emſig gebeten, wohlgedachten Unſern vilgeliebten Herrn Vatern dahin zu vermögen, daß zu der Landesregierung und Landräthen Eingebohrene, und nicht Ausländiſche, gebraucht werden; welches dann die Kayſerl. Majeſt. ꝛc. vermöge gemeiner Rechte, und faſt aller Völcker Gewohnheit, vor billig erachten, und gnädigſt erwehnen, daß auch Seine Väterliche Liebden

(1) F. von KREITTMAYR S. 414.
(2) S. 418. u. ſ.

Sich darzu mit der Zeit zu verſtehen anerboten: So haben Wir, diſem allem nach, und aus Bewegniß der Landväterlichen Zuneigung, allen Unſern eingebohrnen Unterthanen und Landſaſſen Ehre, Nuz und Beförderung zu erzeigen, bald bey angehender Unſerer Regierung gewiſſe Perſonen aus der Ritterſchafft an Uns gezogen, und dieſelbe zu Unſern Landräthen darum beſtellen wollen, daß Wir Uns jederzeit bey ihnen guten getreuen Raths zu erhohlen, welcher geſtalt dasjenige was zu vernünfftiger Erhaltung guter Policey in geiſt- und weltlichen Sachen nüz und nöthig, an und aufzurichten, und ſonſten von ihnen zu jederzeit, wann Wir ihres getreuen Raths nothdürftig, in Gnaden vernehmen könnten, wie die gemeine Wohlfahrt Unſerer Grafſchafft weit ausgebreitet, auch allem Unheil, ſo derſelben inn- und auſſerhalb Landes zuſtehen und begegnen könnte, vorgebauet werden möchte. = = =

§. 56. Und haben Wir in der Landtagsproposition den Ständen Unſere Landräthe darum nahmhafft gemacht, da Jemand wäre, der ſie etwa, aus redlichen ehrlichen Urſachen, zu tadeln, daß derſelbe an Uns ſolches ohne Scheu bringen möchte; ſtellens auch nochmalen dahin 2c. „

§. 16.

Ausſchüſſe. In denen meiſten Landen, wo Landſtände vorhanden seynd, findet man zweyerley Landſchaffts-Ausſchüſſe, einen engeren, und einen gröſſeren: Doch gibt es auch Lande, wo man nur Einen, oder gar keinen, hat.

Von Bayern berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „ Mit der Verordnung muß man die Landſchafft nicht vermiſchen. Jene iſt nur ein Theil oder engerer Ausſchuß von diſer, und beſtehet in 16. Perſonen, nemlich in 2. Prälaten, 4. Ritter, und 2. Burgermeiſtern Ober- und eben ſo vil auch Unterlands. Dazu kommen die 4. Rechnungsaufnehmer, in 1. Prälaten, dann 2. Rittern und 1. Burgermeiſter beſtehend. Item die 16. Adjuncten, wovon gleichfalls 2. Prälaten, 4. Ritter und 2. Burgermeiſter Ober- und eben ſo vil auch Unterlands ſind. Es war ſo wohl für die Landesherrſchafft,

(1) S. 413.

ſchafft, als die Landſtände, weit bequemer, daß man, ſtatt ſamtlicher, nur mit einigen Landſtänden zu tractiren hatte; daher die Verordnung zwar ſchon in dem 16den Seculo ihren Anfang nahm, aber erſt in dem 17den in rechte Geſtalt und Ordnung kam, auch auf dem Landtag An. 1612. mit landsherrlicher Begnemung eine ordentliche Inſtruction erhielt, welche nachmals auf dem Landtag von An. 1669. wiederum erneuert und verbeſſert wurde. Der Vorſchlag, welcher zu Churfürſt Ferdinands Zeiten wegen Aufhebung der Verordnung auf das Tapet kam, fand keinen Ingreß. Nebſt jeztgedachter Verordnung und Rechnungsaufnahme beſtehen die übrige Landſchafftliche Officia in den Land⸗Prälaten⸗ und Ritterſteuerämtern, dann dem Landmarſchall. ⸗ ⸗ ⸗ Auf Abſterben eines Verordneten oder Adjuncten wird die Vacatur von dem Univerſali mittels der Wahl erſezt; wobey man jedoch keinen Sprung zu machen, ſondern dem Senio nachzugehen pflegt. Die 4. Rechnungsaufnehmer wählen nur unter ſich; haben hingegen bey der Wahl eines Verordneten oder Adjuncten kein Votum. Von dem Ritterſtand gelangt keiner zu Landſchafftlichen Aemtern, der nicht von einer alt⸗adelich⸗und im Land wenigſt ſchon 80. Jahre lang begüterten Familie iſt. Durch den Beſiz eines adelichen Guts, welches man nicht proprio, ſondern nur uxorio nomine innhat, qualificirt man ſich hierzu keineswegs.“

Der **Chur⸗Sächſiſchen** Ausſchußtags⸗Ordnung von 1728. wird beſſer unten gedacht werden.

Das Cloſter Unſer lieben Frauen zu **Magdeburg** gabe An. 1686. in 4. heraus eine ſummariſche Vorſtellung ſeines Befugniſſes zu der Aſſeſſur im Landſchafftlichen engeren Ausſchuß.

Im Herzogthum **Br. Wolfenbüttel** beſtehet das Collegium der Schazräthe und Engere Ausſchuß aus dem Decano und Capitulgemeine des Stiffts St. Blaſii von und wegen der Prälaten; dreyen Perſonen von und wegen der Ritterſchafft; und der Statt Helmſtätt von und wegen der Stätte: Es hat auch der Landesherr die gn. Verſicherung von ſich gegeben, daß ſolcher Numerus nicht vermehret werden, ſondern es dabey ferner und inskünfftige ſein unveränderliches Ver⸗

bleiben haben, und alles, ſo dem zuwider von Ein = und Andern erſchlichen werden möchte, pro ſub- & obreptitio declarirt, und aus gutem Vorbedacht caßirt und aufgehoben ſeyn ſolle. Landesfr. 1770. Art. 15.

Der groſſe Ausſchuß beſtehet aus 4. Prälaten, 9. Perſonen von der Ritterſchafft, und den 4. Stätten: Braunſchweig, Schöningen, Seeſen und Königslutter. *l. c.*

Wann in denen erſten beyden Curiis Prælatorum & Nobilium eine Vacanz vorfällt, werden von jeder Curie zur Erſezung der bey ihr vacirenden Stelle andere Perſonen erwählt und der Herrſchafft zur Confirmation präſentirt. *l. c.*

Wann eine Stelle im Ausſchuß oder von den Schazverordneten vaciret, und die Landſtände Jemanden darzu vorſchlagen, der Landesherr auch denſelben approbiret, ſoll keiner ohne erhebliche Urſache ſich deſſen verweigern, ſondern ſich dazu gern gebrauchen laſſen. *l. c.*

Diſes Collegium des Engeren Ausſchuſſes und Schazraths ſoll in ſeiner Conſiſtenz und Auctorität geſchüzet und erhalten werden. *ibid.*

Die Schazräthe haben Macht, Gelder aufzuleihen, und Verſuren damit zu machen; wesfalls ihnen jedoch fürſtlicher Schuz gebühret; alſo, daß ſie und die Ihrigen, wenn ſie ſich auch gleich als Bürgen unterſchriben hätten, weiter nicht, als Jemand anderes von der Landſchafft, verbunden bleiben. *cit.* Art. 15.

„ Die gnädigſt confirmirten Schazräthe führen auch ihr eigenes Schazſigel; welches gleichwohl nach abgetragenen Schulden an die Fürſtliche Regierung zurück zu liferen iſt, und bis dahin in der Verwahrung des Stiftes St. Blaſii bleibet. “ *l. c.*

Endlich beſaget der Art. 64 „ Wenn ſich eine Vacanz im Schazcollegio unter den adelichen Schazräthen ergibet, werden von dem Engern Ausſchuſſe die im Collegio des gröſſeren Ausſchuſſes befindlichen adelichen Membra, und dazu noch ſo vile aus der Ritterſchafft, dazu jedoch der höchſte Landesherr wegen Dero Patrimonialgüter, oder Aemter und Fürſtlichen Güter, die in der Rittermatricul befindlich ſind, (vorbehältlich jedoch

jedoch des Erſcheinens bey allgemeinen Landesverſammlungen,) nicht mitgezogen werden, ausgeſchriben, daß ſelbige mit dem gröſſeren Ausſchuſſe der Ritterſchafft majorem partem des Corporis Nobilium ausmachen, von welchen, nebſt dem Engern Ausſchuſſe, zur Schazrathswahl dergeſtalt geſchritten wird, daß von ihnen zwey Membra aus der Ritterſchafft des gröſſeren Ausſchuſſes, nach der Vilheit der Stimmen gewählet, und dem gn. Landesherrn zur Confirmation unterthänigſt präſentiret werden, welche, nach der Höchſtdenenſelben zuſtehenden Election, Sereniſſimus einem derſelben gn. ertheilen wollen. “

Deme, was ich ſchon anderswärts von denen **Würtembergiſchen** Ausſchüſſen gemeldet habe, füge ich aus dem **Sturmiſchen** Compendio Compactatorum hier noch bey: 1. Es mag inſonderheit der groſſe Ausſchuß, auf zutragenden Nothfall, wohl etwas thun. Gr. Ausſch. Abſch. 1591. 2. Fürnemlich aber ſollen alle Berathſchlagungen, altem Herkommen gemäß, durch ſondere deputirte Ausſchüß vorgenommen, folgends in Pleno referirt, und, was endlich beſchloſſen, in Schrifften verfaßt, und gnädigſter Herrſchafft unterthänigſt angebracht werden. Landt. Abſch. 1608. 3. Was auch jederzeit der groß, und kleine Ausſchuß in Landſchafftſachen anbringen wird, will der Herzog hören, Abwendung und Einſehens der Gebühr u. Billigkeit nach thun. Landt. Abſch. 1565. 1670.

Anno 1587. wurde in der Grafſchafft **Waldeck** ein Landſchafft Ausſchuß angeordnet.

Anno 1655. wurde diſer Ausſchuß erneuert, und darzu zwey aus der Ritterſchafft und drey aus den Stätten, als Corbach, Wildungen und Mengeringhauſen beliebt.

§. 17.

Von Landſchafftlichen Rathgebern, Bedienten, Sigeln, Gebäuden 2c. will ich hier noch diſes anmercken. **Bediente 2c.**

Die **Cöllniſche** (1) vier Claſſen von Landſtänden haben jede einen beſonderen Syndicum, der bey den Berathſchlagungen das Protocoll führet, die Acten in Ordnung hält, und die Re-

(1) H. PüTTERS auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 672.

Re- und Correlation mit denen übrigen Claſſen verrichtet; ſo dann darneben auch die beſondere Geſchäffte ſeiner Claß, inſonderheit die Aufrechterhaltung ihrer Freyheiten und Gerechtſamen, zu beſorgen hat.

Bey Herrn Geh. Juſt. Rath PüTTER (1) liſet man Deſſelbigen „ rechtliche Ausführung, daß die unritterbürtige Beſizer adelicher Güter im Rheiniſchen Erzſtifte Cölln zum Gehalte des ritterſchafftlichen Syndici und zu andern gemeinſchafftlichen Ausgaben der Ritterſchafft die ſogenannten Ritterſimplen zu entrichten allerdings ſchuldig, und daß ſowohl im petitorio als poſſeſſorio ſummariiſſimo und ordinario für die Ritterſchafft zu ſprechen ſey. “

In **Bayern** (2) gehören unter die Landſchafftliche Bediente der Landsſchafftscanzler und übrige Canzleyverwandte, ſamt dem Zinszahlmeiſter, Caßier, Steuerſchreibern und Aufſchlägern; wie aus dem Hofcalender mit mehrerem zu erſehen iſt. Die Anſtell- und Abſchaffung derſelben iſt eine Sache, welche von der geſammten Verordnung abhänget.

Zu **Hanover** iſt ein Landſchafftlicher Buchdrucker.

Die **Lüttichiſche** Landſtände haben auch einen Landſchafft-Buchdrucker.

Im **Br. Wolffenbütteliſchen** wird 1. von dem Engeren Ausſchuß, mit Zuthuung des größeren Ausſchuſſes, aus gemeiner Landſchafft ein Landſchafftlicher Syndicus per Majora erwählet und geſezt, und nach der Beſtallung, welche einem jeden ertheilet wird, erlaſſen, oder, dem Befinden nach, entſezet. Die geſchehene Wahl des Landſchafftlichen Syndici wird dem gnädigſten Landesherrn jedesmal gemeldet, auch, wenn der Syndicus den Erbhuldigungseyd noch nicht geleiſtet hätte, ſolcher bey Fürſtl. Geheimer Rathsſtube abgenommen. **Landesfr.** 1770. Art. 15.

2. Von der Wahl ꝛc. des Landrentmeiſters habe ich in dem Tr. von der **Landeshoheit in Steuerſachen** geredet.

3. Sezet und entſezet der Engere Ausſchuß die Schazeinneh-

(1) l. c. S. 670.

(2) F. von KREITTMAYR S. 414.

einnehmer, wie auch andere bey der Bierſteuer und Brandtweinsaccife benöthigte Bediente und Executores. *cit.* Art. 15.

4. Iſt getreuer Landſchafft freygelaſſen, nebſt dem von dem gn. Landesherrn bey der Kriegscaſſe beſtellten Kriegscommiſſario, einen Nebencommiſſarium, der monathlichen Contribution halber, zu beſtellen; welcher ſo wohl in der gn. Herrſchafft, als auch in der Landſchafft Pflichten ſtehet. *ibid.*

5. Ingleichen wird der Proviantverwalter von der Landſchafft erwählet, und ſtehet ſowohl in des Landesherrns, als in der Landſchafft, Pflichten. *l. c.*

Zu meiner Abhandlung von **Landſchafftlichen** Sigillen habe ich ſeithero noch mehrere Zuſäze geſammelt.

Die Bayriſche Landſchafft hat zwar ihr eigenes Sigill; doch werden die Schrifften auf Landtägen nur mit denen gewohnlichen Pettſchafften derer acht Landesverordneten beſigelt (1).

Der Proſpect des Landſchafftlichen Hauſes zu Hanover findet ſich in Kupfer geſtochen auf denen Titulblättern der Hanoveriſchen nützlichen Sammlungen vom Jahr 1757. und 1758.

Von dem Ritterſaal über der Domkirche zu Hildesheim, wo die Hildesheimiſche Landſtände ihre Verſammlung halten, ſehe man an unten (2) bemercktem Orte nach.

§. 18.

Die Gerechtſame und Pflichten derer Landſtände variiren, nach Unterſchid derer beſonderen Landesverfaſſungen gar ſehr; auch haben wir bereits vernommen, daß in manchen Landen zwiſchen denen vorigen und jezigen Zeiten ein (offt ſehr groſſer,) Unterſchid wahrzunehmen ſeye. **Gerechtſame ꝛc.**

Der Freyherr von KREITTMAYR ſchreibt wohl (3): „Die Landſtände diſtinguiren ſich von dem gemeinen Unterthan nicht in der Subjection und Unterthänigkeit, ſondern durch die Prärogativen und Freyheiten, womit ſie vor jenen begabt ſind; vornehmlich aber durch Siz und Stimme auf denen

(1) F. von KREITTMAYR S. 420. 427.
(2) in den Hanover. gelehrt. Anzeig. 1754. S. 648.
(3) in ſeinem Bayr. Staatsr. §. 181. S. 410.

nen Landtägen, welches das Eſſentiale von einem Landſtand iſt. “

Von Bayern meldet er (1): „ Ohne Vorwiſſen und Rath der Landſchafft ſoll man keinen Krieg anfangen, *L. L. Fr. P. 3.* Art. 2. und 6. Freyh. Brief, das Land nicht vertheilen, verpfänden, oder etwas davon veräuſſern, *L. L. Fr. ibid.* & 16. 20. 23. Freyh. Brief, vilweniger eine Religionsänderung contra ſtatum Anni decretorii vornehmen. *I. P. W.* Art. 5. §. 33. Ob und wie weit ihre Bewilligung in Steuern und Anlagen vonnöthen ſeye, ſiehe oben §. 171. & 172. Neue Statuta und Landesordnungen werden auch nicht leicht ohne gutachtliche Beyziehung der Landſchafft gemacht; wie aus dem Innhalt der Präfationen erhellet. Vor diſem hatte ſie die Befugniß, bey Abgang des regierenden Hauſes einen neuen Herzog zu erwählen; ; ; in den Strittigkeiten zwiſchen den Herzogen trat ſie öffter in das Mittel, ; ; gab den Ausſchlag in ihren Succeßionshändeln, ; ; machte allerhand Bündniſſe, ; ; und entſezte zuweilen gar die Herzogliche Räthe: ; ; Wir haben aber ſchon oben gehöret, wie ſehr die Macht und das Anſehen der Landſtände in Deutſchland überhaupt durch den Militem perpetuum herunter geſezet worden ſeye; und ſo iſt es auch hier zu Lande in obigen Stücken meiſtentheils geſchehen. “

Die Deputirte von Land und Stätten des Marckgrafthums Ober-Lauſiz machten An. 1767. ein Project einer Geſindeordnung, und baten, ſelbige vermittelſt gewöhnlicher Oberamts-Patenten publiciren zu laſſen: Die Chur-Sächſiſche Vormundſchafft beſtättigte darauf ſolche den 25. Jul. (2).

Der Marck-Brandenburgiſche Landtagsabſchid von 1653. beſagt: “ Zum 14den wollen Wir in wichtigen Sachen, daran des Landes Gedeyhen oder Verderb gelegen, ohne Unſerer getreuen Landſtände Vorwiſſen und Rath nichts ſchlieſſen oder fürnehmen, und auch in keine Verbindniſſe, darzu Unſere Unterthanen oder Landſaſſen ſollten und müßten gebraucht werden, ohne Rath und Bewilligung gemeiner Landſtände einlaſſen:

(1) S. 428.

(2) H. GEGELS Samml. landesherrl. Verordn. 2. Band, S. 643.

ſen: Wir wollen auch in ſolchen gravioribus cauſis die Landſtände erforderen ad conſultandum convociren, und die Puncta Propoſitionis mit einverleiben laſſen: Wir werden auch Unſere getreue Landesſtände, wenn ſie etwas bey Uns in Unterthänigkeit zu ſuchen haben, und ſolches mit gebührendem Reſpect verrichten, jederzeit gerne hören, und mit gnädigſter williger Abfertigung verſehen."

In dem Halberſtättiſchen Receß von 1653. §. 12. ſtehet: „Und haben die Stände ihres Orts ſelbſt Fleiß mit anzulegen, daß alles, ſo zu Aufnahm des Landes nöthig, nützlich, und dienlich, zur beſtändigen Obſervanz möge gebracht werden."

Der Adminiſtrator zu Magdeburg reverſirte ſich An. 1654. gegen dem Domcapitul und andern Ständen, ohne ihr Wiſſen und Bewilligung von denen Fürſtl. Aemtern und den Cloſtersgütern nichts zu verſezen, oder in einige Wege alieniren und verkauffen zu laſſen, und ſonſten gemeiniglich die Erz- und Stiffter mit einigen neuen Schulden nicht zu beſchweren.

Die Braunſchweig-Wolfenbütteliſche Landesfreyheiten von 1770. findet man nun auch an unten (1) bemercktem Ort.

In diſen Landesfreyheiten lautet es Art. 7. „Der gnädigſte Landesherr wollen keine Dörffer, Schlöſſer, ꝛc. und andere anſehnliche Stücke des Herzogthums vergeben, noch alieniren; es geſchehe dann mit Wiſſen, Willen und Vollwort der Prälaten, Ritterſchafft und Stätte."

Art. 19. Wann von den Ständen wohlgemeinte und geziemende Erinnerungen geſchehen, ſoll ſolches ihnen niemals übel genommen werden; es trage aber der Herzog zu den Ständen das gn. Vertrauen, daß ſie ihre etwa nöthig zu ſeyn erachtete Erinnerungen mit gebührendem Reſpect und anſtändigen Ausdrücken vorbringen laſſen werden; und verſichere hingegen gnädigſt, daß er ſolchen Falles ſelbige in ungutem nicht aufnehmen, noch die Stände deßwegen beungnadigen, oder zu ihrem Nachtheil ſich etwas beybringen laſſen wolle.

In ein an die Oſtfrieſiſche Statt Emden An 1721. 18. Aug. erlaſſenes Kayſerliches Decret floſſe ein: Da der Magiſtrat

(1) in der neuen Staatscanzl. 30. Theil, S. 378.

ſtrat in einer gewiſſen Sache ihr vornehmſtes Fundament in denen Oſtfrieſiſchen Accorden ſeze; ſo hätte ſich um ſo mehr gebührt, bey dem Kayſer, als obriſten Haupt und rechten einigen Richter im Reich, Hülffe und Recht zu ſuchen, als, wie dem Magiſtrat nicht unbekannt ſeye, deren Interpretation zur Kayſerlichen Dijudicatur und Verordnung, (laut Kayſerlichen Decrets vom Jahr 1688.) zum Ueberfluß ausgeſtellet worden ſeye: Da er aber in ſeiner gedruckten und an ausländiſchen Orten verkündigten Contra-Remonſtrance ſich (als Unterthanen,) der Interpretation derer Accorden und einer oberrichterlichen Poteſtät über die Landesfürſtliche Verordnungen unterſtanden ꝛc. ſo ſcheine diſes ungebührliche, von Unterthanen gegen den Landesfürſten nicht leicht gehörte, Bezeugen in der That einer Aufſagung ihrer Pflicht, Unterthänigkeit und Gehorſams ꝛc. nicht unähnlich. ꝛc.

Dem Oſtfrieſiſchen Collegio Adminiſtratorum ꝛc. wurde ferner in einem Kayſerlichen Decret von 1723. 11. Jun. „der mit der Unterthanen Pflicht ſtreitende kühne Vorwand, der Stände thun und laſſen wäre der Fürſtlichen Cenſur und Deciſion nicht unterworffen, “ ſcharff verwiſen.

In der Sachſen-Gothaiſchen Landesordn. von 1666. Cap. 3. Tit. 1. lautet es: „So auch Reichs- oder andere Sachen fürfielen, welche Unſerer getreuen Landſchafft Wohlfahrt und Intereſſe ſonderbar mit-betreffen, wollen Wir daraus mit ihr, der Nothdurfft nach, communiciren laſſen, deren unterthänigen Anrath darinnen vernehmen, und zu ſolchem Ende aus dero Mittel, und ſonderlich dem Ausſchuß, nach Erheiſch der Sachen, Beſchreibung thun; welcher nach ſich die jedesmals Beſchribene gehorſamlich einzufinden wiſſen, und Uns mit wohlerwogenem deren Bedencken treulich an die Hand gehen werden. “

Von **Würtemberg** heißt es in dem Sturmiſchen Compendio Compactatorum, voc. **Landſchafft**: 1. Beyde Graf Eberharden haben ſich mit Rath der Prälaten und Landſchafft geeinet: **Münſing. Vertr.** 1482. 2. Und ſollen Land und Leut, Schloß, Stätt und Dörffer, ohne Rath, Wiſſen und Willen, gemeiner Landſchafft nicht mehr verſezt oder verändert

ändert werden. Tübing. Vertrag, 1514. 3. So ſeynd auch diſes Herzogthums Landrecht und Ordnungen mit Rath und Zuthun der Prälaten verfaßt, in denen ohne des kleinen Ausſchuſſes Vorwiſſen keine hauptſächliche Aenderung vorzunehmen; 4. wie auch der Kirchenkaſt mit Rath und Zuthun gemeiner Landſchafft angerichtet worden; *Teſtam. Ludov.* 1587. 5. und ſolle das Hofgericht auch mit Perſonen von der Landſchafft beſezt; Landt. Abſch. 1520. 6. Hauptkrieg mit Rath und Wiſſen, die andern mit Rath, Wiſſen und Willen, gemeiner Landſchafft, ſo fern man anderſt von ihnen Hülff haben wollte, fürgenommen; Tübing. Vertrag, 1514. 7. auch, auf den Erledigungsfall diſes Herzogthums zu deſſen Regiment vier Perſonen aus der Landſchafft zugeordnet werden. *Erect. Ducat.* 1495.

Die Herzoglich-Würtembergiſche Adminiſtration gabe dem General von Remchingen Schuld (1): Er habe dem Herzog Carl Alexander einen unverſöhnlichen Argwohn wider ſeine Landſchafft beygebracht, als ob ſie des Hochverraths an Ihme ſchuldig, er, der Herzog, aber an die Landescompactaten nicht gebunden ſeye, ſondern Urſach habe, diſen nodum gordium mit des Alexandri Säbel entzwey zu hauen, die Landſtände mit einander greiffen, und ſolcher geſtalten der Hydrä auf den Kopf tretten zu laſſen:

Er wurde dahero auch condemnirt: Der Landſchafft eine annehmliche Ehrenerklärung zu thun.

Eben diſer Herzog Carl Alexander verordnete in ſeinem Teſtament: „Da Wir auch, 32ſtens, in währender Unſerer Fürſtlichen Regierung verſchidentlich bemercket haben, daß bey Beſorgung des Staats, des Militar- und Cammerweſens, auch deren Commercien und Manufacturen, zuweilen von Seiten Unſerer Landſchafft, durch ungleiche Ausdeutung deren Verträgen und Landtagsabſchiden, oder andere unbefugte Anmaſſungen und unſtatthaffte Einwendungen, ſich einige Irrungen und Schwürigkeiten ereignet haben; ſo ſeynd Wir zwar

(1) THUCELII Acta comit. 1744. 1. Band, S. 244. 261.

zwar gemeinet, ſelbige nach befinden der Billigkeit zu heben und abzuthun, um des Landes Wohlfahrt, nach Unſerer dahin ſtets tragenden Sorgfalt, deſto mehr zu befördern, und allen darinnen etwa hinderlichen Anſtoß zu verhüten: Wofern Wir jedoch, ſolche Unſere heilſame Abſicht zu vollführen, gegen Vermuthen, die Zeit nicht mehr haben ſollten; als hat Unſer mehrbenannter Erbprinz und künfftiger Nachfolger dahin zu trachten, ſelbige durch bequeme Wege und Mittel vergnüglich beyzulegen, um dadurch das Vertrauen des Landes und der treugehorſamſten Ständen gegen Sich beyzubehalten und zu vermehren; da hingegen jene ſich mit beharrlicher Unterwerffung und geziemender Ehrerbietung ohnabläßig zu beſcheiden haben, was ſie ihrem gnädigſten Landesfürſten und Herrn mit Treu und Gehorſam pflichtmäßig ſchuldig ſeynd; wohin Denenſelben auch, bey ſich gegen Verhoffen äuſſerenden widrigen Fällen, die ernſtliche Weiſung mit der nachdrücklichen Mahnung zu thun iſt, ſich durch unruhige und übel geneigte Rathgebere ſich auſſer denen gebührenden Schrancken, zu ihrem und des gemeinen Weſens Schaden, verleiten zu laſſen; ſondern, was ſie, nach Bewandtniß deren Umſtänden, dienſames vorzuſtellen und anzuſuchen für nöthig erachten würden, ſelbiges auf ſolche Art jedesmahl zu bewürcken, wie die Obligenheit getreuer Unterthanen von ihnen erfordert.“

In eine Herzogliche Reſolution von 1763. 3. Jan. floſſe ein: „Da doch Se. Herzogliche Durchl. demſelben (Landſchafftlichen gröſſeren Ausſchuß) mehrmalen zu erkennen gegeben, wie -- die Beſchaffenheit derer das Landſchafftliche Corpus ausmachenden Membrorum diſem Corpori keineswegs verſtatteten, ſich in Staatsſachen zu miſchen; dahero auch Höchſtdieſelbe vorerwehntem Landſchafftlichen gröſſeren Ausſchuß dergleichen Communications-Verlangung hiemit nochmals ein- vor allemal verwiſen und unterſagt haben wollen. Sr. Herzoglichen Durchl. theureſtem Regentenamt ligt allein ob, in Staatsangelegenheiten ſolche Maaßregeln zu erwählen, wodurch der Ruheſtand und die Wohlfarth Dero Herzoglichen Lande am füglichſten erhalten und befördert werden kan.“

In

In dem Vergleich von 1770. aber wurde auch darinn nachgegeben.

In eben diſem Erb-Vergleich von 1770. Cl. Grav. 6. wurde beliebt:

„§. 1. Gleichwie Se. Herzogl. Durchl. überhaupt die auf die Landſchafft ſeit einigen Jahren gefaßte Ungnade vollkommen ſchwinden, und dagegen, dieſelbe pro futuro Höchſtdero Landesväterliche Huld und Gnade wiederum genieſſen zu laſſen, gn. verſichern; alſo werden

§. 2. Höchſtdieſelbe ſo wohl die allgemeine Landesverſammlung, als die Landſchafftliche Ausſchüſſe, als ein in denen Landescompactatis ehemalen ſehr weis- und heilſamlich angeordnetes und bißhero aufrecht erhaltenes Corpus repræſentativum des geſammten Vaterlandes, in Corpore & Membris, deſſen Weſen und Landesverfaſſung, ſamt dem darzu gehörigen Prälatenſtand, in ſeiner Würde, Exiſtimation, Auctorität und Conſiſtenz, ohngekränckt erhalten, und die nach Innhalt der Landesverträge und des Ausſchuß-Staats machende unterthänigſte Vorſtellungen gn. aufnehmen, und nicht als ein Verbrechen in Ungnaden anſehen, noch ſelbiges Andern geſtatten.

§. 3. Der allgemeinen Landesverſammlung, denen beyden Ausſchüſſen, und denen zu Stuttgart Anweſenden des Engeren Ausſchuſſes wird niemalen, und unter keinerley Vorwand unterſagt, oder ſonſt ſchwer gemacht werden, Ihro Herzogl. Durchl. die Landesbeſchwerden gehorſamſt vorzulegen, oder andere unterthänigſte Vorſtellungen zu thun; jedoch mit ſchuldigſter Beobachtung des unth. Reſpects.

§. 4. Gleiche Bewandtniß hat es mit denen unterth. Vorſtellungen, welche zur Zeit, da der Engere Ausſchuß nicht collegialiter verſammlet iſt, nach Befund der Umſtände, und nach zuvor über Land gepflogener Communication, Ihro Herzogl. Durchl. Namens ermeldten Engeren Ausſchuſſes gehorſamſt übergeben werden.

§. 5. In Sachen, worinn, nach der Landesverfaſſung, die Landſchafft mit ihrem unterth. Gutachten vernommen werden ſolle, ſolle Selbige niemalen übergangen, und zu rechter

Zeit mit Ihro communicirt; vil weniger in Sachen, worzu ihre Einwilligung nach denen Landescompactaten erfordert wird, ohne ihren Conſens etwas einſeitig verfügt werden.

§. 6. Ihro Herzogl. Durchl. und Dero Geheime Räthe werden der Landesverſammlung und denen beyden Ausſchüſſen jedesmal die benöthigte Zeit laſſen, die Herzogliche gn. Anſinnungen genugſam überlegen, und ſich darauf ſchrifftlich unterth. erklären zu können; wobey jedoch Landſchafftlicher Seits man ſich keinen ohnnöthigen Aufſchub zu Schulden kommen laſſen, und ſonderlich, wann eine Gefahr auf dem Verzug hafftet, die unterth. Erklärungen möglichſt beſchleunigen ſolle.

§. 7. Es werden ingleichem Ihro Herzogl. Durchl. auf alle und jede ſchrifftliche unterth. Vorſtellungen ebenfalls ſchrifftliche gn. Reſolution ertheilen, und ſolche denen Landesverträgen, dem Herkommen, dem Zuſtand des Landes, und der Vorligenheit der Umſtände gemäß einzurichten geruhen.

§. 8. Es wird keinem Landſchafftlichen Collegio jemalen zugemuthet werden, den Concipiſten einer landſchafftlichen unterth. Vorſtellung nahmhafft zu machen, noch Jemand, auf den man deßfalls eine Vermuthung hätte, Selbſt, oder die Seinige, deßwegen mit Worten oder Wercken ungnädigſt behandelt werden; maſſen alle dergleichen Schrifften nicht nach des Concipiſten Willkühr, ſondern nach denen Schlüſſen der Landſchafftlichen Collegien, ſowohl was die Sache ſelbſt, als auch die Schreibart betrifft, abgefaßt, und von diſen Collegien nach Gefallen abgeändert, auch in Ihrem, und nicht des Concipiſten, Namen unterth. übergeben werden.

§. 9. Denen wenigen beſtändig in Stuttgart Anweſenden des Engeren Ausſchuſſes wird gn. nicht zugemuthet werden, ſich auf etwas unterth. einzulaſſen, was für den ganzen Engern Ausſchuß gehört;

§. 10. Noch dem Engern Ausſchuß auf etwas, ſo dem gröſſeren Ausſchuß zukommt;

§. 11. Noch dem gröſſeren Ausſchuß auf etwas, was nach denen Landesverträgen und derer beyden Ausſchüſſe Staaten einer allgemeinen Landesverſammlung vorbehalten iſt, und worzu er nicht, wenigſtens durch von dem Land eingehohlte frey=

freywillige und ungezwungene Gewälte und Vollmachten berechtiget iſt.

§. 12. Ihro Herzogl. Durchl. werden in Steuerſachen, oder andern allgemeinen Landesangelegenheiten es bey dem gn. und unterth. verabſchiedeten altüblichen modo tractandi durchgängig gn. belaſſen; und diſemnach weder das Landſchafftliche Corpus überhaupt, noch auch die Prälaten, als den geiſtlichen Landſtand, in Corpore & Membris dabey übergehen, ſondern Höchſtdero Poſtulata und gn. Anſinnen an das Land entweder einer allgemeinen Landesverſammlung vorlegen, oder durch die gewohnliche Ausſchreiben an die Prälaten, wie auch an die Stätt und Aemter, zu Ertheilung der Gewält und Vollmachten an den Landſchafftlichen Ausſchuß gn. bekannt machen laſſen; wobey Höchſtdieſelbe noch ins beſondere gn. verſichern, künfftighin niemalen, es geſchehe auch durch was für Unterhandlungen es wolle, in dergleichen Fällen mit den einzelnen Stätt- und Aemtern, oder Communitäten, ſolche unmittelbare Handlungen vornehmen zu laſſen, wodurch derſelben Freyheit in Ertheilung der Inſtruction und Vollmachten auf einige Weiſe beſchräncket, noch derer Clöſterlichen Unterthanen Einwilligung und Vollmacht, wider die Landesverfaſſung und das Herkommen, erfordert, und denen Vorrechten des dieſelbe vertrettenden Prälatenſtandes etwas derogirt werden könnte.

§. 13. Dem Engeren Ausſchuß wird, nach Maaßgab der bey deſſen Errichtung im Jahr 1554. reſp. gn. und unterth. beliebten Verabſchiedung nicht verwehret werden, ſo offt es die Nothdurfft erfordert, zuſammen zu kommen; doch daß jedesmalen, in Conformität des Landtagsabſchids de 1608. und des Engeren Ausſchußſtaats, die unterth. Anzeige davon Sr. Herzogl. Durchl. in dem Herzogl. Geheimen Rath geſchehe.

§. 14. Wo auch der Engere Ausſchuß für nothwendig halten würde, den gröſſern Ausſchuß, oder eine gemeine Landſchafft, zu erforderen; ſo wollen Se. Herzogl. Durchl. Sich alsdann dem Tübingiſchen Vertrag beym Puncten, die Beſchreibung der Landtäge betreffend, gemäß halten.

§. 15. Wann in Sachen, worzu nach denen Landes-

compactaten der Landſchafft freye Einwilligung erfordert wird, Sich Ihro Herzogl. Durchl. mit treugehorſamſten Prälaten und Landſchafft nicht vergleichen können, werden Höchſtdieſelbe keinen Machtſpruch ergehen, noch einſeitige Verfügungen zur Ausübung bringen, und ſolche als eine Verabſchiedung geltend machen; ſondern die Sache zu ferneren Verhandlungen, oder allerhöchſt-obriſt-richerlichem Spruch, ausgeſezt ſeyn laſſen: Wobey es übrigens bey demjenigen, was oben ad Grav. 1. §. 2. vorgekommen iſt, ſein Verbleiben behält."

Die Gräflich-Lippiſche Landſtände kamen An. 1745. bey dem Reichs-Hofrath gerichtlich in Anſehung ihres jungen Landesherrns Vormundſchafft und der demſelbigen zu ertheilenden Veniæ ætatis ein (1).

Durch unvorſichtig geſchloſſene Bündniſſe eines Regentens kan ein Land gar ſehr zu Schaden kommen; dahero habe ich der Mühe werth geachtet, von denen Landſtändiſchen Gerechtſamen in Landesherrlichen Bündnißſachen einen eigenen Aufſaz zu verfertigen, welcher in der Fortſezung der Abhandlung beſonderer Rechtsmaterien erſcheinen wird.

Was von denen Landſchafftlichen Gerechtſamen in Steuerſachen geſagt werden könnte, iſt in dem Tr. von der Landeshoheit in Steuerſachen nachzuſehen.

Von denen gemeinſchafftlichen und beſonderen Vorrechten einzelner Gattungen von Landſtänden aber wird hernach und unten geredet werden.

§. 19.

Pflichten. Was hinwiederum auch derer Reichsſtände Landſtänden und geſammter Unterthanen Schuldigkeiten und Pflichten anbelangt; ſo habe ich davon in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen vornemlich Cap. 7. mit mehrerem gehandelt;

Ins beſondere aber: Wie ferne ſie ſchuldig oder nicht ſchuldig ſeyen, Steuern reſp. zu geben, oder zu bewilligen? in dem cit. Tr. von der Landeshoheit in Steuerſachen Cap. 4.

Die

(1) ſ. Staatsſchrifft. unter K. Franz, 1. Band, S. 787.

Die Erzſtifft-Trieriſche Landſtände hatten mit denen damaligen Jeſuiten am Reichs-Hofrath Streit wegen der Steuerfreyheit ihrer Fundationsgüter (1).

Von dem Erzſtifft-Cölniſchen Steuerweſen kan ich aus Herrn Geh. Juſt. Rath PüTTER (2) diſe Nachricht ertheilen: „Um das Steuerweſen des Erzſtiffts in ein richtiges Verhältniß zu ſezen, iſt im Jahr 1668. von neuem eine Landesbeſchreibung, oder ſo genannte Deſcriptio agraria, veranſtaltet worden, worinn jeder Morgen Weingarten, Wiſen und Artland nach ſeiner Eigenſchafft angeſchlagen iſt, wie vil zu einer einfachen Steuer, oder ſo genannten Steuer-Simpel, davon zu entrichten ſey; da dann jedesmal auf dem Landtage beſtimmt wird, wie vil Simpeln zur Landesſteuer ausgeſchriben werden ſollen.

Nebſt diſem iſt es bey der Ritterſchafft vorlängſt hergebracht, daß, ſo wohl zur Beſoldung ihres Syndici, als zu andern gemeinſchafftlichen Ausgaben, die nöthige Beyträge jedesmahl mit beſondern ſo genannten Ritterſimplen, jedoch nach vorgängiger Churfürſtl. Bewilligung, ausgeſchriben werden.

In der Art der Beſteurung wird übrigens noch der Unterſchid beobachtet, daß Bürger- und Baurengüter, ohne einige Befreyung zu genieſſen, nach ihrem ganzen Werthe angeſchlagen ſind, und daß jede Statt, jeder Flecken, jedes Dorff, ſeinen eigenen Gemeinheits-Collector hat, an welchen jeder Beſizer ſolcher Bürger- und Bauerngüter ſeine Simpeln, nebſt darzu gehörigem Hebegeld, abliſern muß; worunter auch diejenige, welche Güter vom Domcapitel als Pachter, oder ſo genannte Halbwinner, inne haben, begriffen ſind, als wovon ſie ebenfalls eine ſogenannte Quartam colonicam an die Gemeinheits-Collectoren jeden Orts entrichten müſſen.

Sonſt aber ſind die geiſtliche Güter gänzlich ſteuerfrey; die gräfliche und ritterſchafftliche Güter ſind es aber nur zum Theil: Und was davon zu entrichten iſt, das wird unmittelbar an die Erzſtifftiſche general-Einnehmerey, und nicht erſt an beſon-

(1) ſ. meine Abhandl. beſond. Rechtsmater. Stück, S.
(2) in der auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 672.

ſondere Collectoren, alſo auch ohne weiteres Hebegeld, abgetragen.

Unter denen Gütern, welche in der Landesdeſcription unter den Rubricken: Grafenſtand, oder: Ritterſchafft, angeſezt ſind, wird in Anſehung der Steuerfreyheit eigentlich noch der Unterſchid gemacht, daß gräfliche oder adeliche Size, auf welchen eigentlich das Vorrecht hafftet, daß ihre Beſizer zu Landtägen beſchriben werden, nur zur Helffte angeſchlagen, und alſo zur Helffte ſteuerfrey ſind: Andere ſo genannte adeliche Höfe ſind aber nur zu $\frac{1}{4}$. frey, und zu $\frac{3}{4}$. angeſchlagen:

Doch hat zur Zeit der gemachten Landesbeſchreibung mancher Beſizer zweyer gräflichen oder adelichen Size davon einen ganz anſchlagen und den andern ganz befreyen laſſen; daher es noch einige ganz freye und einige ganz ſteuerbare ſolche Size gibt; ſie mögen übrigens ſeit dem Beſizer bekommen haben, welche ſie wollen.

Von einer mit von Chur-Sächſiſchen Steuerſachen handlenden Schrifft ſehe man unten §. 26.

Hieher gehören auch folgende Reichs-Hofraths-Concluſa:

Veneris 18. Apr. 1738.

Hohenzollern-Hechingen contra Hohenzollern-Hechingen, pto tumultus, nunc in ſpecie der verweigerten Türckenſteuer.

1. Fiant Patentes an die Fürſtlich-Hohenzollern Hechingiſche Stattgemeinde und Unterthanen überhaupt, und an einen jeden insbeſondere, des Innhalts: Ihro Kayſerliche Majeſt. hätten aus des Herrn Fürſtens allerunterthänigſten Anzeige mit höchſtem Mißfallen und ungnädigſt vernehmen müſſen, was geſtalten die meiſte Unterthanen, unter allerley wunderlichen, auch Reſpect- Ehr- und Pflichtvergeſſenen Vorſpieglungen, ſich erfrechet, die von dem geſammten heil. Röm. Reich auf 50. Römermonathe verwilligte Türckenſteuer und die daran den Fürſtlich-Hohenzollern-Hechingiſchen Antheil betreffende Quotam, auch nach der ihnen bey Fürſtl. Canzley beſchehener Publication des Reichsſchluſſes, recht vermeſſentlich zu verweigern, und derer von ihrem Landesfürſten, zu Bezeugung ſeiner

ſeiner beſtändigen allerunterthänigſten Devotion und teutſchpatriotiſchen Eyfers, abgelaſſener und wiederhohlter, auch ins Land publicirter, Fürſtlicher ernſthafter Befehle ohngeachtet, auf ihrer unverantwortlichen Widerſpenſtigkeit, wie faſt in allen, alſo auch in diſer Sache, ſtrafmäßig zu beharren; geſtalten, nach der Fürſtlichen Anzeige, biß auf diſe Stunde nicht mehr, als etliche wenige 100. fl. abgetragen worden wären; ſo findeten Sich Ihro Kayſerliche Majeſt. gemüßiget, allen obgedachten widerſpenſtigen Gemeinden und Unterthanen hiermit gemeſſen und alles Ernſtes anzubefehlen, daß ſie denen diſerhalb ergangenen, oder noch ergehenden Fürſtlichen Verordnungen, ohne Verzug und ohne Ausnahm, bey Vermeidung einer Strafe à 3. Marck Silbers, ſo ein jeder in fernerem Verweigerungsfall erlegen, und von jedem auch executive eingetriben werden ſolle, gehorſamſt nachleben, mithin die ihnen angeſezte Türckenſteuer à 4079. fl. in denen von dem Herrn Fürſten anzuſezenden kurzen zweyen Terminen, ohnweigerlich abtragen, oder allenfalls, wann ſich eine Gemeinde, oder Gemeindsmann, ferner widerſezen würde, dieſelbe, oder derſelbe, mit Gewalt, oder ſtarcker Execution, (welche der Herr Fürſt nach eigenem Gutbefinden anordnen, und ſeine eigene oder andere Craystrouppen darzu gebrauchen könnte,) auf jedesmalige alleinige Unkoſten derer widerſpenſtigen Unterthanen, darzu ſowohl, als zu Bezahlung der obgedachten Strafe, ohne weitere Rückfrage angehalten werden ſollen: Da übrigens Ihro Kayſerliche Majeſtät denen halsſtarrigen Unterthanen in Kayſerlichen Ungnaden hiedurch verweiſen, daß ſie gegen die Reichs-Hofräthliche und Cammergerichtliche, auch Kayſerliche Commißions-Craysausſchreibamtliche und Landesfürſtliche Verordnungen ſich noch bis auf diſe Stunde ſo gar ungehorſam faſt in allen Stücken bezeugeten, nebſt nochmaligem ernſtlichen Kayſerlichen Befehl, hinkünfftig, bey Vermeidung ohnausbleiblicher ſchärfferer Beſtrafung, allenthalben vor die Kayſerliche und Commißionserkenntniſſe, auch beſonders vor ihren

ren Landesfürſten, und deſſen Gebot oder Verbot, den allerunterthänigſten Reſpect, Ehrerbietigkeit und Gehorſam, in allen Vorfallenheiten zu erweiſen, auch in der Hauptſache den nächſtens erfolgenden Kayſerlichen Ausſpruch in Fride, Ruhe und Gelaſſenheit zu erwarten.

2. Cum incluſione horum Patentum in originali, reſcribatur dem Herrn Fürſten zu Hohenzollern-Hechingen: Selbige denen Unterthanen ordentlich publiciren, auch in dem Lande affigiren, und in deren Conformität die obgedachte Türckenſteuer, auf Unkoſten derer widerſpenſtigen Unterthanen, executive, wo nöthig, auch allenfalls mit Zuziehung ſeiner eigenen oder anderer hinlänglicher Crays-mannſchafft, förderlichſt eintreiben, und ſodann das angeſetzte Quantum à 4079. fl. baldmöglichſt anhero übermachen zu laſſen; wie dann Ihro Kayſerliche Majeſt. des gehorſamſten Berichts und Vollzugs längſtens in zwey Monathen gewärtig ſeyn wollten.

Lunæ 14. Dec. 1739.

Zu **Wied** Neuwied, Graf, den Bau der Canzley und Archivs betr. ſive Implorantiſcher Anwald von Middelburg ſub præſ. 20. Jun. 1738. übergibt allerunterthänigſte Anzeige nöthiger Wiedererbauung einer Canzley und Archivs, mit Bitte, pro clem. injungendo Subditis æquiſſimum Subſidium ad ſumtus in manifeſtum Comitatus uſum vergentes. in duplo.

Hat das ganz unbeſcheinigte Begehren, angebrachter maſſen, nicht ſtatt.

Lunæ 14. Dec. 1739.

Von Wied zu Neuwied, Graf Friderich Carl Wilhelm, contra ſeine Unterthanen, die Trauergelder betr. ſive Implorantiſcher Anwald von Middelburg ſub præſ. 3. Dec. 1737. übergibt allerunterthänigſte Supplication, pro clem. decernendo Decreto ad Subditos Neuwiedanos, de ſe non ſubducendo uſitatæ Contributioni pecuniarum ad luctum pro defuncto Comite neceſſariarum. appon. Lit. A in duplo.

Würde Supplicant die Poſſeßion vel quaſi juris exigendi die Trauergelder qu. gebührend beſcheinigen; ſo ergehet hierüber weiterer Beſcheid.

§. 20.

§. 20.

So gering das Ceremoniel an und für ſich nach der Moral zu ſchäzen iſt; ſo beträchtliche Folgen kan es unter gewiſſen Umſtänden haben; beſonders auch, je nachdeme Landſtände von ihrem Landesherrn darinn diſtinguirt, oder aber geringſchäzig behandelt werden: Ceremoniel.

Ich habe dahero ſolche Materie einiger Betrachtung würdig geachtet, und eine eigene Abhandlung davon verfertiget, welche an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen iſt.

§. 21.

Zu denen Streitigkeiten zwiſchen Landſtänden gehören auch die Vorfälle, wann eine Gattung etwas ſucht, deme die andere gerad widerſpricht. Streitigkeiten der Landſtände unter ſich.

Im Halberſtättiſchen Homagial-Receß von 1650. liſet man: „Was ſonſten von Unſern dreyen Stätten, Halberſtatt, Aſchersleben und Oſchersleben, in etlichen anderen Puncten ihres Memorials iſt geſuchet worden, daſſelbige iſt entweder in den obigen Puncten von Uns ſchon reſolviret und Verordnung darüber gemacht, oder aber die Sachen, ſo geſucht worden, ſeynd alſo geſchaffen, daß andere von Unſeren Ständen das Contrarium geſucht, und ſich entweder auf habende Privilegia, Immunitäten und Freyheiten, oder auf die Obſervanz und Gewohnheiten gezogen haben; alſo daß, weil ſie mit einander in Contradictoriis verſiren, die unumgängliche Nothdurfft erfordert, (allermaſſen Unſere drey Stätte ſolches auch ſelbſt in dem 14. Art. ihres übergebenen Memorials bey Uns unterthänigſt geſucht und gebeten haben,) daß die contendirende Partheyen gebührlich gegen einander gehöret, und ſolche Puncte cum ſufficienti cauſæ cognitione diſcutirt und erördert werden.“

Die zwiſchen der Mecklenburgiſchen Ritterſchafft und denen Stätten wegen des Braurechts und des modi contribuendi gewechſelte Schrifften erzählet LüNIG (2).

So wollen auch offt die Gegenden eines Landes, welche keinen Weinwachs haben, man ſolle die freye Einfuhr fremder

P 2 Weine

(1) in meiner Abhandl. beſond. Rechtsmater. 4. Stück.
(2) in der Biblioth. Deduct. 2. Theil, S. 74. u. f.

Weine erlauben; die hingegen, welche eigenen Weinwachs haben, bitten, man ſolle keinen fremden Wein in das Land laſſen.

§. 22.

Gerichtsſtand.

Von dem Gerichtsſtand derer Landſtände, und ihrer Bedienten, zeuget auch diſes:

In Bayern ſeynd der Landſchafftcanzler, nebſt allen übrigen Canzleyofficianten und Landſchafftsbedienten, von dem Foro ordinario eximirt (1).

In einer Chur-Sächſiſchen Reſolution vor die Landſchafft von 1688. 5. Febr. wird gemeldet: „Und im übrigen, daß die ganze Corpora derer Lande vor Ihro Churfürſtl. Durchl. unmittelbar und aus Dero geheimen Rath ihre endliche Entſcheidung in vorfallenden Widrigkeiten zu gewarten, genugſam bekannt.“

Die Br. Wolfenbüttelische Landesfreyheiten von 1770. enthalten Art. 11. „Getreue Stände in Corpore, wie auch die Prälaten, die von der Ritterſchafft, und die Stätte, in Corpore können für keine andere Judicia, als die obern Juſtizcollegia, (incl. des Fürſtl. Conſiſtorii ratione der dahin gehörigen Sachen,) gezogen werden; wie es denn auch ratione præventionis Fori bey den bekannten Rechten und Landgeſezen ſein Bewenden hat.“

§. 23.

Landesbeſchwerden. rc.

Der reichen Materie von Landesbeſchwerden und Deſiderien will ich hier noch folgendes beyſezen.

Von denen Händeln zwiſchen Churfürſt Philipp Chriſtoph zu Trier und ſeinen ſo geiſt- als weltlichen Landſtänden ertheilen die vom LüNIG (2) angeführte Schrifften Nachricht.

Wie in Bayern auf denen ehemaligen Landtägen die Landesbeſchwerden zwiſchen Herrn und Land verhandelt worden ſeyen, kan man bey dem Freyherrn von KREITTMAYR (3) nachſehen.

In dem Eingang der Churſächſiſchen Erledigung der Landesge-

(1) F. von KREITTMAYR S. 427.
(2) in der Bibl. Deduct. 4. Theil, S. 34.
(3) im Bayr. Staatsr. S. 421.

desgebrechen von 1661. heißt es: Die Landſchafft habe bey der im Jahr 1653. und 1655. gehaltenen Landesverſammlung und nachhero Churfürſt Johann Georgen I. etliche Gebrechen und Beſchwerungspuncte, die Religion, Kirchen- Conſiſtorial-Juſtiz- Policey- Rentcammer- Steuer- Jagd- Berg- und andere Sachen betreffend, übergeben, der Churfürſt ſeye aber darüber verſtorben: Die Landſtände hätten daher gebeten, diſe Sache noch bey dem Landtag An. 1655. vorzunehmen, darinn, ſo vil möglich zu verfahren, und ihnen abzuhelffen; die aber, ſo etwan, ihrer Umſtände halber, ſo balden nicht erlediget werden könnten, nebſt denen inzwiſchen einlauffenden, nach u. nach erörtern zu laſſen. Darauf ſeyen diſe Puncten durch etliche Räthe und Andere, ſo die Landſchafft an Ritterſchafft und Stätten darzu deputirt, zuſammengetragen, mit Fleiß durchſehen, erwogen, und Bericht darüber erfordert worden, auch, nach anderwärtiger, reiffer, genugſamer Deliberation und eingeholtem Bedencken, befunden, daß nicht der wenigſte Theil derer Unterthanen Vergnügung darauf beruhe; die Landſchafftliche Deputirte hätten des Churfürſtens beliebte Erledigung approbirt: Sie werde alſo als eine Landesſazung, zu männiglichs Wiſſenſchafft und Nachrichtung in offentlichen Druck gegeben.

Zu einiger Erläuterung derer Streitigkeiten zwiſchen Chur-Pfalz, ſo dann denen Jülich- und Bergiſchen Landſtänden dienen auch folgende Reichs-Hofraths-Concluſa:

12. Jan. 1654.

Gülch-Cleve-Bergiſche und zugehöriger Landen Stände, die Demolir- und Evacuirung der Veſtung Hamm und Lippſtatt betr. ſive derſelben Deputirten de præſ. 17. Decem. nächſthin, exhibent eine allerunterthänigſte gehorſambſte Information auf das Chur-Brandenburgiſche Schreiben an Ihr. Kayſerl. Majeſt. bitten aus denen angezogenen Urſachen und erzehlter Bewandniß der Sachen es nit allein bey dem Kayſerl. Reſcripto allerdings verbleiben zu laſſen, ſondern auch Chur-Brandenburg und Pfalz-Neuburg durch den Herrn Biſchofen zu Münſter als Mitausſchreibenden Fürſten des Weſtphäliſchen Crayſes und hierzu ſpecialiter verordneten Kayſerl. Commiſſarium zu gebührender Parition ſolches Kayſerl. Reſcripti

anweiſen und vermögen zu laſſen. Apponunt aus dem Landtagsabſchid de 14. Octobr. 1645. die Churfürſtl. Reſolution auf das eilfte Gravamen wegen Evacuation der Lippſtatt.

Referatur ſuæ Cæſ. Majeſtati, was auf das Kayſerl. Reſcriptum für eine Antwort eingeſchickt und darauf beſchehener Communication von der Landſtänden Deputirten darauf repliciret worden, und gleichwie der Reichs-Hofrath der Landſtänden rationes für erheblich und des Herrn Churfürſten dardurch genugſam abgeleynt zu ſeyn erachtet. Inſonderheit aber der opponirte defectus Mandati ſich nit befinde, indeme die Deputirte ſowohl von Ihr Kayſerl. Majeſt. als andern Chur- und Fürſten für der Stände Gevollmächtigte erkannt, auch ihre credentiales bey Ihr Kayſerl. Majeſt. gebührend eingereicht, die auch noch bey den Actis ſich befinden, und über das die Deputirte erbietig ſeyen, ſich noch ferner vermittelſt ihrer Inſtruction und reiterirten Commiſſion wegen aufgetragener Sollicitatur um Demolirung der Veſtungen und Abführung der Völcker zu legitimiren, und es mit der Veſtung Lippſtatt alſo beſchaffen, daß nit nur die Landſtänd, ſondern auch die Grafen von der Lipp, als Condomini, die evacuation derſelben ſuchen und ſolches ihr Begehren auf Churfürſtl. gegebene Reſolution und Vertrag fundirn, auch deßwegen die Kayſerl. Commiſſion auf Herzog Chriſtian Ludwigen zu Braunſchweig Lünenburg und Grafen zu Naßau-Dillenburg den 25. Aug. An. 1653. erhalten, auch durch diſe continuirende Guarniſon nicht allein ſie Grafen von der Lipp als Condomini wider ihren Willen, ſondern auch die Clev- und Marckiſche Landſtände wider ihre Privilegia und Landtagsabſchied mit Verpflegung derſelben gravirt werden. Als wäre Reichs-Hofrath der gehorſamſten Meinung, Ihr Kayſerl. Majeſt. möchten dem Herrn Churfürſten inhærendo priori Reſcripto cum incluſione der Deputirten Antwort auf ſein Schreiben nachmahlen allergnädigſt anbefehlen, daß er dem vorigen Reſcripto gemäs, ungeachtet ſeines Einwendens nunmehr die anbefohlene Demolir- und Evacuirung ohne weitern

Ver-

Verzug würcklich vornehmen und verfügen wollen. Geſtalt dann auch Ihr Kayſerl. Majeſt. dem Herrn Pfalzgrafen reiterato ſolches, pari paſſu die in den Gülchiſchen Landen neuerbaute Veſtungen zu demoliren und zu evacuirn, erinnern und anbefehlen laſſen. Und was nun Ihr Kayſerl. Majeſt. allergnädigſt reſolviren werden, das möchten Sie Dero verordneten Commiſſario dem Herrn Biſchofen zu Münſter ſamt dem Churfürſtl. Schreiben und der Ständen Deputirten Antwort mit dem Befelch einſchlieſſen, daß er ſowohl Chur-Brandenburg als Pfalz-Neuburg Dero ihme den 18. Nov. An. 1653. aufgetragener Commiſſion gemäs zu der anbefohlenen Evacuation und Demolition anweiſen wolle.

12. Febr. 1654.

Gülch Clev-Bergiſche und zugehöriger Landen-Sände wegen evacuir- und demolirung der Veſtungen, ſive der Herr Pfalzgraf von Neuburg de præſ. 17. Januar. nechſthin, reſpondet ad literas Cæſareas de dato 16. Octobris anni proximi ſuperioris und erbietet ſich, wann der Herr Churfürſt zu Brandenburg ſich erklären werde, die beede Stätt Hamm und Lippſtatt zu demoliren und zu evacuiren, auch ſolches würcklich thun werde, hierinnen ſeinen Landſtänden und vorderiſt Ihrer Kayſerl. Majeſt. ſolche Satisfaction würcklich zu leiſten, daß Ihr Kayſerl. Majeſt. ein gnädigſtes Gefallen und ſeine Landſtänd einen Genügen haben ſollen.

In eadem gedachter Landſtänden Deputirte de præſ. 22. ejusdem, bitten, diſes Schreiben zu referiren und ſie mit der Kayſerl. Reſolution zu tröſten.

In eadem Chur-Brandenburg in literis ad Imperatorem de dato Cölln an der Spree, den 30. Nov. & pr. 29. Decembris An. 1652. exponit, daß ihme glaublich vorkommen, wie Pfalz-Neuburg nach Endigung des nacher Eſſen ohne mit Ihrer Churfürſtl. Durchlaucht vorhero beſchehener Communication ausgeſchribenen Crays-Tags einige Werbungen angeſtellt, auch veſte Pläz mit Gewalt zu occupiren und zu beſezen ſich unterfangen, derowegen er nichts anders dann vor Augen ſchwebende Gefährlichkeiten, die ihme und ſeinen

nen Landen vorſezlich angedrohet worden, daraus muthmaſſen, und dannenhero zuverſichtiglich nicht verdacht werden können, auf ſein und ſeiner Unterthanen Defenſion und Sicherheit hinwieder zu gedencken.

In eadem zur Lipp Graf Hermann Adolph contra Chur-Brandenburg, in puncto evacuationis der Lippſtatt, in literis ad Cæſarem de dato 4. & præſ. 27. Januarij jüngſthin, welches ſein beſtellter Anwald Johann Graß, ſub eodem præſ. in einem Memorial producirt, beſchwert ſich über dasjenige Chur-Brandenburgiſche Schreiben, welches Se. Churfürſtl. Durchl. auf der Gülchiſch-Cleviſch-Bergiſch-und Marckiſchen Ständen Abgeſandten Anbringen diſe Evacuation betr. den 13. Nov. 1653. anſtatt der evacuation übergeben laſſen, und proteſtirt erſtlich gegen Ihr Churfürſtl. Durchl. daß ſie ſeiner als Condomini diſer Statt zu ſeinem höchſten præjudicio im geringſten nichts gedacht und ſelbige durchgehends nur ſeine Landſtatt nenne, da doch ſolche anfänglich von den Grafen von der Lipp erbauet und ihnen einzig und allein zuſtändig geweſen, bis ſie ſolche im Jahr 1376. den Grafen von Cleve und der Marck um 8000. Silbers verpfändet, auch hernechſt im Jahr 1445. anſtatt der Pfandſchafft das völlige halbe Dominium mit Begebung des juris reluitionis, doch mit gewiſſen ausgeſezten Conditionen und Pacten überlaſſen, alſo daß beede Herrn in gleichem Rechte ſtehen, ihnen beederſeits die Huldigung von der Statt geleiſtet, einer dem andern keineswegs vorgreifen, in ſpecie auch, daß keiner ohne des andern Willen eine Veſtung darinn zu bauen, ein Auffaz darinn zu machen, oder ſonſten einige Handlung zu pflegen, oder ſich deſſen allein zu Nuz zu machen befugt ſeyn, ſondern ſolches alles mit aller Intereſſenten Willen und Conſens und alſo mit geſammter Hand beſchehen ſolle, welches allein genugſam wäre, warum er Herr Churfürſt diſe billig ſuchende evacuation nit zu difficultiren oder länger zu verſchieben; zumahlen fürs andere Se. Durchl. ſich im Jahr 1649. ſelbſten in ſeiner ſchrifftlichen Antwort reſolvirt, in præjudicium der Grafen von der Lipp nichts vorgehen zu laſſen, ſondern ſich vielmehr zu bemühen, daß die Beſazung dem gemeinen Friedenſchluß gemäs

fürder-

fürderlichſt möge abgeführt und alles in altem Stand wieder geſtellet werden. Es gehe ihn Grafen auch gar nichts an, daß der Herr Churfürſt vorgebe, er hätte ſonſten, ſeine Perſon zu ſalviren, keine Veſtung, ſintemalen ſo mit vielen andern in ihren Landen verſehen, zu diſem ſtehe dero beuor, in dem Ihrigen noch mehr zu bauen, aber ihre Grafen nit zu beſchweren, weilen auch drittens wegen Fortſtellung dieſer evacuation die ſamtliche Weſtphäliſche Stände in einem Schreiben an Ihr Kayſerl. Majeſt. intercedendo einkommen; Als bittet er, den Herrn Churfürſten durch ein Kayſerl. Befehlchsſchreiben dahin zu erinnern, daß er die einſeitige Garniſon abſchaffe, denen Compactaten, ihme eigene gegebene Reſolution, dem Fridenſchluß, arctiori modo exequendi und der ausgangenen Kayſerl. Commißion nachgelebe und wie Se. Durchl. des Fridens wegen reſtitution der Pommeriſchen Landen genieſen, alſo auch ſolchen ihme Grafen in dieſem Puncte gönnen; Im widrigen Fall mit Zuziehung des Reichs gehorſamben Ständen dieſes negotium evacuationis als Supremus Executor pacis zu befürdern.

Idem per Johann Graaß ſub præſ. 7. hujus, bittet, was auf Chur-Cölln und der Ständen Anbringen dieſer evacuation halben zum Beſten ſtatuirt werden möchte, ihn, wie billig, auch genieſſen zu laſſen. Apponit. A. B. C. D. und der Weſtphäliſchen geſamten Ständen Original-Schreiben an Ihr Kayſerl. Majeſtät.

Adnectatur priori voto, Reichshofrath ſeye um ſo viel mehr der Meinung, daß Chur-Brandenburg ohngeachtet der in ſeinem Schreiben wider die anbefohlene evacuation der Lippſtatt angezogenen Motiven, dieſelbe nochmals aufzulegen. Weilen der Herr Churfürſt durch die Landgräfin zu Heſſen, welche dieſe Statt mit ihren Völckern beſezt gehabt und den Grafen zur Lipp als Condominis zugleich reſtituiren ſollen, ſolche an ſich allein gebracht, und wiederum mit ſeinen Völckern beſezt, alſo daß dieſe Veſtung, ſo vermög des Nürnbergiſchen Haupt receß in tertio termino evacuirt werden ſollen, in effectu nit evacuirt, noch die Grafen von der Lipp in Krafft des Fridenſchluſſes noch zur Zeit reſtituirt worden und weilen

auch Pfalz-Neuburg ſich nunmehr ſeines theils wegen der innhabenden Veſtungen in der anbefohlenen evacuation und demolition erklärt, ſo möchte dieſe Erklärung mit der Kayſerl. Reſolution dem Herrn Churfürſten in copiis eingeſchloſſen und er auch ſeines theils der ſchuldigen parition erinnert- und dabey angehenckt werden, daß die evacuation pari paſſu, immaſſen Ihre Kayſerl. Majeſt. Pfalz-Neuburg ſub eodem dato von neuem anbefohlen hätten, geſchehen ſolle, wie dann dem Herrn Pfalzgrafen mit Einſchluß obigen Paſſus aus dem Churfürſtl. Brandenburgiſchen Schreiben und deſſen, was Ihre Kayſerl. Majeſt. ſich gegen Chur-Brandenburg reſolviren werden, in Antwort anzudeuten wäre, Ihre Kayſerl. Majeſt. nehmen ſeine oblation ohne die dabey angehenckte Condition anderſt nicht an, als daß die anbefohlene evacuation und demolition auf ſein- und Chur-Brandenburgiſcher Seiten pari paſſu und Herrn Pfalzgrafen daran wegen bis dato verweigerter reſtitution des Grafen von Schwarzenberg, darauf der Herr Churfürſt in ſeinem Schreiben deuten thun, nicht verhinderlich ſeyn ſolle.

Im übrigen wäre auch wegen evacuation der Lippſtatt den verordneten Herrn Commiſſariis des Grafen von der Lipp Einbringen ſamt Ihrer Kayſerl. Majeſt. in dieſer Sachen geſchöpften Reſolution einzuſchlieſen und ſie ferner dahin zu inſtruiren, wann Se. Churfürſtl. Durchl. wider beſſer Zuverſicht die Lippſtatt nicht evacuiren, ſondern dem Inſtrumento Pacis noch ferner kein Genügen leiſten würde, ſie alsdann mit der Commiſſion ſecundum Inſtrumentum Pacis & arctiorem modum exequendi verfahren.

Ferner ſehe man:

Abdruck deren vor Ihro Kayſerl. Majeſt. Reichshofrath wider Ihro Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz, als Herzogen zu Jülich und Berge, ꝛc. in Appellationsſachen Jülich- und Bergiſcher Landſtände pro & contra gepflogenen Handlungen. Cölln, 1731. fol.

Auf dem An. 1770. zu Braunſchweig gehaltenen allgemeinen Landtag wurde zur Handlung zwiſchen dem Landesherrn und

und dem Land von den Landſtänden als Deputirte bevollmächtigt: 3. Prälaten, 8. von der Ritterſchafft, und 2. von den Stätten.

In dem Landtagsabſchid von 1770. Art. 40. liſet man: „Da getreue Stände unterthänigſt gebeten haben, daß des Herrn Herzogs Durchl. nicht nur gn. aufnehmen, ſondern Selbſt zu verfügen geruhen wollten, daß der Engere, und, wenn es nöthig, der gröſſere Ausſchuß, wenn ein Membrum einer Curiæ getreuer Landſchafft einen die Jura und das Intereſſe des ganzen Corporis betreffenden Fall anzeiget, und des Engern oder auch Gröſſeren Ausſchuſſes Theilnehmung oder Intereeßion begehret, derſelbe, oder auch beyde, ſich deſſen unterziehen mögen; ſo ſind die Objecta näher auseinander und feſtgeſezt worden, daß 1. cauſæ Juſtitiæ ganz wegfallen, und ſich zu keiner Intereeßion oder Annehmung qualificiren; da Recht oder Unrecht allezeit daſſelbe bleibt, ob einer allein, oder unter der Theilnehmung Mehrerer, ſeine Sache bey dem Gerichte betreibt. Daß 2. ob? und in welchen andern Sachen der Engere oder Gröſſere Ausſchuß, oder auch Beyde, per Interceſſionales einzelner Membrorum oder Curiarum ſich anzunehmen haben, zwiſchen getreuen Ständen unter ſich ſelbſt erſt näher auszumachen, und ſie ihre unterthänigſte Vorſchläge darüber einzureichen haben; worauf Se. Durchl. das nöthige gn. verfügen werden: Da hingegen 3. der Engere Ausſchuß denjenigen Curiis oder einzelnen Ständen, die, bey vorkommenden Fällen, Nachrichten aus den Landſchafftlichen Acten verlangen, ſolche jedesmal willigſt mitzutheilen hat.“

Ferner Art. 67. „Wie auch von Etlichen aus dem Mittel der gehorſamen Landſchafft einige privat-Beſchwerden zugleich mit vor- und angebracht worden; ſo ſind zwar Se. Durchl. einen Jeden mit ſeinem Anligen gn. zu hören, und zu ſeiner rechtlichen Befugniſſe zu verhelffen, in Gnaden geneigt: Weil aber dergleichen Privata bey Landtagshandlungen ſich nicht füglich ausmachen laſſen; alſo ſeynd Se. Durchl. des gn. Erbietens, diejenigen Anligen, wobey keine Gegenpartey intereßiret iſt, und es keiner beſonderen Unterſuchung bedarff, ſo gleich durch ſpecial-gn. Reſolution zu erledigen, und hin-

 gegen

gegen ſolche die eine beſondere Erörterung erfodern, durch gewiſſe Commißiones und Deputationes, ſo wohl aus den Fürſtl. Miniſtris, als dem Mittel der Landſchafft, unterſuchen und verabſcheiden, in den übrigen Sachen aber, ſo controvers ſind, und zur Juſtiz gehören, auf ordentliches Einbringen, was Recht iſt, ohngeſäumt verordnen zu laſſen.“

In den Br. Wolfenbütteliſchen Landesfreyheiten von 1770. aber iſt Art. 8. verſehen: „Wenn zwiſchen dem Landesherrn und der ganzen Landſchafft, oder einer Curie derſelben, oder auch zwiſchen dem Landesherrn und einigen von getreuen Ständen, ſo ſich gegen die Landesverfaſſungen beſonders beſchweret halten, Irrungen vorfallen; ſo ſollen, nebſt Sr. Durchl. Geheimen Räthen, auch einige von den Mitſtänden, ſolche Beſchwerden und Landesgebrechen gütlich beyzulegen ſuchen; wie hingegen, wenn die Güte nicht ſtatt fände, ſolche im Wege Rechtens auszumachen ſind.“

Ein Heſſen-Caſſeliſches Edict von 1767. 10. Mart. (1) fangt an: „Demnach auf dem in An. 1764. vorgeweſene Lands-Communicationstage Unſere Getreue von Prälaten, Ritter- und Landſchafft, verſchidene Deſideria übergeben, und Uns darinnen um Abänderung und Aufhebung, auch reſp. um Erneuerung, einiger Landesverordnungen unterthänigſt angegangen, Wir auch diſem Suchen in nachfolgenden Stücken gnädigſt ſtatt gethan haben; ſo laſſen 1. Wir ꝛc.“

An unten (2) angezogenem Ort findet ſich ein leſenswürdiges „kurzes und unvorgreiffliches, jedoch Juſtiz- und Actenmäßiges, Gutachten, wie der Ruheſtand in Oſtfrießland am füglichſten wieder herzuſtellen.“

Herr Hofrath HAEBERLIN (3) hat allerley Schrifften und Schrifftſtellen von diſen Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten angezeigt.

Die beträchtliche innerliche Würtembergiſche Streitigkeiten wurden zum Theil bereits An. 1767. verglichen, auch ſo

(1) H. GEGELS Samml. landesherrl. Verordn. 1. Band, S. 600.
(2) in der Samml. von R. Hofr. Gutacht. 6. Theil, S. 17.
(3) in ſeiner Hiſtor. des 18. Jahrh. 1. Theil, S. 415.

ſo gleich von Kayſerlicher Majeſt. beſtättiget; wie diſes bezeuget:

10. May. 1768.

Würtemberg Herzogthums geſammte Prälaten und Landſtände contra den Herrn Herzogen zu Würtemberg puncto diverſorum gravaminum in ſpecie puncto Confirmationis transactionis initæ ſuper claſſe prima Gravaminum.

Abſolvitur relatio & Concluſum.

Fiat Votum ad imperatorem.

12. Sept. 1768.

Würtemberg Herzogthums ſämtliche Prälaten und Landſtände und den Herrn Herzogen zu Würtemberg puncto diverſorum gravaminum in ſpecie puncto confirmationis transactionis initæ ſuper claſſe prima gravaminum; ſive implorantiſcher Anwald Hermann ſub præſ. 9. hujus übergiebt allerunterthänigſte Anzeige und exhibition der agnatiſchen Conſenſe zu den zwiſchen dem Herrn Herzogen zu Würtemberg und geſammten Prälaten und Landſchafft durch Vermittelung einer allerhöchſten Kayſerl. Hof-Commißion zu Stande gekommen und ratificirten Vergleiche, ſamt Bitte: Dieſe Conſenſe allergnädigſt ad acta decretiren zu laſſen und bey Ertheilung der Kayſerl. Reſolution puncto confirmationis hierauf allermildeſt mit zu reflectiren, apponit Conſenſus ſub Nro. 4. & 5. acult. Concluſum.

Idem ſub præſ. 10. hujus exhibet die originalien der unterm 9. hujus in copiis vidimatis exhibirten agnotiſchen Conſenſe mit Bitte: pro clem. decernendo retraditionem dictorum originalium Facta inſpectione & retentis Copiis appon. duo originalia. (Fiat votum ulterius ad Imperatorem.)

13. Oct. 1768.

Würtemberg Herzogthums geſamte Prälaten und Landſtände contra den Herrn Herzogen zu Würtemberg puncto diverſorum gravaminum in ſpecie puncto confirmationis transactionis initæ ſuper claſſe prima Gravaminum.

Publicatur Reſolutio Cæſarea. Ihro Kayſerl. Majeſt. haben Dero gehorſamſten Reichs-Hofraths allerunterthä-

nigſtes Gutachten allergnädigſt approbiret, deme zu Folge fiat petita confirmatio tranſactionis 20. Junii 1767. initæ ſalvis juribus cæſareis & imperii & quorumcunque intereſt in forma priorum Confirmationum.

Anno 1770. aber folgte der gänzliche Vergleich auch in Anſehung derer übrigen Landesbeſchwerden nach, und wurde, auf vorgängiges Reichs-Hofräthliches Gutachten, den 24. Dec. ſolchen Jahres von Kayſerlicher Majeſt. nochmals beſtättiget. Er iſt ſo wohl einzeln in fol. gedruckt, als auch an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

In diſem Erbvergleich Cl. 1. Grav. 1. §. 1. heißt es: „In Anſehung alles deſſen, was von Kränckung der Landesverfaſſung, der Landescompactaten, und der darinnen der Landſchafft, dem Land und Unterthanen, zukommenden Freyheiten oder Rechten Landſchafftlicher Seits in Collectione Gravaminum angebracht worden, wird die ausdrückliche generale Erklärung dahin vorausgeſezt: Daß der ganze Vorgang in Worten und Wercken, worüber die bißherige Irrungen entſtanden, als gar nicht geſchehen angeſehen, und zu keiner Zeit deſſen mehr gedacht, vil weniger etwas davon zu einer widrigen Auslegung jemalen angeführt, oder ſich darauf bezogen, ſondern all diſes vergangene, was inzwiſchen geſchehen ſeyn mag, in ewige Vergeſſenheit geſezt ſeyn ſolle.“

Ferner lautet es am Ende: „Und ſoll des Vergangenen nicht mehr gedacht werden, ſondern alles in gänzliche Vergeſſenheit geſtellet, und darüber eine vollkommene Amneſtie hiemit veſtgeſezet ſeyn. Unter diſer Amneſtie ſollen, wie gemeine Prälaten und Landſchafft ſamt und ſonders, ſo auch Dero Räthe und ſamtliche zur Landſchafft gehörige Officiales, ingleichem die von Ihr währenden Streits gebrauchte Perſonen, begriffen ſeyn, dergeſtalt, daß alle überhaupt, und jeder ins beſondere, wegen der nunmehro abgethanen Mißhelligkeiten auf keine Weiſe beunruhiget, noch dißfalls in Nachtheil oder Schaden geſezet werden ſolle. ꞏ ꞏ ꞏ

Würden ſich auch, wider Verhoffen, über kurz oder lang, gegen

(1) in der neuen Europ. Staatscanzl. 31. Theil, S. 335.

gegen das Verglichene neue Hauptbeſchwerden hervorthun; ſo ſollen gemeine Prälaten und Landſchafft, wenn deren Abſtellung, auf unterthänigſte Vorſtellung, nicht zu erlangen ſtehen ſollte, an ihre Nachläſſe und Verwilligungen nicht gebunden ſeyn, ſondern ſelbige als nicht geſchehen betrachtet, und gegen ſie weder gerichtlich, noch auſſergerichtlich, noch ſonſt auf einige präjudicirliche Weiſe, angeführet werden; es werden vilmehr auf diſen unverhofften Fall treugehorſamſte Prälaten und Landſchafft für befugt erklärt, ſo wohl das bereits bezahlte, als auch das nachgelaſſene, wieder zurück zu fordern. "

Noch will ich auch einiger Streitigkeiten gedencken, wobey zwar keine Landſtände, wohl aber das ſonſtige ganze Corpus der Unterthanen, intereßirt ware.

Derer zwiſchen dem Abten zu **St. Cornelimünſter** und ſeinen Unterthanen in Steuerſachen und ſonſt entſtandenen Streitigkeiten habe ich anderwärts (1) kürzlich gedacht: Bey dem Herrn von LUDOLF (2) finden ſich aber davon folgende Cammergerichtliche Urtheile: 1726. 8. Febr.

„ Daß beklagtem Herrn Abten nicht gebühret noch geziemet, (wider den klaren Innhalt der hiebevorigen Cammergerichtlichen Urtheln vom 7. Jul. 1674. und 24. Nov. 1724.) die Hebregiſter dem L. Werth zu einſeitig machender Repartition auszuantworten, und darauf die alſo einſeitig repartirte Landesanlagen durch würckliche Execution eintreiben zu laſſen, ſondern daß hierunter, und da benebens die Landesempfänger zu jährlicher richtiger Ablegung ihrer Rechnung, nach Ausweis ermeldter Urthel de An. 1674. von ihme, Herrn Abten, als Landesherrn, nicht angehalten worden, allerſeits nichtiglich, auch unrecht, geſchehen, und dadurch zu vilen Unordnungen, auch ſonſten unnöthigem Mißtrauen und faſt Verbitterungen, zwiſchen der Landesobrigkeit und denen Unterthanen, Anlaß gegeben worden ſeye; dannenhero er, Herr Abt, bey Vermeidung andern hinlänglichen Einſehens, ſich weiterer Uebertrett-

und

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Steuerſachen, S. 382.
(2) in ſeinem Symphor. &c. Vol. 1. App. 2. p. 246.

und Hintanſezung derer Cammergerichtlichen Urtheln zu enthalten, hingegen, nächſt Caßierung des einſeitig beſtellten Repartitoris, auch ſchuldiger Erſezung des dem Schöpfen Werners durch = = bemeldte unbefugte Execution zugefügten Schadens der von Seiten derer Schöpfen = = pro ſeparatione Documentorum gethanen Begehren förderlich ſtatt zu thun, und denenjenigen, welchen ſolche nach Anlaß ermeldter Urthel vom 24. Nov. 1724. zu verwahren gebühret, ſamt denen Schlüſſeln dazu, ausantworten, auch, worinn das über ſolche Documenten von denen dazu verordneten Commiſſarien aufgerichtete Inventarium ungenugſam und unhinlänglich ſeye, deutlicher, als beſchehen, anweiſen laſſen ſolle.

Weiters, die Gemeindsverordnete Leers und Moleix, ſo dann der Gerichtsſchreiber Lambrichs betreffend: Dafern er, Herr Abt, dieſelbe, auch andere ſeine Landesunterthanen, wegen deren wider ihn vorgebentlich begangener Exceſſen, Rebellionen und Aufwicklungen, zu Recht und Straf zu ziehen, genugſame Urſach zu haben vermeint, ſolle er ſolches, (beſonderen diſer Sachen Umſtänden nach,) vor denen zu Revidirung deren Landempfängers-Rechnungen verordneten zweyen Commiſſarien, = = (als denen hierzu fernere Commißion und Vollmacht hiemit aufgetragen wird,) ordentlich vor = und anbringen laſſen, fort ſie, Commiſſarien, über die Bewandtniß ſolchen Klagwercks und derentwegen vorhandenen Indicien, auch dahin einſchlagenden Umſtänden, auf ſummariſche Vernehmung deren Angeklagten, ihren umſtändlichen Bericht und Gutachten, wie weit ſolches alles zu einem criminal-Proceß qualificirt ſeyn möge, diſem Kayſerlichen Cammergericht zu erſtatten, um, geſtalten Sachen nach, wegen deſſen Fortſez = und Aufhebung weiters zu verordnen, was Recht iſt: Inzwiſchen aber wird der von ihme, Herrn Abten, an das Gericht zu Eulendorff, obbemelt = angeſchuldeter Exceſſen halber, gethane Auftrag, und was von diſem Gericht diſertwegen bisanhero verhänget worden, hiemit anwiederum caßiret und aufgehoben; zugleich er, Herr Abt, ernſtlich erinnert, wider ſie, Gemeinds-Verordnete, ſo wohl, als den Gerichtsſchreiber, auch übrige ſeine Unterthanen, obbemeldter ihnen angeſchuldeten Verbrechen halber

alles

alles eigenmächtigen Unternehmens ſich zu enthalten, auch erwehnten Gerichtſchreiber Lambrichs in ſeinem Amt ohnverhindert zu laſſen:

Sodann, die Bramerts- und Eßeriſche Landesempfängers-Rechnungen betreffend, iſt ihme, Herrn Abten, ſein wegen Benennung anderwerter Commiſſarien gethanes Begehren hiemit abgeſchlagen; ſondern ſollen obbemeldte bißherige zu Revidirung jeztgedachter Rechnungen beſtellte zwey Commiſſarii dahin ferners bedacht ſeyn, damit diſes Rechnungswerck, zu Beruhigung des Landes Cornelimünſter, förderlich zu Ende gebracht werden möge, und ſich daran nichts irren oder hinderen laſſen: Zu dem End 1. ſowol die Brammeriſche Erben, als jeziger Landesempfänger Eßer, zumalen bey ihrem bißherigen in jährlicher richtiger Ablegung ihrer Rechnungen begangenen Saumſal und Unfleiß, ſich mit ihren Schrifften, im Fall ſie, die Commiſſarien, auf ihren, derer ſäumigen Rechnungsgebere, Unkoſten, ſich nach Cornelimünſter zu verfügen, einen Anſtand hätten, bey ihnen zu Aachen, ſo offt, als ſie dahin erfordert werden, einfinden; hingegen 2. ſie, Commiſſarien, dahin bedacht ſeyn ſollen, daß ihnen, Rechnungsgebern, weder von denen Gemeindsverordneten, noch auch denen Schazhebern, einige Hinderniß in den Weg geleget werde; ſondern, da, zumalen an diſen lezteren, dem Eßeriſchen Vorgeben nach, etwas erwinden ſollte, ſelbe durch hinlängliche Compellirungs-Mittel, allenfalls auch mit Entſezung ihres Schazheberamts, (als zu welchem Ende ihnen, Commiſſarien, vollkommene Gewalt hiemit aufgetragen wird,) zur Gebühr angehalten; als auch 3. dafern von ihnen, Rechnungsgebern, wegen Erläuterung deren über die eingereichte Rechnungen gemachter Ausſtellungen, ohnnöthiger Aufzug geſucht werden wollte, ſolche, in contumaciam non agentium, pro confeſſis, mithin ſolches Rechnungswerck für beſchloſſen, annehmen, und darinnen, auch wegen förderlicher Legung deren bis Ende des 1725ſten Jahres noch abgängigen Eßeriſchen Rechnungen, in Gefolg der Cammergerichtlichen Urthel vom 30. Oct. 1722. geſtalten Umſtänden nach, ergehen laſſen, was recht iſt.

Schließlichen werden ſie, Gemeindsverordneten, hiemit

angewiſen, daß gleichwie wegen gemeinſamer Umlegung derer Landespräſtationen, (wobey ihnen, wofern keine widrige Obſervanz dißfalls entgegen ſtehet, das Niderſezen zu geſtatten iſt,) es bey dem Urtheil de An. 1674. ſein Bewenden hat, und das hierwider anmaſſende von diſem Kayſerl. Cammergericht als nichtig und ungültig angeſehen wird; alſo ſie hingegen, ohne Erlaubniß in die Gerichtsſtube einzugehen, fürters ſich enthalten, auch, da ihnen der Eintritt geſtattet worden, ſich mit aller Beſcheidenheit, auch ſonſten, gegen den Herrn Abten, als Landesherrn nach Anleitung der mehrgedachten Urthel vom 24. Nov. gemäß betragen ſollen. "

An. 1730. 26. Maii wurde ferner und reſp. nochmals erkannt: Daß der Herr Abt einſeitige Repartitionen, weder durch ſich ſelbſten, noch die Seinige, fürohin mehr zu veranlaſſen, noch auch Anderen dergleichen zu geſtatten, oder nachzuſehen, ſondern ſich dergleichen Veranlaſſung, Geſtattung, oder Nachſehens, zu enthalten, hingegen alle Urtheilwidrige Unternehmung allerdings abzuſtellen, und die Gemeindsverordnete zu allen die Repartition der Landesanlagen betreffenden Deliberationen, ohne Ausnahm vorigen Urtheln gemäß, ordentlich zu beruffen, ſchuldig und gehalten ſeye.

Dann in puncto der Landesempfängers-Rechnungen, und in ſpecie den Landesempfänger Eſſer, betreffend: 1. Daß ſo wohl er, Landesempfänger, als die Schazhebere, in einem kurzen, von dem Herrn Abten anzuſezen ſtehenden, Termin, was alle ihre von Jahr zu Jahr ſchuldige Landesempfängers- und reſp. Schazhebers-Rechnungen bis Ende 1729. Jahrs, dann eine biß Ende Junii 1730. eingerichtete Stückrechnung dem Abten und Gemeindsverordneten, (in ſo weit es noch nicht beſchehen,) ſchrifftlich überreichen, und darinn die völlige Landesſteuern, wie ſolche von Jahr zu Jahr ausgeſchriben und repartirt worden, in Empfang, hingegen, was die Unterthanen und Schazhebere daran von Jahr zu Jahr noch nicht gelifert, ſpecifice hinwiederum in Ausgab bringen, und in folgender Jahrsrechnung in neuen Empfang mit-nachtragen, ſo dann hiernächſt liquidiren, unter dem bisherigen ſchädlichen und allerdings unſchicklichen, ganz ungegründeten, Vorwand, daß noch

noch nicht alles von denen Schazhebern oder Unterthanen bezahlet oder berechnet ſeye, keine Landesempfängers- oder Schazhebers-Rechnungen fürohin mehr, wie bishero, zu des ganzen Landes Beunruhigung, geſchehen, aufgehalten, ſondern diſer Mißbrauch ein- für allemal gänzlich aufgehoben und abgeſtellt ſeyn; hingegen, wie gedacht, es möge vil oder wenig an dem repartirten Quanto ſeyn bezahlt worden, um ſo gleich, ob es bey denen Unterthanen, denen Schazhebern, oder dem Landesempfänger ſelbſt, hafſte? daraus abzunehmen, und ſo fort das behörige nach geſtalten Sachen verfügen zu können, die Rechnungen von Jahr zu Jahr, und zu Ende eines jeden Jahres, ordentlich und ohnaufhaltlich geleiſtet werden ſollen. 2. Daß von allen ſolchen überreichten Landempfängers- und Schazhebersrechnungen und Beylagen denen Gemeindsverordneten, in Gefolg Urthels vom 30. Oct. 1722. gleichlautende Abſchrifften, auch Einſehung deren zu der Rechnungsunterſuchung nöthigen Documenten, ohnweigerlich zuzulaſſen, und wo ſie ſich hierüber mit den Rechnungsgebern in der Güte, (wozu ſie hiemit allerſeits ermahnet werden,) zu vergleichen nicht vermöchten, alsdann, oder auch, auf der Gemeindsverordneten Verlangen, noch vorhero und ohne Anſtand, 3. die von denen zu Revidirung deren Rechnungen vorhin ſchon verordneten Commiſſarien, zu Eruirung des Status Patriæ bereits gut befundene, oder noch weiters gut befindende, edictal-Citationen derer Landescreditoren förderlich zu affigiren, und von dem Abten weiters nicht zu verhindern. 4. Daß die Commiſſarii, (denen, in Entſtehung der Güte, alsdann die original-Rechnungen und Beylagen von dem Abten, gegen Schein, ausgefolget werden ſollen,) auf affigirte erſtgedachte edictal-Citation, denen Klägern einen hinlänglichen Termin, inner welchem ſie die obgedachte, ihnen vorher communicirte, Rechnungen, ſelbſt, oder mit Zuziehung der Sachen Verſtändigen, durchgehen, und die darüber habende Bedencken denen Commiſſarien ſchrifftlich überreichen ſollen; ſo dann, auf diſer Bedencken vorläuffige Comunication an die Rechnungsgebere, auch diſen eine behörige Friſt zu Verfaß- und Ueberreichung ihrer ſchrifftlichen Erläuterung anzuſezen, und, diſem vorgangen, vorbehaltlich der Appellation an

diſes Kayſerliche Cammergericht, (jedoch, biß auf weitere Verordnung, ſonderbarer diſer Sachen Umſtänden nach, nur allein quoad effectum devolutivum,) die wegen ſolcher Rechnungen zwiſchen beeden Theilen ſtrittige Puncten durch einen Spruch Rechtens, (als worzu ihnen die behörige Vollmacht und Commißion hiemit nochmalen beſtättiget und erſtrecket wird,) zu entſcheiden; mithin ſich in Vollführung ihrer Commißion durch einige dagegen einwendende Appellation, oder anderweite Einrede, biß von diſem Kayſerl. Cammergericht ein anders verordnet wird, keineswegs hindern noch irren zu laſſen hätten. Dafern aber 5. der Landesempfänger oder Schazheber ihre obbemeldte Rechnungen inner dem beſtimmenden Termin nicht übergeben würden; ſo hätte der Abt gegen dieſelbe mit Suſpendirung ab officio, auch allenfalls Verſicherung ihrer Perſonen und Haabſchafft, nach Erforderniß deren Umſtänden, zu verfahren: Uebrigens aber, und 6. der Landesempfänger Eſſer, (alles bisherigen Einwendens ungehindert) den punctum Cautionis des Commiſſariſchen hiebevorigen Ausſpruchs fördersamſt zu beſtellen und richtig zu machen.

Ferners, das Niderſizen bey der Landesrepartition betreffend, ſolle, biß zu anderweiter des Kayſerl. Cammergerichts Verordnung, denen Gemeindsverordneten ſolches ohnweigerlich geſtattet, derenſelben bey denen Repartitionen thuende Erinnerungen in behörige Conſideration gezogen, von denen Gemeindsverordneten aber wegen Repartirung derer Urtheilsmäßigen Landesanlagen keine unnöthige Schwürigkeit gemacht, und allenfalls, (ſalva tamen Appellatione an das Kayſerl. Cammergericht,) die dabey vorkommende Bedencken dem Abten, als Landesherrn, zu entſcheiden überlaſſen werden ſollen. ꝛc.

Den Gerichtsſchreiber Lambricht betreffend, läßt man es bey voriger Urthel vom 8. Febr. 1726. und daß ſelber vor allen Dingen bey der Gerichtsſchreiber-Stelle zu laſſen, oder, auf ſein Anmelden, dahin wiederum einzuſezen ſeye, lediglich hiemit bewenden, ꝛc.

Anno 1759. 7. Sept. wurde dem Gericht und Unterthanen zu Thorn in Kayſerlichen Patentibus ulterioribus ſehr hoch aufgerechnet, daß ſie dem Fürſtlichen Rath und Meyer in

Inqui-

Inquiſitions- und anderen Vorfallenheiten die Zuziehung einiger Schöffen anfänglich aufdringen, und nachhin durch ſeine, des Gerichts, alleinige Cognition alles ſchlichten, auch den Fürſtlichen Rath ſelbſten vor diſes Gericht ziehen wollen; ferner, daß es die Fürſtliche Beamte in Revidirung der Rechnungen behindern, dagegen die Ablegung derer Steuer-Armen- und Kirchen-Rechnungen, die Renovation derer Schazungs- und Grundbücher, und die Abführung derer Reichs- und Crays-präſtationen an die Aebtißin verweigerten ꝛc. welches alles bey Leibs- und Lebensſtrafe verboten wurde, ꝛc.

In Sachen: Aremberg wider die Eingeſeſſene beyder Grafſchafften Kerpen und Caſſelburg ſprache das Cammergericht An. 1769. (1): „ Was die von Impetratiſchen Unterthanen währender diſer Streitigkeiten aufgenommen haben ſollende Paſſiva = = betrifft, = = werden die in der Impetratiſchen Beyl. n. 2. ſpecificirte Poſten an Herrn Impetranten, (um durch ſeine Räthe zu Aremberg, wer die Obligationen darüber ausgeſtellt, und wer die vorgeſchoſſene Gelder empfangen oder verrechnet habe? zuforderiſt behörig unterſuchen, hiernächſt dieſelbe, ſo weit ſolche auf gegenwärtigen Proceß, Execution und Commißion würcklich verwendet worden, durch die in vorallegirter Vollmacht (32) benahmte Unterthanen, oder deren Erben, = = nach und nach abführen zu laſſen,) hin verwiſen.“

Sabbathi 26. Nov. 1763.

Zu Braitenbrunn Burgermeiſter und Rath, und übrige Unterthanen der Herrſchafft Braitenegg, contra die Freyherrlich- von Gumpenbergiſche Vormundſchafft und deren nachgeſeztes Pflegamt, die Steuer betr.

1. Ponatur die ſo rubricirte Befolgung Reſcripti Cæſarei de 29. Apr. 1762. interim ad Acta, &

2. Fiat Reſcriptum ulterius an die Impetratiſche Freyherrliche Vormundſchafft, ſequentis tenoris: Es hätten nemlich Kayſerl. Majeſt. Derſelben per Reſcriptum de 29. Apr. 1762. auferlegt, die vollkommene Verwendung aller denen Unterthanen auferlegten Steuern zur aller-

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 84. Theil, S. 128.

höchſten Dijudicatur zu überreichen: Nachdeme aber ſolches nicht geſchehen, und Pars impetrata in ihrem Exhibito bloß die Verwendung der extraordinairen Steuern dargethan; ſo ſolle benannte Impetratiſche Vormundſchafft in termino duorum menſium die noch rückſtändige Berechnung der ſogenannten ordinairen Steuern allerunterthänigſt vorlegen, und die derſelben auferlegte deutliche Auskunfft: Quo titulo ſie die Wittum- und laudemial-Gelder von denen Unterthanen verlangen? überreichen; ſub priori comminatione.

In Sachen ſamtlicher Unterthanen der Grafſchafft Crichingen wider den Grafen zu Crichingen ſprache das Cammergericht An. 1763. 5. Apr. (1) „Wird denen Deputirten hiemit aufgegeben, über die bißher von denen Gemeinden empfangene und eingezogene nahmhaffte Gelder vorernannter Commißion Rechnung abzulegen; als wozu ſelbige auch die Commiſſarii binnen der hierzu anberaumten Friſt anzuhalten haben.“

Mercurii 23. Jul. 1738.

Trauniſche Gemeinde zu Egloff & Conſ. contra den Grafen zu Abensperg und Traun, Commiſſionis &c.

- - - 2. Nachdeme Impetratiſcher Theil ſich dahin allerunterthänigſt erkläret, daß, Ihro Kayſerlichen Majeſt. zu allerunterthänigſten Ehren, derſelbe den gegen ſeine Unterthanen in contumaciam erlaſſenen Beſcheid, wie auch die bißherige Commißion, von ſelbſten wieder aufheben, hingegen die Impetranten vor einer andern ganz unpartheyiſchen Commißion mit ihren angeblichen Beſchwerden genüglich und rechtlicher Gebühr nach hören, ſo dann aber die Acta ad Impartiales zum Spruch Rechtens verſenden laſſen wolle; als werden ſie, Impetranten, auf obige Erklährung, (welche Ihro Kayſerliche Majeſt. vor zulänglich hiemit annehmen, und wobey ſie, Impetranten, ſich allerſeits zu beruhigen haben,) lediglich verwiſen, und ihnen dabey ernſtlich anbefohlen, woferne ſie, nach erkannter anderweiter unpartheyiſcher Commißion, vor derſelben

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 100. Theil, S. 133.

ben ihr bißheriges Klagwerck Namens der Impetrantiſchen Gemeinde fortzuſezen gemeinet ſeyn ſollte, ſich Namens berührter Gemeinde durch ein förmliches zu Recht beſtändiges Syndicat ad cauſam zu legitimiren, oder, wann ſie ſolches zu thun nicht vermöchten, ſich des Namens und Pettſchaffts der Gemeinde, wie auch durante lite aller Eingriffe, Neuerungen, Ungehorſams, und Widerſezlichkeit, bey Vermeidung Kayſerlicher allerhöchſter Ungnad und unfehlbar darauf erfolgenden ſchweren Beſtrafung, gänzlich zu enthalten, hingegen ihre Namen, (damit künfftighin in deciſione cauſæ die Urthelsfaſſer deſto deutlicher erſehen mögen, wer an diſem Proceß eigentlich Theil genommen und in caſum ſuccumbentiæ die zu diſem Commißionsgeſchäffte erforderliche Unkoſten zu tragen habe,) viritim ad Protocollum Commiſſionis zu geben, und endlich, ſtatt des Advocati Schmidfelden (als welchen Ihro Kayſerliche Majeſt. aus beſonders erheblichen Urſachen davon ausgeſchloſſen haben wolle,) einen andern rechtlichen Beyſtand zu erwählen, welcher ihre Nothdurfft mit erforderlicher Beſcheidenheit, zu ihrem ſelbſteigenen Beſten, vorzutragen ſich im Stande befinden möge; da im widrigen, und daferne, gegen alles Vermuthen, ſie ſich anderer unruhiger, böſer, und Aufhezung derer Unterthanen gegen ihre Obrigkeiten geneigter Rathgebere bedienen würden, ſelbige nicht nur mit empfindlicher Strafe angeſehen, ſondern auch ihnen, Impetranten, ein Anderer zum Beyſtand ex officio zugegeben werden ſolle.

Martis 14. Apr. 1739.

Trauniſche Unterthanen zu Egloff, contra den Grafen zu Abenſperg und Traun, Commiſſionis &c.

Cum incluſione Exhibiti reſcribatur Impetrato: Nachdeme Ihro Kayſerliche Majeſt. derer Impetranten beſchehene Wahl in der Perſon des Statt-Ravensburgiſchen Rathsconſulenten, Lic. Georgii, denen ſich äuſſerenden Umſtänden nach, allergnädigſt genehm hielten; als hätte er die Veranſtaltung forderſamſt vorzukehren, und ſeinen

nen Beamten zu Egloff den nachdrücklichen Befehl zu ertheilen, daß er alſogleich bey Ankunfft erſagten Lic. Georgii Ankunfft in loco die Gemeinde ordentlich convociren, übrigens aber ihnen die Freyheit laſſen ſolle, mit ihme ganz allein und ohne beſagten Beamtens Beyſeyn, ſich zu unterreden, und den nöthigen Unterricht von ihrer Sache zu geben, damit diſemnach ſie, Impetranten, ernannten Georgii, als ihren erbetenen rechtlichen Beyſtand mit einem formlichen Syndicat verſehen, und diſer ſo dann ihre rechtliche Nothdurfft gebührend beſorgen möge.

Ob und wie ferne Teutſcher Reichsſtände Landſtände und Unterthanen in Streitigkeiten mit ihren Landesherrn ſich entweder an andere Reichsſtände, oder auch auswärtige Mächten wenden, oder beede Leztere ſich von Selbſten in dergleichen Händel mengen dörffen? habe ich, ſchon oben erinnerter maſſen, in einer eigenen Abhandlung (1) unterſucht.

§. 24.

Landes-Schulden. Mit der Abhandlung von denen Landesſchulden kan auch verbunden werden, was in dem Tr von der Landeshoheit in Cameralſachen vorkommt, und dahin mit einſchlägt.

Als Chur Maynz (2) um das Jahr 1767. die Statt Erfurt, und die darzu gehörige Aemter und Dorffſchafften, wegen deren Schulden ſtarck mit Auflagen belegte, wandte ſich die Statt Erfurt und deren Gebiet an den Reichs-Hofrath, und bate, den Churfürſten zu ſpecifiquer Vorlegung diſer angeblichen Schulden anzuhalten: Es wurde darauf des Churfürſtens Bericht den 8. Oct. erfordert, zugleich aber auch proviſoriſche Verfügungen gemacht, und denenſelbigen den 14. Dec. inhärirt.

In Bayern wird das neue Schuldenwerck von der Landſchafft nicht privative, ſondern nur cumulative mit denen Churfürſtlichen Commiſſarien, geführt (3).

Wie die Chur-Sächſiſche Steuerſcheine unterſchriben wer-

(1) in meiner Abhandl beſond. Rechtsmater. 2. 3. und 4. Stück.
(2) ſ. mein Reichs-Staatshandb. 2. Theil, S. 140.
(3) F. von KREITTMAYR S. 427.

werden ſollen, iſt in dem Landtagsabſchid von 1700. 17. Mart. verſehen (1).

Siverts und Conſ. belangten die Landſtände (Sächſiſchen) des Fürſtenthums Jena vor dem Reichshofrath Schulden halber, und erhielten 1743. 14. Mart. und 1746. 28. Febr. Decrete an die Landſchafft, de ſolvendo, cum uſuris & expenſis, ſo dann Reſcripte an den Herzog zu Sachſen-Weymar, beſagte Landſtände zur Parition anzuhalten.

§. 25.

Von Landescaſſa-Rechnungen habe ich in meinem Tr. von der Landeshoh. in Steuerſachen, S. 659. u. f. gehandelt; deme ich diſes beyfüge: Landescaſſa-Rechnungen.

Der ehemalige Würtembergiſche General von Remchingen ware ſo verwegen, in einer offentlichen Schrifft vorzugeben (2): Die Landſchafftliche Rechnungen, (welche nach denen Compactaten von Landhofmeiſter und Räthen unterſucht werden ſollten,) ſeyen bey Menſchen-Gedencken nicht juſtificirt, ſondern vil mehr diſer zu Herzog Eberhard Ludwigs Zeiten vorgehabte löbliche Intent durch ganz beſondere wohlbekannte Wege und Weiſe, mit groſſen Koſten und Mühe, wiederum hintertriben worden:

Es wurde ihme aber mit völligem Grunde geantwortet: „An welchem allem gleichwolen nicht ein einiges Wort wahr, und weder in denen Compactaten von eines Landhofmeiſters Incumbenz, bey denen Rechnungsabhören ſich einzufinden, noch auch ein Exempel, daß ſich jemalen der Landhofmeiſter damit melirt, vorzuweiſen, wohl aber notoriſch iſt, daß die Landſchafftliche Rechnungen alle Jahr vor einer Fürſtlichen Deputation, (die anjezo aus denen Senioribus derer übrigen Fürſtlichen Collegiorum und dem älteſten Geheimdenraths-Secretario beſtehet, in alten Zeiten aber nur aus Einem oder Zwey Rechnungsverſtändigen, beſtanden iſt,) abgehöret und juſtificiret werden.“

(1) ſ. LüNIGS Corp. Jur. Sax. 1. Band, S. 367.
(2) THUCELII Acta Comit. 1744. Tom. 1, p. 286.

§. 26.

Landtäge. Von Landtägen will ich nachſtehendes ſuppliren.

Manche Landesherrn kommen ſehr ungern daran, ihre Landſtände zuſammen zu beruffen, abſonderlich aber allgemeine Landtäge auszuſchreiben, weil ſie voraus wiſſen, daß auf ſelbigen die gemeinſame und beſondere Landesbeſchwerden und Deſiderien häuffig vorzukommen, und ihnen vile Unluſt zu verurſachen pflegen: Hingegen halten die Landſtände davor, daß die Landesherren ſchuldig ſeyen, eben mit zu diſem Ende Land- oder doch Ausſchuß-Täge von Zeit zu Zeit zu veranlaſſen: Was nun dißfalls Rechtens ſeye? habe ich in einer eigenen Abhandlung unterſucht, welche den Druck erwartet.

Die Erzſtifft-Cöllniſche Landſtände (1) verſammlen ſich auf allgemeinen Landtägen, nach ihren viererley Claſſen, in vier verſchidenen Conferenzzimmern, allwo ſie ſo wohl über die allgemeine Landesgeſchäffte, als über jeden Standes collegial-Angelegenheiten, beſonders berathſchlagen, und jene demnächſt, durch mündliche oder ſchrifftliche Re- und Correlationen unter einander zum gemeinſchafftlichen Schluſſe bringen.

Die denen Nider-Oeſterreichiſchen Landſtänden An. 1745. beſchehene Propoſition und des Landmarſchalls darauf ertheilte Antwort ſeynd an unten (2) angezeigtem Orte zu leſen.

Von Bayern ſchreibt der Freyherr von KREITTMAYR (3): „Dergleichen Verſammlungen von den Bayriſchen Ständen finden ſich ſchon in denen allerä_lteſten Zeiten: Ueber das Jahr 1514. aber gehen die förmliche Landtagsacta nicht hinauf. Von den ältern Landtägen ſind entweder gar keine, oder nur mangelhaffte Acta und bloſſe Fragmenta vel Relationes hiſtoricæ mehr übrig. Dann vor An. 1513. hatte die Landſchafft weder ein eigenes Landhaus allhier, noch ſonſt locum ſtabilem zu Bewahrung ihrer Schrifften und Papier, ſondern ſo oft der Landtag beſchloſſen war, gab man die Acta den Klöſtern in Verwahr, allwo das meiſte noch vergraben oder villeicht gar verlohren iſt.“ Er

(1) H. PüTTERS auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 672.

(2) in den Staatsſchrifft. unter K. Franz, 1. Band, S. 511. u. f.

(3) im Bayriſch. Staatsr. S. 416.

Er berichtet ferner umſtändlich, wie es mit denen daſigen Landtägen gehalten werde: Weil ſie aber ſchon über 100. Jahre nicht mehr üblich ſeynd, will ich mich nicht dabey aufhalten.

In Bayern werden die ungebannte Stätte und Märckte auf Landtägen durch ihre Jurisdictionsherrn vertretten, wie z. E. der Marckt Fürſtenfeld-Pruck durch das Cloſter allda, der Marckt Bettmeß durch die Freyherrlich-Gumpenbergiſche Familie, und der Marckt Murnau durch das Cloſter Ettal (1).

Von der anderwärts (2) bemerckten Schrifft von denen Chur-Sächſiſchen Landtägen iſt nun die zweyte verbeſſerte Auflage heraus, unter diſem Titul:

Ausführliche Nachricht von den Churfürſtlich-Sächſiſchen Land- und Ausſchußtagen, von 1185. biß 1728. auch wie die Steuern nach einander eingeführt und erhöhet worden. Nebſt einem vierfachen Anhange; herausgegeben von D. Daniel Gottfrid Schrebern. Halle, 1769. 8. ſ. allgem. **Deutſch. Bibl.** 20. **Band**, 1. **Theil**, **S.** 267. und **H.** **Schotts Critic**, 2. **Band**, **S.** 138.

In Chur-Sachſen wurde An. 1728. eine Land- und Ausſchuß-Tags-Ordnung publicirt, nach welcher jezo die Land- und Ausſchußtäge gehalten, und die Berathſchlagungen der Stände angeſtellet werden. Sie iſt auch an unten (3) angezeigtem Orte zu leſen.

Daß in Chur-Sachſen die Grafen und Herrn wegen einiger Ausdrücke bey Gelegenheit der Landtagspropoſition An. 1718. ſich beſchweret haben müſſen, erſiehet man aus der Landesherrlichen Reſolution darauf vom 5. May beym LüNIG (4).

In dem Halberſtättiſchen Homagial-Receß von 1650. §. 7. heißt es: „Was wegen der freyen Ausquittirung der Ritterſchafft und Stände bey Land- und groſſen Ausſchuß- S 2 Tagen

(1) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. judic. Bavar. Cap. 1. §. 21. S. 36.

(2) S. 1404.

(3) in H. SCHREBERS erſtgedachten 2ten Aufl. von 1769. der Chur-Sächſ. Land-u. Ausſch-Täge.

(4) im Corp. Jur. Sax. 1. Band, S. 402. u. f.

Tagen geſuchet worden; deßhalben wollen Wir zwar dieſelbe gnädigſt fügen: Allein ſie werden auch hierunter den jezigen beſchwerten Zuſtand Unſerer Aemter und Domainen in diſem Unſerm Fürſtenthum erwägen, und Uns, biß zu deren beſſern Zuſtande, dißfalls in etwas zu Hülffe kommen. “

In den Pfalz- und Jülch-Bergiſchen Hauptreceß von 1672. lautet es: „ I. Wollen Wir die adeliche Size, welche auf frey adelichem unſchäzbarem Grunde erbauet, auch mit Unſerm und Unſerer Landſtände Conſens dem Ritterzettel einverleibet ſind, und anjezo würcklich zu Landtagen verſchriben werden, oder in Krafft erſtgedachten Ritterzettels beſchriben werden ſollen, bey denen erlangten Rechten, daß man davon zu Landtägen erſcheinen möge, ohnverhinderlich laſſen. “

Beym Reichshofrath kame diſes vor:

Veneris 15. Jun. 1736.

Baſeliſche Landſtände und Unterthanen contra den Herrn Biſchoffen daſelbſt, div. Grav. ---

Nachdeme die klagende Landſtände und Unterthanen erſthin bey dem Herrn Biſchoffen zu Baſel, als ihrem Landesfürſten, um Zuſammenberuffung ihrer ſamtlichen Committenten gezimend angehalten: Diſer aber ſolches täglich zu bewilligen, nicht unzeitiges Bedencken noch zur Zeit getragen hätte; ſo lieſſen es Ihro Kayſerliche Majeſt. nach Geſtalt derer noch immerzu ſich vermehrenden Unruhen im Lande, dabey gnädigſt bewenden, daß die gebettene Verſammlung oder Zuſammenkunfft derer Committenten um ſo mehr biß auf weitere Kayſerliche Verordnung verſchoben werden ſoll, als ohne diß die dermalige Landſtändiſche Deputirte, (wann es ohnumgänglich nöthig, und nicht etwan zu Unterſtüz- oder Vermehrung der höchſtſchädlichen Landesunruhen angeſehen ſeyn ſollte,) wegen derer allhier anhängiger, und meiſtens ſchon abgeurtheilter, Rechtsſachen, unter ſich bißweilen zuſammen kommen, und dißfalls ſich, jedoch in ruhigem Betragen, unter einander berathſchagen können.

An

An unten (1) angezeigtem Ort findet ſich ein Vereinigungsbrieff der Hildesheimiſchen Landſtände von 1655. daß ſie alle bey den ausgeſchribenen Conventen erſcheinen, und nichts von den daſelbſt vorkommenden Sachen verrathen noch bekannt machen wollen.

Die Br. Wolfenbütteliſche Landesfreyheiten von 1770. enthalten Art. 14. „Die Landesfürſtliche Propoſition bey Landtagen, (welche mit dem Gottesdienſte den Anfang nehmen,) wird getreuer Landſchafft, auf derſelben Anſuchen ſchrifftlich communicirt.“

Der Braunſchweigiſche Landtagsabſchid von 1770. aber beſagt Art. 39: „Des Herrn Herzogs Durchl. haben dasjenige, was die getreuen Stände in Abſicht auf künfftig zu haltende allgemeine Landtäge, oder andere Landesverſammlungen, in Anſehung des Orts, der Zeit, und der Benennung der zu Siz und Stimme berechtigten und auszuſchreibenden Stände, und daß über ſolches alles zuvor mit dem Engern Ausſchuſſe communiciret werden möge, gebeten haben, ſolcher geſtalt in Gnaden bewilliget, daß, ſo vil 1. den Ort betrifft, wenn ein anderer, als Salzthalum, dazu genommen werden ſollte, mit dem Engern Ausſchuſſe zuvor darüber communiciret werden ſolle. 2. Soll in Anſehung der Zeit, wenn die Umſtände es möglich machen, ein gleiches geſchehen. So vil 3. die auszuſchreibende Stände betrifft, ſoll es damit folgender Geſtalt gehalten werden, daß a) alle diejenige, welche mit Ritterſizen im Lande angeſeſſen ſind, ſie mögen im Lande wohnen, oder auſſerhalb demſelben ſich aufhalten, und in fremden Dienſten ſtehen männlichen oder weiblichen Geſchlechts ſeyn, zu den Landtägen und allgemeinen Landesverſammlungen beruffen werden ſollen; wobey b) gleichwol diejenigen, welche auſſerhalb Landes wohnen, wenn ſie erſcheinen, auf ihre Lehns- und homagial-Pflichten erinnert und angewiſen ſeyn ſollen, alle Landesangelegenheiten, und vorzüglich die Nachrichten von Landesbewilligungsſachen, mit möglichſter Sorgfalt geheim zu halnen

(1) in der Beytr. zum Braunſchw. u. Hildesh. Staats- rc. Recht, 1. Theil, (1772) n. 1.

ten, auch über und in ihren Regiſtraturen ſolche Diſpoſitionen zu machen, und ſolche Ordnung zu unterhalten, daß von wahren Landes-Arcanis nie, und am wenigſten bey Sterbfällen, Erbtheilungen, und dergleichen, etwas in fremde Hände kommen könne.“

Und Art. 66. „Wenn auch bey dem gegenwärtigen Landtage, in Anſehung der Art der Behandlung der Landtagsgeſchäffte, verſchidenes vorgefallen, welches dem Gebrauch und dem Herkommen voriger Landtäge zuwider iſt; ſo ſoll ſolches unnachtheilig ſeyn, niemals zur Folge angezogen, vilmehr die von Alters her hergebrachte Art der Behandlung bey Landtägen beybehalten werden.“

Anno 1769. 27. Sept. wurde aus Wien berichtet: „Nachdem Ihro Kayſerl. Königl. Apoſtoliſche Majeſtät den Landtag im Erzherzogthum Oeſterreich unter der Enns auf den 25ſten Sept. ausgeſchriben, haben Höchſt-Dieſelbe den Tag vorher die löbl. Ständiſche Deputation in dem Luſtſchloſſe zu Schönbrunn zur Audienz gelaſſen, und Derſelben aus eigenen Handen die Landtags-Poſtulata übergeben, auch die Deputirte zum Handkuß gelaſſen. Den 25ſten wurden gedachte Poſtulata in der Verſammlung der geſammten löbl. Stände eröffnet und publiciret, und der Landtag hat hiemit ſeinen Anfang genommen.

In denen Oſtfrieſiſchen Angelegenheiten erfolgte An. 1734. 30. Sept. die Kayſerliche Reſolution: „Werden Impetrantes, wegen des Landtags und was dahin gehörig, auf die bereits ergangene Kayſerliche Reſolutionen d. d. 31. Aug. 1730. Membr. 1. & 22. Aug. 1731. §. 5. verwiſen, daß nemlich die Statt Emden und die mit ihr haltende Landſtände, (jedoch mit Ausnahme derenjenigen, ſo von der Amneſtie noch beſonders ausgeſchloſſen ſeynd,) zum Landtag, dem alten Gebrauch nach, zugelaſſen werden ſollen; wenn ſie ſich nur dabey fridſam aufführen, und zu denen gemeinen Laſten, nach der vor der lezten Unruhe in der Obſervanz geweßten Proportion, concurriren: Wie dann, nach obgemeldter Reſolution, die Emder, und die es mit ihnen halten, weder pejoris noch melioris conditionis ſeyn ſollen, als die übrige Landſtände, ſo mit ihnen keine cauſam communem machen, vor entſtandener Unruhe geweſen

ſen ſeynd; wobey es dann nochmals, und biß zu künfftiger Kayſerl. Hofcommißion allhier in puncto Gravaminum, belaſſen wird.“

Von Würtemberg ſehe man den bereits angeführten Erbvergleich von 1770.

Anno 1739. 12. Nov. erkannte der Reichs-Hofrath in Sachen: Lippe-Schaumburg-Bückeburg contra Lippe-Detmold:

„8. Angehend die Ausſchreibung und Beſezung des Landtags, hätte die Gräflich-Lippe-Detmoldiſche Vormundſchafft ſich deme, was hierinnenfalls in dem altväterlichen Teſtament enthalten, und ſonſten vor diſem üblich geweſen, dergeſtalt zu verhalten, daß die Landtäge mit Vorwiſſen und Vorberedung des Grafen von Lippe-Schaumburg-Bückeburg, nach Innhalt der brüderlichen Vergleiche, ausgeſchriben werden; womit diſer im Stande ſeye, ſeine Deputation mit zulänglicher Inſtruction zu verſehen, und die Landtäge alſo ordentlich zu beſchicken.“

§. 27.

Von Landtagsabſchiden, u. d. mercke ich hier noch an: Landtagsabſchide.

Allerley Receſſe zwiſchen denen Erzbiſchoffen zu Bremen und ihren Landſtänden findet man in Herrn Profeſſors CASSELS *Bremenſibus* hin und her.

Beym Reichs-Hofrath kame diſes vor:

11. Dec. 1653.

Cleviſche und Marckiſche Landſtänd, de præſ. hod. gratias agunt pro Confirmatione Cæſ. über 2. Clev- und Marckiſche Landtagsabſchied, erinnern aber dabey, daß ihnen ſolche wegen der reſervat-clauſul die Schwarzenbergiſche Herrſchafft Neuſtadt betr. in Anſehung die Sach zu Speyer anhängig, anzunehmen bedencklich, und bey ihren Committenten unverantwortlich falle; bitten derowegen noch dieſe Clauſul: *Salva litispendentia Camerali*, dabey ſetzen zu laſſen.

Addatur dicta clauſula.

Von den Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landtagsabſchiden ſagt Herr Hofrath von SELCHOW (1): Der älteſte, welcher

(1) Elect. Jur. Germ. p. 499.

welcher ihme bißhero vorgekommen, ſeye wohl der Wolfenbütteliſche vom Jahr 1314.; mit der Mitte des vorigen Jahrhunderts hingegen würden ſie etwas ſeltener, da man angefangen habe, die verabredete Puncten bloß zum Protocoll zu nehmen, und allenfalls eine Reſolution darüber zu ertheilen, welche aber unſtreitig die Stelle derſelben vertreten.

Ferner ſagt er: „ Die Verbindlichkeit derſelben (L. T. Abſchid) iſt nicht gleich; daher man ſelbige in beſtättigte und unbeſtättigte abzutheilen pflegt. (ſ. (Chr. Lor. Bilderbecks) Widerlegung des Berichts von den Landesreceſſen und Privilegiis des F. Lüneburg de 1392. und 1527. Lüneburg, 1727. f.) Ob nun gleich gegen diſe Abtheilung ſelbſt unterſchidene Zweifel gemacht werden können; ſo erfordert es doch groſſe Behutſamkeit, in beſonderen Fällen eine Anwendung davon zu machen, zumal da ſowol die hohe Regierung, als die vortrefliche Landſchafften, ſelbige durch den Druck bekannt zu machen, Bedencken getragen. “

Ein Verzeichniß der Braunſchweig-Wolfenbütteliſchen Landtagsabſchide, von 1277. an findet man bey ENGELBRECHT (1).

Die Br. Wolfenbütteliſche Landesfreyheiten von 1770. beſagen Art. 14. „ 1. Nicht weniger werden die Concepte oder Entwürffe der, nach den gepflogenen Handlungen, auf dem Landtage zum Schluß gekommenen Landtagsabſchide getreuen Ständen, ad revidendum & formandum Monita, vor deren Vollziehung gnädigſt mitgetheilet.

2. „ Ueber die Landtagsabſchide ſelbſt ſoll cum effectu gehalten, und deren Innhalt jederzeit unabbrüchig nachgeſezet werden. “

3. „ Wenn über den eigentlichen Sinn eines Landtagsabſchides Irrungen entſtehen, ſoll, da derſelbe eine reciproque Verbindlichkeit mit ſich führet, niemals eine einſeitige Interpretation ſtatt finden. “

Der

(1) de genuin. Deciſ. Juris fontib. in Terris Brunſv. Lün. §. 7. not. a. pag. 27. und §. 9. not. a. pag. 34.

Der Braunſchweigiſche Landtagsabſchid von 1770. 9. Apr. wurde viermal ausgefertigt: 1. Für den Herzog, 2. für die Prälaten, 3. für die Ritterſchafft und 4. für die Stätte: Alle wurden von dem Herzog und von denen Landſchafftlichen zu den Landtagsgeſchäfften Deputirten aus allen drey Curien, unterſchriben und beſigelt.

Derſelbe iſt nun auch an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

§. 28.

Von Ausſchußtägen, u. d. will ich, über das bereits vorgekommene, noch diſes anmercken. Particular - Convente.

Von denen engeren Zuſammenkünfften der Bayriſchen Landſtände berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (2): „Die ganze Verordnung, oder das Univerſale, mit Einſchluß der 4. Rechnungsaufnehmer und des Landſchafftcanzlers, verſammlet alle Jahre regulariter nur einmal, und zwar heil. 3. König, in hieſiger Reſidenz (München,) um mit der Landesherrſchafft die gewohnliche Poſtulatshandlung zu pflegen; welche kurz darinn beſtehet, daß man gedachtes Poſtulat durch 2. auf dem Landhaus erſcheinende Churfürſtliche Commiſſarios mündlich und ſchrifftlich eröffnet, Remonſtranda dagegen remonſtrirt, nach dem gewöhnlichen Schrifftenwechſel endlich den Schluß macht, und ſolchen, ſo vil wenigſt das bewilligte Steuerquantum betrifft, per Mandatum generale publicirt, ſohin die Verordnung, gegen gewöhnlichen Revers, daß ſie ihrer Bewilligung halber bey nächſtkünftigem Landtag vertretten werden ſolle, wiederum entlaſſet und bey Hof ausſpeiſet. ⸗ ⸗ ⸗ Auſſer jeztermeldter Poſtulatshandlung kommen die Verordnete auch particulariter, und zwar die Oberländiſche allhier (zu München,) die Unterländiſche in Landshut, das Jahr zweymal zuſamm, damit ſo wohl die Aufſchlags⸗ als Vorraths⸗ und Steuer⸗Rechnungen allda aufgenommen werden; jener Verſammlungen zu geſchweigen, welche ſo wohl unter den ſo genann⸗

(1) in der neuen Europ. Staatscanzl. 30. Theil, S. 335.
(2) S. 415.

genannten Anweſenden, als den Adjuncten, in Landſchafftlichen Angelegenheiten vorzugehen pflegen. Ohne landsherrlichen Befehl und Convocation kommt das Univerſale niemal zuſamm, und iſt auch dasjenige, was der 50ſte Freyheitsbrief von den Zuſammenkünfften in der ordinari und verſtärckten Anzahl, dann deren Verköſtung mit ſich bringt, nicht mehr in uſu.“

Von einem in Mecklenburg Anno 1748. entſtandenen Streit wegen eines von dem Herzog ausgeſchribenen Convocationstages, ſtatt deſſen die Ritterſchafft einen allgemeinen Landtag verlanget hat, iſt an unten (1) angezeigtem Ort nachzuſehen.

In der Grafſchafft Waldeck wurde An. 1588. ein Deputationstags-Abſchid errichtet. So auch An. 1628.

§. 29.

Selbſtige Zuſammenkünfte.

Endlich gedencke ich auch noch derer nicht von dem Landesherrn veranlaßten Landſtändiſchen Zuſammenkünffte.

Von Bayern ſchreibt der Freyh. von KREITTMAYR (2): „Laut des 16den Freyheitsbrief mögen zwar die Stände für ſich ſelbſt zuſammen kommen; welches aber meines Wiſſens ohne landesfürſtlichen Befehl und Vorwiſſen entweder gar niemal, oder wenigſt ſchon lang nicht mehr, geſchehen iſt.“

Der Hildesheimiſchen Landſtände Vereinigungsbrieff von 1655. dienet zur Erläuterung des Rechts der Stände, in gewiſſer Maaſſe Zuſammenkünffte unter ſich zu veranſtalten. (3).

Der Br. Wolfenbüttelischen Landſchafft hingegen iſt noch in den Landesprivilegien von 1770. Art. 18. geſtattet, ſich zur Berathſchlagung der Landesnothdurfft, vermöge hergebrachter alter Freyheit, in zugelaſſenen Fällen zuſammen zu beſcheiden; welches für keine verbottene Conventicula und Conſpirationen gehalten werden ſolle.

Und daß dem Würtembergiſchen Engern Ausſchuß in dem Erbvergleich von 1771. ein gleiches von neuem bewilliget worden ſeye, habe ich bereits gemeldet.

§. 30.

(1) in meinem Staatsarch. 1751. 8. Theil, S. 53.

(2) S. 417.

(3) H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 556.

§. 30.

Wann ein Landesherr und ſeine Landſtände ſehr mit einander zerfallen, und lezteren, oder deren Rathgebern, ꝛc. gar Staatsverbrechen Schuld gegeben werden wollen, iſt es ein wichtiger Punct: Wie dißfalls zu verfahren und für der Landſchafftlichen Perſonen Sicherheit hinlängliche Sorge zu tragen ſeye? Landſchafftlicher Perſonen Sicherheit ꝛc.

Davon nun belehret mein Auffsaz in der Abhandlungen beſonderer Rechtsmaterien, 5. Stück, das mehrere.

Zweytes Capitel.
Von ganzen Bezircken.

Innhalt.

§. 1. Viles remiſſive. §. 2. Bezircke, was? §. 3. Ihre Gattungen, §. 4. Abänderung, §. 5. Bezirck-Beamte, §. 6. Bediente, §. 7. Zuſammenkünffte. §. 8. Andere Gerechtſame. §. 9. Beſchwerden.

§. 1.

In meinem Tr. von der R. Stände Landen iſt *p. 201. ſqq.* ein eigenes Capitel von denen Eintheilungen derer einzelnen Lande, Gebiete und Güter derer Teutſchen Reichsſtände, in Fürſtenthümer, Lande, Crayſe, Viertel, ꝛc. und kleinere Eintheilungen, wie auch von deren Abänderung; Viles remiſſive.

Desgleichen enthält mein Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen ꝛc. Cap. 12. Von denen Landesherrlichen Gerechtſamen über ganze Geſellſchafften von Unterthanen viles hieher gehöriges:

Ich begnüge mich dahero gegenwärtig mit folgendem.

§. 2.

Bezircke, von denen hier die Rede iſt, beſtehen in einer gröſſeren oder kleineren Anzahl ganzer Gemeinden, welche auf eine beſondere, von der Verfaſſung des geſammten Landes ſo Bezircke, was?

 wohl,

wohl, als auch deren einzelnen Communen, unterſchidene Weiſe mit einander verbunden ſeynd.

§. 3.

Ihre Gattungen.

Es giebt gar mancherley Gattungen von dergleichen Bezircken, und in vilen Landen ſolche, von denen man anderwärts nichts weißt, noch einen Begriff davon hat; hingegen aber auch ſolche dergleichen man faſt in ganz Teutſchland antrifft.

Von den mancherley politiſchen Eintheilungen der Länder im Teutſchen Reiche hat auch Herr Geh. Rath ESTOR (1) gehandelt.

In Abſicht auf die **Kirchenverfaſſung** ſtehen die Mutterkirchen und ihre Filialen in einer beſonderen Verbindung mit einander, und machen eigene Bezircke aus; ſo auch die Diöceſen, oder Superintendenturen, oder Inſpectionen, oder Claſſen, oder Capitul, oder Decanate, ꝛc. ingleichem die Generalate, oder unter einen General-Superintendenten gehörige Diöceſen ꝛc. bey denen Evangeliſchen:

Bey denen Catholiſchen aber die geiſtliche Provinzien, Diöceſen, rural-Capitul, u. ſ. w.

In Anſehung der **Gerichtbarkeit** gibt es hin und her ſo genannte Stäbe ꝛc. da verſchidene oder mehrere Orte, unter Einem Stab ſtehen, oder ein gemeinſchafftliches Gericht zuſammen ausmachen und haben.

In Rückſicht auf die **Waldungen** und deren Genuß gehören die Märckerſchafften hieher, welche aus mehreren Communen beſtehen, die gewiſſe Waldungen gemeinſchafftlich beſitzen.

Dergleichen Märckerſchafften beſtehen auch wohl aus Unterthanen etlicher oder mehrerer Landesherrn; von welcher Gattung in meinem Teutſchen Nachbarlichen Staatsrecht gehandelt wird.

In Anſehung der **Jagdgerechtigkeit** hat man hin und her in Teutſchland auch in einzelnen Landen gewiſſe freye Pürſch-Diſtricte theils vormals gehabt, theils noch jezo.

Z. E. in dem **Würtembergiſchen** Erbvergleich von 1770. lau-

(1) in ſeiner neu. klein. Schrifft. 2. Band, S. 196.

lautet es Claſſ. 5. §. 13. „ Anlangend die von verſchidenen Aemtern und Communen unterthänigſt angebrachte Klagen wegen Entziehung ihrer von Alters hergebrachten freyen Pürſch-Gerechtigkeit, ⸗ ⸗ ſo ſolle ⸗ ⸗ wegen des ⸗ ⸗ Puncten der freyen Pürſch-Gerechtigkeit ⸗ ⸗ reſp. gnädigſte und unterthänigſte Handlung gepflogen, und alles nach Recht und Billigkeit berichtiget werden. “

In Abſicht auf die ganze **ſubalterne Regierung** hat man in groſſen Ländern Bezircke, welche den Namen Crayſe, Viertel, Diſtricte, u. d. führen.

Die gemeineſte dergleichen Bezircke in ganz Teutſchland aber ſeynd die, da etliche, oder mehrere, in ein Oberamt oder Amt, Pflege, Gericht, u. d. zuſammengeſchlagen worden ſeynd.

Von dergleichen Aemtern und deren Verfaſſung habe ich ſchon anderwärts (1) geredet.

§. 4.

In manchen Provinzien wird es als ein Stück der Landesfreyheiten angeſehen, daß dergleichen Bezircke in ihrer altherkommlichen Verfaſſung bleiben müſſen, oder wenigſtens nicht ohne Bewilligung derer Intereſſenten oder gar des ganzen Landes, abgeändert werden dörffen. Abänderung.

Der **Würtembergiſche** Erbvergleich von 1770. beſagt Cl. 6.

„ §. 14. Nachdeme ferner ſeit wenigen Jahren von vilen Stätt- und Aemtern eines oder mehrere derer von alten Zeiten her darzu gehörig geweſenen Amtsorte abgeriſſen, und, gegen Geld, andern Stätt- und Aemtern zugeſchlagen, dadurch aber mannigfaltige Confuſion und Schaden verurſacht worden; ſo ſind Se. Herzogl. Durchl. gnädigſt geneigt, durch ein Herzogliches General-Reſcript alles, (Statt und Amt Ludwigsburg ausgenommen, als weßhalber Se. Herzogl. Durchl. durch eine gemeinſchafftliche Herr- und Landſchafftliche Deputation die Sache auf einen billigen Fuß ſezen laſſen wollen,) und zwar

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth. Perſon. ꝛc. S. 167. u. f.

ohnentgeltlich, wieder in den Stand zu ſezen, darinnen es ſich hiebevor befunden hat.

§. 15. In Zukunfft hingegen werden Se. Herzogliche Durchl. dergleichen Zertrennung nicht mehr recurriren laſſen: Wenigſtens, wann ſolche allenfalls zum Beſten des Landes für nöthig erachtet werden ſollte, mit Rath und Zuthun der Landſchafft dabey zu Werck gehen. "

§. 5.

Bezirck-Beamte. Gemeiniglich hat jeder ſolcher groſſer oder kleiner Bezirck gewiſſe Vorſtehere.

Dahin gehören z. E. die Crayshauptleute, Landdroſten, Droſten, Oberamtleute, Obervögte, Landräthe, ſo gewiſſen Diſtricten vorgeſezet ſeynd, ꝛc.

Selbige ſeynd nun zwar ordentlicher Weiſe Landesherrliche Beamte; doch haben an vilen Orten die Landſtände entweder das Recht, dem Regenten Perſonen zu ſolchen Aemtern vorzuſchlagen, oder wenigſtens iſt der Regent verpflichtet, ſelbige mit Eingebohrenen, oder auch aus gewiſſen Gattungen derer Landſtände, zu beſezen.

Ihre Verrichtungen ſeynd, nach Verſchidenheit der Länder und der Bedienungen, ebenfalls gar ſehr verſchiden.

In Herrn O. C. R. BüSCHINGS Erdbeſchreib. 3tem Theil, kan man vilerley Beyſpile davon antreffen.

An unten (1) angezeigtem Ort findet ſich von mir ein Entwurff eines Wercks von denen Verrichtungen eines Herzoglich-Würtembergiſchen Stabs- (oder mit Juriſdiction begabten und einer Statt und Amt vorgeſezten,) Beamtens von 11. Büchern: 1. Buch: Von denen Stabsamtlichen Geſchäfften und Stabsbeamtens überhaupt, in 14. Cap. 2. Buch: Von der Stabsbeamten Geſchäfften in Herrſchafftsſachen, in 6. Cap. 3. Buch: In Statt-Amts- und Communſachen, in 10. Cap. 4. Buch: In Kirchen-Schul- und milden Sachen, in 6. Cap. 5. Buch: In cauſis mixtis, oder Ehe- und Unzuchtsſachen, in 1. Cap. 6. Buch: In peinlichen Sachen, in 8. Cap. 7. Buch: In Straffſachen, in 5. Cap. 8. Buch: In

(1) in meinen Schwäbiſch. Nachr. von öconom ꝛc. Sachen, S. 786.

In Militarſachen und Kriegszeiten, in 9. Cap. 9. Buch: In Forſt- und Jagdſachen, in 5. Cap. 10. Buch: In Policey-ſachen, in 9. Cap. 11. Buch: In einzelner Amts-Untergebenen privat-Angelegenheiten, in 6. Cap.

§. 6.

Wann auch die Landſtände und Unterthanen bey denen einem Bezirck vorgeſezten Beamtungen nicht concurriren; ſo haben ſie doch etwa das Ernennungsrecht derer Bedienten eines ſolchen Bezircks. Z. E. derer Statt- und Amtsſchreibere, Amtspflegere oder ſonſtigen Steuer-Einnehmere, u. d. Bediente.

§. 7.

Ferner haben dergleichen groſſe oder kleine Bezircke auch wohl ſonſten ihre eigene, der allgemeinen Landesverfaſſung ſubordinirte, beſondere Einrichtung. z. E. Zuſammenkünffte.

In dem Mecklenburgiſchen Erbvertrag von 1755. §. 202. wurde verglichen: Daß die Zuſammenkünffte derer von der Ritterſchafft in den Aemtern, nach wie vor, ganz uneingeſchränckt ſeyn und bleiben ſolle.

Und in dem Würtembergiſchen Erbvergleich von 1770. wurde Cl. 6. §. 5. beliebt: „Nicht weniger ſollen die (Herzogliche) Beamte, die Communvorſtehere und Magiſtraten, wann ſolche, nach vorgängiger Anzeige bey dem Beamten, in Landſchafftlichen Angelegenheiten zuſammen zu kommen, vor nöthig finden, auf keinerley Weiſe hindern.“

§. 8.

Was die übrige Gerechtſame eines ſolchen Landesdiſtricts belangt; ſo ſeynd dieſelbige nach der verſchidenen 1. Art ſolcher Diſtricte ſo wohl, auch 2. der Landesverfaſſungen, abermalen gar ſehr verſchiden, und lieſſe ſich eine eigene weitläuffige Abhandlung davon ſchreiben, z. E. Andere Gerechtſame.

In Anſehung des Landesherrns wird etwa die Erb- und Landeshuldigung der Unterthanen überhaupt, oder doch gewiſſer Gattungen derſelbigen, nach ganzen Diſtricten, oder von ganzen Stätt- und Aemtern, eingenommen; die allgemeine Landesherrliche Befehle, ſo nicht an einzelne Landſaſſen ergehen, werden an ganze Stätt und Aemter ꝛc. zur weiteren Publication ausgeſchriben; ganze Diſtricte, Stätte und Aemter ꝛc.

ter ꝛc. haben mehrmalen beſondere Freyheiten vor andern von allerley Gattungen, u. ſ. w.

In dem Würtembergiſchen Erbvergleich von 1770. Cl. I. ad Grav. 6. §. 1. verſprache der Herzog: keine Geſeze und Ordnungen ausgehen zu laſſen, welche denen beſonderen Privilegien einzeler Stätte, Aemter und Communen, nachtheilig ſeyn könnten.

In Anſehung des Landes pflegen dergleichen Diſtricte das Recht zu haben, einen oder mehrere Deputirte zu denen Land- und Ausſchuß-Tägen abzuordnen, entweder Strohmweis, oder von jedem Statt und Amt, oder auch einem Amt allein: ſie haben insgemein das Recht, die bewilligte Steuern in ihrem Diſtrict zu ſubrepartiren, einzuſammlen und zur Landescaſſe zu lifern, ꝛc.

In Anſehung ihrer ſelbſten unter einander haben ſie offt gewiſſe Vortheile und Beſchwerlichkeiten gemein, z. E. es haben ſolche Diſtricte, Stätte und Aemter etwa gemeinſchafftliche activ-Capitalien, Stipendien, ꝛc.

Hinwiederum haben ſie auch ihre beſondere gemeinſchafftliche Ausgaben, oder Amtsſchäden, u. ſ. w. ſo wohl in Beſoldung ihrer gemeinſchafftlichen Vorgeſezten und Bedienten, und anderer zum gemeinſchafftlichen Beſten erforderlichen Koſten, als auch in Marſch-Quartier-Vorſpann, u. d. Sachen; ſie haben gemeinſchafftliche paßiv-Schulden, ꝛc.

Und ſo ſtehen ſie auch ſonſt in mancherley Dingen in einer genaueren Verbindung unter ſich, als gegen anderen ihren Landes-Mitunterthanen.

§. 9.

Beſchwerden.

Wann die in einem ſolchen Bezirck geſeſſene Unterthanen gemeinſame Beſchwerden gegen ihre Landesherrſchafft zu führen haben, oder, umgekehrt, die Landesherrſchafft über ſolche Unterthanen zu klagen hat, greiffet alles dasjenige auch hier Plaz, was vorhin von denen Klagen der Landſtände oder Unterthanen eines ganzen Landes gemeldet worden iſt.

In meinen drey Sammlungen von Reichshofraths-Concluſis, wie auch in meinem teutſchen Staatsarchiv finden ſich vile merckwürdige Beyſpile davon, abſonderlich aus dem Hohenlo-

henlohiſchen und Yſenburgiſchen; wohin auch diſe Reichshof-rats-Conclusa gehören:

Veneris 6. Jun. 1738.

Yſenburgiſche Unterthanen des Gerichts Reichenbach contra den Grafen zu Yſenburg-Büdingen-Birſtein, Commiſſionis. - - -

I. Ponatur des Herrn Commiſſarii allerunterthänigſt erſtatteter Bericht de præſ. 5. Dec. 1736. ad Acta.

II. Wird auf dasjenige, was vor der in Sachen erkannten Kayſerlichen Commiſsion, in Verfolg der unter dem 8. Mart. 1731. allergerechteſt erlaſſenen Kayſerlichen Verordnung, von beyden Theilen ferners abgehandelt worden, hiemit zu recht erkannt: Und zwar

ad §. 1. & 2. laſſen es Ihro Kayſerliche Majeſt. bey der allerunterthänigſt beſchehenen Erklärung derer Deputirten allergnädigſt bewenden; wie auch

ad §. 3. Krafft deſſen, der an Seiten Partis impetratæ beſchehenen Verſicherung nach, denen Unterthanen an dem freyen Gebrauch und Benuzung des Rathhauſes, ſalvo jure territoriali, nichts weiteres in Weg geleget werden ſolle.

ad §. 4. Inhæreatur priori Concluſo.

ad §. 5. Similiter.

ad §. 6. Wird Impetratiſcher Theil, mit Verwerffung des coram Commiſſione Cæſarea beſchehenen unzulänglichen Anerbietens, dahin angewiſen, denen Unterthanen die 100. fl. Strafgelder auf eine andere annehmlichere Weiſe, als ſolches ad Protocollum Commiſſionis Cæſareæ jüngſthin geſchehen, zu erſezen; da hingegen denen Impetrantiſchen Unterthanen obliget, die Debenten derer Commiſsionskoſten ſpecifice und namentlich anzugeben, damit die Execution gegen dieſelbe, oder ihre Erben, ſchleunig vorgenommen werden möge.

ad §. 7. Erkennen Ihro Kayſerliche Majeſt. allergnädigſt, daß die Unterthanen (die Heu-Frucht- und Ernd-Frohnen, wie auch Franckenwein-Fuhren ad 26. Fuder ausgenommen,) innerhalb 14. Tagen ſo wohl mit dem Spann,

als mit der Hand, über Einmahl zu frohnen nicht ſchuldig, anbey von diſen lezteren 14tägigen Operis die Frohndienſte und Berger-Weinfuhren abzuziehen ſeyen; und ſolle hiernach von der Kayſerlichen Commiſſion das Regulativ gemacht, ſo dann demſelben dasjenige, was der Impetranten Anwald in ſeiner Deductionsſchrifft ſub n. 8. Act. Commiſſ. fol. 26. & 27. mit gutem Grund angeführet hat, beygerücket werden, mit dem ferneren Zuſaz, daß in jenen Fällen, wo die Unterthanen (auſſer denen Franckenwein-Fuhren,) über Nacht ausbleiben müſſen, ihnen, nebſt Reichung des gewohnlichen Frohnbrodts, wenigſtens die Köſten für das Nachtlager und Stallgeld, z. E. vor ein Stück Vieh 8. kr. von der Herrſchafft vergütet werde. Im übrigen ſeynd die Unterthanen mit der an dieſelbe beſchehenen Zumuthung, daß ſie, ſtatt der bißherigen Franckenfahrden jährlich etwas gewiſſes an Geld bezahlen möchten, daferne ſie ſich hierzu gütlich nicht verſtehen würden, billig zu verſchonen.

ad §. 8. Finden Ihro Kayſerliche Majeſt. unbillig zu ſeyn, daß denen Unterthanen des Gerichts Reichenbach die Operæ aulicæ allein, und ohne Concurrenz derer übrigen Gerichten, beſonders des Gerichts Wolfborns zur Laſt geleget werden; befehleten dahero ihme, Impetrato, allergnädigſt, an ſtatt deren Geldpräſtationen, von beſagtem Gerichte Wolffsborn die Dienſte in natura zu fordern, oder doch wenigſtens die Verordnung zu machen, daß die Unterthanen zu Reichenbach zu mehreren, als denen 14tägigen, Dienſten nicht angehalten werden.

§. 9. Beruhet auf ſich.

ad §. 10. Laſſen es Ihro Kayſerliche Majeſt. bey der ad Protocollum Commiſſionis Cæſareæ beſchehenen Renunciation zwar lediglich bewenden; jedoch verſehen Sich Ihro Kayſerliche Majeſt. zu dem Grafen allergnädigſt, daß, gleichwie die klagende Unterthanen, zu Bezeugung ihrer beſonderen Treue und Liebe gegen ihre Herrſchafft, auf die Edition derer Rechnungen renunciiret; alſo auch derſelbe ihre zu Ihm zuverſichtlich getragene Hoffnung nicht

fehl

fehl ſchlagen laſſen, ſondern dieſelbe bey anderen Gelegenheiten deſto gnädiger anſehen, und mit ihnen als getreuen Unterthanen verfahren werde.

ad §. 11. Sollen nunmehro denen Unterthanen nicht nur die ältere und jüngere Steuerſtöck, wornach die Cammergerichtsgelder, Fräuleinſteuer, und andere Reichs- und Crays-Anlagen, zu erheben ſeynd, nebſt denen à tempore motæ litis darüber geführten Rechnungen, communicirt, ſondern auch denſelben der ſogenannte Willnauiſche Kauffbrieff ohne ferneren Verzug ediret werden.

ad §. 12. hat es bey der Kayſerlichen Entſcheidung ſein Bewenden.

ad §. 13. & 14. werden die Impetranten von ihrer Herrſchafft ad Protocollum Commiſſionis Cæſareæ beſchehene Paritionserklärung verwiſen.

ad §. 15. bleibt es bey der erlaſſenen Kayſerlichen Verordnung; wie auch

ad §. 16. daß Impetrat den Ihme in priori Concluſo auferlegten Eyd, vorgeſchribener maſſen, per Mandatarium abzuſchwören ſchuldig ſeye; wobey Ihro Kayſerliche Majeſt. allerdings billig finden, daß man denen Unterthanen, welche ſich neuerlich über die Erhöhung derer Zinſen und Gefällen beſchweren, einige vor dem Fuldiſchen Receß über die Zinſen des Gerichts Reichenbach geführte Rechnungen ad inſpiciendum zu ihrer Nothdurfft vorlege.

§. 17. Ceßiret wegen der Kirchengefälle: So vil aber die Beſchwerung der Unterthanen in pto der Befreyung des Joh. Seligs Guts zu Sezbach betrifft, ſolle vor allem der Werth deſſelben regulirt, und dahin, wie vil Heller auf das 100. in einfacher Lage geſezet ſeye, geſehen werden; damit man hiernächſt, wann der alte und neue Steuerſtock zum Vorſchein gekommen ſeyn wird, darüber: Ob von der Herrſchafft wegen erwehnten Guts ein proportionirtes Steuerquantum übernommen worden? den ſicheren Grund ſchöpfen möge. Belangend die neuangelegte, auch ſonſtige Ueberſezung der Schäferey, hat Commiſſio ſich

alles Fleiſſes zu beſtreben, um, wo möglich, diſes in der Billigkeit gegründete Gravamen in der Güte zu heben: Da ſelbige aber wider Vermuthen nicht Plaz finden ſollte, die Unterthanen mit ihrem Beweis zuzulaſſen, folglich die vorgeſchlagene Zeugen legaliter abzuhören, im übrigen aber die Sache in den Stand zu ſezen, womit nach dem deutlichen Buchſtaben der Kayſerl. Urthel de An. 1691. §. 3. keine Uebermaaß gebraucht, und durch die allzugroſſe Schäfereyen der Unterthanen Huthweyde nicht übertriben und geſchmälert werde.

ad §. 18. Wollen Ihro Kayſerliche Majeſt. nach denen ſich neuerlich ergebenden Umſtänden, Impetratum zu Vorſchieſſung derer weiteren Commißionskoſten zur Helffte, mit Vorbehalt jedoch künfftigen Kayſerlichen allerhöchſten Ausſpruchs, hiemit angewiſen, und endlich

ad §. 19. Dero Kayſerliche Verordnung anhero wiederhohlet haben.

III. Nachdeme wegen der ferners eingeklagten Beſchwerde über die Erhöhung derer Zinſe und Pächte Impetratiſcher Theil denen klagenden Unterthanen ad Protocollum Commiſſionis die Verſicherung gegeben, daß, wann ſie ſich dißfalls melden würden, eine Gemeinde nach der andern ordentlicher Weiſe vorgenommen, ſothane Beſchwerden gründlich unterſuchet, und wo dieſelbe in ein- und anderem ſich gegründet befinde, es in continenti abgeſtellt, auch, wo dieſelbe ohne wäre, ihnen dißfalls umſtändliche Erläuterung gegeben, alles ordentlich protocollirt, und ihnen ſo fort Copia davon mitgetheilet werden ſolle; als haben die Unterthanen noch zur Zeit ſich dabey zu beruhigen.

IV. Hat Commiſſio Cæſarea auf die ex parte der Unterthanen in ihrem Supplicato ſub Quadr. 12. angebrachte Beſchwerde darauf zu ſehen, womit die Unterthanen gegen die Kayſerliche Urthel de An. 1691. nicht graviret werden, auch allenfalls die etwa darwider eingeſchlichene Exceſſe alſofort brevi manu abzuthun.

Nebſt deme gehet Ihro Kayſerlichen Majeſt. Befehl an den beklagten Theil dahin, die Debenten des Gerichts zu denen

denen eingeklagten Commißionskoſten mit allem Ernſt anhalten zu laſſen.

V. Wird dem Gräflichen Deputirten Kopp ſeine ſo anzügliche, als höchſtſtrafbare, Schreibart in Kayſerlichen Ungnaden hiemit verwiſen, mit der an ihn ergehenden ernſtlichen Verwarnung, ſich künfftighin einer beſcheideneren Feder, ſo gewiß zu befleiſſen, als im widrigen gegen denſelben die wohl verdiente Ahndung ohnausbleiblich vorgekehret werden ſolle.

VI. Cum notificatione horum omnium reſcribatur ulterius Commiſſioni Cæſareæ: Jhro Kayſerlichen Majeſt. gereiche zu ſonderbarem allerhöchſtem Wohlgefallen, dasjenige, was dieſelbe, in Verfolg der am 8. Mart. 1731. ergangenen Kayſerlichen Verordnungen, ferners vorgenommen; es hätten auch Allerhöchſtdieſelbe auf deſſen darüberhin gründlich erſtatteten Bericht über die zwiſchen beyden Theilen annoch ſtrittige Objecta unter dem heutigen dato ad ſingula Puncta die allergerechteſte obriſtrichterliche Entſcheidung erlaſſen: Wie nun aber hiebey verſchidenes zu einer weiteren Unterſuchung ausgeſtellet werden müſſen, wodurch diſer zwiſchen dem Landesherrn und ſeinen Unterthanen von ſo langen Jahren her fortdaurende Proceß gar leicht in neue höchſtverderbliche Weitläufftigkeit verſencket werden dörffte; als befehleten Jhro Kayſerliche Majeſt. ihro, der Commißion, hiemit allergnädigſt, vor allen Dingen nochmalen zwiſchen beyden Theilen mit allem Nachdruck die Güte über die annoch ohnerörterte Puncte zu verſuchen, und, vermittelſt nachdrücklichem Zuſpruch, wo möglich, zum Stande zu bringen; in der zu ihr, der Commißion, tragenden allergnädigſten Zuverſicht, daß ſelbige hierunter an ihrem Fleiß und dienſamen Vorſtellungen ihres Orts nichts erwinden laſſen werde: Sollte jedoch, wider alles Verhoffen, nicht zu erreichen ſeyn; ſo hätte Commiſſio die annoch rückſtändige objecta litis, kürzlich, jedoch gründlich, mit Vernehmung beyder Theilen, auch mit möglichſter Erſpahrung der Zeit und Koſten, zu unterſuchen, und ſo

dann Ihro Kayſerlichen Majeſt. den weiteren gründlichen Bericht, ſamt räthlichem Gutachten auf jeden Punct beſonders einzuſchicken, nicht weniger dabey anzumercken, an wem es gehafftet habe, daß ſich der anhoffende gütliche Vergleich zerſchlagen habe, damit Ihro Kayſerliche Majeſt. auch diſerwegen bey künfftig faſſender Kayſerlichen Entſchlieſſung das behörige vorzukehren, Sich im Stande befinden möchten.

VII. Reſcribatur quoque dem Grafen zu Yſenburg: Ihro Kayſerliche Majeſt. hätten ab dem weiteren der Sachen Erfolg ohngern zu vernehmen gehabt, wie daß, der ihme lezthin beſchehenen Reichsväterlichen Ermahnungen und in Ihn, den Grafen, geſezten allergnädigſten Vertrauens ohngeachtet, denen bißher zwiſchen Ihm und ſeinen Unterthanen fürwaltenden Beſchwerden das endliche Zil, wie es doch gar leicht hätte geſchehen können, noch nicht geſezet worden ſeye; Ihro Kayſerl. Maj. wollten Ihn dahero nochmalen allergnädigſt und ernſtlich erinneret haben, ſich hierunter beſſer zu begreiffen, und die durch länger anhaltende Uneinigkeit zwiſchen der Obrigkeit und ihren Unterthanen nothwendig erwachſende böſe Folgen reiflich zu beherzigen, mithin denen weiteren Vorſtellungen der angeordneten Kayſerl. Commißion zur Güte das ſchuldige Gehör zu geben; allermaſſen diſes das ſicherſte Mittel wäre, Ruhe und Einigkeit auf einen dauerhafften Fuß wieder herzuſtellen, und Ihro Kayſerl. Maj. mit aller weiteren Behelligung, (welche Allerhöchſtderoſelben in diſer ſo langwührigen Sache nicht wohl anderſt, als beſchwerlich, fallen könnte,) zu verſchonen.

VIII. Fiat quoque Decretum an die Impetrantiſche Unterthanen, des Inhalts: Nachdeme Ihro Kayſerl. Maj. auf den Allerhöchſtderoſelben von der Kayſerl. Commiſſion lezthin erſtatteten Bericht die fernerweite allergerechteſte Verordnungen erlaſſen, dabey aber wegen derer annoch unerörterten Puncten der in Sachen angeordneten Kayſerlichen Commißion den Auftrag dahin gethan haben, vor allen Dingen zwiſchen beyden Theilen die Güte mit allem

Fleiß

Fleiß nachdrücklich zu verſuchen; als wollten Ihro Kayſerl. Majeſt. dieſelbe hiermit ernſtlich angewiſen haben, die ihnen von der Kayſerl. Commißion zu dem Ende beſchehende Vorſtellungen mit aller ſchuldigſter Ehrerbietigkeit anzunehmen, ihr darunter hauptſächlich fürwaltendes Beſtes genau zu überlegen, folglich an ihnen nichts erwinden zu laſſen, womit dem bisherigen Unweſen auf einmal aus dem Grunde geholffen werden möge.

IX. Vorgehendes Reſcriptum & Decretum includatur in Originali & Copia der Kayſerl. Commißion, reſp. ad inſinuandum & ad notitiam.

29. Apr. 1768.

Iſenburgiſche Unterthanen des Gerichts Spielberg und des Dörfleins Heſſeldorf contra den Grafen zu Iſenburg-Büdingen-Wächtersbach, Commiſſionis puncto diverſorum gravaminum; ſive erſagter Iſenburgiſcher Unterthanen Deputirte Conrad Lufft und Conrad Hölzer ſub præſ. 3. Decembris anni præteriti überreichen allerunterthänigſte Anzeige ſamt Bitte: pro clem. nunc demandanda renovatione & expeditione concluſi Cæſarei ſub 12. Octobr. 1755. emanati. appon. Num. 1. &2. in duplo.

Iidem ſub præſ. eodem exhibent fernere Anzeige ſamt Bitte: pro clem. demandanda transmiſſione documentorum intus mentionatorum. Mit Beylagen ſub Sig. ☉. in duplo.

Iidem ſub præſ. ſupradicto übergeben allerunterthänigſte Anzeige, daß der à Commiſſione Cæſarea 1716. eingeſchickte Bericht ſich nicht bey denen Judicial-Acten befinde, mit Bitte, deſſen nochmahlige Einſendung allergnädigſt anzufehlen. Mit Beylagen ſub Sig. ☉. in duplo.

Iidem ſub præſ. 7. ejusdem menſis & anni ſupplicant pro clem. ferenda ordinatione proviſionali & adminiſtratione intus petita. Mit Beylagen ſub Num. 1. 2. 3. & 4. in duplo.

In eadem Impetrantiſcher Anwald Hafner ſub præſ. 22. Januarii anni currentis legitimando ſe ad acta ſupplicat pro clem. prævia unius Exemplaris procuratorii regiſtratione,

alterum

alterum ad communicandum decernendo nec non maturanda reſolutione ad Exhibita de præſentatis 3. & 7. Decembr. anni præt. appon. ult. Concluſum & Sig. ☉.

1. Retradatur die von dem Agenten Hafner ſub præſ. 22. Januarii hujus anni übergebene unſtatthaffte Vollmacht und werden ſich
2. die vermeinte gravati des Gerichts Spielberg und Dörfleins Heſſeldorf mit einem coram Notario von ſämtlichen zu dem Gericht Spielberg gehörigen Gemeinden legaliter vollzogenen Syndicat förderſamſt legitimiren, ſo ergehet weiterer Beſcheid.
3. Ponantur Exhibita ſub præſ. 3. und 7. Dec. 1767. interim ad acta. Wo benebenſt
4. den angeblichen Deputirten diſes Gerichts aufgegeben wird, ſich binnen 8. Tägen, ab inſinuatione hujus, bey Vermeidung ernſtlicherer Verfügung von hier hinweg nach ihrer Heymath zu begeben.

* *

Drittes Capitel.

Von einzelnen Communen, beſonders denen Stätten.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Einiges remiſſive. §. 3. Communen, was? §. 4. Deren Gattungen. §. 5. Communrechte. §. 6. Stätte. §. 7. Gattungen. §. 8. Vorſtätte. §. 9. Allgemeine Rechte der Stätte. §. 10. Beſondere. §. 11. Magiſtrat. §. 12. Stattofficianten ꝛc. §. 13. Wappen, Sigel. §. 14. Patricien. §. 15. Burger- ꝛc. Annahm. §. 16. Ausſchuß der Burgerſchafft. §. 17. Andere Burgerſachen. §. 18. Huldigung. §. 19. Religion. §. 20. Kirchen- und Schulſachen. §. 21. Eheſachen. §. 22. Statuten ꝛc. §. 23. Gerichtsſtand. §. 24. Gerichtbarkeit. §. 25. Appellationen. §. 26. Militare. §. 27. Güter. §. 28. Gefälle. §. 29. Fiſcus. §. 30. Jagd. §. 31. Steuerſachen. §. 32. Accis ꝛc. §. 33. Zollſachen

ſachen ꝛc. §. 34. Weggeld. §. 35. Nahrung. §. 36. Schulden. §. 37. Rechnung. §. 38. Nidere Policey. §. 39. Ehlen ꝛc. §. 40. Handlung. §. 41. Handwercker. §. 42. Güterkauf. §. 43. Bündniſſe ꝛc. §. 44. Andere Communen. §. 45. Marcktflecken. §. 46. Flecken, oder Dörffer. §. 47. Weyler. §. 48. Communvorſtehere ꝛc. §. 49. Communguter, ꝛc. §. 50. Obſicht auf die Gemeindgerechtſamen ꝛc. §. 51. Beſchwerden gegen die Herrſchafft, und umgekehrt. §. 52. Innerliche Streitigkeiten. §. 53. Höfe.

---

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: *Schrifften.*

BOEHMER (Juſt. Henn.) oder der reſp. Chriſtian Sigfr. Neſen, de natura Statutorum, quæ in Civitatibus provincialibus conduntur, eorumque obligandi principiis. Halle, 1721. 4.

BUDER (Chriſtian. Gottl.) de modis adquiſitæ à Civitatibus Germaniæ mediatis Jurisdictionis criminalis. Jena, 1749. 4.

DONDORFF (Chriſtoph.) de Jurisdictione eccleſiaſtica, quatenus Magiſtratui municipali, & in ſpecie Hexapolitano, convenit. Leipzig, 1715. 4.

ENGAU (Joh. Rud.) Progr. 1. de Librorum, quos Gränz-Lager-Bücher, Fluhrläufer, Erbbücher und Hebe-Regiſter dicere ſolemus, Forma, Continuatione, Renovatione, Fideque varia. Jena 1747. 4.

FRITSCH (Ahasv.) Tr. de jure & ſtatu Suburbiorum. Halle, 1731. 4. und in ſeinen *Opuſc.*

HORN (Caſp. Henr.) de confirmatione Statutorum municipalium per Superiorem. Wittenberg, 1737. 4.

PREHN (Joh. Jac.) Comm. de Cive ratione Bonorum extra Civitatis diſtrictum ſitorum, Collectis Magiſtratus Civibus indictis non obnoxio. Göttingen, 1768. ſ. Herrn Schotts Critik, 1. Band, S. 712.

RICCII, (Chriſtian Gottl.) Zuverläßiger Entwurff von Statt-

geſezen, oder Statutis, vornemlich der Landſtätte, ꝛc. Franckfurt und Leipzig, 1740. 4.
SCHOTTS (Aug. Frid.) Sammlungen zu den deutſchen Land- und Stattrechten. 2. Theile, 1772. 73. 4. ſ. ſeine Critic, 5. Band, S. 339. 833.
SEIP (Ant. Lud.) de jure occupandi Exuvias Defunctorum, ſigillatim ex utroque Privilegio Stadenſi. Göttingen, 1748. 4.
STRUBEN (Dav. Ge.) von den Hoheitsrechten mittelbarer Stätte; in ſeiner Nebenſt. 1. Theil, S. 495.
Derſelbe: Von der Stätte Gerichtbarkeit; 5 Theil, S. 457.
STRUVE (Ge. Ad.) Explicatio Tit. Digeſt. de Adminiſtratione rerum ad Civitates pertinentium. Jena, 1679. 4. 1718. 4.

* * *

Deductio Juris, qua demonſtratur, Magiſtratum *Hildeſienſem* eſſe Jurium epiſcopalium plane incapacem; in LÜNIGS Grundfeſt. Eur. Potenz. Gerecht. 1. Theil, S. 697.

§. 2.

Einiges remiſſive. Von denen Communen, beſonders auch denen Stätten, wie auch derſelbigen Verfaſſung, Gerechtſamen und Pflichten ꝛc. habe ich ſchon in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen ꝛc. S. 154. u. f. manches geſagt, welches ich hier nicht wiederhohlen will.

§. 3.

Communen, was? Eine Commun, oder Gemeinde, heiſſet hier eine Geſellſchafft beyſammen wohnender Menſchen, welche, auſſer der allgemeinen Verbindung, darinn alle Landes-Unterthanen oder ganze Bezircke derſelbigen, ſtehen, unter einer eigenen Obrigkeit oder Vorſtehern, noch eine beſondere Verbindung unter ſich haben.

§. 4.

Deren Gattungen. Die verſchidene Gattungen derer Communen an Stätten, Marcktflecken, Flecken, Dörffern, Weylern und Höfen, habe ich ſchon anderwärts (1) angezeiget; und kommt hernach noch einiges davon vor.

§. 5.

(1) im Tr. von der R. Stände Landen, p. 925. ſqq.

§. 5.

Ich will zu erſt von denen allen oder doch denen meiſten, Gattungen von Communen zuſtehenden Gerechtſamen reden; wenigſtens wie ſolche nach der Verfaſſung und dem Herkommen des gröſten Theils von Teutſchland beſchaffen zu ſeyn pflegen. Commun-rechte.

Dergleichen Gemeinds-Gerechtſame und Schuldigkeiten pflegen in abſonderlichen Büchern verzeichnet zu werden, welche, nach Verſchidenheit der Länder und Orte allerley Namen zu haben pflegen, als: Lägerbücher, Saalbücher, Weisthümer, u. ſ. w.

Mit deren Errichtung, Erneuerung, Mittheilung derer benöthigten Nachrichten daraus an die Intereſſenten, u. ſ. w. muß es gehalten werden, wie es jeden Orts der Landes- oder Orts-Verfaſſung, Freyheiten, oder dem Herkommen ꝛc. gemäß iſt.

Mehreres davon ſehe man in dem Tr. von der Landeshoheit in Regierungsſachen, Cap. 5. add. hernach §. 24.

Von dem Gemeindsrecht hat der Freyh. von KREITTMAYR (1) gehandelt; und zwar, (nachdeme er §. 1. von Gemeinden überhaupt und §. 2. von deren Eintheilung geredet hatte,) §. 3. von deren Errichtung, §. 4. Aufnahm der Mitglider, §. 5. juribus Communitatis, §. 6. Zuſammenkünfften, §. 7. Ausſchüſſen, oder Vertrettern, §. 8. Concluſis, und §. 9. wie die Communitäten wieder aufhören.

In Sachen: Yſenburgiſche Unterthanen des Gerichts Gründau contra Yſenburg-Meerholz, reſolvirte der Reichs-Hofrath An. 1751. 12. Oct. „Wobey ſich dann von ſelbſten verſtehet, und in denen vorherigen Urtheln ſchon ebenmäßig ausgemacht iſt, daß in denen Gemeinheiten und Unterthanen betreffenden Sachen nichts, als mit Zuziehung derer Schöffen, und zwar ſub pœna nullitatis, überlegt, abgehandelt und geſchloſſen werden könne oder ſolle.“

Hingegen iſt auch ſehr merckwürdig, und anderwärts (2) mit

(1) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 30. Cap. S. 2414.

(2) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Erde, ꝛc. Cap. 5.

mit mehrerem zu leſen, wie der Reichs-Hofrath verſchidenen Hohenzollern-Hechingiſchen ganze Gemeinden, wegen derer von denen Gemeinden in Corpore begangenen Verbrechen, der freyen Pürſch-Gerechtigkeit, zur Straf, verluſtigt erkläret hat.

§. 6.

Stätte. Eine Statt iſt ein mit Stattrecht begabter Ort; er mag übrigens mit Mauren, Veſtungswercken, u. ſ. w. umgeben ſeyn, oder nicht.

Die Rechte einer Statt überhaupt laſſen ſich ſchlechterdings unter keine allgemeine Regel bringen; ſondern es kommt auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung auch hierinnen an (1); dahero in manchen Landen vile oder gar alle Dörffer eben diejenige Gerechtſame haben, welche anderwärts den Unterſchid zwiſchen einer Statt und einem Dorff machen, und in anderen Ländern die Stätte gar nichts von dem wiſſen, was anderwärts unter die Hauptgerechtſame einer Statt gerechnet wird; z. E. in den Weinländern von der Braugerechtigkeit.

Von dem Statt- und Burgerrecht hat der Freyherr von KREITTMAYR (2) auf eine brauchbare Weiſe gehandelt; und zwar §. 1. von Stätten überhaupt, §. 2. von Stattrechten, §. 3. vom burgerlichen Stattmagiſtrat, §. 4. von Bürgern, §. 5. Von Stattrechten, §. 6. Burgerrecht, §. 7. Würckung deſſelben, §. 8. ſonderbar quoad Munera, §. 9. von dem Recht der Beyſaſſen, Einwohner und Fremden, §. 10. von Wiederaufhebung des Burgerrechts, §. 11. u. f. von der burgerlichen und andern Nachſteuer.

In einer bey der jezigen Cammergerichts-Viſitation übergebenen, An. 1768. gedruckten Schrifft, in Sachen: Von **Eyben** contra ſeine Unterthanen und Einwohner zu Daßau, wurde unter anderem Beſchwerde darüber geführet, daß der Ort Daßau als eine Statt und ſeine Einwohner als Bürger behandelt worden, da er es doch nicht ſeye. Es heißt: „Es bewähren ſolche (Eybiſche Vorſtellungen,) mittelſt des vom Kayſerlichen Reichs-Hofrath ergangenen Deciſi, der darauf erfolg-

(1) l. c. pag. 926.

(2) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 25. Cap. S. 2357.

erfolgten Landesherrlichen Reſolution, u. des beſtän:igen Status des Orts Daßau, daß ſolcher keine Statt noch Stättlein ſey, daß er kein Stattrecht habe, mithin deſſen Einwohner keine Bürger ſeyen; noch ſich einiger bürgerlichen Rechten und Freyheiten ſo wenig in Petitorio anmaſſen könne, als wenig derſelbe ſich in dem Beſiz einer einigen dahin gehörigen Freyheit oder Befugniß befinde. Solchergeſtalt werde der Ort Daßau weder zum Landtag erfordert, noch erſcheine er auf ſolchem unter den Stätten: Er habe keinen beſondern Magiſtrat; ſondern ſtehe unter der civil- und criminal-Jurisdiction der adelichen Güter Lütgenhof und Prieſchendorff und hange von deren unmittelbarem Gebot und Verbot, Befehlen und Anordnungen, lediglich ab: Vor ſich habe er keine beſonderen Contributionsanſchlag, und lifere ſeine Ratam nicht zum Quanto der Stätte, ſondern ſolche ſeye in dem Quanto der Güter Lütgenhof und Prieſchendorff begriffen, und müſſe ſeine Contribution nach ſolchen Gütern, ohne ſelbige einſtens einſammlen zu dörffen, ſingulatim abgegeben, von deren Eigenthümern ſie dann, nebſt dem matricular-Quanto beſagter Güter zu der Ritterſchafftlichen Tertia in den Landkaſten gegeben, keineswegs aber zu dem Quanto der Stätte des Herzogthums Mecklenburg, (wohin ſie anderen Falles gehören würde,) gelieferet werde: Nicht weniger müſſen die Unterthanen zu Daßau von ihren Häuſern und Ländereyen Grundheuer, Pachthaber, Rauchhüner, Pacht- und Dienſtgelder geben, auch zum Theil würckliche Dienſte, in ſo ferne ſie nicht remittiret ſeyen, leiſten. “

Mehreres davon ſehe man in dem **Tr. von der Landeshoheit in Gnadenſachen, Cap. 16.**

§. 7.

Die Stätte ſeynd wieder gar verſchidener Gattungen. Z. E. Gattungen.

In manchen Landen ſtehen alle Stätte und alſo auch alle Burger, unmittelbar unter dem Landesherrn: In vilen anderen Landen hingegen gibt es zwar auch dergleichen Stätte und Burger; die übrige hingegen müſſen eine geiſt- oder weltliche Standesperſon, oder ein geiſt- oder weltliches Corpus, für ihre

nächſte Obrigkeit und Grundherrſchafft erkennen, ſtehen mithin nur mittelbarer Weiſe unter der Landesherrſchafft.

Von Pommern wird berichtet (1): Die unmittelbare Stätte ſtehen unmittelbar unten den hohen Landesgerichten, können ſich ihre Magiſtrate ſelbſt wählen, und es werden aus den drey vorſizenden Stätten jeder Landſchafft die regierende Burgermeiſtere zu Landſtänden ernannt, und beſuchen die Landtäge; das Geld, welches ſie dem Landesherrn für die Gerichtsbarkeit entrichten, wird Ohrbör oder Orbeede genennet.

Die dem Landesherrn eigenthümlich zugehörige können wieder verſchidener Art ſeyn. Z. E. Einige ſeynd Amtsſtätte, die einen eigenen Landesherrlichen Beamten haben; andere hingegen haben keinen, und ſtehen unter der Amtsſtatt ihrem.

Einige Stätte haben das Recht der Landſchafft; andere hingegen nicht.

Einige ſeynd Reſidenz- oder doch ſonſten Hauptſtätte; andere nicht: Jene haben ſodann gemeiniglich allerley Vorzüge vor diſen.

Von Bayern berichtet der Freyh. v. KREITTMAYR (2): „Unter den Landſtätten haben die Haupt- vor denen übrigen Stätten, wenigſt hier zu Land, viles voraus: Dann ob wohl beede darinn zuſammen kommen, daß ſie privilegirte Landſtände ſeynd, mithin nicht nur Siz und Stimm auf dem Landtag haben, ſondern auch unmittelbar unter dem Hofrath und reſp. Regierungen ſtehen; ſo ſeynd doch die erſte mehr privilegirt, und ſo wohl mit der hoh- als nideren Jurisdiction begabt, empfangen auch bey general-Ausſchreibungen die Expedition immediate von den Dicaſteriis, und gehören nicht mehr unter den Rentmeiſteriſchen Umritt; wo hingegen die leztere dem Umritt unterworffen, und nur mit der nidergerichtlichen, gemeiniglich ſehr limitirten, Jurisdiction verſehen ſeynd, auch die general-Ausſchreibungen nur mediate durch die Pfleg- und Landgerichte, worinn ſie ligen, zu empfangen haben. Die Bayeriſche Hauptſtätte ſelbſt, (welchen man nur die hieſige Reſidenz-

(1) H. BüSCHINGS Erdbeſchreib. Part. 3. p. m. 2253.

(2) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 25. Cap. §. 2. S. 2358.

ſidenzſtatt, (München,) Landshut, Straubing, Burghauſen und Ingolſtatt beyrechnet,) differiren in ihren Privilegiis gar ſehr, und qualificiren ſich nur die erſte drey zur Landſchaffts-Verordnung. "

In Meckenburg wurden die Stätte in See- und Landſtätte getheilt: Jene waren Wißmar und Roſtock: Nachdeme aber Wißmar durch den Weſtphäliſchen Friden an Schweden gekommen iſt, iſt es nun Roſtock nur noch allein.

Unter denen 43. Landſtätten ſeynd wiederum 3. Vorderſtätte, Parchim im Mecklenburgiſchen Crayſe, Güſtrow im Wendiſchen, und Neu-Brandenburg im Stargardiſchen, welche das Directorium, jede in ihrem Crayſe, führen.

Die beyde Vorderſtätte Neu-Brandenburg und Güſtrow hatten Rangſtreitigkeiten mit einander, welche ſo gar an den Reichs-Hofrath gediehen.

In denen Würtembergiſchen Privilegien von 1753. für die Statt Ludwigsburg heißt es: „So ſolle ermeldte Unſere zweyte Reſidenzſtatt Ludwigsburg, wie bißhero, alſo auch fürohin beſtändig, als die dritte Hauptſtatt Unſeres Herzogthums betrachtet werden. "

Zuweilen ſeynd zu alten Stätten, auſſerhalb deren Bezircks, nach und nach mehrere neue Häuſer angebauet, und endlich auch mit eigenem Stattrecht begabet worden, ſo, daß jene die Alt- und diſe die Neuſtatt heißt, oder auch gar zweyerley Namen führen.

Ob und wie ferne nun beyde einerley oder verſchidene Rechte haben, kommt auf jeden Orts beſondere Verfaſſung oder Herkommen an.

Berlin beſtunde vormals aus fünf Stätten, welche An. 1714. zuſammengeſchlagen, mit einem einigen Stattrath verſehen, und mit dem gemeinſchafftlichen Namen: Berlin, belegt worden ſeynd.

Dreßden beſtehet aus drey Stätten, von welchen die zwey erſte 1550. unter Einen Magiſtrat vereinigt worden ſeyn.

Hanau wird in die alte und neue Statt getheilt: Als die leztere An. 1597. von denen vertribenen reformirten Niderländern erbauet wurde, erhielte ſie anſehnliche Freyheiten, wel-

welcher die alte Statt nicht mit zu genieſſen hat (1).

Hildesheim beſtehet auch aus der alten und neuen Statt, welche zwar An. 1583. mit einander vereiniget worden ſeynd, und in gewiſſen Stücken eine Samtregierung haben; indeſſen hat doch noch jezo jede einen eigenen Rath, auch ſonſt in vilem ihre eigene Verfaſſung; davon Herr D. BüSCHING (2) mit mehrerem nachgeſehen werden kan.

Die Statt Magdeburg beſtehet aus der Altſtatt, ſodann aus beeden Vorſtätten: Neuſtatt-Magdeburg, und Sudenburg; deren jede aber das Recht einer eigenen Landſtatt hat.

Wolfenbüttel beſtehet 1. aus dem eigentlichen Wolfenbüttel, 2. der Heinrichſtatt, 3. der Juliusfridenſtatt, und 4. der Auguſtſtatt; die zum Theil auch ihre beſondere Freyheiten und Verfaſſung haben.

Mehrerer anderer ſolcher Statte, z. E. Caſſel, u. ſ. w. zu geſchweigen.

§. 8.

Vorſtätte. Vorſtätte ſeynd angebaute Pläze auſſerhalb dem Bezirck einer Statt.

Manche Stätte haben nur eine einige, manche Mehrere.

Zuweilen ſeynd ſie auch mit Mauren, Gräben, ꝛc. umgeben; zuweilen nicht.

Bald machen ſie mit der Statt ein einiges Corpus aus, und haben einerley Rechte und Verfaſſung; bald machet eine Vorſtatt (wie wir bey Magdeburg gehöret haben,) eine eigene Statt aus, welche ihren eigenen Magiſtrat, u. ſ. w. ja wohl eigenen Siz und Stimme auf Landtägen hat; bald haben die Burger der Statt mehrere Rechte, als die Einwohner derer Vorſtätte.

Zuweilen haben auch die Vorſtätte mit der Statt, oder mehrere Vorſtätte unter ſich, nicht einerley unmittelbare Herrſchafft. Z. E. zu Wien.

Doch

(1) v. H. BüSCHINGS Erdbeſchr. Tom. 3. p. 1219.
(2) l. c. pag. 2877. ſq.

Doch kan ein Ort ganz nahe an einer Statt gelegen ſeyn, deßwegen aber keine Vorſtatt ſeyn. Z. E.

Der Freyherr von KREITTMAYR ſchreibt (1): „Ob ſchon z. E. die Au von der hieſigen Reſidenzſtatt, (München,) ihrer nahen Lage halber eine Vorſtatt zu ſeyn ſcheint; ſo ligt ſie doch nicht mehr in dem Burgfriden, und hat weder Statt- noch Marcksgerechtigkeit, ſondern iſt nur ein bloſſes, wiewol mit einem eigenen Churfürſtlichen Gericht verſehenes, Dorff.“

Hinwiederum kan ein Ort von einer Statt abgelegen ſeyn, und dennoch zu derſelbigen gehören. Z. E.

Der Freyherr von KREITTMAYR (2) berichtet: „In dem Ingolſtätter Burgfriden ligen ſiben Dörffer, welche auch eben deßwegen noch pro parte Civitatis gehalten werden, und eadem iura, wie andere Burger und Einwohner, zu gaudiren haben.“

So ligen auch bey uns in Würtemberg zween Weyler, Gablenberg und Heßlach, jeder eine halbe Stunde von der Statt Stuttgart, und genieſſen doch deren Burgerrechts.

Im *Inſtr. Pac. Oſn. art. 11. §. 8.* iſt in Anſehung der Statt Magdeburg verſehen: Quod in præjudicium Civitatis reædificari non debeant Suburbia.

§. 9.

Wie die Stätte und deren Verfaſſung, bereits berührter maſſen, gar verſchiden ſeyn können, oder auch würcklich ſeynd; ſo ſeynd auch deren Gerechtſame gar ſehr verſchiden. Allgemeine Rechte der Stätte.

Herr Vicecanzler STUBE faſſet (3) den Innhalt ſeiner oben angezeigten Schrifft alſo zuſammen: „Es iſt bekannt, wie vil die mehreſte Teutſche Stätte, bevorab diejenigen, welche im Hanſeatiſchen Bund befindlich waren, ſich in den mittleren Zeiten herausgenommen, und wie furchtbar ſie den Fürſten worden. Vile derſelben ſind zu völliger Unterwerffung gebracht: Einige haben einen groſſen Theil ihrer alten Freyheit biß

(1) S. 2359.
(2) am angef. Ort.
(3) in der Vorrede zu der Nebenſt. 1. Theil.

biß auf diſe Stunde behalten. Die Unwiſſenheit des wahren Grundes der Sache machet, daß man vilfältig an beyden Seiten zu weit gehet. Der Landesfürſt ſpannet gemeiniglich das Territorialrecht vor die Bruſt, und vermeinet, es könnten die Stätte nur durch Landesherrliche Privilegia die Vorrechte und Freyheiten erlangen, welche ſie zu behaupten ſuchen. Diſe wären im engeſten Verſtande zu nehmen, und nicht dahin auszudehnen, daß ſie der Landesfürſtlichen Gewalt Schrancken ſezen. Hingegen leiten die Stättiſche Conſulenten der Fürſten in den Stätten habende Befugniſſe von derſelben freywilliger Unterwerffung her, und vermeinen, daß ſelbige auf dasjenige einzuſchräncken ſey, was man Fürſtlicher Seits erworben zu haben beweiſen kan. Ich glaube, ſie irren beyde, und werde einen andern Grund der Landesfürſtlichen Gerechtſame und Stättiſchen Freyheit anführen. Wenn man aus demjenigen, was ich von der Landſtätte Rechten in den mittleren Zeiten beybringe, folgern wollte, ſie wären insgeſamt befugt, ſich noch heutiges Tages ſelbige anzumaſſen; ſo machte man einen meiner Abſicht ganz ungemäſſen Schluß, und habe ich bereits oben zu erkennen gegeben, wie weit ich davon entfernet bin, einen ſolchen Mißbrauch der Hiſtorie zu billigen. Es iſt nicht zu laugnen, daß die Stätte von Alters groſſe Freyheiten genoſſen. Sie ſind aber zu gewiſſen noch ältern Zeiten, bevor das Fauſtrecht aufkommen, und durch ihre ſtarcke Mauren, ſamt dem zunehmenden Handel, derſelben Macht vermehret, hingegen aber das Kayſerliche Anſehen verringert worden, den Kayſern und deren Vögten, auch wohl Herzogen und Grafen, dergeſtalt unterworffen geweſen, wie ſie heutiges Tages gröſten Theils Fürſten und Herren, oder deren Regierungen und Beamten, zu Gebote ſtehen. Man muß einen ſorgfältigen Unterſcheid zwiſchen denenjenigen machen, welche die alte Vorrechte beybehalten, und denen, die ſie verlohren haben. Jenen kommt es auch im Gericht zu ſtatten, wann man zeiget, daß ihre Vorrechte ſehr alt ſind, und faſt einen gleichen Urſprung mit der Landesherrlichen Hoheit haben. Diſe aber gewinnen durch den Beweis ihrer ehemaligen Freyheit und wichtigen Gerechtſamen wenig oder nichts würckliches; ſondern er vergnüget nur die

menſch-

menſchliche Neugierigkeit, und den Hochmuth derer, welche ſich deßwegen groß zu ſeyn düncken, weil ihre Vorfahren groß geweſen.“

Herr Rath PRUGGER (1) meldet, (nach Herrn H. R. von SELCHOW Auszug (2):) Die Stätte in Bayern ſeynd ihrer Verfaſſung und Rechten nach, ſehr von einander unterſchiden; jedoch kommen ſie in einigen Stücken überein: Denn 1. haben ſie die Gerichtbarkeit über ihre Bürger und Fremde, bald in gröſſerem, bald kleinerem Umfange: Durchgehends aber ſtehet dem Landesherrn die hohe Policey und die Aufſicht bey öffentlichen Vergantungen zu. 2. Sezen ſie den ganzen Stattrath, welcher jedoch von den oberen landesherrlichen Gerichten beeidiget und eingeführet werden muß. Ferner haben ſie die Aufſicht über die Gilden der Handwercker, die Aufſicht auf die Sicherheit der Statt, ingleichem das Recht, Zeughäuſer und Schießhütten anzulegen, Bürgerſchoß einzuheben, die Cämmereygüter zu benuzen, den Wegzoll von Fremden einzufordern, und an einigen Orten die Burger auch die Jagdgerechtigkeit.

Von Mecklenburg ſiehe zuvor §. 7.

Von denen Würtembergiſchen Landen ſehe man die An. 1752. erneuerte Privilegien der Statt Ludwigsburg (3): Bey denen ich nur anmercke, daß nachhero alle adeliche Obervögte im ganzen Land abgeſchafft worden ſeynd.

Ich will aber hernach auch von allerley einzelnen Gerechtſamen derer Stätte reden, wie es in Teutſchland gemeiniglich damit gehalten werde.

§. 10.

Auſſer deme haben manche Stätte hin und her, vor andern ihres gleichen, auch wohl in eben ſolchem Lande, beſondere Vorzüge und Gerechtſamen. Beſondere.

In meinem Tr. von der Landeshoheit überhaupt S. 228. u. f. auch oben in diſem Capitel, habe ich bereits mancherley davon beygebracht.

Y 2 In

(1) de Privil. Stat. Bavar. Obſ. 4.
(2) in ſeiner juriſt. Biblioth. 1. Band, S. 681.
(3) in meinem Staatsarch. 1753. 1. Band, S. 534.

In Herrn Ober-Conſiſtorialraths BüSCHINGS Erdbeſchreibung 3tem Theil kan man ebenfalls viles dergleichen antreffen: Hier aber will ich, bloß zur Probe, nur folgendes melden.

Von Braunſchweig ſagt Herr Hofrath SCHEID (1): „Wie man dann in der Beſchreibung, auf was Maaſſe die Statt Braunſchweig gegen ihren Erb- und Landesfürſten gebracht worden, beym LONDORP *Act. publ. T. 9. p. 770.* liſet, daß allererſt An. 1345. die Statt, gegen einen Pfandſchilling, ſolche (vormals Herrſchafftliche) Voigtey an ſich gebracht, und, weilen ſie nachhero weniger Aufſicht gehabt, ſich nach und nach vor anderen Unterthanen etwas beſonders zu arrogiren angefangen habe, ſo, daß durch ſolche Gelegenheit ihre Macht und Muth ſo ſehr gewachſen ſeye, daß ſie endlich denen Landesherren allerhand Conditionen, wie und welchergeſtalten ſie denenſelben huldigen wollte, vorgeſchriben.“

Die Freyheiten und Gerechtſamen der Statt Daſſel im Hildesheimiſchen, hat Herr HINüBER (2) aus verſchidenen Urkunden dargelegt.

Die Statt Emden in Oſtfrießland ware beynahe eine Reichsſtatt, hatte vile vorzügliche Rechte, maßte ſich deren noch mehrere an, und machte ihren Landesherrn bey 150. Jahre viles zu ſchaffen; ſo, daß man ein ganzes eigenes Buch davon ſchreiben könnte: Aber eben um ſolcher Weitläufftigkeit willen muß ich den Leſer, in Anſehung deſſen, was ſich biß auf das Jahr 1721. zugetragen hat, auf Hrn. Canzlers von BRENNEISEN Oſtfrieſiſche Hiſtorie und Landesverfaſſung, wie auch auf MüLLERS juriſtiſch- und hiſtoriſche *Electa* verweiſen; in Anſehung der folgenden Zeiten aber auf die vile in denen oſtfrieſiſchen innerlichen Streitigkeiten zum Vorſchein gekommene Schrifften, und ergangene Reichshofräthliche Erkenntniſſe.

Seit deme die Statt nun unter dem König in Preuſſen ſtehet,

(1) in den Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staatsrecht, S. 339.
(2) in den Beytr. zum Braunſchw. u. Hildesh. Staats- ꝛc. Recht, 1. Theil, n. 4.

ſtehet, und keine Holländiſche Garniſon mehr hat, iſt es ſtille worden.

In denen alten Oſtfrieſiſchen Streitigkeiten ſprache der Kayſer An. 1597. unter anderem: „ Daß dann Graf Edzard der Statt Emden verſprochen, ſie, ohne einige Verhinderung, zu ewigen Zeiten, bey allen ihren Privilegien, Freyheiten, Rechten, alten Gebräuchen und Ordnungen, keine ausgenommen, benenntlich aber denen Privilegiis, Freyheiten, Rechten, alten Gebräuchen und Ordnungen, welche von weyland Carolo M. Sigismundo, und andern Röm. Kayſern den Frieſen insgemein verliehen, auch Kayſers Maximiliani I. zweyen Privilegiis, (deren eines über die Vorbeyfahrt auf dem Embsſtrohm den 4. Nov. An. 1494. das andere, der Statt Wappen anlangend, An. 1495. datirt, gemeldter Statt Emden in ſpecie gegeben,) ruhig verbleiben zu laſſen; ſolches iſt an ihme ſelbſt billig: Es ſollen aber nichts deſto weniger Ritter- und Landſchafft, Stätte und Stände, wie auch die Statt Emden, Uns um Confirmation jeztgedachter alter Kayſerlicher Privilegien anſuchen; darauf Wir Uns alsdann mit Gnaden zu erweiſen gedencken. “

Von der Lüttichiſchen Statt Haſſelt Verfaſſung und einem zwiſchen dem Stattmagiſtrat, ſo dann dem Fürſtlichen Tribunali viginti duum Virorum, wie auch denen Schöffen der Statt Lüttich, entſtandenen, endlich an das Cammergericht gediehenen, und allda An. 1771. entſchidenen, Jurisdictions-Streit findet man bey dem Freyherrn von CRAMER (1) umſtändliche Nachricht.

Die Statt Hildesheim glaubt, berechtiget zu ſeyn, Notarien zu creiren: Auch eignet ſie ſich das jus Dominii eminentis, oder der obriſten Herrſchafft über der Einwohnere Perſonen, Güter und Vermögen, zu.

Von der Statt Münſter, in dem Hochſtifft gleiches Namens, habe ich ſchon anderwärts (2) etwas gemeldet, und wir werden hernach hören, was die Statt An. 1648. ſich vor man-

 cherley

(1) Obſerv. 1436. Tom. 6. p. 407. ſeqq.

(2) im Tr. von den R. Ständen, S. 1137.

cherley Freyheiten von dem Kayſer ausgebeten, auch zum Theil erhalten habe, zum Theil aber nicht. Dahin gehöret auch diſes Reichs-Hofraths-Concluſum:

26. Nov. 1648.

Münſter Statt, ſive Burgermeiſter vnd Rath daſelbſt de præſ. 23. hujus Agunt gratias pro re ſolutione Cæſarea de dato 27. Decembris An. 1647. in puncto confirmationis privilegiorum & extenſionis privilegii de non appellando auf 300. Goldfl. Petunt autem wegen der vbrigen Puncten welche zum Theil auf des Churfürſtl. Collegii theilß des Hrn. Churfürſten zu Cölln auch ſonſten anderer Stenden vnd intereßirten Conſens verwieſen, als wegen der Münz-Gerechtigkeit, amortiſation vnbeweglicher Güter durch die Geiſtlichen vnd wegen der Waſſerfahrt ein Kayſerl. Decret vnd Declaration bey erlang- vnd vorweiſung jezt gemelten Conſenſus als vmb welchen ſie ſich bewerben wolten, Ihr Kayſerl. Majeſt. alsdann ihnen mit der allergnädigſten Bewilligung gratificiren wollen. Apponunt extractum Protocolli.

Bleibt in einem vnd andern bey vorig Kayſerl. Reſolution.

Wegen der Statt Roſtock Privilegien erkannte der Reichs-Hofrath (1):

1. Daß, da die zwiſchen dem Hauſe Mecklenburg an einem und der Statt Roſtock am andern Theil An. 1573. und 1584. aufgerichtete Erbverträge pro Legibus Civitatis fundamentalibus eingeſezet, folgends auch von Kayſern zu Kayſern, und von Fürſten zu Fürſten, ingleichem von dem damals regierenden Herzogen ſelbſt, confirmirt, auch ſolche, in vim Contractus & Obligationis wohlbedächtlich eingegangene und placidirte, Erbverträge von Alters hero in viridi Obſervantia unverrückt gehalten worden; ſo ſolle diſe Statt bey denen ſo theuer erworbenen, und toties beſtättigten, Erbverträgen unbetrübt und unbeeinträchtigt gelaſſen, darwider nicht gehandelt, noch mit contrairen Strafbefehlen beſchweret werden. (Mand. S. C. Cæſ. d. d. 13. Maji 1670.)

2. Als auch der Herzog Carl Leopold, wider ſolche Erbverträ-

(1) Vorber. zu den Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenb. S. 30.

verträge An. 1714. und 1715. der Statt die ihr competirende Jura Præſidii, Acciſarum & Venationis, entziehen wollte, und, wie man an Seiten der Statt ſolche Jura nicht vergeben konnte, darüber dennoch, durch Gefängniß und anderes hartes Tractament, einen andern präjudicirlichen eydlichen Vergleich erzwang; ſo ward, nach ergangenem Voto ad Imperatorem (ſ. Concluſ. d. d. 26. Nov. und 23. Decem. 1715. 10. Mart. 1716.) ſolcher erzwungener Vergleich, als den Erbverträgen zuwider, nebſt dem demſelben anhängigen Jurament, vom Kayſer alſofort vor null und nichtig erklärt; (Concl. Cæſ. d. d. 26. Maj. 1716.) und zwar cum comminatione, daß, auf den Fall nicht erfolgender Parition, das auf das Chur- und Fürſtl. Haus Braunſchweig-Lüneburg eventualiter zugleich erkannte Kayſerl. Conſervatorium ohne Anſtand expediret und verabfolget werden ſollte; (cit. Concluſ. d. d. 26. Maj. 1716.) worauf nachgehens, (per Concluſ. d. d. 21. Aug. 1716.) die Expedition ſothanen Conſervatorii würcklich erkannt worden: Als aber, dem allem ohngeachtet, die Statt zum andernmal gezwungen ward, den neuen Vergleich Anno 1716. mit einem Eyde zu ratificiren; ſo iſt auch diſe Ratification, ſamt dem ſelbiger angehängten Jurament, vom Kayſer annullirt, und das Conſervatorium darauf mit extendirt, (Concluſ. Cæſ. d. d. 26. Aug. 1716.) wie nicht weniger vorberegtes Conſervatorium im Jahr 1717. bey gleichfalls erfolgtem Kayſerl. Conſervatorio für die Ritterſchafft, nochmals ſpecialiter confirmirt, und anbey ſowohl der Vergleich vom 21. Aug. 1715. als deſſen Ratification vom 1. Aug. 1716. ſamt der abgenöthigten neuen Agnition vom 24. Sept. 1716. nochmals für null und nichtig erkläret, (Reſc Cæſ. d. d. 22. Oct. 1717.) ſolches alles auch à Commiſſione Cæſarea vollführet worden; (per Decr. Commiſſ. d. d. 28. Jun. 1719.) Ingleichem ward vom Kayſer dem Herzog anbefohlen, ſolche erzwungene und vor null declarirte Vergleiche der Statt originaliter zu retradiren; widrigen Falles dieſelbe, nebſt denen übrigen darzu gehörigen Schrifften und erfolgten Agnitionen, ſamt und ſonders, pro mortificatis geachtet und erkläret werden ſollten; (Concluſ. Cæſ. d. d. 5. Mart. 1720. Membr. 3.) wie denn auch endlich dieſel-

dieſelbe vom Kayſer ausdrücklich pro mortificatis & caſſatis erkläret worden; (per Concluſ. vom 13. Apr. 1733.)

3. Als nun, nachdem vorberegte neuerliche Vergleiche vom Kayſer caßirt, und der Herzog von der Kayſerl. Commiſſion erinnert worden, der Statt eine andere Confirmation ihrer Privilegien in forma conſueta & antiqua, und mit Auslaſſung der in dem annullirten Vergleich eingerückten neuerlichen Clauſul, auszuſtellen; (Decr. Commiſſ. d. d. 5. Aug. 1719.) ſolches auch von der Commißion nochmals wiederhohlt, (per Decr. Commiſſ. d. d. 15. Sept. 1719.) und, auf erſtatteten Commißionsbericht, gleicher maſſen vom Kayſer unmittelbar injungiret worden, mit der Verwarung, daß widrigen Falls ſolche Confirmation vom Kayſer Selbſt ertheilt, und aus der Reichscanzley expedirt werden ſollte; (Concluſ. Cæſ. d. d. 5. Mart. 1720. Membr. 3.) ſo iſt endlich vom Kayſer ſolche Confirmation der Privilegien nach alter Form, und mit Auslaſſung der neuerlichen Clauſul, ertheilet worden, (per Concluſ. vom 13. Apr. 1733.) und ſoll die Statt bey allen vom Kayſer aufs neue confirmirten Privilegien und Freyheiten gelaſſen werden. (Concluſ. Cæſ. vom 12. Nov. 1734.)

Diſe Privilegien der Statt Roſtock ſeynd zuſammen im Druck herausgegeben worden.

Von denen Schuzverträgen ꝛc. zwiſchen Landſtätten und benachbarten Reichsfürſten wird in meinem **Teutſchen Nachbarlichen Staatsrecht** geredet.

§. 11.

Magiſtrat. Von dem alten Zuſtand der Stätte in Anſehung deren Regierung durch die Landesherrliche Advocaten oder Stattvögte, ſo dann die Stättiſche Rathscollegia, kan man auch Herrn Hofrath SCHEIDEN (1) nachſehen.

Alle Stätte pflegen nunmehro einen eigenen Magiſtrat zu haben. Selbiger beſtehet entweder bloß aus Burgermeiſtern und Gericht, oder aus Burgermeiſtern, Gericht und Rath.

In einigen Landen iſt ein Landesherrlicher Beamter denen Stattmagiſtraten als Haupt vorgeſezt, ohne welchen ſie ordent-

(1) in ſeinen Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staatsrecht, S. 368.

ordentlicher Weiſe nichts verhandlen dörffen: Anderwärts aber weißt man nichts davon.

Wie es wegen der Wahl derer Magiſtrate und deren allenfallſiger Beſtättigung zu halten ſeye? kommt auf jeden Landes oder Orts beſondere Verfaſſung an.

In der Chur-Trieriſchen Statt Coblenz iſt ein Mitglid der nider-Rheiniſchen Reichsritterſchafft Ritter-Burgermeiſter.

Um das Jahr 1728. klagte beſagte Ritterſchafft am Reichs-Hofrath wegen des von ihme abzulegenden Eydes: Der Reichs-Hofrath aber ſchloſſe den 28. Maji: Nachdeme die von dem von Elz dem Ritter-Burgermeiſter-Eyd anzuhängen vermeinte Verwahrungsclauſul für eine Neuerung anzuſehen; als ſeye ſolche von dem Magiſtrat zu Coblenz nicht unbillig verworffen worden: Und hätten dahero die zu ſolchem adelichen Burgermeiſter-Amt erwählte Ritter hinkünfftig den Ritter-Burgermeiſter-Eyd in alter herkommlicher Form, ohne einige ſelbſt anmaßliche Aenderung, neuerlichen Zuſaz, oder ſonſt nicht üblich geweßte Erklärung und Verwahrung, unweigerlich abzulegen; zumalen ſolches im übrigen ihrer Immedietät und andern Ritterſchafftlichen Juribus, in dem Stand, wie ſie ſich dermalen befinden, ohnedem unſchädlich und unnachtheilig ſeyn ſolle.

Von Bayern berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Die bürgerliche Gerichte werden in Bayern meiſtens durch die Wahl erſezt; doch muß ſolche zum Hofrath, oder in denen Rentämtern zu der Regierung, ad confirmandum eingeſendet, oder, wie es an verſchidenen Orten gebräuchig iſt, in præſentia Commiſſarii Electoris vorgenommen werden. Die Rathswahl der hieſigen Reſidenzſtatt München gehet immediate durch den Geheimen Rath.“

Von dem Stattrath zu Berlin ſehe man an unten (2) angezeigter Stelle nach.

Der

(1) in den Anmerck. ad Cod. jud. Bavar. Cap. 2. §. 1. S. 40.
(2) in der Beſchreib. von Berlin, (1769.) S. 170.

Der König in Preuſſen befahl An. 1767. 21. Febr. (1) daß bey allen Wahlen der Magiſtratsperſonen in Pommern, ehe ſelbige gültig ſeyn können, die Approbation desjenigen Landescollegii, worunter die Sache reſſortire, darüber nachzuſuchen, gehalten ſeyn ſolle: Wann ſich aber die Mitglidere des Magiſtrats bey einer vorfallenden Wahl nicht vereinigen könnten, oder Vota paria vorhanden wären; ſollen Vota Singulorum an die nächſte Inſtanz eingeſendet werden.

Von denen Braunſchweigiſchen Landen meldet Herr Hofrath SCHEID (2): „In allen Stätten des Landes Wolfenbüttel, (ausgenommen Braunſchweig,) ſind Fürſtliche Statt- oder Gerichts-Schultheiſſen, die im Stattrath präſidiren. = = Und eben ſo iſt es auch in denen Churlanden, in Anſehung der groſſen Stätte; einige wenige, z. E. Lüneburg, Hanover, Celle, Einbeck, ausgenommen: Dann obgleich zu Hanover ein Königlicher Gerichtsſchultheiß iſt; ſo führet doch derſelbe blos das Präſidium in der Neuſtatt, und hat auf dem Rathhaus in der Altſtatt keine weitere Jura.“

Von der Statt Lüttich Verfaſſung handlen diſe Reichshofraths-Concluſa:

28. Jun. 1647.

Leodienſis Episcopatus, ſive Joannes Tyria de præſ. 25. hujus producit mandatum procuratorium à quibusdam ex Conſulibus Leodienſibus & Conſiliariis Conſilii ordinarii Epiſcopi & Principis Leodienſis nec non à Nicolao Roſcio ſtatuum Patriæ Leodienſis & Comitatus Loſſenſis Deputato Commiſſario tam pro ſe quam ſuis confratribus abſentibus, & conqueritur ipſorum nomine, quod contra antiquum inſtitutum & confirmationem Ferdinandi I. Imperatoris in nupera Electione Conſulum in menſe Julio Anni 1646. in Comitiis Provinciæ Leodienſis propoſita fuerit annua deſignatio euchendorum ad tribunal in memoriali denominatum Deputatorum, utque dignitatis iſtius incapax foret, qui in Conſilio Principis & Episcopi Leodienſis

(1) H. GEGELS Samml. landesherrl. Verordn. 1. Band, S. 400.
(2) in den Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staatsrecht, S. 368.

dienſis ordinario, aut ſcabinorum Leodienſium munus ſuſtineret, unde quibusdam adempta dignitas, quæ usque ad ipſorum vitam apud illos manere debeat, aliisque in eorum locum ſubrogati, petit mandatum caſſatorium & inhibitorium.

Includatur Domino Electori Colonienſi tanquam Episcopo & Principi Leodienſi pro informatione.

19. Sept. 1651.

Lüttich Stadt, ſive Geörg Melchior von Ganß, Chur-Cöllniſcher Reſident ſub præſ. 7. hujus in puncto petitae confirmationis ordinationis eligendi magiſtratus, berichtet, was geſtalt gemelte neue Burgermeiſter Wahl-Ordnung allbereit vorig- vnd dieſes Jahr obſervirt, auch ſchid- vnd einhelliglich vollzogen vnd alſo nunmehro duplici actu von den Lüttichern ſelbſten ratificirt vnd beſtättigt worden. Damit nun ſolche hochnöthige et pro majori tam juſtitiæ quam politiæ regimine circa Magiſtratus electionem aufgerichte Verordnung künftiglich in ſtettem beſtendigen reſpect erhalten werden möge, Bitte nochmalen die Confirmation darüber zu ertheilen. Apponit A.

Ihr Kayſerl. Mayeſt. loco voti gehorſamſt zu erinnern, weilen vom Herrn Churfürſten zu Cölln vorbracht wird, daß nit allein das Dom Capitl, ſondern auch die Conſules jurati & Concilium ſelbſten in dieſe neu angeſtellte Burgermeiſter Wahl-Ordnung verwilliget, dabey auch ferners vorkomt, daß ſelbige per binos actus vorig- und jeziges Jahrs fridlich vnd ohne jemands contradiction practicirt worden, auch in den Reichshofraths alten actis Nachrichten vorhanden, daß ſowohl vom Kayſer Rudolpho als Matthia damalige Confirmationes auf dergleichen narrata ohne Vernehmung der Stadt ebenmeßig ertheilt worden. Als hette Reichshofrath dieſer geſuchten Confirmation halber in communi forma deſtoweniger Bedencken.

Von der Fürſtenbergiſchen Statt **Engen** kan ich diſes mittheilen:

19. Sept. 1653.

Lupfiſche Reichs Lehen, ſive die Stadt Engen, aut ejus nomine Dr. Wolſching de præſ. 11. hujus, beſchwert ſich zum höchſten, was geſtalt aus Ermanglung eines Schultheiſſen in der Stadt kein einige Juſtiz oder Policey gehalten werde, dahero alle Laſter überhand nehmen, und weilen wegen Strittigkeit der Lupfiſchen Lehen dieſes Schultheiſſen-Amt bishero unerſezt geblieben, als bittet er, Ihr Kayſerl. Mayeſt. wollten dem Herrn Biſchoffen zu Coſtanz gnädigſte Commißion auftragen, daß er vermittelſt derſelben aus ihren Mitteln einen zu dieſem Schultheiſſen-Amt beſtelle, welcher hernechſt im Nahmen Ihrer Kayſerl. Mayeſt. bey und in der Stadt die gebührende Juſtiz adminiſtrire und die begangene delicta beſtrafe.

Scribatur dem Rath der Stadt Engen, daß ſie zween von ihrem Mittel, ſo zu dieſem Schultheiſſen-Amt tauglich vorſchlagen, daß alsdann Ihr Kayſerl. Mayeſt. einen aus denſelben verordnen werden.

22. Sept. 1653.

Engen Statt ſive der Graf von Fürſtenberg ad nuperum concluſum de 19. hujus wegen Erſezung des Schultheiſſen Amt daſelbſt de præſ. hodierno bittet, ihme der Stadt Memorial communiciren zu laſſen.

Communicetur ad Notitiam mit Erinnerung, was Ihr Kayſerl. Mayeſt. künfftig dißfalls anordnen werden, ſolches ohne präjudiz ein oder des andern prätendirenden Theils ſeyn ſolle.

7. Nov. 1653.

Engen Stadt, die Erſezung des Schultheiſſen Amt betr. ſive Burgermeiſter und Rath daſelbſt, aut eorum nomine Matthias Wolſching de præſ. 18. Octobris agit gratias wegen des lezten Kayſerl. Beſcheids, berichtet aber dabey, daß dieſes Schultheiſſen-Amt Beſtellung ehender nit beſchehen könne, bis zuvor der Magiſtrat ordentlicher Weiß dem alten Herkommen nach beſezt und daraus allererſt ein Schultheiß erkieſet, und bittet nochmahlen, dem Herrn Biſchofen zu Coſtanz die Commißion dahin aufzutragen, daß er in Nahmen Ihrer

Ihrer Kayſerl. Mayeſt. den Rath fürderlich erſeze, 2. daraus einen qualificirten zu dem Schultheiſſen-Amt anſeze, und pro 3tio: daß der Schultheiß alsdann ſamt ſeinem angehörigen Richter in ſchweren vorfallenden Sachen zu bemeltem Herrn Commiſſario dem Biſchofen zu Coſtanz ſeinen Recurs nehmen und ſich unterweilen ihres Verhaltens Beſcheid erhohlen ſollen.

Econtra Graf Friderich Rudolf von Fürſtenberg de præſ. 5. hujus, bedanckt ſich der jüngſt den 22. Sept. beſchehenen Communication & allegat cauſas, warum ihme zu Präjudiz als inveſtito Vaſallo in die ſuchende Commiſsion mit zu verwilligen, zumahlen er an ihme in adminiſtranda juſtitia bis daher nichts erwinden laſſen, auch noch erbietig, wann nur der Stadt Widerſezlichkeit aus dem Weg geraumt, als aus welchem Theil als ihr privatum und die Unterdruckung der Gemein ſuchen, noch ferner die gleichmäßige Juſtiz zu adminiſtriren, & petit, ihme die Erſezung des Raths und des Schultheiſſen-Amts zu deferiren, oder aber, da Ihr Kayſerl. Majeſt. deſſen Bedencken hätten, ſolches Werck einem ſeiner der Ort befindenden Diener, welcher von Ihrer Kayſerl. Mayeſt. dependire, aufzutragen, Apponit Lit. A. B.

Fiat Commiſſio auf den Land-Commenthur zu Abſchauſen, mit Befelch, daß er in Nahmen Ihrer Kayſerl. Mayeſt. den Rath zu Engen dem alten Herkommen gemäs ehiſt erſeze und daraus alsdann Ihrer Kayſerl. Mayeſt. mit angehängtem Gutachten zwey Subjecta zu dem Schultheiſſen Amt vorſchlage, daraus alsdann Ihr Kayſerl. Mayeſt. einen benennen wollten, & mandetur Commiſſario, daß er bey dieſer occaſion ſich erkundige, was vor Strafgelder vor dieſem bis dato bey der Stadt einkommen, und wohin ſie verwendet worden. Et hoc intimetur der Stadt Engen, daß ſie in ſchweren etwa vorfallenden Sachen ihren Recurs nirgend als an Ihr Kayſerl. Mayeſt. nehmen. Et hæc omnia ohne ein oder des andern prätendirenden Theils präjudiz und Nachtheil.

Wie es zu Emden mit Erſezung der Burgermeiſter- und Rathsſtellen ſolle gehalten werden, wurde An. 1597. durch einen Kayſerlichen Ausſpruch entſchieden.

Anno 1611. vergliche man ſich weiter: „ Die Regierung vorbeſagter Statt Emden ſoll alleine ſtehen und ſeyn bey den geſammten Burgermeiſtern und Rath, und denen Vierzigern: Sie ſollen aber bey demjenigen bleiben, welches ihnen bey ihrer Einſezung und in den vorhergehenden Verträgen iſt anvertrauet. “

Der Statt **Eſſen** wurde vom Cammergericht An. 1670. die An- und Abſezung des Raths zuerkannt.

Von denen wegen der Magiſtratswahl allda zwiſchen der Fürſtin und der Statt aber dennoch gleich An. 1676. entſtandenen neuen Streitigkeiten werde ich hernach reden.

Was das Cammergericht An. 1756. wegen der Anverwandtſchafft in dem Magiſtrat zu Roſtock geſchloſſen habe, ſehe man hernach §. 22.

Wo eine Statt aus verſchidenen Theilen beſtehet, iſt zuweilen auch der Magiſtrat getheilt, oder auch nur in gewiſſen Stücken gemeinſchafftlich.

Ehe zu **Berlin** unter König Friderich Wilhelm die Vereinigung aller Stattheile unter einen einigen Magiſtrat zu Stande kame, hatte jeder Theil einen eigenen Rath.

Zu **Hildesheim** (1) hat die Altſtatt einen eigenen Rath, und die neue desgleichen; jeder hat die civil- und criminal-Gerichtbarkeit. Von dem Rath der Altſtatt wird entweder an die Regierungscanzley, oder das Hofgericht, von dem Magiſtrat der Neuſtatt aber zuerſt an das Domprobſteygericht, und von diſem an die eben genannte Biſchoffliche Gerichte appellirt: In gemeinen Stattſachen beyder Stätte hingegen machen die Räthe beeder Stätte ein geſammtes Collegium aus.

An einigen Orten beſtehet der Stattrath auch aus verſchidenen Gattungen. Z. E.

Zu **Hildesheim** (2) aus zwey Stühlen, dem Rath- und Ständeſtuhl: zu welchem lezteren die Deputirten der Gemeinden, Aemter und Gilden gehören.

Anderwärts theilet ſich, ſchon berührter maſſen, der Statt-

(1) H. BüSCHING S. 2878.

(2) ibid.

Stattmagiſtrat 1. in das Gericht und 2. den Rath; da dann zwar die Gerichtsverwandte mit in dem Rath ſizen, die Rathsverwandte hingegen nicht mit in dem Gericht.

Die Gerechtſame derer Stattmagiſtrate ſeynd überaus verſchiden, und müſſen nach jeden Landes oder Orts beſonderen Verträgen, Freyheiten, oder Herkommen, beurtheilet werden. Allerley davon ſehe man hernach.

Der König in Preuſſen erlieſſe An. 1767. 30. Mart. ein Reglement, wie es für das künfftige in Abſicht des Voti Illiteratorum bey den Magiſtraten in Juſtizſachen zu halten ſeye; welches bey Herrn H. R. GEGEL (1) zu leſen iſt.

Daß auch Landſtätte, z. E. Wißmar, Roſtock und Stralſund, ſich eines ſogenannten Majeſtäts- oder gröſſeren Inſigels bedienen, wird, aus Herrn Hofrath KOCH (2) von Hrn. Hofrath von SELCHOW (3) angemerckt.

In einigen Landſtätten bleiben die einmal in den Magiſtrat erwählte Perſonen beſtändig dabey; in andern hingegen wird jährlich ein neuer erwählt: Z. E. (was das leztere betrifft,) zu Eſſen, Hildesheim, ꝛc.

Als Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg die Burgermeiſtere zu Parchim und Güſtrow abſezen wollte, befahle der Kayſer An. 1733. 7. Sept. und 3. Nov. ſeiner Commißion, dieſelbe in ihren Aemtern kräfftigſt zu ſchüzen und zu manuteniren.

Um das Jahr 1750. wurde zu Eſſen der ältere dirigirende Burgermeiſter, D. Kopfſtätt, durch die burgerliche Churgenoſſen von ſeinem Amt ſuſpendirt. Die Sache gediehe an den Reichs-Hofrath, welcher den 10. Dec. eine Verordnung zum Beſten des D. Kopfſtätts ergehen lieſſe; die mir aber nicht ganz bekannt iſt:

Deſſen ohnerachtet wurde An. 1751. 22. Febr. der Kopfſtätt von denen bey der Rathswahl concurrirenden Churgenoſſen ganz abgeſezt und der Lic. Nedelmann an ſeine Stelle erwählt.

Der

(1) in ſeiner Samml landesh. Verordn. 2 Theil, 6. S.
(2) Braunſchw Lüneb. Geſchicht S. 339.
(3) in ſeiner juriſt. Bibl. 1. Band, S. 904.

Der Reichs-Hofrath hingegen caßirte 1. diſe Wahl den 19. Apr. als widerrechtlich, null und nichtig. 2. Wurde der Fiſcal excitirt, gegen den Magiſtrat, beſonders den Burgermeiſter L. Nedelmann, den Wortхalter L. Spener, ingleichem die Vorſteher Pauli und Janſen, ſein Amt zu gebrauchen. 3. Wurde dem Magiſtrat befohlen, der Kayſerlichen Verordnung vom 10. Dec. alſogleich ein Genügen zu leiſten; widrigen Falles würden die, ſo die bißherige Ungebührniſſe veranlaßt, in gewiſſe Straffen aus eigenem Vermögen vertheilt, und die Kayſerliche obriſtrichterliche Befehle durch eine beſondere Commißion zur Vollſtreckung gebracht werden. 4. Ergienge ein Decret an die Burgerſchafft: Bey Vermeidung ſchwerer Kayſerlicher Ungnade, ſich zu keiner Zeit, es geſchehe unter was Vorwand es wolle, wieder beykommen zu laſſen, ohne Kayſerlichen Vorbewußt und Ausſpruch, ſich der Entſezung einer Magiſtratsperſon vom Amte durch unzeitige neue Wahl, oder andere Wege, anzumaſſen; damit der Kayſer nicht bewogen werden möge, andere gebührende und ſchärffere Vorſehung zu treffen (1).

Von einer Satisfactions-Klage gegen den Magiſtrat einer municipal-Statt dienet diſes zum Beyſpil:

Jovis 16. Jul. 1767.

Grumbrecht contra den Rath der Neuſtatt Hildesheim pcto injuriarum atrociſſimarum; ſive impetrantiſcher Anwald Lyncker ſub præſ. 9. Aprilis nup. erſtattet allerunterthänigſten Danck pro admiſſione ad jura pauperum juncte petito: pro clem. nunc renovanda Commiſſione in reverendiſſimum Dm. præpoſitum Eccleſiæ Hildeſienſis, nec non relaxandis ordinationibus Cæſareis ad litteras commiſſoriales de præſ. 6. Sept. 1759. Cum Adj. ſub Lit. E. F. & G. in duplo.

Refertur der Commißionsbericht de dato 22. Auguſti & præſ. 6. Sept. 1759. cum reliquis Exhibitis & Concluſum.

Fiat

(1) ſ. mein Staatsarch. 1751. 7. Theil, S. 139.

Fiat nunc petita Renovatio Commiſſionis Cæſareæ auf den Dohmprobſten zu Hildesheim Freyherrn von Droſte & cum Incluſione Exhibiti de præſ. 9. Aprilis anni currentis reſcribatur eidem: Kayſerl. Majeſt. genehmigten alles Innhalts was er Domprobſt ſeit der leztern Kayſerl. Verordnung de 17. Novembris 1757. in Sachen bis hiehin verfüget, und da Kayſerl. Majeſt. ſich verſäheten, daß Zweifels ohne die von Impetranten Grumbrecht modo deſſen Wittib zu nehmen geweſene Einſicht derer Greitmänniſchen Inquiſitions-Acten bereits vorlängſt bis anjezo geendiget ſeyn werde, ſo hätte er Falls die Acta würcklich zum Schluß allſchon gebracht, nach Vorſchrifft voriger Kayſerl. Verordnung de 3. Auguſti 1756. ohngeſäumt fortzufahren, wo im übrigen bey denen neuen ſich hervorgethanenen einberichteten Umſtänden, auf die gethane Anfragen ihme Domprobſten hiermit ohnverhalten bleibe, wie Kayſerl. Majeſt. die dermalige ganz neue und an der Sache ſelbſten, noch an dem facto vormaligen Magiſtrats de 1752. keinen Antheil nehmen wollende Magiſtrats-Perſonen in gegenwärtiger perſonal-criminal- und Satisfactions-Klage mit einflechten zu laſſen, keineswegs gedächten, ſo fort er Commiſſarius klagenden Impetranten Grumbrecht modo deſſen Wittib blos an die Anno 1752. vorgeweſene Magiſtrats-Perſonen, ſie ſeyen nun bereits auſſer dem gremio magiſtratus, oder annoch in ſolchem ſizende, dann derer bis hiehin allenfalls verſtorbenen ihre Erben lediglich ſich zu halten und ihre Schrifften künfftighin darnach einzurichten zu haben anzuweiſen hätte, deme ohnangeſehen jedoch die von denen Beklagten in gegenwärtiger Sache habende Köſten fortan ex ærario civitatis einsweilen und bis zum Ausgang der Sache zu beſtreiten zu ſeyn Kayſerl. Majeſt. anmit feſtſezeten; wie dann auch, Falls ſo gedachte Beklagte vormalige Magiſtrats-Perſonen einen andern Advocatum, als den bisher conſtituirten Vice-Secretarium Schmid zu Vertheidigung ihrer Rechts-Sache ſelbſten zu nehmen gedächten, ein ſolches ihnen ohnbenommen

verbleibe, anbey jedoch hätte er Domprobſt vor allen Dingen autoritate Cæſarea die Güte zwiſchen beeden Theilen Impetranten Grumbrecht modo deſſen Wittib nemlich, und denen geſamten An. 1752. vorgeweſenen Magiſtrats-Perſonen und dero Erben, jedoch ohnaufhaltlich des Lauffs des Proceſſes zu tentiren, und hierzu allen Fleiſſes ſich zu verwenden, in deſſen ohnverhoffter widriger Entſtehung aber nach Maasgab voriger Kayſerl. Verordnungen den rechtlichen Ausgang der Sache möglichſter maſſen zu beſchleunigen, und von ein- ſo andern Erfolge ſeiner Zeit allerunterthänigſt zu berichten.

§. 12.

Statt-Officianten. ꝛc.

Alle Stätte pflegen gewiſſe Officianten oder angeſehenere, ſodann geringere, Bediente zu haben. Deme, was unten §. 48. davon vorkommt, will ich hier noch folgendes beyfügen.

Einige angeſehene Landſtätte haben eigene ordentliche rechtsgelehrte Syndicos, z. E. zu Franckfurt an der Oder, Hildesheim, u. ſ. w.

Sie verſehen zuweilen die Stattſchreiberey zugleich mit.

Wegen Emden ſprach der Kayſer An. 1597. „ Alle der Statt Officianten und Diener, wes Namens die ſeyen, oder genennt werden mögen, die - - - zu Unterthalt des fridlichen Weſens, auch gemeiner Statt Beſten, dienlich erachtet, ſollen durch Burgermeiſter und Rath angenommen, beſtellt und continuirt oder verändert werden; und ſollen dieſelbe zu Hand des regierenden Burgermeiſters ſchwören, ſo wohl dem Grafen, als Burgermeiſter und Rath, getreu und hold zu ſeyn, und ferner zu richten nach der Inſtruction und Ordnung, von Burgermeiſter und Rath ihnen gegeben und vorgeſchriben. “

Folgendes Reichs-Hofraths-Concluſum, ſo zur Zeit der innerlichen Oſtfrieſiſchen Unruhen ergangen iſt, betrifft einen beſonderen Fall:

Martis 14. Oct. 1738.

Oſtfrießland contra Oſtfriesland, Commiſſionis - - -

3. Fiat Decretum an den Doctor Homfeld dahin: Daß er ſich, bey Straf 10. Marck löthigen Goldes, des Syndicats bey der Statt Emden gänzlich entſchlagen, auch von derſel-

derſelben und ihren Adhärenten bey dem jezigen Commiſſionsgeſchäfft in Oſtfrießland weder als Anwald, noch advocando, oder conſulendo, oder auf einige andere Weiſe, weder directe noch indirecte, gebrauchen laſſen, und dißfalls ſeinen ſchuldigen allerunterthänigſten Gehorſam, ſowohl bey Kayſerlicher Majeſt. als der Kayſerlichen Subdelegations-Commißion, ſofort nach Empfang diſes gehorſamſt anzeigen ſolle.

4. Fiat etiam Decretum an den Magiſtat zu Emden und die mit ihm es haltende Landſtände, des Innhalts: Nachdeme Ihro Kayſerliche Majeſt. aus bewegenden Urſachen den Doctor Homfeld von dem Syndicat bey der Statt Emden und dem Kayſerlichen Commißionsgeſchäfft in Oſtfrießland ſchlechterdings ausgeſchloſſen wiſſen wollen; als würde ihnen hiemit ernſtlich unterſagt, ſich deſſen als Anwalden, Advocaten, oder Conſulenten, oder auf einige andere Weiſe, dabey zu bedienen, und hierüber ihme, dem Magiſtrat, inſonderheit, ſub pœna nullitatis & caſſationis, anbefohlen, beſagten Homfeld nicht zum Syndico zu erwählen, und, da es allenfalls wider Verhoffen, bereits geſchehen seyn ſollte, ihne, ſogleich nach Empfang diſes, wieder zu dimittiren, auch von ſeinem allerunterthänigſten Gehorſam bey Kayſerlicher Majeſt. und der Kayſerl. Commißion die Anzeige unverzüglich zu thun ꝛc.

In Würtemberg pflegen die Stätte einen ihne beliebigen innländiſchen Rechtsgelehrten zum Stattconſulenten zu erwählen, welcher ihnen von Haus aus, auf Begehren, gegen die Gebühr, in vorkommenden Rechtsfällen, (welche nicht nach der Landesverfaſſung vor die Juriſtenfacultät auf der Univerſität Tübingen gehören,) mit ſeinem rechtlichen Gutachten an die Hand gehet.

§. 13.

Alle Stätte haben ihr gewiſſes Wappen und Sigill. Meiſtens erhalten ſie ſolche von ihren Landesherrn (1). Wappen, Sigell.

Die Statt Emden in Oſtfriesland aber bekame von Kayſer Maximilian I. An. 1495. einen Wappenbrieff.

(1) ſ. mein Tr. von der landeshoh. in Gnadenſach. S. 24.

§. 14.

Patricien. Auch in Landſtätten finden ſich hin und her Patricien, Salzjunckere, u. d. welche bald als adeliche, bald als angeſehenere bürgerliche, Familien paßieren, und bey dem Stattregiment bald einigen, bald keinen, Vorzug haben.

Von denen Gerichtsſchultheiſſen und Advocaten, welche ehemalen in denen Braunſchweig-Lüneburgiſchen Stätten die Jurisdiction exerciret, hat Herr Hofr. SCHEID (1) gehandelt, und ſagt am Ende: „Als aber die Stätte mächtig wurden, formirten ſich nach und nach Patriciate in denſelben, indeme ſich immer mehr und mehr Familien aus dem nidern Adel zur Sicherheit in die Stätte begaben, und ſichs nun zur Ehre machten, an dem Regiment ihrer Mitbürger und der Vorſorge vor das gemeine Weſen Antheil zu nehmen. Und wie auf ſolche Weiſe die Handwercker von denen negotiis publicis allmählig entfernet wurden; ſo ſahen nunmehro diſe adeliche Geſchlechter und Patricii den ihnen von dem Herzog geſezten Voigt mit ſchelen Augen an, und kaufften ſich, damit ſie völlig in ihren Ringmauern Herrn und Meiſtere ſeyn mögten, nach und nach, ſo gut ſie konnten, von deſſen Gerichtbarkeit los; welches alles der Zuſammenhang der Stättiſchen Verfaſſung zur Genüge verificiret.“

§. 15.

Burger ꝛc. Annahm. Wegen Annahm der Burger, Beyſaſſen und Juden, wird es verſchidentlich gehalten: Meiſtens dörffen die Stätte wenigſtens die erſte Sorte, ordentlicher Weiſe ſelber und allein annehmen.

Die Statt Cronenberg kame An. 1749. beym Cammergericht gegen Chur-Maynz um ein Mandat ein, de non turbando Senatum in libero Cives & Incolas recipiendi jure.

Der Kayſer ſprache An. 1597.: Es möge niemand Burger zu Emden werden, noch bürgerliche Freyheit genieſſen, er habe dann Burgermeiſter und Raths-Conſens erlangt.

Die Statt Hildesheim behauptet, daß ihro das Recht zuſtehe, Juden anzunehmen und zu geleiten.

In

(1) in den Anmerck. über mein Braunſchw. Staatsrecht, S. 368.

In der Würtembergiſchen Landesordnung lautet es Tit. 2. „Vom Burgerrecht.

1. Es ſoll fürohin in Unſerm Herzogthum, weder in Stätten oder Dörffern, Niemand, was Standes er ſey, zu einem Mitburger angenommen werden, er bring dann zuvor ſein Mannrecht, gebe das Burgerrecht, und thue darauf Uns die Erbhuldigung, und, was ſich in ſeinem Burgerrechten begäb, darum Recht zu geben und zu nehmen, und alles das zu thun, wie andere Unſere Burger und Unterthanen thun, und daß auch diejenige Manns- und Frauensperſonen, ſo in Stätten oder Flecken Burgerrecht begehren, keinen nachgehenden Leibsherrn haben, ſondern deren ledig ſeyn ſollen.

2. Und ob gleichwol einer alſo ſein Mannrecht bringt, ſoll es dennoch zu dem Willen der Amtleut und Gericht ſtehen, ihne anzunehmen oder nicht; doch Uns, als dem Landesfürſten, wo Stritt oder Klagen vorfielen, darinn Beſcheid zu geben, und Unſere Obrigkeit zu gebrauchen, unbenommen.

3. Es ſollen auch ſie, Unſere Amtleute und Gerichte, keine Wahlen oder Savoyer, ohne Unſer Vorwiſſen und Bewilligen, zu Burgern annehmen; ſo wollen Wir ihnen, dieſelbe, ohne ſondere bewegende Urſachen, anzunehmen, auch nicht befehlen.

4. Wir wollen auch, daß eine jede Statt oder Fleck hinter einem Gericht ein eigen Burgerbuch habe, darein jeder Burger, mit ſeinem Namen und Zunahmen, und von wannenher, auch auf welchen Tag er angenommen, und die Erbhuldigung neben ſeinem Burger- und Mannrecht erſtattet habe, geſchriben und verzeichnet werde. ꞏ ꞏ ꞏ “

Und in dem Erbvertrag von 1770. Claß. 6. §. 23. liſet man: „In Anſehung der Annahm der Burger und Beyſaſſen verbleibt es lediglich bey denen Landesverträgen und Lagerbüchern, wie auch dem Herkommen, und demjenigen, was oben ad Claſſ. 2. §. 4. feſtgeſezet worden; und ſoll denen Communen, welche durch Aufdringung dergleichen Burger und Beyſizer beſchwert worden, auf ihre geziemende unterthänigſte Vorſtellung, gnädigſte Remedur angedeyhen. “

§. 16.

Ausſchuß der Burgerſchafft. In einigen Landſtätten gibt es eine oder andere Art eines bürgerlichen Ausſchuſſes.

Zu Emden ſtellen die Vierziger einen Ausſchuß der Burgerſchafft vor. An. 1597. verordnete der Kayſer, wie es mit Erſezung diſer Stellen ſolle gehalten werden; mit dem Anhang: „So offt die Vierziger über einiger Sache ſich begehren zu verſammlen, ſollen ſie daſſelbige dem regierenden Burgermeiſter zuforderſt anmelden, welcher auf ihr Erſuchen wird wiſſen, ob ſolche Verſammlung zuzulaſſen?

Bey denen An. 1583. zwiſchen dem Herzog zu Mecklenburg und der Statt Roſtock gepflogenen Vergleichshandlungen wählte die Burgerſchafft zu Roſtock 100. aus ihrem Mittel, welche auch künfftig den wichtigſten Rathſchlägen, daran der ganzen Statt gelegen, beywohnen, und von dem Rath darzu erfordert werden ſollten: Die Burgerſchafft behielte ſich aber bevor, die erledigte Stellen zu erſezen; doch würden die nachherige Verträge nur unter der Statt und der vier Gewercken Inſigel ausgefertigt.

Anno 1762. beſchwerten ſich die 4. Gewercke und übrige Deputirte der Gemeine über die Kauffmannscompagnie: Der Magiſtrat erklärte ſolches für eine Zuſammenrottierung, und drohete mit der ernſtlichſten Inquiſition; immaſſen alle die Burgerſchafft betreffende Angelegenheiten mit den Hundertmännern verhandelt werden müßten, und als der Rath darauf beharrete, recurrireten die 4. Gewercke und Deputirte der übrigen Aemter und geſammten Burgerſchafft an den Herzog, welcher den Rath mit ſeinem Bericht vernahme, und darauf den 6. Apr. 1763. dem Rath einen Beſcheid ertheilte, davon er an das Cammergericht appellirte. Die Burgerſchafft übergabe zweymal beſondere Klagen über des Magiſtrats übles Regiment, worauf den 24. Oct. 1763. eine local-Commißion erkannt wurde; davon der Rath wieder appellirte: Das Cammergericht aber verwieſe alles an die Herzogliche Commißion zurück, mit dem Vorbehalt, auf erfolgte gravirliche final-Reſolution den Recurs an das Cammergericht nehmen zu dörffen: Die Hundertmänner appellirten auch, erhielten aber ebenfalls

falls abſchlägige, und zulezt bedrohliche, Beſcheide. Man verſuchte die Güte: Als aber ſolche nichts verfienge, wurde den 10. Apr. 1766. eine Herzogliche Entſcheidung publicirt. Wie es ſcheinet, wurden dadurch die damalige 100. Männer ihres Amtes entlaſſen, und verordnet, daß künfftig dieſelbe aus 50. Brauern und Kauffleuten, ſo dann 50. von den Aemtern und Gewercken, beſtehen, alle 100. Männer aber von der geſammten Burgerſchafft, welche ſie repräſentiren, abhangen ſollen. Der Rath wandte ſich davon an das Cammergericht: Die 100. Männer aber, nebſt den Brauern und Kauffleuten, als Intervenienten und Coappellanten, giengen an den Reichshofrath, und klagten puncto Contraventionis contra Privilegia & Pacta à Cæſarea Maj. confirmata, nec non res judicatas Judicii Imp. aulici in Receſſu An. 1755. denuo confirmatas.

Darauf ſtritte man: Von welchem Reichsgericht diſer Streit zu entſcheiden ſeye; und der Ausgang der Sache iſt mir unbekannt.

Mehreres davon findet man an unten (1) angezeigtem Ort; daraus ich nur noch diſes melde: Man beſchuldigte den Herzog: Die ganze Abſicht ſeiner Erkenntniß ſeye, ſich einer willkührlichen Regimentsveränderung in Roſtock anzumaſſen, und dadurch den Weg zu einem weiteren zu bahnen, beſonders die 100. Männer, ſo offt ſie ſich nicht nach dem Herzoglichen Willen bequemen wollten, allemal auf den jezigen Fuß zu behandlen. Die Brauer und Kauffleute hätten von Anfang an 60. Stimmen unter den 100. Männern gehabt, die Gewercke aber nur 40. Und wann nun jeder Theil 50. hätte, würden leicht Paria entſtehen, die Herrſchafft aber alsdann den Ausſchlag geben wollen. Die 100. Männer ſeyen unverhörter Dingen und ohne Urſach erlaſſen worden, auch nicht von denen, welche ſie angeſezt, ſondern von dem Herzog ꝛc.

Ingleichem ſehe man von diſer Sache Herrn Prof. SCHOTT (2).

Auch

(1) in meinem R. Staatshandb. 2. Theil, S. 311. u. f.

(2) in ſeiner Critic. 3tem Band, S. 7. u. f.

Auch gehöret folgendes Reichshofraths = Concluſum hieher:

13. May. 1768.

Zu Roſtock Hundert Männer contra verſchidene dortige recurrirende Aemter und den Herrn Herzog zu Mecklenburg-Schwerin appellationis & attentatorum; ſive appellatiſcher Anwald v. Fier ſub præſ. 12. Februarii anni præteriti übergiebt allerunterthänigſte Anzeige in ſatisfactionem Concluſi Cæſarei de 27. Octobr. 1766. und Darlegung der Rechtshängigkeit diſer Sache in Camera imperiali cum allegatione Exceptionum & petitione hum. pro juſtiſſime rejicienda appellatione. appon. Num. IV. usque XXI. incluſive nec non ult. Concluſo in duplo.

Idem ſub præſ. eodem überreichet allerunterthänigſten Nachtrag und ebenmäßige rechtliche Darlegung der Rechtshängigkeit diſer Sache in camera imperiali juncta petitione hum. prioribus inhæſiva. Mit Beylagen Nro. XXII. & ult. Concl. in duplo.

Idem ſub præſ. 19. ejusdem menſis & anni exhibet allerunterthänigſtes inhæſivum ad Exceptiones ſub-& obreptionis de præſ. 12. dicti menſis & anni nebſt Darlegung der offenbahren Unrichtigkeit der ap- und coappellantiſch. legitimationum ſamt Bitte: pro clem. nunc rejicienda ap- et coappellatione, & reſpective prætenſa legitimatione & ſecundum retro & hic demisſiſſime deducta decernenda. Mit Beylagen Num. XXIII. & XXIV. cum ultimo Concluſo in duplo.

Idem ſub præſ. 12. Novembris dicti anni inſtat pro reſolutione. appon. ult. Concluſum.

Idem ſub præſ. 29. Februarii anni curr. exhibet allerunterthänigſten Nachtrag ad Exhibitum de præſ. 12. & 19. Febr. anni præt. ſamt Bitte: pro clem. nunc rejicienda appellatione. Mit Beylagen Num. XXV. & ult. Concluſo in duplo.

In eadem coappellatiſcher Herzoglich Mecklenburgiſcher Anwald von Schwannaſini ſub præſ. 20. Februarii an. præt. übergibt allerunterthänigſte Anzeige ad clem. Concluſum de

22. De-

22. Decembris 1766. juncta legitimatione ad acta nec non petitione hum. pro clementiſſime adhuc concedendo termino bimeſtri ad producendum Exceptiones ſub- & obreptionis, mandata procuratoria vero interim ad acta poni jubendo cum adjunctis ſub ſig. A. & 4. nec non ult. Concl.

Idem ſub præſ. 27. Aprilis dicti anni überreichet allerunterthänigſte Exceptiones ſub- & obreptionis cum petito hum. legali. Cum adj. ſub Lit. K. usq. R. incluſive & ult. Concluſo in duplo.

Referuntur Exhibita.

11. Apr. 1768.

Zu Roſtock Hundert Männer & Conſ. contra verſchiedene recurrirende Aemter daſelbſt und den Herrn Herzog zu Mecklenburg-Schwerin appellationis & Nullitatum, ſive Walter Vincent Wieſe ſub præſ. hodierno übergiebt allerunterthänigſte Anzeige der vorhabenden Abreiſſe und deßhalb beſorgten Gefährlichkeiten nebſt Bitte: pro clem. renovando & extendendo Reſcripto protectorio. appon. Lit. A. & Concluſum in duplo.

Cum incluſione Exhibiti de præſ. 11. Aprilis 1768. reſcribatur dem Herrn Herzogen zu Mecklenburg-Schwerin: Obwohlen Kayſerl. Mayeſt. keineswegs zweifelten, daß der Herr Herzog zu Mecklenburg von ſelbſten geneigt ſeyn werde, in Anſehung des gegenſeitigen Advocati Cauſæ D. Wieſe dero Reſcript von dem 28. Jul. 1766. auch künftig in allem die behörige Folge zu thun, und weder demſelben noch deſſen Principalen wegen dieſes Rechts Streits etwas directo oder per indirectum entgelten zulaſſen. Nachdeme jedoch der D. Wieſe wegen verſchiedener Dinge ſo ihn bey ſeinem hieſigen Aufenthalte in denen Proceßſchrifften zur Laſt gelegt werden wollen, bey der Rückkehr nacher Hauß einige Beſorgnis zu haben vorgeſtellt, als werde erſagtes Reſcript hiemit nicht allein erneuret, ſondern auch dem Herrn Herzogen ſich demſelben nach des Wieſe Zurückkunfft gemäs zu halten beſonders aufgegeben; da zumal Kayſerl. Mayeſt. woferne dem Doctor Wieſe etwas in Anſehung des ermanglenden Re-

ſpects bey dem Proceß gegründet zur Laſt fallen ſollte, auf behörige des Herrn Herzogen Anzeige desfalls das Nöthige vorzukehren nicht ermangeln würden.

Eine Herzogliche bey dem Cammergericht übergebene Schrifft, darinn ſich die Verfaſſung der Hundertmänner mit mehrerem ausgeführet befindet, iſt bey dem Freyherrn von CRAMER (1) zu leſen.

§. 17.

Andere Burgerſachen.

Von anderen Burgerſachen will ich hier ſo vil melden.

Von adelichen Burgern in denen Stätten ſehe man des 3. Buchs 3. Cap.

Ob auch die Burgerſchafft in Stätten leibeigen ſeyn könne? ſiehe unten des 3. Buch, 6. Cap.

Mehreres von denen Burgern in Stätten ſehe man auch allda Cap. 4.

§. 18.

Huldigung.

Von denen der Huldigung an den Landesherrn befreyten Landſtätten habe ich in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Unterthanen Perſonen ꝛc. geredet.

Zu Hildesheim huldiget die Altſtatt nicht einmal dem Landesherrn, die Neuſtatt hingegen dem Domprobſten.

§. 19.

Religion.

Von Religionsſachen der Landſtätte will ich hier nur diſes melden.

Vile Landſtätte Catholiſcher Landesherrn ſeynd Evangeliſch, oder gemiſcht, und vile Landſtätte Evangeliſcher Landesherrn ſeynd Catholiſch, oder gemiſcht; je nachdeme es der Zuſtand des Entſcheidjahres 1624. die Verträge, Privilegien, ꝛc. mit ſich bringen.

Die Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. bey jeziger freyer Uebung der eingeführten Augſpurgiſchen Confeßion und Religion in ihren Kirchen, Schulen, Hoſpitalien, auch deren geiſtlichen Güter und Gefälle, deme zu Münſter und Oſnabrück getroffenen Friden gemäß, geſchüzet und manuteniret.

Anno

(1) in ſeiner Nebenſt. 89. Theil, S. 106. 90. Theil, S. 17.

Anno 1676. 12. (22.) Febr. aber, als an dem gewöhnlichen Rathswahltag, lieſſe die Abtißin dem abgehenden Rath ſo wohl, als auch denen erwählten Wahl- oder Chur-Männern, (die theils Lutheriſch, theils Catholiſch, geweſen,) befehlen, einen halben Catholiſchen Rath zu erwählen, und die Halbſcheid der Stattämter mit Catholiſchen zu beſezen: Als darinn nicht pariret wurde, lieſſe die Abtißin die vorgenommene Rathswahl für null und nichtig erklären, und befahle denen Burgern und Einwohnern der Statt Eſſen, bey Straf 1000. Goldgulden und der Conjuration, daß ſie die neuerwählte Rathsperſonen nicht dafür erkennen, ihnen keine Folge noch Gehorſam leiſten, bey denenſelben in keinen Klagen noch Beſchwerden ſich angeben, ſelbigen auch keine Accis, Schazung, oder ſonſten einiger maſſen, beyſteuren ſollen: Denen erwählten Magiſtratsperſonen aber wurde, bey ebenmäßiger Strafe, befohlen, ſich aller Adminiſtration und Rathsverſammlung gänzlich zu enthalten; denen Churmännern endlich wurde auferlegt, bey gedachter Strafe, innerhalb zweyen Tagen zu einer anderwärtigen Wahl zu ſchreiten; der älteſte Evangeliſche Prediger ſollte es von der Canzel publiciren, und, als der Rath es verbote, wurde er um 24. Goldgülden geſtraft, und der Abtißin Befehl durch einen Notarium an die Kirch und das Rathhaus angeſchlagen. Fridens halber wollte die Statt noch Einen Catholiſchen in den Rath nehmen: Als aber die Abtißin ſich nicht damit begnügen wollte, appellirte die Statt an das Cammergericht; die Abtißin hingegen fuhre mit ſo hefftigen Attentaten fort, daß die Statt endlich bewilligte, einen Catholiſchen halben Rath zu erwählen und aufzunehmen.

Dabey aber wurde dennoch die Klage an dem Cammergericht fortgeſezt, und daſſelbe erkannte den 9. Apr. ein Mandatum caſſatorium & de non amplius turbando contra rem iudicatam ſine - reſtitutorium vero cum clauſula; welches beym LüNIG (1) geleſen werden kan.

2) B 2 Die

(1) in des R. Arch. Spicil. eccleſ. 3ten Theil, unter den Abtiß. S. 546.

Die Abtißin muß auch ihren Zweck nicht erreichet haben, weil Herr Oberconſ. Rath BüSCHING (1) berichtet, daß der Magiſtrat zu Eſſen noch jezo Evangeliſch ſeye.

§. 20.

Kirchen- u. Schulſachen.

In noch anderen Religions-Kirchen- und Schul-Sachen haben manche Landſtätte vorzügliche Gerechtſame; doch nicht allenthalben ohne Streit.

Die Statt **Braunſchweig** hat in geiſtlichen Sachen ein eigenes Gericht, oder Unter-Conſiſtorium, von welchem aber an das Conſiſtorium zu Wolfenbüttel appelliret werden kan.

Ein Conſilium: Ob das Jus episcopale in der Statt **Eimbeck** dem Landesherrn, oder dem Rath, zuſtehe? findet man bey KLOCKEN (2).

Wegen des Kirchen- und Schulweſens zu **Emden** thate Kayſer Rudolf II. An. 1597. einen Ausſpruch (3).

Ob die Statt **Eſſen** der geiſtlichen Gerichtbarkeit fähig ſeye? findet ſich ein Aufſaz bey H. von COCCEJI (4).

Die Statt **Hildesheim** (5) hat ihr eigenes Conſiſtorium, in welchem der gemeinſchafftliche Syndicus beyder Stätte den Vorſiz hat: Die Beyſizer ſind der Superintendent, 2. Prediger aus der Altſtatt, 1. aus der Neuſtatt, die 2. älteſte Rathsherren der Altſtatt und der älteſte Rathsherr der Neuſtatt. Der Secretarius der Altſtatt führet das Protocoll.

Ferner hat ſie einen Evangeliſchen Superintendenten, und ein Gymnaſium.

Was übrigens die Catholiſche der Statt dißfalls vor Streit erregen, ſehe man in der oben angezeigten Schrifft.

add. mein Tr. von der Landeshoheit überhaupt, S. 237.

Von der Sechsſtätte in der **Ober-Lauſiz** Gerechtſamen in geiſtlichen Sachen ſehe man die oben §. 1. angezeigte Dondorffiſche Schrifft.

Anno

(1) in ſeiner Erdbeſchr. 3. Theil, p. m. 734.

(2) Conſil. Part. 3. num. 146. p. 412.

(3) ſ. Oſtfrieſ. Hiſtor. u. Landesverf. 2. Theil, S. 87.

(4) Deduct. Tom. 1. p. 921.

(5) H. BüSCHING l. c. pag. m. 1878.

Anno. 1691. verlangte der Fürſt zu Oſtfrießland beym Reichshofrath: Daß Burgermeiſter und Rath zu **Norden**, und die Burgerſchafft daſelbſten, ſich, ohne Beyſeyn, Zuzieh- und Zuſtimmung der eingeſeſſenen Eingeerbten des Amts, (als welche die Gemeine des Orts mit ausmachen,) des Juris Patronatus & eligendi Paſtores, auch andere Kirchen- und Schuldiener, ſo vil die Gemeine dieſelbe zu beſtellen bemächtiget, nicht unterfangen ſollen.

Es erfolgte aber nur der Beſcheid darauf: Der Fürſt ſolle die Sache beſſer erklären und ausführen.

Ferner verlangte der Fürſt Burgermeiſter und Rath, auch die Burgerſchafft zu Norden, ſollen ſich nicht unterfangen, den Predigern daſelbſt die ihnen von oder Namens der hohen Landesobrigkeit in der Kirchen öffentlich abzuleſen anbefohlene gemeine und andere chriſtliche Gebete, wie auch Mandata und Proclamata, zu verbieten, noch auch ſolche von den Paſtoren, unter der Bedrohung, ſonſt von ihnen geſtraft zu werden, abhohlen zu laſſen:

Es wurde aber in der auf diſe Beſchwerden ertheilten Kayſerlichen Reſolution ſolcher Punct übergangen.

§. 21.

Der Stätte Gerechtſame in Eheſachen richten ſich gemeiniglich nach denen Rechten in Kirchenſachen. Eheſachen.

In dem Oſtfrieſiſchen Vertrag von 1611. heißt es von denen Ehehändeln zu **Emden**: „ 46. So vil den Streit über die Unterſuchung und Judicatur in Matrimonial- und Eheſachen anlanget, geſchiehet hiermit die Entſcheidung, daß alle Matrimonialklagen, welche hinfüro innerhalb der Statt Emden vorfallen werden, im Namen Sr. Gnaden von dreyen von Sr. Gnaden darzu zu benennenden Perſonen, und zween aus dem Magiſtrat, nebſt einem von Burgermeiſter und Rath hinbeyzufügenden Prediger, unterſuchet werden ſolle: Und für Matrimonialſachen werden gehalten die Fragen de jure & validitate Sponſaliorum & Nuptiarum, item de Divortiis: Denn was die Unterſuchung und Judicatur derer Verbrechen betrifft, die mit vorbeſagten Quæſtionibus vermenget ſind, oder auf welchen die Proceſſe in vorbeſagten Materien fundiret

ret werden möchten; ſo wird dieſelbe demjenigen gelaſſen, welchem ſolche, vermöge Delffſyhliſchen Vertrags, und darauf erfolgter Kayſerlicher Reſolution, zukommt. "

Als (1) ein Profeſſor zu Roſtock ſich mit einer Burgers-Tochter allda verlobte, erhielte er von dem Herzoglichen Conſiſtorio Diſpenſation, daß die Copulation ohne das gewöhnliche Ausruffen geſchehen dörffte: Der Statt-Magiſtrat aber verbote die Copulation bey ſchwerer Strafe, bis der Braut Mutter, wegen unterlaſſener Proclamation, ſich mit dem Rath abgefunden hätte. Der Herzog verlangte des Raths Verantwortung, und reſcribirte darauf demſelben: Daß er des Magiſtrats angemaßtes jus diſpenſandi, ſowohl dem Buchſtaben der Statt Privilegien, als ſeinem Landesfürſtlichen juri diſpenſandi, ungemäß finde; der Rath alſo ſich aller Diſpenſation künfftighin zu enthalten habe. Der Rath appellirte davon an das Cammergericht, welches aber An. 1762. 29. Nov. nicht in der Hauptſache ſelber ſprache, ſondern ſie nur an die Austräge verwieſe.

§. 22.

Statuten. rc.

Ob? wann? und wie ferne mittelbare Stätte berechtiget ſeyen, zum Beſten ihres Statt-Weſens Statuten, Ordnungen und Geſeze abzufaſſen und auszukündigen? darinn läſſet ſich wiederum keine Regel geben; ſondern alles kommt auch hierinn auf die Landes- und local-Verfaſſung an.

Ordentlicher Weiſe ſtehet zwar wohl etwa dergleichen Obrigkeiten frey, in Kleinigkeiten Ordnungen abzufaſſen, und ſelbige münd- oder ſchrifftlich bekannt machen zu laſſen:

Was aber ein wenig von Wichtigkeit iſt, darzu wird wenigſtens die Landesherrliche Genehmigung erfordert:

Solchen Falles nun pfleget etwa Stätten erlaubet zu werden, daß ſie ſelber einen Entwurff machen, und ſelbigen der Herrſchafft zur Beſtättig- oder Abänderung übergeben.

Derer hieher gehörigen Schrifften habe ich ſchon oben gedacht.

Eine zwar kurze, aber ſchöne, chronologiſche Verzeichniß Teut-

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 37. Theil, S. 81.

Teutſcher Landes- und Stattgeſeze unter denen ſich auch vile von Landſtätten befinden, vom Jahr 1027. an, biß 1767. liſet man bey Herrn Geh. Juſtizrath PüTTER (1).

In Herrn Hofrath WALCHS vermiſchten **Beyträgen zu dem deutſchen Rechte** kommen auch vile Statuten, u. dgl. landſäßiger Stätte vor (2).

Von gewiſſer Landſtände Geſezgebungsrecht ſehe man ferner Herrn Vicecanzler STRUBEN (3).

Wegen der Statt Emden erkannte der Kayſer An. 1597. „Und ſoll ebenmäßig Burgermeiſter und Rath, zu Förderniß und Unterhaltung guter Policey, nach Gelegenheit der Zeit und Umſtände derſelben, allerhand nothwendige Statuta und Verordnungen zu verfaſſen, zu publiciren und anzuſchlagen, Macht haben, wie ſie dieſelben zu Schlichtung ſtreitiger Sachen, auch Erhaltung guter Diſciplin, Regul und Ordnung, jederzeit dienſtlich und nothwendig befinden werden.“

Der Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. zugeſprochen: Allerhand dem gemeinen Weſen nüzliche Sazungen und Ordnungen machen und publiciren zu dörffen.

Von der Gräflich-Reußiſchen Statt Gera Statuten findet man bey Herrn Prof. SCHOTT (4) Nachricht.

Zu Hildesheim macht der Magiſtrat Geſeze und Verordnungen (5).

Diſer Statt Statut von 1513. von Notarien und Teſtamenten wurde durch ein Rathsdecret von 1752. für ungültig erklärt (6).

Von der Statt Lüneburg Stattrecht, ſo von deren Syndico um das Jahr 1583. abgefaſſet worden iſt, findet man an unten (7) angezeigtem Ort Nachricht.

In

(1) bey ſeiner juriſt. Encyclop. ꝛc (Aufl. 1767.) S. 112. u. f.
(2) ſiehe z. E. Hrn SCHOTTS Critic, 6. Band, S. 7. u. f.
(3) in ſeiner Nebenſt. 1. Theil, S. 589.
(4) in ſeiner Critic, 1. Band, S. 543.
(5) H. BüSCHING S. 2878.
(6) H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 556.
(7) in den Hannover. gelehrt. Anzeig. 1753. S. 550.

In Sachen: Roſtock contra Mecklenburg, ſprache das Cammergericht An. 1756. 23. Dec. „Daß Burgermeiſter und Rath der Statt Roſtock, ſowohl die Policeyordnung zu revidiren und zu verbeſſern, als auch fürnemlich ein neues Stattrecht verfertigen und publiciren zu laſſen, als, nach Innhalt des im Jahr 1584. zwiſchen dem damaligen Herzog und Burgermeiſter u. Rath der Statt Roſtock geſchloſſenen = = Erbvertrags, ſolch verbeſſertem neuem Stattrecht auch eine andere Verordnung wegen der Anverwandtſchafft in daſigem Rath und wie es deshalben bey denen Rathswahlen künftig zu halten, einzuverleiben, auch hierbey, quoad permiſſionem & prohibitionem Graduum, tam conſanguinitatis, quam affinitatis, alles laut des im Jahr 1669. zwiſchen Burgermeiſter und Rath und der Burgerſchafft der Statt (zu) Lübeck autoritate Cæſarea geſchloſſenen = = = Vergleichs, zu reguliren; mit dem Zuſaz: Daß der älteſte Burgermeiſter, und der älteſte Secretarius, der das Archiv und Expedition unter ſich hat, in obgedachten verbottenen Gradibus nicht verwandt ſeyn ſollen; ſothanes neue Stattrecht längſtens binnen eines Jahres Friſt publiciren zu laſſen; von nun an aber nach erwehntem Lübeckiſchen Vergleiche und deſſen §. 1. ſich bey allen künfftigen Rathswahlen zu richten, ſchuldig und gehalten ſeyn; unter der ausdrücklichen Verwarnung, daß wann Burgermeiſter und Rath der Statt Roſtock diſem allem binnen geſezter Friſt nicht gebührend nachkommen wird, ſolchen Falls dem Herrn Herzogen, als Landesherrn, dergleichen Mißbräuche, wegen allzunaher Verwandtſchafft im Rath, nach Recht und Billigkeit, ſelbſt aufzuheben, der Statt ein neues Stattrecht, und zwar in contumaciam, zu ertheilen, auch ſonſt, bedürffenden Falls, ſich ſeiner landesherrlichen Oberaufſicht, rechtlicher Art nach, ohnbenommen, ſondern vorbehalten ſeye; jedoch alles diſes ſalvis omnibus Juribus ac Privilegiis, ſo der Statt zuſtehen, und unter ausdrücklichem Vorbehalt, daß alle und jegliche, ehe diſer Proceß entſtanden, erwählte und jezo ſich in dem Rath befindliche, ob ſchon unter einander verwandte, Rathsglider bey ihren bisherigen Ehrenſtellen, (jedoch ohne Conſequenz ratione futuri,) gelaſſen werden ſollen: So vil aber die Vier neue, pentente lite angenomme-

nommene Rathsherren, mit Namen: Neucranz, Weſtphal, Oswald und Schräder anbetrifft; ſo ſind dieſelbe, Falls ſie, angeblicher maſſen, einer oder mehrere, dem Innhalt des §. 1. offterwehnten Lübeckiſchen Vergleichs de An. 1669. zuwider, mit Rathsglidern allzunahe verwandt ſind, von würcklicher Seßion und Stimme im Rath, ſo lang, biß ſothane Verwandtſchafft, durch Abſterben, oder andere Veränderungen, ceßiren mögte, ſich zu enthalten, ſchuldig; jedoch mit Beybehaltung des Rathsherrens Titul und Würde, wie auch der Befugniß, mit der Zeit, und wann die Impedimenta wegen der zu nahen Anverwandſchafft gehoben ſeyen, wiederum zu würcklicher und völliger Verrichtung ihrer vorigen Rathsherren-Stellen gelaſſen zu werden, ihnen auch kein Fremder vorgezogen werden ſolle.“ Mehreres davon findet man bey dem Freyhern von CRAMER (1).

Ob ein Landesherr ein von ihme confirmirtes municipal-Statutum, ohne die Intereſſenten, und inſonderheit diejenige, ſo daſſelbe freywillig erkannt haben, und um deren Rechte es zu thun iſt, vorhero darüber zu hören, beſtändiger Weiſe wieder aufheben oder ändern könne? wurde in einem beym Reichs-Hofrath abgelegten Voto unterſucht und verneint (2).

§. 23.

Wo Landſtätte, oder deren Magiſtrate, Recht nehmen und geben müſſen? dißfalls gibt es keine allgemeine Regel. Gerichtsſtand.

Wann in Bayern Stätte und Bannmärckte in Corpore belangt werden, muß es in dem Rentamt München vor dem Hofrath, in denen übrigen drey Rentämtern aber vor denen daſigen Regierungen, geſchehen (3).

Der Altſtatt Hildesheim Magiſtrat erkennet nur die Fürſtliche Regierung für ſeine Inſtanz.

Der Statt Roſtock Forum in prima Inſtantia iſt, nach Maaßgebung der Erbverträge, regulariter nicht vor der Fürſtl. Canz-

(1) in ſeiner Nebenſt. 7. Theil, S. 64.

(2) Samml. von R. Hofr. Gutacht. 5. Theil, S. 211.

(3) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 187. S. 430.

2) C

Canzley, ſondern vor dem Land- und Hofgericht: Dahero als man ſie An. 1669. vor die Canzley zu Güſtrow ziehen wollte; ſo verbote der Kayſer ſolches per Mandatum S. C. d. d. 13. Maj. 1670.

Auch wohl einerley Statt kan mehrere unmittelbare Herrſchafften haben: Z. E. zu Hildesheim ſtehet 1. die alte Statt unmittelbar unter dem Biſchoff, 2. die Neuſtatt unter dem Domprobſt, und 3. die Freyheit unter dem Domcapitel.

Stätte, welche einen Landſaſſen zum unmittelbaren Herrn haben, müſſen auch in erſter Inſtanz vor demſelbigen ſtehen.

§. 24.

Gerichtbarkeit. Von der Landſtätte Gerichtbarkeit handelt Herr C. D. STRUBE (1): Das Hauptwerck laufft darauf hinaus (2): Daß zwar denen Stattgerichten gemeiniglich Vögte vorgeſezt geweſen, welche aber ohne Genehmigung der Burger wenig haben thun können; daß die Stättiſche Raths-Collegia nicht ſo jung ſeyen, wie Einige dafür halten wollen, und daß deren Gerichtbarkeit ſich im Zweifel über die herumligende Gründe und biß an die Landwehren erſtrecket, wann jene den Bürgern eigenthümlich gehören, und diſe auf ſolchen, nicht aber in einer Entfernung auf fremdem Grund und Boden, erbauet ſeyen.

Einige Stätte haben die peinliche und burgerliche Gerichtbarkeit, andere aber nur die leztere.

Und zwar jene und diſe bald in höherem, bald in nidrigerem Grad.

Vile Rechtsgelehrte pflegen als Kennzeichen der Obergerichtbarkeit anzugeben: Die Landſtandſchafft, das Kirchengebet für den Stattrath, die obrigkeitliche Gewalt, die Ertheilung des Burgerrechts, u. ſ. w. welche Meinung aber Herr Hofrath BROKES (3) widerlegt hat.

Herr

(1) in ſeinen Nebenſtund. Part. 5. p. 457.

(2) Vorrede, p. XIV.

(3) n. 30. ſeiner Select. Obſerv. forenſ. ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 2. Band, S. 349.

Herr Prof. HOMMEL (1) behauptet: Die Rolands-ſäulen ſeyen ein Zeichen der einer Statt verliehenen peinlichen Gerichtbarkeit, und das Schwerdt eine Abbildung der Gräflichen an die Statt übertragenen Gewalt:

Herr Hofrath von SELCHOW gloßieret aber darüber (2): Woher kommt es denn alſo, daß Göttingen keine peinliche Gerichtbarkeit hat, von deſſen ſogenannten Rolandsſäule der H. V. eine ſo klägliche Mordgeſchichte abſingt?

Von Bayern berichtet der Freyh. von KREITTMAYR (3): „Die Hauptſtätte in Bayern haben nicht nur civilem, ſondern auch criminalem, Jurisdictionem; und erſtrecket ſich ſolche zuförderſt über alle Magiſtratsperſonen, und ihre Bediente, welche in ihrer Pflicht und Beſoldung ſtehen; hiernächſt über alle Bürger, Innwohner und Fremde in dem Burgfridsgezirck, welche nicht Forum privilegiatum haben, und von der burgerlichen Jurisdiction ⸗ ⸗ ⸗ ex qualitate perſonæ vel cauſæ eximiret ſeynd.“

Nachdeme er hierauf viles von der Statt München insbeſondere angeführet, fähret er fort: „Zuweilen erſtrecket ſich die bürgerliche Jurisdiction auch auſſer des Burgfridens, wie z. E. zu Straubing und Ingolſtatt, da ganze Dorfſchafften das Burgerrecht mit zu genieſſen haben; ⸗ ⸗ desgleichen allhier zu München, allwo der Magiſtrat, ſo wohl gegen Inn⸗ als Ausländer, um das, was man ihren Bürgern ſchuldig iſt, auch auſſer des Burgfridens mit Pfandungen verfahren zu dörffen, das Privilegium hat. ⸗ ⸗ ⸗ Die andere Stätt und Märckt in Bayern, welche dem Rentmeiſteriſchen Umritt unterworffen ſeynd, haben ihre Jurisdiction meiſtentheils um gewiſſe Summen Geld, gegen vorbehaltene Reluition, an ſich gebracht: Es iſt auch ſolche nirgend gleich, ſondern an einem Ort mehr als an dem andern eingeſchränckt; derowegen man hierinnfalls lediglich auf den Innhalt ihrer Privilegien zu ſehen, und ihnen kein mehreres einzuraumen pflegt. Vilen gebühret die Abſtra-

(1) in Jurispr. Numism. illuſtr. p. 230.

(2) in ſeiner juriſt. Bibl. 1. Band, S. 59.

(3) ad Cod. judic. Bavar. S. 34. v. f.

fung derer geringen Freveln keineswegs, wann ſie gleich nicht in das Maleſiz einſchlagen. Diſen wollen die Churfürſtliche Beamte nicht einmal in denen zwiſchen der Burgerſchafft entſtehenden Raufſhändeln das Fridgebot eingeſtehen; welches jedoch B. SCHMID *Sem 1. Contr. 5.* für unbillig hält, maſſen das Fridgebot, laut der Pol. Ord. Lib. 5. Tit. 6. art. ult. eine Sache iſt, welche jedem Privato, geſchweigens einem Magiſtrat, zuſtehet. Unter denen Stätten und Märckten gibt es auch Ungebannte, welche zwar das Statt- und Marcktrecht ſo weit gaudiren, daß ſie einen bürgerlichen Magiſtrat und die Innwohner den Namen der Burger haben; allein ihre Jurisdiction gehet gemeiniglich gar auf geringe Händel; nebſt deme haben ſie keinen ausgemarckten Burgfriden, ſeynd der Landtafel nicht immatriculirt ꝛc. “

Und anderwärts (1) ſchreibt er: Von der Jurisdictione civica, welche die Statt- und Marcktsobrigkeiten über ihre Burger und Untergebene ausüben, müſſe man in Bayern den erſten Urſprung nicht in der Ottonianiſchen Handveſte aufſuchen: Denn obwohl die Hofmarchsgerechtigkeit von Ottone allen drey Ständen, mithin auch dem Burgerſtand, ſo weit er ſich im Beſiz der Hofmärchen befinde, verliehen ſeye; ſo gehe doch ſolches nur auf Bauren und Landleute, nicht aber auf Bürger und Einwohner in Stätten und Bannmärckten. Der Grund von der Jurisdictione civica beruhe alſo lediglich auf den Privilegiis und Burgfridsconceſsionen, welche die Stätte und Bannmärckte erhalten haben: Diſe variiren aber ſo ſehr, daß man keine Generalregel feſtſezen möge, welche durch die Banck angenommen werden könnte. Die Hauptſtätte in Bayern haben nicht nur civilem vel baſſam, ſondern auch altam & criminalem Jurisdictionem: Die übrige Stätte und Märckte hingegen haben ſich nur der nidergerichtlichen Jurisdiction, und auch diſer nicht aller Orten quoad omnes, ſondern, nach Innhalt ihrer Begnadigung, tantum ad certos effectus, mithin modo valde limitato, und gegen vorbehaltener Reluition, zu erfreuen.

In

(1) im Bayriſch. Staatsr. §. 190. S. 446.

In der Chur-Braunſchweigiſchen Beſtättigung der Gerechtſamen der Grafſchafft Hoya von 1706. heißt es: „2. Sollen die Stätte und Flecken in beſagten Grafſchafften ihre bürgerliche Gerichte, wie ſie dieſelbe wohl hergebracht haben, behalten, und ihnen darinn von den Beamten keine Behinderung noch Eintrag geſchehen.“

Von denen Stattgerichten in denen Heſſen-Caſſeliſchen Landen findet man ſchöne Nachrichten an unten (1) angezeigtem Ort.

In Heſſen (2) haben nicht alle Stätte die Gerichtsbarkeit, und wo ihnen ſolche auch verliehen worden, erſtreckt ſie ſich nur über die Bürger; auf die Fremden und Juden hingegen nur in wenigen Fällen: Der Beweis derſelben aber kan aus den Saalbüchern, in ſo fern es bloſſe Privaturkunden ſind, nicht geführet werden: Hingegen erſtrecket ſich die Gerichtbarkeit der Stätte auch auf die in adelichen Gütern begangene Frevel.

Wegen der Oſtfrieſiſchen Statt Emden ſprache der Kayſer An. 1597. „So vil die criminal- oder peinliche Sachen angehet, ſollen Burgermeiſter und Rath in der alten Statt und auf Faldern befugt ſeyn, gegen alle Uebelthäter, ſie ſeyen Bürger, Innwohner, oder Fremde, durch der Statt Schultheiß, vermittelſt Apprehenſion und Gefängniß procediren zu laſſen, aller geſtalt ſie nach Recht, und inſonderheit weyl. Unſers geliebten Ahnherrn und Vettern, Kayſer Carls V. peinlicher Halsgerichtsordnung, gebührlich zu geſchehen, befinden werden; jedoch mit diſem Beſcheid, daß ſie über diejenige, welche nicht am Leben, ſondern mit Ehrrührigen Strafen, Staupenſchlägen, Verweiſung der Statt, dem Pranger, und dergleichen Manier oder Form, zu ſtrafen ſeyn, die Erkenntniß, Deciſion, Verfaſſung und Fällung des Urtheils, und deſſelben Execution und Vollſtreckung, haben, und im Namen des Grafen

(1) in H. KOPPS Nachr. von den Heß. geiſtl. u. civ. Gericht. 1. Theils, 3. Stück, 4. Abtheil.

(2) Aus H. von CANNGIESSER Deciſ. Caſſell. Tom. 1. n. 147. 158. S. 609. 676. H. von SELCHOW in ſeiner juriſt. Bibl. 3. Band, S. 319. 320.

exequiren ſollen: Im Fall aber in der Examination und Erkundigung der Sachen befunden würde, daß der Gefangene am Leben ſtrafbar ſey; ſoll derſelbige, wenn er ein Bürger oder Innwohner iſt, innerhalb zweyen Tagen, ein Fremdling aber innerhalb 24. Stunden auf die (Gräfliche) Burg gelifert werden: Ueber diejenige aber, welche am Leben ſtrafbar zu ſeyn befunden werden, ſoll dem Grafen die hohe Jurisdiction bleiben, und die, welche wegen ſolcher Malefiz und Uebelthaten in Hafften gebracht, nach beſchehener Apprehenſion, innerhalb vorbemeldter Zeit, auf die Burg gelifert werden; daſelbſten man die Bürger an einem bequemen Ort, ſo abſonderlich dazu zu deputiren, verwahren ſoll, biß künfftig Burgermeiſter und Rath den neuen Bau auf der Burg verrichten, allda auch zu diſem Fall ein bequemer Ort ſoll ausgeſehen und angerichtet werden. Es ſollen auch die Gefangene, ſo Bürger und Einwohner ſeynd, aus ihren Häuſern, oder durch ihre Freundſchafft, geſpeiſet werden mögen, welche Speiſe der Hüter ihnen, den Gefangenen, treulich reichen ſoll. Ueber einen Bürger oder Innwohner ſoll folgender geſtalt der Proceß angeſtellt werden, nemlich, daß der Graf, auch Burgermeiſter und Rath aus ihrem Collegio, zu beyden Seiten gleich vil Perſonen, doch jederzeit nicht über ſechs an der Zahl, deputire, welche, wegen und im Namen des Grafen, den Proceß machen, votiren, concludiren, und die Sache zur Execution richten: Im Fall ſie ſich aber nicht vergleichen könnten, ſondern die Stimmen ſich ſtecketen, ſo ſoll alsdann der Proceß vom Grafen, wann Derſelbige gegenwärtig, oder, in ſeinem Abweſen, durch den Droſten, Burgermeiſter und Rath, verſigelt, und an eine unpartheyiſche Univerſität oder Schöppenſtuhl verſchickt, und, was dann durch dieſelbige darinnen concludirt wird, von vorberührten Deputirten angenommen, reaſſumirt, und folgends zur Execution geſtellt; gegen einen Fremden aber durch des Grafen Droſten nach alter Gewohnheit verfahren werden. Das Nachrichterſchwerdt ſoll auf dem Rathhauſe verwahrlich bleiben, und zu aller Zeit, ſo offt es begehret wird, zu Vollziehung der Juſtiz, bey der Statt oder auf der Burg, dem Scharfrichter gefolget, derſelbige Scharfrichter auch unterhalten und tractirt werden, wie bishero geſchehen.“

Anno

Anno 1611. wurde §. 41. erkläret: „Daß, daferne jemand in der Statt Emden vom Schultheiß feſte gehalten und apprehendiret wird über einiges Verbrechen, welches nach Kayſerlichen Rechten, Reichsſazungen und Landrecht, nicht am Leben, ſondern mit der Schandtonne, Geiſſelung, Verweiſung aus der Statt, Pranger, und dergleichen Pein, zu beſtrafen iſt, und in dem Examine das Verbrechen durch einige Umſtände ſolcher geſtalten ſchwerer wird, daß, wenn ſolches bewiſen, das Verbrechen nach Recht, oder des heil. Reichs Sazungen, mit der Todesſtrafe beſtrafet werden müſſe, oder, daß aus des Gefangenen Bekenntniß indicia ad torturam ſufficientia entſpringen, daß der Gefangene ein- oder mehrere am Leib ſtrafbare Verbrechen begangen; in ſolchem Falle wird Burgermeiſter und Rath die ſcharffe Befragung zugelaſſen, ſo weit, und in dem Verſtand, daß, ſo bald der Gefangene dergleichen Verbrechen bekannt, derſelbe ohne weitere Unterſuchung auf die Burg gelifert werden ſoll, damit wider denſelben ferner nach Einhalt des Delffſyhliſchen Vergleichs, darauf erfolgter Kayſerlicher Reſolution und diſes Vertrags, verfahren werden möge: Diejenige aber, welche von vorbeſagtem Schultheiß um ſolcher Verbrechen und Miſſethaten willen, ſo nach denen Kayſerlichen Rechten, Reichsſazungen, oder Landrecht, am Leben zu ſtrafen ſind, apprehendiret werden, ſollen innerhalb der in dem Delffſyhliſchen Vergleich ausgedruckten Zeit auf die Burg gelifert werden, und ſollen Burgermeiſter und Rath nicht befugt ſeyn, dieſelbe auf einigerley Weiſe peinlich zu befragen:

42. Und ſollen auch keine criminal-Sachen von Burgermeiſter und Rath in Civil- oder Geldſachen verändert, noch jemand, welcher eines peinlichen Verbrechens ſchuldig, verdächtig oder verurtheilt iſt, ohne Sr. Gnaden Bewilligung aggratiirt oder pardonirt werden; der Magiſtrat aber gehalten ſeyn, in allen zu ihrer Jurisdiction gehörigen Criminalſachen ſich nach denen Verträgen und geſchribenen Geſezen zu richten. : : : 44. Sie ſollen auch keinen Miſſethätern Geleit geben, oder diejenige, welche von Sr. Gnaden aus der Grafſchafft verwiſen ſind, in ihre Protection und Beſchirmung nehmen;

ſon-

ſondern gehalten ſeyn, ſolche verwiſene Perſonen, auf Sr. Gnaden, oder Sr. Gnaden Bedienten, Anſuchen, herauszugeben, und abfolgen zu laſſen.„

Der Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. alle und jede Adminiſtration in bürgerlich-und peinlichen Sachen zugeſprochen; mit Vorbehalt der Abtißin, die Verdammung zum Tode wie auch der Condemnirten Begnadigung und Execution; jedoch auſſer der Statt Fridpfählen: Jngleichem ſollte die Statt berechtiget ſeyn, ihre entſchidene bürgerliche Sachen zu exequiren: So dann wurde (jedoch nur in Poſſeſſorio,) erkannt: Daß die Appellationen von dem Cammergericht an den Rath, und von dem Rath an das Kayſerliche Cammergericht, ergehen ſollen.

Die Statt Hildesheim hat ausführen laſſen, daß ihro das Recht zuſtehe, daß 1. ihre Burger in erſter Jnſtanz vor dem Magiſtrat Recht nehmen und geben müßten, und 2. vor keine andere Gerichtsſtelle evociret werden dörfften, 3. daß von des Magiſtrats Sprüchen in gewiſſen Fällen nicht weiter provociret werden könne.

Jn denen Herzoglich-Würtembergiſchen Privilegien von 1753. für die Statt Ludwigsburg liſet man: „Gleichwie auch dem Ludwigsburger Stattgericht das Privilegium eines Ober-Stattgerichts, wie Stuttgart und Tübingen, dergeſtalten verbleiben ſolle, daß allen andern Stätt-und Aemtern des Herzogthums unter und ob der Steig, nach Beſchaffenheit der Sachen, dahin zu appelliren, frey ſtehe.“

Die Statt Münſter bate An. 1647. den Kayſer: Daß ſie Macht haben möge, alle rottierende ſtreiffende Parthien, Straſſenräuber und Mordbrenner, und dergleichen Miſſethäter, ſo die Statt und Land verunruhigen, wo ſie in flagranti crimine ertappt werden, auf etwa Eine Teutſche Meile nachzueilen, ſie zu verfolgen, niderzuwerffen, und alſo diſe Statt in Sicherheit, ſo vil möglich, zu ſezen und zu erhalten: Der Reichshofrath aber meldete in ſeinem den 4. Nov. erſtatteten Gutachten: „Wegen des gebetenen Privilegii zu Verfolgung der Straſſenräuber, befinde Reichshofrath, daß allbereits in der Executionsordnung verſehen, wie es mit

Straſſen-

Straſſenräubern, Mordbrennern, und dergleichen zu halten, und weme ſolches abzuwenden zuſtändig, nemlich einem jeden Reichsſtand in ſeinem Territorio: Die Statt Münſter aber weder eine Reichsſtatt ſeye, noch einig Territorium habe; dahero dieſelbe auf die Executionsordnung zu verweiſen wäre.“

Ob die Statt Osnabrück merum imperium habe? wurde am Cammergericht geſtritten, und davor gehalten: Nein (1).

In Sachen: Roſtock & Conſ. contra einige Doctores privatos daſelbſt, erkannte der Reichshofrath An. 1737. 6. Nov. „ 1. Wird das von des Herrn Herzogs Carl Leopolds zu Mecklenburg in Wismar auſſer Landes befindlichen Räthen ad Rectorem & Concilium Academiæ Roſtochienſis d. d. 10. Apr. a. c. erlaſſene Mandatum, wodurch des Appellantiſchen Magiſtrats, in Krafft der ihm zuſtehenden Jurisdiction, beſchehene Anordnung gewiſſer Gerichts-Procuratorum, auf eine ganz illegale Maaſſe, und absque omni cauſæ cognitione, verworffen werden wollen, hiemit caßiret und annulliret; als zumal ein wider die dem Appellantiſchen Magiſtrat competirende, von Kayſerl. Majeſt. allergn. confirmirte Privilegia ſo wohl, als überhaupt gegen die Kayſerliche auf die allgemeine Mecklenburgiſche Landes-Gravamina allergerechteſt ertheilte Reſolutionen, lauffendes, mithin an ſich durchaus nichtiges, Unternehmen, ꝛc. “

§. 25.

Ordentlicher Weiſe ergehen die Appellationen von der Landſtätte Beſcheiden und Urtheilen an das Landesherrliche nächſte Obergericht: Appellationen.

Doch genieſſet darinn ein- und andere Landſtatt einen Vorzug.

Wegen Emden ſprache der Kayſer An. 1597. „ Alle civil- und bürgerliche Sachen, ſo in der alten Statt und Faldern vorfallen, nemlich von Schulden, Contracten, Erbſchafften, kleinen oder groſſen, und andern dergleichen, ſollen ſtehen zur Deciſion und Erkenntniß Burgermeiſter und Raths, ſalvo

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 36. Theil, 107. S.

2) D

ſalvo jure Appellationis; welche Appellationen, nach Innhalt Unſers Anno ꝛc. 89. ergangenen Kayſerlichen Ausſpruchs, an das Hofgericht beſchehen und fürgenommen werden mögen.“

Ferner: „Die Acta, Sententien und Contracte, welche judicialiter, oder ſonſten, bey oder vor gegenwärtigen Burgermeiſtern und Rath zwiſchen Partheyen verhandelt worden, ſollen bündig und beſtändig ſeyn, ſalvo jure Tertii, & in quantum de Jure; gleichwol, daß angeregte Sententien durch das Hofgericht examinirt und nach Ordnung der Rechten confirmirt und reformirt werden; ausgenommen die Contracte, ſo Burgermeiſter und Rath mit Privatperſonen, oder ſonſten, zu der Statt Beſten, in Geld- oder Schuldſachen aufgerichtet, welche keinesweges gefochten oder beſtritten, ſondern vilmehr kräfftig ſeyn und bleiben ſollen.“

Die Statt **Münſter** in Weſtphalen hat die Freyheit, daß von ihren Urtheilen an die höchſte Reichsgerichte appelliret werden mag.

Diſe Statt hat ferner von Kayſer Ferdinand I. ein Privilegium de non appellando auf 200. Goldgulden, und An. 1647. truge der Reichshofrath darauf an, es um 100. Goldgulden zu erhöhen; der Kayſer bewilligte es auch.

Als das Mecklenburgiſche Land- und Hofgericht, dem Erbvertrag von 1573. zuwider in einer Appellationsſache, ohne des Magiſtrats zu **Roſtock**, als Judicis à quo, Bericht zu erfordern, in einer Appellationsſache Compulſoriales erkannt hatte, ward deßhalb von dem Kayſer An. 1738. 2. Oct. an das Land- und Hofgericht reſcribirt.

Als ferner diſe Statt An. 1744. in pto Privilegii de non evocando von der Fürſtl. Juſtizcanzley graviret wurde, und deßwegen an den Kayſer appellirte, ward ſolches Gravamen von der Fürſtl. Canzley ſelbſt gehoben. ſ. R. Hofr. Concl. vom 8. Jun. 1744.

§. 26.

Militare. In Militarſachen ſtehen ordentlicher Weiſe mittelbaren Communen keine Gerechtſamen zu; auſſer in ſo weit der Landesherr ſich ſolcher Magiſtrate zu Werckzeugen bedienen will,

diſes

diſes oder jenes in ſeinem Namen, auf ſeinen Befehl, und unter ſeiner Autorität, zu beſorgen.

Es kan auch wohl geſchehen, daß z. E. einer Landſtatt erlaubt wird, ſtatt der gemeinen Burger- oder Lohn-Thorwächter, eine gewiſſe Anzahl Stattſoldaten in einer Uniform und gewiſſen militariſchen Aufzug zu halten: Aber es kommet dißfalls alles lediglich auf des Landesherrns Gutbefinden an: Ob er es geſtatten will? wie fern? und wie lang?

Einige wenige anſehnliche municipal-Stätte in Teutſchland haben dißfalls ein mehreres hergebracht (1).

Herr Vice-Canzl. STRUBE (2) handelt davon: Wie weit derer in keiner völligen Unterwürffigkeit ſtehenden Landſtätte Gerechtſamen in Militarſachen ſich erſtrecken oder nicht? Er ſezet, wie billig, das meiſte hierinn auf Verträge und das Herkommen aus.

Wegen Emden ſprache der Kayſer An. 1597. „Die Bewahrung der Statt ⸗ ⸗ ⸗, ſo wohl die Erbauung und Verbeſſerung derſelben an Pforten, Brücken, Feſtung, Straſſen, Werffen, und andern, item die Beſtellung der Wacht, ſoll bey Burgermeiſter und Rath bleiben, und ſollen die Schlüſſel der Pforten und Bäume zur Behauſung des regierenden Burgermeiſters jedesmals gebracht, und die Loſung durch denſelben gegeben werden: ⸗ ⸗ ⸗ Doch vorbehaltlich, daß einige neue Beveſtigung, oder anſehnliches neues Werck, auſſer Vorwiſſen und Bewilligung des Grafen, nicht ſollen vorgenommen werden. ⸗ ⸗ ⸗ Item, ſo ſoll auch ingleichen der Stattwall an dem Uterdyke, hinter dem Haus (des Grafens) ligend, und derſelbe Uterdyck zu einer Bruſtwehr erhöhet, auf welcher ſo wohl, als auch auf dem Oſterzwinger, eine Schaar- und Schildwacht aus der Burgerſchafft geſtellt, und die Wacht verſehen, und vorberührtes Haus oder Burg hie entgegen forthin mit keinen andern Soldaten beſezt, ſondern vom Grafen ein Vogt, welcher ein Landſaß, und der Burgerſchafft nicht zugegen oder widrig ſey, darauf verordnet werden. ⸗ ⸗ ⸗ Her-

(1) ſ. mein Tr. von der Landeshoh. überh. S. 238.

(2) in ſeinen Nebenſt. Part. 1. p. 582. ſqq.

gegen aber ſollen Burgermeiſter und Rath zu Emden, auf der Statt Unkoſten, eine Burgerwacht, in ſolcher Anzahl, als ſich zu Erleichterung der Burgerſchafft und Bewahrung der Statt und Faldern, dienlich und nöthig befinden wird, annehmen und gebrauchen; jedoch ſollen ſolche unter kein fliegend Fähndel geſtellt, ſondern allein zu Bewahrung der Statt Pforten und Bäume gebraucht werden.“

Und in denen Concordaten von 1599. wurde Art 99. beliebt: „Hingegen bleibet, laut der Kayſerlichen Reſolution, Bürgermeiſtern und Rath (zu Emden,) die Verordnung der Stattwache billig, und mögen dieſelbe ihre gewöhnliche Wachtordnung continuiren: Da ſie aber einige Soldaten zur Bürgerwache in ſolcher Anzahl, als ſich, zu Erleichterung der Bürgerſchafft, auch Bewahrung der Statt und Valdern, dienlich und nöthig befunden wird, annehmen, ſollen dieſelbe zuforderſt den gewöhnlichen Bürgereyd, damit ſie Uns (dem Grafen,) und gemeiner Statt verbunden, leiſten, und unter kein ſonderbar fliegend Fähnlein geſtellet, ſondern allein zu Verwahrung der Statt Pforten und Bäume, gebrauchet werden. Zum 12. wollen Wir (der Graf,) die Verordnung thun, daß auf Unſer Haus und Burg ein Droſt oder Vogt geſezet werde, welcher ein Landſaß, und der Burgerſchafft nicht entgegen, noch zuwider.“

Anno 1603. aber vergliche ſich der Graf anderweit dahin: „Sind Se. Gnaden zufriden, daß Burgermeiſter und Rath 6. biß 700. Mann annehmen, dieſelbe, auf der Statt und des Landes Koſten, innerhalb der Statt in Dienſten unterhalten, und über ſelbige von Zeit zu Zeit einen tüchtigen Commendanten, der weder in der Grafſchafft Oſtfrießland, noch in der Statt Emden, Kriegsdienſten vorhin jemals geſtanden, beſtellen, welcher an Se. Gnaden, denen Ständen von Oſtfrießland, und der Statt Emden, den Eyd der Treue, und daß er ſich mit dem vorbeſagten Volcke bloß und allein wolle gebrauchen laſſen, die Statt gegen An- und Ueberfall von auſſen, und innwendig wider Aufruhr, zu bewahren, ingleichem gute Ordre und Wache in der Statt zu halten und halten zu laſſen, leiſten ſoll.“

Die

Die Statt Eſſen wurde An. 1670. vom Cammergericht bey Verwahrung der Mauren, Thürne, Pforten und Wehren geſchützt; doch der Abtißin bey Fridenszeiten der freye Gebrauch eines Pförtleins hinter der Abtey gelaſſen.

Die Statt Hildesheim ſtreitet mit dem Biſchoffen allda wegen des Beſazungsrechts.

Was in den Jahren 1690. und 91. für Schrifften deßwegen gewechſelt worden ſeyen, findet man beym LüNIG, (1) denen die An. 1700. und 1733. gedruckte Aſſertio Libertatis beyzufügen iſt.

Indeſſen unterhält die Statt doch würcklich 3. Compagnien zu Fuß.

Herr Vicecanzler STRUBE (2) ſchreibt: Hildesheim übe, unter Chur-Braunſchweigiſchem Schuz, das jus Præſidii aus.

Von der Statt Lüneburg kan ich diſes Reichs-Hofraths-Concluſum mittheilen:

28. Aug. 1651.

Lüneburg Statt, ſive Burgermeiſter, Rath vnd Gemein daſelbſt ſub præſ. hodierno, beſchweren ſich wider Herzog Chriſtian Ludwig, daß derſelb nit allein die tempore belli in ihre Stadt eingelegte Guarniſon der ihnen von weyl. Friderich vnd Geörgen, Gebrüdern, Herzogen zu Braunſchweig Lüneburg in An. 1637. vnd 39. gegebenen reſolution zuwider nit abführen, ſondern auch zwiſchen der Stadt Thoren einen neuen Bau und Bernſtigung mit einem Durch- vnd Abſchneidung der Stadt Wall vnd des ihnen zugehörigen Kalchbergs auch demolir- vnd Abtragung eines alten Thurn angefangen und darmit unnachläßig verfahren laſſen, weilen nun ſolches ihren privilegiis, recht vnd uralten Herkommen, auch vorerwehnter Fürſtl. Reſolution vnd dem Fridenſchluß zugegen, nit weniger zu höchſter Beſchwerd und ruin der Stadt gereiche, als bitten ſie umb ein mandatum ſine cl. avocatorium, inhibitorium, demolitorium & reſtitutorium, zu Abführung der Völcker, nider-

(1) in der Bibl. Deduct. (1745.) 1. Theil, S. 592.

(2) in ſeiner Nebenſt. 1. Theil, S. 531.

niderreiſſung des neuen Veſtungsbau, vnd reſtitution des empfangenen Geſchüz vnd ammunition auch alles wiederum in vorigen Stand, wie es vor der Fürſtl. beſezung geweſen wiederumb zu richten vnd ſie bey ihren alten Privilegiis, rechten vnd Freyheiten zu laſſen.

Die gebettene mandata abgeſchlagen.

Wegen der Statt **Magdeburg** Gerechtſamen in Militarſachen kame bey denen Weſtphäliſchen Fridenstractaten viles vor (1), und es wurde Art. 11. §. 8. *Inſtr. Pac. Osn.* beſchloſſen: Civitati Magdeburgenſi - - - (renovabitur ab Imperatore) etiam Privilegium muniendi & fortificandi, ab Imperatore Ferdinando II. conceſſum, quod, cum omni moda Jurisdictione & proprietate, ad quadrantem Milliaris Germanici extendatur: Es heißt aber auch davon: Tempora mutantur &c.

Die Statt **Minden** ſuchte bey denen Weſtphäliſchen Fridenstractaten, das Beſazungsrecht, welches ſie von etlich 100. Jahren hergebracht zu haben vorgabe, ebenfalls zu erhalten (2): Sie ware aber nicht ſo glücklich.

Die Statt **Münſter** bate An. 1647. den Kayſer: Sie zu privilegiren, daß ſie bey ihrem eigenen jure Præſidii verbleiben, und tempore neceſſitatis die Soldateſca aus den gemeinen Reichs- oder Crays-mitteln unterhalten werden möge: Der Reichshofrath aber meldete in ſeinem den 4. Nov. erſtatteten Gutachten: „Habe (dabey) Reichshofrath dencken: 1. Weil diſes eine Landſtatt, und dergleichen Conceßion in præjudicium des Landesfürſten gereiche; 2. hiedurch dem Crays mit ſeiner allgemeinen Defenſion ein Abbruch geſchehe; geſtalt allbereits in Reichsabſchiden und forderiſt in der Executionsordnung, verſehen, wie es in dergleichen Fällen, da ein- oder anderer Craysort angefochten würde, zu halten; 3. der Churfürſt zu Cölln, als Biſchoff zu Münſter, anderſt nicht, als zu einer gewiſſen Geldbeyſteuer die Statt verſchriben habe, &c.

Die

(1) ſ. H. von MEIERN Weſtph. Fridenshandl. Regiſt. voc. Magdeburg, Statt.

(2) von MEIERN l. c. 6. Band, 44. S.

Die Statt (1) behauptete indeſſen das Beſazungsrecht noch einige Jahre nach dem Weſtphäliſchen Fridensſchluß: Und als ſie darüber mit dem Biſchoff in Streit gerieth, wurde vom Kayſerl. Reichshofrath derſelben am 9. Dec. 1656. auferlegt, ihre Intention, und inſonderheit, daß ſie das jus Præſidii, ſamt der cuſtodia, ſeu jure clavium, portarum, vallorum, murorum, & ſymboli ſeu teſſeræ militaris, ab immemoriali tempore, ihrem Angeben nach, hergebracht, beſſer als noch zur Zeit geſchehen, zu beweiſen. (ſ. LONDORPII *Acta publ. Tom. 7. p. 1195.*) An diſem Beweis muß es gefehlt haben, weil An. 1659. definitive wider die Statt geſprochen, und ihr das jus Præſidii & clavium aberkannt worden. (ſ. LüNIGS *Spicil. eccleſ. P. 2. p. 542.*) Wie ſie denn auch An. 1661. zum völligen Gehorſam gebracht, und, die Schlüſſel dem Biſchoff zu übergeben, genöthiget worden. Siehe ALPEN *de vita & rebus geſtis Chriſtophori Bernhardi Epiſcopi & Principis Monaſterienſis, p. 524.*

Die Statt Osnabrück gabe bey denen alldaſigen Fridenstractaten vor: Proprium Præſidium, ex antiqua obſervantia, ut libera Civitas Anſeatica, ſemper habuimus: Sie langte aber damit nicht hinaus.

Wegen diſer Statt militar-Gerechtſamen wurde auch am Cammergericht geſtritten; beſonders: Ob ſie das Beſazungsrecht habe? und davor gehalten: Nein (2).

Die Mecklenburgiſche Statt Roſtock hingegen hat das Beſazungsrecht ſelbſt. Unter Herzog Carl Leopolden wurde viles deßwegen am Reichs-Hofrath verhandelt, und es kommen in denen lezlich 1746. in fol. gedruckten *Deciſionibus Imperialibus in cauſis Mecklenburgicis* vile Reichs-Hofräthliche Erkenntniſſe in diſer Sache vor.

In dem Vorbericht darzu heißt es davon: „Was das jus Præſidii anbelangt, welches der Statt eben ſowohl anfänglich An. 1702. zum Theil, An. 1713. aber gänzlich entzogen werden wollte; ſo ward von Kayſerlicher Majeſtät befohlen,

(1) H. STRUBENS Nebenſt. 1. Theil, S. 530.

(2) ſ. Freyh. von CRAMER Nebenſt. 36. Theil, S. 107.

len, dieſelbe in puncto Præſidii fürohin nicht zu graviren; (Concluſ. d. d. 28. Mart. 1714.) wobey es auch gelaſſen worden, obſchon der Fürſtliche Agent ſolche Expedition hindern wollen: (Concluſ. d. d. 12. Maj. 1714.) wie dann gleichfalls das Conſervatorium hierinn erkannt, und inſonderheit auch in dem Ritterſchafftlichen Conſervatorio denen hohen Herrn Conſervatoren aufgegeben worden, in die Statt Roſtock, zu Beybehaltung des derſelben zuſtehenden juris Præſidii, mit der Craysmiliz einzurücken, und diſe Statt damit nothdürftig, auch allein, folglich mit Ausſchaffung anderer etwa darinn befindlicher Soldaten, zu beſezen; (Conſervator. Cæſ. d. d. 22. Oct. 1717.) welches dann von der hohen Kayſerlichen Commißion vollzogen, und diſe Statt in das ihr zuſtehende jus Præſidii reſtituiret worden, per Decr. Commiſſ. d. d. 28. Jun. 1719.

10. Welchergeſtalt auch ferner diſem juri Præſidii der Statt proſpiciret worden, als nachgehends dieſelbe nicht nur eine Fürſtlich Schwarzburgiſche Compagnie zu eigener Guarniſon übernommen, ſondern auch einige Compagnien von denen Commißions-Trouppen, zu mehrerer Sicherheit, eingenommen; ſolches iſt mit mehrerem zu erſehen, ſowohl aus dem Revers Sereniſs. D. Commiſſarii d. d. 7. Dec. 1736. als auch aus den Concluſ. Cæſ. vom 12. Nov. 1734. 2. Maji 1735. 18. Febr. 1736. 2. Apr. 1737. Inſonderheit ſoll dem Stattmagiſtrat in Errichtung einer eigenen Guarniſon nichts hinderliches in den Weg gelegt, vilmehr die Statt bey ihrem wohl hergebrachten jure Præſidii ruhig gelaſſen, auch gegen alle Beeinträchtigung kräfftigſt geſchüzet werden.

11. Dahero, als An. 1725. von Ser. D. Commiſſario in den, der Statt zugehörigen, Flecken Warnemünde eine Beſazung gelegt worden ware; ſo improbirten Kayſerliche Majeſt. nicht nur ſolches, weil diſes Unternehmen dem der Statt zuerkannten Beſazungsrecht zuwider lieffe, ſondern befohlen auch, die daſelbſt hingelegte Beſazung ſogleich wieder abmarſchieren zu laſſen: Hätte aber ein Nothfall und Gefahr des Landes ihn darzu bewogen; ſo hätten Ihro Kayſerlichen Majeſt. er es ſogleich anzuzeigen, und dem Stattmagiſtrat die Verſicherung,

daß es ihrem juri Præſidii ohnſchädlich und ohnnachtheilig ſeyn, auch zu keinem Präjudiz angezogen werden ſolle, zu geben gehabt; wie dann Ihro Kayſerl. Majeſt. nicht zugeben würden, daß diſe Einquartierung in dem Flecken Warnemünde ihrem, der Statt Roſtock daſelbſt habenden Beſazungsrecht einigen Nachtheil bringe, auch nicht wollten, daß diſer Vorgang von Jemand zum Nachtheil des der Statt Roſtock zuerkannten juris Præſidii jemals allegiret oder angezogen werden ſolle noch könne, (Concluſ. vom 18. Febr. 1736.)

Von den Gründen des Beſazungsrechts dergleichen Landſtätte handelt Herr Vicecanzler STRUBE (1).

Von anderen mit dem Militarweſen einigen Zuſammenhang habenden Dingen will ich diſes anmercken.

Der Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. das Recht des Geleits und ſicheren Durchzugs zugeſprochen; desgleichen des Glockenſchlags und der Nachfolge.

§. 27.

Die Stätte pflegen meiſtentheils auch ligende Güter und fahrende Haabe zu beſizen, welche der Gemeinde in Corpore eigenthümlich zuſtehen; die dahero auch ſo wohl den Nuzen, als die Beſchwerden, davon hat. Güter.

Es gibt in vilen Ländern vile Stätte, welche andere Stätte, Flecken, Dörffer, Weyler, und Höfe haben, die ihnen mit der Gerichtbarkeit und Nuzungen zuſtehen.

In anderen Landen aber ſeynd diſes unbekannte Dinge. Z. E. in Würtemberg hat die einige Statt Ebingen das einige Dorff Biz.

§. 28.

Aus denen ligenden Gründen, Gebäuden, Capitalien, u. ſ. w. haben ſo dann die Stätte auch ihre Nuzungen. Gefälle.

Darzu kommen ferner, je nachdeme es die Landesverfaſſung oder beſondere Freyheiten mit ſich bringen, auch andere Gefälle, z. E. was eine Perſon bey Erlang- oder Aufgebung des Burgerrechts erlegen muß, das Standgeld an Jahr- und Wochen-Märckten, aus denen öffentlichen Fleiſchbäncken, u. d.

Die

(1) l. c. S. 582.

Die Stattcaſſen heiſſen an vilen Orten die Stattcämmerey.

Alle beweg- und unbewegliche Güter und Gefälle der Stätte ſtehen unter der Verwaltung ihrer Vorſtehere.

Mit diſer Verwaltung nun wird es verſchidentlich gehalten und bald behalten einerley Perſonen die ihnen einmal anvertraute Adminiſtration, bald wechslen ſie im Amt und der Verrechnung mit einander ab.

Ordentlicher Weiſe hat die Landesherrſchafft die Oberaufſicht darüber; dahero derſelben Bewilligung in wichtigen Angelegenheiten eingeholet, auch derſelben, oder ihren darzu Beſtellten, Rechnung erſtattet werden muß.

Vom Abzugsrecht der Stattmagiſtrate in denen Chur-**Braunſchweigiſchen** Landen hat Herr Vicecanzler STRUBE (1) gehandelt.

Zu **Emden** ſollen die Geldbuſſen der Graf, und dann Burgermeiſter und Rath, halb und halb participiren; Krafft Kayſerlichen Ausſpruchs von 1597.

Von der Chur-Maynziſchen municipal-Statt **Frizlar** laſe man in denen öffentlichen Nachrichten diſes:

„ Nachdeme, zufolg ergangenen Churfürſtlich-Maynziſcher hohen Regierungs Befehls, der gemeine Stadt-Weinſchanck hieſelbſt, oder das Privilegium excluſivum, Wein verzapfen zu dörffen, ſamt dem zu ſothanem Behuf vorhandenen ſogenannten Rathskeller, an den Meiſtbietenden auf 3. oder 6. auch mehrere Jahre, verpachtet werden ſolle, auch hierzu auf Mittwochen, den 21ten Oct. ſchiers künftig, Terminus anberaumet worden; als haben die darzu Luſttragende auf gedachten Termin Vormittags auf hieſelbſtigem Rathhaus beliebig ſich einzufinden, ihr Gebott ad Protocollum zu thun, ſofort nach Befinden, und erga Cautionem, ſich des Zuſchlags zu gewärtigen. Decretum Frizlar bey Churfürſtl. Ober-Amt den 26ten Sept. 1772.

In fidem
J. Otto Becker,
Amts-Actuarius. “

Der

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 352.

Der Biſchoff zu Lüttich verordnete An. 1754. (1) daß in der Statt Lüttich nur zween Burgermeiſtere die Obſicht und Verwaltung der Stattcaſſe haben ſollten: Der Reichs-Hofrath erforderte zwar den 19. Dec. ſeinen Bericht darüber; jedoch mit dem Anhang: Einſtweilen ſeine neue Verordnung zu ſuſpendiren, und die Sache wieder auf den Fuß zu ſezen, wie es vorhero geweſen ſeye.

Anno 1755. 31. Jul. reſolvirte der Reichs-Hofrath: Denegatis nunc Appellationis Proceſſibus, una cum reliquis Apellantium petitis, approbatur Dn. Principis Ordinatio proviſoria d. d. 10. Oct. 1754. utpote ſufficientibus rationibus ſuffulta, nec Bono publico adverſans.

In der Würtembergiſchen Statt Ludwigsburg erneuerten Privilegien von 1752. lautet es §. 3. von denen diſer Statt überlaſſenen Gefällen: „ Welchemnach auch, 3tens, dieſelbe (Statt,) alle und jede Jura, Privilegia, Beneficia, und Reditus, deren die andere Stätt und Aemter Unſers Herzogthums, Krafft Unſers Fürſtlichen Landrechts, auch Landes- und anderer Verordnungen, generaliter berechtiget ſeynd, ebenmäßig zu genieſſen und zu exerciren haben; und unter ſolchen namentlich, den Salzkauff, Weg- und Standgeld bey Jahr- und Wochenmärckten, auf freyem Plaz und im Rathhaus, gemeine Rügungen in Communſachen, (mit Inbegriff der dahin ſich qualificirenden Ungehorſams-Strafen,) doch in beederley Fällen nicht über 1. fl. 30. Kr. nicht weniger das völlige Burger- und Beyſizgeld, wie ſolches in der unter dem 28. Aug. 1738. an das Vogtamt Ludwigsburg erlaſſenen Fürſtlichen Reſolution determiniret iſt; ingleichem das, was diejenige, ſo keine Häuſer haben, wes Standes ſie auch ſeyen, und diejenige Burger, ſo keine Häuſer beſizen, biß daher vi Reſolutionis ſpecialis d. d. 11. Nov. 1732. präſtiret, in Zukunfft, ſub titulo und eigentlich loco des Stattſchadens, gaudiren mag und ſoll; jedoch, daß das Schuz- und Schirmgeld von Extraneis Unſerer Fürſtlichen Rentcammer, wie anderwärts in dem Lande, verrechnet werde. “

(1) ſ. mein Staatsarch. 1755. 1. Band, S. 441.

In dem Würtembergiſchen Erbvergleich von 1772. Cl. 6. §. 9. heißt es: „Da dem gemeinen Weſen durch die hier und da eingeführte beſtändige Burgermeiſter- und andere verrechnende Commundienſte viler Nachtheil und Schaden zugegangen iſt; als ſoll ſolches wieder gänzlich aufgehoben, und, wie bevor mit Nuzen geſchehen, als alterniren wieder eingeführt, und der Communordnung ſträcklich nachgelebet werden.“

§. 29.

Fiſcus. Fiſcaliſche Gerechtſame ſtehen denen Landſtätten ordentlicher Weiſe nicht zu.

In dem Oſtfrieſiſchen Vertrag von 1611. wurde §. 43. beliebt: „Ingleichem ſoll der Magiſtrat (zu Emden,) jemandes Güter anzuſchlagen, oder zu confiſciren, ſodann auch von allen Proceduren, welche jure Fiſci, von hoher Obrigkeit wegen, nach Beſchaffenheit und Gelegenheit der Sache, vorgenommen werden, ſich enthalten.“

§. 30.

Jagd. Einige Landſtätte haben ſich der Jagdgerechtigkeit zu erfreuen. Z. E..

Die Statt Roſtock hat die Jagden, ſo wohl in der Roſtocker-Heyde, als auf der Statt und deren Hoſpitalien auch Clöſter Gütern; vermöge der Verleih- und reſp. Beſtättigungen Henrici Leonis von Mecklenburg von 1323. ferner derer Herzoge Albrechts, Magni und Balthaſars von 1482. wie auch derer Herzoge Adolf Friderichs und Hans Albrechts von 1621. von uralters hergebracht.

Anno 1702. überlieſſe die Statt durch einen Vergleich ihre Jagdgerechtigkeit dem Herzog Friderich Wilhelm auf ſeine Lebenszeit (1):

Als aber Herzog Carl Leopold ſich derſelben dennoch anmaſſen wollte, ward die Statt dabey vom Kayſer durch ein Mandatum S. C. geſchüzt: (Concluſ. d. d. 28. Mart. 1714.) und, ob gleich der Fürſtliche Agent die Expedition hindern wollen, es dennoch dabey gelaſſen, (Concluſ. d. d. 12. Maj. 1714.) auch nachgehends nochmals Sententia paritoria erkannt: (Conclus.

(1) cit. Vorbericht, S. 36.

cluſ. d. d. 18. Dec. 1714.) Als aber ſolches alles nicht helffen wollte; ſo ward auch in hoc puncto den 26. Maj. 1716. ein Reſcriptum caſſatorium & reſtitutorium, und zugleich eventualiter das Conſervatorium auf das Chur- und Fürſtl. Haus Braunſchweig-Lüneburg erkannt, ſelbiges auch nachgehends den 21. Aug. 1716. würcklich ausgefertiget, und endlich die würckliche Reſtitution der Jagd von der Kayſerl. Commiſſion, per Decret. d. d. 28. Jun. 1719. bewerckſtelliget.

Und wie übrigens, wegen Aufhebung obgedachten mit Herzog Friderich Wilhelm errichteten Vergleichs, die Statt angewieſen worden ware, unmittelbar bey dem Kayſer die Behörde einzubringen; (per Concluſ. d. d. 5. Mart. 1720. Membr. 5. §. 3.) ſo ward darauf ſelbiger nochmals, ob evidentiam facti, & notorietatem, auctoritate Cæſarea durchgehends vor null und nichtig erkläret; per Concluſ. Cæſ. vom 13. Apr. 1733.

Ich füge diſem noch bey: An. 1715. nöthigte Herzog Carl Ludwig die Statt Roſtock, ihme die hohe und nidere oder Unter-Jagd abzutretten (1): Der Kayſer aber caßierte es.

§. 31.

Von gewiſſer Landſtätte Freyheit von Landſteuern, wie auch des Stattmagiſtrats Befügniß, die Bürger zu collectiren, hat Herr Vicecanzler STRUBE (2) gehandelt. Steuerſachen.

Die Statt Eſſen wurde vom Cammergericht 1670. von der Landſteuer, oder Schazung, freygeſprochen; doch daß ſie ihre Quotam oder Beyſteuer der Reichs- und Craysanlagen, wie bißhero, einer Abbtißin zu Eſſen, (biß am Cammergericht ein anderes geſprochen ſeyn werde,) einlifern ſolle.

Am Reichs-Hofrath aber kame diſes vor:

Veneris 6. Febr. 1739.

Zu Eßen Abbtißin contra den Magiſtrat daſelbſt ꝛc.

1. Fiat ex officio Decretum an gedachten Magiſtrat: Es hätte die Frau Abbtißin an ſie wegen der Türckenſteuer erlaſſene Kayſerliche Reſcript die allerunterthänigſte Anzeige

(1) v. LüNIG von der landſ. Ritterſch. Tom. 2. p. 524.
(2) in ſeiner Nebenſt. 1. Theil, S. 590.

zeige gethan, daß obbemeldter Magiſtrat ſich auch dißfalls Anfangs widerſpenſtig erzeiget, nachhero aber nicht mehr als 300. fl. per Abſchlag des Contingents à 844. Rthlr. 17½. Kr. bezahlet, und ratione Reſidui mit der Unmöglichkeit ſich zu ſchützen vermeine: Nachdeme aber Ihro Kayſerl. Majeſt. nicht geſtatten könnten, daß die durch einen allgemeinen Reichsſchluß bewilligte und gegen den Erbfeind der ganzen Chriſtenheit angeſehene Türckenſteuer auf einige Weiſe oder Prätext aufgehalten oder gehemmet werde; ſo würde dem Magiſtrat, ſeines ohnerheblichen und ohnerfindlichen Einwendens ohngehindert, hiemit gemeſſen anbefohlen, ſeine noch rückſtändige Quotam an die Frau Abbtißin, als ſeine Landesfürſtin, ohnweigerlich und vollſtändig, ſub pœna realis Executionis, abzutragen, und, wie es geſchehen, in zwey Monathen allerunterthänigſt anzuzeigen.

2. Hoc Decretum includatur der Frau Abbtißin in Originali & Copia, & reſcribatur eidem: Solches an dem Magiſtrat inſinuiren zu laſſen, und auf alle Weiſe dahin bedacht zu ſeyn, damit die noch rückſtändige Türckenſteuer ohne Zeitverluſt eingetriben und eingeſchicket werde: Woferne aber der Rath ſich abermals ungehorſam bezeugete; ſo hätte es die Frau Abbtißin alſofort an Ihro Kayſerl. Majeſt. gehorſamſt zu berichten, um ſodann die ohnausbleibliche Execution anordnen zu können. ꝛc.

Die Statt Hildesheim behauptet, daß ſie von der Landſteuer frey ſeye.

Die Statt Roſtock hat Anfangs An. 1482. von allen Landbeden von den Gütern innerhalb der Statt befreyet worden, ſich aber durch den Erbvertrag von 1573. diſes Privilegii, in Anſehung der künfftig einhellig bewilligenden Landhülffen, auf Maaß und Weiſe begeben (1).

Herr Vicecanzler STRUBE hat (2) den Saz ausgeführt: Der den Municipalſtätten gebührende Schoß gehöret, nach ent=

(1) ſ. Vorber. zu den Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenb. S. 26.

(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 421.

entſtandenem Concurs, in die erſte Claſſe der Glaubiger.

Weiter iſt die Frage: Ob auch mittelbare Obrigkeiten das Recht haben, Anlagen zu machen, und auf ihre Untergebene umzulegen? Einige legen ihnen ſolches bey, theils aus dem Grund, weil ſie Jurisdictionem, theils weil ſie merum & mixtum Imperium hätten; andere ſprechen es ihnen ab, weil das Steuerrecht nur denen Landesherren zukomme. Was nun die erſte Meinung anbelangt, ſo will ich nicht unterſuchen: ob die Jurisdictio und das merum & mixtum imperium in dem Verſtand, und Zuſammenhang, wie es in denen Römiſchen Rechten genommen wird, auf Teutſchland und deſſen mittelbare Obrigkeiten applicapel ſeye, ſondern es iſt genug, daß allenfalls jenes nur die Macht begreiffe, allerley burgerliche Strittigkeiten beyzulegen, diſes aber die Verbrechen zu ſtraffen, was nun aber eines oder das andere mit dem Steuerrecht vor eine Verbindung habe, oder warum diſes aus jenem flieſſen ſollte, ſehe ich nicht; was aber die andere Meinung anbelangt; ſo iſt die darinn zum Grund gelegte Regel ganz richtig: Aber eben ſo richtig iſt auch, daß dieſelbige nicht ohne Ausnahm ſeye.

Es iſt nemlich unwiderſprechlich, daß in manchen Provinzien Teutſchlandes, die Obrigkeiten derer Stätte und Dörffer, mit Wiſſen und offt deutlicher Einwilligung derer Landesherrn, die Statt-Amts- oder Dorff-Schaden (welche offt ſo vil oder mehr betragen, als die Steuer) ohnangefragt ſelbſten der Burgerſchafft auflegen und von ſelbiger einziehen, ohne daß der Landesherr etwas anderes dabey thäte, als Obſicht zu tragen, daß keine Mißbräuche dabey vorgehen und nicht mehr aufgeleget werde, als man nöthig hat, oder die Gelder zu keinen ungebührlichen Sachen verwandt werden.

Anderwärts hingegen, z. E. in **Würtemberg**, müſſen die Statt- und Amts-Vorſtehere forderiſt einen Entwurff machen, was in dem bevorſtehenden Jahr zu dergleichen Ausgaben erforderlich ſeyn möchte, und ſelbigen zur Landesherrlichen reſp. Moderation oder Ratification einſenden.

Uebrigens verſtehet ſich von ſelbſten 1. daß man hier nicht von einem unverſehenen groſſen Nothfall rede, in welchem frey-

freilich auch eine mittelbare Obrigkeit zu Rettung des gemeinen Stattweſens ꝛc. ein übriges ohne Verantwortung thun könnte, wiewol ein ſolcher Fall, da nicht zuvor mit der Landesherrſchafft oder deren Regierung communiciret werden könnte, ſich nicht leicht zutragen wird. 2. Iſt auch nicht die Frage von der Sub-Repartition derer Steuren; dann es hat ordentlicher Weiſe in jedem Lande ein Ort ſeinen gewiſſen Steuer-Fuß oder Quantum, wie vil er, wann das ganze Land ſo oder ſo vil bewilliget, daran beyzutragen habe; die Eintheilung nun diſes Quanti unter die Burgerſchafft jedes Orts wird ordentlicher Weiſe der Obrigkeit deſſelben überlaſſen. 3. Iſt die Rede nur von Herrſchafftlichen oder Landes-Steuren, nicht aber von ſolchen, welche die Obrigkeit und Burgerſchafft eines Ortes, oder diſe allein, oder gewiſſe Collegia und Zünfften zu ihrem eigenen Beſten, oder zu anderem erlaubten Endzweck z. E. dem Landesfürſten bey Antritt ſeiner Regierung eine Verehrung davon zu machen, freywillig zuſammen legen, als welches derſelben Gutbefinden überlaſſen zu werden pflegt, es wäre dann, daß zu unerlaubten Abſichten ſolcher geſtalten Geld geſammelt werden wollte oder eine Uebermaaß gebrauchet und die Unterthanen dadurch zu anderen præſtationibus publicis untüchtig gemacht würden.

Es mercket auch Herr Vicecanzler STRUBE (1) wohl an: „Die (bloſſe) Freyheit (einer Landſtatt) von Landſteuren führet (noch) keine Befügniß mit ſich, ſolche nach Willkühr von denen Unterthanen zu erheben; ſondern dazu wird der Landesherrſchafft Einwilligung erfordert, wenn ſie nicht Privilegia, oder ein beſonders Herkommen ohnnöthig machen.“

Die Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. für berechtigt erklärt, ihre Burger und Einwohner collectiren zu dörffen.

Zu **Hildesheim** (2) leget der Rath denen Bürgern die Steuern und Anlagen auf, treibet ſie ein, und wendet ſie zum gemeinen Beſten an.

Was

(1) Nebenſtund. Part. 1. p. 596.

(2) H. BüSCHING S. 2878.

Was die Anlegung des 100ſten Pfennings, Haus-und Kopfgeldes, auch anderer bürgerlicher Collecten betrifft, damit die Bürger und Einwohner der Statt Roſtock alleine, und nicht zugleich auch der fremde Mann, belegt und mit-beſchweret wird; ſo hat die Statt, Krafft Erbvertrags von 1584. §. 54. tam propter commodum & utilitatem, quam propter neceſſitatem, Urbis, Macht, auch unerſucht der regierenden Landesfürſten, nach wie zuvor, ihrer Gelegenheit nach, anzulegen und zu gebrauchen.

MICRAELIUS (1) berichtet: „Nachdeme -- Herzog (Philipp in Pommern,) ::: mit der Huldigung unterwegens auffzunehmen zu thun hatte, hat Burgermeiſter und Rath zu Stetin, weil das Rathhaus und Cämmerey in groſſe Schuldbürde gerathen, eine Bierſteuer, als vier Gulden vom Brauſel, und Kauffmanns-Zulage, darinn auf alle Kauffmannswaaren ein gewiſſes an Gelde geſchlagen war, in ihrer Statt, mit Bewilligung der ſämtlichen Kauffleute, Brauer und Gewercke angeordnet. Sie hatten ſchon für zwey Jahren es unter Händen gehabt, daß zur Ablegung der gemeinen Stattſchulden jedweder Brauer von einem jeglichen Gebrauels vier Gulden geben ſolte, aber da ſich dasmahl die Brauer drüber beſchwereten, und es darauf zum Vorbeſcheide und Verhör kam, hat der Landsfürſte ſolchem Beginnen widerſprochen, und darzeigen laſſen, daß ohne ſeine Erlaubniß keine Tranckſteuer könne angeordnet werden. Worauf auch dasmal Burgermeiſter und Rath von vorgehabtem Wercke abgeſtanden ſeyn. Nachdeme aber der Brauer, Kauffleute und Gewercke Einwilligung diſes Jahr erfolgete, als meyneten ſie, es würde von Hofe villeicht deßwegen kein Widerſpruch erfolgen. Aber ſo bald es daſelbſt kund geworden, hat der Landesfürſt alſofort darthun laſſen, daß ſie ſolches zu geſtatten oder nachzugeben nicht gedachten, in Betrachtung, daß ſolche Anſchläge, die unter des Raths Botmäßigkeit geſeſſene Burger zum wenigſten; andere aber, darüber der Rath nicht zu gebieten, zum

(1) in Antiqu. Pomer. Lib. 4. p. m. 18. ſqq.

zum meiſten theil treffen würde, alldieweil die Brauer durch erhöheten Bierkauf mehr als genugſam Erſtattunge erlangeten, und der Kauffmann ſeine Zulage auf die Waaren ſchlüge, und alſo alle Laſt den Hofedienern, Fremden, Bauren, und denen, welche der Stattſchulde nichts angiengen, würde zu tragen kommen, inſonderheit auch, weil der Handwercksmann unter dem Schein, daß er die Waaren zu ſeinem Handwerck theuer bezahlen müſte, ſeine Arbeit ſo vil höher ſteigerte, und alſo Brauer, Kauffmann und Handwercksleute von dem Ihrigen in der Wahrheit nichts geben, ſondern, wie die gemeine Sage dasmahl gieng, Papen und Knapen mit bezahlen müſten. Ob aber wohl hierauf Burgermeiſter und Rath einwendeten, daß ſie durch ſolche Wege die gemeine Stattſchuldbürden nicht ohne groſſen Nuz der Statt abtragen könnten, daß ja die ſämtliche Kauffleute, Brauer und Gewercke drin gewilliget hätten, daß endlich man ja benachbarter Stätte Exempel fürlegen könnte, ſo iſt denneſt noch die Zu- und Anlage, nachdem ſie vom 13. May biß in den Junium gewähret, gehemmet, und ein Fürſtlich Proclama von den Canzeln dawider abgeleſen, und im angehenden folgenden Jahre diſer Fürſtlicher Beſcheid darauf erfolget, daß gleich wie weyland Herzog Johann Friederich, da er Krafft habenden Kayſerliches Privilegii die Bier-Acciſe weyland einführen wollte, ob er wohl dabey auch eine gute Intention hatte, nemlich die Fürſtliche Cammerſchulde davon abzutragen, dennoch von der Statt Stetin, und dem ganzen Lande Widerrede bekommen hatte, alſo es auch dißmahl nicht genug ſey, daß die Bier-Acciſe gut und wohl gemeynet ſey, inſonderheit weil es damit nicht am rechten Ende angefangen, und ordentlich procediret wäre. Der Conſens der Kauffleute, Brauer und Gewercke verbünde weder den Landesfürſten, mit deſſen Bewilligung es ſolte billig angefangen ſeyn, noch andere, darüber ein Rath nicht zu gebieten. Hätten etwa andere Stätte etwas in Gebrauch gebracht, ſo wäre drüber bey ihrem Landesfürſten vorerſt ausdrückliche Indulgenz erhalten, und hätten ſie darüber zu einer jährlichen Recognition an Gelde ſich verpflichten, und es dabeneben alſo anſchicken müſſen, daß privilegirete Perſonen, ſo

wohl

wohl der Landmann, und andere, ſo der Statt Botmäßigkeit nicht unterwürffig, mit ſolcher Acciſe-Bürde keineswegeſ beſchweret würden.

Hernach heißt es (1): „Zu diſer Zeit (An. 1616.) war die Statt Stetin wegen ihrer Bürden und Beſchwerungen noch in groſſer Sorgfältigkeit. Dann ſeither die Zulagen im Jahr 1608. von Hofe ab, weil ſie ohne des Fürſten Conſens waren gefordert worden, gehemmet waren, und dannenher denen, die etwas an ſie zu fordern hatten, kein Abtrag geſchehen konnte, ergiengen derohalben allerley bedreuliche Schreiben, und wurden beym Hofgericht vil Klagen deßfalls angeſtrenget. Drum, weil die Intraden der Statt nunmehr nicht zureicheten, die Helffte der Zinſen, ſo jährlich muſten erleget werden, zu ertragen, und nothwendig durch andere Wege Rath muſte geſchaffet werden, haben Bürgermeiſter und Rath, nachdem die Sechzigmänner ihre Adminiſtration übergeben wolten, aufs neue auf die Kauffmanns-Zulage, und Tranckſteuer ein Auge geworffen, und drüber im vorigen Jahr Fürſtliche Bewilligung, jedoch mit gewiſſem Beding und Vorbehalt, erhalten, inſonderheit, weil ſie Exempel einzuziehen wuſten, daß die Zulagen auf Kauffmanns-Waaren in der Statt Stetin in Schwang allbereit zu mehrmahlen gebracht wären, und die Brauer dem Kauffmann zur Hülff und Aſſiſtenz ſich anerboten hätten. Ob aber wol S. Fürſtl. Gn. wie geſagt, Conſens ertheilete, in Betrachtung, daß bey der Statt kein ſonderbarer Kornwachs, vilweniger Bergwercke, Weinberge oder dergleichen verhanden wäre, ſondern daß ihre fürnehmſte Nahrung auf dem Kauffhandel und Schiffarth beſtünde, und dannenher nirgends mit, als mit berühreten extraordinair Steuren, den Dingen zu helffen ſtünde, ſo haben dennoch die ſämmtliche Landſtände, auf kurz zuvor beſagtem öffentlichen Landtage, diſer extraordinair Steuer widerſprochen, als daraus Erſteigerung allerhand Waaren, dero ſie ſich aus Stetin erholen muſten, zu vermuthen wäre. Aber da die Stetiniſchen ſich aus gewiſſen Gründen ſolcher Prote-

2) F 2 ſtation

(1) ibid. pag. 58. ſq.

ſtation zu acquieſciren nicht ſchuldig achteten, fiel dabey diſes groſſe Ungemach für, daß, als die Brauer um die Erhöhung des vorhin gewöhnlichen Bierkauffes, ſo wohl wegen deſſen, daß die Steuer von jedem Brauels müſte entrichtet werden, als daß ein theuer mißwachſend Jahr einfiel, emſig anhielten, und das Quart-Bier, zwar mit des Landsfürſten Vorwiſſen, aber ohne Zuziehung der Gewercke und Gemeine, auf vier Pfenning Lübiſch mehr als vorhin, und alſo auf zwey Dreyer oder Kickerlinge oder 16. Pfenninge ſezeten, der Pöbel daher ſich ſehr aufrühriſch bezeigete. Darauf hat der Landesfürſt mit ſeinen Hof- und Landräthen die Sache in Rath gezogen, wie dieſelbe anzugreiffen, daß der Statt aus den Bürden geholffen würde, und von denſelben viere, als Hans Heinrich Fleming, Andreas Borcken, Lorenz Wachold und Richard Puttkamer, nebenſt einem Ausſchuß des Kauffmanns und Gewercke, auf der Statt Unkoſten, verordnet und nidergeſezet, daß ſie die Cammereybücher von funffzig Jahren her durchſehen, und nach der eigentlichen Urſach der Schulden forſchen ſollten, welches dann auch ganzer vier Wochen geſchehen. Den Erfolg werden wir bald hören.

Auf dem Ausſchußtage zu Stettin An. 1618. (1) wurde inſonderheit der Statt Stettin als eines vornehmen Glides des Landes beſchwerlicher Zuſtand den Landräthen fürgetragen, mit Fürſtlichem gnädigen Begehren, ſie möchten in die Bier- und Kauffmanns-Zulage willigen: Dann weil die Statt den Brunnquell diſer ihrer Bürden zur Genüge darthun, und daß das Ungemach nicht durch jeniges Adminiſtratoren Schuld, ſondern wegen hoher Ausgaben, die in vilen vorigen Jahren der Statt unumgänglich waren zugewachſen, entſtanden wäre, beweiſen konte, auch die Sechzigmänner, denen ein Rath, zu Bezeugung ihrer Unſchuld, die Stattgüter unter die Hand gegeben und gar abgetreten hatte, alle bekennen müſſen, es wäre der Statt ohn die extraordinair Contributiones nicht zu helffen, als haben ſeine Fürſtliche Gnaden die drey Mittel, darinn auch ſchon der hochſeligſte Herzog

(1) ibid. pag. 72.

Herzog Philipp, jedoch mit gewiſſem Vorbehalt bewilliget, aber wegen Interpoſition und Widerſpruch der Landſtände zu keinem Effect gebracht worden, aufs neue vorgeſchlagen, als daß von der Bürgerſchafft das gewöhnliche Bürgerſchoß gedoppelt, oder alle Jahr zweymahl ſollte gegeben, auf die Waaren, welche auſſerhalb Landes gehen, ein gewiſſer Anſchlag geleget, und dann auf das Geträncke, welches in der Statt verthan wird, eine Steuer auf eine gewiſſe Zeit geſchlagen werden. Die Landſtände befunden bey dem erſten vorgeſchlagenen Mittel, dem gedoppeltem Bürgerſchoß, keine Difficultät, meineten auch, ſolches wäre allein gnug, die Statt aus ihren Bürden zu heben. Aber in die Kauffmanns-Zulage und Tranckſteuer wollten ſie keineswegs, wegen der gefährlichen Inconvenientien und Sequelen, ſo dem Vaterlande daraus erwachſen könnten, einſtimmen, inſonderheit weil ſie nicht Macht hätten, von dem Schluß des näheſten Landtags ſich abzugeben.

Anno 1619. (1) iſt auf dem Landtage zu Stettin nochmalen von Seiner Fürſtl. Gn. wegen der Statt Stettin beſchwerlichen Bürden bey der Landſchafft mit vilen Gründen angehalten, daß dieſelbe in die vorgeſuchte Mittel, zu Abhelffung der gemeinen Stattnoth, verwilligen wollte. Aber dieſelbe blieb bey ihrer Meynung. Gleichwol ſchlug endlich das Werck, als ein Ausſchoß von den Landſtänden, deſſen Umſtände zu zweyenmalen gehöret, da hinaus, daß es zu aller theil erträglichem Contento auf ein dreyjähriges Interim accommodiret, und die vorbenannte Hülffsmittel, zu Abwendung der Statt Ruin, mit vorgehender Fürſtlicher gewiſſen und beſtändigen Ordinanz ohne Nachtheil ſowohl anderer, als inſonderheit der Armuth, beſter maſſen befördert, und die Stattgüter zu gemeiner Nothdurfft aufs nüzlichſte verwaltet, und die Statt alſo durch einen gründlichen Beſcheid in einen beſſern Stand geſezet ward.

Von Anlagen zu Betreibung derer Proceſſe gegen die

(1) ibid. pag. 78.

Landesherrſchafft an denen höchſten Reichsgerichten wird anderwärts (1) geredet.

§. 32.

Accis ꝛc. Verſchidene Landſtätte haben das Recht, eine Acciſe von denen Einwohnern zu erheben: Es kommt dabey auf den Grund an, krafft deſſen ſie darzu befugt ſeynd: Meiſtens ſeynd es Landesherrliche Privilegien, oder Verträge mit der Landesherrſchafft.

Die Statt Eſſen wurde An. 1670. von dem Cammergericht zu Erhebung der Acciſe und des Umgelds in der Statt und deren Fridpfählen berechtigt erkannt.

Wie Herzog Magnus zu Mecklenburg Anno 1495. am Cammergericht gegen die Statt Roſtock wegen eigenmächtig angelegten Acciſes geklagt und ſcharffe Gebottsbriefe erhalten habe, kan bey dem Freyherrn von HARPPRECHT (2) nachgeſehen werden: Die Sache hat aber nachhero eine andere Geſtalt gewonnen:

Dann die Statt Roſtock (3) hat noch jezo ihre eigene Acciſe; doch daß ſie von Zeit zu Zeit von den Herzogen die weitere Conceßion, auch, nach Befindung der Statt Noth und Anligen, die Erhöhung derſelben, zu ſuchen hat; wobey dann die Herzoge in dem Erbvertrag von 1584. §. 51. 52. und 53. für ſich und ihre Fürſtliche Nachkommen, verſprochen haben, daß ſie zu jeder Zeit die geſuchte Erhöhung, oder fernere Anlegung derſelben, gegen Ueberreichung gewöhnlichen Reverſalbrieffes, verwilligen wollten, und würden ſie alsdann mit 600. fl. jährlichen Recognitionsgeldes zufriden ſeyn, welche 600. fl. auch zu keinen Zeiten erhöhet noch geſteigert werden ſollten.

Von diſer Statt Roſtock Recht, eine Acciſe zu erheben, findet ſich viles an unten (4) angezeigtem Ort.

§. 33.

Zollſachen. Einige Landſtätte und deren Burger ſeynd Zollfrey. Z. E. Die

(1) in dem Tr. von der Landesh. in Anſeh. der Unterth. Perſ. 7. Cap.
(2) in ſeinem Cam. Ger. Staatsarch. 2. Theil, 41. S.
(3) cit. Vorber. S. 28. 33. u. f.
(4) in meinem Teutſch. Staatsarchiv, 1751. Part. 5. p. 7. ſqq.

Die Statt Roſtock iſt von alten Zeiten her mit der Freyheit von allen Zöllen in Mecklenburg begabt, und dabey vom Reichs-Hofrath noch zu unſerer Zeit geſchüzet worden (1).

Die Anlegung neuer Zölle oder Zollmäßiger Impoſten aber kommt ihnen gar nicht zu.

Die Statt Münſter in Weſtphalen bate An. 1647. den Kayſer: Ihnen zuzulaſſen, mit Waſſerfahrt, durch Zuſammenführung etlicher Flüß, dem beygelegten Abriß gemäß, jedoch gegen Befridigung deren, welcher Grund und Boden ſolche berühren möchte, werckſtellig zu machen, und zu Ergänzung der Unkoſten, darauf ein gewiſſes Jahrgeld zu erſtatten:

Der Reichs-Hofrath hielte aber in ſeinem den 4. Nov. erſtatteten Gutachten dafür: „Weil die Verwilligung, ungehört des Herrn Churfürſten (zu Cölln,) als Biſchoffens zu Münſter, ſowohl, als anderer benachbarten Intereſſenten, ſich nicht thun laſſe; als möchten Ihro Kayſerl. Majeſt. Dieſelbe hierüber vernehmen.“

§. 34.

Theils Landſtätte beſizen das Recht eines Weggeldes. Weggeld. Z. E.

Der Statt Eſſen wurde 1670. vom Cammergericht das Weggeld zugeſprochen.

§. 35.

In vilen Landen seynd denen Stätten und deren Burgern gewiſſe Nahrungsarten eigen; z. E. die Handlung, Handwercker, das Bierbrauen, u. d. Nahrung.

Von der nach dem Jure Saxonico communi bloß denen Stätten zuſtehenden Braugerechtigkeit hat der Freyherr von CRAMER (2) gehandelt.

Die Gräflich-Reußiſche Statt Lobenſtein erhielte gegen die Beſizere des in diſer Herrſchafft gelegenen neuen Hammers, der Motſchenmühle und Stahlhütten, oder Spannerhammers An. 1729. eine Urtheil, daß die Beklagte des Bierbrauens, oder Einlegens von andern Orten, als der Statt Lobenſtein, ſich zu

(1) cit. Vorber. S. 28. u. f.

(2) in ſeiner Nebenſt. 85. Theil, S. 1.

zu enthalten ſchuldig ſeyen: Wobey es auch An. 1732. in der Leuterations-Inſtanz verbliebe: Darauf wurde an das Cammergericht appellirt, und allda An. 1736. diſe Urtheile nochmals beſtättiget (1).

Mehreres ſehe man in meinem Tr. von der **Landeshoheit in Policeyſachen**, Cap. 8.

§. 36.

Schulden. Ob? wann? und wie ferne einer Statt-Vorſtehere allein, oder auch mit Bewilligung der Gemeinde, oder deren mehreren Theils, Geld auf dieſelbige aufnehmen, und der Commun oder ihre eigene Güter und Gefälle verpfänden dörffen? darinn müſſen abermalen jedes Landes oder Orts Verträge, Freyheiten, und das Herkommen, den Ausſchlag geben:

So auch: Ob und was für Mittel die Commun-Vorſtehere ergreiffen dörffen, die Commun-Schulden zu tilgen?

Was ſich im vorigen Jahrhundert zu Stettin zugetragen habe, iſt bereits gemeldet worden.

§. 37.

Rechnung. Ordentlicher Weiſe müſſen Landſtätte zwar dem Landesherrn, allenfalls auf Erforderen, Rechnung über ihre Einnahme und Ausgabe thun; nicht aber der Burgerſchafft.

Das Schweden-Vorpommeriſche Oberappellationsgericht zu Wismar ſprache (2): Dem Regenten kommt allerdings das Recht zu, daß er von denen Obrigkeiten der Stätte Rechnung über die Stattgüter fordern kan. Diſes findet auch alsdann ſtatt, wann die Burgerſchafft mit dem Rath wegen Verwaltung der öffentlichen Einkünffte in keinem Streit iſt; und zwar beſonders in den beyden Fällen, wann die Obrigkeit in Verdacht einer unordentlichen Verwaltung kommt, und wann der Regent findet, daß die Einkünffte zum Vortheil der Statt beſſer, als Zeithero geſchehen, angewendet werden können. Selbſt ein Privilegium, keine Rechnung ablegen zu dörfen, kan ſie alsdann nicht ſchüzen.

Herr

(1) Freyh. von CRAMER l. c. S. 2.
(2) H. SCHOTTS Critic, 4. Band, 897. S.

Herr Vicecanzler STRUBE hat (1) hingegen auch den Saz ausgeführt, und mit einer An. 1768. ergangenen Urtheil belegt: Der Stattrath iſt nicht überall den Bürgern von den Aufkünfften der Cämmerey-Güter Rechnung abzulegen ſchuldig.

§. 38.

Denen Stattmagiſtraten pfleget von der Landesherrſchafft die Beſorgung der zur nideren Policey gehörigen Sachen überlaſſen zu werden; worinn es jedoch gar ſehr verſchiden gehalten wird, und die Landesherrſchafft ſich bald mehr, bald weniger, vorbehält. Nidere Policey.

Die Statt **Cronenberg** ſucht gegen **Chur-Maynz** am Cammergericht zu behaupten (2): Daß alle Policey- und namentlich die Wegverbeſſerungsſachen lediglich zu des Raths, und nicht des Landesherrns, Verordnung gehören.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache (3): Das Recht, die Anlegung eines Gaſthofes zu vergünſtigen, ſeye ein der Stattobrigkeitlichen Gerichtbarkeit anhängiges Recht, und könne der Magiſtrat die Verlegung eines Wirthshauſes von einem Ort zum andern unterſagen, wann daraus einige Inconvenientien entſtehen.

Etwas beſonderes iſt, daß hierinn die Reſidenzſtätte zuweilen weniger Gerechtſamen haben, als andere Landſtätte: dann z. E. die leztere dörfen ordentlicher Weiſe den Brodt- und Fleiſchtax, nach der ihnen von der Landesherſchafft gegebenen Vorſchrifft ſelber reguliren; jene hingegen dörffen ihn zwar herabſezen, aber nicht erhöhen, ſondern müſſen es, wann eine Erhöhung nöthig ſcheinet, an die Regierung, oder ein anderes angewiſenes Ort berichten, und Reſolution darauf erwarten.

Die Stadt-Hannoveriſche Leyh-Haus-Ordnung wurde von der Landesherrſchafft An. 1729. 7. (18.) Nov. beſtätiget, und alsdann gedruckt.

In

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 24.
(2) Staatsact unter K. Joſeph II. 2. Theil, S. 74.
(3) Hrn. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 310.

In Sachen: Braitenbrunn contra Gumpenberg, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1760. 21. Aug. „Reſcribatur der Freyherrlich Gumpenbergiſchen Vormundſchafft: 1. Burgermeiſter und Rath zu Braitenbrunn in dem Beſiz (des Rechts,) zu inventiren, biß zu Austrag diſer Appellationsſache, keineswegs zu turbiren; 2. die von denen Inventarien erpreßte Sporteln demſelben zu reſtituiren: Jedoch dergeſtalten, daß beſagter Burgermeiſter und Rath nur ſo vil davon bekomme, als ihm gebühret, wann er die Inventarien würcklich verfertiget hätte; das übrige aber, was villeicht zu vil daran bezahlt worden, einem jeden, welcher ſolches zu präſtiren gezwungen worden, erſezet werde."

Und An. 1761. 10. Nov. wurde nochmals geſprochen: 1. Daß Pars appellans bey dem ruhigen Beſiz des privativi juris obſignandi & inventandi, biß zu Austrag diſes Appellationsproceſſes, belaſſen werden ſolle; 2. die vorenthaltene Sportuln betreffend, daß Pars appellata, gegen eine von Burgermeiſter und Rath übergebene ordentliche Specification derſelben, (wann ſie circa Quantum nichts erhebliches dagegen einzuwenden,) zu reſtituiren habe.

§. 39.

Ehlen ꝛc. Ehlen, Gewicht, Maaß und Meß zu beſtimmen, gehöret ordentlicher Weiſe der Landesobrigkeit zu; doch gibt es auch Landſtätte, die ſich diſes Regals zu erfreuen haben. Z. E.

Der Statt Eſſen wurde vom Cammergericht An. 1670. das Recht der Ehlen, Maaſſes und Gewichts zuerkannt.

§. 40.

Handlung. Von Handlungs- und dahin einſchlagenden Sachen will ich diſes melden:

Der Kayſer- und Königlichen Statt Breßlau aufgerichtete Wechſel-Ordnung von 1672. 28. Nov. iſt zu Breßlau, 1672. fol. gedruckt, und keine Spuhr darinn, weder, daß es mit Landesherrlicher vorgängiger Genehmigung geſchehen, noch auch ſelbige von der Landesherrſchafft beſtättiget worden ſeye, ſondern der Eingang lautet: „Wir Rathmanne der Statt Breßlau bekennen und thun kund öffentlich hiemit vor Jedermänniglich. Demnach die löbl. Kauffmannſchafft allhier bey Uns

Anſu-

Anſuchung gethan, daß Wir, zu Beförderung der Commercien, Abwendung allerhand Unordnung, und Verhütung viler erwachſenden Strittigkeiten und koſtbarer Proceſſe, ſelbte mit einer gewiſſen Wechſelordnung verſehen möchten, Uns auch einen Entwurff unterſchidener an andern Welchſelpläzen üblicher Gewohnheiten überreicht: Und Wir nun diß ihr Anſuchen allerdings vor billig und dem gemeinen Weſen vorträglich zu ſeyn befunden; als haben Wir nicht unterlaſſen, mit Zuziehung der Edlen, Geſtrengen, Herren N. N. Unſer ſund gemeiner Statt Schöppen, hierüber Rath zu halten, haben Uns auch nachfolgender Ordnung, nach welcher künftiger Zeit die Wechſel regulirt, und bey vorfallenden Zwiſtigkeiten erörtert, vermittelt und entſchiden werden ſollen, entſchloſſen.“ Und am Ende: „Alſo behalten Wir Uns nnd Unſern Nachkommen ausdrücklich bevor, diſe Ordnung auszulegen, zu ändern, zu mindern, zu mehren, oder gar abzuthun.“

Der Statt Eſſen wurde vom Cammergericht das Recht der Jahrmärckte zuerkannt.

Kayſer Rudolf II. ſprache An. 1597. Burgermeiſter und Rath der Statt Emden in Oſtfrießland mögen Seebrieffe unter der Statt Inſiegel ausgeben.

Von der An. 1720. errichteten Emdiſchen Handlungs-Geſellſchafft aber werde ich Cap. 4. §. 12. reden.

§. 41.

Von Handwercksſachen ſehe man das nächſtfolgende Capitel, und den angeführten Tr. von der Landeshoheit in Policeyſachen, Cap. 9. Handwercker.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) iſt unterſucht: Ob eine Municipalſtatt Innungs-Briefe ausfertigen könne, oder ob ſolches nicht vilmehr unter die Landesherrliche Gerechtſame und Regalien zu rechnen ſeye? In dem Fall, darum es damals zu thun ware, befanden ſich beyde Theile in dem Beſiz einer concurrenten Gerichtbarkeit darinn.

Zu Emden ſollen, Krafft Kayſerlichen Ausſpruchs von 1597. die Rollen aller Handwercker oder Gilden von Burgermei-

(1) in ſeiner Nebenſt. 121. Theil, S. 91.

meiſter und Rath allda unter der Statt Sigel gegeben und paßieret, auch ſolche Rollen, wie es zu gemeiner Statt Beſten rathſam befunden wird, verändert werden mögen.

§. 42.

Güterkauff. Statuten wegen des Güterkauffs, deſſen Einſchränckung, u. ſ. w. zu machen, ſtehet keiner Landſtatt, ohne Bewilligung des Landesherrns, zu.

Die Statt Münſter in Weſtphalen bate An. 1647. den Kayſer: Weilen bereits mehr als der dritte Theil der Statt den Geiſtlichen zuſtändig: Dieſelbe aber ſich von denen Contributionen und anderen Oneribus entziehen; als möchten ſie dahin privilegirt werden, daß hinfüro diſer Statt Burgern und Innwohnern, keine immobilia Bona an die Geiſtliche zu verwenden, oder zu veräuſſern, erlaubt ſeyn ſolle:

Der Reichshofrath meldete aber in ſeinem den 4. Nov. erſtatteten Gutachten: „Dicatur: Ob zwar der Nuntius Apoſtolicus zu Münſter, ſo wohl wegen anderer als diſes Privilegii, für die Statt Münſter intercedire, auch die Rechtsgelehrte ſtatuiren, daß ſummus Princeps amortizationes Bonorum, oder die gebetene Inhibition zu ſenciren, berechtiget: Dieweilen jedoch diſes eine geiſtliche und dem Herrn Churfürſten zu Cölln, als Biſchoffen zu Münſter, unterworffene Statt ſeye, ohne deſſen Conſens dergleichen nicht wohl geſchehen könne, zu dem auch die cauſa movens, wegen Abgang der Contribution, zur Zeit der Türckenkrieg, oder anderer Nothfälle, vermög der Reichsabſchid, ihren gewiſſen Abſaz habe; als möchte Ihre Kayſerliche Majeſt hierinnen den Herrn Churfürſten vernehmen.“

§. 43.

Bündniſſe. ꝛc. Von der mittelbaren Stätte ehemaligen Rechten, Bündniſſe zu machen, und Schuzherrn anzunehmen, kan man Herrn Vicecanzler STRUBEN (1) nachſehen.

Man ſehe auch davon mein Teutſch. nachbarl. Staatsrecht, S. 514. u. f.

§. 44.

(1) in ſeiner Nebenſt. 1. Theil, S. 584.

§. 44.

Viles von denen Stätten bißanhero geſagte gilt in manchen Landen in ſeiner Art auch von anderen Gattungen von Communen: Andere Communen.

Doch will ich von einigen noch etwas weniges ins beſondere melden.

§. 45.

Marcktflecken mögen wohl überall in Teutſchland diejenige Orte heiſſen, welche zwar kein Stattrecht, dennoch aber die Freyheit haben, einen oder mehrere Jahrmärckte halten zu dörffen. Marcktflecken.

In manchen Gegenden, z. E. in Francken, am Rhein und Schwaben, haben die Marcktflecken, einen Amtmann oder Schultheiſſen, ſo dann Burgermeiſtere und ein Gericht.

Ja manche Marcktflecken haben völliges Stattrecht, nebſt dem Recht, auf Landtägen zu erſcheinen.

So finden ſich auch in verſchidenen Ländern verſchidene Gattungen von Marcktflecken.

Von Bayern berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): Die Marcktflecken ſeyen zum Theil gebannt, oder gefreyt, zum Theil nicht: Leztere ſeyen einem Landſtand oder Landſaſſen unterworffen, und nähern ſich weit mehr denen Dörffern, als denen Stätten: Jene aber kommen mit denen kleineren Stätten ſo weit überein, daß ihnen nichts, als der Name, von Stätten noch ermangle; dann ſie ſeyen ſo gut Landſtände, als gedachte Stätte, haben ihren durch die Brief oder Obſervanz ausgezeichneten Burgfriden, und eine gewiſſe obſchon meiſtentheils nur limitirte Inſtruction, ſeyen mit der nemlichen Rentmeiſteriſchen Inſtruction verſehen, ihre Innwohner werden Burger, und die Vorſteher zwar nicht Burgermeiſter, doch Kammerer und Räthe genannt.

Der Marckt Luc in der Pfalz kame An. 1761. beym Reichshofrath um Beſtättigung gewiſſer Privilegien ein, erhielte ſie auch den 4. Maji in priori forma.

(1) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 25. Cap. §. 2. S. 2358. u. f.

§. 46.

Flecken oder Dörffer.

Gemeine Flecken oder Dörffer ſeynd Gemeinden, oder wenigſtens eine mittelmäßige Anzahl von Landleuten, welche eigentlich den Feldbau treiben:

Doch gibt es auch dergleichen Orte, welche ſich nicht eigentlich, oder meiſtens, mit dem Feldbau beſchäfftigen, ſondern hauptſächlich andere Nahrung treiben, z. E. die Schifffahrt, das Fiſchen, das Holzhauen und Flözen, den Bergbau, u. ſ. w.

Von dem Dorff-Recht ſehe man den Freyherrn von KREITTMAYR (1).

In Schwaben u. ſ. w. haben auch alle Dörffer ordentlicher Weiſe einen Schultheiſſen, oder auch gar einen Amtmann, zum Vorſteher, ſo dann Burgermeiſtere, und ein ordentliches Gericht.

In vilen anderen Ländern hingegen ſtehet die Gerichtbarkeit auf dem platten Lande nicht denen Communen ſelbſten, ſondern dem Landes- oder Gutsherren, zu.

Von Bayern meldet der Freyher von KREITTMAYR (2): „Von dem Dorffgericht ſchreibt HUNDIUS in ſeinem hiſtoriſchen kurzen Auszug, es ſeye nicht ſo vil als Hofmarchsgericht, ſondern betreffe nur das übermähen, überäzen, und dergleichen gar geringe Sachen, welche nicht höher, als um 72. Pfenning, beſtrafet werden mögen. Dem ohngeachtet läßt ſich keine gewiſſe Regel ſtatuiren, ſondern es kommt lediglich auf die Conceßion, oder das Herkommen, an, und ſeynd mir verſchidene Orte bekannt, wo das Dorffsgericht nicht vil weniger, als Hofmarchsgericht, importiret. Es meldet auch B. SCHMID *ad Stat. Bavar. tit.* II. Art. I. *num.* 8. daß die Dorffsgerechtigkeit völlig in Abgang gerathen ſeye; mit dem Beyſaz, was geſtalten ſich ein gewiſſer in Bayriſchen Sachen ſehr erfahrener Mann bey dem Lehenhof nicht mehr damit habe belehnen laſſen wollen, weil ſie durch die erſte Handveſt gänzlich aufgehoben worden iſt: Allein die erklärte Lanfrey-

(1) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 28. Cap. S. 2404.

(2) ad Cod. judic. Bavar. Cap. 1. §. 21. S. 36.

freyheit von An. 1516. welche 200. Jahr jünger iſt, als obige Handveſt, zeiget das Widerſpil an, und verordnet Part. 2. Art. 13. daß die Dorffgerichte und Ehehafften in ihrem alten Gebrauch bleiben ſollen. "

In dem Würtembergiſchen Landrecht kommt allerley von denen Dorffgerichten vor: Unter andern heißt es im 1. Theil, 7. Tit. „In Dörffern ſollen die Sachen vor Schultheiß und Gericht erörtert; doch = = allein mündlich und ſchleunig, auch ohne Gebrauch rechtsgelehrter Advocaten, procedirt, darneben aber die Vorträg durch die Gerichtſchreiber fleißig protocollirt werden. "

Endlich gehören auch hieher die in gewiſſen Landen übliche Ehehafftsgerichte, davon der Freyherr von KREITTMAYR (1) ſagt: Obbelobter HUNDIUS ſchreibt p. 401. daß denen Unterthanen im Ehehafftrecht etliche Articul aus der Policeyordnung, und was ſonſt zur Zucht und Ehrbarkeit, Frid und Einigkeit, auch zu Befridung der Felder, Trieb, oder Weidbeſuch gehörig iſt, u. d. vorgehalten zu werden pflegen. Sie ſeynd noch an vilen Orten in Bayern üblich, und werden dabey mannichmal wunderliche und lächerliche Gebräuche obſervirt: = = Doch müſſen die Ehehafftgerichte mit denen Ehehafften nicht confundiret werden. Der Unterſchid zwiſchen beeden erhellet aus der erklärten Landesfreyheit Part. 3. Art. 5. und dem SCHMID *Sem. 1. Contr. 40.* wie nicht weniger HEUMANNI Diſſert. de Judiciis Communitatum, vulgo Ehehafftsgerichten. "

Ein von Kayſer Carl V. dem Solmſiſchen Flecken Freyenſee ertheilter Wappenbrieff hat vile noch jezo daurende Streitigkeiten erreget (2):

Und über eben diſes Kayſers beſagtem Flecken (3) ertheilten Schuzbrieff und deſſen Würckung ſeynd an beeden höchſten Reichsgerichten Proceſſe entſtanden, welche zu unſerer Zeit

(1) l. c.

(2) ſ. mein Staatsarchiv 1751. 1. Theil, S. 133. 7. Theil, S. 147. 1752. 2. Band, S. 428.

(3) ſ. das Staatsarch l. c.

Zeit ſo gar einen Recurs an den Reichsconvent veranlaßt haben.

Von Steuervergleichen einiger Dörffer, welche vom Reichs-Hofrath für ungültig erkläret worden seynd, zeuget diſes Reichs-Hofraths-Coclusum:

Martis 7. Apr. 1739.

Hohenems contra das Kayſerl. Landgericht in Schwaben der Mahlſtatt Altorff, in ſpecie Wiedenau und Haßlach contra Luſtenau. - - -

- - So vil

1. den punctum prætenſæ Immunitatis à Collectis betrifft, müßten Ihro Kayſerliche Majeſt. denen in Actis reiflich erwogenen Umſtänden nach, beyde angezogene Vergleiche de An. 1649. und 1693. Ihres allerhöchſten Orts ebenmäßig vor unbündig und zu Recht nicht beſtändig anſehen: Weilen jedoch ſolchen Falls den Gemeinden Wiedenau und Haßlach der Regreß an die Luſtenauer nothwendig vorzubehalten, anbey, wie Sie, Craysausſchreibende Herrn Fürſten, Selbſten in ihrem Bericht davor hielten, die ganze Auslosungsſache noch vilen wichtigen, weit ausſehenden und faſt unüberwindlichen Beſchwerlichkeiten unterworffen ſeyn dörffte, wodurch beede Gemeinden, in Ermangelung eines näheren Grundes in diſer uralten Exemtionsſache, in einen weiteren koſtbaren und am Ende höchſtverderblichen Proceß verfallen könnten; ſo finden Ihro Kayſerliche Majeſt in fernerer allermildeſten Beherzigung deſſen, daß die Gemeinde Luſtenau nicht in dem Stande ſeyn ſolle, die durch obangeführten Vergleich übernommene Præſtanda Imperii & Circuli aufzubringen, noch zur Zeit kein anderes Mittel übrig, als welches Allerhöchſtderoſelben Sie Craysausſchreibende Herrn Fürſten, in ihrem angezogenen Bericht nicht undeutlich an Hand gegeben, und in Verfolg deſſen der Billigkeit gemäß zu ſeyn, daß einsweilen ernannter Gemeinde bißheriger Craysmatricular-Anſchlag auf ein proportionirtes Quantum, (wodurch ſelbige vor das zukünfftige auſſer allem Schaden wegen diſer Rieder qu. geſezet und vor ihrem gänzlichen Verfall bedecket bleiben möge,) moderiret werde.

werde. Sollten jedoch Ihro Kayſerlichen Majeſt. Sie, Craysausſchreibende Herrn Fürſten, einen anderen weniger verfänglichen und anſtößigen Vorſchlag zu thun, Sich im Stande befinden, und Sich dißfalls, mittelſt Erſtattung eines weiteren gründlichen Berichts und räthlichen Gutachtens, näher herauslaſſen; ſo würden Ihro Kayſerliche Majeſt. nicht entſtehen, ſolches alles ſeiner Zeit in reiffe Ueberlegung zu ziehen, und Ihnen, befundenen Umſtänden nach, das weitere zum Beſten und Aufrechterhaltung diſes Ihnen untergebenen Crayſes allergnädigſt zu verordnen ꝛc.

Ob? wo? und wie fern? auch auf Dörffern Krämer und andere Handlung, auch andere Handwercker geduldet werden, oder nicht, davon iſt mein Tr. von der Landeshoheit in Policeyſachen nachzuſchlagen.

Von Anlegung neuer Dörffer, u. d. und von gefliſſentlich verfügtem Abgang alter Dörffer, u. d. durch Landſaſſen ſiehe etwas unten im 4ten Buch.

§. 47.

Ein Weyler, u. d. iſt eine aus wenigen Häuſern und einer geringen Anzahl beyſammen wohnender Menſchen beſtehende kleine Gemeinde ſolcher Perſonen, die dem Ackerbau u. d. obligen; wiewol es auch in gewiſſen Ländern, z. E. in Würtemberg, Weyler gibt, welche anderwärts als anſehnliche Dörffer paßierten. Weyler.

Weyler heiſſen auch in gewiſſen Landen die Dörffer, ſo keine Kirche haben.

Auſſerordentlicher Weiſe kan ein- oder anderer ſolcher Weyler an dem Stattrecht mit Theil haben; z. E. auf zweyen Seiten der hieſigen Würtembergiſchen Hauptſtatt Stuttgart ligen, in einer Entfernung von einer halben Stund zween Weyler, Gablenberg und Heslach, deren Einwohnere ſeynd und ſich ſchreiben: Burger zu Stuttgart, und Einwohner zu Gablenberg oder Heslach; wie ſchon oben gemeldet worden iſt.

§. 48.

Die meiſte, wo nicht alle, Communen haben gewiſſe 1. Commun-Vorſtehere. ꝛc.

Vorſtehere und 2. geringere Bediente, 3. die gröſſere auch gewiſſe Officianten, oder angeſehenere Bediente:

Es iſt aber die Anzahl und Beſchaffenheit derſelbigen, nach Verſchidenheit der Communen und der Landesverfaſſungen, mannigfaltig.

Z. E. Statt- oder Amts- oder Gerichtsſchreibere, Schulmeiſter, Küſter oder Meßner, Todtengräber, Stattknechte, Büttel, Dorffſchüzen, Müller, Schäfer, Feld- und Weingartſchüzen, Kaſten- Keller- und Kelter-Bediente, Rathhaus-Diener, Hoch- und andere Wächter, Untergänger, Commun-Handwercksleute, Steuereinnehmer, ꝛc.

In manchen Landen iſt ein beſonderes Vorrecht derer Communen, daß ſie ihre Vorſteher, Officianten und Bediente ſelbſten wählen dörffen.

Ob? und allenfalls welche? Communvorſtehere ꝛc. der Landesherrſchafft Beſtättigung nöthig haben; kommt auf jeden Landes eigene Verfaſſung an.

Fürſtlich-Baden-Durlachiſche Edicte gegen das Geſchenck-nehmen in Gemeindsſachen hat man 1714. 18. Jun. und 1733. 5. Febr.

2. Verordnungen wegen abgeſtellter Zehrungen bey Commun- und Waysenſachen, wie auch bey Concurſen und Gant-Verſteigerungen von 1753. 19. Sept.

3. Ein Edict wegen der Gemeinds-Zehrungen, von 1754. 5. Oct.

4. Eine Verordnung wegen der Commun-Verehrungen von 1754. 5. Dec.

Der Oſtfrieſiſche Vertrag von 1611. beſagt §. 32.: „Die Teich- und Syhlrichter, Schüttenmeiſter, Pfuelrichter, Hauptleute, Fähndriche, Rottemeiſter, Auskündiger, und dergleichen gemeine Befehlhabere und Dienere, ſollen von der Gemeine gewählet werden, welche dieſelbe anjezo beſtellen, oder erweiſen können, daß ſie dieſelbe vor 30. Jahren beſtellet haben; wenn auch ſchon dieſelbe darinn nachhero turbiret, und ihnen der alte Gebrauch unbrauchbar gemacht worden: Und die Erwählte ſollen von Sr. Gnaden confirmiret und beſtättiget werden.“

In Würtemberg werden die Statt- und Amtſchreibere

von

von der Regierung, die Dorffſchultheiſſen aber von dem Oberamtmann des Oberamts, darinn der Ort gelegen iſt, confirmirt.

§. 49.

Faſt alle Communen haben einzelne ihnen zuſtändige Gebäude, als Kirchen, Schulen, Rathhäuſer, Mühlen, Keltern, Spitäler, auch wohl Back- und Dörrhäuſer, u. d. Commungüter ꝛc.

Weiter beſizen die Communen häufig eigene Fruchtfelder, Krautgärten, Weinberge, Wiſen, abſonderlich auch vile eigene Waldungen, Waydgänge, andere ungebaute Pläze und Allmanden.

Jngleichem haben die Communen an vilen Orten eigene Schäffereyen, Capitalien, Früchten, Weine, Pferde, Wagen und Zugehör, allerley fahrende Haabe in ihren Commungebäuden, u. d.

Anno 1771. wurde zu Wien eine Verordnung bekannt gemacht, wie ſich bey Theilung und Nuzung der Gemeindwayden in Nider-Oeſterreich zu verhalten ſeye (1).

Von der Vertheilung des Gebrauchs der Gemeinheiten, (oder gemeinſchafftlichen Gerechtſame,) in einem Chur-Braunſchweigiſchen Dorff ſehe man H. Vicecanzler STRUBE (2).

Von Baden-Durlach hat man eine Verordnung, nach welcher ſich bey der Verwalt- und Verrechnung der Güter und Einkünffte, ſo denen Dorffsgemeinden zuſtehen, geachtet werden ſolle, von 1760. 29. Oct.

Anno 1772. laſe man in denen öffentlichen Nachrichten:

Demnach die Hochfürſtl. Speyeriſche Gemeind Hüttenheim die gnädigſt Herrſchaftl. Erlaubniß erhalten hat, aus ihrer nächſt am Rheinfluß gelegenen gemeinen Waldung einiges Holländer-Holz an Meiſtbietenden dergeſtalten verſteigeren zu laſſen, daß, wann in der Steigung billiges Gebot ausfället, ſothanes Gehölz dem Leztbietenden, maſſen niemanden ein Vorrecht geſtattet und der vorhin beſtandene Contract aufgehoben iſt, zugeſchlagen und überlaſſen werden ſolle, und

(1) ſ. Wiener Realzeitung, 1771. S. 283. 619.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 63.

dann ermeldte Gemeind Hüttenheim an Holländer-Holz 80. bis 90. Stämm zu verſteigeren ſich entſchloſſen = fort zur würcklichen Verſteigerung den 17. des nächſtkünfftigen Hornungs beſtimmet und veſtgeſezet hat; als wird ſolches durch gegenwärtige Anzeige jedermänniglich bekannt gemacht, damit die Liebhabere auf ermeldten 17. Hornung ſich in dem ohnweit Philippsburg gelegenen Ort Hüttenheim einfinden mögen. Signatum Philippsburg, den 14. Jenner 1772.

Hochfürſtl. Speyeriſches Amt daſelbſt.

§. 50.

Obſicht auf die Gemeind-Gerechtſamen ꝛc.

Endlich ſo gebühren auch denen Commun-Vorſtehern die Sorge und Aufſicht über die der Gemeinde in Corpore zuſtehende Gerechtſamen in Anſehung der Landesherrſchafft, der Benachbarten, der Ausländer, der Commun-Mitglidere unter ſich, in Betracht ihrer Perſonen, Commun- und privat-Güter, u. ſ. w.

Die Oberaufſicht aber verbleibet allemal der Landesherrſchafft.

In **Würtemberg** iſt darzu eine eigene ſehr nüzliche ſo genannte Landrechnungs-Deputation angeordnet, welche die Oberaufſicht über das Oeconomie- und Rechnungsweſen des ganzen Landes, auch die Rechte eines Herzoglichen Collegii hat, mithin, unter Herzoglichem Namen und Sigill, ſo dann der Deputation Unterſchrifft, Befehle an die Herzogliche Beamte und die Magiſtrate erlaſſen darff. Die Landſchafft hat zwey Aſſeſſoren dabey, beſoldet auch die ganze Deputation.

Mehreres von dem bißhero angeführten ſehe man in meinen **Tractaten von der Landeshoheit in Policeyſachen**, wie auch in Anſehung der **Unterthanen Perſonen und Vermögens.**

§. 51.

Beſchwerden gegen die Herrſchafft. ꝛc.

In Anſehung der Beſchwerden einzelner Communen gegen ihre Landesherrſchafft, oder der Landesherrſchafft gegen einzelne Communen, iſt eben dasjenige zu ſagen, was bereits oben ſowohl wegen der geſammten Landſtände und Unterthanen, als auch einzelner Diſtricte, vorgekommen iſt.

Zu Beyſpilen davon aber kan, über das in diſem Capitel ſchon gemeldete, folgendes dienen.

Von

Von denen gegen Chur-Maynz am Cammergericht An. 1748. von der Statt Cronenberg angebrachten Beſchwerden ſehe man an unten (1) angezeigtem Ort nach.

19. Nov. 1653.

Zu Calcar Burgermeiſter, Schöffen und Rath de præſ. 3. hujus, conqueruntur, daß die Cleviſche Regierung die von den vorigen Grafen und Herzogen zu Cleve ihnen ertheilte privilegien unter allerhand prätexten zu ſchwechen unterſtehe, ihre Burger an andere Oerter evocire, mit ſchweren Contributionibus belege und ungeachtet des am 9. Febr. 1651. ergangenen Kayſerl. Befelchs ihnen in der wohlhergebrachten Raths-Wahl allerhand Eingriff thue; Bitten derowegen, ihre privilegia ſub A. zu confirmirn, auch alle ihre Bediente unter nahmhaffter Poen zu deren Obſervanz ernſtlich anzuweiſen.

Idem de præſ. 10. und 17. ejusdem inſtant pro eadem confirmatione.

Expediatur prius reſcriptum de 18. Aug. An. 1651. ſo viel darinn die Raths-Wahl betrifft, mit nochmaligem Befelch, der Statt an derſelben ihrer Raths-Wahl keinen Eintrag zu thun, ſondern ſie dabey ruhig verbleiben zu laſſen.

6. Jul. 1651.

Lüttich Stifft und Statt ſive Sereniſſimus Elector Colonienſis, uti Episcopus Leodienſis Maximilian Henrich, per Legatum ſuum Dominum Eugenium Franciſcum Comitem de Fürſtenberg ſub pr. 22. Junii nechſthin. Exponit, daß Ihr Kayſerl. Mayeſt. noch in gnädigſten Andencken seyn würde, was nechſt abgelebter Churfürſt zu Cölln, weyland Herzog Ferdinand in Bayern zu Kayſerl. Mayeſt. vnd des Reichs Vndienſten durch Anſtifftung etlicher aufrühriſchen Leuten aus der Statt Lüttich eine geraume Zeithero von Jahren widriges begeben hat, nit weniger würden Ihr Kayſerl. Mayeſt. aus verſchidenen an dieſelbe von Höchſtermelter Ihr Churfürſtl. Durchlaucht von 1648. vnd 1649. gelangten gehorſambiſten ſchreiben, inſonderheit deme von derſelben alhier

(1) in der neueſt. Staatsact, 2. Theil, S. 73. u. f.

habenden Reſidenten 16. May bemeltes 1649. Jahrs allerunterthänigſt überreichten memorial vnd denen ſub Literis A. B. C. zugefügt geweſten Beylagen, allerunterthänigſt ſich erinnern, aus was Urſach Ihr Churfürſtl. Durchlt. zu Wiederaufbringung des durch Widerſezlichkeit des Lüttichiſchen Stadtraths ganz niedergeworffenes Juſtizweſen Tribunalia & officiatos, welche von den Lüttichern hinaus gejagt geweſen zu deren Verſicherung nach der Stadt Hug zu transferiren bewogen worden. Sintemahlen nun Ihr Churfürſtl. Durchlt. berührte Stadt Lüttich ſub acta prius tota Lauca bannali & civitatitis ſuburbiis vermittelſt etlicher abſonderlicher mit dem Stadtrath und deſſen Abgeordneten verglichenen accords puncten zu mehrerm Gehorſam gebracht, hetten dieſelben mit Vorwiſſen u. Belieben ihres Thom-Capituls auch bewilligung deren Lüttichiſchen Landſtend unterſchiedliche nüzliche Verordnung gemacht, dardurch mehr gemelte Stadt inskünfftige in Friedſamb vnd ruheweſen, ſo wohl zu ihren eigenen als dero Benachbarten vnd des Reichs nuzen vnd Beſten zu erhalten. Inſonderheit aber vnd zuvörderiſt hetten Ihr Churfürſtl. Durchlt. mit Rath ihres Thumb-Capituls und auf anſuchen des Magiſtrats mit deme die Sachen tranſigirt vnd verglichen worden, die Burgermeiſters Wahl ſive Curiam Conſ. & juratorum, utpote juſtitiæ nociuam abrogirt vnd an plaz deren eine andere gewiſſe formam Electionis Magiſtratus mit Abſchaffung viler Mißbreuchen vorgeſchriben, laut Beylag ſub Lit. A. 2. Ein auditorium ſive Curiam & Cameram quam nuncupant intereſſe prætendentium Summarii videlicet & in appellabibis judicii ad tempus duraturum angerichtet, welches allein zu Hinlegung aller unter gewehrten innerlichen Kriegen vnd Vnruhe zwiſchen denen Einwohnern hinc inde zugefügter ſchaden angeſehen ſeye, vermög Beylag Lit. B. 3. Das Judicium viginti Duumvirale ad ejusd. jurisdictionem reſeratis quæ in illam Curiam irrepſerant abuſibus reformirt, & ad terminos pactorum illam ſtabilientium reducirt. laut Beylag Lit. C. 4. Vmb des gemeinen Weſens Beſten willen, damit die ganze Stadt Lüttich deſto beſſer beym Reich erhalten, auch andere innerliche motus, worinnen ſich die Benachbarte leicht-

lich

lich einſchlagen können, verhütet bleiben möchten, ein Veſtungsbau daſelbſt aufgericht, und ſolche mit eigner Mannſchafft beſezt, auch zu deren Unterhaltung mit belieben vnd Einwilligung der Landſtendt gewiſſe tributa vnd Angarias nemblich tributum cereviſiarum, Vinorum, Framentarium, Carneum, minoris Sigilli & tributum ſexageſimæ feneſtrarum Bonuariorum vel Jugerum & alia per talias ſeu aliter per diſtrictus civitatis & patriæ Leodienſis angelegt. 5. Zu WiederAufrichtung des Juſtiz Weſens die tribunalia vnd darzu gehörige officiatos nach der Stadt Hug transferiret, laut edicti evocationis tribunalium ſub Lit. D. 6to. nach Subjugirung, erzwingung leucæ bannalis der Stadt & quidem intuitu ſolius Civitatis vermög Beylag E. ein ganz ſeparirtes abſonderliches pactum gladium civitatis formalem & ſolennem reſtitutionem & attentatorum hactenus in regalia Principis reparatoriorum gemacht, ob nun zwar die Gemüther durchgehend in gemelter Stadt Lüttich ſo weit nit beruhigt weren, daß man nit noch etliche reliquien vnd priorum diſcordiarum ſemina zu befahren, welche, wann ſich die Gelegenheit per brava aliunde advenientia, conſilia vnd inſtigationes alſo erzeigte, leichtſamb vorbrechen könnten, daſern demſelben nit beyzeiten durch Kayſerl. authorität vorgebaut würde; Als wird im Nahmen Ihr Churfürſtl. Durchlt. zu Cölln gehorſambiſt gebeten, Ihr Kayſerl. Mayeſt. geruhen alle obgemelte pro reductione iſtius Civitatis ad debitum obſequium & obedientiam abundeque pro ſecuritate ejus reductionis & bonorum juſtitiæ quam politiæ gemachte Verordnung nit allein mit dero Kayſerl. Beſtettigung allergnädigſt zu authentiſiren, ſondern auch allen andern wider gemelten Veſtungsbau vnd deſſen nöthigen Beſazung ſich einiger conjunction zu unterfangen, oder auch dann Unruhe zu erwecken unterſtehen mögten, ernſtlich zu verbieten und dem, der dißfalls was zu ſprechen oder einzuwenden vermeint, ſolches bey niemand andern, dann bey Ihr Kayſerl Mayeſt. als höchſten Oberhaupt im Reich zu thun allergnädigſt anzuweiſſen, ſodann endlich deren von Kayſer Ferdinando II. glorwürdigſten Gedächtnis anno 1626. in puncto collectarum gemachte

ſub

ſub Lit. F. beygelegte Verordnung, daß nemblich wann unter denen dreyen membris der Landſtänden zwey auf eine Maynung fallen, daß alsdann des dritten Widerſprechen nit hinderlich ſeyn ſolle, allergnädigſt zu erneuren vnd zu beſtettigen.

Idem ablegat. in alio memoriali ſub pr. 29. Junii nechſthin, beſchwert ſich wider Ihr Durchl. den Herzog von Lottringen, daß derſelbe nit unterlaſſe, das zu Aufwücklung der Lüttichiſchen unterthanen wider Ihr Churfürſtl. Durchl. als Dero Landesfürſten auch Ableitung vnd Verführung von ſchuldigen Reſpect dienen könnte, daß Ihr Fürſtl. Durchl. die bisher verübte gewaltſambe Verfahrungen nunmehr in ein ganz öffentliches Kriegsfeuer vorbrechen zu laſſen in würcklichen Anzug wäre. Apponit 2. litteras D. Ducis ſub lit. A. & B. & conqueritur, daß ſolches alles mit beliebung der Spaniſchen Bedienten gepflanzt vnd angezindet werde, weilen dieſe ſach in der Stadt Brüſſel(allwo ohne Vorwiſſen vnd Ueberſehen des Grafen von Saldana nichts gedruckt werden mag) gedruckt wirdet, deßwegen Se. Churfürſtl. Durchl. bey Ihr Erzfürſtlichen Durchl. zu Brüſſel ſich beſchwert hatten, petit Ihr Kayſerl. Majeſt. wollten dero nachdrücklichen Erinnerungs-Schreiben an höchſtgemelte Erzfürſtl. Durchl. umb fürderlichſte remedirung ſolcher Lothringiſcher unbilligen Thaten ablaufen zu laſſen, ſodann auch ihres tragenden hohen Amts halber dieſen vorſtehenden lothringiſchen feindlichen Verfahrungen mit ſolchen zulänglichen mitteln entgegen zu gehen, damit von derſelben förderiſt Ihr Churfürſtl. Durchl. fürderlich errettet, auch Ihr Kayſerl. Majeſt. vnd das Reich in höchſter Authorität nit ferner verſchimpft, noch per latus Electorum & Principum dergeſtalt vulnerirt werde. Apponit literas A. B. C.

In eadem Johann Gottfried von Reiſchenberg ſub dato Brüſſel den 16. Junii & præſ. 1. huj. berichtet, was er bey Ihr Fürſtl. Durchl. dem Herzogen von Lothringen wegen Abführung dero Völcker aus dem Stifft Lüttich vnd relaxirung der Gefangenen Lüttichiſchen Vnterthanen verrichtet, daß, wann die Völcker abgeführt würden, zu relaxirung der gefangenen Vnterthanen aber der Herzog ſchlechten Luſt zu haben erzeigte, er Herr von Reiſchenberg hette illa occaſione auch

Ihr Erzfürſtl. Durchl. Leopold Wilhelm von ſeiner Commiſſion apertur gethan, die ihme dann in Abſchrifft communiciren laſſen, was derſelbe in hac materia auf des Herrn Churfürſten zu Cölln Begehren an den Herzogen von Lothringen unterm dato 11. Junii geſchriben hetten, quam copiam apponit.

1. Dicatur Reſidenti Colonienſi, daß er die Franzöſiſchen Beylagen in lateiniſche ſprach transferiren laſſe.
2. Scribatur Sereniſſimo Archiduci, daß Ihre Hochfürſtl. Durchl. mit ernſtlicher abmahnung des Herzogen von Lottringen von ſeinen attentaten, wie auch zu Abführung der Völcker ihre officia ferner einwenden wollen.
3. Expectetur des v. Reiſchenberg fernere relation.

Jovis 23. Nov. 1719.

Paßau, Statt, contra den Herrn Biſchoffen daſelbſt. = = = - - - Reſcribatur dem Herrn Biſchoffen zu Paßau: Ihro Kayſerl. Majeſt. hätten = = eine Commißion zum gütlichen Vergleich bey Dero Kayſerl. Hoflager angeordnet: Es ſeye ſolchemnach Ihro Kayſerl. Majeſt. allergnädigſter Will und Meynung, daß der Herr Biſchoff = = immittelſt = = = mit dergleichen, wider das alte Herkommen, angeblich vorgenommenen actibus convocationis ſingulorum Civium in dero Fürſtlichen Reſidenz an ſich halten, nicht weniger der Statt Diener und Conſulenten, (als welche Ihro Kayſerliche Majeſt. in Dero allerhöchſten ſpecial-Schuz und Protection hiemit aufnehmen,) = = = nichts beſchwerliches zufügen laſſe; damit ſelbige, der Statt Nothdurfft bey Ihro Kayſerl. Majeſt. und ſonſten, geziemend vorzuſtellen, nicht gehindert werden mögen ꝛc.

Martis 3. Oct. 1758.

Zu **Waibſtatt**, Burgermeiſter und Rath, auch geſammte Burgerſchafft contra den Herrn Biſchoffen und Fürſten zu Speyer, pto Executionis militaris. &c.

1. Communicetur die Impetratiſche Paritionsanzeige de præſ. 23. Febr. a. c. ad Membrum 3. ult. Concluſi Cæſarei de 17. Oct. a. pr. pto des Stattarchivs: Und, nachdeme, ſo vil die übrige Puncten betrifft,

2. Kayſerliche Majeſt. aus dem bißherigen Actenverfolg, nicht ohne allerhöchſte Mißbilligung erſehen müſſen, was geſtalten Impetratiſcher Herr Fürſt, an ſtatt denen Kayſerlichen an Ihn ergangenen Verordnungen d. d. 31. Mart. & 17. Oct. a. pr. die behörige ſchuldigſte Folge zu thun, diſen allen ſtrackerdings entgegen gehandelt; indem er die, auf ſein Erbieten, an Ihn zur Unterſuch- und allenfalls nöthigen Abſtellung ihrer Gravaminum verwiſene Gemeinde Anfangs ſothane Gravamina durch den Notarium Böckling (welcher gar unter allerley Vorwand, arretirt worden,) aufſezen zu laſſen, verhindert, auch gar Deſſelben Schultheiß Lampert erſagte Gemeinde, ſolche durch ihn verfertigen und überreichen zu laſſen, nöthigen wollen, ja der Herr Fürſt ſelbſten, als demnächſt die Impetranten, ſich, wie billig, nicht darzu verſtanden, und mehrerſagte Gravamina per Deputatos ſo fort Ihme zu eigenen Handen eingereichet, dieſelbe, unter dem Vorwand des Mann vor Mann zu thun nöthigen unterſchreibens, damit nicht angehöret, nicht minder zwiſchen der Zeit ſo wohl die alte als angehäufte neue, Bedruckungen fortgegangen, auch die Gemeinde zulezt an dem Recurs an Kayſerliche Majeſt. Selbſten auf allerhand Weiſe verhinderet werden wollen; mittelſt alles diſes aber die Juſtiz völlig verſaget habe, und dadurch die Sache in die Umſtände gerathen, daß Kayſerl. Majeſt. nunmehro, die dem Herrn Fürſten geſtattete Vergünſtigung, alle diſe Gravamina ſelbſten abzuthun, aufzuheben, allergerechteſt gemüßiget ſeyen; als werden ſolche hiemit aufgehoben, und wegen erwehnter Gravaminum folgender geſtalten verordnet, daß,

3. ſo vil den Stattanwald und Stattſchreiber betrifft, da bereits mehrerwehnte Impetrantiſche Gemeinde nunmehro hinlänglich beygebracht, daß ſie ante litem motam in der Poſſeſſione vel quaſi jederzeit geweſen, diſe Stattbediente eigenen Gefallens, jedoch den leztern prævia Confirmatione, auf- und anzunehmen, und ſelbſten aus ihrem Stattärario zu beſolden, der Impetratiſche Herr Fürſt alſogleich den von ihme, ſo gar nach ſchon allhier angeſtellt

gewe-

geweſener Impetrantiſchen Klage, wider das alte Her⸗kommen, dahin geſezten Stattanwald Wacker und Statt⸗ſchreiber Treyſen wieder abzuruffen, den abgeſezten Statt⸗anwald Johann Georg Bender und Stattſchreiber Red⸗ner wieder zu ihren vorigen Bedienungen zuzulaſſen, auch, wann ſelbe etwan nicht wieder zu haben seyn ſollten, Im⸗petrantiſchen Rath und Burgerſchafft an der freyen Wahl ſolcher Stattbedienten, nach der bisherigen Obſervanz, wie es ante hos motus geweſen, weder jezo, noch auch in andern dergleichen Vorfallenheiten, künfftighin zu beein⸗trächtigen habe: Und würde nun

4. Pars impetrans, wie es ſchon ehemals per Concluſum Cæſareum d. d. 31. Mart. a. p. membro 3. ehe der Herr Fürſt Sich zu der Abſtellung ſelbſten erbotten, derſelben reſp. aufgegeben und nachgelaſſen worden, die noch übri⸗ge hier eingebrachte alte Beſchwerden, nemlich, das Jus de non evocando Cives, die eigene Fiſcherey⸗ Forſt⸗ und Jagdgerechtigkeit, ſelbſtige Erheb⸗ und freye Vernuzung derer Straf⸗ und anderer dergleichen gemeinen Stattgel⸗der und Utilitäten, wie nicht minder das ganz neuerlich angezogene, in Betreff neuer von Impetraten andictirter Geldanlage bey Verheurathung eines Burgersſohns, be⸗ſonders den bisherig⸗ bey jedem Punct geweſenen Statum, behörig beſcheinigter, in Separato ein⸗ und anbringen, alsdann auch derſelben halber fernere Kayſerliche Ver⸗ordnung erfolgen ſolle. Alldieweilen annebſt

5. Kayſerliche Majeſt. in ſchon erwehntem Concluſo Cæſa-reo d. d. 31. Mart. a. pr. quoad ſtatum durante lite nichts zu innoviren, und alles in demjenigen Stand zu laſſen, wie es ante hos motus geweſen, inſonderheit auch darunter der Frohnden halber anbefohlen; ſoll Impetra⸗tiſcher Herr Fürſt die ſolchergeſtalt allſchon verbottene, und jezo neuerlich den 26. Sept. a. pr. und 20. Maji a. curr. durch ſeinen Stattſchultheiß Lampert gleichwol wie⸗der angeſonnene Wegfrohnden nicht weiter fordern, die dißfalls gegebene und von gedachtem Stattſchultheiß publicirte Befehle wieder einziehen, auch das allenfalls

von der Gemeinde Weibſtatt hierwegen erpreßte Geld, ohne weiteres Zuwarten, reſtituiren; wo hingegen Impetrantiſche Statt die Wege und Straſſen ſo in ihrer Marckung gelegen, auf ihre eigene Koſten, wie ſich ſelbſten hierzu bereits erbotten, fernershin zu erhalten, ſchuldig und verbunden iſt: Wie dann auch

6. der Herr Fürſt die, diſem Statui zuwider, von deſſen Stattſchultheiſſen neuerlich An. 1753. und de novo wieder den 26. Sept. a. pr. geforderte Geldanlage zu Errichtung eines Zuchthauſesbau zu Bruchſal wieder aufzuheben, die hierwegen von ſeinem Stattſchultheiſſen publicirte Befehle gleichfalls einzuziehen, und, Impetrantiſche Gemeinde von allen dergleichen forderenden Anlagen frey und ungekränckt zu belaſſen proviſorie hiemit verordnet wird. Hauptſächlich wird ebenfalls

7. das, wegen des von Impetrantiſchem Rath und Burgerſchafft aus ihrem eigenthumlichen Stattwald geſchehenen Holzverkaufs, von mehrgedachtem Stattſchultheiſſen Lampert, wider vorig- offtbemeldten Kayſerl. Befehl und Inhibition veranlaßtes injuſtificirliches Verfahren um ſo mehr, als erſagter Stattſchultheiß ſelbſten darzu anfänglich ſeine Bewilligung gegeben, und diſen Holzverkauff für nuzlich anerkennet, hiemit caßirt und annullirt, auch alle dahin einſchlagende Stattſchultheiſiſche Straf- und ſonſtige Befehle anwiederum aufgehoben; in welches Gefolg Impetratiſcher Herr Fürſt ſo fort die hierwegen von ihren Aemtern abgeſezte beede Burgermeiſter, Joh. Ad. Rieß und Phil. Wacker, auch gemeiner Statt Waldförſter, Ant. Störzenbach, wieder zu ihren Aemtern gelangen zu laſſen, die bereits denenſelben ſowohl, als übrigen Glidern des Raths, abgenommene Gelder und Strafen, nebſt Unkoſten, unverweilt wieder zu reſtituiren, ſelbe anbey fernershin an dem forſtmäßigen Holzfällen nicht zu behindern hätte; wobey jedoch Impetrantiſche Statt gleichermaſſen alles dasjenige, wie es jederzeit vorhin bey dergleichen Holzfällungen gehalten werden, zu beobachten, hiemit angewiſen wird. Und nachdeme fernerweit

8. dem

8. dem Herrn Fürſten vormals mit-aufgegeben worden, die Gemeinde an ihrer Rechtsnothdurfft nicht zu hindern, auch dieſelbe weder directo, noch per indirectum, deßhalben zu beſchweren: Deme ungeachtet aber auch deßfalls einige Vergewaltigungen angezeiget und beſcheiniget worden, welche theils die hierzu nöthige Gelder und Correſpondenz, theils die Notarios und Rechtsfreunde, theils die Parthey ſelbſten, betreffen; als wird, ſo vil die Gelder und Correſpondenz berühret, alles, was der Impetratiſche Herr Fürſt, denen Kayſerlichen Befehlen zuwider, wegen verbottener Aufnahm derer zum Proceß nöthigen Gelder, durch ſeinen Stattſchultheiſſen verfüget, ebenmäßig hiemit caßiert, und er, Herr Fürſt, ernſtgemeſſen angewiſen, all ſolche dahin einſchlagende Befehle auch ſelbſten ſo gleich wieder abzuſtellen, und ſie, Impetranten, weder an Aufnahm der benöthigten Gelder, noch der freyen Correſpondenz, zu hindern, oder durch Andere behinderen zu laſſen. Dieweilen dann auch

9. ſo vil die Notarios und Rechtsfreunde belanget, des Hrn. Fürſtens Regierung und Stattſchultheiſſen, ſamt Andern, auf keine immer rechtfertigende Weiſe zugeſtanden, den Notarium Cæſareum Böckling in Verrichtung ſeines Amts zu ſtöhren, noch weniger aber, unter Vorwand einer aus denen Actis nicht erprobten ſeditioſen Aufführung, 26. Tage zu incarceriren, und mit einer ſcharffen ſchimpflichen Inquiſition zu beſchweren, ja gar mit der per Sententiam dictirten Strafe, ſein Amt bey Speyeriſchen Unterthanen nirgendswo mehr auszuüben, zu belegen; da er doch aus denen Reichsgeſezen wiſſe, daß die Notarii über ihr von Kayſerl. Majeſt. committirtes Amt und Verrichtungen allein bey Kayſerl. Majeſt. Rede und Antwort zu geben ſchuldig ſeyen, von daher auch lediglich die deßfallſige Beſtrafung erfolgen müſſen; wird demnach alles ſolchergeſtalt widerrechtlich und höchſtunverantwortlich von Deſſen Regierung verhängte hiemit caßieret und vernichtiget; & excitetur quoad Satisfactionem publicam.

10. Fiſcalis Imperialis, um ſich gegen die Fürſtlich-Speye-

riſche Regierung, und wer ſonſten an diſem gegen den Notarium Böckling ausgeübten facto ſchuldig, ſeines Amts zu gebrauchen; wie dann auch

11. ihme, Böckling, ſelbſten, was er puncto Satisfactionis privatæ etwa zu ſuchen vermeinte, in behöriger Ordnung, ein- und auszuführen, vorbehalten bleibet; wobey derſelbe jedoch in allen ſeinen künfftigen Notariats-Verrichtungen ſich fernershin aller Beſcheidenheit zu gebrauchen, und in denen Schranken ſeines Amts lediglich zu bleiben, hiemit angewieſen wird; und endlich

12. ſo vil die Parthey ſelbſten hiebey angehet, wird Impetratiſchem Herrn Fürſten ebenfalls von Kayſerlichen Amts wegen nochmalen aufgegeben, dieſelbe wegen diſes Rechtshandels ſo wenig, als ihre hieſige oder andere Deputirte, in eine Wege zu kräncken, oder zu beeinträchtigen: Da hingegen

13. ſie, Impetrantiſche Gemeinde und Deputati, (wie ſie darzu hiemit nochmals auf das nachdrücklichſte ein- für allemal angewiſen werden,) ſich wie es ihnen, als getreuen Pfandsunterthanen gebühret, zu betragen, auch aller Selbſthülffe zu enthalten: Wann ihnen aber in deren gegründeten Rechten etwas zu vil geſchähe, ſolches bey Kayſerl. Majeſt. behörig anzubringen, und die etwa gebührende Rechtshülffe in Ruhe, bey denen per Decretum Cæſareum d. d. 31. Mart. a. p. allſchon angedroheten Strafen, zu gewärtigen hätten. Uebrigens, da auch

14. aus denen Actis ſich ergebe, daß der Stattanwald Wacker ſich ſchon zu mehrmalen mit Reſpectsloſen Reden gröblich vergangen habe; ſo ſolle Impetratiſcher Herr Fürſt mehrgedachten Wacker ſo gleich zu gefänglichen Hafften ziehen, und dem Herrn Churfürſten zu Maynz, als Biſchoffen zu Worms, an welchen Kayſerl. Majeſt. bereits den behörigen Auftrag hierwegen unter heutigem dato erlaſſen, zu weiterer Verhör und Inquiſition, auf erſteres abfordern, verabfolgen laſſen.

15. Cum notificatione Membri hujus proxime præcedentis, reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Maynz, als Biſchof-

Biſchoffen zu Worms: Nachdeme in der von Impetrantiſchem Rath und Burgerſchafft gegen den Herrn Biſchoffen zu Speyer, diverſorum Gravaminum halber an Ihro Kayſerliche Majeſt. gediehenen Recursſache unter anderem mit-angezeiget worden, daß daſiger, nunmehro caßirter, Stattanwald Wacker ſich zu verſchidenen mahlen in Evomirung reſpectloſer Reden betretten laſſen, wie er, Herr Churfürſt, aus copialiter mitbeykommenden Anlagen mit dem Impetrantiſchen Exhibito de præſ. 16. Nov. 1754. ſub Lit. Cc. & Exhibito de præſ. 10. Mart. huj. an. ſub Lit. Aa. des mehreren erſehen würde: Kayſerliche Majeſt. ſo fort dergleichen Dero höchſte Autorität allzuſehr verlezendes ſtrafbares Beginnen ohngeahndet nicht hingehen laſſen können; als gebeten Kayſerliche Majeſt. ihme, Herrn Churfürſten, hiemit den Auftrag, erſagten Wacker autoritate Commiſſionis Cæſareæ ſo gleich von dem Herrn Biſchoffen zu Speyer abzufordern, ihn ex carcere zur Red und Antwort zu ziehen, und gegen denſelben legali modo die Inquiſition zu veranſtalten, ſo dann, concluſa cauſa, die ſämtliche Acta, mit räthlichem Gutachten, zu weiterer Kayſerlicher Entſchließ- und Beſtrafung, demnächſt anhero einzuſenden: Et,

16. cum notificatione horum omnium, nec non accluſione Exhibitorum Partis impetrantis de præſ. 10. Mart. 5. Maj. 12. Jun. & 1. Sept. a. c. ad notitiam, reſcribatur dem Herrn Fürſten zu Speyer: Solchen Kayſerlichen Verfügungen in allem die ſchuldigſte Folge zu leiſten, und, wie ſolches geſchehen, Kayſerlicher Majeſt. in Zeit zweyer Monathen die allerunterthänigſte Anzeige ſo gewiß zu thun, als widrigen Falls Kayſerliche Majeſt. zu Aufrechterhaltung Ihrer Kayſerlicher Verordnungen, und zu Verhütung geſammter Statt gänzlichen Umſturzes, eine Manutenenz-Commißion auf die Craysausſchreibende Herrn Fürſten des Ober-Rheiniſchen Crayſes, ſumtibus Ipſius, auf weiteres Impetrantiſches Anruffen, zu erkennen, Sich gemüßiget ſehen würden.

Von

Von Proceſſen, welche verſchidene Baden-Durlachiſche einzelne Gemeinden gegen ihren Landesherrn, reſp. an beyden Reichsgerichten geführet haben, ſehe man einiges anderswo (1).

Martis 15. Apr. 1738.

Zu Ergersheim contra Brandenburg-Onolzbach ꝛc.

-- 2. Nachdeme aber der Herr Marckgraf zu Brandenburg-Onolzbach in ſeinen Exhibitis ſattſam erwiſen, daß ſich derſelbe in poſſeſſione vel quaſi juris, Collectas Imperii, die Reichs- Kriegs- und Türcken-Steuer von der Gemeinde zu Ergersheim einzutreiben, von alten Zeiten her würcklich befindet; als wird denen Impetranten hiemit alles Ernſtes auferleget, und gemeſſen anbefohlen, die Reichs-Kriegs- und Türckenſteuer von ihrem Ort, ſo wohl pro præterito als futuro, dem Herrn Marckgrafen zu Brandenburg-Onolzbach, ſub pœna realis Executionis, (ſo der Herr Marckgraf widrigen Falls zu vollziehen hätte,) ohnweigerlich zu erlegen: Jedoch ſalvo Proceſſu & ſalvo jure cujuscunque &c.

Mercurii 8. Jan. 1766.

Zu Löſſingen Schultheiß, Burgermeiſter und Gericht contra den Herrn Fürſten zu Fürſtenberg ꝛc.

2. Cum incluſione Exhibiti de præſ. 17. Dec. 1765. reſcribatur dem Herrn Fürſten zu Fürſtenberg: Den angezeigten unpfleglichen Holzſchlag, Falls ſichs damit angeführter maſſen verhielte, pendente lite ſo fort einzuſtellen, und, wie es geſchehen, in termino duorum menſium anzuzeigen ꝛc.

23. Oct. 1651.

Eſſen contra Eſſen; ſive nomine der Stadt Eſſen Johann Graß in diverſis ſuis memorialibus ſub præſ. 20. Julii, 11. Aug. & 14. Septbr. nechſthin; Petit Ihro bey diſen entſtandenen neuen Kriegs-Unruhen zwiſchen Churbrandenburg und Pfalzgraffen zu Neuburg als einer Reichsſtadt, eine Salvam guardiam zu ertheilen.

Econtra

(1) in meinem Badiſch. Staatsr. S. 371.

Econtra die Aebtißin des Stiffts Eſſen in litteris ſub dato den 12. Sept. nechſthin & præſ. 14. hujus, beſchwert ſich, daß ſich dieſe ihre Landſtatt Eſſen widerrechtlich vnd Pflichtvergeßlich des meri & mixti imperii unternehme, auch die Burg-Freyheit violire; auch ihre befreyte Diener zu ſtrafen ſich unterſtehe, geſtalt ſie dann unlängſt von ihren Richtern um 100. Gold-Gulden geſtrafft, da doch der Stadt ex fundatione mehreres nit als modi cum exercitium usque ad fuſtigationem gegen ihre Bürger gebühre. Item daß ſie, die Stadt, ſich unterfange, das jus collectandi der Frau Aebtißin zu entziehen, auch ihre befreyte Diener mit Contributionen ganz widerrechtlich belege vnd auf den Fall der Weigerung ihre Viehe verpfände vnd verkauffe. Ob nun zwar wegen des certi quanti der Stadt Contribution ein Proceß am Kayſerl. Cammergericht anhengig, ſo wehren doch dieſe nova attentata, ſo mit demſelbigen nit zu thun vnd alſo auch per novum remedium abzuſtellen, und ob auch ſchon hiebeuor wegen dergleichen Exceſſen eine Kayſerl. Commißion auf Chur-Cölln ſeelig iſt ausgangen, hette ſich doch dazu die Stadt nit bequemen wollen, ſondern dauon an das Kayſerl. Cammergericht appellirt. Petit über vorgeſezte vnd andere in memoriali begriffene Klagpuncten nachmalige Kayſerl. Commißion auf den Herrn Biſchoffen zu Münſter und Herrn Prälaten zu Verden dahin zu ertheilen, daß ſie ſamt und ſonders über die geklagte Gravamina cognoſcirn vnd im Nahmen Ihrer Kayſerl. Mayeſt. die widerſpenſtige Vnterthanen zu dem gebührenden Gehorſamb bringen ſollen.

1. Die gebettene Salva guardia abgeſchlagen.
2. Fiat commiſſio auf den Herrn Biſchoffen zu Münſter vnd Grafen zu Tecklenburg dieſes Inhalts: daß ſie beede Partheyen in denjenigen puncten, welche mit dem zu Speyer anhengigen Proceß nichts zu thun noch davon dependirn, gegen einander vernehmen, vnd alsdann den Verlauff der Sachen Ihr Kayſerl. Mayeſt. fürderlich berichten; So viel aber den Speyriſchen Proceß anhängig, an das Cammergericht ſie deſſenwegen verweiſen ſollen.

28. Jun. 1650.

Zu Bentheimb Graf Wilhelmb ſub præſ. 9. Maii nuperi, exponit, daß ſeine Vorfahren vor etlich 100. Jahren ſeinen Vnterthanen vnd eingeſeſſenen Bürgern ſeines Dörflein Schittorff ein Privilegium gegeben, daß ſie begangener delicten halben, da die Leibſtraff nit ſtatt hat, an Geld nit höher als mit 5. Marcken nemlich 2½ Reichsthaler gebußfertigt werden ſolle, dieweilen aber eine ſolche geringe ſtraff nit erkecklich, ſondern ged. ſeine Vnterthanen dadurch vilmehr zu ſündigen verurſacht werden, als bittet er ſolches Privilegium per mandatum zu caßiren vnd die ſtraff der 5. Marckh juxta normam legum Imperialium auf die arbitrari Geldbuß zu reduciren, apponit extractum privilegii.

Communicetur denen Uuterthanen zu Schüttorff ſub termino trium menſium.

In Sachen: Leiningen-Weſterburg contra die Unterthanen des Fleckens Weſterburg erkannte der Reichs-Hofrath An. 1748. 27. Jun. unter anderem: „Wofern aber 3. beſagte Impetratiſche Unterthanen wegen der anderen, allhier angezeigten, ad hanc cauſam aber nicht gehörigen, Gravaminum ſich vorhero bey ihrer ordentlichen und angebohrenen Herrſchafft würden gemeldet haben, und bey unterbleibender rechtlicher Hülffe ſo dann hierüber ſeparatim einkommen, und behörig anruffen; ſo ergehet auch deßhalber weitere Kayſerliche Verordnung.“

Jovis 17. Aug. 1758.

Heilbronn, Statt, contra den unruhigen Theil der Gemeinde zu Neckergartach, pto Recurſus ad Curiam feudalem, in ſpecie die ſpeciale Inquiſition wider die Tumultuanten betreffend.

1. Ponatur der Magiſtratiſche Bericht de præſ. 18. Aug. a. p. ad Acta.
2. Werden ſamtlichen Inquiſiten folgende Strafen hiemit zuerkannt, daß
   a) der ehemahlige abgeſezte Schulmeiſter, Philipp Hagner, ſtatt der wohlverdienten Lebensſtrafe, mit Ruthen (jedoch, nach Beſchaffenheit ſeines Alters und Leibesumſtände,

ſtände, mäßig,) geſtrichen, ſo dann aber Zeit Lebens im Zuchthaus zu einer ſeinem Alter und Kräfften proportionirten Arbeit anzuhalten;

b) Martin Hagner, nach vorgehender Aufſtellung an den Pranger, ebenfalls auf Zeit Lebens ins Zuchthaus zu bringen, beyder Vermögen aber zu confiſciren; jedoch, daß davon dem Schulmeiſter Vogel der verurſachte Schaden, ingleichem die Inquiſitionskoſten, pro rata zu erſezen ſind; dann

c) Friderich Bardenbach, und

d) Hans Philipp Hagner, mit offentlicher Ausſtellung durch den Stattknecht und zweyjähriger Zuchthausſtrafe,

e) Jacob Forſter aber, ohne öffentliche Ausſtellung, mit Einjähriger gleicher Strafe zu belegen,

f) des immittelſt verſtorbenen Ferdinand Hagners Vermögen zu confiſciren; weiter

g) Philipp Peter Hagner mit 3. Monath Zuchthaus, und

h) Philipp Rößle mit offentlicher Ausſtellung durch den Stattknecht und 2. Monath Zuchthaus; dann

i) Hans Georg Reuz, ohne Expoſition, mit 2. Monathlicher,

k) Philipp Hermann Horſt- und

l) Balthaſar Hagner aber mit Ein Monath Zuchthaus zu beſtrafen, auch allerſeits pro rata die Inquiſitionskoſten, abzutragen ſchuldig; ferner

m) Philipp Hagner, und

n) Peter Hagner, prævia expoſitione publica durch den Stattknecht, mit 6. wochentlicher Gefängniß;

o) Friderich Rößle hingegen mit der Einſperrung im Narrenhaus 3. Marckttäge nach einander, ſo daß er die mittlere Zeit von dem erſten biß zum lezten Tag bey Waſſer und Brodt im Thurn verbleiben müſſe, und

p) Wilhelm Villhauer 4. Wochen lang mit offentlicher Schanz- oder anderer dem Publico zu leiſtender Arbeit zu belegen; da hingegen

q) wider Melchior Jäger,

r) Hans Adam Hagner, und

s) Jacob Werzen, über das von dem erſten allbereits erlit-

tene Gefängniß, weiter nichts vorzunehmen ſeye, als daß dieſelbe gleichwohl ihren Antheil zu denen Koſten beyzutragen haben.

3. Hocque notificetur Magiſtratui per Reſcriptum, mit dem Beyſaz, daß demſelben frey ſtehe, die Zuchthausſtrafe entweder in dem Statt-Zuchthaus, oder, wann dißfalls Bedencken, in einem auswärtigen, vollſtrecken zu laſſen.

Von einem am Cammergericht von der Gemeinde Hoppach gegen ihren Herrn, von Meyerhofen, geführten Proceß, wegen des Eigenthums gewiſſer Waldungen, ſehe man Herrn Geh. Juſt. Rath PüTTER (1).

§. 52.

Innerliche Streitigkeiten.

Wann zwiſchen denen obrigkeitlichen Perſonen einer Statt, oder anderen Commun, oder zwiſchen dem Magiſtrat und der Burgerſchafft, oder zwiſchen der Burgerſchafft unter ſich, Streitigkeiten entſtehen, und die Statt ſtehet unmittelbar unter dem Landesherrn, kommt es auch ihme allein zu, ſelbige güt- oder rechtlich beylegen zu laſſen.

Von denen innerlichen Streitigkeiten zu Roſtock ſehe man oben §. 16.

-- Den 21. Jan. des 1617. Jahres iſt zu Stetin auffm Fürſtlichen Hauſe, wegen der Streitigkeiten, ſo zwiſchen einem Rath und der Bürgerſchafft etliche Zeit her getrieben waren, nachdem in unterſchiedlichen Tagezeiten durch gewiſſe Commiſſarien alle Umſtände wohl erwogen, und die Cammer-Regiſter beſichtiget waren, auff bevorhergehende Berathſchlagung mit den Land- und Hofräthen, ein Beſcheid ertheilet und publiciret.

§. 53.

Höfe.

Einzelne Höfe seynd ein entweder von andern Gemeinden und Marckungen abgeſondertes, oder auch zu einer anderen Marckung gehöriges, aber von einem ganzen Ort entlegenes Gut, mit darzu gehörigen Gebäuden und Feldgütern.

Von Bayern ſchreibt der Freyherr von KREITTMAYR (2): „Die Bauernhöf, welche nicht in den Dörffern, ſondern abſeits, ligen, werden hier zu Land Einöden genannt, nicht nur

(1) in der Erläuter. des Proceß. beyder R. Gericht. S. 115.

(2) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 28. Cap. S. 2405.

nur physice, ihrer natürlichen Lage nach, ſondern auch moraliter, weil ſie mit keinem Dorff in Gemeinſchafft, ſondern = = noch auf alt=deutſchen Fuß ſtehen, mithin für ganz beſondere Corpora zu conſideriren ſeynd. "

Die Gerechtſamen und Pflichten derſelbigen ſeynd nach jeden Landes, Gebiets, Orts, oder Hofs, beſonderen Verfaſſung, Privilegien, Herkommen ꝛc. abzumeſſen.

Viertes Capitel.
Von anderen Geſellſchafften.

Innhalt.

§. 1. Von was die Rede ſeye? §. 2. Gattungen. §. 3 Hauptclaſſen. §. 4. Ganerbſchafften. §. 5. Märckerſchafften. §. 6. Gelehrte ꝛc. Geſellſchafften. §. 7. Handlungs= ꝛc. Geſellſchafften. §. 8. Policey=Geſellſchafften. §. 9. Religioſe Geſellſchafften. §. 10. Noch andere. §. 11. Rechte des Regentens, §. 12. und der Unterthanen. §. 13. Zünfften ꝛc. §. 14. Deren Gattungen. §. 15. Zweck. §. 16. Rechte des Landesherrns §. 17. und der Unterthanen. §. 18. Mehreres remiſſive.

---

§. 1.

In und auſſer denen bißhero erzählten Communen gibt es auch noch andere Arten von Geſellſchafften, ſo aus Unterthanen, oder mittelbaren Perſonen, beſtehen. *Von was die Rede ſeye.*

Es iſt aber hier nicht die Rede von ſolchen kleinen Geſellſchafften, wann zwey oder drey Perſonen in einer Handlung mit einander ſtehen, oder eine Fabric, Manufactur, ꝛc. gemeinſchafftlich unternehmen: Dann darum bekümmert ſich ordentlicher Weiſe ein Regent nicht; ſondern die Unterthanen genieſſen darinn, in ſo weit nicht in ein= oder anderem ein Verbott angelegt, oder doch eine Einſchränckung gemacht worden iſt, ihrer natürlichen Freyheit: Doch erſtrecket ſich die geſezgebende Gewalt zuweilen auch hierauf. Z. E.

Im Würtembergiſchen Landrecht handelt im 2ten Theil der ganze 6te Titul: „Von Geſellſchafften, die in einer Handlung ſamtlich mit einander anligen.“

Es iſt auch nicht die Rede von ſolchen etwas gröſſeren Geſellſchafften, welche ſchon zum Voraus von dem Landesherrn gebilliget, oder wohl gar die Leute darzu eingeladen worden ſeynd, oder es wenigſtens ausdrücklich oder ſtillſchweigend ihrer freyen Willkühr überlaſſen worden iſt, ſich in gewiſſe Geſellſchafften zuſammen zu begeben, z. E. gemeinſchafftlich ein Bergwerck aufzuſuchen, oder zu bauen und zu betreiben.

Sondern ich handle von ſolchen Geſellſchafften, welche Unterthanen errichten wollen, wobey das gemeine Weſen unmittelbar oder mittelbar intereßiret iſt, und Nuzen oder Schaden davon haben kan, oder wobey nach dem Reichs-Herkommen, oder der Landesverfaſſung, des Regentens Gerechtſame oder Pflichten mit-einſchlagen.

§. 2.

Gattungen. Dergleichen Geſellſchafften nun gibt es mancherley Arten, in Abſicht auf die Perſonen und Sachen.

So gibt es Geſellſchafften, woran nur die Unterthanen des Landes, darinn ſelbige errichtet werden, Antheil haben ſollen, und hinwiederum auch andere, wobey auch Auswärtige zugelaſſen, oder wohl gar darzu eingeladen werden.

§. 3.

Hauptclaſſen. Alle aber, ſie ſeyen beſchaffen wie ſie wollen, theilen ſich ſo dann wieder in zwey Hauptclaſſen ab; es ſeynd nemlich privat- oder öffentliche Geſellſchafften:

Privat-Geſellſchafften ſeynd, von denen der Regent keine Notiz nimmt, ſondern ſie gehen läſſet, wie ſie gehen:

Oeffentliche hingegen werden von dem Landesherrn entweder nur, (aber doch ausdrückentlich,) geduldet, oder auch beſtättiget, wo nicht noch über diſes mit einigen Freyheiten verſehen.

§. 4.

Ganerbſchafften. Hin und her gibt es Ganerbſchafften adelicher Familien, welche gewiſſe Güter mit einander in Gemeinſchafft beſizen, und, bey Abſterben eines Theilhabers darinn gemeiniglich einander ſuccediren.

In

In Oſtfriesland machen die Theellande eine Art einer bäuerlichen Ganerbſchafft aus. Sie begreiffen einen im Norder- und Berumer-Amte belegenen Strich Landes, welcher aus acht Theilen oder Theelen beſtehet. Man ſehe davon:

WENCKEBACHS (Caſp.) Jus theelachticum redivivum, oder neurevidirtes Theelrecht, nebſt einer Vorerinnerung und Hiſtorie der Theelrechte, ingleichen vilen Anmerckungen von denen bey Vererbung und Antrettung der Theelen, auch Empfang der Gelder, eingeführten und herkömmlich gewordenen Gewohnheiten, ſo dann einigen nachgefügten Urkunden; vermehrt von Chriſtian Eberh. WENCKEBACH, Halle 1759. 4. ſ. H. von Selchow juriſt. Biblioth. 2. Band, S. 182.

§. 5.

Ferner gehören hieher die Märckerſchafften, welche aus einer Geſellſchafft von Gemeinden beſtehen, die gewiſſe Waldungen gemeinſchafftlich zu genieſſen haben. Märcker-ſchafften.

Von denen Märckerſchafften, die aus verſchidener Landesherren Unterthanen beſtehen, iſt in meinem Teutſchen nachbarlichen Staatsrecht nachzuſehen.

Der Freyherr von CRAMER (1) handelt: 1. Von der Nothwendigkeit, bey Märckerſchafften auf die Lage derſelben und die ſpecielle Umſtände zu ſehen. 2. Ob ein Erbtheilungs-contract zwiſchen Märckergenoſſen vor rechtsgültig zu halten ſeye, wann ſolcher auch nur privatim inter Socios marcales errichtet worden.

Von der Märckergerechtigkeit in der Gernbacher Waldmarck, im Naßauiſchen, ſehe man den Freyherrn von CRAMER (2).

Von einem Heimburger-Geding, vermöge deſſen 5. Hanauiſche Gemeinden einen gewiſſen Wald gemeinſchafftlich benuzten, endlich aber darüber mit einander am Cammergericht in Proceß geriethen, und wie allda An. 1767. für die geraume

Zeit

(1) in ſeiner Nebenſt. 115. Theil, S. 321.
(2) l. c. S. 344.

Zeit unterbrochen geweſene Gemeinſchafft geſprochen worden ſeye, ſehe man wiederum den Freyherrn von CRAMER (1).

§. 6.

Gelehrte ꝛc. Geſellſchafften.

Man hat ferner gelehrte Geſellſchafften von allerley Gattungen; wohin die vile Geſellſchafften der Wiſſenſchafften, der Teutſchen und Lateiniſchen Sprache, u. d. gehören.

Weiter hat man Bildhauer- Mahler- Muſic- u. d. Academien oder Geſellſchafften.

Dahin gehöret auch die Kupferſtecher- ꝛc. Geſellſchafft zu Augsburg, von welcher diſes Reichs-Hofraths-Concluſum handelt:

Lunæ 17. Nov. 1766.

Academia Cæſareo-Regia Artium liberalium in Augsburg, pto Privilegii impreſſorii &c.

Acceptata cautione de exhibendis conſuetis exemplaribus, detur petitum Privilegium impreſſorium ad alios decem Annos in forma conſueta.

So gibt es auch öconomiſche allgemeine und beſondere z. E. Bienen-Geſellſchafften.

§. 7.

Handlungs- ꝛc. Geſellſchafften.

Eine andere Gattung ſeynd die groſſe Handlungs-Geſellſchafften nach gewiſſen Ländern, oder Weltgegenden, oder mit gewiſſen Arten von Waaren.

Pachtungen wichtiger Lande, oder Grundſtücke, oder Gefälle, oder Monopolien, u. d. werden abermalen öffters in Geſellſchafft übernommen.

§. 8.

Policey-Geſellſchafften.

Wittwen- Wayſen- Braut- Leichen- Armen- Feuer- u. d. Caſſen werden vilfältig durch Art einer Geſellſchafft zu Stande gebracht.

§. 9.

Religioſe Geſellſchafften.

Unter denen Catholiſchen gibt es vile Brüderſchafften, Geſellſchafften de propaganda Religione, u. andere gemeinſchafftliche Anſtalten und Einrichtungen, welche ihren Bezug auf die Religion, oder auf Krancke und Sterbende, u. ſ. w. haben.

§. 10.

(1) l. c. 71. Theil, S. 36.

§. 10.

Es gibt auch Spiler-Geſellſchafften, welche Lotterien, wohlthätige (vel quaſi!) Geſellſchafften, Ducaten, Societäten, Renten-Geſellſchafften, u. d. in Compagnie errichten, oder öffentliche Schauſpile vorſtellen, u. ſ. w. Noch andere.

Und wer will alle Arten von guten, gleichgültigen, oder ſchädlichen, ſolchen Geſellſchafften erzählen, da bald die Begierde, dem gemeinen Weſen zu dienen, bald Windbeuteley und ein falſcher Ehrgeiz, bald die Luſt, ſich auf ſeines Nebenmenſchens Beutel auf eine leichte Weiſe zu bereicheren, u. ſ. w. immer neue Geſchöpfe von diſer Art hervorbringt.

§. 11.

Was dem Landesherrn hiebey für Gerechtſame zuſtehen? davon iſt mein **Tr. von der Landesheit in Policeyſachen**, unter vilerley Tituln, (je nachdeme eine Geſellſchafft diſen oder jenen Gegenſtand hat,) nachzuſehen. Rechte des Regentens,

§. 12.

Wie weit ſich aber die Freyheit derer Unterthanen in dergleichen Fällen erſtrecke? läſſet ſich keine allgemeine Regel geben: In einem Land mag man es ſchärffer, in einem anderen hingegen nicht ſo genau, nehmen; ja in einerley Land kan der eine Regent ſeinen Unterthanen hierinn mehr, der andere weniger, erlauben; ſo gar eben der Regent kan, nach Zeit und Umſtänden, ſeinen Unterthanen bald mehr Freyheit verſtatten, bald ſelbige mehr einſchräncken. Und der Unterthanen.

Allemal handlen Unterthanen ſicherer und klüger, wann ſie das, was auch nur einige Aufmerckſamkeit bey dem Regenten, oder im Publico, verurſachen kan, forderiſt dem Landesherrn wenigſtens wiſſend machen, oder auch deſſen ausdrückliche Genehmigung darüber verlangen:

Thun aber Unterthanen diſes gleich nicht, die Sache iſt jedoch nicht verbotten, und von ſolcher Beſchaffenheit, daß ſie weder etwas an ſich ſträfliches enthält, noch denen Landesherrlichen Gerechtſamen einen offenbaren Eingriff thut; ſo kan es auch denen Unterthanen zu keinem Verbrechen angerechnet, wohl aber ihnen die nöthige Weiſung gegeben, oder auch, nach Beſchaffenheit der Umſtände, die Sache ſelbſt aufgehoben werden.

Maſſen endlich Unterthanen ſich in ſolcherley Sachen etwas an, welches nach dem Reichs- oder Landes-Herkommen entweder allein dem Landesherrn zuſtehet, oder wenigſtens deſſen Genehmigung erfordert, ehe es in das Werck gerichtet werden kan; ſo iſt es allerdings ſträflich, wann er darinn übergangen wird; und diſes um ſo mehrers, je wichtiger die Sache an ſich ſelbſten iſt.

Der Magiſtrat zu **Emden** in Oſtfrießland ertheilte An. 1720. 3. Oct. ſicheren Leuten zu Aufrichtung einer Commercien-Compagnie und Societät ein Privilegium auf vierzig Jahre, unter verſchidenen Conditionen, und machte ſolches in- und auſſer Reichs bekannt. Der Fürſt lieſſe den 15den ſolchen Monaths ein Reſcript deßwegen an den Magiſtrat ergehen: Die Statt hingegen machte eine Contra-Remonſtrance durch den Druck gemein. Der Fürſt wandte ſich darauf an den Reichs-Hofrath, woſelbſt auch die Statt eine Information übergab.

Krafft der den 18. Aug. 1721. (1) hierüber ertheilten Kayſerlichen Reſolution ergienge 1. ein weitläufftiges Kayſerliches Decret an den Magiſtrat zu Emden: Daß die Verleihung dergleichen Privilegien keinem Magiſtratui inferiori einer mittelbaren, dem Landesfürſten mit Pflicht und Unterthänigkeit verwandten, Commun oder Statt, ſich der Macht ſolcherley Freyheitsausgebung, ohne vorgängige Landesfürſtliche Confirmation, zumalen an ausländiſche, zu unterziehen, zuſtehe, und, da nichts deſto weniger ein ſolcher Magiſtratus inferior deſſen ſich unterfangen wollte, ſolches doch für ein verbottenes, eigenmächtiges, ſträfliches Fürnehmen, auch vor einen unleidentlichen Eintrag und Vorgriff in die Landesfürſtliche hohe Jura zu achten ſeye; darwider der Landesherr zu derſelben Handhabung und Rettung, mit Pönalverbott zu verfahren und, den dißfalls excedirenden Magiſtrat zur Verantwortung vorzufordern, Fug und Recht habe, diſer auch dem deßwegen ausgegangenen Befehl Gehorſam zu leiſten ſchuldig ſeye: Er, der Kayſer, als der Grafſchafft Oſtfrießland Ober- und Lehenherr, würde diſes zugleich eine hochvermeſſene Appellations-Aufhebung

(1) ſ. MüLLERS juriſt. hiſtor. Electa, 1. Theil, S. 146.

bung in denen unter den Societäts-Verwandten über ihre Negotia künfftig vorfallende Strittigkeiten, und die reſervationem poteſtatis, novas Leges condendi, in ſich haltende Privilegium, wann Er über kurz oder lang davon benachrichtiget worden wäre, allemal vor ungültig und krafftlos erkläret haben, Falls auch der Fürſt ſelbſt hierunter Ueberſehens hätte pflegen wollen; inmaſſer ſolcher kühne, der Landesfürſtlichen (auf Kayſerliche Belehnung gegründeten,) Hoheit, und in ſpecie denen beyden hohen Landesfürſtlichen Gerichten präjudicirliche, auch der klaren Kayſerlichen Oſtfrieſiſchen Reſolution in puncto Appellationis in ſpecie abbrüchige, Handel der Kayſerlichen Majeſt. und des heil. Reichs Obrigkeit, Gewaltſam und Gerechtigkeit ſelbſt, per conſequentiam unumgänglich hoch berühre, und ſolche den Recurſum ad ſuprema Imperii Dicaſteria benehmende Anordnung durchaus unter die unzuläßige Dinge gehöre, auch mit dem hervorgeſuchten nichtigen Schein und Behelffen ſich in keinerley Wege beſchönen und noch vilweniger juſtificiren lieſſe ꝛc. ꝛc. Der Kayſer bezeuge alſo ſein ſonderbares ungnädiges Mißfallen darüber, und caſſiere zugleich, nach Erforderung ſeines Kayſerlichen Amts, das Eingangs berührte Emdiſche Privilegium, mit ernſtlichem Befehl, des Fürſten Committirte an offentlichem Anſchlag der Kayſerlichen Patenten in der Statt Emden unter keinerley Vorwand zu verhindern, inskünfftige von dergleichen Privilegien-Anmaſſung ſich gänzlich zu enthalten, und ſelbige unter ihre Macht und Bottmäßigkeit nicht zu ziehen, ſondern die Kauffleute und Negotianten, welche ſolche für nüzlich halten, mit ihrem Geſuch an ihren ordentlichen Landesfürſten, zu Auswürckung deſſen nothwendiger Verwillig- und Beſtättigung, jedesmal zu verweiſen ꝛc. bey Straf 50. Marck Goldes, auch, nach Befinden, der Verliehrung ihrer Rechte und Freyheiten.

2. Wurden auch Kayſerliche Patenten erkannt, welche im Hauptwerck gleiches Innhalts seynd; nur mit dem Anhang: Der Kayſer verlange die Aufrichtung einer ſolchen Compagnie nicht zu verhindern; es müſſe aber in gehöriger Ordnung geſchehen, bey dem Fürſten angebracht, mit dem Stattmagiſtrat darüber communicirt, ſo fort eine wohl überlegte, vorſichtige,

und weder der Kayſerlichen Autorität und des Reichs Sicherheit, noch der alldortigen Landesverfaſſung, oder ſonſten einigen Tertiis, präjudicirliche Einrichtung getroffen, und darüber eine Landesfürſtliche Reſolution ertheilet und publiciret werden.

§. 13.

Zünfften, 2c.

Abſonderlich iſt hier auch noch etwas weniges von denen Zünfften derer Profeßioniſten und Handwercker zu ſagen.

Zünfften, Innungen, Gilden, oder wie ſie da oder dorten ſonſten heiſſen mögen, ſeynd Geſellſchafften von Künſtlern, Profeßioniſten, Handwerckern, u. d. welche in einer gewiſſen beſonderen Verbindung in Abſicht auf ihre Kunſt, Profeßion, Handwerck, u. ſ. w. mit einander ſtehen.

Durch diſe Zünfften werden die Zunfftgenoſſen von denen Perſonen unterſchiden, welche ſich auch ihrer Handarbeit u. d. nähren, aber ſelten, oder gar nirgend in Zünffte gefaſſet ſeynd, z. E. Ackersleute, Fuhrleute, Taglöhner, u. ſ. w. die dahero auch nicht an gewiſſe Geſeze in Anſehung ihrer Nahrung, oder vilmehr in Anſehung derer, welche mit ihnen gleiche Lebensart haben, gebunden ſeynd.

§. 14.

Deren Gattungen.

Ordentlicher Weiſe machet jede Gattung ſolcher Perſonen, die eine gewiſſe Kunſt, Profeßion, Handwerck u. d. treiben, auch eine eigene Zunfft aus, z. E. die Becken machen eine beſondere und eigene Zunfft aus, die Weber desgleichen, die Glaſer auch, u. ſ. w.

Gar offt aber geſchiehet es auch, daß, wo das Land klein, oder die Anzahl der Meiſter einer Kunſt, 2c. nicht groß iſt, die Meiſtere verſchidener einige Verwandſchafft mit einander habender Profeßionen, 2c. zuſammen in Eine Zunfft geſchlagen werden. Z. E.

In Würtemberg ſtehen die Bildhauer und Wagner in Einer Zunfft; ſo auch Fiſcher und Schiffer, Maurer und Steinmezen, Schloſſer und Büchſenmacher, u. ſ. w.

Es werden wohl auch Handwercker zuſammengeſchlagen, die weder in einerley Materie arbeiten, noch auch ſonſt eine Aehnlichkeit mit einander haben; z. E. in Würtemberg ſtehen die Schmide und Waffenſchmide mit den Wagnern in einer-

ley

ley Ordnung; da doch jene in Metallen und dem Feuer, diſe aber in dem Holz, arbeiten.

Ja es gibt auch hin und her ſogenannte groſſe Zunfften, da wohl Zehen- und mehrerley von einander ganz verſchidene Handwercker, u. dergl. dennoch in einerley Zunfft beyſammen ſtehen.

Hinwiederum gibt es auch Handwercker, ꝛc. die gewiſſermaſſen einerley Handarbeit treiben, und dennoch in verſchidene Zünfften abgetheilet ſeynd. Z. E. in Würtemberg haben die Rothgerber eine beſondere Zunfft, und die Weißgerber desgleichen.

§. 15.

Der Zweck derer Zünffte, u. d. iſt hauptſächlich gedoppelt, nemlich 1. denen Stümpeleyen zu wehren, daß nicht das gemeine Weſen und die privat-Perſonen durch Leute, welche ſich diſes oder jenes Geſchäfftes anmaſſen, das ſie doch nicht hinlänglich verſtehen, betrogen werden; ſodann 2. daß unter denen Nahrungs-Arten und Gewerben eine billige Eintheilung gemacht werde, jeder wiſſe, womit er ſein Brodt verdienen könne und ſolle, und verſichert ſeye, daß ihme kein anderer, der nicht ſein Zunfftgenoß iſt, darinn einen Eintrag thun dörffe. Zweck.

§. 16.

Wie weit ſich in allen dergleichen Zunfftſachen die Landesherrliche Gerechtſame erſtrecken; davon iſt in meinem **Tr. von der Landeshoheit in Policeyſachen Cap. 9** gehandelt worden. Rechte des Landesherrns,

§. 17.

Was aber die Unterthanen anbelangt; ſo kommt das, was von ihnen hiebey zu ſagen iſt, darauf hinaus: Und der Unterthanen.

1. Ordentlicher Weiſe, und in denen meiſten Landen, darff keine Zunfft u. d. errichtet werden, der Landesherr erlaube es dann.

Doch gibt es auch hin und her einige Landſtätte, die darinn vor Andern etwas zum voraus haben.

Die Statt Franckfurt an der Oder machte An. 1706. 13. Aug. aus dem denen Schneidern An. 1694. ertheilten Privile-

gio den §. 16. gegen die Fuſcher und Stöhrer in einem gedruckten Patent kund.

Die Statt Hildesheim ſchreibet ſich das Recht zu, Zünffte zu errichten, und Verordnungen in Handwercksſachen ergehen zu laſſen.

2. Zünffte, Innungen, u. d. dörffen ohne Landesherrliches Wiſſen und Willen keine Ordnungen machen, oder die gemachte erklären, änderen oder aufheben; ſondern ſie müſſen alles diſes entweder von dem Landesherrn erwarten, oder wenigſtens ihre Gedancken demſelben zur Prüffung vorlegen, und es ihme überlaſſen: Ob und wie ferne er ihnen Beyfall geben und ſie beſtättigen wolle, oder nicht?

3. Schreibt der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Denen burgerlichen Gerichten kommen die Zunfft- und Handwercksgerichte am nächſten bey: - - Sie seynd aber eigentlich keine Gerichte; dann die Strafen, welche bey Handwerckstägen vorgenommen zu werden pflegen, rühren nicht aus eigener Macht der Handwercks- oder Zunfftmeiſter, ſondern autoritate Magiſtratus, her; immaſſen derſelbe zu dergleichen Zuſammenkünfften allezeit gewiſſe Deputirte abzuordnen pflegt.“

Ueberhaupt aber verordnet der Reichsſchluß von 1731. „1. Sollen im heil. Röm. Reich die Handwercker unter ſich keine Zuſammenkünffte, ohne Vorwiſſen ihrer ordentlichen Obrigkeit, (welcher bevorſtehet, darzu Jemand in ihrem Namen nach Gutbefinden zu deputiren,) anzuſtellen Macht haben; auch an keinem Ort einige Handwercksarticul, Gebräuche und Gewohnheiten paßieret werden, ſie ſeyen dann a) entweder von der Landes- oder b) wenigſt jedes Orts darzu berechtigten Obrigkeit, (wie dann jedem Reichsſtand ohnedem, nach Gelegenheit der Zeit, der Läuffte und Umſtände, Krafft beſitzender Regalien, alle Landesherrliche Gewalt, und in Anſehung derſelben die Aenderung und Verbeſſerung der Innungsbrieffe in ihrem Gebiet allwege vorbehalten bleibet,) nach vorgängiger genugſamer Erwäg- und Einrichtung, nach der Sachen gegenwärtigem Zuſtand, confirmiret und bekräfftiget:

(1) ad Cod. judic. Bavar. Cap. 1. §. 21. S. 36.

get: Hingegen alle diejenige, welche von denen Handwercks⸗leuten, Meiſtern und Geſellen, allein für ſich, und ohne nur gedachter Obrigkeiten Erlaubniß, Approbation und Confirmation, aufgerichtet worden, oder ins künfftige aufgerichtet und eingeführet werden möchten, null, nichtig, ungültig und unkräfftig ſeyn: Wann auch dieſelbe im heil. Röm. Reich, es ſeye wo es wolle, ſich mit Einführung eigenwilliger Gebraüche hierwider vergreiffen, auch, auf obrigkeitliche Ahndung nicht davon abſtehen würden, ſollen ſelbige, nach gebührend beſchehener obrigkeitlicher Erkenntniß, wegen ſolcher Uebertrettung und Ungehorſams, in dem heil. Röm. Reich auf ihren Handwerckern an keinem Ort paßieret, ſondern von jedermänniglich für Handwercks⸗unfähig und untüchtig gehalten, auch, wann ſie ausgetretten, ad valvas Curiarum, oder andern öffentlichen Orten, angeſchlagen und aufgetriben werden; ſo lang und vil, biß ſie ſolches ihres Verbrechens und Unfugs wegen obrigkeitlich abgeſtrafet, und publica autoritate zu ihren Handwerckern wiederum admittiret worden; mit welcher Strafe auch gegen diejenige Meiſter und Geſellen, ſo dergleichen Uebertretter, (hintangeſezt berührter, ihnen kund gethaner, obrigkeitlichen Erkenntniß,) für tüchtig und Handwercksfähig zu halten, und zu Treibung des Handwercks beförderlich ſeyn wollten, zu verfahren. "

§. 18.

Noch vil mehreres von allem diſem findet man in meinem Tractat von der Landeshoheit in Policeyſachen, Cap. 3. 9. und 10. ꝛc. Mehreres remiſſive.

Drit⸗

Drittes Buch.

Von denen Rechten und Pflichten gewiſſer beſonderer Gattungen Teutſcher Unterthanen.

Erſtes Capitel.

Von denen Geiſtlichen.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Vorerinnerungen. §. 3. Wer geiſtlich ſeye? §. 4. Evangeliſcher Clerus. §. 5. Catholiſcher Clerus. §. 6. Erz- und Biſchöffe. §. 7. Capitul, was und wo? §. 8. Deren Gattungen, §. 9. Un- oder Mittelbarkeit, §. 10. Verfaſſung. §. 11. Der Mitglider Namen, §. 12. Gattungen, §. 13. Zahl, §. 14. Eigenſchafften. §. 15. Der Canonicaten Vergebung. §. 16. Claſſen. §. 17. Prälaturen, §. 18. Statuten ꝛc. §. 19. Privilegien, §. 20. Capitulstäge, §. 21. Bediente, §. 22. Verrichtungen, §. 23. Vicarien, §. 24 Antheil an der Regierung, §. 25. Einkünffte, §. 26. Streitigkeiten, §. 27. Beſtrafung, §. 28. Teſtamente ꝛc. §. 29. Weibliche Stiffter. §. 30. Clöſter ꝛc. §. 31. Jeſuiten. §. 32. Rang. §. 33. Gnadenzeichen. §. 34. Gerichtsſtand. §. 35. Erbrecht ꝛc. §. 36. Ceßion der Landesherrſchafft.

§. 1.

Schrifften. Aus ſehr vilen Schrifften, die hier angeführet werden könnten, will ich nur folgender gedencken:

Diſſ. de origine, electione, officio & jur. Præpoſitorum & Decanorum Eccleſiarum cathedralium & collegiatarum. Lüttich, 1729.

BOEHMER (Ge. Lud.) de jure Promotorum, adſpirandi ad Beneficia eccleſiaſtica; in ſeinen *Obſervat. Jur. canon. n.* 8. S. 336.

S. 336. ſiehe Allgem. Deutſch. Bibl. Anh. zu den 12. erſt. Stück, S. 341.

BUDER (Chriſtian. Gottl.) Progr. de Gratiis ad obtinendas Præbendas Doctoribus accademicis conceſſas. Jena.

DüRR (Franc. Ant.) Diſs. de Capitulus clauſis Eccleſiarum cathedralium & collegiatarum in Germania. Maynz, 17... 4.

Ejusdem Diſs. de Annis Gratiæ Canonicorum Eccleſiarum cathedralium & collegiatarum in Germania. Maynz, 1740. 4. ſ. H. Schotts Critic, 6. Band, S. 71.

Idem de Annis Carentiæ Canonicorum Eccleſiarum cathedralium & collegiatarum in Germania. Maynz, 1772. 4. (Welcher, auch noch vile andere Materien von Capitulſachen abzuhandlen, verſprochen hat.)

HOMMEL (Car. Ferd.) Diſs. de Eccleſiarum cathedralium & collegiatarum Capitulis. Leipzig, 1771. 4. ſ. Herrn Schotts Critic, 3. Band, S. 570.

HüLS (Jac. Joſ.) conſpectus Syntagmatis de Canonicis in genere, & de Colonienſibus in ſpecie. 1768.

ab ICKSTATT (Joh. Ad. L. B.) Diſquiſitio de Capitulorum Metropolitanorum & Cathedralium Archi- & Epiſcopatuum Germaniæ origine, progreſſu, & juribus, Regimine præſertim territoriali interimiſtico, Sede vacante, ejusque uſu & abuſu. Editio auctior. Amſterdam, 1764. 4. auch in ſeiner *Opuſc. Tom. 2. n. 7. p. 370.*

Meine Abhandlung von den Rechten der Jeſuiten in Teutſchland; in meiner Abhandl. verſchid. beſonder. Rechtsmater. 1. Stück, S. 1. auch mit einigen fremden Zuſäzen, einzeln (Regensburg,) 1773. fol.

Derſelben Fortſezung ꝛc. in der cit. Abhandl. 2. Stück, S. 63.

Mein rechtliches Bedencken von Aufhebung des Jeſuiter-Ordens; beſonders ſo vil es die Befügniſſe eines Evangeliſchen Reichsſtandes dabey betrifft. Franckfurt und Leipzig, (Ulm,) 1774. 8. auch in meiner Abhandl. beſond. Rechtsmater. 2. Stück. S. 1. Dawider kame heraus:

Der Jeſuit vor dem Richterſtuhl J. J. Moſers. Berlin u. Franckfurt, (Augſpurg,) 1774. 8. von dem Ex-Jeſuiten, P. Merz.

Zugaben zu meinem rechtlichen Bedencken ꝛc. Franckfurt und Leipzig, (Ulm,) 1774. 8. und in der cit. **Abhandl.** 3. **Stück**, S. 1.

SCHMIDT (Ant.) Diſs. de Imperatore Statutorum in Eccleſiis Germanicis Protectore. Heidelberg, 1772. 4. und in ſeinem *Theſaur. Jur. eccleſ. Tom. 2. p. 340.*

STEGER (- -) Progr. de cauſa & fundamento immunitatis Canonicorum, qui ſunt Profeſſores, à Reſidentiæ onere. - - -

* * *

Unfug und Ungrund derjenigen Gravaminum, welche kurz nach Antritt Herzog Ernſt Auguſts Regierung des Stiffts Osnabrück das Domcapitul daſelbſt anfänglich bey dem König in Groß-Britannien, (um durch Dero Interpoſition die Abhelffung zu erhalten,) nachgehends aber durch eine Appellation beym Reichs-Hofrath introducirt worden. Osnabrück, 1720. fol.

§. 2.

Vorerinnerungen. Von dem geiſtlichen Stande in Teutſchland habe ich bereits anderwärts (1) kürzlich gehandelt; und zwar ſo: §. 1. Schrifft. §. 2. Vorerinnerung. §. 3. Evangeliſche Geiſtliche. §. 4. Catholiſcher Clerus. §. 5. Un- und Mittelbarkeit diſes Standes. §. 6. Fürſtenſtand. §. 7. Der Geiſtlichen Adel. §. 8. Mehreres remiſſive.

Auch findet ſich ſehr viles davon in dem **Tr. von der Landeshoheit im Geiſtlichen.**

Beydes wird hier vorausgeſezt.

Da ich ferner hier von allen verſchidenen Gattungen derer Teutſchen Unterthanen, und alſo auch von dem geiſtlichen Stande, nur in Abſicht auf das Teutſche Staatsrecht handle; ſo übergehe ich alles, was blos in das Kirchenrecht einſchläget.

Aber auch in Anſehung deſſen, was, wo nicht unmittelbar in das Teutſche allgemeine Staatsrecht, doch wenigſtens in die Catholiſche Teutſche Kirchen- und die beſondere Landesverfaſſungen, einſchläget, muß ich zweyerley erinneren; nemlich:

(1) im Tr. von der R. Stände Landen, ꝛc. S. 910.

lich: 1. Mangelt es mir in manchem an hinlänglichen Subſidien darzu; indeſſen iſt 2. doch auch deſſen, was ich bey Handen habe, ſo vil, daß ich den mir vorgeſezten Plan weit überſchreiten müßte, wann ich mich auch nur deſſelben völlig bedienen wollte; dahero freylich diſe Abhandlung ſehr unvollkommen ausfallen, und bloß einige Züge, oder beſondere ſich zugetragene Fälle, oder in neueren Zeiten ſich ereignete Streitigkeiten, an die Hand geben wird.

§. 3.

Wer Geiſtlich ſeye.

Bey dem Cammergericht kame die Frage vor: Ob unter dem Wort: Geiſtliche, auch Weltgeiſtliche, oder bloß Cloſtergeiſtliche, zu verſtehen, und Ehe-Pacta per interpretationem nur auf diſe zu reſtringiren ſeyen? Bey dem Cammergericht entſtunden darüber Vota paria.

Mehreres davon findet man bey dem Freyherrn von CRAMER (1).

Derſelbe führte auch (2) diſe Säze aus: 1. Vota non faciunt Clericum, ſed clericalis tonſura, ſupervenienteſque Ordines; 2. Monachus, qua talis, non eſt Clericus, 3. hodie Monachi Clerici ſunt, non ex primo inſtituto, ſed ex Privilegio.

§. 4.

Evangeliſcher Clerus.

Bey denen Evangeliſchen in Teutſchland gibt es dermalen keine landſäßige hohe Geiſtlichkeit:

Wohl aber läſſet ſich der Evangeliſche Clerus auch in primarium & ſecundarium eintheilen.

Zu jenem gehören, nach meiner jezigen Abſicht, die Geiſtliche, welche 1. das Recht der Landſtandſchafft haben, 2. etwa auch diejenige, welche an dem ſubalternen Kirchen-Regiment Antheil haben; zu diſen hingegen die übrige nidrige Geiſtlichkeit.

Uebrigens werden dem Clero primario hin und her auch ſolche Corpora beygezählt, welche mit dem Predigtamt, (das bey denen Evangeliſchen das eigentliche Kennzeichen des geiſtlichen

(1) in ſeiner Nebenſt. 26. Theil, S. 95.
(2) Obſerv. 1127. 4. Theil, S. 394.

lichen Standes iſt,) nichts zu thun haben; nemlich die Univerſitäten, z. E. in Sachſen, Heſſen, 2c. anderwärts hingegen haben ſie das Recht der Landſtandſchafft nicht, z. E. in Würtemberg.

Ingleichem gehören zu dem Evangeliſchen Clero primario die Evangeliſche Domcapitul.

§. 5.

Catholiſcher Clerus.

In Anſehung derer Catholiſchen gibt es in einigen Landen einen landſäßigen hohen Clerum; nemlich in Böhmen, Mähren, Schleſien, und denen Oeſterreichiſchen Niderlanden, ſodann im Erzſtifft Salzburg; woſelbſt ſich mittelbare reſp. Erz- und Biſchöffe befinden.

Die Biſchöffe in partibus (Infidelium,) oder Weyhbiſchöffe aber, welche in Teutſchland gar gemein ſeynd, gehören nicht zu dem hohen Clero.

Weiter wird der Catholiſche Clerus getheilt in den primarium und ſecundarium.

Nach Herrn Geh. Rath ESTOR (1) machen die Domprälaten, der Weyhbiſchoff, die Capitularen und die Domicellaren den Clerum primarium aus:

Alleine in Abſicht auf die Landſtandſchafft gehöret 1. der Weyhbiſchoff nicht mit darunter; 2. die Domprälaten und Capitularen machen zuſammen nur ein einiges Corpus aus; 3. die Domicellaren gehören in diſer Abſicht noch nicht darzu; 4. hingegen müſſen auch die Prälaten derer der Landſtandſchafft fähiger Clöſter mit hieher gerechnet werden.

Das Wort: Prälat, oder Prälaturen, wird in verſchidenen Verſtand genommen.

In weitläufftigerem werden auch die Erzbiſchöffe, Biſchöffe und gewiſſe andere in höherer geiſtlicher Würde ſtehende Perſonen männlich- und weiblichen Geſchlechts alſo benannt.

Ins beſondere wird diſes Wort ſo gebraucht, wann von Landſtänden, und deren Gattungen oder Claſſen, die Rede iſt. Man ſehe z. E. das Verzeichniß des Salzburgiſchen Prälatenſtandes vom Jahr 1728. beym LüNIG (2).

(1) in ſeiner neu. klein. Schrifft. 2. Band, S. 689.

(2) von der landſ. Ritterſch. 1. Theil, S. 1353.

In engeren Verſtand aber heiſſen die Vorgeſezte gewiſſer regularer Mönchsorden Prälaten.

§. 6.

Der Erz- und Biſchoffliche Stand und Würde bringet an und für ſich in Teutſchland, 1. weder die Reichs-Unmittelbarkeit, noch auch 2. die Fürſtliche Würde mit ſich: Erz- und Biſchöffe.

Wohl aber gibt es vile landſäßige Erz- und Biſchöffe, welche von denen Röm. Kayſern mit dem Fürſtenſtand begnadiget worden ſeynd.

§. 7.

Die Capitul, davon hier die Rede iſt, ſeynd Collegia geiſtlicher Perſonen, welche dem Gottesdienſt und anderen Verrichtungen bey einer gewiſſen Kirche abwarten ſollen: Wenigſtens muß man ſie alſo ihrer erſten Abſicht nach beſchreiben; ob gleich heut zu Tag bey denen meiſten kaum ein Schatten davon übrig iſt. Capitul, was? und wo?

Ordentlicher Weiſe kan kein Capitul vorhanden ſeyn, wo kein Erzbiſchoff, Biſchoff, oder Probſt iſt.

Bey vilen durch den Weſtphäliſchen Friden ſeculariſirten Stifftern aber finden ſich noch jezo Capitul; denen zum Theil, durch beſagten Friden ihre Erhaltung zugeſicheret worden iſt, ob gleich die Erz- oder Biſchoffliche Würde erloſchen iſt: Gleichwie hinwiederum bey anderen erlaubt wurde, die Capitul, ganz oder doch zum Theil, eingehen zu laſſen.

Art 10. lautet es:

§. 4. Quidquid etiam juris in collatione Prælaturarum & Præbendarum Capituli *Caminenſis* antehac habuerunt Duces Pomeraniæ citerioris, habeat in poſterum Regia Majeſtas Regnumque Sueciæ perpetuo, cum poteſtate, eas extinguendi, reditusque menſæ Ducali, poſt modernorum Canonicorum & Capitularium deceſſum, applicandi.

§. 7. Tertio: Imperator, de conſenſu totius Imperii, concedit etiam, vigore præſentis Tranſactionis, Sereniſſimæ Reginæ, Ejusque Hæredibus ac Succeſſoribus, Regibus Regnoque Sueciæ, Archiepiſcopatum *Bremenſem* & Epiſcopatum *Verdenſem*, - - ſalvis tamen - - Capitulo Hamburgenſi ſuis reſp. juribus, - - ſtatuque præſenti, per omnia;

nia; - - ceſſante Capitulorum, cæterorumque Collegiorum eccleſiaſticorum eligendi & poſtulandi omnique alio jure, adminiſtratione & gubernatione Terrarum ad hos Ducatus pertinentium.

Art. 11. §. 1. - - Electori Brandenburgico, - - Ejusdemque Poſteris & Succeſſoribus, Hæredibus atque Agnatis maſculis, - - tradatur Epiſcopatus *Halberſtadienſis*, - - atque Capitulo nullum jus in eligendo & poſtulando, vel etiam regimine Epiſcopatus, & iis, quæ eo pertinent, reliquum ſit, - - liceatque, quartam partem Cononicatuum, (excepta Præpoſitura in hanc computationem non numeranda,) decedentibus ſucceſſu temporis modernis eorum poſſeſſoribus Aug. Conf. addictis, extinguere, eorumque reditus menſæ Epiſcopali incorporare. Quodſi tot Canonici Aug. Conf. non ſint, qui quartam partem totius Corporis Canonicorum, dempto Præpoſito, conficiant, numerus ſuppleatur ex Catholicorum decedentium beneficiis.

§. 4. Eidem Dn. Electori, pro ſe & Succeſſoribus ſuis ſupra ſcriptis tradatur Epiſcopatus *Mindanus*, - - pari ratione, ut ante memoratus Epiſcopatus Halberſtadienſis. - -

§. 5. Dicto Dn. Electori & Succeſſoribus ſuis, Epiſcopatus quo *Caminenſis* - - concedatur, eodem plane jure & modo, ut ſupra de Epiſcopatu Halberſtadienſi & Mindano diſpoſitum eſt; ſed cum hoc tamen diſcrimine, ut in Epiſcopatu Caminenſi integrum ſit Dn. Electori, Canonicatus, poſt deceſſum præſentium Canonicorum, extinguere. - - -

§. 6. -- 9. Similiter concedatur Dn. Electori expectantia in Archiepiſcopatum *Magdeburgenſem;* - - - etiam facultas ſit, obtenta Archiepiſcopatus poſſeſſione, quartam partem Canonicatuum cathedralium, illis decedentibus, extinguendi, eorumque reditus Cameræ Archiepiſcopali applicandi.

Art. 12. §. 1. - - Duci Megapolitano Suerinenſi, - - ejusque Hæredibus maſculis, competant Epiſcopatus *Suerinenſis* & *Ratzenburgenſis*, - - cum poteſtate, extinguendi Canonicatus utrobique, poſt præſenti tempore reſidentium Canonicorum deceſſum, omnesque reditus menſæ Ducali applicandi.

Je=

Jedoch An. 1653. 6. Oct. communicirte der Kayſer Chur-Maynz, währendem Reichstag, durch ein Hofdecret, was bey Ihme Seniores, Dechant und Capitularen der Stiffter in der Statt und dem Erzſtifft Bremen eine geraume Zeit hero für unterſchidliche Klagen und Beſchwerden wider der Cron Schweden Miniſtros und Etatsräthe der Orten, daß ſie von denſelben wider den Fridensſchluß in vile Wege turbiret und beſchweret worden, angebracht, und was der Kayſer dagegen für Verordnungen habe ergehen laſſen: Weil auch aus der ermeldten Stiffter abermaligen, wie auch des Stiffts Vehrden Anbringen erſcheine, daß die geklagte Beſchwerden noch immer continuiren, und ermeldte Stiffter ſich dabey auf Churfürſten und Stände beziehen, und, neben denenſelben, des Kayſers Hülffe imploriren; als möchte das Reich ein Gutachten erſtatten, wie diſen Gravaminibus remediret und die klagende Stiffter bey dem Fridensſchluß gehandhabet werden möchten:

Es erfolgte aber kein Reichsgutachten darauf.

Die Schrifften, welche in den Jahren 1653. und 54. von denen Domcapituln zu Bremen, Verden und Hamburg in diſer Sache an das Licht geſtellet worden ſeynd, erzählet LüNIG (1).

Chur-Brandenburg hingegen vergliche ſich An. 1650. mit dem Domcapitul zu Halberſtatt umſtändlich wegen deſſelben Erhaltung und derer ihme gebührend- oder nicht gebührenden Gerechtſamen (2).

* * *

Wann auch gleich ein Stifft einem anderen incorporirt wird, pflegt dennoch das incorporirte Stifft zuweilen ſein eigenes Capitul zu behalten. Z. E.

Die gefürſtete Abtey Prüm iſt dem Erzſtifft Trier incorporirt, behält aber dennoch ſein Capitul, wie zuvor.

Ob auch gleich die gefürſtete Probſtey Weiſſenburg dem Hochſtifft Speyer incorporiret iſt, ſo hat jene doch noch ein eigenes Capitul. Die

(1) in der Bibl. Deduct. (1745.) 1. Theil, S. 226.

(2) ſ. LüNIGS R. Arch. Part. ſpec. unter Chur-Brand. S. 127.

Die Abtey Reichenau iſt dem Hochſtifft Coſtanz incorporirt; hat aber, deſſen ohnerachtet, noch ſeinen beſonderen Convent und Capitul.

Die Abteyen Stablo und Malmedy haben zwar einen gemeinſchafftlichen Abt, aber dennoch jede einen eigenen Convent:

So auch die Abteyen Werden und Helmſtätt.

Es können aber in dergleichen Fällen ſich Streitigkeiten von verſchidenen Gattungen ereignen.

Was der Churfürſt zu Trier mit der Abtey Prüm noch vor kurzem vor Händel gehabt habe, ſehe man anderwärts (1).

Anno 1768. wollte, Sede vacande, eben diſes Capitul zu Prüm das Domcapitul zu Trier nicht vor ſeinen Oberherrn erkennen (2).

§. 8.

Deren Gattungen.

Die Capitul können auf verſchidene Arten eingetheilet werden; als

1. In Anſehung der geiſtlichen Würde: Die, ſo ſich bey einer Erz- oder Biſchofflichen Domkirche befinden, heiſſen Dom-Capitul, die bey einem Collegiat-Stifft, Stiffts-Capitul; die bey einem Ordens-Convent ſchlechtweg: Capitul; die bey geiſtlichen Ritter-Orden: Ordens-Capitul.

2. In Anſehung der Gattungen des geiſtlichen Standes: Denn da gibt es weltgeiſtliche und religioſe Capitul:

Zu jenen gehören die Capitul bey denen Erz- und Hoch- auch Collegiat-Stifftern, desgleichen bey denen geiſtlichen Ritter-Orden; zu diſen hingegen die Capitul aller Mönchs- und Nonnen-Clöſter, Canonicorum regularium, ꝛc.

3. In Anſehung der Zahl der Perſonen ſeynd es entweder General-Capitul, wobey von Rechtswegen alle Capitularen erſcheinen ſollen, oder gemeine Capitul, welchen bloß diejenige beywohnen, die dermalen gegenwärtig ſeynd.

4. In Anſehung des Genuſſes derer Präbenden ꝛc. gibt es Capitula clauſa & non clauſa; davon unten etwas weiteres vorkommt.

5. In

(1) in meinem Trieriſch. Staatsr. S. 178. u. f.

(2) ſ. mein R. Staatshandb. 2. Theil, S. 146.

5. In Teutſchland gibt es Capitul, die einerley Religion zugethan ſeynd; (bald der Evangeliſchen, bald der Catholiſchen;) ſo dann aus beeden Religionen vermiſchte Capitul.

§. 9.

Die Capitul, welche ſich bey unmittelbaren Dom-oder Stifftskirchen ſolcher Erz-Hoch-oder anderer Stiffter befinden, ſo bey Reichs-und Crays-Tägen Siz und Stimme haben, ſeynd, wann das Stifft mit keinem Haupt verſehen iſt, unmittelbar, wann aber ein Stifftshaupt vorhanden iſt, ſeynd ſie mittelbar (1). Un- oder Mittelbarkeit.

Der catholiſche Freyherr von ICKSTATT (2) nennet die Meinung: Daß die Domcapitul immediat ſeyen abſurdam & falſam, glaubt, ſie habe den Urſprung bey denen Weſtphäliſchen Fridenshandlungen über dem geiſtlichen Vorbehalt genommen, und widerlegt ſie.

Der Freyherr von CRAMER (3) beleget den Saz: Capitula Eccleſiarum Germanicarum, (dum Epiſcopus eſt in vivis,) non ſunt immediata, mit Cammergerichtlichen Erkenntniſſen.

Wann aber ein Erz-oder Biſchoff und ſein Domcapitul zugleich belanget werden, kan und muß es freylich da geſchehen, wo der unmittelbaren Reichsſtände Gerichtsſtand iſt.

Im gemeinen Leben und ſchreiben bedienet man ſich indeſſen des Ausdrucks: „Unmittelbare Capitel,“ öffters ſo, daß es nur ſo vil beſagen ſolle, als die bey Reichs unmittelbaren Stifftern befindliche Capitul.

Alle übrige Capitul, ſie mögen bey mittelbaren Erz-Hoch-oder anderen Stifftern vorhanden ſeyn, und deren Stifftshaupt mag die Fürſtliche Würde haben, oder nicht, ſeynd allemal und allezeit mittelbar, und ſtehen, reſp. ſo weit es der Verfaſſung der Catholiſchen Kirche gemäß iſt, nebſt ihrem

(1) add. den Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. S. 912. u. f.
(2) Opuſc. Tom. 2. p. 372. ſqq.
(3) Obſ. 223. Tom. 1. p. 512.

ihrem Stifftshaupt, unter dem Landesherrn; ſo auch die Capitul derer Ritter- und Mönchs-Orden.

§. 10.

Verfaſſung. Die Teutſche un- und mittelbare Dom- und andere Capitul haben zwar in gewiſſen Stücken meiſtens einerley Verfaſſung, z. E. daß ſie reſp. einen Probſt, Dechant, Prior, und gemeine Capitularen, die meiſte unmittelbare Capitul auch Domicellaren oder Expectanten haben: In vilen anderen Stücken hingegen hat auch faſt ein jedes (zumalen unmittelbares,) Capitul ſeine eigene und beſondere Verfaſſung; bey welchen ich mich aber hier nicht aufhalten kan.

In Herrn von ZECHS Europäiſchem Herold, u. ſ. w. findet man von allen unmittelbaren Teutſchen Capituln kurze Nachrichten; ſo auch manches in Herrn Ober-Conſiſtorialrath BüSCHINGS Erdbeſchreibung 3tem und (ſo vil Chur betrifft,) viertem Theil; desgleichen in Herrn Prof. KOELERS hiſtoriſchen Münzbeluſtigungen, in vilen Theilen: ferner in IMHOFS *Notitia Procerum Imperii &c.*

Von dem Erzſtifft Maynziſchen Domcapitul, auch deſſen Domicellarherren und Vicarien, habe ich ſelbſt umſtändlich anderwärts (1) geredet:

Noch umſtändlicher aber von dem Trieriſchen Domcapitel (2):

So auch von dem Augſpurgiſchen (3) und Coſtanziſchen (4).

Aus Johann Friderichs Erzbiſchoffs zu Bremen Beſtätigung der Statuten der Bremiſchen Domkirche von 1618. wird an unten (5) angezeigtem Ort folgendes gemeldet: Als die vornehmſte Eigenſchafft eines Domherrns wird erfordert, daß er entweder von Adel, oder eine graduirte Perſon, und zwar

(1) in meinem Maynziſch. Staatsrecht, S. 187. u. f.

(2) in meinem Trier. Staatsrecht, S. 210. u. f. und in denen Zuſäz. S. 19. u. f.

(3) im Staatsr. des Hochſtiffts Augſpurg, S. 93.

(4) im Staatsr. des Hochſtiffts Coſtanz, S. 120.

(5) in H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 551.

zwar entweder ein Doctor, oder wenigſtens ein Licentiat beyder Rechte, ſeye. Eine Perſon von hohem Adel kan bereits, wenn ſie 7. Jahr alt iſt, eine von niderem Adel hingegen nicht eher, als in einem Alter von 14. Jahren, aufgenommen werden; bey einer graduirten Perſon aber wird gar kein gewiſſes Alter erfordert. Die von dem nidern Adel müſſen auch über diß 4. Ahnen beweiſen können. Ein Canonicus kan dem andern ſeine Curie ſo gar im Teſtament vermachen. Die reſidirende Domherrn dörffen, ohne Diſpenſation des Capituls, nicht über 12. Wochen abweſend ſeyn. Die Domherrn können über ihr ſamtliches Vermögen, auch über das aus den geiſtlichen Einkünfften erworbene, nach Gefallen vor zwey Domherrn, oder zwey Vicarien, oder zwey anderen Viris legalibus, teſtiren; welches Teſtament aber nach deſſen Tode vom Capitul beſtättiget werden muß: Stirbt aber einer ohne Teſtament; ſo fället deſſen Vermögen, ſo weit es ſich aus den Kircheneinkünfften herſchreibt, dem Capitul zu, das übrige aber erben ſeine Verwandten.

Das Domcapitul zu **Chur** (1) beſtehet aus 24. Domherrn, von welchen aber nur die 6. erſte, nemlich der Domprobſt, Dechant, Scholaſticus, Cantor, Cuſtos und Theſaurarius Einkünffte genieſſe: Die übrige 18. ſogenannte Extra reſidentiales können auswärtige Pfründen beſizen; müſſen aber zur Erwählung eines jedesmaligen Biſchoffs und Dechants beruffen werden, und haben alsdann eben ſo wohl, als die ſechs erſte, Siz und Stimm. Den Domprobſt ernennet der Pabſt. Der Biſchoff und die 6. erſte Domherren haben ihre Wohnung auſſer der Statt Chur, auf einer dicht neben derſelben gelegenen Höhe, welche der Hof genennet wird, und mit Mauren und Thoren umgeben und verſchloſſen iſt, woſelbſt auch die Domkirche iſt, und in deſſen Umfang der Biſchoff die nidere und hohe Gerichte hat.

Das Domcapitul zu **Hamburg** (2) hat einen Probſt, einen Dechant, 13. Canonicos, 8. Canonicos præbendatos mi-

 noribes

(1) H. BüSCHINGS Erdbeſchr. 4. Band, S.

(2) ſ. H. BüSCHING l. c. 3. Theil, p. m. 2546.

noribes und 30. Vicarios immunies. Die Pfrůnden werden von Chur-Braunſchweig und dem Domcapitel wechſelweis vergeben, alſo, daß, wann im Jenner ein Canonicat erledigt wird, ſolches der König, und wenn es im Februario erlediget wird, ſolches das Domcapitul vergibt; und ſo wechſelt es auch in denen übrigen Monathen. Der König in Dänemarck hat, wegen der Herrſchafft Pinneberg, auch eine Präbende zu vergeben.

Den jedesmaligen neueſten perſönlichen Zuſtand der Capitul erſiehet man aus dem jährlichen Franckfurtiſchen genealogiſchen Handbuch.

§. 11.

Der Mitglider Namen.

Die Mitglidere eines Capituls, ſo ſich bey einer Erz- oder Biſchöfflichen Kirche befinden, heiſſen: Domherrn; wiewol die zu Cölln, welche zu denen Adelichen gehören, ſich nun, weil ſie alle Gräflichen Standes ſeyn müſſen, Domgrafen nennen laſſen, und ſich alſo ſchreiben:

Die bey einem collegiat-Stifft heiſſen: Stifftsherrn.

Beederley Gattungen zuſammen tragen im lateiniſchen den Namen: *Canonici.*

Bey denen Ritter- und religioſen Orden heiſſen ſie ſchlechterdings: Capitularen; wiewol die vornehmſte auch wohl: Groß-Capitularen heiſſen.

§. 12.

Gattungen.

Bey denen unmittelbaren Erz- und Hoch-Stifftern finden ſich forderiſt die Capitularen, ſo in denen Capituln Siz und Stimme haben, ſo dann aber auch gewiſſe Domicellaren, das iſt, ſolche Perſonen, welche zwar würcklich auf eine Domherren-Stelle angenommen ſeynd, aber noch keinen Siz noch Stimme in dem Capitul, ſondern nur die Anwartſchafft darauf haben, wann in dem Capitul eine Stelle erlediget wird.

Zu Lüttich werden ſie Proviſi, nondum recepti, genannt.

Anderwärts heiſſen ſie: Expectantes, oder: Extracapitulares, oder: Canonici in herbis, &c.

Bey denen geiſtlichen Ritter- und Mönchs-Orden hat es mit denen Novizen faſt eben diſe Beſchaffenheit.

Es trägt ſich öffters zu, daß einerley Perſon bey dem einen

einen Stifft ein Domicellar, bey dem andern aber ein Capitular, ja gar Biſchoff oder Erzbiſchoff, iſt.

Ob gleich, wann eine Capitularſtelle vacant wird, ordentlicher Weiſe der älteſte Domicellar einruckt; ſo leidet doch diſes, nach dem Osnabrückiſchen Friden, ſeinen Abfall bey denen in der Religion gemiſchten Capituln, wann der älteſte Domicellar einer anderen Religion iſt, als der verſtorbene Canonicus ware:

So auch, wann einer Kayſerliche oder andere Preces primarias hat.

§. 13.

Die Zahl derer Capitularen variiret bey denen unmittelbaren und mittelbaren Stifftern, geiſtlichen Orden und Clöſtern gar ſehr. Zahl.

In denen §. 10. angeführten Schrifften, und des Franckfurtiſchen jährlichen genealogiſchen Handbuchs reſp. 1ſtem und 2tem Theil kan man erſehen, wie vil bey allen unmittelbaren und denen angeſehenſten mittelbaren Stifftern ꝛc. Capitularen und Domicellaren ſeyen.

§. 14.

Weil die Capitul ein geiſtliches Collegium vorſtellen; ſo ſollten alſo auch die Mitglidere derſelbigen 1. alle geiſtlichen Standes und allein geiſtlichen Standes ſeyn: Eigenſchafften.

Allein bey denen Evangeliſchen mittelbaren Stifftern hindert, wo es die Statuten nicht anderſt mit ſich bringen, der weltliche Stand und Amt, es mag beſchaffen ſeyn, wie es will, Niemand daran, daß er nicht könnte zugleich ein Domherr ſeyn.

Bey denen Catholiſchen hingegen muß einer, der Domherr oder Domicellar werden will, wenigſtens die erſte Tonſur empfangen:

So auch einer, ſo in ein Cloſter als Novitius angenommen wird.

2. Die meiſte unmittelbare Capitul in Teutſchland pflichten ganz der Catholiſchen Religion bey.

Einige unmittelbare Capitul aber ſeynd mit beederley Religions-Verwandten beſezt; nemlich zu Lübeck, und Osnabrück.

Im Osn. Frid. heißt es davon Art. 5. §. 23. Quot Capitulares aut Canonici die 1. Jan. Anni 1624. uſpiam vel Auguſtanæ Confeſſionis vel Catholici fuerunt, totidem illic ex utraque Religione erunt ſemper, nec decedentibus niſi ejusdem Religionis Conſortes ſurrogentur.

Unter denen mittelbaren Capituln ſeynd vile ganz Evangeliſch, vile ganz Catholiſch, und vile aus beederley Religionen vermengt.

Von diſen mittelbaren gemiſchten Capituln verordnet der Osnab. Frid. Art. 5. §. 26. In quibuscunque Fundationibus, Eccleſiis collegiatis Monaſteriis, Hoſpitalibus ejusmodi mediatis Catholici & Aug. Conf. addicti promiſcue vixerunt, vivant etiam poſthac promiſcue, numero prorſus eodem, qui die 1. Jan. Anno 1624. ibidem repertus fuit.

3. In Anſehung des Alters der Candidaten zu Domherrenſtellen ꝛc. kommt es auf die Statuten jedes Orts an.

So vil ergeben die öffentliche genealogiſche Nachrichten, daß bey unmittelbaren Stifftern vile junge Herrn als Domicellaren angenommen werden, welche kaum die Firmung werden empfangen haben.

Zu Würzburg, und in vilen andern Teutſchen Stifftern, ſeynd neun Jahre genug, um aufgeſchworen werden zu können.

4. In Anſehung der Geburt kommt es bey denen unmittelbaren Stifftern überhaupt darauf an, daß meiſtens keine andere, als eingebohrene Teutſche, angenommen werden.

Doch leidet diſe Regel hin und wieder ihre merckliche Abfälle. Z. E.

Bey dem Erzſtifft Biſanz, (welches noch jezo im Reichs-Fürſtenrath aufgeruffen wird,) ſeynd ohne Zweifel alle Domherrn Franzöſiſche Unterthanen.

Bey dem Hochſtifft Straßburg ſeynd auch Franzöſiſche Domherrn:

Und bey denen Biſtümern Baſel und Chur werden manche Domherrn aus der Eydgenoſſenſchafft ſeyn.

Indeſſen ſchriebe doch Churfürſt Lotharius Franz zu Maynz An. 1699. 10. Jul. an den Pabſt: In Germania non niſi Germani ad Eccleſias Cathedrales - - admitti poſſunt,

ex eo inter alia, quod ex gremiis harum Eccleſiarum eligantur Epiſcopi & Sacri Romani Imperii Principes; cujus Dignitatis Exteri non ſunt capaces: Quale Privilegium cum apud varias alias Nationes, approbante Sancta Sede Apoſtolica, reperiatur, etiam hoc in Germania - - minime extingui deſiderabit.

Und als der Pabſt zu End des vorigen Jahrhunderts einem Irrländer, Jacob de Boville, eine Präbende zu Worms ertheilen wollte, beſchwerte ſich das Stifft darüber: Weil nach einem, (von denen Päbſten Alexander VI. Pio II. und Clemente VII. beſtättigten,) von undencklichen Jahren heiliglich gehaltenen, Statuto Niemand zu einem Canonicat zugelaſſen werden ſollen, er ſeye dann aus altem Teutſchem adelichen Geblüt von beederſeits Eltern und Ahnen entſproſſen: Es nahmen ſich auch die Churfürſten zu Maynz und Trier, und endlich das ganze Corpus Catholicorum zu Regensburg, des Stiffts bey dem Kayſer und Pabſt an; wiewol ich nicht ſagen kan, mit was für einem Erfolg (1).

Wann Streit darüber entſtehet, wer für einen Teutſchen zu halten ſeye, was ſodann den Ausſchlag geben könne und müſſe? iſt anderwärts (2) nachzuſehen.

In verſchidenen Teutſchen un- und mittelbaren Stifftern gehet es ſo weit, daß nicht einmal alle Teutſche, ſondern nur die angenommen werden, welche in gewiſſen Gegenden gebohren ſeynd.

So gar wollen theils Capitul, daß nicht nur der Candidat ſelbſt, ſondern auch alle ſeine erforderliche Ahnen, nothwendig aus einem gewiſſen Bezirck des Teutſchen Reichs herſtammen ſollen. Siehe hernach

In denen meiſten Domcapituln in Francken, Schwaben und am Rhein wollen keine andere, als unmittelbare von Adel, angenommen werden: Die andere Hochſtiffter halten es zwar vor unbillig, und der Kayſerliche Hof Selbſt hat Sich einige-

(1) vid. Monathl. Staatsſpieg. 1699. Dec. p. 27. ſqq. 1700. Febr. p. 3. ſqq. Mart. p. 53 ſqq.

(2) im Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. Cap. 14.

einigemahle dagegen erklärt; aber doch bishero damit nicht durchdringen können.

In einer Herzoglich-Würtembergiſchen An. 1750. bey dem Reichsconvent übergebenen Schrifft heißt es (1): „Wie weit diſe Immatriculations-Principia und dadurch von gedachter Ritterſchafft ſich arrogirende Vorrechte immer mehrers getriben werden, davon hat erſt ganz neuerlich das Domcapitul zu Maynz eine friſche und éclatante Probe in dem dargelegt, da ſie ohnelängſt denen Freyherren von Plettenberg, von Fürſtenberg, von Reck und von Neſſelrode, an deren altem Stifftsmäßigen Adel nichts auszuſezen, die Excluſivam ihrer geſuchten Reception halber nur darum gegeben, weilen ſie bey denen drey Rittercrayſen in Francken, Schwaben und Rheinſtrohm nicht immatriculirt ſich befinden. Was aber diſe, weder in einiger Reichsconſtitution, noch Fundation derer Stiffter, gegründete neue, in das ganze Reichsſyſteme einflieſſende dem *Inſtr. Pac. Weſtph.* ſelbſt Art. 5. §. 17. - - - ausdrücklich widerſtrebende, Sazung abermal für eine übermäßige Selbſterhebung und gefährliche Abſicht verrathe? was für Folgen auch ſelbige weiter nach ſich ziehen könne? wie nicht alleine der ganze alte mediat-Adel im Reich von Ritterſchafftlichen Immatriculatis, (die doch an Alter und Anſehen jenen öffters weit nachgehen müſſen, und nur ihres Geldes, oder anderer Abſichten, halber immatriculiret worden,) verachtet, herunter geſezt, und wider die bißherige Reichsobſervanz, auch zum Präjudiz aller übrigen Reichscrayſen und darinnen befindlichen alten mittelbaren adelichen Familien von diſerley geiſtlichen Beneficiis und Dignitatibus eigenmächtig in perpetuum excludirt, und ſolche von denen gedachten drey Ritterſchafften alleine an ſich gezogen, und die noch im Reich übrige alte anſehnliche Familien, die bißhero an ihrem Conſortio keinen Antheil genommen, noch ſich immatriculiren laſſen, um für ſich und ihre Kinder zu denen Canonicaten habil zu werden, ſothane Immatriculationen, und dadurch die Immedietät, auch zu ſuchen, genöthiget werden wollen; alſo, daß auf diſe Art

(1) Europ. Staatscanzl. 101. Theil, S. 434.

Art bald von keinem mediat-Adel im ganzen Röm. Reich mehr zu hören ſeyn dörffte: Das läſſet man aber der höchſterleuchteten Beurtheilung Kayſerlicher Maj. und des Reichs billig anheimgeſtellet. "

Die Reichsritterſchafft hat ſich aber in Beantwortung diſer Schrifft nicht eigentlich auf diſen Einwurff eingelaſſen; ſondern nur ſo vil gemeldet: Die Sache gehe das Domcapitul zu Maynz an, welches niemals ſchuldig geweſen ſeye, die Reichs-Ritterſchafft deßhalben um Rath zu fragen: Es möge alſo die Einführung eines ſolchen Statuts löblich, billig und den Reichsconſtitutionen gemäß ſeyn oder nicht; ſo habe die Reichsritterſchafft dabey weder Lob noch Tadel verdient, ꝛc.

5. In Anſehung der Geburt wird ferner in viler Erz- und Hoch-Stiffter Statuten erfordert, daß ein Candidat eines Canonicats ehlich gebohren ſeye z. E. zu **Worms**.

In vorigen Zeiten hatten wir zwar Beyſpile, daß auch groſſer Herrn natürliche Kinder zu Teutſchen Erz- und Hoch-Stifftern gelanget ſeynd: Nun aber höret man nichts mehr dergleichen.

6. In Anſehung der Leibes-Beſchaffenheit iſt, nebſt denen Statuten, auch auf die gemeine Päbſtliche Kirchenrechte zu ſehen, und wer nach denenſelbigen nicht geiſtlich, oder doch nicht Prieſter, werden könne.

Als einer von **Berleps**, der einen Leibesgebrechen hatte, vom Pabſt ein Canonicat erhielte, wollte er nicht angenommen werden.

Doch machet ein hoher Rücken u. d. einen nicht unfähig.

7. In Anſehung des Standes iſt die Verfaſſung derer Teutſchen Domcapitul gar ſehr verſchiden.

In einigen werden keine andere als Fürſtliche, Gräfliche, Freyherrliche oder Adeliche Perſonen angenommen.

Bey einigen Erz- und Hochſtifftern können nur Perſonen aus dem hohen Adel zu denen adelichen Domherren-Stellen gelangen.

Anderwärts hingegen nimmt man ſelten oder gar keine Perſonen vom hohen Adel, z. E. zu **Maynz, Trier.** ꝛc.

Von dem Hochſtifft Speyer wird an unten (1) angezeigtem Ort gemeldet: „Seither anderthalb hundert Jahren hat man keinen Grafen, und ſeither faſt 200. keinen Fürſten, ins Capitul aufgenommen, noch zur Wahl active oder paſſive kommen laſſen; daher als vor etlichen Jahren Jhro Kayſerl. Majeſt. vor Dero Schwager, den Herrn Hoch- und Teutſchmeiſter, die Coadjutorie ſuchte, haben zwar Jhre Churfürſtl. Gn. zu Trier, als Biſchoff hieſelbſt, aus Devotion gegen das Erzhaus Oeſterreich und der Röm. Kayſerin Freundſchafft, nichts difficultirt; doch aber auch keine Hoffnung machen können, daß das Capitul darein willigen würde: Daher man auch nach der Hand lieber davon abgeſtanden, als abſchlägliche Antwort und Deprecation erwarten wollen.“

Nun aber muß nicht mehr ſo genau darauf gehalten werden; dann der jezige Biſchoff, ein gebohrener Graf von Limburg-Styrum, ware zuvor Domherr und Domdechant.

Jn anderen Erz- und Hochſtifftern ſeynd, neben denen Standes-Perſonen, auch Gelehrte, derer Canonicate fähig.

Der Oſnabrückiſche Fride ſelbſt meldet Art. 5. §. 17. Opera detur, ne Nobiles, Patricii, *Gradibus Academicis Inſignıti, aliæque Perſonæ idoneæ*, ubi id Fundationibus non adverſatur, excludantur, ſed ut potius in iis conſerventur.

Zu Cölln iſt zwar eine gewiſſe Anzahl gelehrter Domherrn, welche auch bey denen Erzbiſchofflichen Wahlen vocem activam haben, oder einen Erzbiſchoff wählen helffen: Aber ſie haben keine vocem paſſivam, oder können nicht zum Erzbiſchoff erwählet werden.

Bey denen mediat-Stifftern iſt es gar ſehr verſchiden, und wird bey vilen auf den Adel geſehen, bey vilen aber auch gar nicht, oder doch auf keine Ahnen; dahero es dißfalls lediglich auf jeden Stiffts beſondere Verfaſſung ankommt.

Wo der Adel erfordert wird; da iſt ausgemacht, daß die academiſche Würden nicht als ein Aequivalent dagegen angeſehen werden.

Der Churfürſt zu Maynz lieſſe dahero in vorgemeldtes Schrei-

(1) Europ. Herold, 1. Band, S. 549. (1705.)

Schreiben an den Pabſt einflieſſen: Ex præcipua Nobilitate, (ubi Gradus in Theologia vel Jure pro Nobilitate non computatur,) &c.

Der Freyherr von KREITTMAYR (1) faſſet diſe Materie kurz alſo zuſammen: „ Der Adelſtand iſt zwar de Jure communi kein Requiſitum ad Beneficia eccleſiaſtica, ⸗⸗ und wo die Fundation kein anderes mit ſich bringt, da ſollen, vi *Pac. Weſtph. art.* 5. § 17. die Graduirte, Patricii und Andere ſo wenig, als die Edelleut, davon ausgeſchloſſen ſeyn: ⸗⸗ Dem ohngeacht wird der Adel bey den meiſten Teutſchen Dompräbenden, und zwar mit einer gewiſſen Anzahl von 4. 8. 16. oder 32. Ahnen väter⸗ und mütterlicher Seits erfordert; ohne daß man einer Päbſtlichen Diſpenſation hierinn Plaz geben, oder die in den Adelsbrieffen aus Kayſerlicher Machtsvollkommenheit beygelegte Ahnen mit einrechnen will. ⸗⸗⸗ Ja es wird ſo gar bey Einigen der hohe Reichsadel vom unmittelbaren Fürſten⸗ Grafen⸗ Herren⸗ oder Reichsritter⸗Stand requiriret; ⸗⸗ womit es auch keinen Anſtand leidet, wann die Fundation ſelbſt hierauf lauffet, oder dergleichen Statuta vel Conſuetudines vor dem Pabſt und Kayſer confirmiret ſeynd: Ohne Päbſtliche Confirmation aber werden ſolche zu Rom, als eine contra ſacros Canones & intentionem primi Fundatoris lauffende Sache, für ungültig angeſehen; ⸗⸗ und was der Kayſerliche Hof davon denckt, erhellet theils ex not. ſeq. 4. theils aus dem unterm 6. Dec. 1727. an das Stifft Thorn wegen der Gräfin von Leyen ergangenen Kayſerl. Reſcript folgenden Innhalts: „ Ihro Kayſerl. Maj. könnten nicht befinden, wie in daſigem Stifft eben keine andere, als altgebohrene, Reichsgräfinnin zugelaſſen werden ſollten; immaſſen ſolches weder die Fundationsbrieff, noch von Kayſerl. Majeſt. confirmirte Statuta, erforderen: Wo benebens auch, da man ſich hierinnfals auf das Herkommen beziehen wollte, noch allezeit ein groſſer Anſtand ſeyn würde, ob die Capitulares eine dergleichen, zu mercklichem Abbruch der allerhöchſten Kayſerlichen Autorität, wie nicht weniger zu Ausſchlieſſung eines ganzen Reichs⸗

(1) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, S. 2022.

ritterſchafftlichen Corporis, gereichende Obſervanz, ohne Kayſerlichen Vorbewußt und ſpeciale Einwilligung, privata autoritate einzuführen, und hierdurch die Eigenſchafft der erſten Fundation ſolcher geſtalten zu änderen, ſich haben ermächtigen können.“ --- Von Seiten der Dom- und anderer unmittelbarer Stiffter beziehet man ſich zwar auf die Kayſerl. Wahlcapitulation, und die darinn Art. 14. §. 1. generaliter beſchehene Confirmation ihrer Statuten und Gewohnheiten; worunter aber der Kayſerliche Hof nur die rechtmäßig hergebrachte, nicht aber jene darunter verſtehet, welche weder der Fundation gemäß, noch mit ſpecialem Kayſerlichen Vorbewußt und Bewilligung eingeführet ſeynd. Die Judicatur circa ſtatum & quæſtionem Nobilitatis geſtehen die höchſte Reichsgerichte der geiſtlichen Obrigkeit nicht ein; *Cap. Cæſ. cit.* Art. 14. § 1. Iſt dahero der Freyin von Morſey der an den Officialen genommene Recurs per Concluſ. Cæſar. vom 22. Febr. 1726. unterſagt worden. --- Die Kayſerliche Cammer zu Wezlar hat auch mit dem Reichs-Hofrath hierinn Jurisdictionem concurrentem; wie aus der bekannten Erbmännerſach, da nur über den ſtatum Nobilitatis geſtritten wurde, zu Tag ligt. ---

4. Von der merckwürdigen Differenz wegen des bey dem Erzſtifft Maynz erforderlichen Reichsritterſchafftlichen Adels, und daher erfolgend-völliger Ausſchlieſſung des mediat- und landſäßigen Adels, gibt das vor einigen Jahren von einem gewiſſen Hof an den andern erlaſſene Schreiben folgende Auskunfft.

Ob und wie ferne Patritii an adeliche Canonicate eine Anſprache machen können? darüber iſt zu Münſter bekanntlich ein langwühriger und ſchwerer Streit entſtanden.

Mehreres von diſer Erbmänner-Sache ſehe man auch an unten (1) angezeigten Orten.

Bey

(1) in den Elect. Jur. publ. Tom. 8. p. 175. Tom. 9. p. 395. LüNIGS Bibl. Deduct. Part. 2. p. 114. Ej. Reichsarch. Spicil. eccl. 2. Theil, S. 575. SCHWEDERS Theatr. Prætenſ. Tom. 1. p. 840. Eur. Staatscanzl. v. Ind. voc. Erbmänner Theatr. Europ. Tom. 20. ad An. 1715. 16.

Bey dem Domcapitul zu Augsburg wird kein Augsburgiſcher Patritius aufgenommen.

8. Jedoch es iſt bey denen Teutſchen Erz- und Hochſtifftern nicht genug, daß man Fürſt, Graf, Freyherr, oder von Adel ſeye; ſondern es werden auch reſp. eben ſolche Ahnen von väter- und mütterlicher Seiten erfordert.

In Anſehung der Anzahl derſelbigen kommt es auf jeden Stiffts Statuten an. Man ſehe

TELGMANN (Rud. Frid.) von der Ahnenzahl, deren Urſprung, wie auch vormaligen und heutigen Nuzen, fürnemlich im heil. Röm. Reich Teutſcher Nation. Franckfurt, 1733. 4.

Ferner wird in vilen Statuten erfordert, daß die Ahnen nicht nur Standesmäßig, ſondern auch alten und alleinigen Teutſchen Adels, ſeyen.

Deßwegen wollte um das Jahr 1681. das Capitel zu Coſtanz den von dem Pabſt ernannten Anton Sebaſtian Reding nicht annehmen.

Aus gleicher Urſach ſchloſſe das Domcapitul zu Worms um eben diſe Zeit Hermann Lotharium von Auwach erſt hinten nach wieder vom Chor und Capitel aus.

Und mit aus diſer Urſach wollte eben diſes Capitel wenige Jahre hernach den von Boville nicht annehmen.

Zu Maynz und Trier will Niemand angenommen werden, der nicht aus einer einem derer drey Reichs- Rittercrayſe incorporirten Familie herſtammt.

Als das Domcapitul zu Maynz vor nicht langen Jahren keinen landſäßigen von Adel unter ſich aufnehmen wollte, ſchriebe ein Hof an den andern (1): „ Mit dem gröſten Fug ſind demnach die geſammte Domſtiffter und mediate Ritterſchafften, nach erfolgtem Kayſerlichen höchſtgerechteſten Deciſo, veranlaßt worden, ſich ad Retorſionem juris iniqui zu verbinden, Krafft welcher dem unmittelbaren Adel ſo lang, biß das Erzſtifft Maynz dem Kayſerlichen Erkänntniß Parition geleiſtet, der Zutritt zu den Mediat- adelichen Dom- und Dames-

2) O 3 Stiff-

(1) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. p. 2018.

Stifftern gleichfalls verweigert werden ſollte: -- So erſuche Euer Liebden angelegentlichſt darum, daß Hochdieſelbe ferner geruhen wollen, dero Gnade und Beyſtand dem geſammten mittelbaren Adel Teutſchlands in diſer offenkündig gerechten Sache angedeyhen zu laſſen, damit die von den Domſtifftern beliebte Retorſion biß zu gegenſeitiger Parition geſchüzet und aufrecht erhalten werde, ꝛc.

Diſes ganze Schreiben iſt auch an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

Wie diſer Beweis in Anſehung der Ahnen geführet werden müſſe? ſehe man die unten Cap. 4. §. 1. angezeigte Schrifften.

Das Domcapitul zu Worms führte An. 1700. in ſeiner Apologie unter anderem aus: Der Beweisthum des Adelſtandes müſſe vor dem Capitul, nach Innhalt deſſen Statuten, Privilegien und Herkommen geführet, und durch vier Zeugen Teutſchen adelichen Standes beſchworen werden, daß die acht Ahnen von väter- und mütterlicher Seiten guten adelichen und Teutſchen Stammes, auch deſſen Deſcendenten und Agnaten nicht allein zu Ritter-Orden, ſondern auch in Dom- und Hochſtifftern aufgenommen worden, mithin Turnier-Stifft- und Rittermäßigen Teutſch-adelichen Geſchlechts und Herkommens ſeyen.

Wann wegen des Adels, oder der Ahnen, Streit entſtehet, leidet der Kayſer nicht, daß es vor die geiſtliche Gerichte gezogen werde; ſondern Er will allein darinn ſprechen:

Dahin gehören folgende Beyſpile.

In Sachen: Seinsheim contra Domcapitul zu Cölln erkannte der Reichs-Hofrath An. 1742. 2. April. „ Cum incuſione Exhibiti -- reſcribatur einem Domcapitul des Erzſtiffts Cölln: Es habe bey Kayſerlicher Majeſt. Graf Philipp Carl von Seinsheim, Domcapitular zu Speyer, - - - allerunterthänigſt beſchwerend angebracht, daß, ob ihm zwar bereits vor 12. Jahren von dem Herrn Churfürſten zu Trier, als Domſchola-

(1) in meinen vermiſcht. Nachricht. von Reichsritterſch. Sachen, 1. Stück, S. 83.

ſcholaſter des daſigen Erzſtiffts, eine Präbende allda conferirt, und von Impetranten, um ſich dazu zu qualificiren, der gewöhnliche Stammbaum zur Examination in Capitulo verſchidenemal präſentiret worden, gleichwol hierauf das Impetratiſche Domcapitul bloßhin diſe Verabſchiedung gegeben habe, es wäre nemlich diſer Stammbaum alſo nicht beſchaffen, daß er auf dem Capitulartiſch zur Examination ligen möge: Allermaſſen nun Impetrant allerunterthänigſt gebeten, daß Ihro Kayſerl. Majeſt. das Impetratiſche Domcapitul dahin anzuweiſen allergnädigſt geruhen mögten, daß Ihro ſelbiges über des Impetranten ſo offt und vergeblich präſentirten Stammbaum ſeine allergehorſamſte Erklärung einreichen, folglich keine weitere Statutenmäßige Zeit, noch andere umtreibliche Einwendungen, ferner nicht vorſchüzen ſollen: Und dann Ihro Kayſerl. Maj. wann hierunter alles ſich dem Anziehen gemäß verhalte, nicht befinden könnten, warum man ſo gar nicht einmal ex parte Capituli des Supplicanten Stammbaum zur Examination admittiren, und folglich die etwa dagegen habende, in wohl hergebrachten, und autoritate Cæſarea confirmirten, Capitul-Statuten gegründeten Einwendungen denſelben zu behöriger Erläuterung und Statutenmäßiger Genugthuung communiciren wolle; als befehlten Ihro Kayſerl. Majeſt. mehrgedachtem Capitul hiermit allergnädigſt, Höchſtdenenſelben hierüber allenthalben ihren allerunterthänigſten Bericht, nebſt ausführlicher und deutlicher Anzeige derer bey des Supplicanten übergebenen Stammbaum allenfalls gefundenen rechtmäßigen Ausſtellungen, auch was derſelbe folglich ſo wohl hierunter, als ſonſt, nach Erforderung jener obgemeldter Capituls-Statuten, (welche quoad paſſus concernentes, nebſt denen darüber ertheilten Kayſerl. Confirmationen, zugleich in forma probante das Capitul allerunterthänigſt einzureichen hätte,) annoch zuuppliren oder zu präſtiren hat, ſub termino duorum menſium zu erſtatten.“

Was die Freyherrn von Thurn zu Valſaßina, Wartegg- und Blidegger Linien, würcklich mit dem Domcapitul zu Coſtanz, wegen der Adels und Ahnenprobe, an dem Reichs-Hof-

rath

rath für einen Proceß haben, kan an unten (1) angezeigtem Ort erſehen werden.

In Sachen: Von Boos, zu Waldeck Freyherr, contra das Domcapitul zu Hildesheim, kamen die Weſtphäliſche Domcapitul und Ritterſchafften interveniendo ein, und baten ꝛc. pro injungendo Capitulo Moguntino, cæteriſque Eidem Adhærentibus paritionem ſententiæ d. 25. Jun. 1737. latæ, nec non annullandis eorum Innovationibus: cæterum mediatis Capitulis non præjudicando &c. Sie erhielten aber An. 1760. 9. Oct. vom Reichs-Hofrath zum Beſcheid: „Hat das die in denen Reichsgeſezen höchſtverbottene Repreſſalien zum Grund habende Begehren nicht ſtatt; und läſſet man es, mit derſelben Verwerffung, lediglich bey dem den 27. Aug. a. p. erkannten Kayſerlichen Mandat bewenden.“

In Sachen: de *Mean* & Beaurieux, Baro, contra Capitulum cathedrale *Leodienſe*, erkannte der Reichs-Hofrath den 27. Aug. ein Reſcript an das Capitul: Cum Sacra Cæſarea Majeſtas defectus à Deputatis ad inquirendum in Genealogiam Comitum de Mean factos ex omni parte irrelevantes reperiat; hinc, cum caſſatione Decreti capitularis de 7. Jan. a. c. velle, & impetratum Capitulum hiſce ſerio jubere, ut Impetrantes Comites ad ſuum gremium quantocius admittat, cauſatas expenſas refundat &c.

Martis 26. Sept. 1758.

Von Ezdorff Freyherr Filiæ nomine contra das Reichsſtifft Obermünſter in Regensburg, Reſcripti pto Præbendæ &c.

Fiat nunc an das Impetratiſche Reichsſtifft Obermünſter in Regensburg Reſcriptum ulterius dahin: So vil die Gültigkeit und Verbindlichkeit des an den Impetrantiſchen Freyherrn von Ezdorff auf eine ſeiner Töchtern ausgeſtellten Verſpruchsbrieffs, und daß diſe in ihrer Ordnung, præſtitis præſtandis, nach der Bayriſchen Adelsprobe zu acht Ahnen, in das Stifft anzunehmen ſeye, betreffe, habe es

(1) in den vermiſcht. Nachricht. von Reichsritterſchafftl. Sachen, S. 776.

es bey dem rechtskräfftigen Reſcripto paritorio de 19. Sept. 1755. lediglich ſein Bewenden: Und ſo vil die denen beeden Schildern von Montecucoli und von Hörwarth gemachte Anſtände betreffe; ſo würden auch diſe, und zwar wegen dem Montecucoliſchen Schild von nun an pure, wegen dem Hörwarthiſchen aber, wann die in Adjuncto ſub E. benannte Atteſtanten ihr dißfallßiges Atteſtatum bey dem Stifft zu ſeiner Zeit und in herkommlicher Ordnung, endlich erhärtet haben werden, als gehoben hiermit erkennet, und übrigens die immittelſt zur Ungebühr anderweit erfolgte Aufnahm der von Neuenſtein, ſein, des Impetranten, Tochter, unſchädlich, ſo fort diſe vor jener in ihrem Rang zu ſezen, auch zu allen Nuzungen zuzulaſſen ſeye. Wie nun deme allem das Impetratiſche Stifft das gehorſamſte Genügen geleiſtet habe, diſes habe daſſelbe in Zeit von zwey Monathen allerunterthänigſt anzuzeigen.

9. So lang die Dom- und Stifftsherrn nur Domicellaren ſeynd, iſt es genug, wann ſie nur die ſogenannte Vier Ordines minores haben; welche auch vile zu dem Ende allein behalten, um, wann ſie wieder weltlich werden wollten, es bewerckſtelligen zu können.

Das Domcapitul zu **Würzburg** beſtehet aus 24. Capitularen: Davon ſeynd 8. Prieſter, 8. Diaconi, und 8. Subdiaconi.

Bey vilen Stifftern aber müſſen alle Capitularen innerhalb einer gewiſſen Zeit Prieſter werden, z. E. zu **Coſtanz**.

§. 15.

Das Recht, Canonicate zu vergeben, hat 1. in gewiſſer Maaſſe der Kayſer, Krafft ſeines hergebrachten und in dem Weſtphäliſchen Friden in ſeiner Art beſtättigten Juris primariarum precum; davon aber anderwärts (1) nachzuſehen iſt. **Der Canonicate Vergebung.**

2. Hauptſächlich aber iſt bey denen meiſten unmittelbaren Erz- und Hochſtifftern diſes Recht zwiſchen dem Pabſt und denen

(1) im Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. Cap. 16.

nen Domcapituln getheilt; alſo, daß der Pabſt die Stellen zu vergeben hat, welche in denen Monathen Januarii, Merz, Maji, Julii, September und November erlediget werden.

Das mehrere auch hievon muß man an dem unten (1) angezeigten Ort ſuchen.

3. Die unmittelbare Erz- und Biſchöffe, auch gefürſtete Aebte und Pröbſte, haben ordentlicher Weiſe keine dergleichen Stelle zu vergeben:

Wohl aber geſchiehet es, daß der Pabſt ihnen, um die Gebühr, zuweilen das Recht auf eine gewiſſe beſtimmte Zeit überläſſet, Namens ſeiner die in denen Päbſtlichen Monathen erledigte Stellen erſezen zu dörffen.

Die unmittelbare Teutſche Biſchöffe, ſo zugleich Cardinäle ſeynd, haben ebenfalls das Recht, die in denen Päbſtlichen Monathen ledig werdende Pfründen zu vergeben.

4. Bey vilen mittelbaren Stifftern haben die Landesherrn von beederley Religionen das Recht, entweder alle Canonicat-Stellen, oder doch eine gewiſſe Anzahl derſelbigen, zu vergeben, oder primarias preces darauf zu ertheilen.

Die unmittelbare Teutſche Capitul haben, vermöge der Concordaten oder Verträge zwiſchen dem Römiſchen Stuhl und der Teutſchen Nation, das Recht, die Stellen zu beſezen, welche in denen Monathen Februarii, April, Junii, Auguſt, October und December, erlediget werden.

Mehreres davon ſiehe anderwärts (2).

Wann die Capitul ſelber eine Stelle vergeben dörffen, geſchiehet es, (nachdeme es Statutenmäßig oder herkommlich iſt,) entweder durch die Wahl, oder durch einen Turnum; welch lezteren Falles derjenige Capitular, an welchem die Reyhe iſt, die Stelle allein, Namens des Capituls, an eine tüchtige Perſon vergeben darff.

Bey H. WüRDTWEIN (3) finden ſich 7. Urkunden zur Erläu-

(1) im Tr. von der Teutſch. Relig. Verfaſſ. S. 660. u. f.

(2) l. c.

(3) in Subſid. dipl. ad Jur. eccl. Germ. capita, Tom. 1. n. 23.-29. ſ. H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 537.

Erläuterung des in vilen Stifftern eingeführten Turni in Vergebung der Pfründen; wobey der Herr Herausgeber zugleich den eigentlichen Unterſchid zwiſchen dem Turno majore, minore, errante, wie auch den ſogenannten Nominationibus utilibus, beſtimmt. Aus dem eingerückten Turno in dem Würzburgiſchen Domcapitul von 1765. biß 1766. kan man ſich eine recht gute practiſche Vorſtellung vom Turno errante machen.

Bey denen vormals unmittelbar gewesten, nun aber (nach der Stiffter erfolgten Seculariſation,) landſäßigen, Capituln haben manche noch das ehemalige Erſezungs-Recht, in ſo weit es ſelbiger Zeit denen Capituln zugeſtanden iſt, beybehalten.

Bey denen meiſten übrigen mittelbaren Capituln aber haben dieſelbige hiebey nichts mehr zu ſagen.

§. 16.

Die Capitularen werden bey mancherley Stifftern auf allerley Weiſen eingetheilt. Claſſen.

Die gemeineſte iſt in die, da Einige Capitularen Prälaten ſeynd, Andere hingegen gemeine Capitularen.

Zu Lübeck ſeynd: 1. Paniſtæ, 2. Integrati, 3. Semi-Integrati, 4. Canonici in herbis; desgleichen Diſtincti.

Zu Magdeburg ſeynd dreyerley Claſſen: 1. Majores, 2. Majores non reſidentes, 3. Minores.

§. 17.

Bey allen Domcapituln befinden ſich Prälaturen, oder vorzügliche Würden; doch mit mancherley localem Unterſchid. Prälaturen.

Herr P. SCHMIDT (1) ſagt: Hodie plerumque Præpoſitus primo poſt Epiſcopum loco eminet: altero in Eccleſia cathedrali Decanus. Priori tamen nulla adminiſtratio aut Jurisdictio competit; quæ Decano ſucceſſu temporis adjecta: in qua re tamen conſuetudinem Statutaque Capitulorum conſule.

Und von denen Archipresbyteris meldet er (2): Hodie die, ſi à Decanis diſtincti, Conſuetudo conſulenda.

(1) in Inſtit. Jur. eccleſ. Part. 1. p. m. 310.
(2) l. c. p. m. 311.

Zu Speyer (1) beſtehen die hohe Capitulardignitäten auf der Probſtey des Doms, der Probſtey zu St. Gaido, der Probſtey aller Heiligen, der Proſtey zu St. Germani und aus der Scholaſterey.

Der Domprobſt hat zwar auſſerhalb Capituls den erſten Rang; aber in Capituls-Sachen meiſtens nichts, oder doch nicht vil zu ſagen:

Doch lautet es in einer Päbſtlichen Bull von 1618. wegen der Domprobſtey zu Münſter: Quod Præpoſituram dictæ Eccleſiæ, (quæ inibi Dignitas poſt Pontificalem major exiſtit,) pro tempore obtinenti, inter alia ſuæ curæ & ſollicitudini ratione ipſius Præpoſituræ commiſſa, conſilium & operam in rebus, bonis ac juribus Capituli Canonicorum, menſæ Capitularis, Vaſallorum, Subditorum & Miniſtrorum dictæ Eccleſiæ tuendis & conſervandis, aliisque negotiis pro tempore emergentibus præſtandi onus ſpecialiter incumbat &c.

Herrn Vicecanzlers STRUBENS Bedencken (2) von der Domprøbſte Siz und Stimm in denen Capituln kurzer Innhalt gehet dahin: Gemeiniglich hat der Probſt keinen ordentlichen Siz und Stimme in denen Capitulariſchen Verſammlungen; noch geſchiehet die Ausfertigung der Capitulariſchen Schlüſſe und Schreiben mit in deſſen Namen; noch führet er das Directorium in Abweſenheit des Dechants.

Unter anderem meldet er aus Herrn FLOERCKE von Magdeburg: In Eccleſia cathedrali Magdeburgenſi Præpoſitus nullum amplius officium gerit, ipſique nihil juris circa Capitulum eſt, ſed habet ſuos ſeparatos reditus & Jurisdictionem in certos Pagos.

Ferner, aus Herrn SCHANNAT von Worms: Omni onere, etiam reſidentia perſonali, eſt exemtus; ſed è contra nec beneficio Turni, nec certis quibusdam aliis emolumentis, gaudet, quanquam Votum retineat in electione Epiſcopi.

Wei-

(1) Europ. Herold, 1. Band, S. 349. (1705.)
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 2. Theil, S. 149.

Weiter: Zu Lübeck habe der Domprobſt keine Stimm bey der Biſchoffswahl, und er pflege keinen Fuß in das Capitul zu ſezen, als bey ſeiner Einführung.

Zu Hildesheim habe er, als Domprobſt, bey denen gewohnlichen Berathſchlagungen des Capituls eben wenig eine Stimme; ſondern erſcheine nur bey ſelbigen, wann er in wichtigen Sachen darum erſuchet werde, welches ſelten geſchehe.

Zu Hamburg habe er allein die Curiam Præpoſituræ &c. und werde nicht zum Capitul gefordert, niſi ad arbitrium Capituli, in hochwichtigen Sachen: Der Domprobſt von Friccius habe zwar mehr verlangt, aber ohne Grund.

Im Reichs-Hofraths-Protocoll habe ich folgendes angetroffen:

7. Maji 1648.

Thumb-Probſtey zu Halberſtadt, ſive Erneſtus Cardinal von Harrach de præſ. heſterno petit interceſſionales an den Thumb-Capitul daſelbſten, daß ſie Ihme die ab Immemorabili tempore bey der Thumb-Probſtey geweſene Dörfer laſſen vnd Ihme die poſſeſs beſagter Thumb-Probſtey ertheillen wollen.
Fiat in voto wie gepetten, ſowohl an Ihr Hochfürſtl. Durchl. Erzherzog Leopold Wilhelm als an den Dum-Capitul.

Der Domdechant iſt gleichſam der Präſident des Domcapituls.

Bey Abweſenheit ꝛc. eines Dechants präſidirt entweder der älteſte Canonicus, oder es wird, wie z. E. zu Hildesheim eine Wahl vorgenommen, wer das Präſidium führen ſolle, biß wieder ein Dechant zur Stelle iſt (1).

Im Jahr 1764. wurde die Dom-Dechanten-Stelle zu Bamberg erledigt: Die Capitularen mochten nicht haben einig werden können; ſie compromittirten daher auf ihren Biſchoff, diſer ernannte einen, und das Capitul erkannte ihn dafür.

Churfürſt Johann Philipps zu Maynz, als Biſchoffs zu Würzburg, Vergleich von 1652. mit dem Domcapitul all-

(1) H. STRUBENS rechtl. Bedenck. 2. Theil, S. 152.

da, die Einkünffte des Domdechantens daſelbſt betreffend, findet ſich beym LüNIG (1).

Mit denen übrigen Capitular-Aemtern wird es gar verſchidentlich gehalten, und ſelbige ſeynd nicht überall einerley.

So gehören auch nicht alle, die Capitular-Aemter haben, auch mit unter die Domprälaten; dahero auch die, ſo nicht mit darunter gehören, keinen Rang vor denen gemeinen Domherrn haben.

§. 18.

Statuten. rc. Jedes Stifft pflegt ſeine eigene Statuten zu haben, durch welche deſſelbigen innere Verfaſſung näher beſtimmet wird, und welche die ſo groſſe Verſchidenheit veranlaſſen, ſo man bey denen einzelnen Stifftern in vilerley beſonderen Umſtänden wahrnimmt.

In dem Osn. Friden heißt es davon: Conſuetudines & Statuta antiqua illibata maneant, quatenus illa Imperii Conſtitutionibus, Transactioni Paſſavienſi, Paci religioſæ, & in primis huic Declarationi & Transactioni ſunt conformia, & intuitu Archiepiſcopatuum & Epiſcopatuum Aug. Conf. Addictis permanentium ex nihil in ſe contineant illi Confeſſioni adverſum; ſicut etiam pariter in Epiſcopatibus & Eccleſiis, in quibus Catholicis & Aug. Conf. Ordinibus mixta jura admittuntur, Statutis antiquis nihil de novo admiſceatur, quod Catholicorum vel Aug. Conf. Addictorum conſcientiam & cauſam, pro cujusque parte, lædere, eorumve jus imminuere poſſit.

Und in der Kayſerl. Wahlcapit. Art. 14. §. 1. verpflichtet Sich der Kayſer: Er wolle bey dem Pabſt ſein beſtes Vermögen anwenden, daß von Demſelben eines jeden Domcapitels abſonderliche Privilegia, auch hergebrachte Statuten und Gewohnheiten, allerdings beobachtet, und dagegen, auf die allda weitläufftig beſchribene Weiſe, keineswegs gehandelt werde.

In Kayſer Carls VI. Capitulation hieſſe es: „Rechtmäßig hergebrachte Statuten.“

Wann ſie rechtskräfftig und verbindlich ſeyn ſollen, müſſen

(1) in des R. Arch. Spicil. eccleſ. Cont. 2. S. 1136.

ſen ſie von der geiſtlichen Obrigkeit, darunter das Capitul ſte-
het, beſtättiget werden.

Vile laſſen ſolche, um mehrerer Sicherheit willen, von dem Päbſtlichen Stuhl ſelbſten beſtättigen.

Und in Sachen, welche in das weltliche einſchlagen, erfordert der Reichs-Hofrath die Kayſerliche Confirmation, wann anderſt in ſich ereignenden Streitfällen darauf geſprochen werden ſolle.

Der Freyherr von CRAMER behauptet ebenfalls (1) den Saz: Statuta Eccleſiarum cathedralium German. Confirmatione Cæſarea indigent, ſi Controverſiis decidendis adhiberi queant.

Was ein landſäßiges (geiſtliches) Collegium bey Errichtung eines neuen Statuti zu beobachten habe? hat der Freyherr von CRAMER (2) unterſucht.

Aber auch das alte bey einem Stifft übliche Herkommen, wann es mit denen erforderlichen Eigenſchafften deſſelbigen ſeine gute Richtigkeit hat, und in Anſehung des Beweiſes kein Zweifel obwaltet, iſt von eben der Verbindlichkeit, wie ausdrückliche Statuten.

§. 19.

Endlich haben auch vile Domcapitul allerley Kayſerliche, und noch mehr allerley Päbſtliche, Freyheitsbrieffe; deren manche in LüNIGS Reichs-Archiv, beſonders aber deſſen *Spicilegio eccleſiaſtico* und ſeinen Sortſezungen, anzutreffen ſeynd. Privilegien.

Was die Kayſerliche Wahlcapitulation dißfalls verordne, haben wir allererſt vernommen.

Die Stiffter, ſo Kayſerliche Privilegien haben, laſſen ſich dieſelbige gemeiniglich von jedem neuen Kayſer überhaupt confirmiren. Z. E.

Das Stifft zu St. Bartholomäi in Franckfurt ſuchte und erhielte An. 1745. 8. Oct. die Confirmation ſeiner Kayſerlichen Privilegien (3).

Von

(1) Obſ. 158. Tom. 1. p. 418.

(2) in ſeiner Nebenſt. 79. Theil, S. 32.

(3) ſ. Staatsſchrifft, unter K. Franz. 1. Band, S. 474.

Von den Vorzügen des Domcapituls zu Cölln hat Herr Geh. Rath ESTOR (1) gehandelt.

§. 20.

Capituls-täge. Die Capitular-Verſammlungen beſtehen allein aus denen Capitulsglideren: Das Stifftshaupt aber darff weder ſelbſt darinn erſcheinen, noch Jemanden von ſeinetwegen darzu ſchicken.

Auch iſt ſchon oben erinneret worden, daß ſelbige von zweyerley Art ſeynd; nemlich general-Capituls-Täge, und gemeine Capitul.

§. 21.

Bediente. So haben auch die Domcapitul ihre Bediente; abſonderlich einen oder mehrere Syndicos; z. E.

Zu Maynz ſeynd derſelben viere; zu Würzburg iſt ein Syndicus und zugleich Conſulent; zu Hildesheim iſt ein Syndicus und ein Secretarius; zu Bamberg iſt ein Syndicus, der auch zugleich der Domprobſtey Adminiſtrator und Lehenprobſt iſt, und ein Conſulent.

Die Capitul, ſo ligende Güter beſizen, haben über diſes auf denenſelbigen auch noch ihre Juſtiz- und Oeconomie-Beamte.

Der Freyherr von CRAMER (2) hat eine Anmerckung de Villicis, qui dicuntur Edle Erbmeyer, beſonders des Domcapituls zu Paderborn, welche von des Hochſtiffts Erbämtern unterſchiden ſeynd. Es bekleiden diſe Stelle die von Stapel, Harthauſen, Krevet und Brencken.

§. 22.

Verrichtungen. Die Verrichtungen derer Domherrn und Stifftsherrn ſollten in der Abwartung des Gottesdienſtes bey ihrer Kirche beſtehen:

Aber bey denen Evangeliſchen iſt meiſtens gar kein Schatten mehr davon übrig;

Und bey denen Catholiſchen iſt es um gar weniges beſſer; wie leicht erhellet, wann man nur die Verzeichniſſe derer Capituls-

(1) in ſeiner neu. klein. Schrifft. 2. Band, S. 527.
(2) Obſ. 655. Tom. 2. Part. 2. p. 189.

pitulsglider anſiehet, da einer Regierungs- ein anderer Hofgerichts- oder Cammer- oder Kriegsraths- Präſident, oder Statthalter, oder Miniſter, oder Geſandter iſt, u. ſ. w. und mit diſen und anderen weltlichen Geſchäfften faſt ſeine ganze Lebenszeit zubringt. Marggraf Hermann zu Baden ware zu gleicher Zeit Domherr zu Cölln, Kayſerlicher-Principal-Commiſſarius bey dem Reichsconvent und Kayſerlicher General.

§. 23.

Dahero pflegen auch die Domherrn Vicarien zu halten, um ihre Stelle bey dem Gottesdienſt, welchem ſie in Perſon abzuwalten ſchuldig wären, zu vertretten. Vicarien.

§. 24.

In Anſehung der unmittelbaren Domcapitul Antheils an denen Regierungsgeſchäfften iſt ein groſſer Unterſchid zwiſchen denen Fällen, 1. wann ein Stifftshaupt vorhanden iſt, und regieren kan, 2. wann es durch phyſicaliſche- Staats- oder andere Urſachen abgehalten wird, der Regierung vorzuſtehen, und 3. wann kein Stifftshaupt vorhanden iſt. Antheil an der Regierung.

Worinn die Gerechtſame derer Capitul Sede plena beſtehen? iſt aus denen Lehrern des Päbſtlichen Kirchenrechts zu erlernen. Herr P. SCHMIDT (1) ſchreibt: Conſuetudo in his multum mutavit; quæ proin pro locorum diverſitate conſulenda.

Bey erſeztem Stuhl iſt das Stifftshaupt, nach denen gemeinen Rechten, ſchuldig, in wichtigen Sachen ſich des Beyraths, oder auch der Mit-Einwilligung des Capituls zu bedienen:

Auſſer deme aber hat der Erzbiſchoff, Biſchoff, Abt, Probſt, ꝛc. nicht nöthig, dem Capitul in Regierungsſachen mehr einzuraumen, als er in ſeiner Wahlcapitulation, (wann er diſe für verbindlich hält,) verſprochen hat, oder ſonſten gerne will (2).

Vom

(1) in Inſtit. Jur. eccleſ. Part. I. p. m. 309.
(2) ſ. den Tr. von der Landeshoh. in Regier. Sach. Cap. I.

Vom Kayſer wurde An. 1755. 27. Oct. auf Erklagen der Fürſtin zu Eſſen, denen Eſſendiſchen Capituln und dem Collegiat-Stifft zu St. Florin in Coblenz reſcribirt: Daß ſie in die der klagenden Frau Fürſtin zuſtehende Befugniſſe nicht eingreiffen, und in deren Uebung dieſelbe nicht beeinträchtigen, noch auch in einiger Art zu thätigen Handlungen vorſchreiten ſollen ꝛc.

Hingegen muß aber auch ein Stiftshaupt ſeine Gerechtſame nicht allzuweit, und zum Nachtheil des Domcapituls, erſtrecken wollen.

Den 19. Nov. 1753. floſſe in ein Kayſerliches Reſcript an das Dom-Capitul zu Paderborn ein: Des Herrn Chur-Fürſtens zu Cölln, als Biſchoffens zu Paderborn, an Daſſelbe erlaſſene Befehle zieleten nach nichts anders, als Kayſerlicher Majeſt. obriſt-Richterliches Amt und Schirm-Gerechtigkeit über alle Teutſche Kirchen zu zernichten, hingegen des Herrn Chur-Fürſtens, als Biſchoffens zu Paderborn, anmaßlich unumſchränckte Gewalt über das Dom-Capitul, als ſein vermeintes Eigenthum, feſt zu ſtellen.

Und An. 1737. 28. Jun. kame, in Sachen: **St. Cornelimünſter**, in ſpecie Eynatten contra den Abten daſelbſten, in ein an den Abten erkanntes Kayſerliches Reſcript: „Da es Documenta communia ſind, ſo das ganze Stifft und die darzu gehörige Güter und Einkünffte betreffen, und woran die Capitulares ſelbſten reſp. **Erb-Grundherrn** mit ſeynd ꝛc.“

Sede impedita fället die Landesregierung ordentlicher Weiſe dem Capitul anheim; wiewol der Kayſer in dergleichen Fällen demſelbigen auch ſchon einen ſeiner Miniſters beygeſezet hat.

Sede vacante endlich führen die unmittelbare Domcapitul unſtreitig die völlige Landesregierung, wie auch Siz und Stimm bey Reichs- und Craystägen ꝛc.

Im **Osn. Frid.** Art. 5. §. 21. lautet es von denen Hochſtifftern, welche einen Evangeliſchen Biſchoff haben: Sede vacante Capitula, & quibus adminiſtratio cum iis conjunctim competit, ad univerſales æque ac particulares Deputationum, Viſitationum, Reviſionum, alioſque Conventus Imperia-

periales, literis ſolitis evocentur, & Suffragii jure fruantur; prout quisque Statuum ante Religionis diſſidia eorum jurium particeps fuit.

Bey Kayſerwahltägen hingegen will man ihnen ſolches nicht zugeſtehen, und wegen Ausübung des Crays-Directorii oder Ausſchreibamt hat es nicht überall ſeine Richtigkeit.

Man will auch denen Domcapituln in ſolcher Zeit nicht allenthalben den Titul eines **regierenden**, ſondern nur eines **adminiſtrirenden**, Domcapituls eingeſtehen; und hat es noch bey der jezigen Cammergerichts-Viſitation, bey Gelegenheit einer unter diſem Titul ausgeſtellten Domcapitulariſchen Vollmacht, Proteſtationen abgeſezt.

Mehreres von diſen Materien findet man **in meinem Teutſchen perſönlichen Staatsrecht.**

Mittelbare Capitel haben in Landesgeſchäfften gar nichts zu ſagen; auſſer, wo ſie Landſtände ſeynd, ſo weit ſie diſe Landſtandſchafft, nach jeden Landes Verfaſſung, darzu berechtiget.

§. 25.

Gleichwie die un- und mittelbare Erz- Hoch- und andere Stiffter einander an weltlichen Kräfften und Vermögen gar ungleich seynd; ſo verhält es ſich auch in Anſehung derer Domcapitulariſchen Einkünffte: Da aber diſer Umſtand keinen Einfluß in mein gegenwärtiges Vorhaben hat; ſo will ich mich auch nicht dabey aufhalten. **Einkünffte.**

Unter die gröſte Mißbräuche derer Wahlcapitulationen, welche die Domcapitul ihren neuerwählten Erz- und Biſchöffen vorzulegen pflegen, wird gerechnet, daß die Domcapitul ſich derſelbigen als eines Mittels bedienen, ihre Einkünffte auf eine ungebührliche Weiſe zu vermehren.

Churfürſt Johann Philipps zu Maynz, als Biſchoffens zu **Würzburg**, Capitulation von 1651. mit dem Domcapitul daſelbſt, und ewiges Statut, Krafft deſſen die an das Hochſtifft zurückgefallene Herrſchafft Grünsfeld demſelben auf ewig einverleibt, dem Domcapitul aber davon 40000. Rthl. Capital, jährlich auf St. Kiliani mit 2000. Rthl. zu verzinſen, verſchriben, auch dabey ſtatuiret worden, daß das Domcapitul ihre künfftige Biſchöffe in denen vorzulegenden Capitulationen

mit dergleichen nachtheiligen Zumuthungen verſchonen ſolle, u. ſ. w. iſt beym LüNIG (1) zu leſen.

Der Biſchoff Johann Gottfrid II. zu Würzburg verſprache dem Domcapitul 120000 Rthl. mit dem Beding, daß diſes künfftig ſich nichts weiteres von denen Biſchöfflichen Rechten, Regalien und Einkünfften anmaſſe: Weil aber die Päbſtliche Confirmation nicht erfolgte, mag wohl der Vergleich nicht zur Vollſtreckung gekommen ſeyn.

Von denen Capitulis clauſis ſchreibet Herr Prof. DüRR (2): In multis Germaniæ Eccleſiis, tam cathedralibus, quam collegiatis, introducta ſunt Capitula clauſa, ubi non omnes, ſed non niſi certus Canonicorum numerus ad Capitulum admittitur: Variat autem in iisdem ratione Domicellarium, ſeu Extracapitularium, uti quibusdam in locis dicuntur, obſervantia: In aliis Domicellares proprias ſuas Præbendas, poſſuntque etiam, licet non de omnibus, attamen de certis ſaltem, participare fructibus vel diſtributionibus quotidianis; in aliis autem Eccleſiis Domicellares, donec ad Capitulum ex ordine perveniant, nullos plane percipiunt reditus, & ſtylo in multis Eccleſiis recepto dicuntur tales conſtituti in Annis carentiæ, vel etiam Canonici in herbis compellantur; welches er hernach mit vilen Beyſpilen belegt.

§. 26.

Streitigkeiten.

Zerfallen das Stifftshaupt und ſein Capitul, mit einander, und es betrifft geiſtliche Sachen; ſo müſſen ſelbige vor dem geiſtlichen Gerichte ausgemacht werden, wohin ſie der Teutſchen Reichs-Verfaſſung und denen gemeinen Rechten nach gehören.

Berühret aber der Streit weltliche Sachen, müſſen beyde Theile vor denen höchſten Reichsgerichten darinn Recht nehmen und geben.

Haben endlich die Glider eines Capituls unter ſich, oder mit anderen Landſtänden, Streitigkeiten, und die Landesherrliche

(1) in des Reichsarch Spicil. eccleſ. 2. Theil, S. 1050.
(2) de Annis Carent. §. 10. p. 54. ſqq.

liche Wahlcapitulation, oder übrige Landesverfaſſung, beſtimmen es nicht anderſt; ſo iſt das Stifftshaupt allemal Richter darinn: Nur wird der Streit, nachdeme es Sachen betrifft, vor denen geiſt- oder weltlichen Gerichten verhandelt: Und hiernach richtet ſich ſodann auch die Beruffung in der zweyten Inſtanz an ein höheres Gericht.

Verſchidene Beyſpile von dergleichen Streitigkeiten seynd bereits vorgekommen; denen ich noch folgende beyfüge.

Von des Churfürſten Philipp Chriſtophs zu Trier mit ſeinem Domcapitul von 1632. an ins Publicum gebrachten Streitigkeiten, ſehe man die vom LüNIG (1) bemerckte Schrifften.

Zu Beylegung diſer Differentien wurde auf dem Nürnbergiſchen Fridens-Executionscongreß Anno 1649. von dem Collegio Deputatorum eine Commißion auf Chur-Maynz, Cölln und Bamberg erkannt (2).

In Sachen: Zu Eichſtätt Domcapitul contra den Biſchoffen daſelbſt, pto diverſorum Gravaminum, erkannte der Reichs-Hofrath An. 1749. 18. Dec. ein Reſcriptum paritorium, und An. 1753. 30. Mart. wurde, (mit Verwerfung des Biſchoffs geſchehenen fernerweiten unziemlichen und unſtatthafften Einwendens,) demſelbigen ein nochmaliger Termin ad parendum anberaumt.

Von Streitigkeiten zwiſchen dem Biſchoff Ernſt Auguſt II. zu Osnabrück und ſeinem Domcapitul um das Jahr 1723. ſehe man die an unten (3) bemercktem Ort angezeigte Schrifften;

Desgleichen die Schrifften von denen Streitigkeiten zwiſchen dem Domcapitul und denen übrigen Landſtänden (4).

Von Speyer kan ich diſes melden.

Etwas von denen Beſchwerden, ſo das Domcapitul zu Speyer An. 1728. bey dem Reichs-Hofrath gegen den damaligen

(1) in der Biblioth. Deduct. 4. Theil, S. 31.
(2) von MEIERN Nürnb. Frid. Exec. Handl. 2. Theil, 11. B. §. 3.
(3) in LüNIGS Bibl. Deduct. 2. Theil, 236. S.
(4) ibid. S. 237.

ligen Cardinalen und Biſchoffen angebracht hat, habe ich anderwärts (1) mitgetheilt.

Von neueren Streitigkeiten aber zeugen diſe Reichs-Hofraths-Concluſa.

Veneris 22. Sept. 1758.

Zu Speyer Domcapitul contra den Herrn Fürſten und Biſchoff daſelbſt, pto div. Grav.

1. Ponantur des Herrn Biſchoffen und Fürſten zu Speyer hum. Literæ ad Imperatorem de præſ. 20. Jul. 9. Aug. & 12. huj. ad Acta.

2. Mit Verwerffung des, bewandten Umſtänden nach, unſtatthafften Geſuchs pro tranſcribenda commiſſione auf die ausſchreibende Herrn Fürſten des Ober-Rheiniſchen Crayſes, wird es bey der unterm 13. Apr. jüngſthin ad tentandam amicabilem erkannten Kayſerl. Hofcommiſſion belaſſen. = = =

3. Wird dem Impetrantiſchen Domcapitul hiemit alles Ernſtes verwiſen, daß daſſelbe gegen ſeinen Landesfürſten, und zwar weiter in denen bey Ihro Kayſerlichen Majeſt. von ihm, Domcapitul, allſchon eingeklagten Puncten, fremden Schuz und Schirm bey dem Herrn Churfürſten zu Pfalz, denen kundbaren Reichsgeſezen, und auch dem Vertrag de An. 1709. zuwider geſuchet habe; mit der angefügten Auflage, daß daſſelbe von diſem ſträflichen Beginnen jezo und künfftig abſtehen ſolle, damit es eines ſchärfferen Einſehens nicht Noth ſeye.

4. Nachdeme der Impetratiſche Herr Biſchoff aus denen ſelbſtigen Bekenntniſſen des Impetrantiſchen Domcapituls nunmehro dargethan hat, daß die Domcapitulariſche diſſeits Rheins gelegene Ortſchafften an denen extraordinari-Reichs- und Crays-Präſtationen jedesmahls den 20ſten Theil mit denen übrigen Fürſtlichen im Prurrhein gelegenen Ortſchafften getragen haben; als wird das dißfalls erlaſſene Proviſorium nunmehro, ſo vil diſe Ortſchafften betrifft, auf ſothanen Fuß des Beytrags zum 20ſten

(1) in meiner Reichs-Fama 4ten Theil, S. 469.

20ſten Theil hiemit weiter proviſorie geſezet: Und wird Impetratiſcher Herr Biſchoff das beſchehene Angeben, ob habe der jenſeit Rheins gelegene auch Domcapitulariſche Ort Röttersheim gleichfalls den 20ſten Theil an denen von dem Amt Diedesheim zu entrichten ſeyenden Abgaben jedesmalen beygetragen, behörig beſcheinigen; ſo ergehet auch hierwegen weitere Kayſerliche proviſoriſche Verfügung.

5. Cum incluſione des Domcapitulariſchen Exhibiti de præſ. 6. Jun. nup. reſcribatur dem Herrn Biſchoffen zu Speyer, daß er über die innen gemeldete gegen die Unterthanen zu Röttersheim verhängte Execution und den dabey gebrauchten unjuſtificirlichen die arme Unterthanen gänzlich zu Grunde richtenden modum ſich in termino duorum menſium ſtandhafft verantworten ſolle.

6. Mit Verwerffung der Domcapitulariſchen unzureichigen Exculpations- und Paritions-Anzeige de præſ. 15. Jun. nup. excitetur nunc Fiſcalis Imperialis aulicus um gegen beſagtes Domcapitul, ſowol wegen der unterlaſſenen Lehensnachſuchung des Orts Bauerbach, als der nunmehro beſchehenen Regierung deren Lehenspertinentien, ſeines Amts ſich zu gebrauchen ꝛc.

Veneris 11. Maj. 1759.

Zu Speyer Domcapitul contra den Herrn Biſchoff und Fürſten daſelbſt, pto diverſorum Gravaminum.

1. Ponantur des Herrn Biſchoffen zu Speyer hum. Literæ ad Imperatorem de præſ. 27. Nov. a. p. & 22. Jan. a. c. 2. Mart. a. c ad Acta.

2. Hat es bey der in Anſehung deren in dem Pruhrhein gelegenen Domcapitulariſchen Orthſchafften unterm 22. Sept. a. p. ergangener Kayſerlicher proviſional-Verordnung, des von dem Domcapitul beſchehenen Einwendens ungehindert, noch zur Zeit ſein Verbleiben: Es wird jedoch die Frag: Ob und in wie weit die Domcapituliſche Unterthanen zu Ober- und Unter-Weſſungen und Dürrenbuchig zu ſothanem $\frac{1}{20}$ mit zu concurriren haben? dann was wegen ſolcher an diſem Quanto abzurechnen und hier-

nach

nach denen übrigen Domcapituliſchen Dorffſchafften anwiederum zu erſtatten komme? Zu dem angeordneten Verſuch der Güte, und, in deren Entſtehung, zur weiteren rechtlichen Austragung verwiſen.

3. Wird wegen des Domcapituliſchen Dorffs Rottersheim nunmehro gleichfalls proviſorie verordnet, daß von wegen deſſelben jedesmalen $\frac{1}{20}$ deren das Amt Deydesheim in extraordinariis betreffenden Anlagen zur daſigen Amtscaſſa beygetragen, und das dißfaßige Quantum pro præterito alſogleich, ſub pœna realis Executionis abgeführet, auch damit auf diſe Art pro futuro, ſub eadem pœna, unweigerlich fortgefahren werden ſolle; wo hingegen

4. das von dem Herrn Biſchoffen beſchehene Anerbieten, daß Er die von deſſen Beamten zu Deydesheim angeordnete Subhaſtation deren einigen Rottersheimer Innwohnern zuſtehenden Güter anwiederum aufheben, und alles in vorigen Stand herſtellen laſſen wolle, hiemit angenommen, und Ihme, Herrn Biſchoffen, auferlegt wird, in Zeit von zwey Monathen allerunterthänigſt anzuzeigen, wie Er diſem ſeinem Erbieten die allergehorſamſte Folge geleiſtet habe.

5. Wird ferner proviſorie verordnet, daß, wann der Herr Biſchoff zu Aufſtellung oder Ergänzung ſeines Reichs- und Crayscontingents, die Mannſchafft von dem Land allenthalben auszichet, das Domcapitul von wegen ſeiner Dorffſchafften in der oben benannten Proportion darzu die Mannſchafft ebenmäßig zu ſtellen und aus diſer ſodann der Herr Biſchoff die Auswahl zu machen habe. rc.

Von denen zwiſchen des Hochſtiffts Straßburg Evangeliſchen und Catholiſchen Domcapitularen um das Jahr 1585. unter ſich gehabten Streitigkeiten, ſehe man die vom LüNIG (1) angezeigte Schrifften.

Biſchoffs Peter Philipps zu **Würzburg** Vergleich mit dem Domcapitul daſelbſt, über unterſchidene ſchwere Irrungen von 1678. nebſt Kayſer Leopolds Confirmation und Pabſts Inno-

(1) in der Bibl. Deduct. 3. Theil, S. 231.

Innocentii XI. Approbation von 1679. kan man beym LüNIG (1) nachſchlagen.

Etwas ſonderbares iſt, daß Kayſer Leopold An. 1693. 25. Febr. Biſchoff Johann Gottfriden II. zu Würzburg, und denenjenigen, ſo ihme wider ſein Domcapitul bedienet geweſen, ein Protectorium ertheilet hat (2).

§. 27.

Bey Beſtraff- Suſpendir- oder Entſezung eines Domherrns ꝛc. kommt es forderiſt auf die Stiffts-Statuten, ſodann auf die gemeine Rechte an. Beſtraffung.

Eine Urthel Churfürſt Johann Philipps zu Maynz und ſeines Domcapituls wider den Domherrn Philipp Ludwig Freyherrn von Reiffenberg iſt beym LüNIG (3) zu leſen.

Bey dem Hochſtifft Speyer (4) geriethen der damalige Domdechant, nunmehrige Biſchoff, Graf von Limburg-Styrum, und das Domcapitul in ſchwere Streitigkeiten, und der Domdechant wurde endlich von ſeinem Amt ſuſpendirt. Die Sache machte groſſes Aufſehen, und wurde am Reichs-Cammergericht, Reichs-Hofrath, zu Rom und zu Maynz darüber gehandelt, endlich aber zum Vortheil des Domdechantens verglichen.

§. 28.

In Anſehung der Teſtamente und Erbſchafft eines Domherrns kommt es forderiſt auf jeden Stiffts Statuten und Herkommen, ſodann aber auf die gemeine Rechte an. Teſtamente ꝛc.

Zu Münſter iſt der Gebrauch, daß von eines verſtorbenen Domherrns Verlaſſenſchafft der Domkirche allda 1000. Rthl. pro die anniverſaria zukommen (5).

§. 29.

Was bishero von denen aus männlichen Perſonen beſtehenden Weibliche Stiffter.

(1) in des R. Arch. Spicil. eccleſ. 2. Theil, S. 1053. 1055.
(2) l. c. Cont. 2. S. 1155.
(3) ibid. Cont. 1. S. 229.
(4) v. mein R. Staatshandb. 2. Theil, S. 238. ſqq.
(5) Freyh. von CRAMER Wezlar. Nebenſt. 3. Theil, S. 75.

henden Teutſchen Capituln gemeldet worden iſt, gehet ordentlicher Weiſe auch auf die aus Stiffts-Dames beſtehenden weiblichen Capituln; ſie ſeyen welcher Religion ſie wollen.

Von Capituln unmittelbarer weiblicher Stiffter will ich diſes melden:

Lunæ 2. Maji 1757.

Zu **Eſſen**, Hochwürdig-Gräfliches Capitulum des frey-weltlichen Stiffts contra die Frau Fürſtin und Abtißin daſelbſt, die nichtige Suſpenſion Dero Syndici ab officio betreffend ꝛc.

1. Hat das im Gegenbericht geſtellte Begehren nicht ſtatt; ſed
2. reſcribatur der Frau Fürſtin und Abtißin zu Eſſen: Jhro Kayſerliche Majeſt. hätten aus der Allerhöchſt Deroſelben diſer Sache halber allerunterthänigſt erſtatteten Relation die zwiſchen ihr, der Frau Fürſtin, und Deroſelben entſtandene Mißhelligkeiten ungern vernehmen müſſen. Jhro Kayſerl. Majeſt. ſeheten hiebey bedauerlich an, welche gemeinſchädliche Folgen aus derley Zwiſtigkeiten zwiſchen Haupt und Glidern ſich ergebeten. Jndeme nun beſagtes Capitul in ſeinem allerunterthänigſt eingebrachten Gegenbericht bezeuge, daß Daſſelbe den ihr, der Frau Abtißin, als deſſen Landesfürſtin und Oberin ſchuldigſten Reſpect niemalen auſſer Augen zu ſezen gemeinet ſeye, und, daß ein gleiches von Deſſen Syndico und Bedienten fortan beobachtet werde, daſſelbe diſe, (wie ſie ohnehin ſchuldig ſeyen,) jedesmalen anweiſen werde; ſo verſeheten Jhro Kayſerl. Majeſt. Sich zu ihr, der Frau Fürſtin, allergnädigſt, und gebeten Derſelben hiemit auf, daß ſie wider den Capitulariſchen Syndicum verhängte Suſpenſion anwiederum aufheben, und denſelben zu allen, dem Herkommen nach, zu begehren habenden Verrichtungen zulaſſen, diſen auch, als Capitulariſchen Deputirten, an der in ziemlich-beſcheidener Ordnung vollbringenden Monirung bey denen Rechnungsabhören nicht hindern, noch abhalten; dagegen aber er, Syndicus, hierunter den der Frau Fürſtin ſchuldigen Reſpect behörig beobachten, und im ſchreiben ſo wohl, als reden, eine geziemende Beſcheidenheit gebrauchen,

chen, auch aller Anhezung des Capituls wider ſie, die Frau Fürſtin, in diſer und andern Vorkommenheiten ſich, bey Vermeidung ſchärffeſter Abſtraffung, enthalten ſolle: Gleichwie dann hinwiederum die Frau Fürſtin denen ihrigen Räthen und Dienern gleichmäßig aufzugeben, und ſolchen unter Straf einzubinden habe, daß diſe nicht minder ihres Orts zu Zwiſtig- und Streitigkeiten einen Anlaß nicht geben, ſondern die Erhaltung einer fridlichen Einigkeit und guten Verſtändniſſes zwiſchen ihr, der Frau Fürſtin, und Dero Capitul, und damit das gemeinſame Beſte des Stiffts, in allen Vorkommenheiten zu fördern ſuchen ſollen. Im übrigen nehmeten Ihro Kayſerliche Majeſt. ihr, der Frau Fürſtin, allergehorſamſte Anerklärung, daß einiges Verbott gegen die Notarien, zu Behinderung der Handlungen ihres Amts, nicht ſeye angelegt worden, noch künfftig werde angelegt werden, allergnädigſt auf, und wollten zu deſſen fortwühriger allergehorſamſter Gelebung ſie, Frau Fürſtin, ausdrücklich hiemit anweiſen. Diſe Ihro Kayſerlichen Majeſt. allergnädigſte und allergerechteſte Entſchlieſſung, auch recht väterliche Vermahnung und weitere Verfügung habe ſie, Frau Fürſtin, ihrem Capitul kund zu machen, auch ihres Orts allergehorſamſt zu befolgen, und, wie diſes geſchehen in Zeit von zwey Monathen allergehorſamſt anzuzeigen ꝛc.

Beym Herrn von LUDOLF (1) ſeynd zu leſen: „ Urſachen, warum die, ꞉ ꞉ des Kayſ. frey-weltlichen Stiffts Hervorden, Abtißin, ꞉ ꞉ ꞉ die von denen dreyen Capitularen, Graf Arco, dem von Sternberg und dem von Heimbruch, den 26. Apr. 1721. vorgenommene Decanißin-Wahl vor null-nichtig und ungültig declariret haben. “

In Sachen des Capituls zu Hervorden gegen die Abtißin allda, erkannte das Cammergericht An. 1726. 17. Jan. „ Iſt ꞉ ꞉ das gebetene Mandatum und Extenſio ejusdem,

in puncto folgender Gravaminum: Der verbotenen Frequentation und Deliberationen Capituli zu Hervord, Ver-

(1) in ſeinen Symphor. &c. Vol. 1. App. 1. col. 151.

ſperrung des Conclavis Capituli daſelbſt, auch Vorenthaltung des Capitulariſchen Repoſitorii Documentorum, des verbottenen Verkaufs des dem Capitul zur Halbſcheide zuſtehenden Neſen- oder Papenberger Holzes, auch die Aufhebung des fiſcaliſchen Proceſſes gegen den Concapitularen von Sternfeld, in ſo weit diſer obberührte Puncten und hierinn des von Sternfeld Renitenz betreffen möchte, ſine clauſula erkannt:

Im übrigen aber, beſonders wegen der nach Verden zur Inveſtitur beſchehener Citation, auch demandirter Inſtallation und Verabfolgung der inveſtirten Canoneſſen ihrer Präbend-Revenüen, als auch in puncto des ſonſtigen und andere Articul betreffenden fiſcaliſchen Proceſſes, und endlich wegen der beklagten Frau Abtißin ihrer Wiederverfügung nacher Hervord, und daſelbſtiger perſönlicher Adminiſtration, das gebetene Mandatum abgeſchlagen; ſondern wann Supplicantens Principalen von diſem leztern Klagpunct nicht abſtehen wollen, mögen ſie ſolches in andern competirenden Wegen, auch allenfalls facta reproductione judicialiter, vorbringen:

Wobey die Frau Abtißin, um die Capitulares mit vorgekommener herber Benahmſung zu verſchonen, ihr Schrifftſteller auch, ſich einer mehr moderirter Schreibart zu gebrauchen, hiemit ernſtlich erinnert wird. “

Anno 1772. gaben die öffentliche Nachrichten: Se. Heiligkeit haben in Sachen der Frau Aebtißin von Thorn und daſigen Capitels eine eigene Commißion, beſtehend aus den Cardinälen Cavalchini, Fantuzzi, Corſini und Negrone, dann den Monſignoren Archinto, Simoni und Negroni, als Secretairs niedergeſezt, um die Streitſache diſer Perſonen zu unterſuchen.

Von ganz mittelbaren weiblichen Stifftern aber mag diſes hieher genug ſeyn:

In der Chur-Braunſchweigiſchen Beſtättigung der Privilegien der Grafſchafft Hoya vom Jahr 1706. heißt es: „8. Als auch in vor mehr angezogenem Landtagsabſchid von 1697. §. 1. einer gewiſſen Veranlaſſung, welche bey dem Stifft Baſſum wegen der Reception der aus den beiden Grafſchafften Hoya gebürtigen adelichen Töchter in ſelbiges Stifft geſchehen ſey, und man auf dergleichen ferner bedacht ſeyn wolle, Er-

weh-

wehnung gethan worden: Und dann billig, daß den Landes-kindern darunter ein Vorzug vor Fremden gegönnet werde, auch in den Clöſtern Unſers Fürſtenthums Zells es alſo verordnet iſt, daß zum wenigſten zwey Drittheile der darinn aufzunehmenden Perſonen aus Landeskindern beſtehen müſſen; ſo wollen Wir, daß von nun an und hinfüro ſolches auch in dem Stifft Baſſum alſo gehalten werden ſolle, daß nemlich von denen darinn aufzunehmenden adelichen Töchtern jedesmal zwey Drittheile aus denen Grafſchafften Hoya ſollen gebürtig ſeyn, und mehr nicht, als ein Drittheil von Ausländerinnin beſtehen könne; weßwegen Wir behuſige Verordnung nach Baſſum ergehen laſſen werden.“

Der Præpoſitus im (Br. Wolfenbüttelischen) adelichen freyweltlichen Stifte Steterburg wird, vermöge des neuen Fundationsreceſſes wegen diſes Stiffts vom 25. Sept. 1691. allemal aus dem Adel des Landes, und zwar ex numero der adelichen Schazräthe, innerhalb drey Monathen, nachdem einer abgegangen, von dem ganzen Capitul per Majora gewählet, und der gn. Landesherrſchafft zur Confirmation präſentirt.“

Eine Freyin von Görz ſtifftete Anno 1759. in ihrem Teſtament in Heſſen ein adeliches Fräuleinſtifft. Nach ihrem Tode entſtunden zwiſchen dem Landesherrn, Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, und dem Executore Teſtamenti, Grafen von Wartensleben, beſchwerliche Irrungen darüber, welche an den Reichs-Hofrath gediehen, allwo An. 1766. eine weitläufftige Kayſerliche Reſolution in der Sache ergienge, welche auch an unten (1) bemercktem Ort zu leſen iſt; und alſo lautet:

Martis 10. Jun. 1766.

Von Wartensleben, Graf Carl Friderich, contra den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, Dero Miniſterium und Regierung daſelbſt, in pto Mandati, die von Görziſche Stifftung betr. ſive Implorantiſcher Anwald Stieve ſub præſ. 7. Jan. a. pr. reexhibet Supplicam und Bitte, pro clem. decernendo Mandato pœnali, de reſtituendo Reverſales per vim atrocem injuſtiſſime extortas, & ſatisfaciendo ſuper in-

(1) bey dem Freyh. von CRAMER Obſ. 1318. Tom. 5. p. 106.

juriis graviſſimis per capturam perſonalem irrogatis, de non impediendo in officio Executoris Fundationis immediatæ, nec ulterius vilipendendo Protectorium Cæſareum eidem conceſſum, neque ejusdem liberæ excitationi extra Haſſiam propria autoritate reſiſtendo, ſed extradendo Documenta, pecunias, & reliqua Bona ad eandem ſpectantia, per Spolium qualificatum erepta & hujusque detenta, cum omni damno & cauſa, ac permittendo venditionem Immobilium in terris Haſſiacis ſitorum, nec via facti ſed juris procedendo S. C. annexa Citatione ſolita, & ſpeciatim, ad videndum, ſe incidiſſe in pœnam Protectorio Cæſareo inſertam, una cum excitatione Fiſcalis Cæſarei. appon. Supplic. ſub Sign. ⊙ cum Adj. ſub Lit. A. 1. A. 2. B. 2. eorumque Subadj. N. 1. 2. D. -- T. & ult. Concl. in duplo.

Idem ſub præſ. eod. übergibt allerunterthänigſten Nachtrag der von dem Freyherrn von Gemmingen, als natürlichen Vormund ſeiner minderjährigen Tochter, Louyſe Amalie, Chanoineſſe des Wallerſteiniſchen Stiffts ausgeſtellten Vollmacht ad hum. Additionale de præſ. 8. Jun. 1764. juncto petito, pro clem. decernenda hujus Mandati ad Acta poſitione. appon. Lit. A. in duplo.

Idem ſub præſ. 18. Jun. d. a. überreicht allerunterthänigſten Nachtrag ad Exhibitum de præſ. 7. Jan. ej. a. cum petito hum. pro clem. decernendo retro petitum Mandatum, cum extenſione ad nova facta. appon. Lit. X. Y. Z. Aa 1. Aa 2. Aa 3. Bb. Cc. & Dd. in duplo.

Idem ſub præſ. 21. ej. m. & an. zeiget allerunterthänigſt an, und bittet, pro clem. demandanda ejusdem ad Acta poſitione. appon. Lit. Ee.

In eadem ermeldter Graf von Wartensleben ſub dato 11. & præſ. 27. d. m. Jun. übergibt allerunterthänigſte Anzeige und Bitte, denſelben der obgehabten Görziſchen Stifftungs-Directorsſtelle nunmehro gänzlich zu entledigen, und ſelbige dem Grafen Friderich Auguſt von Yſenburg-Büdingen und Wächtersbach zu übertragen.

In eadem Friderich Auguſt Graf zu Yſenburg-Büdingen-Wächtersbach, als dermaliger Director der Reichsadeli-

chen

chen von Görziſchen Stifftung, contra den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel & Conſ. in pto Mandati, ſive Impetrantiſcher ſubſtituirter Anwald Dammers ſub præſ. 8. Jul. a. pr. zeiget allerunterthänigſt an und bittet, pro clem. ejusdem ad Acta poſitionem decernendo, nec non accelerando retro petitum Mandatum. appon. Lit. Ff. cum Subadj. Lit. A.

In eadem Implorantiſcher Anwald Stieve ſub præſ. 26. Maj. nup. reexhibendo Exhibitum de 22. Oct. a. pr. ſupplicat pro clem. eodem de novo ad Acta ponendo. appon. Sig. ☉ & ult. Concl.

In eadem der Herr Landgraf zu Heſſen-Caſſel ſub dato 14. Apr. & præſ. 24. Maj. 1764. erſtattet allerunterthänigſten Bericht, ſamt Bitte, den unrichtigen Vorſtellungen des zum Executore Teſtamenti und Directore beſagter Stifftung ernannten Grafen Carl Friderich von Wartensleben kein Gehör zu geben, ſondern denſelben zu Befolgung ſeines nach Innhalt der Fundation gethanen eydlichen Verſprechens und ſeines dem Teſtament und der Fundation gemäſſen Reverſes, ins beſondere zu ohngeſaumter Zurückliferung und gerichtlicher Depoſition der ohnbefugt zu ſich genommenen Erbſchafft, nach deren eydlichen Manifeſtation, anhalten, auch ihn zu gerichtlicher Hinterlegung des original-Teſtaments und Stifftungsbrieffs, und der vom Notario Diel verfertigten Copie, allergnädigſt anweiſen zu laſſen; cum adj. Impreſſo.

Idem ſub dato 20. Oct. & præſ. 12. Nov. erſtattet fernerweiten allerunterthänigſten Bericht, ſamt Bitte, pro clem. ferendis Ordinationibus Cæſareis intus petitis.

In eadem Hochfürſtl. Heſſen-Caſſeliſcher Anwald von Fabrice - - - ſub præſ. 18. Mart. a. pr. ſtellet allerunterthänigſt vor, und bittet, pro clem. denegando Mandato ex falſiſſimis cauſis per calumniam petito, annexa denunciatione plurium Partis impetrantis contraventionum contra Teſtamentum & Statutum à S. Cæſarea Maj. confirmata, nec non criminis Falſi ab eadem Parte impetrante & adhibita per eam Notario pluribus locis commiſſi, cum imploratione officii Judicis hum. ut intus. appon. num. 1. usque 6. incl. & ult. Concl. in duplo. - - -

Idem

Idem ſub præſ. 27. Aug. ej. a. ſtellet fernerweit allerunterthänigſt vor, und bittet pro clem. alienationem, Judicii mutandi cauſa à Parte impetrante tentatam, rejiciendo & caſſando. - - -

In eadem nunc Impetratiſcher Anwald Hermann ſub præſ. 10. Mart. a. c. exhibet die mit unpartheyiſchen Anmerckungen erläuterte Gräflich-Wartenslebiſche ſo betitulte unpartheyiſche Prüfung. - - appon. num. 1. & ult. Concl. in duplo. - -

Referuntur Exhibita.

Martis 17. Jun. 1766.

Von Wartensleben rc. (wie oben.)

Abſolvitur Relatio & concluſum:

1. Ponantur die von dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel ſub præſ. 24. Maj. & 12. Nov. 1764. erſtattete allergehorſamſte Berichte ad Acta. So vil nun die Hauptſache betrifft,

2. cum incluſione der Graf-Wartenslebiſchen und Yſenburgiſchen Exbitorum, und zwar des ſogenannten Additionalis de præſ. 8. Jun. 1764. des Exhibiti de præſ. 7. Jan. 1765. ſamt deſſen Nachträgen de præſ. eod. & de 18. Jun. 1765. dann der weiteren Schrifften de præſ. 21. Jun. & 8. Jul. a. pr. ingleichem der Heſſen-Caſſeliſchen Exhibitorum de præſ. 18. Mart. 18. Apr. & 27. Aug. a. pr. reſcribatur dem Herrn Fürſten Carl zu Naßau-Uſingen ex officio: Es werde derſelbe aus den Anſchlüſſen mit mehrerem erſehen, was vor Irrungen ſich zwiſchen dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel und dem Grafen von Wartensleben über die Anlegung der von der verſtorbenen Freyfrau von Görz, geb. von Wallenſtein, per Teſtamentum de 10. Jun. 1759. gemachten Fundation ereignet, und bey Allerhöchſtdenenſelben von beyden Theilen klagbar angebracht worden. Wie nun Ihro Kayſerliche Majeſt. hierunter Dero allergerechteſte Abſicht hauptſächlich auf das wahre Beſte ſothaner von Allerhöchſtdenenſelben confirmirten und in Dero Kayſerlichen Schuz und Schirm allergnädigſt aufgenommenen Stifftung,

und

und auf baldmöglichſte Erfüllung der Görziſchen teſtamentariſchen Diſpoſition richteten, dahero auch nicht geſchehen laſſen könnten, daß die Sache in proceſſualiſche Weitläufftigkeiten eingeleitet, und dadurch die Errichtung diſer milden Stifftung länger aufgehalten würde, übrigens aber die Beſorgung diſes Geſchäffts dem in Teſtamento zum Executore ernannten Grafen von Wartensleben ohnehin, bey denen zwiſchen ihm und dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel entſtandenen beſchwerlichen Mißhelligkeiten, ohne Nachtheil der Stifftung fernerhin nicht überlaſſen, noch auf deſſen dem Grafen Friderich Auguſt von Yſenburg und Büdingen zu Wächtersbach dißfalls ganz unbefugt geſchehene Ceßion einige Rückſicht genommen werden könne; als fänden Allerhöchſtdieſelbe der Nothdurfft, hierunter ihm, Herrn Fürſten aus beſonderem hegendem allergnädigſten Zutrauen, den nöthigen Auftrag zu ertheilen, und zu verordnen, daß er, Krafft deſſen,

a) zuforderiſt alle in Heſſen-Caſſeliſchen Landen befindliche, zum Görziſchen Nachlaß gehörige Immobilien, Pretioſen, Baarſchafften, Documenten und Effecten, als weßhalb unter heutigem dato an Herrn Landgrafen das nöthige gelange, per ſubdelegationem in Beſiz nehmen und benanntem Grafen von Yſenburg alle ihm von dem Grafen von Wartensleben, nach einem angegebenen Inventario, ausgeantwortete, gleichmäßige zur Görziſchen Verlaſſenſchafft gehörige, Effecten, Pretioſen, Baarſchafften und Documenten, zuſammt der original-Fundation und deſſen à Notario Diel vidimirtes Transſumt, autoritate Cæſarea abfordern, auch zu Herbeyſchaffung des ſämtlichen Vermögens, wo oder in weſſen Händen ſich ſolches immer befinden möge, nach vorkommenden Umſtänden, das nöthige vorkehren, und daſſelbe, prævia Conſignatione, einſtweilen adminiſtriren, auch zum Beſten der Stifftung vor die ſichere verzinsliche Anlegung der Baarſchafften die nöthige Sorge tragen ſolle. Nachdeme ſich nun

b) der Herr Landgraf durch die in n. 11. & 29. der angeſchloſſenen gedruckten Speciei facti gethane Erklärung anheiſchig gemacht habe, der von der Defuncta gehegten Intention in allem die Hand zu bieten, die Stifftung nach dem Teſtament mit allen Erforderniſſen zu begünſtigen, und auch das in fine §. 7. Teſtamenti dem Stifft, auf den Fall einer anderweiten vortheilhafften Niderlaſſung, auf immerhin vorbehaltenen freyen Auszug aus Heſſen keineswegs zu beſchräncken; Ihro Kayſerliche Majeſt. aber es hiebey lediglich bewenden, und in deſſen Betracht geſchehen laſſen wollten, daß die quäſtionirte Stifftung, des dagegen von dem Grafen von Wartensleben gemachten ganz unerheblichen Einwendens und ungegründeten dermaligen Immedietätsgeſuchs ohnerachtet, in Heſſen auf dem a Defuncta beſeſſenen Ritterſize Homberg errichtet würde; als habe Commiſſarius die hierunter juxta Teſtamentum & Statuta, à Cæſare confirmata, allenthalben erforderliche Vorkehrungen zu treffen, und in weiterem Verfolg diſes allerhöchſten Auftrags,

c) das Stifft mit denen in den Anſchlüſſen als Abtiſſin und Stifftsdames angegebenen Perſonen, in ſo ferne ſie ihre à defuncta Teſtatrice prætenſe beſchehene Ernennung behörig dociren können, zu beſezen, oder, Falls ſich hierbey einiger Anſtand ereignen ſollte, darüber des forderſamſten zu Faſſung fernerer Kayſerlichen Reſolution allergehorſamſten Bericht zu erſtatten; ſo dann aber

d) in conformitate Art. 8. A. & B. Statutorum, mit Concurrenz der Abtißin und Stifftsdames, einen qualificirten Directorem zu wählen, vor deſſen Verpflichtung aber ihn Kayſerlicher Majeſt. zur allerhöchſten Approbation, mittelſt allergehorſamſten Berichts, nahmhafft zu machen, und nach deren Erfolg

e) der ſolcher geſtalt errichteten Stifftung die ganze Görziſche Erbſchafftsmaſſam, nebſt Berechnung der immittelſt eingegangenen Revenüen einzulifern.

Gleichwie Sich nun Ihro Kayſerliche Majeſt. zu Ihm allergnädigſt verſehen, er werde ſich diſer zum Beſten einer

milden

milden Stifftung gereichenden, und auf Koſten derſelben, (die er jedoch möglichſt zu erſpahren von ſelbſten bedacht ſeyn werde,) zu bewürckenden allerhöchſten Auftrag nicht nur willig unterziehen, ſondern auch alles, was zu Erreichung diſer allermildeſten Kayſerlichen Intention und von der verſtorbenen von Görz gemachten teſtamentariſchen Diſpoſition dienlich und nothwendig, mit dem erforderlichen Eyfer baldmöglichſt vorkehren; alſo gewärtigten auch Allerhöchſtdieſelbe zu ſeiner Zeit darüber deſſen allergehorſamſten Bericht: Da im übrigen dem Magiſtrat zu Franckfurt unter heutigem dato gegen den Notarium Diel zu Unterſuchung des von ihme bey Vidimirung der in blauen Sammet eingebundenen Copiæ Statutorum begangenen ſtrafbaren facti das nöthige aufgegeben worden; als habe Herr Commiſſarius zu ſolchem Behuf bemeltem Magiſtrat ſothanes Exemplar, nebſt einer vidimirten Abſchrifft des Originals, auf Anmelden, verabfolgen zu laſſen.

3. Cum hujus notificatione reſcribatur dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel: Ihro Kayſerliche Majeſt. hätten, in der gewiſſen Zuverſicht, es werde der Herr Landgraf, in Verfolg ſeiner gethanen verbindlichen Erklärung, der von Görziſchen milden Stifftung in allem die Hände bieten, ſolche mit allen Erforderniſſen begaben, und auch den derſelben in fine §. 7. Teſtamenti, auf den Fall einer anderwärtigen vortheilhafften Niderlaſſung, auf immerhin vorbehaltenen freyen Auszug keineswegs beſchräncken, die Errichtung diſer Stifftung in denen Heßiſchen Landen zu Homberg allergnädigſt geſchehen laſſen, und diſerhalb, vermöge des Allerhöchſtdenenſelben obligenden, und der quäſtionirten Stifftung insbeſondere zugeſicherten, Kayſerlichen Schuzes, zu Errichtung derſelben dem Herrn Fürſten Carl zu Naſſau-Uſingen den allenthalben nöthigen Auftrag ertheilet: Es werde demnach der Herr Landgraf nunmehro zu verfügen wiſſen, daß des benannten Commiſſarii abzuordnender Subdelegatus in die in ſeinen Landen gelegene Görziſche Immobilia ſo fort eingeſezet, ihme

me auch alle zum Görziſchen Nachlaß gehörige Baarſchafften, Obligationen und Effecten, prævia Deſignatione, ausgeantwortet würden; als worüber Kayſerliche Majeſt. zu ſeiner Zeit des Herrn Landgrafen allergehorſamſte Befolgungsanzeige gewärtigten. Wie nun

4. hiedurch beyderſeitige die Errichtung der Stifftung betreffende Petita ihre abhelffliche Maaß erlangen; als hat es dabey lediglich ſein Bewenden. So vil hingegen den punctum imputati Falſi betrifft,

5. Communicentur die Heſſen = Caſſeliſche Exhibita de præſ. 18. Mart. 1765. & 10. Mart. nup. dem Grafen von Wartensleben, um ſich darüber, jedoch allein ſo vil obigen Punct betrifft, in termino duorum menſium vernehmen zu laſſen.

6. Reſcribatur dem Magiſtrat der Kayſerl. Reichs = Statt Franckfurt: Nachdeme der daſige Notarius, Joh. Jac. Diel, bey Vidimirung einer Abſchrifft des ihme von dem Grafen von Wartensleben vorgelegten, von Ihro Kayſerlichen Majeſt. allergnädigſt confirmirten original = Stifftungsbriefs der erſten mit dem Original in vilen Stücken nicht übereinſtimmenden Innhalt als von Wort zu Wort gleichlautend, atteſtiret habe: Allerhöchſt dieſelbe aber das hierunter begangene ſtrafbare Factum von ihm, Magiſtrat, genau unterſuchet wiſſen wollten; als habe derſelbe ſich zuforderiſt um Verabfolgung ſothanen von benanntem Diel vidimirten, in blauen Sammet eingebundenen, Exemplars nebſt einer vidimirten Abſchrifft des Originals, von dem Herrn Fürſten zu Naßau = Uſingen, als dem unter heutigem dato, ſo wie überhaupt wegen Errichtung der Görziſchen Stifftung, alſo auch insbeſondere wegen Extradition diſer Pieçen der nöthige Auftrag geſchehen ſeye, geziemend anzumelden, beyde Stücke ſodann dem Diel ohngeſäumt vorzulegen, ihn darüber ausführlich zu vernehmen, und in alle dabey vorgefallene Umſtände genau zu inquiriren, ſodann aber darüber zu Faſſung fernerer allerhöchſten Kayſerlichen Reſolution baldmöglichſt zu berichten. ꝛc.

Martis

Martis 9. Dec. 1766.

Von Wartensleben, Graf Friderich, contra den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, Dero Miniſterium und Regierung daſelbſt, in pto Mandati, die von Görziſche Stiftung betr. ſive Impetrantiſchen Grafen Friderich Auguſt von Yſenburg-Büdingen und Wächtersbach Anwald von Stieve ſub præſ. 14. Aug. nup. exhibet allerunterthänigſte Vorſtellung ad clem. Concluſum Cæſareum de 17. Jun. a. c. juncto petito hum. pro clem. de ſuper reflectendo. appon. Lit. Hh. & ult. Concl.

Idem ſub præſ. 10. Nov. nov. ſtellet allerunterthänigſt vor und bittet, pro clem. quantocius impertiendo retro petito Decreto ſalvatorio, aut ferenda alia Ordinatione congrua, & deſuper Commiſſioni Cæſareæ reſcribendo. appon. ult. Concl. in duplo. - - -

Nachdeme 1. ſo vil die Hauptſache betrifft, die dem Impetrantiſchen Grafen von Yſenburg von dem Grafen von Wartensleben beſchehene Ceßion keineswegs wegen Abgang einiger zu Uebernehmung des Directorial-Officii erforderlichen Impetrantiſchen perſönlichen Qualitäten, ſondern, nach klarem Innhalt des Concluſi Cæſarei de 17. Jun. nup. allein aus Mangel der dem Grafen von Wartensleben abgehenden Subſtitutions-Befügniß, für ungültig erkläret worden, es auch hierbey ſchlechterdings bewendet; als hat ein- und anderes Impetrantiſches Begehren nicht ſtatt; ſondern es bleibt die Ernennung des Stifftungs-Directoris der dem Kayſerlichen Commiſſario mit Concurrenz der künfftigen Abtiſſin und Stifftsdames, biß auf allerhöchſte Kayſerliche Approbation, aufgetragenen freyen Wahl, von welcher Impetrant keineswegs ausgeſchloſſen worden, nochmals lediglich heimgeſtellt ꝛc.

30. May 1768.

Zu Wartensleben Graf contra den Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel, Dero Miniſterium und Regierung daſelbſt mandati, die von Görziſche Stiftung betr. ſive Impetrantiſcher Anwald Stieve ſub præſ. 5. Febr. anni præt. exhibet

allerunterthänigſt eingelangte Vernehmlaſſung in ſequelam Concluſi clem. de 9. Decembr. 1766. & ſupplicat pro clem. decernenda ejusdem poſitione ad Acta. Cum adj. ſub ſig. ☉. nec non Num. 1. 2. 3. 4. & ult. Concl. in duplo.

Econtra Hochfürſtl. Heſſen = Caſſeliſcher Anwald Hermann ſub præſ. ejusdem menſis & anni edocendo inſinuatum Concluſum, lapſumque termini ſupplicat pro clem. reſponſionem partis adverſæ communicando, aut in contumaciam procedendo. appon. ſig. ☉. & ult. Concluſum.

Idem ſub præſ. 10. Julii dicti anni überreichet allergehorſamſte Befolgungs = Anzeige ad Concluſum de 17. Junii 1766. & ſupplicat pro clem. maturanda ulteriori reſolutione. Cum adj. ſub Lit. A. usque F. incluſive & ult. Concluſo.

Idem ſub præſ. 11. April nuperi übergibt allerunterthänigſte Vorſtellung ſamt Bitte: pro clem. deſuper reflectendo atque ordinationes congruas emittendo. appon. adjuncta ſub num. 1. -- 19. incluſive & ult. Concl. in duplo.

In eadem Johann Jacob Diels Notarii publici Anwald v. Fier ſub præſ. 27. Febr. anni præt. exhibet allerunterthänigſte Anzeige ad Concluſum ſub 10. Junii 1766. emanati membrum 6tum juncta declaratione des wahren Verlaufes der den 8. Oct. 1763. gehaltenen vidimation der Görziſchen Stiftungs = Statuten halber nec non cum recurſu ad gratiam ſamt Bitte: pro clem. nunc decernenda relaxatione arreſti impertiendoque abſolutorio. appon. Concluſum in duplo.

Idem ſub præſ. 20. Julii ejusdem anni übergiebt allerunterthänigſte inhæſions = Anzeige ad Exhibitum de præſent. 27. Februarii dicti anni ſamt Bitte: pro clem. nunc relaxando arreſto. in duplo.

Idem ſub præſ. eodem legitimando ſe ad acta ſupplicat propoſitione ad acta. Cum adjuncto ſub Lit. A.

Idem ſub præſ. 11. Auguſti dicti anni übergibt allerunterthänigſte Anzeige ſamt Bitte: pro clem. non tantum relaxando arreſto, ſed etiam decernendo Reſcripto abſolutorio in duplo. &c.

Die

Die zwiſchen der Abtißin und den Capitularinnen des Stiffts Fiſchbeck obgewaltete Streitigkeiten über die Gränzen der beyderſeitigen Befügniſſe wurden von dem Heſſen-Caſſeliſchen Ober-Appellationsgericht alſo entſchiden, daß die Abtißin in Ausübung der meiſten Rechte an die Miteinwilligung des Capituls gebunden ward (1).

Anno 1772. meldeten die öffentliche Nachrichten aus Nider-Oeſterreich: Zu leichterer Beybring- und geſchwinderer Prüfung der zum Eintritt in die K. K. Damenſtiffter in Prag und zu Innsbrug zu machenden Maltheſermäßigen Geſchlechtsproben, haben Ihro K. K. A. Majeſt. geruhet, durch ein am 14ten paſſ. erlaſſenes allergnädigſtes Hofdecret zu eröfnen, daß bey den jeweiligen Eheverlöbniſſen der Cavaliers und Damen, in den errichtenden Heuraths-Contracten, die Tauf- und Zunamen der beyderſeitigen Eltern ſowohl von Seiten des Bräutigams, als der Braut, jedesmal ordentlich ausgedrucket werden ſollen.

Wien, vom 18. Auguſt. Die verſtorbene Fürſtin Emanuela von Savoyen hat ein Stift verordnet von 20. Canoniſſinnen, welche aus den vornehmſten Familien der Oeſtreichiſchen Erblande genommen werden ſollen, deren jede jährlich 650. fl., Quartier, Caroſſe und Bedienten erhält. Die verwittibte Gräfin Giannini, gebohrne Fürſtin von Darmſtadt, wird Superiorin und führet den Titel einer Reichsfürſtin. Der Kayſerin Königin Majeſtät wählen aus 60. Fräulein die der Fürſt Franz als Haupterbe benennet, 20 aus, und die Stifftung ſoll auf den nächſten Thereſientag eröffnet werden.

Wien, vom 17. October. Der 14te diſes war es, welche Ihro K. K. Majeſt. zur feyerlichen Einweyhung des in allerhöchſt Dero Landesfürſtlichen Schuz genommenen Herzoglich Savoyſchen adelichen weltlichen Fräuleinſtifts zu beſtimmen geruhet haben. Diſe Stiftung iſt ein Werck der im heurigen Jahre allhier verſtorbenen hochſeligen Herzogin Maria Thereſia, gebohrner Prinzeßin von Lichtenſtein, des Prinzen Thomas Emanuel von Savoyen, Grafen von Soiſſons, Wittwe.

Sie

(1) H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 514.

Sie iſt auf 20. Dames gegründet, welche von bewährtem Adel abſtammen müſſen, und aus diſem Stiffte ihre Ausſtattung empfangen. Die Oberin iſt allemal von Fürſtlichem Range; und der regierende Fürſt im Hauſe Lichtenſtein iſt Patron des Stifftes.

Die Stifftungsacta des frey = adelichen **Truchſeß = von Wezhauſiſchen** Fräuleinſtiffts zu Waizenbach in Francken ſeynd an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

Von allerley Evangeliſchen Frauenſtifftern in denen Reichsſtätten **Franckfurt, Goslar** und **Ulm** ſehe man anderwärts (2).

§. 30.

Clöſter, ꝛc. Auch in Evangeliſchen Landen in Teutſchland gibt es noch hin und her Clöſter; welche aber von verſchidenen Gattungen ſeynd.

Einige haben nicht nur einen Prälaten, ſondern auch Conventualen, z. E. im **Magdeburgiſchen, Br. Wolffenbütteliſchen** ꝛc.

Anderwärts hingegen iſt zwar ein Prälat vorhanden, aber kein Convent, z. E. in **Würtemberg**; hingegen finden ſich in 4. derſelben in jedem 25. junge Leute, welche auf des Kirchenguts Koſten erhalten werden, der Theologie gewidmet ſeynd, und durch 2. Cloſters=Profeſſoren unterwiſen werden.

Von denen Rechten des Prälatenſtandes im **Br. Wolfenbütteliſchen**, heißt es in den daſigen Landesprivilegien von 1770.

„ Art. 48. = = Wird, in Anſehung der Curiæ Prælatorum, = = die derſelben, auf ihr unterthänigſtes Anſuchen, um Nachricht von dem Vermögen ihrer Clöſter zu haben, auf dem vorgeweſenen Landtage zugeſtandene Gegenwart bey Abnahme der Cloſterrechnungen hiemit beſtättiget.

Art. 49. Wie den Prälaten alle Verſez= und Veräuſſerung der Cloſtergüter ohne des Landesherrn Conſens durch die bekann=

(1) in der vermiſcht. Nachricht. von R. Ritterſch. Sachen, S. 497. u. f.

(2) im Tr. von der R. Stätte Regim. Verfaſſ. S. 532. u. f.

bekannte Conſtitutionen verboten iſt; alſo wollen der gn. Landesherr von demjenigen, was ſolcherhalb in der Fürſtl. Cloſterordnung diſponiret worden, ohne wichtige Urſache nicht abgehen, und die Cloſtergüter ferner zur Ehre GOttes und zu dem beſtimmten Gebrauch anwenden laſſen.

Art. 50. Der Prälatenſtand, und übrige dazu gehörige Perſonen, ſind, gegen die unterthänigſt verwilligte Taxam, frey vom Scheffelſchaz, Zehntſchaz, und Schafſchaz, ſo vil ihr eigen Vieh betrifft, biß auf das vierte Haupt von den Schafen, welches ſie, gleich denen von Adel, verſchazen müſſen, ingleichen von der Wein- und Bier-Acciſe innländiſchen und fremden Biers, nicht weniger auf gewiſſe Maaſſe von der Bierſteuer, und ſoll ohne neue Verwilligung mit keinen weitern Oneribus beleget werden.

Art. 51. Den eingeſeſſenen Prälaten ſoll die hergebrachte Zollfreyheit von allem demjenigen, was ſie zu ihrer eigenen Haushaltung und Gebäuden benöthiget ſind, fernerhin unweigerlich gegönnet werden. u. ſ. w. "

Von denen Evangeliſchen Frauenſtifftern habe ich ſchon geredet.

In vilen Evangeliſchen Landen finden ſich auch Catholiſche Clöſter; davon aber der **Tr. von der Landeshoheit im Geiſtlichen** nachzuſehen iſt.

Bey denen Catholiſchen in Teutſchland hat man faſt alle in der Chriſtenheit bekannte Mönchs- und Nonnen-Orden.

Von Wahlſachen der mittelbaren Clöſter will ich nur ſo vil melden.

Von **Bayern** berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Bey mittelbaren Abteyen und Prälaturen in Bayern wird der Wahltag nicht à Capitulo, ſondern von der Landesherrſchafft und dem Ordinariat ſelbſt beſtimmt, welche ſich vi Concord. de An. 1583. §. 2. auf die an beeden Orten beſchehene Todfalls-Notification darüber mit einander vergleichen, ſo fort in termino convento ihre beederſeitige Commiſſarios

(1) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, S. 2046.

ſarios zur Wahl abſchicken. Bey exemten Orden ſchlägt der à Generali denominirte Wahl-Præſes drey Täg vor, woraus der hieſige geiſtliche Rath einen erwählt. Dem Ordinariat wird zwar der Wahltag ab Exemtis intimirt, pflegt aber von Demſelben nicht beſchicket zu werden, damit die Abgeordnete mit dem Wahl-Præſide, welcher nicht nur nomine Ord nis, ſondern auch ex poteſtate pontificia delegata dabey erſcheint, nicht in das Gedräng kommen. Dann was auf diſen Fall zwiſchen Chur-Bayern und Freyſing per Receſſum von Anno 1723. §. 10. abgeredet worden, iſt nicht ad effectum gekommen. All diſes wird auch bey den Oberpfälziſchen Prälaturen und Abteyen von Alters her ſo beobachtet. Das Cloſter heil. Creuz zu Donauwörth hat ſich zwar von obiger Cumulativa zwiſchen der geiſtlich- und weltlichen Obrigkeit zu eximiren geſucht: Das Churhaus iſt aber in Poſſeſſione. Die einzige Wahl von der Abtißin auf dem Cloſter Anger allhier wird nicht cumulative, ſondern nur unter der Direction des Franciſcaner-Provincialen, (weil das Cloſter ejusdem Ordinis iſt,) privative vorgenommen. Prioratswahlen gehen ebenfalls nur durch die Geiſtlichkeit allein; und noch vil weniger concurriret die Landesherrſchafft bey der Beſtellung jener Cloſter-Obern, welche nicht durch die Wahl erſezt, ſondern nur von den Ordensgeneralen oder Definitoren denominiret werden; z. E. die Provincialen und Rectores bey Jeſuiten, Guardiani und andere Superioren bey Franciſcanern, Capucinern, Carmeliten, Auguſtinern, und dergleichen Orden mehr."

Ferner kan, vermög der Concordaten von 1583. Art. 2. bey Prälaten-Wahlen auch auf Churfürſtliche Commiſſarien compromittiret werden: Selbige müſſen aber ſolchen Falles geiſtlichen Standes ſeyn (1).

An unten (2) angezeigtem Ort findet ſich des P. Ildephons RUEDOERFERS „Zuverläßige Nachricht von den alten Erbhofbeamten des Bayriſchen (landſäßigen Benedictiner-)

(1) F. von KREITTMAYR S. 2048.

(2) in der Abhandl. der Baier. Akad. der Wiſſenſch. 2. Theil, 4. S. 85. f. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 3. Band, S. 77.

ner=) Cloſters Rot am Inn. “ Ebendergleichen Erbbeamte haben auch die Clöſter Benedictbeuern und Tegernſee gehabt; Deren Wiederbeſezung aber iſt dem Cloſter Rot um das Jahr 1570. von dem Hof unterſagt worden.

Vile Orden haben hin und her das Recht der Landſtandſchafft; andere hingegen nicht, z. E. die Bettelorden, die Dominicaner, Caſetaner, Theatiner, barmherzige Brüder, die meiſte Nonnenclöſter, u. ſ. w. Bey vilen iſt die Urſach davon, weil ſie keine Stätte, Flecken, Dörffer, u. d. beſizen, davon ſie zu dem Land ſteuerten.

In Bayern (1) ſeynd die Clöſter ſehr unterſchiden: Die, ſo zu dem Prälatenſtand gehören, genieſſen alle Rechte des Adels; andere hingegen, beſonders in den Stätten und Bannmärckten, aber beſizen ſolche nur alsdann, wann ſie beſondere Gnadenbriefe darüber erhalten.

Die Prälaten (2) machen einen gefreyten Landſtand aus; und wird die Univerſität Ingolſtatt, wegen des demſelben incorporirten Cloſters Schamhaupten auch darzu gerechnet.

Die beſondere Rechte der Prälaten beſtehen darinn: 1. Sie ſeynd Canzleyſäßig; jedoch bloß diejenige, welche die Landſtandſchafft beſizen; 2. ſie haben in allen ihren Dörfern, Stätten und Hofmarchen, die nidere Gerichtbarkeit, wie der Adel; welche auch der Ingolſtattiſchen Univerſität in einem gewiſſen Bezirck beygeleget iſt; 3. ſie können ihre Bauren, ſo gar diejenige, welche in denen Landesherrlichen Pflegämtern wohnen, wegen verweigerter Dienſte und Zinſe auspfänden: Jedoch kommt auch diſes Privilegium bloß ſolchen Geiſtlichen zu, welche würckliche Landſtände ſind; 4. in Anſehung der Hofmarchsgerechtigkeit und der Jagden genieſſen ſie mit dem befreyten Adel einerley Rechte.

Daß und wie auch Ordensleute in gewiſſen Fällen von der weltlichen Obrigkeit in Teutſchland beſtrafet werden, belehret diſes Beyſpil:

(1) Aus PRUGGER de Privil. Stat. Bavar. H. von SELCHOW in der juriſt. Bibl. 1. Band, S. 680.

(2) Aus PRUGGER H. von Selchow l. c. S. 680.

In Sachen: Coſtanz, das Cloſter Reichenau betreffend, reſolvirte der Reichs-Hofrath An. 1758. 25. Aug.

„ 1. Ponantur Literæ humilimæ des Herrn Biſchoffen zu Coſtanz, cum adjunctis notis aff- & refixionis der wider den P. Meinrad Meichelbeck ergangenen Kayſerlichen Edictal-citation, ad Acta.

2. Wird ernanntem P. Meinrad Meichelbeck, nachdem derſelbe, auf die ergangene und gehörend verkündete, Edictal-citation, weder in Perſon erſchienen, noch über ſein, ſo wohl Reichsconſtitutions-widriges, als auch gegen den Kayſerlicher Maj. allerunterthänigſt ſchuldigen Reſpect anſtößiges, Betragen ſich geziemend verantwortet, nunmehro, comminirter maſſen, und in contumaciam, hiermit der Kayſerliche und Reichs-Schuz aufgekündet, und derſelbe deſſen vollkommen verluſtig erkläret.

3. Cum incluſione hujus Concluſi in Originali, reſcribatur dem Herrn Biſchoffen und Fürſten zu Coſtanz: Aus dem Anſchluſſe habe Derſelbe des mehreren zu erſehen, was maſſen dem P. Meinrado Meichelbeck nunmehro der Kayſerliche und Reichs-Schuz aufgekündiget, und er deſſen verluſtig erkläret worden: Kayſerl. Majeſt. wollten dahero dem Herrn Fürſten hiemit allergnädigſt aufgetragen haben, diſe Schuz-aufkündigung nicht allein in ſeinem Biß- und Fürſtenthum zu Jedermanns Wiſſenſchafft gehörend verkünden zu laſſen, ſondern auch autoritate Commiſſionis Cæſareæ dahin inſonderheit die Anſtaltung zu machen, damit ermeldter P. Meichelbeck, ſo fern er ſich etwa in daſigen oder andern benachbarten Orten vorfinden laſſen ſollte, gefänglich angehalten, und an ihn, Hrn. Biſchoffen, zu weiterer Kayſerlichen Verfügung, ausgeliefert werden möge. “

Wie ferne einem Landesherrn oder Andern erlaubt ſeye, Orden abzuändern, oder an eines erloſchenen Ordens ſtatt einen andern aufzunehmen? u. ſ. w. ſiehe anderwärts (1).

Von

(1) im Tr. von der T. Relig. Verfaß. S. 694. u. f. wie auch im Tr. von der Landeshoh. im Geiſtl. S. 285.

Von Streitigkeiten zwiſchen Catholiſchen geiſt- oder weltlichen Landesherrn und ihren landſäßigen Clöſtern will ich folgende Beyſpile bemercken:

17. Aug. 1652.

Zu Langheim Abt Mauritius ſamt Prior und Convent daſelbſten, contra den Herrn Biſchoffen zu Bamberg in dreyen unterſchiedlichen Memorialien ſub pr. 5. 12 und 17. hujus, berichten, was geſtalt bemeltes Cloſter, ſo vor 500. Jahren geſtifft mit vilen anſehnlichen Päbſtl. Kayſerl. und Fürſtl. Bambergiſchen Privilegien verſehen, welche auch von jeztregierender Kayſerl. Mayeſt. unlängſt confirmirt, deren ſie ſich billiger zu beheben und zu gaudiren, deren aber aller ungeachtet und denen ſchnurſtracks zuwider wolle der jezige Herr Biſchoff zu Bamberg ſie mit unterſchidlich ungewöhnlichen Steuren, Servitien und andern in memoriali bemelten Beſchwerniſſen ganz widerrechtlich und ohnerachtet ihme die privilegia communirt worden, belegen. Zu deren Behauptung Se. Fürſtl. Gnaden ihne Prälaten auch zum drittenmahl nacher Bamberg citirt, um der Nit-Erſcheinung willen aber Er Abt ſich billig entſchuldiget. Warumb er Herr Biſchof zugefahren und mit 100. Mann in das Cloſter eingefallen, in Meynung, ihn Prälaten beym Kopf zu nehmen und nacher Bamberg zu führen. Derentwegen er dann auch verurſacht, ſich anhero an Ihr Kayſerl. Mayeſt. Hof um mehreres Schuzes willen zu verfügen, worüber mehrgedachter Herr Biſchof noch weiter gangen und die Conventuales zur Pflichtleiſtung angehalten, auch die Diener und Unterthanen, denen er eben das zugemuthet, ſo es nit leiſten wollen, ins Gefängnis geworfen, Keller und Käſten durch ſeine Commiſſarios aufſchlagen und alſo ſein Convent der nothwendigen Unterhaltung privirn laſſen. Weilen aber dergl. procedere nit allein wider alle Rechten, ſondern auch obgedachten ihren privilegiis exemptionis è diametro zuwider; Als bitten ſie, ſie bey mehrernannten privilegien nit allein zu manuteniren und zu erhalten, ſondern auch ihn Prälaten und ſein Convent mit einem Kayſerl. protectorio zu verſehen, und da der Herr Biſchoff von Bamberg einigen Spruch wider ſie zu haben vermeine, ſolches apud Judicem competentem, als bey Ihr

Kayſerl. Mayeſt. oder dero Reichs-Hofmeiſtern auszuführen, und immittelſt ihne Prälaten unturbirt zu laſſen, und zu Liberirung der Gefängnis und reſtituirung der abgenommenen Einkommen und Lebensmittel mandatum pœnale zu ertheilen. Apponunt in primo & ſecundo, numeros 1. usque 20. incl. & Tertio Lit. A.

Econtra der Herr Biſchoff zu Bamberg in duobus memorialibus ſub pr. 8. & 17. hujus, in ſuum præjudicium, in diſer Sachen nichts zu ſtatuiren, ſondern, was einkommen, ihm zu communiciren.

Communicentur die einkommene Klagen dem Herrn Biſchoffen zu Bamberg mit diſem fernern Anhang und Befelch, daß der Herr Biſchof ſich gleichwohl ſeiner Jurium gegen dem Cloſter alſo gebrauche, damit das Cloſter nit in Ruin noch der Gottesdienſt in Untergang gerathe, und weilen durch die alldort anweſende Soldaten nichts anders, als eben diſes zu beſorgen, als ſolle er vor allen Dingen die Soldaten, welche ohne das ſelbiger Orten ganz ohnnöthig, und er Herr Biſchoff des Cloſters jederzeit mächtig ſeyn könne, abfordern, die Religioſen auch unperturbirter den Gottesdienſt verrichten und ſich ihrer Diener frey gebrauchen auch alle vorhandene Wein und Früchten und andere Einkommen ruhiglich genieſſen damit auch das Convent nit ohne Haupt in der bisher gehaltener geiſtlicher Diſciplin und alſo die Ehr GOttes verhindert werde, wellte er Herr Biſchof den Prälaten bis zu ihrer Kayſerl. Mayeſt. fernerer gnädigſter reſolution frey und ſicher bey ſeinem Gotteshaus verbleiben laſſen; Hingegen aber Abt und Convent ihre bisher geleiſtete Schuldigkeit ferner continuiren ſollen.

13. May 1653.

Fiſcalis Imperialis Aulicus contra Abbatem *S. Laurentii* Ordinis Benedict. prope Leodium de præſ. 2. hujus, exponit, quod dictus Abbas in præjudicium D. Electoris Colonienſis qua Epiſcopi *Leodienſis* à Sua Cæſ. Majeſtate feudi titulo obtentorum regalium quasdam perſonas mere Laicas conjugatas opificia & mercimonia publice exercentes

tes habitu & tonſura clericali non utentes via facti exemptas declarare & ſuſtinere præſumat, in parato in exactores fulmine excommunicationis. Petit itaque eidem ſub pœna amiſſionis immunitatum & privilegiorum Imperialium inhibere cum expenſis & damnis.

Fiat citatio ad videndum declarari &c.

Von denen Streitigkeiten zwiſchen den Hochſtifftern **Bamberg** und **Würzburg** mit verſchidenen Clöſtern, als **Ebrach**, **Mönchsberg** ob Bamberg, **Banz**, **Langheim**, **Comburg**, **Neuſtatt**, ꝛc. theils wegen der affectirten Reichsunmittelbarkeit, theils wegen anderer Sachen, ſehe man die unten (1) angezeigte Stellen nach.

Lunæ 31. Mart. 1738.

Ettenheimmünſter contra das Stifft Straßburg, Mandati &c.

- - 2. Communicentur eidem (dem Abten,) - - Partis impetratæ Exhibita, - - mit dem Anhang: Daß, gleichwie das erlangte Kayſerliche Mandatum denſelben von des Herrn Impetrati, Biſchoffen zu Straßburg, Landesfürſtlicher hoher Obrigkeit nicht eximiret; er alſo demſelben noch forthin in allem ohnveränderlich, wie vor ergangenem Mandat, (ſo lang nicht andere Kayſerliche rechtliche Erkenntniß erfolget,) gebührende Parition zu leiſten habe (2).

Von Streitigkeiten zwiſchen Evangeliſchen Landesherrn und ihren Catholiſchen Clöſtern ſeynd vornemlich die zwiſchen **Naßau-Saarbrücken** und dem Cloſter **Wadgaſſen** bekannt (3).

§. 31.

Hieher gehöret auch die ehemalige berühmte Societät derer Jeſuiten. Jeſuiten.

Von

(1) Mein T. Staatsarch. 1751. 8. Theil, S. 22. u. f. Mein Tr. von den T. Reichsſtänden ꝛc. S. 1477. u. f. Mein R. Staatshandb. 2. Theil, S. 266 268.

(2) add. meine Reichs-Fama, 15. Theil, S. 103. 19. Theil, S. 418.

(3) ſ. den Tr. von der Landeshoh. im Geiſtl. S. 502. u. f.

Von derſelbigen nicht uneingeſchränckt erlaubt geweſenen Annahm iſt im *Inſtr. Pac. Oſn. art.* 5. §. 26. nachzuſchlagen.

So hat es auch an verſchidenen Orten darum ihretwegen Streit gegeben, weil in dem Entſcheidjahr keine allda vorhanden waren.

In **Bayern** gehörten ſie zu dem Prälaten-Stand: Ob ſie auch anderwärts das Recht der Landſtandſchafft haben, weiß ich nicht; wohl aber, daß ſie hier und da ganze Herrſchafften beſaſſen.

Mehreres, beſonders auch wegen Aufhebung diſes Ordens, ſehe man in denen oben angezeigten Schrifften.

§. 32.

Rang. Nun will ich noch einige Anmerckungen über beſondere den geiſtlichen Stand betreffende Materien beyfügen.

Ueberhaupt kan man ſo vil ſagen, daß ordentlicher Weiſe allgemeinen Reichs-Herkommens ſeye, daß bey allen Religions-Verwandten die Geiſtliche vor denen ihnen ungefähr am Stande gleichen Weltlichen den Rang und Vorgang genieſſen.

Unter denen neueſten **Würtembergiſchen** Landes-Beſchwerden ware auch diſe mit: Daß durch eine Herzogliche Verordnung, gegen das alte Herkommen, denen Oberamtleuten der Rang vor denen Special-Superintendenten beygeleget worden ſeye:

Und in dem An. 1770. getroffenen Vergleich wurde **Claß** 2. §. 26. beliebt: „Was wegen des den Oberamtleuten vor denen Special-Superintendenten neuerlich zugeſtandenen Rangs von Sr. Herzogl. Durchl. verfügt worden, deßhalber werden Höchſt-Dieſelbe gnädigſt zu verordnen geruhen, daß, ſo offt ein neuer Ober-Amtmann geſezt werden wird, ermeldten Special-Superintendenten der Vorrang, wie ehedem, hinwieder geſtattet und auf beſtändig eingeraumet werde.“

§. 33.

Gnadenzeichen. Hin und her haben die Landesherrn gewiſſen geiſtlichen Perſonen ein beſonderes Gnadenzeichen beygelegt, wodurch ſie von Andern auf eine vorzügliche Weiſe unterſchiden werden.

Von

Von Chur-Sachſen erhielte das Domcapitul zu Merſeburg einen beſonderen Orden für die neun erſte Domherrn.

Ferner hat der König in Preuſſen ſeit wenigen Jahren die Mitglidere viler in ſeinen Landen befindlichen Dom- und anderer Capitel mit allerley Gnadenzeichen, die ſie auf ihrer Kleidung tragen, und wodurch ihr geiſtlicher Stand bezeichnet wird, begabet; davon in dem 2ten Theil des jährlichen Franckfurtiſchen genealogiſchen Handbuchs ein mehreres anzutreffen iſt.

§. 34.

Die Evangeliſche Geiſtliche, Lutheriſch- und Reformirten Theils, ſtehen alle in perſonal- und real-Sachen unter ihrem weltlichen Landesherrn und deſſen weltlichen höheren Collegiis, in Amts- und dergleichen Sachen aber meiſtens unter denen Landesherrlichen geiſtlichen Collegiis oder Gerichten. Gerichtsſtand.

Bey denen Catholiſchen hingegen ſtehen alle zum geiſtlichen Stand gehörige Perſonen in Amts- und anderen perſönlichen Sachen keineswegs unter dem Landesherrn, ſondern unter ihrer geiſtlichen Obrigkeit, reſp. dem Pabſt und deſſen Nunciis, denen Erz- und Biſchöffen, und deren geiſtlichen Gerichten, dem Ordens-Generalen oder Vicario, u. ſ. w.

Nur ſeit kurzer Zeit her nimmt ſich jezuweilen ein- und anderer Catholiſcher Herr ein mehreres auch darinn heraus, als biß hieher üblich ware, und nach denen gemeinen Lehrſäzen der Catholiſchen Kirche verantwortlich ſeyn dörffte; davon z. E. das, was der Churfürſt in Bayern An. 1769. mit einer eingeſperrten Nonne in München hat vornehmen laſſen, zum Beyſpil dienen kan.

In Bayern (1) ſtehen die Prälaten in dem Münchiſchen Rentamt unter dem Hofrath, in denen übrigen dreyen aber unter den Regierungen.

Von dem Collegiatſtifft U. L. F. zu München berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (2): Die Canonici ſtehen in

(1) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 187. S. 430.
(2) ad Cod. civ. Bavar. 5. Theil, 19. Cap. §. 11. S. 2001.

in der erſten Inſtanz unter dem ganzen Capitel: Wegen der zweyten aber ſeye mit dem Ordinariat Freyſingen durch den Receß von 1723. §. 26. verglichen worden: „Dafern von der Collegiata B. V. einige Appellationen in cauſa Hæreditatum, und andern geiſtlichen Sachen, gleich es nach Freyſing nicht geſchehen iſt, auch anderwärtshin nicht vorgenommen worden, hat es dabey ſein Bewenden; und hat man Chur-Bayriſcher Seits kein Bedencken, daß dißfalls die behörige Inſtantien pro qualitate cauſarum, wie ſelbe ſich ereignen möchten, angegangen werden.“

Mehreres ſehe man in meinem Tr. von der Teutſchen Juſtizverfaſſ. 1. Buch, 4. Cap.

§. 35.

Erbrecht ꝛc.

Bey denen Evangeliſchen ſeynd die Geiſtliche aller Erbſchafften und Legaten, aus Teſtamenten und ab inteſtato, ohne allen Anſtand fähig.

Bey denen Catholiſchen hingegen iſt ein groſſer Unterſchid zwiſchen denen Weltgeiſtlichen und Religioſen: Jene ſeynd, wo ſie nicht durch Landesgeſeze, perſonelle Verzichte ꝛc. ausgeſchloſſen werden, derer Erbſchafften und Legaten fähig; diſe hingegen für ihre Perſonen nicht: Ob und wie ferne aber das Cloſter, darinn ſie ſich befinden, an ihre Stelle eintretten könne? kommt auf die Landesverfaſſung an.

Von der Erbfolge derer Geiſtlichen in Anſehung derer Stock- und Stammgüter, im Jülch und Bergiſchen iſt in einer im Jahr 1750. gedruckten Deduction gehandelt worden (1).

Ob und wie ferne insbeſondere die Geiſtliche fähig ſeyen, in Teutſchen unmittelbaren Landen zu ſuccediren? davon iſt das Teutſche Familien-Staatsrecht nachzuſehen.

Anno 1771. wurde von der Kayſerin-Königin verboten, daß alle welt- und Ordensgeiſtliche zu allen Zeiten, auch in caſu ſummæ neceſſitatis, bey ſchwereſter Ahndung, ſich nicht zu Verfertigung der Teſtamenten bey Krancken gebrauchen laſſen ſollen (2).

§. 36.

(1) ſ. mein Staatsarchiv, 1751. 2. Theil, S. 127.
(2) ſ. Wiener Realzeitung, 1771. S. 668.

§. 36.

Ob, und allenfalls wie ferne, ein Landesherr, der die Landeshoheit über ein ihme unterwürffiges geiſtliches Corpus Jemand andern überlaſſen will, deſſen Miteinwilligung darzu vonnöthen habe oder nicht? läſſet ſich nichts beſonderes ſagen, ſondern es kommt überhaupt darauf an: Ob, und allenfalls wie ferne, ein Landesherr hierzu in Anſehung ſeiner Unterthanen befugt ſeye, oder nicht? Ceßion der Landesherrſchafft.

Als der Fürſt zu Naßau-Saarbrücken das Prämonſtratenſer-Cloſter Wadgaſſen Tauſchweiſe an Franckreich überlaſſen wollte, verlangte und erhielte er ausdrücklich des Cloſters Einwilligung darzu (1).

Hingegen wurden z. E. die Hildesheimiſche, Brem- und Verdiſch- auch Pommeriſche Capitul, Stiffter und Clöſter ꝛc. nicht darüber befragt, als auch ihretwegen reſp. zwiſchen Hildesheim und Braunſchweig, wie auch Schweden, ſo dann Chur-Braunſchweig und Preuſſen ꝛc. Tractaten geſchloſſen wurden, wodurch ſie von einem Landesherrn unter den andern kamen.

* *

Zweytes Capitel.

Von geiſtlichen- oder Kirchen-Gütern.

Innhalt.

§. 1. Vorerinnerung. §. 2. Viles remiſſive. §. 3. Von den Evangeliſchen überhaupt. §. 4. Von den Catholiſchen überhaupt. §. 5. Capituls-Güter. §. 6. Prälaturen-Güter. §. 7. Cloſters-Güter. §. 8. Güter-Erwerbung. §. 9. Lehen. §. 10. Gerichtsſtand. §. 11. Rechte in Anſehung der Güter. §. 12. Pflichten in Anſehung derſelbigen. §. 13. Steuern

(1) ſ. Neueſt. Staatsacta, 2. Theil, S. 125. 176. 177.

Steuern ꝛc. §. 14. Andere Beſchwerden. §. 15. Gränzſachen. §. 16. Citirung der Unterthanen.

§. 1.

Vorerinnerung.

Was von denen Kirchengütern überhaupt, nach denen Grundſäzen ſo wohl des Evangeliſchen als Päbſtlichen Kirchenrechts, zu ſagen wäre, wird hier vorausgeſezt; indeme allhier die Rede nur von deme iſt, was in Teutſchland Rechtens ſeye; und zwar nach denen verſchidenen Landesverfaſſungen.

§. 2.

Viles remiſſive.

Ich habe aber nicht nur in dem Tr. von der Reichsſtände Landen ꝛc. (1) bereits überhaupt von denen geiſtlichen oder Kirchengütern, deren Unterſchid, wie auch ihrer Vergebung zu Lehen, gehandelt, ſondern auch in dem Tr. von der Landeshoheit im geiſtlichen, das meiſte davon, ſo weit es meinem Zweck gemäß iſt, ſo wohl in Rückſicht auf die Evangeliſche, als Catholiſche, erſchöpft; dahero ich ſolches billig nicht wiederhohle.

Ingleichem iſt allhier nur die Rede von denen geiſtlichen Gütern forderiſt überhaupt, ſo dann ins beſondere in Rückſicht auf den Landesherrn, die Landſtände, u. ſ. w.

Von denen Gerechtſamen derer geiſtlichen Güter-Beſizere in Anſehung ihrer Unterthanen aber iſt unten im 4ten Buch nachzuſehen.

§. 3.

Von den Evangeliſchen überhaupt.

Da es bey denen Evangeliſchen ſeit denen Zeiten der Reformation mit dem geiſtlichen oder Kirchengut gar ſehr verſchiden gehalten worden iſt; ſo kommt es darinn ſchlechterdings auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

Eine kurze, doch gründliche und ſyſtematiſche, Nachricht von dem geiſtlichen Gut in dem Herzogthum Würtemberg habe ich anderwärts (2) mitgetheilt, und gezeigt: 1. Wie es vor der Reformation damit geſtanden ſeye? 2. Wie hernach? 3. Ob durch

(1) S. 128. 204. 240.
(2) in meinen neueſt. kleinen Staatsſchrifft. S. 197.

durch den Osnabrückiſchen Friden eine Veränderung vorgegangen ſeye? und 4. wie die Sache nach denen Religions-Reverſalien, ſo von denen Herrn Herzogen, die ſich zur Catholiſchen Religion bekennen, ausgeſtellet worden ſeynd, anzuſehen ſeye? Bey jedem diſer Zeitläuffte aber habe ich ins beſondere unterſucht: 1. Was für Gattungen von geiſtlichen oder Kirchengütern in Würtemberg vorhanden geweſen ſeyen? 2. Worinn der Fundus beſtanden ſeye? 3. Wem das Eigenthum zugehöret habe? 4. Wer ſie verwaltet? 5. Worzu ſie verwendet worden? 6. Wer die Oberaufſicht darüber gehabt? 7. Wie es um die clöſterliche und anderer Geiſtlichen Unterthanen geſtanden ſeye? ſo dann 8. was die Landſchafft, oder die Landſtände, des Herzogthums Würtemberg bey allem diſem für Gerechtſame hergebracht habe?

Herr Ober-Conſiſtorialrath BüSCHING hat (1) das wichtigſte daraus kurz wiederhohlt.

Hätten wir, ohngefähr nach diſem Plan, Abhandlungen von allen Evangeliſchen Landen in Teutſchland; ſo beſäſſen wir auch ein hinlängliches teutſches Evangeliſches real-Staats-Kirchenrecht: Aber dergleichen zu lifern iſt nicht eines einigen Mannes Arbeit.

§. 4.

Von den Catholiſchen überhaupt.

Bey denen Catholiſchen kommen diſe Sachen nicht nur weit öffter vor, als bey denen Evangeliſchen, ſondern ſie ſeynd auch von ſo gröſſerer Wichtigkeit, je gröſſer die Anzahl derer mittelbaren Erzbiſchöffe, Biſchöffe, Stiffter, Clöſter, Orden, u. ſ. w. und der von denenſelben beſizenden geiſt- und weltlichen Stifftungs- u. anderer Güter iſt: Man hat aber dennoch von denenſelbigen ſehr weniges im Druck; u. auch diſes iſt meiſtens entweder allzugeneral, oder weder vollſtändig noch unpartheyiſch.

§. 5.

Capituls-Güter.

Capituls-Güter ſeynd diejenige Güter und Gefälle, deren Einkünffte zur Unterhaltung derer Capularen und Capitulsbedienten gewidmet ſeynd, welche mithin das Capitul auch verwaltet, und den Genuß ſich ſelbſten zueignet.

(1) in ſeiner Erdbeſchr. 3. Theil, 2. Band, p. m. 1472. (Aufl. 1771.)

Allerley von dergleichen findet man in Herrn D. BÜSCHINGS Erdbeſchreibung 3tem Theil, hin und her.

§. 6.

Prälaturen - Güter. Wie ferner bey jedem Erz- und Hochſtifft ſich auch in dem Capitul gewiſſe Prälaten befinden, als nemlich der Domprobſt, Domdechant ꝛc. ſo gibt es auch hin und her eigene Güter und Gefälle, welche einem oder anderem ſolcher Prälaten der Nuznieſſung, auch Gerichtbarkeit, nach, allein zuſtehen. Z. E.

Zu Coſtanz hat der Domprobſt die unmittelbare Herrſchafft Conzenberg zu genieſſen.

Zu Hildesheim ſtehet die Neuſtatt Hildesheim ebenfalls unter der Domprobſtey.

§. 7.

Cloſters-güter. Der Clöſter, welche, nach ihres Ordens Verfaſſung ligende Güter beſizen dörffen, würcklich innhabende ſolcherley Güter ſeynd in Anſehung ihrer weltlichen Verfaſſung ſo mancherley, daß ich mich hier nicht darauf einlaſſen kan.

§. 8.

Gütererwerbung. Ob und wie ferne bey denen Catholiſchen die Geiſtliche fähig ſeyen, weltliche Güter von neuem zu erwerben und zu beſizen, oder nicht? davon iſt der Tr. von der Landeshoheit im Geiſtlichen nachzuſehen.

Bey denen Evangeliſchen hingegen hat es an und für ſich keinen Anſtand, daß ſie unbewegliche bürgerliche Güter von allen Arten erwerben und beſizen können.

§. 9.

Lehen. Vile mittelbare geiſtliche Corpora und Perſonen haben allerley Gattungen von adelichen, bürgerlichen und Bauern-Lehen; davon in des Tr. von der Teutſchen Lehensverfaß. 4. Buch nachzuſehen iſt.

§. 10.

Gerichtsſtand. In Anſehung derer von den Geiſtlichen beſizenden Güter und Gefälle hat es bey denen Evangeliſchen keinen Anſtand, daß ſie dißfalls ihres Landesherrns Oberherrſchafft erkennen müſſen.

Bey denen Catholiſchen richtet man ſich zwar meiſtens ordentlicher Weiſe darinn nach dem Päbſtlichen Kirchenrecht: Doch

Doch binden ſich nicht alle Catholiſche weltliche Herrn gar genau daran.

§. 11.

Die Rechte, welche die Geiſtliche in Anſehung ihrer ligenden Güter genieſſen, variiren gar ſehr, nach Beſchaffenheit der Landesverfaſſungen überhaupt, oder eines Capituls, Stiffts, Ordens, Cloſters, Guts ꝛc. habenden mehreren oder wenigeren beſonderen Freyheiten. Rechte in Anſehung der Güter.

Von allerley Regalien, ſo landſäßige Stiffter beſizen, habe ich anderwärts (1) geredet.

§. 12.

Wie nun die landſäßige Geiſtliche in Anſehung ihrer Güter allerley Gerechtſamen haben; alſo können ſie ſich derer ihnen in Rückſicht derſelbigen obligenden Pflichten nicht entziehen. Pflichten in Anſehung derſelbigen.

Manches, ſo Cap. 4. von derer von Adel Rechten und Pflichten in Anſehung ihrer Güter, vorkommt, iſt auch auf der Geiſtlichen Güter applicabel.

§. 13.

Ob überhaupt, oder wo, und wie fern, die Geiſtliche von einer oder der anderen Religion Steuerfrey ſeyen? habe ich auch ſchon anderwärts (2) unterſucht und gezeigt, daß zwar die Perſonen meiſtens frey ſeyen; doch nicht überall: Die zu denen Kirchen, Schulen, Clöſtern, u. ſ. w. gehörige Güter aber bald der Steuerfreyheit genieſſen, bald nicht. Steuren ꝛc.

In dem Erzſtifft Cölln, (3) Rheiniſchen Theils, ſeynd die geiſtliche Güter gänzlich ſteuerfrey: Wann aber z. E. das Domcapitul Güter an Jemanden Pachtweiſe überläßt, muß der Pachter die Quartam colonicam bezahlen.

Zuweilen ſeynd ſchon darüber Proceſſe an denen Reichsgerichten entſtanden. Z. E.

Lunæ 31. Mart. 1738.

Ettenheimmünſter contra das Stifft **Straßburg** in pto Attentatorum, ſ. juris collectandi &c.

1. Pona-

(1) im Tr. von der landeshoh. überh. S. 224.

(2) im Tr von der landesh. in Steuerſach. Cap. 4.

(3) H. PüTTERS auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 672.

1. Ponatur des Herrn Biſchoffen zu Straßburg Bericht ad Acta, welcher zwar, auf Anmelden, è Cancellaria zur Nachricht verabfolget werden ſolle: Es wird aber hierauf das gebetene Mandatum attentatorum revocatorium & inhibitorium pœnale S. C. geſtalten Umſtänden nach, abgeſchlagen ꝛc.

Die Jeſuiten zu Coblenz hatten wegen Beſteurung ihrer Fundationsgüter mit denen Landſtänden des Erzſtiffts Trier Proceſſe am Reichs-Hofrath.

Hieher gehöret auch folgendes Reichs-Hofraths-Conclusum:

Lunæ 18. Jun. 1759.

Zu Manyz, Franckfurt, und in der Wetterau, geſamter Clerus ſecundarius und einverſtandene Stiffter und Clöſter, contra die Fürſtlich-Heßiſche Regierung zu Hanau, und den Beamten Burckhard zu Bergen, Mandati &c.

Cum incluſione Exhibiti reſcribatur der Fürſtlich-Heßiſchen in der Grafſchafft Hanau angeſtellten Regierung: Was vor beſondere Beſchwerden von dem geſammten Clero ſecundario zu Maynz ſo wohl, als andern Stifftern und Clöſtern, allerunterthänigſt angebracht worden ſeyen, ſolches werde die Anlage des mehreren zu erkennen geben. Gleichwie aber Ihro Kayſerl. Majeſt. bevor Sie das gebetene, oder ſonſt nöthige, zu verfügen, Sich entſchlieſſen wollten, der Sache allenthalben auf den Grund zu ſehen, und dahero, was es nicht nur mit der angeblichen total-Exemtion, ſondern auch um die angebrachte vor andern Hanauiſchen Unterthanen fürwaltende Prägravation, vor eine Beſchaffenheit habe, wie nicht minder, was eigentlich die in Annis 1757. & 1758. auf der Implorantium Güter, Pächte und Gefälle angelegte Arreſte, und theils angedroht-theils würcklich vollzogen ſeyn ſollende Vergantungen der gedachten Stifftern und Clöſtern zuſtändigen Grundſtücken, veranlaſſet, zuforderiſt zu wiſſen verlangten; als gewärtigten nicht allein Kayſerliche Majeſt. hierüber, und über den ganzen der Sachen Verhalt, von ihr, der Regierung, längſtens in zwey Mo-

nathen

nathen umſtändlichen Bericht; ſondern befehleten auch hiemit inſonderheit, daß ſie zu gleicher Zeit die auf die geſammte Hanauiſche Lande an Geld und Fourage ausgeſchribene Präſtationen glaubwürdig anzeigen, auch die deßfalls in Anſehung des Amts Bergen gemachte individual-Subrepartition beſcheiniget und umſtändlich vorlegen, immittelſt aber, und von nun an, mit aller zum unwiderbringlichen Schaden gereichenden Vergantung der denen klagenden piis Corporibus zuſtehenden Immobilien an ſich halten ſolle.

Mit dem Accis, Umgeld, Zöllen, und anderen Geld- oder Natural-Abgaben hat es eine ganz gleiche Bewandtniß.

§. 14.

Andere Beſchwerden.

Und eben diſes iſt auch von anderen Beſchwerden zu ſagen, denen, wie alle Landſaſſen und deren Unterthanen, ſo auch die Geiſtliche in Kriegs- und Fridenszeiten, reſp. mit Frohnen in Perſon und mit dem Vieh, mit Quartieren, u. ſ. w. unterworffen ſeynd.

Naßau-Saarbrücken und das Cloſter Wadgaſſen verglichen ſich An. 1729. „Die Straſſenreparation betreffend, geben die Urtheil hierinnen klare Maaſſe und ſoll denenſelben nachgegangen, auch hierinn mit dem Cloſter freundlich und ſchiedlich umgegangen, mithin alle Irrung fleißig verhütet werden.“

§. 15.

Gränzſachen.

Von Gränzſachen gehöret gewiſſermaſſen folgendes hieher:

6. Aug. 1768.

Frauenalb Gotteshauß, contra Baaden-Durlach mandati & paritoriæ, *puncto turbationis in poſſeſſione vel quaſi Juris determinandi fines territoriales*, nunc vice verſa reſtitutionis in integrum; ſive Hochfürſtlich Baden-Durlachiſcher Anwald von Fabrice ſub præſ. 17. Jul. 1758. ſupplicat hum. pro clem. ob partim noviter reperta partim ad cauſam non inſervientia viſa documenta concedenda reſtitutione in integrum. Cum adjunctis ſub Lit. A. usque N. incluſive nec non ſubadj. N. 1. 2. 3. ad Lit. A. & ult. Concl. in duplo.

Referuntur Exhibita et Concluſum.

1. Wird die gebetene Reſtitutio in integrum ob irrelevantiam novorum abgeſchlagen.
2. Detur parti impetratæ ex officio terminus duorum menſium ad parendum paritoriæ de 5. Decembr. 1757. unter der Verwarnung, daß anſonſten die Executions-Commißion auf die ausſchreibende Herrn Fürſten des Schwäbiſchen Crayſes ſumtibus partis impetratæ erkannt ſeyn und auf ferneres impetrantiſches Anmelden è Cancellaria expediret werden ſolle.

31. Oct. 1768.

Frauenalb Gotteshaus contra Baden-Durlach mandati & paritoriæ nunc vice verſa petitæ ſed denegatæ reſtitutionis in integrum; &c.

1. Mit Verwerfung des aufzüglichen Zeitſuchens fiat commiſſio ad exequendum auf die ausſchreibende Herrn Fürſten des Schwäbiſchen Crayſes, & cum accluſione mandati Cæſarei de 14. Martii 1757. & paritoriæ de 5. Decembris ejusdem anni reſcribatur iisdem: dem impetratiſchen Herrn Marggrafen zu Baden-Durlach zu Gelebung des mandati Cæſarei & paritoriæ eine nochmalige zweymonathliche Friſt anzuſezen, nach deren fruchtloſen Verſtreichung aber denſelben hierzu ſumtibus partis impetratæ executive anzuhalten, und wie ſolches geſchehen, zu ſeiner Zeit allerhöchſtderoſelben anzuzeigen.
2. Communicetur das anderweite impetratiſche mandatum procuratorium parti impetranti altero exemplari apud acta retento.

§. 16.

Citirung der Unterthanen.

In Anſehung der landesherrlichen unmittelbaren Citirung landſäßiger Clöſter-Unterthanen kommt es auf die Landesverfaſſungen, local-Freyheiten und Verträge, wie auch das alte Herkommen an.

Gemeiniglich findet dieſelbige in denen Fällen ſtatt, welche die Landesherrliche Regalien über ſolche Hinterſaſſen betreffen.

Anno 1729. vergliche ſich Naßau-Saarbrücken mit ſeinem landſäßigen Cloſter Wadgaſſen unter anderem: „ Sonſten

ſien aber bleibt es ratione Citationis der Unterthanen in = = Forſtfrevel=Fällen, ſo in Landesherrſchafftlichen Waldungen ſich ereignen, bey der bißherigen Obſervanz; und wird dannenhero der Landesherrſchafft ratione der unmittelbaren Vorladung, die freye Hand billig gelaſſen. “

Drittes Capitel.

Von denen geiſtlichen Ritterorden.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Von den geiſtlichen Ritterorden überhaupt. Von dem Johanniter=Orden. §. 3. Ordenshäupter. §. 4. Statthalter. §. 5. Gattungen der Ritter. §. 6. Geburt. §. 7. Adel. §. 8. Religion. §. 9. Aufnahm. §. 10. Ordenszeichen. §. 11. Regul. §. 12. Geiſtlicher Stand. §. 13. Ordensregiment. §. 14. Privilegien. §. 15. Güter. §. 16. Commenden. §. 17. Deren Un= oder Mittelbarkeit. §. 18. Beſtrafung. §. 19. Erbſchafft ꝛc. §. 20. Streitigkeiten und Vergleiche. §. 21. Ordens=Bediente. Von dem Teutſchen Orden. §. 22. Ueberhaupt davon. §. 23. Teutſchmeiſter. § 24. Der Rittere Namen. §. 25. Eigenſchafften. §. 26. Zahl. §. 27. Aufnahm. §. 28. Kleidung. §. 29. Statuten. §. 30. Geiſtlicher Stand. §. 31. Verrichtungen. §. 32. Güter. §. 33. Balleyen. §. 34. Commenden. §. 35. Deren Un= oder Mittelbarkeit, §. 36. und Viſitation. §. 37. Ordens=Regiment. §. 38. Privilegien. §. 39. Juden. §. 40. Steuerſachen. §. 41. Gerichtsſtand. §. 42. Beſtrafung. §. 43. Erbſchafft. §. 44. Creuzorden ꝛc.

---

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: Schrifften

de BERGER (Frid. Lud. nob. Dom.) de jure Territorii Archi-Duci Auſtriæ & aliis S. R. I. Principibus in Bona

na ab Ordinibus equeſtribus poſſeſſa; in ſeinen *Animadv. ad Coccej. p. 781. ſeq.*

DITHMAR (Juſt. Chriſtoph.) Diſſ. de Coadjutoribus Ordinum equeſtrium eccleſiaſticorum; in ſeinen *Diſſert. p. 104.*

WOLFF (Ge. Chriſtian) Diſſ. de ſacris Ordinibus equeſtribus, eorumque juribus. Göttingen, 1736. 4.

Von dem Johanniter-Orden.

Die von dem Johanniter-Orden überhaupt handlende Schrifften übergehe ich, und bemercke nur diejenige, welche Teutſchland insbeſondere betreffen.

Eilfertiger Entwurf der zwiſchen dem Johanniter obriſt-Meiſter in Teutſchen Landen und dero Capitul entſtandenen Irrungen. Straßburg, 1770. fol. **Götting. Anzeig. von gel. Sachen, 1772. S. 79.**

BECMANN (Joh. Chriſtoph) Beſchreibung von dem Ritterlichen Johanniter-Orden und deſſen Herrenmeiſterthum in der Marck. Coburg, 1695. und von Juſt. Chriſtoph **Dithmar** vermehrt, Franckfurt an der Oder, 1726. 4.

DIENEMANNS (Joh. Gottfr.) Nachrichten vom Johanniter-Orden; insbeſondere von deſſen Herrenmeiſterthum in der Marck, Sachſen, Pommern und Wendland; wie auch von der Wahl und Inveſtitur des jezigen Herrenmeiſters, Prinzen Auguſt Ferdinand in Preuſſen, nebſt einer Beſchreibung der in den Jahren 1736. 1737. 1762. und 1764. gehaltenen Ritterſchläge; mit beygefügten Wappen und Ahnentafeln der Ritter, herausgegeben von Joh. Erdmann Haſſe. Berlin, 1767. **ſ. Anhang zu der allgem. deutſch. Bibl. 12. erſten Bänden, S. 785.**

DITHMAR (Juſt. Chriſtoph) Geſchichte des Ritterl. Johanniter-Ordens und deſſen Heermeiſterthums in der Marck, Sachſen, Pommern und Wendland; nebſt dem Verzeichniſſe der An. 1728. inveſtirten Ritter und derſelben Stammwappen, und des Abts de *Vertot* Diſſertation vom alten und neuen Gouvernement des Johanniter-Ordens. Franckfurt an der Oder, 1728. 4.

ENGAU

ENGAU (Joh. Rud.) Progr. de Equitum Ordinis Johannitici Teſtamentifactione. Jena, 1745. 4.

GEBAUERS (Ge. Chriſtian.) Progr. de Equite Johannitico, Religionem mutante. Göttingen, 17 ꞊ ꞊ 4.

Vom Teutſchen Orden.

Belehrung von dem wahrhafften Unterſchid zwiſchen mediaten und immediaten Commenden des Teutſchen Ritter꞊Ordens. Franckfurt, 1753. fol.

Information ſuccincte de l'Etat de l'Ordre Teutonique dans les Conjunctures, ou il ſe trouve preſentement; vom Jahr 1697. in LüNIGS Grundfeſt. Europ. Potenz. Gerechtſ. *Tom. 1. p. 690.*

DUELLII (Raym.) Hiſtoria Ordinis Equitum Teutonicorum. Wien, 1727. fol.

FRICKII (Jo. Henr.) Diſqu. de Commendatorum Ordinis Teutonici qualitate civili, & Foro eorum in Actionibus perſonalibus. Göttingen, 1769. 4. ſ. Herrn SCHOTTS Critik, 2 Band, S. 842.

Streitſchrifften zwiſchen dem Teutſchen Orden und Heſſen.

Diſe habe ich erzählt in meinem Tr. von dem neueſt. Zuſtand des beſond. Teutſch. Staatsr, S. 118. u. f.

§. 2.

Von den geiſtlichen Ritterorden überhaupt.

In Teutſchland haben wir dreyerley geiſtliche Ritterorden: 1. Den Johanniter꞊oder Maltheſer꞊Orden, 2. den Teutſchen Orden, und 3. den Creuzorden mit dem rothen Stern.

Die Johanniter꞊Ritter und Teutſche Herrn können und dörffen alle Hof꞊Civil꞊Krigs꞊und andere Dienſte zugleich verſehen:

In dem jährlichen Franckfurtiſchen genealogiſchen Handbuch, in welchem ſamtliche Rittere erzählet werden, findet man vilfältige Beweiſe davon.

Der Freyherr von KREITTMAYR ſchreibt (1): „Der Hochdeutſche ſo wohl, als der Maltheſer꞊Orden gehören, in Erwegung deſſen, was wir ſchon oben ‑ ‑ davon angeführet haben,

(1) ad Cod. civil. Bavar. p. 2415.

haben, ohne allen Zweifel unter die geiſtliche Communitäten und Corpora eccleſiaſtica. Hier zu Land ſeynd zwar die deutſche Ordenscommendeurs bey der Landſchafft dem Ritterſtand beygeſellet; es geſchiehet aber ſolches nicht nur in Anſehen der Güter und Hofmärchen, welche der Orden im Land beſizt, ſondern auch wegen der Militar- und Ritterdienſten, welche die Ordens-Membra, ihrem Inſtitut nach, ſo gut, als die von der weltlichen Ritterſchafft, präſtiren können und müſſen. Dieſelbe werden auch zu Ritterlehen, (wovon ſie ſonſt, ihres geiſtlichen Standeswegen, wie andere Geiſtliche, ausgeſchloſſen wären,) aus keiner andern Urſach admittirt, als weil ſie Servitia equeſtria präſtiren, mithin ratio Legis, welche den übrigen Geiſtlichen im Weg ſtehet, bey ihnen hierinnfalls nicht eintrifft. --- Diſer beſondere Umſtand aber, welcher der Ordensregel ſelbſt ganz gemäß iſt, ändert im Hauptwerck gar nichts, und hebt den geiſtlichen Stand nimmermehr auf, welchen der Orden, ſo wohl in Corpore, als Membris, je und allezeit profitiret hat. "

Ein ſeltenes Beyſpil ware, als vor einigen Jahren ein Teutſcher Ordensritter Cammergerichts Aſſeſſor zu Wezlar wurde: Was es wegen ſeiner Annahm Anfangs für einen Anſtand gegeben habe, und wie ſolcher gehoben worden ſeye, findet man in meinem **Tr. von der Teutſch. Juſtiz-Verfaſſ. 4. Buch, 4. Cap.**

Es geſchiehet in Schrifften und Canzleyacten gar offt, daß der Johanniter- und der Teutſche Orden mit einander verwechſelt oder für einerley gehalten werden.

Auf die bey einem Fürſtlichen Hofmarſchallenamt beſchehene Anfrage: Wie es in Anſehung des Rangs zwiſchen Maltheſern und Teutſchen Herrn gehalten werde? wurde zur Antwort ertheilt: Ordinaire haben die Maltheſer den Rang vor den Teutſchen Herrn.

* * *

Von dem Johanniter-Orden.

§. 3.

Ordens-häupter. Wie des ganzen Johanniter-Ordens, alſo auch deſſen Teutſcher Rittere, obriſtes Haupt iſt der Großmeiſter zu Maltha.

Von der Concurrenz der Teutſchen Zunge zu der Wahl eines neuen Großmeiſters zu Maltha kan man allerley erſehen aus des obriſt-Meiſters der Teutſchen Lande den 1. Febr. 1773. an ein Ordensglid aus Maltha erlaſſenem Schreiben, welches denen Franckfurter Zeitungen einverleibet worden iſt. Unter denen 24. Wählenden ſeynd 3. aus der Teutſchen Nation; ohne des Teutſchen Antheils an denen die Engliſche Nation vorſtellenden Rittern zu rechnen.

Nach der Wahl wird ſelbige dem Heermeiſter zu Sonnenburg notificirt.

Unter denen auf den Großmeiſter folgenden acht hohen Ordensämtern wird eines, in der Ordnung das ſibende, aus der Teutſchen Nation beſezt.

Der Groß-Balley wird aus der Teutſchen Nation erwählt, und hat die Aufſicht über die Veſtungswercke von Civita Vecchia und die Inſel Gozo.

Herr O. C. R. BüSCHING (1) ſcheinet einen Unterſchid zwiſchen dem Groß-Balley und dem Großprior von Teutſchland zu machen.

Der Teutſchen Johanniter-Ritter zweytes und nächſtes Oberhaupt aber iſt des Ordens Groß-Prior, oder der Johannitermeiſter, und Fürſt zu Heitersheim; von welchem ich bereits anderwärts (2) geredet habe.

Der Johanniter-Meiſter wird nicht erwählt, ſondern gelanget durch ſein in dem Orden erlangtes Alter (ancianità) wenn er ſonſt fähig (capace) iſt, zu diſer Würde.

Des Großmeiſters und General-Capituls zu Maltha Ernennung des Landgrafens Friderich zu Heſſen-Darmſtatt zum Coadjutor des Großpriorats von Teutſchland, vom Jahr 1638. kan beym LüNIG (3) geleſen werden.

Als nachgeſezte Häupter diſes Ordens in Teutſchland können angeſehen werden:

1. Der

(1) in ſeiner Erdbeſchr. 2. Theil, (1769.) S. 1242.

(2) im Tr. von den R. Ständen ꝛc. S. 563.

(3) im R. Arch. Spic. eccl. 1. Th. Fortſ. im Anh. unterm Johann. Ord. S. 178.

1. Der Groſsprior in Böhmen:

2. Der Heermeiſter in der Marck Brandenburg.

3. Einige Ritter führen auch noch den Titul als Grand-Prioren von Ungarn und Dacien; welche vormals mit unter das Teutſche Groſspriorat gehöreten.

Ein Ausſpruch der Rotæ zu Rom von 1714. in Sachen: von Herberſtein wider von Dubsky, die Priorate des Johanniter-Ordens in Ungarn und Böhmen betreffend, iſt beym LÜNIG (1) zu leſen.

Was ins beſondere das Herrenmeiſterthum Sonnenburg, oder die Balley Brandenburg, betrifft (2); ſo gehöret ſelbige zu der Teutſchen Zunge des Johanniterordens, oder dem Groſspriorat von Teutſchland.

Es werden von demſelbigen jährlich 324. Goldgülden Reſponsgelder an den Receptor des Groſspriorats bezahlt, um ſie nach Maltha zu ſchicken.

Der Churfürſt zu Brandenburg iſt Patron, diſes Herrenmeiſterthums.

Der Heermeiſter, Herrmeiſter, oder Herrenmeiſter, wird von den Commenthuren, (vermöge des Heimbachiſchen Vergleichs von 1382.) (3) nach eigenem Gefallen erwählt, und von dem Johannitermeiſter ohne Widerſpruch beſtättiget.

Er iſt das Haupt des Ordens in der Marck und den benachbarten Ländern, hält Capitel, übt in denen Ordensgütern die bürgerliche und peinliche Gerichtbarkeit, auch andere Regalien, aus, und hat zu dem Ende eine Regierung mit Canzler und Räthen beſtellt, vor welchen nicht nur die Unterthanen, ſondern auch die Commenthure, belanget werden können. Dem Churfürſten zu Brandenburg leiſtet er als Landesherrn den Eyd der Treue, und wird von Demſelben als ein Landſtand angeſehen. Er ſtattet auch dem Churfürſten zu Sachſen, als Landes-

(1) in des R. Arch. Spicil. eccleſ. 1. Theils, Fortſez im Anhang, unterm Johann. Ord. S. 191.

(2) BüSCHINGS Erdbeſchr. 3. Theil, p. m. 2169.

(3) v. LüNIG l. c. Part. ſpec. Cont. 1. unterm Johann. Orden, S. 87.

Landesfürſten der Niderlauſiz, wegen der Aemter Fridland und Schenckendorff, die Pflicht ab. Wegen der Märckiſchen Güter wird an die Regierung zu Cüſtrin appellirt; wegen der Lauſiziſchen hingegen an die Regierung zu Lübben.

Ein Präſentationsſchreiben von 1689. wodurch der Fürſt Georg Friderich zu Waldeck, als neuerwählter Herrenmeiſter, dem Johannitermeiſter zur Confirmation vorgeſtellet worden iſt, kan beym LüNIG (1) geleſen werden.

Die Confirmation der Wahl des jezigen Herrn Heermeiſters wurde bey dem Großprior (nicht Obermeiſter,) des Johannitermeiſters zu Heitersheim durch einen eigenen Geſandten geſucht und erhalten; wogegen der Herrenmeiſter verſprochen, die jährliche Reſponsgelder nach Maltha zu ſchicken (2).

§. 4.

Wenigſtens, wann der Johannitermeiſter lange Zeit aus Teutſchland abweſend iſt, hat er zu Heitersheim einen ſeine Stelle vertrettenden Statthalter. Statthalter.

Der Johannitermeiſter entzoge kürzlich, ohne Zuziehung des Capitels, dem Grafen von Reinach die Statthalterſtelle zu Heitersheim: Das Capitel beſchwerte ſich zu Maltha; es wurde aber allda für den Johannitermeiſter geſprochen: Das Capitel appellirte nach Rom, und ſchüzte den Statthalter, weil der Johannitermeiſter einen Statthalter nicht ohne eine gegründete Urſach ſeiner Würde entſezen könnte; der Johannitermeiſter hingegen behauptete aus denen Ordensgeſezen, daß er ſeine Beamten nach Willkühr ſezen und entſezen könne, und daß ein Unterſchid zwiſchen denen Beamten ſeye, welche von den Baglivi conventuali ernennet werden, und dem ganzen Orden Dienſte leiſten, ſodann denen, welche die Prioren in ihren Prioraten beſezen.

§. 5.

Die Johanniter-Ordensglider in Teutſchland beſtehen aus mancherley Gattungen, nemlich: 1. Großcreuzen, 2. Comman- Gattungen der Ritter.

(1) l. c. Part. ſpec. Cont. 1. unterm Johan. Orden. S. 102.

(2) Anhang zu der allgem. Teutſch. Bibl. 12. erſten Bänd. S. 786.

mandeurs, 3. gemeinen Rittern, 4. conventual-Prieſtern, 5 Commenthuren und 6. Diaconis.

Anno 1769. waren derſelben, (auſſer denen zu dem Heermeiſterthum zu Sonnenburg gehörigen, und auſſerhalb dem Böhmiſchen Großpriorat,) in Teutſchland 51.

Was für Perſonen ſolches jedesmals ſeyen, erſiehet man in dem jährlichen Franckfurtiſchen genealogiſchen Handbuch.

§. 6.

Geburt. Wer in den Johanniterorden in Teutſchland kommen will, muß von Geburt ein Teutſcher ſeyn.

Was dißfalls von dem Kayſer und Reich beſonders An. 1706. beſchloſſen worden ſeye, habe ich anderwärts (1) erzählt.

Ob die Eingebohrene von Adel derer Oeſterreichiſchen Niderlanden in diſer Abſicht auch für Teutſche zu halten ſeyen? darüber iſt zu unſerer Zeit wegen eines Freyherrns von Schauenburg ein beſchwerlicher Proceß entſtanden; davon ich auch an beſagtem Ort Nachricht ertheilet habe.

§. 7.

Adel. Alle Candidaten diſes Ordens müſſen acht adeliche Ahnen erweiſen können, vier von väter- und vier von mütterlicher Seiten.

Und zwar müſſen auch diſe acht Ahnen Teutſchen alt-adelichen Stiffts- und Turnier-mäßigen Geblütes ſeyn.

Auch hierüber bekame erſtgedachter Freyherr von Schauenburg einen neuen Streit. Nach einer im Druck erſchienenen Staatsſtreitſchrifft (2) kame es dabey auf folgende Fragen an:

1. Ob der Freyherr von Schauenburg den alten, wahren, puren, Teutſchen, Stifftsmäßigen Adel ſeiner väterlicher Seits führender, und im Streit begriffener, ſechs Geſchlechter von Beaucamp, von Cuſtine, von Houſſe, von Manteville, von Roucets, und von Beufnecourt, oder Beufegnecourt, wenigſt mit einem illuſtren Reichs-Domſtifftiſchen und einem Ritterſchafftlichen, ſolche Adelsqualität ausdruckenden, und dafür ſchlüſ-

(1) in dem auswärt. Teutſch. Staatsrecht, S 272.

(2) ſ. mein R. Staatshandb. 2. Theil, S. 230.

ſchlüßige Wiſſenſchaffts-Urſachen anführenden, Zeugniß, (wie an Seiten des Ritterlichen Johanniter-Ordens Obriſt-Meiſtern in Teutſchen Landen und deſſen Großpriorats Provincialcapitul prätendirt, von dem Freyherrn von Schauenburg hingegen geweigert wurde,) zu beweiſen ſchuldig ſeye? 2. Ob, im Fall der Freyherr von Schauenburg davon losgeſprochen werden könnte, alsdann deſſen beygebrachte Proben hinlänglich wären? 3. Ob auch alsdann, wann diſe für hinlänglich erkannt würden, demſelben die Commende Münſter und Steinfurt zuzuſprechen ſeye? Mehreres davon ſehe man an dem angezeigten Ort.

Anno 1761. 23. Jun. wurde in Reviſorio unter anderem erkannt: Daß in Anſehung der Commende Münſter und Steinfurt, biß zu Vollführung der Adelsprobe und gänzlicher Entſcheidung des in modo probandi und ſonſten annoch fürdaurenden Rechtsſtreits, nach Anleitung des Concluſi vom 11. April 1755. alles in ſtatu quo zu belaſſen ſeye.

Endlich erfolgte diſe Urthel, und deren Erklärung:

Martis 29. Mart. 1768.

Johanniter-Ordens obriſt-Meiſter in Teutſchen Landen, und deſſen Großpriorats Provincial-Capitul, contra den Freyherrn von Schauenburg, die von ſelbem ſuchende Reception in den Limiten des Teutſchen Großpriorats, nunc in ſpecie die Adelsprobe betr.

Fiat Sententia dahin: Daß das Impetrantiſche Provincialcapitul, zu Führung der Adelsprobe præciſe Domſtiftiſche Atteſtaten zu erfordern, nicht befugt: Und nachdeme übrigens der von Schauenburg ſeine Teutſche Adelsproben dergeſtalten hinlänglich geführet, daß derſelbe, des beſchehenen Einwendens ungeachtet, zur Aufſchwörung anderweit zuzulaſſen; Als ſeye das Provincialcapitul, nach deſſen Erfolg, demſelben die optirte Commende Münſter und Steinfurt, nebſt denen während der Sequeſtration eingegangenen fructibus, einzuraumen ſchuldig; compenſatis expenſis, & annexis Executorialibus.

Sabbathi 27. Maji 1769.

Johanniter-Ordens obriſter Meiſter ꝛc.

Nachdeme der klare Buchſtab der Kayſerlichen Sentenz de 29. Mart. 1768. auf den modum probandi und darauf gehet, daß zur Stifftsmäßigen Adelsprobe nicht præcise Domſtifftiſche Atteſtata erfordert, ſondern auch andere Beweisthümer gebrauchet werden können: als hat das Geſuch puncto Declarationis nicht ſtatt.

Daß, wo es Streitigkeiten wegen der Ahnen und deren Beweis ſezet, der Kayſer keinen Recurs nach Maltha geſtatte, ſondern die Entſcheidung Sich Selbſten vorbehalte, habe ich anderwärts (1) angemercket.

§. 8.

Religion. Ordentlicher Weiſe ſeynd die Johanniter-Ritter der Catholiſchen Religion zugethan.

Hingegen iſt der Heermeiſter zu Sonnenburg ſelbſt Evangeliſch, und die unter ihme ſtehende Ritter pflichten ebenfalls diſer Religion bey.

Wann ein Ritter, der ſeine Religion ändert, eine Commende beſizt, wird er, nach der Analogie des *Inſtr. Pac. Art. 5. §. 15.* derſelben allerdings verluſtigt; er trette nun zu welcher Religion er wolle: Von dem Orden aber, (als deſſen auch die Evangeliſche fähig ſeynd,) kan er deßwegen nicht ausgeſchloſſen werden; wohl aber von denen Capitulariſchen Verſammlungen, darinn die ſeiner neuen Religion Zugethane keinen Siz noch Stimme haben.

§. 9.

Aufnahm. Die Evangeliſche Ritter werden von dem Heermeiſter zu Sonnenburg aufgenommen, und zu Rittern geſchlagen:

Die Catholiſche hingegen von dem Johannitermeiſter zu Heitersheim, oder deſſen Statthaltern.

Allerley von den Maltheſer-Rittern findet ſich auch an unten (2) angezeigtem Ort. Unter anderem heißt es: „So bald ein teutſcher Ritter in den Orden tritt, muß er gleich 200. Cronen baar Geld entweder dem Capitul in Teutſchland auszahlen,

(1) im Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. S. 307.
(2) in dem Bremiſch. Magaz. 1. Band, S. 222.

zahlen, oder in den öffentlichen Schaz zu Maltha, als ein Aufnahmgeld, ſo ſie Paſtaſi pecunia nennen, einlegen. “

Beym LüNIG (1) liſet man: 1. Einen Bericht, wie die Catholiſche Ritter inveſtiret werden, und was dabey, in Anſehung des Standes der Perſonen, vor ein Unterſchid in etlichen Worten gebraucht wird ꝛc. 2. Einen Bericht, wie die neue Ritter zu Sonnenburg angenommen, eingekleidet und geſchlagen werden ꝛc. 3. Der Ordensritter Amtsgebühr, Pflicht und Schuldigkeit, wie ihnen ſolche bey ihrer Inveſtitur zu Sonnenburg in der Kirchen von dem Ordenscanzler offentlich vorgeleſen wird.

Der Herrenmeiſter kan zu Rittern ſchlagen, welche und ſo vil er will: Der Ritterſchlag aber ſolle zu Sonnenburg geſchehen; er koſtet jeden Ritter 500. Rthl.

§. 10.

Das Ordenszeichen iſt ein achteckigtes weiſſes leinenes Creuz auf der lincken Bruſt: Ordenszeichen.

Diſes tragen, krafft Königlich-Preußiſcher Erlaubniß von 1764. auch der Herrenmeiſter und die Commenthure: Die andere Ritter aber tragen ein achteckigtes goldenes weiß emaillirtes Creuz an einem ſchwarzen Bande.

§. 11.

Die Catholiſche Ritter folgen der Regul des H. Auguſtini: Die Evangeliſche aber binden ſich nur in ſo ferne daran, als ſie ihrer Religion nicht zuwider iſt. Regul.

Die Ordens-Statuten, (ſo beym LüNIG (2) zu leſen ſeynd,) wurden An. 1118. errichtet und An. 1584. von Pabſt Sixto V. beſtättiget:

Die Statuten des Brandenburgiſchen Heermeiſterthums aber ſeynd nach denen Evangeliſchen Lehrſäzen eingerichtet; dahero diſe Ritter ſich nur zur ehlichen Keuſchheit verbinden, auch die Caravanen gegen die Türcken nicht mitmachen dörffen.

(1) l. c. Parr. ſpec. Cont. 1. unterm Johann. Ord. S. 109. u. f.
(2) l. c. Parr. ſpec. Cont. 1. unterm Johann, Orden, S. 114. und Spic. eccl. Cont. 1. S. 397.

§. 12.

Geiſtlicher Stand.

An Equites Ordinis Melitenſis ad Clericos ſeculares referendi ſint? unterſucht der Freyherr von CRAMER (1), und bejahet es.

Die Evangeliſche Ritter ſeynd denen weltlichen Perſonen in allem gleich.

§. 13.

Ordensregiment.

Von der Regiments-Verfaſſung des Johanniter-Ordens, ſo vil Teutſchland betrifft, kan ich nur folgende beſondere Umſtände melden.

Der Groß-Prior und ſein Capitul können die Gerichtbarkeit nicht ausüben, 1. über Ordensglider, die ſich auſſer den Gränzen des Großpriorats aufhalten; 2. nicht über Großcreuze; vermöge Decreten von 1596. 21. Jun. 1600. 8. Mart. und 1606. 7. Aug.

§. 14.

Privilegien.

Die von denen Kayſern und Päbſten dem Johanniter-Orden überhaupt, und dem in Teutſchland ins beſondere, ertheilte Freyheiten und deren Beſtättigungen, ſeynd beym LÜNIG (2) zu leſen.

In Sachen, die Verlezung der Privilegien des Johanniter-Ordens betreffend, kan auch am Cammergericht geklagt werden (3).

Anno 1755. bate der Johannitermeiſter allda contra Hohenſolms, um ein Mandatum S. C. de non arrogando ſibi contra Privilegia Ordinis notoria Jurisdictionem incompetentem, neque Obſignationi in Ordinis ſeſe in poſterum ingerendo &c. una cum Citatione, ſeſe incidiſſe in pœnam Privilegiis Cæſareis inſertam, nec non Citatione ex *L. Diffamari:* Es wurde aber den 1. Febr. darauf decretirt: „Iſt die gebetene Citatio, ad videndum, ſe incidiſſe in pœnam Privilegiis Cæſareis inſertam, erkannt; übriges Begehren aber abgeſchlagen: Dann wird der Gräflich-Hohenſolmiſchen Canz-

(1) Obſ. 1128. Part. 4. p. 408.
(2) im R. Arch. ſ. das Hauptregiſt. Art. Johanniter-Orden, S. 350.
(3) Freyh. von CRAMER Opuſc. Tom. 3. p. 296.

Canzley, -- ſich der comminirten Pön ad 200. Rthl. biß zu Endigung diſer Sache zu enthalten, hiermit anbefohlen. "

§. 15.

In Anſehung des jezigen Zuſtandes der Ordensgüter in Teutſchland ſtellte der Johannitermeiſter An. 1765. dem Reichsconvent vor (1): Der Orden habe nicht den 30ſten Theil mehr von denen Gütern, welche vormals zu dem Reichsmatricular-Anſchlag concurriret haben: Alle Commenden in denen Oeſterreichiſchen Erblanden ſeyen zu dem Böhmiſchen Priorat geſchlagen; das Herrenmeiſterthum trage nichts zu denen Reichsbeſchwerden bey; das Priorat Dacien ſeye abgekommen; ſo auch vile Commenden und Güter in der Schweiz, in unterſchidlichen Teutſchen Landen cujuscunque Religionis, wie auch in denen vereinigten Niderlanden. Einige Reichsſtände collectirten des Ordens Unterthanen, und der Orden müſſe jährlich groſſe Geldſummen nach Maltha ſchicken. Es gehören im Reich nur noch 21. Commenden zu dem Orden, welche meiſtens von ſolchem ſchlechtem Ertrag ſeyen, daß ſie zu einem ſtandesmäßigen Unterhalt eines Cavaliers nicht hinreichten ꝛc. Güter.

In dem Oßn. Frid. Art. 12. §. 3. wurde beliebt: Pro majori vero dictæ Domus *Mecklenburgicæ* ſatisfactione cedant Ipſi Commendæ Ordinis equeſtris divi Johannis Hieroſolymitani, *Mirow* & *Nemerow* in iſto Ducatu ſitæ, vigore diſpoſitionis in *Art.* 5. § 9. (25.) ſupra expreſſæ in perpetuum, donec de controverſiis Religionis in Imperio conventum fuerit; & quidem Lineæ Suerinenſi Mirow, Lineæ vero Güſtrovienſi Commenda Nemerow, ſub hac conditione, ut dicti Ordinis conſenſum Ipſi procurare, eidemque, nec non Domino Electori Brandenburgico, tanquam ejus Patrono, quotiescunque caſus evenerit, hactenus præſtari ſolita porro quoque præſtare teneantur.

In der Kayſerlichen Wahlcap. Art. 10. §. 8. hingegen ſtehet: „Weilen auch dem Ritterlichen Johanniter-Orden in- und auſſerhalb des Reichs, inſonderheit bey denen hiebevorigen 80 jährigen Niderländiſchen Kriegen, ganz unverſchuldt anſehnt-

(1) ſ. mein R. Staatshandb. 1. Theil, S. 143.

ſehntliche Güter entzogen und bißhero vorenthalten worden; ſo wollen Wir, ſolche Reſtitution durch gütliche Mittel zu befördern Uns angelegen ſeyn laſſen: Jedoch dem Weſtphäliſchen Friden ohnabbrüchig, und einem jeden an ſeinen Rechten ohne Präjudiz.“

Die zu Erläuterung diſer Stelle dienende Staatshandlungen habe ich anderwärts (1) angeführt:

Auch kan davon an unten (2) angezeigtem Ort nachgeſehen werden.

Anno 1672. (3) bate der Johanniter-Orden das Reich: Sich ſeiner wegen der demſelben in denen vereinigten Niderländiſchen Provinzien annoch vorenthaltenden Commenthureyen, Güter, Häuſer und Documenten anzunehmen.

Das Reich erſuchte darauf den Kayſer den 5. Jun. Er möchte Sich mehrernannten Ritterlichen Ordens dißfalls weiter annehmen, und dahin bedacht ſeyn, wie ihme am füglichſten und durch ein- und anderen Orts beſchehene Erinnerung zu ſeinen annoch entzogenen Gütern dermalen wiederum verholffen werden möge.

Der Kayſer erklärte Sich auch den 1. Jul. Er wolle ſeinen zu denen bevorſtehenden Cöllniſchen Fridens-Tractaten verordneten Plenipotentiariis des Ordens Angelegenheiten mitgeben, und dabey anbefehlen, ein- und anderes bey Fortſezung angeregter Fridenstractaten in gebührender Obacht zu halten, und ihren mehrbeſagten Ordens Intereſſe mit Nachdruck angelegen ſeyn zu laſſen:

Es halff aber nichts.

Die Güter des Herrenmeiſterthums ſeynd: Gewiſſe Tafel- und Cammergüter des Herrenmeiſters; 2. gewiſſe denen Rittern zum Genuß zuſtehende Commenthureyen; 3. gewiſſe von dem

(1) in den Anmerck. über die Wahlcap. K. Carls VII. 2. Theil, S. 357. 762. und über die Wahlcap. K. Franzens, 2. Theil, S. 185.
(2) in dem auswärt. Teutſch. Staatsr. S. 361.
(3) von PACHNER Samml. der R. Schlüſſe, 1. Theil, S. 621. 627.

dem Herrenmeiſterthum abhangende Lehen: von welchem allem Herr BüSCHING (1) mehrere Nachricht ertheilt.

§. 16.

Commenden.

Des Ordens-Güter in Teutſchland seynd hin und her zerſtreuet, und werden in gewiſſe Commenden oder Commenthureyen eingetheilt, deren einige dem Johannitermeiſter, die übrige aber denen Ordens-Rittern, zur Regierung und Genuß überlaſſen werden.

Von Commenden finde ich, auſſer denen, die der Johannitermeiſter im Genuß hat, folgende: Rohrdorff, Däzingen, klein Ertlingen, St. Johann-Paßel, Dorlesheim, Lagen, Hervorden, Würzburg, Maynz, Niderweiſel, Sulz, Colmar, Mühlhauſen, Schwäbiſch-Hall, Affeltrach, Leuggern, Rotenburg an der Tauber, Reichersroth, Hohenrhein, Rheiden, Herrenſtruden, Franckfurt, Trier, Adenau, Briſich, Tobel, Arnheim, Nimwegen, Weſel, Borken, Hemmendorff, Rexingen, Rothweil, Haſſel, Bruchſal, Cronweiſſenburg, Baſel, Rheinfelden, Ueberlingen, Aachen, Worms, Schleuſingen, Regensburg, Straßburg, Schlettſtatt, Cölln, Hangenweiſſen, Rothvianden.

Die Evangeliſche Ritter können nur zu denen unter dem Heermeiſterthum in der Marck Brandenburg ſtehenden Commenden gelangen:

Es wird auch gleichbalden bey dem Ritterſchlag jeder diſer Ritter auf eine gewiſſe Commende deſignirt, oder ihme die Anwartſchafft darauf ertheilt; wer nun dem Ordens-Alter und Rang im Ritterſchlag nach der nächſte iſt, erhält ſelbige, wann ſie erlediget wird.

Bey denen Catholiſchen werden ſelbige ordentlicher Weiſe von dem Johannitermeiſter und deſſen Ordenscapitel vergeben.

Doch hat auch der Pabſt gewiſſe Commentas de gratia zu diſponiren.

Aber auch in ſolchen Fällen ſolle der Pabſt dergleichen Com-

(1) l. c. S. 2171.

Commenden an keine Andere, als an gebohrene Teutſche vergeben.

§. 17.

Deren Un- oder Mittelbarkeit.

Der Johanniter-Orden behauptet, alle ſeine in Teutſchland gelegene Güter und Commenden ſeyen Reichs-unmittelbar:

Allein vile Landesherren, in deren Gebiet des Ordens Commenden ligen, geſtehen es ihnen nicht ein, und ſeynd in dem Beſitz der Landeshoheit über ſie.

Was ins beſondere dißfalls zwiſchen Oeſterreich und dem Orden, wegen deſſen in dem Breißgau gelegener Güter, für ein Streit obwalte, habe ich anderwärts (1) erzählt.

§. 18.

Beſtrafung.

Von Beſtrafung der Johanniter-Ordens-Ritter kan ich diſes melden.

Anno 1773. wurde denen öffentlichen Zeitungen folgendes einverleibt: Nachdeme der geweſene Ordens-Canzler und St. Johanniter Maltheſer Ritter Friderich Wilhelm von Münchow, ſeine Bedienung und Amt auf eine höchſt ſtrafbare Art gemißbrauchet, von einigen recipirten Cavaliers das Geld zur Inveſtitur abgefordert, ſich auch darauf ein höheres Quantum bezahlen laſſen, und ſelbiges durchgebracht, hiernächſt mit Hinterlaſſung viler Schulden, heimlich aus ſeinem Poſten meineydig entwichen, und auf ſeiner Flucht, durch das getragene Ordens-Zeichen, und vorgegebenen Amte, Geld aufgenommen, und arme Leute betrogen; So iſt deshalb, nach Inhalt der Capituls-Schlüſſe vom 1ten Sept. 1772. und 19ten Martii 1773. wider ſelbigen Fiſcus Ordinis excitiret worden; weil aber derſelbe auf die ergangene Edictal-Citationes, in denen angeſezten Terminen, welche durch die einländiſchen und auswärtigen Zeitungen bekannt gemachet, ungehorſamlich ausgeblieben: So iſt mit Approbation und Confirmation des Heeren-Meiſters, Prinzen Ferdinand von Preuſſen Königl. Hoheit, und Eines Hochwürdigen Capituli, von Uns zur Hochfürſt-

(1) in dem Tr. von den R. Ständen ꝛc. S. 563. add. meine Staatshiſt. Kayſ. Carls VII. 1. Theil, S. 726.

fürſtlich Brandenburgiſchen St. Johanniter Maltheſer Ordens=Regierung verordnete Canzler und Räthe, die Sentenz unterm heutigen dato publiciret, und darinn erkannt worden:

Daß derſelbe wegen des ihm angeſchuldigten leichtſinnigen niederträchtigen Betragens, gemißbrauchten Amtes, auch darinn vorgenommenen Betrugs, pro confeſſo & convicto zu achten, als ein unwürdiger Ritter und Ordens=Bruder, aus dem Orden zu ſtoſſen, aller diſem Orden anklebenden Adelichen Ehre, Würden und Gerechtigkeiten, vor verluſtigt zu erklären, deshalb ſein Name aus der Ritter=Liſte zu ſtreichen, und ſein Wappen von der Anzahl der Ritter weg zu nehmen, auch nicht weiter befugt, die bey der Inveſtitur erhaltene Inſignia honoris & dignitatis zu tragen, welches Wir dann hierdurch öffentlich bekannt machen, und eine jede Herrſchafft und Obrigkeit, in ſubſidium Juris, requiriren wollen, dem oberwehnten Friderich Wilhelm von Münchow, wenn er ſich in dem Ordens=Habit und Ordens=Creuz an einem Orte ſehen laſſen ſollte, ſolches ihm abnehmen zu laſſen.

Gegeben auf der Ritterlichen St. Johanniter Ordens=Reſidenz, Schloß zu Sonnenburg, den 9ten Julii 1773.

Zur Hochfürſtlich Brandenburgiſchen St. Johanniter Maltheſer Ordens=Regierung verordnete Canzler und Räthe.

§. 19.

Nach dem Tode eines jeden Ordensglides fället dem Ordens=Treſor zu Maltha nicht nur deſſen ganze Verlaſſenſchafft zu, ſondern er ziehet auch die Einkünfften derer von dem Verſtorbenen genoſſenen Ordensgüter ein, und, nach Beſchaffenheit der Umſtände, zwey Jahre, als mortorio und vacante. Erbſchafft ꝛc.

Was es dißfalls An. 1749. zwiſchen dem Orden und dem Hauſe Oettingen, in Anſehung der Commende klein=Erdlingen, für einen Streit gegeben habe, kan an unten (1) angezeigtem Ort erſehen werden.

Das Cammergericht erkannte darinn ein Mandatum, de non contraveniendo Transactioni, nec in poſterum via facti,

(1) in meinem Staatsarch. 1751. 5. Theil, S. 36.

cti, ſed juris, procedendo, ac omnia in priſtinum ſtatum reſtituendo &c. S. C.

In dem Herrenmeiſterthum hingegen fället der Commenthure und Rittere hinterlaſſenes Vermögen ihren Kindern, oder anderen Erben, anheim; welche auch bey denen Commenden das Gnadenjahr genieſſen.

§. 20.

Streitigkeiten und Vergleiche.

Von anderen Streitigkeiten und Vergleichen, welche den Johanniter-Orden betreffen, will ich folgendes melden.

Einige diſer Streitigkeiten ſeynd innerliche in dem Orden ſelbſten: Andere betreffen das Forum der Ordensſachen; und noch andere hat der Orden mit Reichsſtänden, oder auswärtigen Machten.

Die zwiſchen dem Johanniter-Meiſter und ſeinem provincial-Capitul An. 1769. entſtandene Irrungen betraffen: 1. Die von dem Fürſten ſeinem Statthalter, Grafen von Reinach, ertheilte Entlaſſung; 2. den beſtändigen Aufenthalt eines Statthalters in dem Großpriorats-Hauſe zu Heitersheim; 3. die Errichtung einer Rentcammer; 4. die Ertheilung des Geheimen-Raths-Tituls; 5. den Capuciner Joh. Franz von Trieſte, deſſen ſich der Fürſt bedienet hatte.

Zu Maltha wurde für den Johannitermeiſter geſprochen: Das Capitul appellirte nach Rom; die Appellation aber wurde allda abgeſchlagen.

Von Streitigkeiten, wo die Ordensſachen zu erörteren ſeyen, gibt diſes Reichs-Hofraths-Concluſum eine Spuhr:

Veneris 4. Febr. 1763.

Johanniter-Ordens Teutſche Zunge in Maltha und deſſen Provincial-Capitul in Teutſchen Landen contra Pfiffer von Altishofen, in pto prætenſæ Dignitatis, ſive Impetrantiſcher Anwald von Middelburg ſub præſ. 27. Jul. a. pr. übergibt allerunterthänigſte fernere Anzeige der zu Rom, ſo wohl gegen Kayſerliche allerhöchſte Gerichtbarkeit, als gegen des ritterlichen Johanniter-Ordens Teutſcher Zungen und Teutſchen Großpriorats Privilegia, Verfaſſung und Herkommen, ergangenen Deciſion, mit wiederhohlter Bitte um allergnädigſt beſchleunigende Reſolution, appon. Lit. A. B. acult. Concl. in duplo. In

In eadem, das Domcapitul zu Regensburg ſub dato 4. & præſ. 18. Dec. 1761. überreichet per à Middelburg allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, das Domcapitul zu Coſtanz ſub dato 5. Dec. 1761. & præſ. 7. Jan. 1762. exhibet per eundem à Middelburg allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, der Herr Cardinal von Rodt, Biſchoff zu Coſtanz, ſub dato 22. Dec. 1761. & præſ. 18. Jan. a. pr. überreichet allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, der Herr Biſchoff zu Baſel, ſub dato 30. Dec. 1761. & præſ. 16. Mart. 1762. übergibt allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, das Domcapitul zu Eichſtätt, ſub dato 27. Apr. & præſ. 24. Maji a. pr. exhibet per à Middelburg allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, das hohe Domcapitul zu Bamberg, ſub dato 28. Nov. 1761. & præſ. 9. Mart. 1762. übergibt per eundem à Middelburg allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, Se. Churfürſtl. Durchl. zu Pfalz, ſub dato 28. Nov. 1761. & præſ. 18. Jan. a. pr. überreichen allerunterthänigſte Interceſſionales.

In eadem, Se. Königl. Hoheit, Herr Herzog Carl von Lothringen, als Hoch- und Teutſchmeiſter, ſub dato 5. & præſ. 21. Jan. 1762. überreichen allerunterthänigſte Interceſſionales, ſamt einer Beylage.

Annectatur & hoc priori ad S. Cæſaream Majeſt. ſub 1. Jun. 1761. decreto Voto.

Von Streitigkeiten zwiſchen dem Orden und anderen Reichsſtänden gibt folgendes Beyſpile an die Hand:

Von denen zwiſchen Chur-Pfalz und dem Johanniterorden obgeſchwebten, aber An. 1721. und 1749. verglichenen, Streitigkeiten wegen der Wildfangs-Leibeigenſchaffts- und anderer Gerechtſamen habe ich anderwärts (1) Nachricht ertheilt.

Zwiſchen dem Johanniter-Orden und Oettingen wurde An. 1576. zu Regensburg ein Vertrag errichtet.

(1) in meinem Staatsarchiv, 1751. 2. Theil, S. 87. 6. Theil, S. 5.

Von einer neueren Streitigkeit zwiſchen ihnen aber habe ich bereits geredet.

Ferner gehöret folgendes Reichs-Hofraths-Concluſum hieher:

Lunæ 7. Febr. 1763.

Von Baden Freyherr, Hochfürſtl. Johannitermeiſteriſcher Statthalter und Commenthur zu klein-Erdlingen, contra die Gräflich-Oettingen-Oettingiſche Regierung zu Wallerſtein, Mandati S. C. pto ausgebrochen- und zerſchlagenen Wappens ꝛc.

Cum incluſione Exhibiti reſcribatur dem Grafen zu Oettingen-Wallerſtein: Daß, nachdeme Demſelben nicht gebühret, mittelſt unerlaubter Selbſthülffe, das Impetrantiſche Commenthur-Wappen abzunehmen, und ſo, als geſchehen, zu mißhandlen, ohnehin auch die Anhefftung deſſelben an das dem Orden, als Patrono, zugehörigen Pfarrhaus ſeinem, des Grafen Juri territoriali & epiſcopali weder etwas benehmen könne, noch ſolle; als habe Er daſſelbe auf ſeine Koſten in dem vorigen Stand und ad locum unde alſofort wiederum herzuſtellen, und, wie es geſchehen, Kayſerlicher Majeſt. in termino duorum menſium allerunterthänigſt anzuzeigen.

Ein Vergleich zwiſchen dem Orden und der Statt Rotenburg an der Tauber von 1604. unterſchidene Irrungen wegen des Ordenshauſes in der Statt, auch des Ordens Güter zu Reichardsroth betreffend, findet ſich auch beym LüNIG (1).

Der Johanniterorden hat Religionsſtreitigkeiten mit der Reichsſtatt Worms (2).

Ein Vergleich zwiſchen dem Herrenmeiſter und Braunſchweig wegen der Commenthurey zu Supplinburg iſt beym LüNIG (3) befindlich.

§. 21.

(1) Spic. eccl. 1. Th. Fortſ. im Anh. unterm Teutſch- und Johann. Ord. S. 164.

(2) ſ. mein R Staatshandb. 1. Theil, S. 312. 2. Theil, S. 234. nov. Act. hiſt. eccl. 1. Band, 145. 159. 197. 170. S. Neue Staascanzl. 24. Theil, 124. S.

(3) l. c. Spic. eccl. Cont. 1. pag. 478.

§. 21.

Der Orden hat 1. einen General-Receptorem in Ober- und Nider-Teutſchland; desgleichen 2. einem Procuratoren der Cammer zu Maltha in Ober- und Nider-Teutſchland. Ordens-Bediente.

Zu Berlin iſt eine Ordensregierung und Cammer, welche von dem Heermeiſter abhanget (1).

* * *

Von dem Teutſchen Orden.

§. 22.

Von der Wahl des Teutſchmeiſters hat Herr Geh. Rath ESTOR (2) gehandelt; ſo auch von der Benennung: Hoch- und Teutſchmeiſter; von den Teutſchen und Preußiſchen Balleyen; von dem Urſprung des Hoch- und Teutſchmeiſters; von den Commenthuren der Balleyen; von der ehemaligen Verfaſſung des T. Ordens; vom Ritterſchlag eines Novizens des T. Ordens. Ueberhaupt davon.

§. 23.

Des Teutſchen Ordens Haupt iſt der Hoch- und Teutſchmeiſter, oder, wie er insgemein kürzer genennet wird, der Teutſchmeiſter. Teutſchmeiſter.

Von demſelbigen iſt ſchon anderwärts (3) geredet worden: Ich will aber dennoch bey diſer Gelegenheit noch folgendes nachhohlen.

Die Wahl des jezigen Teutſchmeiſters, Prinzens Carls von Lothringen, wurde von dem Landcommenthur der Balley Francken zu Rom deswegen angefochten, weil er den Eyd, welchen ein jeder Teutſchmeiſter abzuſtatten ſchuldig ſeye, nicht geſchworen habe.

Anno 1769. 3. Oct. wurde zu Brüſſel, woſelbſt ſich der jezige Herr Teutſchmeiſter ordentlicher Weiſe aufhält, eine Coadjutorie-Wahl vorgenommen, und der Erzherzog Maximilian zu Oeſterreich, ein Herr von 12. Jahren darzu erwählt. Es ware ein Kayſerlicher Commiſſarius dabey: Auch ergaben die öffent-

(1) ſ. Beſchreibung von Berlin, (1769.) S. 165.

(2) in ſeiner neuen kleinen Schrifft. 2. Band, S. 209. u. f.

(3) im Tr. von den R. Ständen, S. 554.

öffentliche Nachrichten, der Pabſt habe diſpenſirt, daß er keine Gelübde habe ablegen dörffen.

§. 24.

Der Rittere Namen. Die Mitglidere diſes Ordens werden Teutſch-Ordens-Rittere, oder Teutſche Herren, genannt: Die Redens-Arten: Creuzherrn, Ritter der Jungfrauen Maria, Brüder des Teutſchen Hauſes Unſerer lieben Frauen zu Jeruſalem, ꝛc. ſeynd nicht mehr üblich, auſſer etwa in Urkunden.

§. 25.

Eigenſchafften. Wer in diſen Orden aufgenommen werden will, muß

1. Von Geburt ein Teutſcher ſeyn: Daß ſie aber wenigſtens zugleich in auswärtigen Dienſten ſtehen dörffen, ſcheinet daraus zu erhellen, weil bereits jezo der Marquis de Croix Obriſt und Exemt unter der Königlich Spaniſchen Leibgarde, zugleich aber Teutſcher Ordensritter iſt.

2. Muß er acht adeliche Ahnen erweiſen können, 4. von väterlich- und 4. von mütterlicher Seiten.

Weil die **Bremer** und **Lübecker** die erſte Stifftere des Teutſchen Ordens geweſen ſeynd, ſo wurden auch ehedeſſen ihre Kinder darinn aufgenommen: Anjezo aber höre ich nichts mehr davon.

Ordentlicher Weiſe pflichten alle Ordensglider der Catholiſchen Religion bey.

In denen Balleyen **Heſſen**, **Thüringen** und **Sachſen** aber werden auch Evangeliſche angenommen; ja die beede leztere beſtehen aus lauter Evangeliſchen.

Bey der Balley **Heſſen** wechslen die Lutheraner, Reformirte und Catholiſche in der Landcommenthuren-Stell mit einander ab.

Die Evangeliſche Landcommenthure haben auch in dem general-Capitul und bey der Teutſchmeiſter-Wahl Siz und Stimme.

§. 26.

Zahl. Ob es eine gewiſſe beſtimmte Zahl von Rittern in jeder Balley habe? oder ob ſo vile angenommen werden, als ſich melden? kan ich nicht ſagen.

Die Anzahl derer ſamtlichen Ordens-Mitglidere iſt aus dem Franckfurtiſchen jährlichen genealogiſchen Handbuch zu erſehen.

§. 27.

Die Candidaten diſes Ordens müſſen ein Noviciat ausſtehen: Aufnahm.

Die Aufnahm geſchiehet ſo dann von dem Landcommenthuren und denen Rathsgebietigern der Balley, in welche er angenommen wird.

Eine Anweiſung, wornach ein Jeder, welcher in den hohen Teutſchen Ritterorden zu tretten verlanget, ſich zu achten habe, iſt bey dem Freyherrn von CRAMER (1) zu leſen.

§. 28.

Der Rittere ſolenne Ordens-Kleidung iſt ein weiſſer Mantel mit einem ſchwarzen Creuz: Kleidung.

Täglich aber tragen ſie einen ordinairen Habit nach Belieben, mit einem ſchwarzen in Silber eingefaßten Creuz auf der lincken Bruſt.

§. 29.

Die Catholiſche Ritter folgen der Regel des Heil. Auguſtini. Statuten.

Der Orden hat ſeine eigene Statuten (2), und das Gelübde des Gehorſams.

Auch die Evangeliſche Ritter dörffen nicht heurathen, und ſeynd zu gewiſſen Gebeten verbunden.

Folgendes Reichs-Hofraths-Concluſum iſt in Anſehung derer Teutſch-Ordens-Statuten merckwürdig.

Lunæ 11. Apr. 1768.

Teutſch-Orden, ſive des Herrn Hoch- und Teutſchmeiſters Königl. Hoheit contra von Eyb ꝛc.

5. Reſcribatur dem Herrn Hoch- und Teutſchmeiſter ex officio: Jhro Kayſerliche Maj. hätten bey Gelegenheit gegenwärtiger Sache nicht nur aus dem extractive beygebrach-

(1) in ſeiner Nebenſt. 116. Theil, S. 528.

(2) ſ. LÜNIGS R. Arch. Cont. I. Spicil. eccleſ. S. 356.

brachten 14den Cap. des An. 1606. erneuerten Statuten-buchs mißfälligſt wahrgenommen, daß durch deſſen Art. 8. der Teutſche Orden ſich ganz unbefugt und nichtiglich angemaſſet, alle Appellationen und Recurſe von denen Ausſprüchen eines Großcapituls zu einem ſolchen Verbrechen zu machen, welches die dritte und höhere Ordensſtrafe nach ſich ziehen ſolle; ſondern daß auch bey ereignenden Fällen der Tentſche Orden kein Bedencken trage, diſes ganz nichtige Principium ſelbſt gegen Kayſerliche Majeſt. und Allerhöchſtdero Reichsgerichte in der Anwendung geltend zu machen: Wie nun aber Allerhöchſtdieſelbe diſe Ungebühr keinesweges hingehen laſſen, noch zugeben könnten; als wollten Kayſerl. Majeſt. mit Caſſation diſes Articuls, ſo vil ſolche Allerhöchſtdieſelbe betrifft, auch deſſen Anwendung, auf das ſchärffeſte geahndet, und fürs künfftige auf das nachdruckſamſte hiemit verboten haben.

§. 30.

Geiſtlicher Stand.

Von ihrem Geiſtlichen Stand iſt eben das zu ſagen, was oben von denen Johanniter-Rittern gemeldet worden iſt.

§. 31.

Verrichtungen.

Nachdeme der Orden von ſeinem erſten Zweck, der Teutſchen und Pilgrime, ſo nach Jeruſalem reiſeten, zu pflegen, ganz abgekommen iſt; ſo haben ſie nun keine eigentliche Verrichtungen mehr.

Man iſt dahero zu denen Zeiten derer Kayſere Maximilians II. und Rudolfs II. damit umgegangen, den Orden an die Ungariſche Gränzen zu ſezen, und gegen die Türcken zu gebrauchen: Es iſt aber nichts daraus worden.

§. 32.

Güter.

Den gröſten Verluſt an Gütern hat der Teutſche Orden an **Preuſſen** und **Curland** erlitten: Er macht zwar noch jezo Anſprache darauf, und hat ſich noch in gegenwärtigem 1774ſten Jahr deßwegen bey dem Reichsconvent gemeldet: Diſe Sache hat auch bey Reichs- und Kayſerlichen Wahltägen ſchon vile Handlungen und Verdruß verurſacht (1): Es hat aber der

(1) ſ. mein Tr. von Teutſchl. S. 111. 133. und meine Anmerck. zur Wahlcapit. K. Franzens, 2. Theil, S. 186.

der Orden, wann man beſagte Güter auch als Stücke des Teutſchen Reichs betrachten könnte, nach dem Entſcheidjahr 1624. offenbar unrecht.

Die in Italien gehabte Güter hat der Orden verlohren; und haben beſonders die Päbſte die in dem Neapolitaniſchen gelegene ihren Anverwandten zugewendet; worüber ſich das Reich noch An. 1520. und 1523. beſchweret hat. vid. *Gravam. de An. 1523* §. 38.

Gemeiniglich ſagt man: Franckreich habe dem Teutſchen Orden die in Elſaß, Burgund und Lothringen gelegene Güter genommen, und dem Orden des heil. Lazari zugewandt: Wenigſtens aber iſt die Sache durch die Fridensſchlüſſe mit Franckreich wieder in einen anderen Stand gerathen.

In denen vereinigten Niderlanden haben die General-Staaten dem Orden auch verſchidenes entzogen.

§. 33.

Die noch übrige Ordens-Balleyen ſeynd: 1. Elſaß und Burgund, 2. Oeſterreich, 3. Coblenz, 4. Etſch und im Gebürg, 5. Francken, 6. Heſſen, 7. Altenbieſen, 8. Thüringen, 9. Weſtphalen, 10. Lothringen und 11. Sachſen. Balleyen.

Dem Teutſchmeiſter ſeynd, nach dem Verluſt von Preuſſen, von der Balley Francken einige Stücke zum Genuß überlaſſen worden (1):

Ferner gehören ihme in Schleſien die Herrſchafften Freudenthal, Eulenberg und Büſow, über welche er einen Statthalter ſezet.

§. 34.

Jede Balley hat einen Landcommenthuren, und diſe zuweilen einen Coadjutoren. Commenden.

Zu jeder Balley gehören ferner gewiſſe Commenden, oder Güter; und zwar:

1. Zur Balley **Elſaß und Burgund**, die Commenthureyen: 1. Alſchhauſen, 2. Beuggen, 3. Maynau, 4. Freyburg, 5. Ruffach, 6. Andlau, 7. Straßburg, 8. Kayſersheim, 9.

(1) ſ. H. BüSCHINGS Erdbeſchr. 3. Theil, S. 1798. Aufl. 1765.

9. Gebweiler, 10. Hizkirch, 11. Rixheim, 12. Baſel, 13. Mühlhauſen, 14. Rohr, 15. Waldſtetten.

Zur Balley Oeſterreich, die Commenden zu: 1. Wien, 2. Speyer, (oder Steyer,) 3. Großſonntag, 4. Mödlingen.

Zur Balley Coblenz, die Commenden zu: 1. St. Catharina in Cölln, 2. Muffendorff, 3. Mecheln, 4. Coblenz, 5. Rheinberg, 6. Waldbreitbach.

Zur Balley Etſch und im Gebürg, die Commenden zu: 1. Weggenſtein, 2. Langmaaß, 3. Störzingen, 4. Schlanders.

Zur Balley Francken gehören, (auſſer Mergentheim und Zugehör, ſo dem Teutſchmeiſter überlaſſen worden iſt,) die Commenden zu: 1. Ellingen, 2. Maynz, 3. Heilbronn, 4. Viernſperg, 5. Würzburg, 6. Kapfenburg, 7. Ramslau, 8. Plomenthal, 9. Nürnberg, 10. Donauwörth, 11. Ulm, 12. Ganghofen, 13. Regensburg, 14. Hornegg, 15. Cronweiſſenburg, 16. Franckfurt, 17. Oettingen. Sodann iſt auch ein Haus-Commenthur zu Ellingen, und ein Trappierer zu Mergentheim.

Zur Balley Heſſen gehören, die Commenden zu: 1. Marburg, 2. Griffſtedt, 3. Schiffenberg, 4. Oberflörsheim.

Zur Balley Altenbieſen gehören, die Commenden zu: 1. Altenbieſen, 2. Maſtricht, 3. Sierſtorff, 4. Bernsheim, 5. Jungenbieſen in Cölln, 6. Beckefort, 7. St. Petersfuren, 8. St. Gilles in Aachen, 9. Aſchaffenburg, 10. Ordingen, 11. Ramersdorff.

Die Balley Thüringen hat keine Güter mehr.

Zur Balley Weſtphalen gehören, die Commenden zu: 1. Mühlheim, 2. Münſter, 3. Welheim, 4. Möhlenburg, 5. Brackel.

Zur Balley Lothringen gehören, die Commenden zu: 1. Trier, 2. Beckingen, 3. Mainſidel, 4. Luxemburg.

Zur Balley Sachſen gehören, die Commenden zu: 1. Lucklum, 2. Langeln, 3. Burow, 4. Bergen, 5. Weddingen, 6. Göttingen. Auch iſt ein Hauscommenthur zu Lucklum.

Weil manche diſer Commenden von ſchlechtem Ertrag ſeynd; ſo bekommen manche Ritter 2. oder 3. derſelbigen zuſammen.

Auch haben nicht in allen Balleyen alle Ritter Commenden.

Verſchidene Ordensgüter ſtehen unter Franckreich: Dahero in denen Fridensſchlüſſen zwiſchen Teutſchland und Franckreich für den Orden geſorgt worden iſt.

§. 35.

Von dem Streit: Ob die in Teutſchland in anderer Stände Landen gelegene Commenden mittelbar oder Reichsunmittelbar ſeyen? habe ich ſchon anderwärts (1) geredet: — Deren Un- oder Mittelbarkeit.

Einige ſeynd unſtreitig Reichsunmittelbar; ja Reichsſtände; andere ſeynd unſtreitig landſäßig; und wegen noch anderer iſt man verſchidener Meinung.

Anno 1584. ſchloſſe der Herr Teutſchmeiſter einen Vertrag mit denen Herrn Landgrafen zu Heſſen.

Anno 1680. und 1681. wurden ferner reſp. zu Marpurg und Caſſel zwiſchen dem Teutſchen Orden und dem Herrn Landgrafen zu Heſſen-Caſſel zwey Verträge geſchloſſen.

Indeſſen haben Heſſen-Caſſel und Darmſtatt von neuem ſchwere Streitigkeiten mit dem Orden wegen derer in ihren Landen gelegenen Ordensgüter.

Von diſem Streit iſt aber die Frage unterſchiden: Ob und wie ferne die Commenden in gerichtlichen Sachen unter der Teutſchmeiſteriſchen Regierung ſtehen oder nicht?

Der Freyherr von CRAMER führet (2) den Saz aus: A Commendis (des Teutſchen Ordens) ad ſuprema Imperii Tribunalia, præterito Regimine Mergentheimenſi, appellare non licet:

Ferner (3): Contra Ballivias & Commendas Ordinis Teutonici, qua tales, in ſupremis Imperii Tribunalibus Mandata impetrari nequeunt.

§. 36.

An unten (4) angezeigtem Ort liſet man eine Nachricht von — Und Viſitation.

(1) im Tr. von der R. Stände landen, p. 914. ſqq.

(2) Obſ. 283. Tom. 1. p. 633.

(3) Obſ. 416. l. c. pag. 892.

(4) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 125. Theil, S. 3.

von einer durch den neuen Teutſch-Ordens-Landcommenthuren der Balley Heſſen, Freyherrn von Schönborn, An. 1701. veranlaßten Teutſchmeiſteriſchen Viſitation der Balley Heſſen, welche vermeint, daß die Evangeliſche Vorfahren in der Landcommenthurey die Ordens-Gerechtſame vernachläßiget hätten: Die alte, währender Cuſtodie Landgraf Philipps und zur Zeit des Ferdinandiniſchen Reſtitutions-Edicts verſuchte, aber durch den Paßauiſchen Vertrag und Weſtphäliſchen Friden vereitelte, Hoheitstriebe ſeyen dadurch wieder rege, ſelbigen aber von beyden Fürſtl. Heßiſchen Häuſern nachdrücklich begegnet worden. Die vermeinte Avulſa zu reuniren, habe die Viſitations-Commißion allerhand Methoden und Prätexte erſonnen, die Verträge und das Herkommen zu entkräfften: Unter anderem habe man den bey dem Meiſterthum und Cammercommenden üblichen Saz, daß Commenthuriſche Verträge ohne Teutſchmeiſteriſche Genehm- und Beſtättigung für unverbindlich zu achten ſeyen, auch in der Balley Heſſen geltend machen wollen. Unter diſem Vorwand habe man einen gewiſſen Erbleyhcontract angefochten und für nichtig erklärt, auch die neuangenommene Ordensbediente auf dem Hauſe Schiffenberg ins geheim gegen einen An. 1564. mit den Gemeinden Wazenborn und Steinberg gerichtlich errichteten Receß inſtruirt, welches man mit Gewalt durchzuſezen geſucht; ſo aber die Heßiſche Landesherrſchafft nicht gelitten, worüber es zu Proceſſen und Thätlichkeiten gekommen ſeye; von welchen ich hier nichts weiter melden will.

§. 37.

Ordensregiment.

Wegen des Ordens-Regiments in Teutſchland hat es vor wenigen Jahren einen Streit geſezt, welcher ſchon unter dem Teutſchmeiſter Clement Auguſt, Churfürſten zu Cölln, ſeinen Anfang nahme, und eine Conſtitution von 1444. betrafe. Vermöge ſolcher ſollten der Landcommenthur und die 6. Rathsgebietigere in Francken bey dem Teutſchmeiſter ein Capitular-Corpus formiren, darinn alle ſchwere und wichtige präjudicirliche Dinge des Ordens, und andere wichtige Sachen, berathen und beſchloſſen, auch, wo ſie in ſolchem Rath nicht einig wären, entweder 3. 5. oder alle übrige Gemeingebietigere

darzu

darzu kommen, hingegen die Landcommenthuren, mit und ſamt denen Rathsgebietigeren von Francken, (deren einer noch die Balley Thüringen in Siz und Stimme zu vertretten hat,) das general-Capitul, unter dem Vorſiz des Teutſchmeiſters, conſtituiren, und alſo der Votanten 17. ſeyn.

Bey dem Wahl-Generalcapitul des jezigen Teutſchmeiſters aber hebten die Landcommenthuren und reſp. deren Bevollmächtigte, diſe Verfaſſung, wie auch des Teutſchmeiſters Eyd, mit Widerſpruch der Balley Francken, durch die mehrere Stimmen auf.

Nach der Wahl wurde in dem An. 1761. 14. Maj. errichteten Receß §. 18. beliebt: Daß längſtens in zwey Jahren ein Generalcapitul ausgeſchriben werden ſollte, darinn alle den Orden überhaupt, und eine jede Balley ins beſondere, betreffende Angelegenheiten vorgenommen, berathen und beſchloſſen werden könnten:

Es geſchahe aber nicht; es kamen auch noch andere Streitigkeiten hinzu; da dann der Landcommenthur der Balley Francken von Eyb nach Rom appellirte, darüber aber Anfangs ſuſpendirt und endlich ſeiner Landcommenthurey gar entſezet wurde.

Der Reichs-Hofrath ſprache gegen den von Eyb; die Rota zu Rom hingegen für denſelben: Es ſcheinet aber, jene Sprüche ſeyen durchgeſezet worden.

Mehreres von diſer merckwürdigen Sache ſehe man an denen unten (1) angezeigten Orten.

§. 38.

Des Teutſchen Ordens Kayſerliche, Päbſtliche, und andere, Privilegien findet man in LüNIGS Teutſch. Reichsarchiv (2) beyſammen. Privilegien.

Der

(1) in meines R. Staatshandb 1. Theil, S. 356. 547. 2. Theil, S. 248. add. neue Staatscanzl. 23. Theil, S. 255. 24. Theil, S. 229. 25. Theil, S. 322. 27. Theil, S. 395. 29 Theil, S. 238. die neueſt. Staatsacta, 2. Theil, 88. S. 7. Theil, 13. S.

(2) Man ſehe das Hauptregiſter, Art. Teutſcher Orden.

Der Teutſche Orden bekommt aber mehrmalen Streitigkeiten deßwegen mit Anderen; wohin auch folgendes gehöret:

13. Jan. 1650.

v. Weſtern Johann Winolts ſub pr. 10. hujus conqueritur, daß er in ſeiner ihme vor zwey Jahren von Ihrer Hochfürſtl. Durchl. Erzherzog Leopold Wilhelm zu Oeſterreich ertheilten Commenda in der Stadt Düeßburg, wider alle uhralte dem teutſchen Orden ertheilte Privilegia von gemelter Stadt Düeßburg vnd derſelben Beamten mit Wachgeld, Aufzug vnd allen andern Anlagen, gleich andern Burgern vnd Inwohnern beſchwert werde. Petit recommendationes an den Herrn Churfürſten zu Brandenburg.

Fiat dergeſtalt, daß ſie den Orden wider das alte Herkommen nit beſchweren laſſen.

Martis 24. Sept. 1737.

Teutſch Orden, in ſpecie der Balley Coblenz Landcommandeur, Freyherr von Droſte, contra die Chur-Cöllniſche Hofcammer und Conſ. pto der Zollfreyheit, ſive Implorantiſcher Anwald Schlöſſern ſub præſ. 9. huj. übergibt allerunterthänigſte Klaganzeige und Bitte, pro clem. decernendo Mandato pœnali, de non gravando contra Privilegia Cæſarea & immunitatem à Teloniis, & extortam pecuniam reſtituendo S. C. juncta Citatione ſolita, ut & Citationem, ad videndum, ſe incidiſſe ratione præteriti in pœnas Privilegio inſertas. appon. num. 1. usque 7. incl. in duplo. - -

Cum incluſione Exhibitorum, reſcribatur dem Herrn Churfürſten zu Cölln, des Innhalts: Nachdeme es eine kundbare Sache, daß der Teutſche Ritterorden mit ſtattlichen und hochpönaliſirten allergnädigſten Kayſerlichen Privilegiis, zumalen wegen der Zollfreyheit, verſehen, auch abſonderlich der Landcommandeur der Balley Coblenz in unſtreitiger Poſſeſſione Immunitatis ab omnibus Vectigalibus & Teloniis, ratione derjenigen Victualien und Naturalien, ſo ſie zu ihrem eigenen Hausgebrauch nöthig haben, in dem Erzſtifft Cölln ſich befindet; wie ſolches von dem Herrn Churfürſten auch durch die beygelegte ſcharffe Befehle de 21. Jul. item 21. Oct. & 8. Dec.

8. Dec. 1735. vollkommen erkannt und beſtättiget worden: Und gleichwolen die Zollbeamte ſich, deſſen allen ohngeachtet, angemaſſet, von dem durch das Land geführten und dem Landcommandeur von Droſten zu ſeiner Hausconſumtion gehörigen Wein an Zoll zu erpreſſen, auch die Churfürſtliche Hofcammer, auf beſchehene Requiſition es nicht abgeſtellet hätte; ſo wollten Sich Ihro Kayſerliche Majeſt. gnädigſt verſehen, es werde der Herr Churfürſt ſeine Hofcammer und Zollbeamte nicht nur zu forderſamſter Wiedererſtattung des abgenommenen Zolls nachdrücklich anhalten, ſondern auch denenſelben für das zukünfftige, bey nahmhaffter Strafe, ſolche Beeinträchtigungen und Ungebühr ein-vor allemal unterſagen, auch, wie es geſchehen, an Ihro Kayſerliche Majeſt. in Zeit zweyer Monathen gehorſamſt berichten.

Lunæ 16. Jun. 1738.

Teutſch-Orden contra das Stifft Elwangen, die Freyheit vom Zoll und Weggeld betr. ſive Implorantiſcher de rato & mandato cavirender Anwald Schlöſſern, ſub præſ. 16. Maj. nup. ſupplicat hum. pro clem. decernendo Mandato pœnali, de reſtituendo pecuniam extortam, nec amplius turbando in poſſeſſione vel quaſi libertatis à Teloniis vel plateaticis, neque contraveniendo Privilegiis Cæſareis, annexa Citatione ſolita. appon. Lit. A. usque O. incl. in duplo.

Das gebetene-Mandatum hat angebrachter maſſen nicht ſtatt.

Lunæ 5. Mart. 1759.

Teutſch-Orden, ſive Chur-Cölln, als Hoch- und Teutſchmeiſter contra das Oberamt und Landgericht der Reichsgrafſchafft Heiligenberg, pto contraventionis Privilegiorum Cæſareorum.

1. Fiat gegen das Oberamt und Landgericht der Grafſchafft Heiligenberg Mandatum caſſatorium & inhibitorium de non contraveniendo Privilegiis Ordinis Teutonici, damnaque data reſarciendo, S. C. ſub pœna Privilegiis Cæſareis inſerta, annexa Citatione ſolita, cum termino duorum menſium &c.

Martis 31. Mart. 1767.

Teutſch-Orden, in ſpecie die Balley Bieſen contra den Stadt Cöllniſchen Magiſtrat und den Burgerhauptmann Juſten, puncto Turbationis in antiquiſſima poſſeſſione Exemtionis; ſive implorantiſcher Hochfürſtl. Hoch- und Teutſchmeiſteriſcher Anwald von Muneretti ſub dato 12. Januarii nuperi übergiebt allerunterthänigſte Vorſtellung und Bitte: pro clem. decernendo mandato pœnali de ſibi non arrogando Jurisdictionem in officiales ordinis teutonici, nec eosdem turbando in antiquiſſima poſſeſſione Exemtionis ac deſiſtendo ab omnibus violantiis, neque violando Contractus, deſuperque idoneam Cautionem præſtando ac reſarciendo damna & Expenſas S. C. annexa Citatione ſolita. appon. Lit. A. B. C. D. & E. in duplo.

Fiat contra den Magiſtrat der Reichs Stadt Cölln petitum mandatum ſub pœna quinque marcarum auri annexa Citatione ſolita, & cum termino duorum menſium.

1. Dec. 1768.

Teutſch-Orden in ſpecie die Balley Bieſen contra den Stadt Cöllniſchen Magiſtrat und den Bürger-Hauptmann Juſten mandati puncto turbationis in antiquiſſima poſſeſſione Exemtionis; - - -

Idem (Impetratiſcher Anwald) ſub præſentato 22. ejusdem menſis & anni überreichet allerunterthänigſte Exceptiones ſub- & obreptionis juncto petito humillimo legali. appon. Num. 1. 2. & ultim. Concluſum in duplo.

Idem præſ. 23. Julii nuperi ſupplicat pro clementiſſime maturanda reſolutione Exhibiti de præſ. 22. Decembris anni præt. apponit ultimum Concluſum.

1. Rejectis Exceptionibus fiat paritoria cum termino duorum menſium.
2. Communicetur partis Impetratæ mandatum procuratorium parti impetranti altero Exemplari apud acta retento.

§. 39.

Juden. Denen Teutſch-Ordens-Commenden in Heſſen wird nicht

nicht verſtattet, ohne Fürſtliche Schuzbrieffe Juden aufzunehmen (1).

§. 40.

Ob der Teutſchmeiſter, oder der Landcommenthur der Balley Francken, das Beſteurungsrecht der zu der Balley Francken gehörigen Güter habe? darüber iſt auch kürzlich geſtritten worden; und zwar bey Gelegenheit der Eybiſchen Sache. Steuerſachen.

§. 41.

Ferner iſt darinn ſcharff darüber geſtritten worden: Was für Ordensangelegenheiten vor die geiſtliche Gerichte und den Pabſt, ſo dann was für an die höchſte Reichsgerichte gehören? und es haben darinn der Kayſer und der Pabſt ganz verſchidene Grundſäze geäuſſert. Gerichtsſtand.

§. 42.

In Beſtraffung derer Ordensrittere gibt es dreyerley Grade. Beſtraffung.

Vor wenigen Jahren wurde der Landcommenthur der Balley Francken, von Eyb, obgedachter maſſen, diſer ſeiner Stelle entſezt; wobey es auch, ohngeachtet der Päbſtliche Hof in zweyter Inſtanz für ihn geſprochen hat, bißanhero verbliben iſt.

§. 43.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellations-Gericht hielte davor (2): Das von einem Teutſchen Ritter bey ſeinem Eintritt in den Orden zu leiſtende Gelübde der Armuth, ſeine dabey auszuſtellende Reverſalien, und die in den Ordensſtatuten eingeſchränckte Diſpoſition des Ritters über ſein Vermögen, beziehen ſich bloß auf die Ordensgüter, und folge aus allem diſem nicht, daß der Orden ein Erbfolgsrecht in das patrimonial-Vermögen des Ritters habe: Erbſchafft.

Der Teutſche Orden hingegen ſahe diſe Urthel, als contra jus in theſi anſtoſſend folglich für nichtig an: Caſſeliſcher Seits aber vertheidigte man dieſelbige.

Mehreres davon findet man auch bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (3).

(1) von CANNEGIESSER Deciſ. Haſſ. Caſſell. Tom. 2. p. 188.
(2) ſ. H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 309.
(3) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 345.

§. 44.

Creuzorden, ꝛc. Der heilige ritterliche Creuzorden mit dem rothen Stern iſt in Teutſchland nur in Böhmen, Mähren und Schleſien, ſo dann auſſer Teutſchland in Hungarn bekannt.

Er hat einen General und Großmeiſter, welcher ein Böhmiſcher Prälat und Landſtand iſt.

Viertes Capitel.

Von dem Adel.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Einiges remiſſive. §. 3. Des Adels Kennzeichen, §. 4. Gattungen. §. 5. Ob aller Adel erblich ſeye? §. 6. Geburts-Adel. §. 7. Ahnen. §. 8. Brieff-Adel. §. 9. Amts-Adel. Von dem hohen Adel. §. 10. Hoher Adel. §. 11. Wo anzutreffen? §. 12. Seine Rechte. Vom nideren Adel. §. 13. Ueberhaupt davon. §. 14. Gattungen. §. 15. Adel und Ritter. §. 16. Patricii, ꝛc. §. 17. Aehnlichkeit mit dem Adel. §. 18. Des Adels Vorrechte. §. 19. Rechte, in Anſehung ihrer Perſonen, §. 20. Gerichtsſtand, §. 21. Heurathen, §. 22. Ehegatten und Wittwen, §. 23. Kinder, §. 24. Familie, §. 25. Domeſtiquen, §. 26. Erbſchafften ꝛc. §. 27. Streitigkeiten mit dem Landesherrn. §. 28. Des Adels Verluſt, §. 29. Nicht-Gebrauch, §. 30. Erneuerung.

§. 1.

Schrifften. Denen anderwärts (1) angezeigten Schrifften kan man auch diſe hinzuthun:

Bericht vom Adel in Teutſchland, was es in ältern Zeiten mit demſelben für eine Bewandnuß gehabt, und gegenwärtig noch habe. Franckfurt, 1721. 4. Der Verfaſſer ware Sam. LUCIUS.

Unter-

(1) im Tr. von der R. Stände Landen, ꝛc. S. 919.

Unterſuchung der Frage: Ob mit denen zur Teutſchen hohen Nobilität gerechneten Grafen und Herrn, hohen Freyen, oder Dynaſtis &c. die alte zum nidern Adel gehörige heutiges Tages ſogenannte Commembra der Ritter-Hauptmannſchafft ꝛc. in Vergleichung zu ſtellen ſeyen? ꝛc. 1734. fol. und zum Theil in meiner Reichs-Fama, *Tom. 20. p. 394.*

Gedancken von dem Urſprung und Unterſchid des Adelichen-Burger- und Baurenſtandes in Teutſchland. Cölln, 1710. 4.

BODINUS (Henr.) de jure Nobilitatis & vera Ingenuitate. Halle, 1704. 4.

CRAMER (Joh. Ge.) de juribus ac Prærogativis Nobilitatis avitæ, ejusque probatione. Leipzig, 1739. 4.

EISENHART (Joh. Frid.) Comment. de renunciatione Nobilitatis. Helmſtätt, 1757. 4. und in ſeinen *Opuſc. jurid. var. argum. n. 20.*

ESTOR (Joh. Ge.) de probatione Nobilitatis avitæ & veteri & hodierna, ab illis potiſſimum, qui Dignitatem eccleſiaſticam appetunt, expedienda. Marburg, 1744. 4. und *Opuſc. Vol. 1. Part. 3 n. 17. p. 736.*

- - de ratione uſitata & explorata in demonſtrando Nobilitatem proavitam, Inſigniaque gentilitia. ibid. 1745. 4. und *l. c. num. 18. p. 796.*

= = practiſche Anleitung zur Ahnenprobe, ſo bey den deutſchen Erz- und Hochſtifftern, Ritterorden und Ganerbſchafften gebräuchlich, nebſt darzu gehörigen Kupfern und Ahnenbäumen. ibid. 1750. 4.

= = von dem Unterſcheid der heutigen Freyherren, ſo dann der Edlen und Ritter, auch dem Titul: von und: zu; in ſeinen kleinen Schrifft. *Tom. 1. p. 844.*

- - de ſtatu & dignitate, item differentia veterum Dynaſtarum Imperii & hodiernorum Nobilium; in Oetters hiſtor. Biblioth. *Tom. 1. p. 363.*

Deſſelben gründlicher Beweiß des groſſen Unterſchides zwiſchen dem hohen und nidern Reichs- auch landſäßigem Adel, insgleichem den wahren Reichsgrafen und alten Reichsherren vor den heutigen Titularreichsgrafen und Freyherren, auch daher entſpringenden Mißheurathen ꝛc. Marburg, 1751. 4.

ſ. Weidlichs Nachricht. von jeztleb. Rechtsgel. 4. Theil, S. 42.

EYBEN (Ulr. ab) de Titulo: Nobilis. Helmſtatt, 1671. 1677. und in ſeinen *Oper. Tom. 1.*

GOEBEL (Joh. Wilh.) de ſtatu Nobilitatis Germanicæ. Helmſtatt, 1719.

GUNDLING (Nic. Hier.) an nobilitet Venter? Halle, 1718. 4.

HOMMEL (Car. Ferd.) Commentatio de particula: von, noſtris temporibus Nobilitatis caractere, Leipzig, 1752. 4.

JOACHIM (Joh. Frid.) Unterſuchung: Zu welcher Zeit die Adelsbrieffe im Teutſchen Reiche aufgekommen? in der Samml. verm. Anmerck. *Part 1. p. 113. ſqq.*

KNORR (Car. Gottl.) Differentiæ Juris Romani & Germanici, de Nobilitate adoptiva. Halle, 1721. 4.

- - (Ern. Frid.) de probatione Nobilitatis per Inſtrumenta. Halle, 1751. 4.

LEIPZIGER (Joh. Chr. de) de Originibus Nobilitatis diplomaticæ. Witteberg, 1738. 4.

LEYSER (Aug.) oder Andr. Carl Schmiedt, Beneficium Competentiæ quousque Nobilibus competat? Witteberg, 1733. 4.

- - (Polyc.) de differentia Nobilium medii & hodierni ævi. Helmſtatt, 1727. 4.

LUDEWIG (Joh. Petr. à) Differentiæ Juris Romani & Germanici de Dignitate Uxoris, ſive vom Kunckeladel. Halle, 1718. 4.

LüNIGS (Joh. Chriſtian) Collectio nova von der mittelbaren oder landſäßigen Ritterſchafft. Leipzig, 1730. fol. 2. Theile.

MAURITIUS (Eric.) de Nobilitate Germanica. Kiel, 1660. 4. und in ſeinen *Opuſc. p. 337. ſq.*

NOODT; ſ. STRUBEN.

PESCHWIZ (Gotth. de) de jure & privilegiis Nobilium. Jena, 1662. 1740. 8.

RICCIUS (Chriſtian Gottl.) von dem landſäßigen Adel in Teutſchland. Nürnberg, 1735. 4.

SCHEF-

SCHEFFER (Joh. Theod.) de jure Natalium Nobilium Germaniæ. Tübingen, 1733. 4.

SCHEREL (Frid. Wilh.) de vera Nobilitatis inferioris origine, contra communem opinionem. Leipzig, 1761. 4.

SCHERZ (Joh. Ge.) de Nobilitate. Straßburg, 1709. 4.

SCHOETTER (Ern. Frid.) de Nobilitate. Jena, 1651. 4.

- - de civili Nobilium ſtatu, eorumque jure ac privilegiis. Jena. 1667. 4.

SCHULENBURG (Matth. de) de privilegiis ac prærogativis Nobilium mediatorum in Germania. Gieſſen, 1733. 4.

de SELCHOW (Joh. Henr. Chriſtian.) de juribus ex ſtatu Ingenuorum in Germania pendentibus, Liber ſingularis; 1756. und in ſeinen *Elect. Jur. Germ. n. 2. p. 119.*

Ejusdem Progr. de renovatione Nobilitatis. Göttingen, 1757. 4. und in ſeinen *Select. Jur. Germ. n. 4. p. 249.*

Idem de Matrimonio Nobilis cum vili & turpi Perſona, præſertim ruſtica. Göttingen, 1755. 4. und *l. c. n. 6. p. 349.*

SENCKENBERG (Henr. Chriſtian.) delectus florum ex jure Nobilitatis Germanicæ. Gieſſen, 1743. 4.

STRECKER (Conr. Wilh.) oder Joh. Heinr. Glock, de beneficio Competentiæ Nobilibus non competente. Erfurt, 1733. 4.

STRUBE (Ge. Dav.) de origine Nobilitatis Germanicæ, & præcipuis quibusdam ejus juribus, unter Gerh. Noodts Vorſitz, Leyden, 1718. Jena, 1745. 4.

= = von dem Urſprung und Vorrechten des alten nideren Teutſchen Adels; in ſeinen Nebenſtund *Part. 3. p. m. 489.*

= = von dem wahren Alter des nideren Teutſchen Adels; *ibid. Part. 4. p. 436.*

STRYCK (Sam.) de jure Illuſtrium & Nobilium communi. Witteberg, 1691. 4.

- - de jure Bavorum. Halle, 1696. 4.

TELGMANN (Rud. Frid.) von der Ahnen-Zahl. Hanover, 1733. 4.

WALCH (Car. Frid.) de Nobilibus jure Civitatis donatis. Jena, 1764. 4. ſ. Herrn von Selchow juriſt. Biblioth. 2. Band, S. 203.

Von

Von dem Recht des Adels finden ſich auch ſehr brauchbare Sachen in des Freyherrn von KREITTMAYR Anmerckungen *ad Cod. civil. Bavar.* 5. Theil, 22. Cap. S. 2315. u. f.

Von beſonderen Landen handeln:

Von Mecklenburg.

KOELER (Joh. Dav.) de origine & incrementis Jurium & Privilegiorum Nobilitatis Mecklenburgicæ. Göttingen, 1739. 4.

Von Sachſen.

LEYSERS (Auguſtin.) oder Joh. Ad. Laurentii, Equitum Saxonicorum Jura ſingularia. Witteberg, 1710. 4.

§. 2.

Einiges remiſſive.

Von denen hieher gehörigen Schrifften; was der Adel ſeye; von deſſen Gattungen; von dem Unterſchid zwiſchen Ritterſchafft und Adel; wie der Adel erlangt werde; von der Un- oder Mittelbarkeit des Adels, und von des Adels Rechten ꝛc. habe ich ſchon in dem Tr von der Reichsſtände Landen ꝛc. *p. 919. ſqq.* kürzlich gehandelt, und will ſolchem hier folgendes beyfügen.

§. 3.

Des Adels Kennzeichen.

Die Kennzeichen des hohen Adels ſeynd die dem Geſchlechtsnamen beygefügte Worte, reſp. Fürſt, Graf, Freyherr ꝛc. ſo auch: Burggraf, Landgraf, Marckgraf ꝛc.

Einige Gattungen des nideren Adels werden durch die beygefügte Worte: Edler Herr, oder: Edler, bezeichnet:

Das ordentliche Kennzeichen des gemeinen Adels aber iſt das dem Geſchlechtsnamen beygefügte Wort: von.

Daß das Beywort: von aber auch nicht allemal einen Beweis des Adelſtands abgebe, iſt in denen Streitigkeiten zwiſchen Würtemberg und der Reichsritterſchafft behauptet worden (1).

Ferner gibt es noch hin und her manche Familien, welche von gutem altem Stiffts- und Thurnier-mäßigem Adel ſeynd, auch überall dafür unſtreitig paßieren, und dennoch ſich nicht: von ſchreiben; wiewohl Manche derſelbigen nach und nach anfangen,

(1) ſ. mein Staatsarch. 1751. 2. Theil, S. 150.

fangen, es ebenfalls zu thun, um bey Unwiſſenden allerley Verdruſſes überhoben zu ſeyn.

Hinwiederum gibt es auch Familien, welche vormals den Adelſtand geführet haben, oder zum Theil noch führen, die, oder gewiſſe Linien davon, aber durch Unglücksfälle ſo herabgekommen ſeynd, daß ſie nun im bürgerlichen Stande leben, auch wohl Profeßionen und Handwercker treiben, und dennoch das: von bey ihren Namen beybehalten.

Die Familien, ſo ſich ſchlechtweg von Rittergütern nennen, die ſie entweder noch jezo beſizen, oder doch vormals beſeſſen haben, ſeynd die älteſte adeliche Familien.

Ihnen folgen am Alter die Familien, welche, nach erlangtem Adel und erkaufften Rittergütern, den Geſchlechts- und der Güter-Namen mit einander verbunden haben: N. von N.

Die endlich, ſo in denen neueſten Zeiten eine Standes-Erhöhung erhalten haben, pflegen meiſtens den erhaltenen Stand ihrem Geſchlechtsnamen vorzuſezen, mithin ſich zu ſchreiben: von N.

§. 4.

Da ich mich überhaupt in meinem ganzen Werck, und auch hier, auf die alte Zeiten nicht einlaſſen kan noch will; ſo übergehe ich auch den erſt noch in unſeren Tagen weitläufftig geführten Streit von dem Unterſchid des Adels in denen mittleren Zeiten in Anſehung der Miniſterialität ganz und gar. Gattungen.

Von adelichen Dienſtleuten finden ſich an unten (1) bemercktem Ort verſchidene Abhandlungen.

Daß nicht der ganze **Braunſchweig-Lüneburgiſche** Adel in vorigen Zeiten miniſterialis geweſen ſeye, behauptet Herr Hofrath SCHEID (2).

Heut zu Tag wird der Adel in Teutſchland auf verſchidene Weiſe eingetheilt (3); als:

1. In

(1) in den Hanover. gelehrt. Anzeig. 1752. S. 745. 817.

(2) in den Anmerck. zu meinem Braunſchw. Staatsrecht, S. 429.

(3) add. der Tr. von den R. Ständen, S. 919.

1. In den hohen und nideren;
2. Unmittelbaren und mittelbaren;
3. Alten und neuen;
4. Stifftsmäßigen oder Ritterbürtigen, u. nicht Stiffts- mäßig- oder Ritterbürtigen;
5. Vollbürtigen und Halbbürtigen;
6. Geburts- oder Briefadel.

Der hohe Adel iſt eine perſönliche Würde, welche die damit Begabte über den nideren Adel erhebt; gleichwie der nidere Adel einen Vorzug vor Bürgern und Bauern gibt.

Die Unmittelbarkeit oder Mittelbarkeit des hohen und nidrigen Adels träget heut zu Tag in Anſehung der Würde und des Grades Adels nichts bey; ſondern ein Unmittelbarer iſt in ſo weit nicht beſſer, als ein Landſaß, noch gehet ein Unmittelbarer, der in einem geringeren Grad des Adels ſtehet, einem Mittelbaren von höherem Grad vor.

Daß bey der Reichsritterſchafft der Unterſchid zwiſchen dem hohen und nideren Adel hinwegfalle, iſt gewiſſer maſſen gegründet, und gewiſſermaſſen nicht: Es hat nemlich in dem Ritter-Corpore ein Graf oder Freyherr keinen gröſſeren Rang, oder andere Vorzüge vor denen übrigen Mitglidern; indeſſen gehören doch auſſer deme, in dem gemeinen Leben, und überall, die Grafen und Freyherrn zu dem hohen und die gemeine von Adel, wann ſie gleich Mitglidere der Reichsritterſchafft ſeynd, zu dem nideren Adel.

Wohl aber kan durch Verträge, Geſeze, oder Herkommen dißfalls ein Unterſchid eingeführet werden; wie z. E. zu Maynz ꝛc. nur Unmittelbare von Adel aufgenommen werden.

Einige Lande haben auch noch ihre beſondere, und ihnen eigene, Eintheilungen des Adels. Z. E.

In Bayern (1) wird der Adel getheilt in den mehr oder minder Gefreyten: Jene ſeynd, deren Voreltern ſchon Anno 1557. dem Bayriſchen Ritterſtand beygethan waren, oder wenigſtens die Edelmannsfreyheit hernach durch ſpeciale Conceſſion, auf beſchränckt- oder unbeſchränckte Weiſe erhalten haben. In

(1) F. von KREITTMAYR ad Cod. civil. Bavar. S. 2318.

In Sachſ n ꝛc. iſt ein Unterſchid zwiſchen dem Canzley- oder Schrifftſäßigen, ſo dann dem Amtsſäßigen Adel.

§. 5.

Nicht aller hoher und niderer Adel iſt erblich: Dann alle geiſtliche Chur- und Fürſten ꝛc. erhalten ihre Würde nur für ihre Perſon; und ſo werden auch Geiſtliche in den nideren Adelſtand erhoben, welcher mit ihrer Perſon wieder erliſcht: Aber denen Weltlichen wird er ordentlicher Weiſe erblich ertheilt; wiewol auch diſes nicht allemal: Dann z. E. der Director der Academiæ Naturæ Curioſorum iſt, wann er diſe Stelle erhält, geadelt: Aber nur für ſeine Perſon. Ob aller Adel erblich ſeye?

§. 6.

Der Geburtsadel iſt, wann Jemand von adelichen Eltern, oder wenigſtens von einem adelichen Vater, und einer nicht von ſchlechten gemeinen Leuten herſtammenden Mutter, erzeuget und gebohren iſt. Geburts-Adel.

Wann aber ein Edelmann eine von gemeinen Leuten entſproſſene Wefbsperſon heurathet, werden die Kinder nicht als adelich angeſehen.

Der Mutter Adelſtand hingegen kommt ihren Kindern nicht zu ſtatten.

Uneheliche oder natürliche Kinder, deren Väter hohen oder nideren Adels ſeynd, werden nicht für edel angeſehen; ſondern müſſen allenfalls erſt durch den Kayſer ꝛc. in den hohen oder nidern Adelſtand erhoben werden.

§. 7.

In Teutſchland höret man offt und vil von Ahnen: Diſes will ſo vil ſagen, daß eine Perſon von einer gewiſſen Anzahl Eltern und Voreltern herſtamme, die reſp. hohen oder nideren Adels geweſen ſeyen. Ahnen.

Vier Ahnen heiſſen, wann einer ſolchen Perſon Vater und Mutter, auch Väter- und müttliche Großeltern, adelich geweſen ſeynd:

Acht Ahnen, wann auch alle väter- und mütterliche Urgroßeltern adelich waren:

Sechzehen Ahnen, wann auch alle väter- und mütterliche Ur-Ur-Großeltern adelich waren:

Zwey und dreyßig Ahnen, wann auch alle väter- und mütterliche Ur-Ur-Ur-Großeltern adelich waren.

Einiger Orten wird es ſo ſcharff genommen, daß alle diſe Ahnen gebohrene von Adel ſeyn müſſen, und keine Perſon darunter ſeyn darff, die den Adelſtand erſt erlangt hat.

In denen Kayſerlichen Adels- u. d. Brieffen iſt zwar almal die Clauſul enthalten, daß die damit begabte Perſon dafür angeſehen werden ſolle, als ob ſie von gewiſſen, z. E. 4. Ahnen her adelich gebohren wäre: Wo aber gewiſſe würckliche Ahnen erfordert werden, hilfft jene Clauſul nichts.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) findet ſich unterſucht: Ob, wann in einem Statuto oder Pacto 4. oder 8. Ahnen erfordert werden, ſolches von beyden Linien, der väterlichen und mütterlichen, zu verſtehen? und ob dazu genug ſeye, wann einer zwar von einem adelichen Vater und Mutter, allein auſſer der Ehe, gebohren, jedoch nach dem à Principe, oder Comite palatino, legitimiret worden?

Eine beygefügte An. 1741. bey dem Cammergericht ergangene Urtheil lautet: „In Sachen ſämtlicher Schultheiß, Vierer und Ganerben des Buſecker Thals, eines, entgegen Annam Margaretham, weyl. Philipp Arnolden von Buſeck nachgelaſſenen Wittib, modo deren zwey Söhne, in Actis benannt, anderen Theils, Appellationis iſt - - zu Recht erkannt, - - daß Appellati zwar zu der Buſecker-Thals Ganerbſchafft nicht, deren Deſcendenten jedoch, wann ſie 2. Ahnen von der Vater- und 2. Ahnen von der Mutter Seiten, alſo überhaupt 4. zum Schild und Helm edel und ehelich gebohrene Ahnen werden probiren können, dazu wieder zuzulaſſen ſeyen ꝛc.“

Wo ferner gewiſſe, auch nur adeliche Ahnen erfordert werden, macht der Freyherrn- und Grafen- ja ſelbſt der Fürſten-Stand, keine Ausnahme davon.

Dergleichen Ahnen pflegen erfordert zu werden:

1. Bey vilen un- oder mittelbaren Erz- Hoch- und anderen Stifftern männlich- und weiblichen Geſchlechts; davon

 aber

(1) in der Wezlar. Beytr. 2. Theil, S. 174.

aber ſchon oben geredet worden iſt: Und findet darinn keine Diſpenſation ſtatt.

Bey manchen Stifftern werden mehrere, bey andern hingegen wenigere, Ahnen erfordert: Ueberhaupt aber wird zur Stifftsmäßigkeit erfordert, daß man vier adeliche Ahnen habe, 2. von väterlicher und 2. von mütterlicher Seiten.

Bey denen adelichen Stifftern in Heſſen iſt nicht genug, überhaupt Stifftmäßig zu ſeyn, ſondern der Vater einer Fräulein, die in ein Stifft will, muß nothwendig im Heßiſchen angeſeſſen ſeyn (1).

2. Bey dem Johanniter- und Teutſchen Orden werden auch reſp. ordentlicher Weiſe, gewiſſe Ahnen erfordert; wie Cap. 3. belehret; und wird hier auch nicht diſpenſirt: Doch ſeynd bey dem Johanniter-Orden gewiſſe Perſonen davon ausgenommen.

3. Die Chur- und Fürſtliche weltliche Ritterorden in Teutſchland erforderen bald mehrere, bald wenigere, oder auch wohl gar keine Ahnen: Bey jenen wird entweder diſpenſirt, oder nicht; je nachdeme es die Ordens-Statuten mit ſich bringen. Z. E.

Wer zu dem Bayriſchen Ritterorden aſpirirt, der muß, laut der Ordens-Statuten Art. 6. 16. Ahnen, und zwar, zu mehrerem Luſtre, mit der ſo genannten Gablung, darthun (2).

Diſe Gablung beſtehet darinn, daß des erſten Ur-Ur-Anherrn auf väter- und mütterlicher Seiten Eltern beederley Geſchlechts, (mithin im 5ten aufſteigenden Grad,) würcklich edel und ehlich gebohrene Perſonen geweſen ſeynd.

4. Wer Cammergerichts-Aſſeſſor zu Wezlar werden will, muß entweder 4. adeliche Ahnen erweiſen, oder einen Academiſchen Gradum annehmen.

Der Freyherr von CRAMER behauptet (3): Eines neugeadelten Cammergerichts-Aſſeſſoris Sohn habe nicht nöthig, einen academiſchen Gradum anzunehmen: Wenigſtens aber

 ſtehet

(1) ſ. H. ESTORS neue klein Schrifft. 1. Band, S. 60.

(2) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. S. 2317.

(3) Obſ. 1049. Tom. 4. p. 104.

ſtehet in des Cammergerichts Normal=Geſezen nichts davon.

5. Wie vil bey (landſäßigen) Ritterſchafftlichen Collegiis, wo die Aufſchwörungen gebräuchlich ſeynd, inſonderheit in dem Veſtiſchen (im Erzſtifft Cölln,) adeliche Wappen erfordert werden? findet ſich bey dem Freyherrn von CRAMER (1) ausgeführt.

Chur=Cölln hatte geſprochen: Daß die Ritterſchafft nicht befugt ſeye, einen von Wydenbruck zur Präſentation von 16. Wappen anzuweiſen, ſondern ſchuldig ſeye, ſich mit 8. zu begnügen:

Die Ritterſchafft appellirte davon an das Cammergericht; allwo aber die vorige Urthel beſtättiget wurde (2).

6. An einigen Höfen wird auch bey Vergebung der Hof=Chargen auf die Ahnen geſehen. Z. E.

Bey dem Chur=Bayriſchen Hof müſſen, vermöge Normativs von 1763. 11. Febr. die Truchſeſſe 4. die Hofdamen und Cämmerer aber 8. Ahnen von lauter ehelich=und adelichen Perſonen, worunter kein Diplomaticus iſt, beweiſen (3).

Von dem Beweis derer Ahnen müſſen die oben angezogene Eſtoriſche ꝛc. Schrifften nachgeſehen werden.

Auch iſt die zuvor Cap. 3. §. 7. angeführte Reichs=Hofräthliche Urtheil in diſer Sache merckwürdig.

§. 8.

Brieffadel. Der Brieffadel iſt, wann Jemand, von einer darzu befugten Standesperſon, durch eine öffentliche Urkund eine gewiſſe Gattung des Adels erhält.

Im Teutſchen Reich müſſen ordentlicher Weiſe alle Arten des hohen und nideren Adels von dem Kayſer erhalten werden:

Der Kayſer hat aber auch einigen Reichsſtänden das Recht ertheilt, gewiſſe Gattungen des Adels ertheilen zu dörffen:

Chur=Pfalz hat ein gleiches von Alters hergebracht: Auch **Preuſſen** und **Chur=Bayern** bedienen ſich diſer Macht ebenfalls.

So gar gibt der Kayſer denen, welche das groſſe Comitiv

---

(1) in ſeiner Nebenſt. 79. Theil, S. 32.

(2) 83. Theil, 137. S.

(3) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. S. 2317.

tiv erhalten, Freyheit, den nidern Adel, ja wohl einen Grad des hohen Adels, Jemanden beyzulegen.

Ferner haben die Reichs-Vicarien nunmehro das unſtreitige Recht, Standes-Erhöhungen ertheilen zu können.

Mehreres davon iſt anderwärts (1) nachzuſehen.

GUNDLING (2) glaubte: Ein Wappenbrieff gebe den Adel wenigſtens alsdann, wann er ſolche Vorzüge enthalte, die ſonſt nur die Edelleute haben, z. E. daß er ſolches Wappen und Kleinod, offenen Schild und Helm, in Geſchäfften, zu Schimpf und Ernſt, in Streiten, Stürmen und Gefechten, Schlachten, Kämpfen, Geſtechen, Feldzügen, Pannieren ꝛc. gebrauchen ſolle:

Es iſt aber deme nicht ſo.

§. 9.

Daß es keinen Amtsadel gebe, habe ich anderwärts (3) behauptet: Amtsadel.

Daß die Cammergerichts-Beyſizere durch ihr Amt geadelt würden, iſt irrig: Man ſehe die Verzeichniſſe derer noch jezo lebenden;

Und ich ſelbſten habe noch Reichs-Hofräthe gekannt, die ſich nicht: von geſchriben haben.

Der Freyherr von CRAMER (4) behauptet indeſſen den Saz: Aſſeſſores Cameræ Imperialis ſunt Nobiles nati, eorumque Nobilitas etiam ad Liberos, Uxores & Viduas ſeſe extendit.

Auch gibt es einen geiſtlichen Amtsadel; da gewiſſe reſp. un- und mittelbare Erz- und Biſchöffe, Aebte ꝛc. wann ſie auch nur adelich- oder gar bürgerlichen Standes ſeynd, durch Erhaltung diſer Würde den Fürſten- oder doch den Prälaten- (allemal dem Grafenſtand gleichgeſchäzten,) Stand erhalten.

In gewiſſen Landen oder Dienſten meinen alle Oberofficiers, oder doch die Stabsofficiers, durch Erhaltung ihrer Stellen

(1) im Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. ꝛc. S. 419.

(2) ſ. H. SCHOTTS Critic, 4. Band, S. 817.

(3) im Tr. von der R. Stände Landen, p.

(4) Obſ. 1049. Tom. 4. p. 104.

Stellen geadelt zu ſeyn, werden auch wohl von ihren eigenen Dienſtherrn dafür tractirt: Wann es aber zu einem Rechtsſtreit gedeihet, wird überall, zumalen an denen höchſten Reichsgerichten, gegen ſie geſprochen.

Wahrſcheinlich gehöret dahin auch diſes Reichs-Hofraths-Concluſum:

Martis 9. Sept. 1766.

Niemann (1) contra die Herzoglich-Mecklenburg-Schweriniſche Juſtizcanzley ꝛc.

- - 4. Wird Appellanten Niemann, daß er ſich, entgegen die Kayſerliche Verordnungen, noch immer des Prädicats: von bedienet, nochmalen alles Ernſtes verwiſen, mit der Bedeutung, daß, dafern derſelbe ſich weiter dergleichen unterſtehen würde, ſo fort gegen ihn der Kayſerliche Hof-Fiſcal excitiret werden ſolle.

* * *

Von dem hohen Adel.

§. 10.

Hoher Adel.

Der hohe mittelbare Adel hat wieder drey Claſſen: 1. Fürſten, 2. Grafen, 3. Freyherrn.

Anno 1741. meldete zwar der Reichsgrafenſtand in einer dem Churfürſtlichen Collegio übergebenen Vorſtellung (2): Der Grafenſtand mache bekanntlich die lezter Claß des hohen Adels im Reich aus:

Daß aber die heutige Freyherrn zu dem nidern Adel gehören, iſt falſch: Daß man in denen mittleren Zeiten keine dergleichen Freyherrn ohne Herrſchafften gehabt habe, iſt ganz richtig: Wo aber heutiges Tages ein Unterſchid unter dem hohen und nideren Adel gemacht wird; da gehören die Freyherrn allerdings zu jenen: Auſſer es begebe ſich einer ſeines Rechts ſelbſt, oder es werde ihme bey ſeiner Erhebung in den Freyherrenſtand beditten oder einbedungen, daß er ſich mit einem wenigeren begnüge. Z. E. als der gelehrte Reichs-Hofrath von LYNCKER Freyherr wurde, nahme er auf der Grafen- und Herren-

(1) Diſer ware ein Officier.

(2) ſ. mein Tr. von den Kayſerl. Regier. Recht. S. 426.

Herrenbanck Plaz; andere gelehrte Reichs-Hofräthe hingegen bleiben auch nach erhaltenem Freyherrenſtand doch auf der Gelehrten Banck.

GUNDLING behauptete (1): Heutiges Tages ſeye der Titul: Freyherr mehr, als: Herr; Gleichwie aber die alte Herrn Grafenmäßig ſeynd, auch ſich zum Theil noch jezo alſo ſchreiben, z. E. Graf und Herr zu Caſtell; alſo iſt mir hingegen nicht bekannt, daß in neueren Zeiten eine Familie oder Perſon den bloſſen Titul: Herr, ohne den Zuſaz: Edler, bekommen habe, oder führe.

§. 11.

Wo anzutreffen?

In älteren Zeiten waren in Teutſchland wenige Lande, darinn nur einige Landſaſſen von dem geringſten Grad des hohen Adels waren:

Nun aber wird Teutſchland mit einer Menge landſäßiger Fürſten, Grafen und Freyherrn wie mit einer Fluth überſchwemmet, und es gibt Fürſten die wieder Fürſten, und Grafen, die wieder Grafen zu Lehenleuten und Landſaſſen haben.

Von dem vormals in Böhmen allein üblich geweſenen Herrenſtand findet man an unten (2) angezeigtem Ort einiges.

§. 12.

Seine Rechte.

Der hohe Adel hat an und für ſich keine weitere Rechte, als daß die damit Begabte dem nideren Adel vorgehen.

Indeſſen iſt diſes gar nichts allgemeines; ſondern in manchen Landesherrlichen Collegiis gehet es unter dem Adel, ja wohl gar unter dem hohen und nideren Adel und denen Gelehrten, nach dem Dienſtalter.

Wohl aber genieſſet der hohe Adel in gewiſſen Landen gewiſſe Vorzüge; z. E. daß er auf Landtägen ein eigenes Collegium formirt.

Ja es wird in einigen Landen auch wohl unter dem hohen Adel bey dergleichen Fällen ein Unterſchid gemacht, z. E. daß die Fürſten eine eigene Banck haben, und die Grafen eine eigene.

(1) ſ. H. Schotts Critic, 4. Band, S. 814.
(2) in den Hannover. Beytr. 1761. S. 59.

Von Bayern meldet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „Der hohe Adel hat vor dem nidrigen wenigſt hier zu Land kein mehreres Præcipuum, als die Titulatur, und bey mancher Gelegenheit auch den Rang. Es ſizen z. E. die Grafen und Freyherrn bloſſen Edelleuten in den Churfürſtlichen Dicaſteriis, non obſtante horum Senio, vor. Von den hieſigen Canzleyen bekommt der Graf den Titul: **Wohlgebohren**, der Baron den Titul: **Edler**, und der Edelmann das Prädicat: **von**. So offt die Bayriſche Statuta von der Ritterſchafft Meldung thun, ſeynd nicht nur die Edelleute, ſondern auch Grafen und Baronen, darunter verſtanden: Ja es ſchäzt ſich ein alter Edelmann beſſer, als ein neuer Graf oder Baron, zu ſeyn; weil ſich diſer nicht ſo, wie jener, der dem alten Adel beygelegten Prärogativen zu erfreuen hat.“

Churfürſt Johann Georg I. zu **Sachſen** eximirte Graf Ludwig Günthers zu Schwarzburg Haus und Amt Ebeleben An. 1655. von der Ritterſchafft des Langenſalziſchen Bezircks alſo, daß der Graf, zu begebenden Landtägen oder Zuſammenkünfften, wegen ſolchen Amts abſonderlich, und nicht als einer von Adel, erfordert, die ſchuldige Präſtationen ihme auch zu geziemender Abführung ſelbſt angedeutet werden ſollen; wogegen er in einem Revers ſich zu verſchidenen Gegenbedingungen verpflichten mußte (2).

Und ſo hat auch der hohe Adel in Anſehung derer Beſchwerden keinen Vorzug vor dem nideren; Z. E. wann Kopfſteuern angelegt werden, muß der hohe Adel eben ſo wohl, ja noch mehr, bezahlen, als der nidere.

* * *

Vom nideren Adel.

§. 13.

Ueberhaupt davon.

Es wäre ſehr angenehm, wann man eine zuverläßige Liſte von denen dermalen in allen und jeden Teutſchen Landen befindlichen adelichen Familien und deren Gütern hätte; ich kan mich aber hier nicht darauf einlaſſen.

In

(1) ad Cod. civ. Bav. S. 2319.

(2) ſ. LüNIGS R. Arch. Spicil. ſecul. S. 1300.

In der Staats- und Reiſe-Geographie hat man zwar von manchen Landen dergleichen gelifert; es ſeynd aber zum Theil bloſſe Romanen: Z. E. aus dem Würtembergiſchen Adreß-Handbuch hat man die Familien-Namen derer in Hof- Civil- und Militar-Dienſten geſtandenen Perſonen angeführt, und ſelbige als Würtembergiſche adeliche Familien angegeben; da es doch etwas bloß perſonelles iſt, faſt alle Ausländer oder Mitglider der Reichsritterſchafft ſeynd, und bey nahe kein einiger nur ein Bauren- geſchweige ein Rittergut in Würtemberg beſizet, kein einiger auf Landtagen erſcheint, u. ſ. w.

Von dem Adel in denen Chur-Sächſiſchen Landen findet man vil gutes in Herrn WABSTS Tr. von der Chur-Sächſiſchen Juſtizverfaſſung.

Von dem Adel in denen Chur-Brandenburgiſchen Landen trifft man einiges in ABELS Preußiſcher Geographie an.

Ein Verzeichniß des Salzburgiſchen Ritterſtandes vom Jahr 1728. iſt beym LüNIG (1) zu leſen.

Ein Verzeichniß derer zu Siz und Stimme auf Rittertägen anjezo immatriculirten Bremiſchen von Adel findet man an unten (2) angezeigtem Ort; ſo auch in fünf Stücken allgemeine Nachrichten von diſem Adel. Z. E. Im 5ten Stück wird gehandelt: von der Präſentation der adelichen Quartal-Verſchlags-Commiſſarien; von der Collation einiger Stellen an den Göttingiſchen Freytiſchen; von der Verwaltung der Brandaſſecurationscaſſe; ꝛc.

§. 14.

Zu dem heutigen nideren Adel gehören: 1. Die Edle Herrn aus denen neueren Zeiten, 2. die Edle, und 3. die gemeine von Adel. Gattungen.

§. 15.

In denen älteren Zeiten ware ein Unterſchid zwiſchen denen edlen Knechten, oder gemeinen Edelleuten, und denen Rittern, welche darzu geſchlagen wurden, und die hohen oder nideren Adels ſeyn konnten: Seit etlich 100. Jahren her aber Adel und Ritter.

(1) von der landſ. Ritterſch. 1. Theil, S. 1354.

(2) in des Alt. u. Neu. aus Brem. u. Verd. 5tem Band, n. 8.

geſchiehet es nimmer; auſſer, daß bey Röm. Kayſer- und Königlichen Crönungen ein Schatten davon übrig gebliben iſt, und die titular- oder papierene Ritter gehören gar nicht hieher.

Oder man kan auch ſagen: Heut zu Tag werden die Worte: Ritter und: Edelmann in weitläufftigem Verſtand als gleichgültig genommen: In engerem aber heißt ein Ritter: 1. Ein Mitglid eines geiſt- oder 2. weltlichen Ritterordens, oder 3. der Reichs-Ritterſchafft, oder 4. eines Landtagsfähigen Ritterſchafftlichen Corporis, oder 5. eine vom Kayſer zum Ritter ernannt- oder 6. geſchlagene Perſon (1).

§. 16.

Patricii ꝛc. Die Patricii in Reichsſtätten paßieren bald unter dem alten Adel, bald nicht; wie ich davon anderwärts (2) gehandelt habe.

Die in einigen Landſtätten vorhandene Patricii und Salzjunckern aber werden an Höfen, in Canzleyen, Gerichten und ſonſten, wo nicht quid pro quo genommen wird, ſchwerlich unter den Adel gerechnet; es habe dann ein- oder anderer Ort ein mehreres ruhig hergebracht.

Von der Salzjunckere, ins beſondere zu Werle, Ritterbürtig- und Turnier- auch Stifftmäßigkeit, hat der Freyherr von CRAMER (3) gehandelt.

§. 17.

Aehnlichkeit mit dem Adel. Eine gewiſſe Aehnlichkeit mit dem Adel haben 1. die Gelehrte, welche in einer derer höheren Facultäten den academiſchen Grad eines Doctors oder Licentiatens erhalten haben.

Diſes ergeben die ältere Reichsgeſeze in Policeyſachen; wo z. E. denen Edlen und Graduirten einerley Kleidung geſtattet wird.

Indeſſen ſeynd doch die jezige von denen älteren Zeiten darinn ſehr unterſchiden, und es iſt an denen meiſten Orten von der Gleichſtellung derer Graduirten mit dem Adel nicht einmal ein Schatten mehr übrig; ſeit deme die academiſche Wür-

(1) add. der Tr. von R. Ständen, S. 922.

(2) l. c. pag. 1173. ſqq.

(3) in ſeiner Nebenſt. 53. Theil, 83. S.

Würden ſo gemein, und allen Ignoranten, die ein paar Jahr auf der Univerſität geweſen ſeynd, um die Gebühr zu Theil werden, ſeit deme man alſo die Weisheit und Brauchbarkeit eines Mannes nicht mehr nach diſer Ehle abmiſſet, und ſeit deme der Adel, durch Hülffe der Höfe, ſich über die Verdienſte empor geſchwungen hat, und ein Herr mehr Ehre von einem, der 4. 8. 16. adeliche Ahnen aufweiſen kan, aber ſonſt nichts verſtehet, noch zu gebrauchen iſt, zu haben glaubt, als von Einem bürgerlichen Standes, der ihme, ſeinem Haus und Land, die allerwichtigſte Dienſte leiſtet.

2. Gibt es ſo genannte adeliche Hof- Civil- und Militar-Chargen, das iſt, Aemter, a) welche zugleich von adelichen und bürgerlichen Perſonen bekleidet werden, z. E. wo in einem Collegio eine adeliche und gelehrte oder bürgerliche Banck iſt, oder wo gar die Adeliche und Bürgerliche unter einander ſizen, nachdeme der eine oder andere länger in Dienſten iſt; b) Dienſte, welche zu bekleiden einer von Adel kein Bedencken zu tragen hat: Dahin gehören die Rathsdienſte bey Reichsſtänden, zumalen die höhere; (wiewol, da an manchen Orten auch damit ſo verſchwenderiſch umgegangen wird, kein Wunder iſt, wann auch die alte Achtung davor mercklich hinwegfället;) ſo dann gewiſſe militar-Dienſte. Vormals wurden nur die Staabs-Officiers- und noch höhere Stellen dafür angeſehen,; nun aber ſezen ſich auch die Hauptleute und Rittmeiſtere in diſe Claß, ja wohl alle Ober-Officiers, ob gleich manche, wann ſie reduciret werden, ſich genöthiget ſehen, Profeßionen und Handwercker zu treiben, oder ſich gar zu noch geringeren Dienſten gebrauchen zu laſſen.

Von Bayern meldet der Freyherr von KREITTMAYR (1): Der Amtsadel könne ſich jene Prärogativen nicht zueignen, welche von der Ritter- und Stifftmäßigkeit abhangen, mithin gewiſſe Ahnen erfordern, folglich weder zum Cammerſchlüſſel, oder Ritterorden, noch zu einer adelichen Domprabend aſpiriren. Mit eben ſo wenigem Fug könne ſich Jemand, unter dem Vorwand ſeiner Amtscharge, ſo hoch und anſehn-

(1) ad Cod. civ. Bavar. S. 2322.

lich diſe auch immer ſeyn möchte, der ſogenannten Edelmanns-freyheit und davon dependirender Rechten anmaſſen, ſo fern man ſich nicht ex alio capite hinlänglich hierzu qualificiren möge.

§. 18.

Des Adels Vorrechte.

In Anſehung derer dem reſp. hohen und nideren Adel anklebenden Vorrechte iſt, über das bereits geſagte, noch zu bemercken:

1. Selbige beruhen theils auf denen gemeinen Rechten, theils auf denen beſonderen Landesverfaſſungen.

Die aus denen gemeinen Rechten hergeleitete wollen um ſo weniger beſagen, weilen beſagte gemeine Rechte und die ſowohl ältere als neuere Staatsverfaſſung unſeres Teutſchen Reichs nicht zuſammen paſſen.

Der Freyherr von KREITTMAYR (1) mercket auch ſehr wohl an, daß viles, ſo von manchen Schrifftſtellern unter die Vorzüge des Adels gerechnet werden, entweder denen von Adel mit Andern gemein ſeye, oder mehr ad officia humanitatis als neceſſitatis gehöre, oder ſchon veraltet und abgeſchafft, oder gar lächerlich ſeye; welches alles er mit Beyſpilen belegt.

Was aber nach denen beſonderen Verfaſſungen und Herkommen derer einzelnen Teutſchen Lande dem hohen und nideren Adel da und dorten für Vorrechte zuſtehen, das verdiente allerdings unterſucht, angemercket, und gegen einander gehalten zu werden: Meine Zeit und der Plan diſes Werckes aber geſtatten es nicht; dahero ich mich, bloß zur Probe, folgendes anzuführen, begnüge.

Von Bayern ſchreibt der Freyh. von KREITTMAYR (2): „So vil die in hieſigen Landen übliche ſo genannte Edelmannsfreyheit belangt, wodurch ſich der mehr und minder gefreyete Adel von einander diſtinguiret, beſtehet ſolche theils in der Jurisdiction auf den einſchichtigen Bauerngütern, theils in dem kleinen Weidwerck auf Landgerichtlichem Boden, wie auch bey Succeßionen in dem ſo genannten Mannsvortheil und

(1) ad Cod. civil. Bav. S. 2318.

(2) l. c. S. 2319.

und Ausſchlieſſung der Töchter von väter⸗ mütter⸗ und brü⸗
derlicher Verlaſſenſchafft. ⸗ ⸗ ⸗ Wer demnach die Edelmanns⸗
freyheit nicht hat, der kan ſich jeztgedachter Gerechtſamen hier
zu Land nicht anmaſſen, er ſeye gleich Graf, Freyherr, oder
Edelmann, und zwar von ſo alt⸗ und Stifftmäßigem Adel,
als es immer ſeyn mag: Dann da ſiehet man nicht auf die Ah⸗
nen, ſondern ⸗ ⸗ nur ad An. 1557. oder ſeitherige ſpeciale Con⸗
ceßion. "

Weil man (1) aber nach der Hand diſe landesherrliche Conceßion allzuſehr mißbrauchte, und über die Gebühr auszu⸗dehnen ſuchte; ſo lieſſe der Churfürſt Maximilian nicht nur An. 1641. 1. Mart. ein Erläuterungsdecret in Druck ausge⸗hen, ſondern befahl auch, daß zu weiterer Ertheilung der Edel⸗mannsfreyheit nicht mehr angerathen werden ſolle, es wären dann ſonders erhebliche Urſachen hierzu vorhanden; und ſoll auch ſolchen Falls die Conceßion anderer Geſtalt nicht, als Le⸗henweis, geſchehen, annebens bey den Gütern, welche nur 4. Meilen weit von den Hauptſtätten und Veſtungen gelegen ſind, die Jurisdiction und Scharwerck allzeit vorbehalten werden.

Beſonders hat auch Herr Rath PRUGGER (2) von dem Bayriſchen Adel gehandelt. Unter anderem meldet er: Deſſen heutige Verfaſſung ſeye aus dem Anfang des 14den Jahrhunderts herzuleiten. Er theilet diſen Adel auch 1. in den der Edelmannsfreyheit fähigen, und 2. den gemeinen; von welch⸗ lezterem er anmercket: Ein Kayſerlicher Adelsbrieff gebe die Rechte des Bayriſchen Adels nicht, wann nicht die Landesherrliche Beſtättigung und Bekanntmachung hin⸗zukomme; und überhaupt erforderen alle beſondere Adels⸗freyheiten, z. E. die Jagd auſſer der Hofmarck, einen beſon⸗deren landesherrlichen Gnadenbrieff. Er erzählet ferner die allgemeine Vorzüge und Freyheiten des Bayriſchen Adels; als 1. die Befreyung von den Untergerichten der Landrichter und Pfleger, 2. das Recht, unbewegliche Güter zu erwerben, und

(1) Derſelbe im Bayriſch. Staatsr. §. 189. S. 441.

(2) Obſ. ad Jus Bavar de Privileg. Stat provinc. p. 11. ſeqq. ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 1. Band, S. 676.

und die Gerichtbarkeit darinn auszuüben; 3. die Jagd; 4. die Hofmarcksgerechtigkeit; 5. Die Majorate und Fideicommiſſe.

Was in Chur-Sachſen dem Adel an Gerechtſamen in perſonal-Sachen zuſtehe oder nicht? davon trifft man viles beyſammen an in LüNIGS *Corpore Juris Saxonici* (1): Es iſt aber hierher zu weitläufftig.

Von dem Lüttichiſchen Adel kan ich diſes Reichs-Hofraths-Concluſum mittheilen:

Jovis 6. Mart. 1766.

Leodienſis & Loſſenſis Nobilitas, alterum ibidem Statum provincialem formans, puncto Confirmationis Ordinationis à Dn. Principe & Epiſcopo Leodienſi die 2. Maj. 1765. conditæ.

Publicatur Reſolutio Cæſarea: Sacra Sua Cæſarea Majeſtas hum. Conſilii ſui Imperialis aulici Votum clem. approbavit; in cujus ſequelam,

1. Ponatur Partis impetrantis Mandatum procuratorium ad Acta.
2. Fiat petita Confirmatio Ordinationis de 2. Maji 1765. in forma conſueta.

Die Br. Wolfenbütteliſche Landesfreyheiten von 1770. enthalten von Art 54. biß 74. die beſondere Freyheiten der Ritſchafft.

Art 54. heißt es: Die Ritterſchafft ſeye allezeit als der Mittelſtand äſtimiret worden;

Und Art. 55. Das Corpus der Ritterſchafft ſoll uniret bleiben.

Einer Schrifft, darinn die Gerechtſame der Lüneburgiſchen Ritterſchafft ausgeführet worden seynd, habe ich ſchon oben gedacht.

Die Rechte des Adels im Herzogthum Bremen (2), (nicht aber in Verden,) ſind in dem Bremiſchen Ritterrecht zuſammengefaßt, welches im Jahr 1577. 22. Dec. vom Erzbiſchoff Heinrich beſtättiget, zu Stade 1673. gedruckt, und eben daſelbſt 1739.

(1) ſ. das real-Regiſt. Art. Adel.

(2) H. von SELCHOW Elect. Jur. Germ. pag. 512.

1739. mit kurzen, von der Landesherrſchafft beſtättigten, eine geſezliche Krafft habenden, Anmerckungen wiederum herausgegeben worden iſt:

Eben daſſelbe iſt auch bey Hrn. Vicepräſidenten von PUFENDORF (1) zu leſen.

Von denen Vorzügen diſes Bremiſchen Adels meldet Herr G. J. R. AYRER (2): Ad Jura Nobilium Bremenſium ſingularia pertinet, quod nemo eorum coram Præfectis, vel aliis Judiciis inferioribus conveniri poſſit, ſed immediate, vel in Curia provinciali, vel in Cancellaria Juſtitiæ, actione tam perſonali, quam reali, pulſari debeat. Quodſi vero culpam contra Tertium, Jurisdictioni inferiori ſubjectum, agendum ſit, electionem Fori habet, utrum illum ibi in jus vocare, an ſtatim coram Judicio aulico convenire, velit; (per Reſolut. Reg. de 1663. d. 20. Maji.) Ad munera quoque publica in Ducatu Bremenſi, Drotſatorum nimirum, aliasque Dignitates nobiles, præ ceteris admitti vi Privilegiorum Regiorum & debent & ſolent Equites Bremenſes, (Vid. dicta Reſolut. nec non Königl. Schwed. Reſolut. d. d. Stockholm, den 3. Jul. 1683. item Reſolut. de An. 1696. den 17. Jul. §. 6. & Reſolutio Regia de 1732. d 30. Jul.) ſi idonei munerum Candidati adſint; ſicuti inprimis etiam ſupremus Venatorum Regiorum Magiſter ex Nobilitate Bremenſi legitur; (per Reſolut. de 3. Jul. 1683. §. 4.) Neque ſilentio hic prætereunda eſt Regia munificentia, ex qua quotannis 1200. Thaleri 4. Equitibus Bremenſibus, qui Literarum ſtudiis ſe dicarunt, deſtinati ſunt; (per dictam Reſolut. §. 3. & confirmatam d. 15. Nov. 1715.)

Von der Mecklenburgiſchen Ritterſchafft, deren Freyheiten, und denen unter Herzog Carl Leopold darüber entſtandenen, auch an den Reichs-Hofrath gediehenen, Streitigkeiten,

(1) in der Obſerv. Jur. univ. Tom. 4. Append. n. 1.
(2) de Præd. Nobil. Bremenſ. equeſtr. §. 36.

ten, findet man allerley in dem Vorbericht zu denen *Deciſ. Imper. in Cauſ. Mecklenburg.* S. 19. u. f. (Aufl. 1746.)

Sie klagte bey dem Reichs-Hofrath:

1. Obwohl faſt in der ganzen Welt, und ſonderlich in dem heil. Röm. Reich, der Adelſtand ſeine beſondere Prärogativ und Diſtinction vor geringeren Ständen hat, auch in ſpecie im Lande Mecklenburg von uralters her und in alle Wege davon diſtinguiret, demſelben auch bey aller Gelegenheit die gebührende Præference gegönnet worden; ſo iſt man dennoch während der bißherigen Mißhelligkeiten am Fürſtlichen Hofe bedacht geweſen, wie man des Adels Prärogativ verringeren möchte; wie man denn zu dem Ende a) erledigte adeliche Lehn nicht wiederum an Adeliche, ſondern geringeren Standes und Adelichen Lehens nicht fähige Perſonen conferirt, um dieſelbe bey denen Landtagen und Conventen unter den Adel mit zu mengen, und ſolchergeſtalt mit der Zeit die uralte adeliche Güter von denen alten adelichen Geſchlechtern ab- und an geringere Standes-Familien zu bringen: Und obwohl b) Fürſtl. Seits hiebevor ſchon einigemale gnädigſt verheiſſen worden, daß, da bisher eine uralte, bey veränderten jezigen Zeiten, und geſtiegenen, oder anderen beygelegten, verbeſſerten Tituln, allein dem Adelſtand continuirte verkleinerliche Titulatur gegen den Adel in der Fürſtlichen Canzley gebraucht worden, dieſelbe gnädigſt geändert und convenabler eingerichtet werden ſollte; ſo iſt doch ſolches bisher unterblieben. 3. Wird es in denen Fürſtlichen Canzleyen dahin dirigirt, daß, wenn ein Edelmann mit einem Fürſtlichen Amtmann zum Commiſſario verordnet worden, der Dignität des Adels und deſſelben Prärogativ zuwider, der Amtmann dem Edelmann in ordine ſowohl, als auch der Titulatur, vorgezogen worden. 4. Wenn auch ein Amtmann, bey ſolchen Commißionen nicht allein, ſondern auch bey andern Zuſammenkünfften, und bey der Concurrenz ſo gar mit Landes-Deputirten von der Ritterſchafft, den Rang im Vortritt über den Edelmann prätendiren und zuweilen de facto nehmen müſſen; da doch notorium, daß es mit denen Mecklenburgiſchen Amtmännern keine ſolche Bewandtniß als wohl in andern Landen habe, allwo die Amtleute die Landes-

Herr-

Herrſchafftliche Hoheiten zu beobachten, und die Jurisdiction öffters über Amtsſäßige Edelleute zu exerciren haben, auch vile ſelbſten Edelleute ſind; dahingegen die Mecklenburgiſche nudi Penſionarii, ſo durch eine gute Wirthſchafft ſich ſo weit poußiret haben, daß ſie ein Fürſtlich Amt in Verpachtung nehmen können. 5. Wenn bey Fürſtlichen Leichbegängniſſen, Einzügen, und dergleichen Solennitäten, die Ritterſchafft, als Vaſallen des Landes, zum Splendeur ihres gnädigſten Herren verſchriben worden, man einige Zeit her bey dem Fürſtl. Hofe die Diſtinction des Adels nicht beobachtet, ſondern verſchidene, ſo nicht von Adel, meliret worden ꝛc. Weil aber ſolches zur Verkleinerung des Adels gereichet; ſo bittet die Ritterſchafft, allen diſen Gravaminibus nachdrücklichen Wandel zu geben.

add. §. 19.

Der Herren- und Ritter-Stand in Oeſterreich ob der Enns haben unter anderem folgende Vorrechte (1): 1. Daß ſie nach Belieben ſelber neue Mitglider annehmen, und dieſelbe dahin anhalten dörffen, daß ſie ſich gegen die alte Geſchlechter reverſiren müſſen; 2. daß ſie nicht aus der Land, oder in keinerley Sach vor ein fremdes Gericht, können gezogen werden; 3. daß die Hoſthätung, oder Landesfürſtliche Gerichte, anders nicht, als mit Herren, Rittern und Knechten, ſolle beſezet werden; 4. das uralte, und noch von Bayern mitgebrachte, herrliche Recht und Gewohnheit, daß ſie ihren abgeſtorbenen Befreundten ſelber ſperren, inventiren, die Wittwen abfertigen, die Verlaſſenſchafft vertheilen, die hinterlaſſene minderjährige Pupillen bevormunden, und alles in dergleichen Fällen nöthige, (wann ſich anders zwiſchen denen Erben kein Streit ereignet,) ohne Zuziehung des Gerichts, vorkehren mögen; durch welch herrliches Privilegium gar vile Familien, mit Beyhülffe ihrer Befreundten bey ihren Gütern erhalten werden; ferner 5. die Zoll- und Maut-Befreyung von eigenen Gütern; 6. das adeliche Criminal-Gericht, u. d.

(1) H. PÜTTERS Handb. von den beſond. teutſch. Staat. 1. Theil, S. 194.

Ob die Schloßgeſeſſene in Pommern vor andern Edelleuten einen Vorzug haben? darüber haben Herr GERKEN und H. von SELCHOW verſchidene Meinungen (1).

In der Grafſchafften Hova An. 1706. confirmirten Freyheiten lautet es: „ 3. Daß der Adel und die Ritterſchafft = = in Unſern beyden Grafſchafften Hoya, ſamt dem Amt Harpſtedt, und den denen Grafſchafften incorporirten Thedinghäuſiſchen und Weſtiſchen Diſtriet bey denen in dem Hoyaiſchen Landtagsabſchid de An. 1697. enthaltenen Juribus zu laſſen, und dawider von Niemanden zu betrüben, das verſtehet ſich von ſelbſten; und kan es deſto weniger einen Zweifel haben, weil Unſere unterm 18ten Aug. 1705. darüber ertheilte Confirmation ſolches im Munde führet.“ Worauf noch Particularien folgen.

Manche Gattungen von Adel haben ihre beſondere Vorzüge; welche entweder auf der Ahnen-Zahl, oder der Stiffts- oder Landesverfaſſung, ꝛc. beruhen.

Der alte Stifftsmäßige Adel hat mancherley, bald allgemeine, bald beſondere, Vorzüge.

Unter jene gehöret z. E. daß einer von Adel, der 4. adeliche Ahnen erweiſen kan, nach denen Reichsgeſezen Cammergerichts-Aſſeſſor zu Wezlar werden kan, ohne einen academiſchen Grad erlanget zu haben.

Unter die beſondere Vorzüge des alten Adels iſt ferner zu rechnen, daß ſie allein, und kein Anderer von Adel, gewiſſer Dom- und Stifftsherren-Stellen (welche gar den Weg zur Chur- und Fürſtlichen Würde bahnen können,) fähig seynd; ſo auch derer oben beſchribenen Ritterſtellen und Commenden.

Jngleichem werden in manchen Reichsſtändiſchen Canzley- oder Juſtiz-Collegiis nur die Alte von Adel auf die adeliche Bäncke genommen, oder auch gar das ganze Collegium nur mit dergleichen beſezt, z. E. das Geheime Raths-Collegium zu Hanover.

Von des Adels Aufwartung bey der Staatsbedienung hat

(1) ſ. des lezteren juriſt. Bibl. 3. Band, S. 430.

hat mein l. Sohn (1) gehandelt; beſonders auch bey Leichbegängniſſen (2), bey Vermählungen (3), bey Tauffen ꝛc. (4).

Von adelichen Hofbedienungen aber hat er in einem einem eigenen Capitel von 27. §§. geredet (5).

So iſt auch ein groſſer Unterſchid unter denen perſonal- und real-Gerechtſamen, welche einem ganzen Ritterſchafftlichen Corpori zuſtehen, und denen, deren ſich ein jeder Beſizer eines Ritterguts ꝛc. zu erfreuen hat.

§. 19.

Rechte, in Anſehung ihrer Perſonen.

Was die perſönliche Vorzüge des Adels überhaupt anbelangt; ſo wüßte ich, nach der jeztmaligen Beſchaffenheit der Zeiten und der Denckensart der geſitteten Welt, demſelbigen keine weitere beyzulegen, als daß einer von Adel vor einer bürgerlichen Perſon, die kein Amt hat, ſo ihro einen Rang gibt, den Vorgang verlangen kan, und daß einer von Adel ordentlicher Weiſe eine höhere Titulatur bekommt, als eine bürgerliche Perſon.

Von dem Titul: Edel, ſo ſchon im 14. und 15den Jahrhundert von dem Kayſer und denen Landesherrn Landſäßigen von Adel beygelegt worden ſeye, ſehe man an unten (6) angezeigtem Ort.

Daß vormals öffters auch der landſäßige ſo wohl hohe als nidere Adel ſich der Schreibart: Von GOttes Gnaden, und: Wir bedienet habe, hat Herr Hofrath SCHEID (7) aus Urkunden erwiſen.

Von Beylegung der von dem Kayſer Landſaſſen ertheilten Titulaturen aus der Landesherrlichen Canzley iſt der Tr. von den Kayſerl. Regierungsrechten und Pflichten nachzuſehen.

(1) im T. Hofrecht, 1. Band, S. 206.
(2) S. 442.
(3) S. 557.
(4) S. 651.
(5) 2. Band, S. 171. u. f.
(6) in H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 2. Band. S. 334.
(7) vom hohen und nid. Adel, S. 114. 388. und 421. : 438.

Ein gleiches verlangen auch die Reichs-Vicariats-Höfe in Anſehung derer von ihnen bewilligten Titulaturen (1).

In dem Chur-Bayriſchen Mandat über die Landſchafftliche Gravamina von 1669. lautet es: „Wir erinneren Uns zwar gnädigſt, aus was guter Meynung die vorherige Decrete der Titulaturen halber ausgefertiget worden: Dieweil aber der Adel bey dem 21ſten Punct gebeten, ihme ein mehreres Prädicat zu bewilligen; ſo wollen Wir gnädigſt geſchehen laſſen, daß deme hinfüro von den Privatis: Wohledel und: Geſtreng zugeſchriben, auch deſſen Töchter, Fräulein tractirt werden:“

Daß ſich aber indeſſen die Zeiten auch hierinn mercklich geändert haben, iſt bekannt.

Wegen des Rangs derer Perſonen vom hohen und nideren Adel, die nicht aus anderen Gründen einen mehreren Rang haben, kan man meines ſ. Sohnes Teutſches Hofrecht und LüNIGS *Theatrum ceremoniale* nachſchlagen.

Bekanntlich gehen übrigens vile Gelehrte und Andere bürgerlichen Standes, ſo in anſehnlichen Aemtern ſtehen, vilen von Adel vor.

In dem bereits angeführten Chur-Bayriſchen Mandat über die Landes-Gravamina von 1669. heißt es: „Dabey Wir jedoch, zu Erhaltung des alten Adels Reſpect, noch diſes gnädigſt bewilliget, daß Unſere Beamte, ſo nicht von dem alten Adel ſind, wenn ſie ſchon auch den Rathstitul haben, in den öffentlichen Zuſammenkünfften vor denſelben keinen Vorzug haben ſollen.“

So bekommen auch bürgerliche Perſonen, die angeſehene Bedienungen haben, in Landesherrlichen Reſcripten eben ſo wohl, als die Adeliche, im Eingang einen gn. Gruß, und im Schluß eine Gnaden-Verſicherung.

Wegen der Mecklenburgiſchen Landesbeſchwerden reſolvirte der Kayſer An. 1733. 23. Mart. unter anderem:

„Die Verkleinerung derer von Adel in der Titulatur und denen an ſie auszulaſſenden Reſcripten und Verordnungen belangend. ad

(1) ſ. Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenb. 2. Theil, S. 180. (Aufl. 1746)

ad Grav. 2. werden die ſämtliche Fürſtlich-Mecklenburgiſche Collegia und Gerichte dahin erinnert und angewiſen, daß hinkünfftig in denen an ... die von Adel zu erlaſſenden Reſcripten und Verfügungen, uralter Obſervanz gemäß, der Fürſtliche gnädigſte Gruß prämittiret, auch am Ende die gewöhnliche Gnaden-Gewogenheit oder Verſicherung beygeſezet; hiernächſt ... denen von Adel zum wenigſten die alte Titulatur, biß ſelbige, verſprochener maſſen convenienti modo verbeſſert, beygelegt, und im übrigen ſolche Reſcripte und Verordnungen, ratione perſonæ prouti moris & ſtyli, eingerichtet, ſelbige aber nicht in forma patenti ausgefertiget, ſondern mit dem Sigel desjenigen Fürſtlichen Collegii, welches ſelbige expediren läſſet, verſchloſſen und, mit gehöriger Aufſchrifft verſehen, ſolchergeſtalt ... denen von der Ritterſchafft zugeſandt werden ſollen."

Ferner An. 1734. 20. Nov. „Was den Gnadengruß und die am Ende angehängte Gnadenverſicherung in denen an ... die von Adel zu erlaſſende Verfügungen und Reſcripten betrifft; laſſen es Kayſerliche Majeſt. (mit Verwerffung aller vorgebrachten unſtatthafften Einwendungen,) lediglich bey der Kayſerlichen Reſolution vom 23. Mart. 1733. bewenden, und befehlen ihme, Herrn Commiſſario, nochmals allergnädigſt, ohne Unterſcheid derer characteriſirten und anderer von Adel, in denen an ſie zu erlaſſenden Reſcripten den Gnadengruß und die Gnadenverſicherung beyzuſezen."

De Beneficio Competentiæ Nobilibus competente, führet der Freyherr von CRAMER (1) ein Cammergerichts-Decret von 1762. 17. Dec. an, darinn es bewilliget worden iſt.

Bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (2) iſt der Saz ausgeführt: Das beneficium Competentiæ gedeihet im Fürſtenthum Calenberg nur denenjenigen an, welche Roßdienſtpflichtig ſind.

Das Heßiſche Oberappellationsgericht zu Caſſel ſprache (1):

(1) Obſ. 896. Tom. 3. p. 461.

(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 171.

(1): Dem Adel komme nach denen Rechten keine Competenz zu: Wohl aber in Heſſen, ſo fern ſie Vaſallen ſeyen.

Wann einer von Adel von ſeinem Landesherrn auf eine ungebührliche und widerrechtliche Weiſe mißhandelt wird, bekommt er freylich eine gröſſere Satisfaction, als ein gemeiner Mann: Aber eben diſes würde auch einer Perſon bürgerlichen Standes wiederfahren, die in einem anſehnlichem Amt ſtehet.

Zu der erſteren Gattung gehöret diſes Reichs-Hofraths-Concluſum:

Lunæ, 20. Oct. 1738.

von Wendeſſen contra Herrn Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg, in pto Injuriarum & Violentiarum.

Wird, allen in diſer Sache vorgekommenen Umſtänden nach, zu Recht erkannt: Daß,

1. Quoad punctum Satisfactionis, hiermit nochmalen alle wider Klägern von beklagtem Herzog Carl Leopold zu Mecklenburg, theils ſelbſt, theils durch die Seinige, am 9. Sept. 1735. zu Wißmar unternommene, ganz ungebührliche, einem Reichsfürſten durchgehends ohnanſtändige, Thathandlungen und enorme Violentien, auch andere nachhero mehrers beſchehene, vor den Impetranten höchſtſchimpfliche und Ehrenrührige Facta auctoritate Cæſarea, als unfertig und ungerecht, hiemit verworffen und declariret werden; mit der weiteren aus Kayſerlicher Macht und Vollkommenheit beſchehenden gerechteſten Erklärung, daß ſolches alles Klägern und denen Seinigen nun und zu allen Zeiten, an ſeinen Ehren, gutem Namen, und bekannten rühmlichen Aufführung, auch ſonſt allenthalben, ganz ohnnachtheilig, ohnſchädlich und zu einigem Vorwurff von Niemand, wer es ſeye, in einigen Weg gereichen, vilmehr der- oder diejenige, ſo, wider diſe Kayſerliche allerhöchſte obriſtrichterliche Declaration freventlich zu handlen, ſich unterfangen würden, ipſo facto eine Pön von 50. Marck Goldes, (halb dem Kayſerlichen Fiſco und halb dem Kläger verfallen,) ver-

(1) ſ. H. von SELCHOW jur. Bibl. 3. Band. 320. S.

verwürckt haben ſollen: Und damit ſich Niemand Unwiſſenheit halber entſchuldigen möge, ſolle diſe Kayſerliche, zu Rettung des an Ehre ſo ſehr beleidigten Impetranten ergehende, allergerechteſte Erkenntniß im Herzogthum Mecklenburg autoritate Cæſarea, durch die behörige Wege zur offentlichen Kund- und Wiſſenſchafft gebracht werden.

2. Soll denen in Klägers Exhibito de præſ. 16. Sept. 1737. benannten Perſonen, als dem Corporal Voß, Aug. Brockmüllern, Fürſtl. Laquayen, und denen Unterofficieren, Namens Kalling, Vollmar, Malm und Dieſtel, welche ſich von Herrn beklagten zu der den 9ten Sept. 1735. in Wißmar verübten ungemeſſenen Gewaltthat gebrauchen laſſen, alles Ernſtes nachgetrachtet, wo ſie anzutreffen, zur Hafft gebracht, und ihrer Beſtrafung halber ſo dann gebührend autoritate Cæſarea verfahren, auch zu dem Ende an den Kayſerl. Herrn Commiſſarium in Mecklenburg die nöthige Verordnung ertheilet werden.

Was den punctum Indemniſationis & Alimentationis anlanget; ergehet die rechtliche Erkenntniß dahin: Daß

3. Klägern, ſo lang er nicht wieder zu einer anſtändigen Bedienung, und zwar in dem Herzogthum Mecklenburg, (immaſſen andere auswärtige Dienſte darunter nicht begriffen werden,) gelanget, à tempore der ihm widerfahrenen enormen Mißhandlung, zum Behuf ſeines Unterhalts, jährlich ein Beytrag von 500. Thl. in vierteljährigen Ratis, aus des Impetratiſchen Herrn Herzogs Cameral-Intraden, durch die Kayſerliche Commißionscaſſe dergeſtalt zu entrichten, daß ihme das zugeſprochene Quantum, ſo vil es pro præterito austragen wird, alſofort bezahlt, pro futuro aber mit der unaufhaltlich-richtigen Zahlung aus gedachter Kayſerl. Commißionscaſſe continuiret, und darunter um ſo mehr richtig innegehalten werde, als eben deßwegen ein ſo mäßiges, dem dermaligen Caſſä-Zuſtand erträgliches, Quantum Impetranten zugebilliget und ausgeſezet worden.

4. Punctum Damnorum & Expenſarum anlangend: Würde Kläger diſſfalls in ſeparato, mit allenthalben hinlänglicher

licher Beſcheinigung, anruffen; ſo ergehet auch darunter, was Rechtens.

5. Cum notificatione horum omnium, reſcribatur dem Kayſerlichen Herrn Commiſſario im Mecklenburgiſchen: Nachdeme Ihro Kayſerliche Majeſt. in gegenwärtiger wider Klägern von beklagtem Herzog Carl Leopold den 9. Sept. 1735. zu Wißmar ausgeübten enormen Thathandlung, zu Rettung des an ſeiner Ehre, guten Leumuth, auch Leibesgeſundheit, ſo ſehr gekränckten und beleidigten Impetranten, obige Kayſerliche allergerechteſte Erkenntniß auszuſprechen, bewogen worden; als werde ihme, Herrn Commiſſario, hiemit gnädigſt aufgetragen, dasjenige, was in Membro 1. in puncto Satisfactionis enthalten, autoritate Cæſarea im Mecklenburgiſchen durch die behörige Wege zu Männiglichs Wiſſenſchafft zu bringen, ſo wohl auch denen von Klägern ſpecifice angegebenen Perſonen, welche ſich von dem Impetratiſchen Herzog zu der greulichen Mißhandlung gebrauchen laſſen, allen Ernſtes nachtrachten, und, da ſie im Mecklenburgiſchen ſich betretten lieſſen, ſelbige ſo fort zur Hafft bringen, und wider ſie alsdann, der verdienten Beſtrafung halber, gebührend verfahren zu laſſen; hiernächſt aber alles dasjenige, was in Membro 3. der Kayſerlichen rechtlichen Erkenntniß in puncto Indemniſationis & Alimentationis ausgeſprochen worden, autoritate Cæſarea zur Execution zu bringen, forthin damit Impetranten das ihme jährlich als ein Unterhalts-Beytrag zuerkannte Quantum pro præterito ſo fort aus der Kayſerl. Commißionscaſſe entrichtet werde, autoritate Cæſarea, und mit Zuziehung derer zum Caſſaweſen beſtellten Landräthe, zu verfügen, ratione futuri aber, daß ſolches in vierteljährigen Ratis ohnnachbleibend, und gleich anderen unverſchieblichen Ausgaben, aus der Kayſerl. Commißionscaſſe jederzeit richtig abgetragen werde, zu veranſtalten; geſtalten ſolches Ihro Kayſerlichen Majeſt. ausdrücklicher und ernſtlicher Wille um ſomehr ſeye, als Allerhöchſtdieſelbe eben deßhalber nicht ſo wohl ein ſonſten denen Rechten und der Billigkeit gemäſſes,

mäſſes, als vilmehr dem dermaligen Caſſenzuſtand erträgliches und leidentliches Quantum Klägern zum Behuf ſeines Unterhalts zugebilliget und ausgeſezet hätten: Und wollten übrigens Ihro Kayſerliche Majeſt. von dem Vollzug diſes allergnädigſten Reſcripts ſein, des Herrn Commiſſarii allergehorſamſten Berichts in termino duorum menſium gewärtig ſeyn.

6. Fiat etiam Reſcriptum notificatorium, ſo vil den punctum Alimentationis betrifft, an die zum Caſſaweſen beſtellte Landräthe, mit dem Anhang: Nachdeme Ihro Kayſerliche Majeſt. das dem Impetranten in obberührtem gerechteſten Erkenntniß zu einem Beytrag ſeines Unterhalts ausgeworffene Quantum von 500. Rthl. deßhalber auf ein ſo mäßiges und dem dermaligen Caſſä-Zuſtand erträgliches allergnädigſt determiniret, damit hingegen auch deſſen jedesmalige ohnnachbleibliche richtige Bezahlung erfolgen ſolle; alſo befehleten Allerhöchſtdieſelbe ihnen, beeden Landräthen, hiemit allergnädigſt und ernſtlichſt, bey der Caſſe ſolche Veranſtaltung zu thun, und Sorge zu tragen, daß Impetranten der ihm rechtlich zuerkannte jährliche Unterhalts-Beytrag pro præterito ſo fort, pro futuro aber in vierteljährigen Ratis, ohnfehlbar, und gleich andern bey der Caſſa zu beſtreitenden ganz unverſchieblichen Ausgaben, entrichtet, und damit genau zugehalten werde; immaſſen an Ihro Kayſerliche Majeſt. ſie von allergehorſamſter Befolgung ihren allerunterthänigſten Bericht ſub termino duorum menſium zu erſtatten hätten.

Durch eine fernerweite Kayſerliche Reſolution von 1739. 12. Jan. wurde dem von Wendeſſen die Oberjägermeiſter-Stelle zuerkannt, wobey er ſeine 500. Thl. ſo lang behalten ſollte, biß ſich mit dem Oberforſtinſpector von Petersdorff eine Veränderung zutrage, und dadurch deſſen Gehalt von 800. Thl. erlediget werde.

§. 20.

Die von Adel haben zwar in denen meiſten, doch nicht in allen, Landen, (wenigſtens nicht alle,) ihren Gerichtsſtand nicht vor denen Herrſchafftlichen Beamten, oder nideren Gerichten. Gerichtsſtand.

GUNDLING behauptete (1): Daß, der Regul nach, adeliche Perſonen keines Stattraths Gerichtbarkeit unterworfſen ſeyen: Es kommt aber disfalls alles auf jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

Die Juriſtenfacultät zu Erfurt ſprache (2): Der Adel befreye nicht von der Specialinquiſition.

In Bayern (3) ſtehet kein einziger adelicher Landſtand in perſönlichen Sachen unter den Churfürſtlichen Beamten; ſondern in dem Rentamt München unter dem Hofrath, in den übrigen drey Rentämtern aber unter den Regierungen.

Daß in Sachſen und anderwärts der Adel theils unter der Canzley, theils aber unter denen Aemtern ſtehe, iſt ſchon oben gemeldet worden.

In Heſſen ſeynd die von Adel denen Untergerichten nicht unterworffen.

Der Graf zu Oſtfrießland erklärte ſich An. 1626. „Ihrer Gnaden Meinung iſt gar nicht, daß jemand von der Ritterſchafft, præterita prima inſtantia, am Hofgericht per indirectum, durch Auspfändung ihrer Colonorum oder Heuerlinge, ſolle exequiret oder beſchweret werden.“

Ferner wollten die Grafen nach dem Oſterhauſiſchen Accord in criminal-Fällen nicht einmal ſo vile Rechte zugeſtehen, als denen Bürgern und Bauren; weil diſe, aber nicht jene, in beſagtem Vertrag benahmſet ſeyen:

Anno 1618. verlangten die Stände: Den 23. Art. des Oſterhauſiſchen Accords alle Landſaſſen und Einwohner, ſo wohl adelich- als anderen Standes ꝛc. Perſonen, Bürger und Hausleute, genieſſen zu laſſen, und den einen nicht ſchlimmerer Condition zu achten, dann den andern.

Die General-Staaten reſolvirten darauf: Es ſeye keine Urſach einiges Unterſchides, warum die Ritterſchafft nicht ſo wohl, als andere Stände in Criminalibus entweder vor der Canzley oder dem Hofgericht zu ſtehen, die Wahl haben ſoll-

(1) ſ. H. Schotts Critik, 4 Band, S. 814.
(2) l. c. 1. Band, S. 708.
(3) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 187. S. 430.

ſollten: Es gehe auch dem Grafen darinn nichts ab, indeme es alle beyde ſeine Gerichte ſeyen, und in dem einen ſowohl als in dem andern die Juſtiz in ſeinem Namen adminiſtiret werde; er ſolle alſo der Ritterſchafft die Election der Canzley oder des Hofgerichts nicht weigern oder abſchlagen.

Der Graf replicirte: Die Urſach, warum die von der Ritterſchafft in Criminalibus die Election nicht haben, ſeye diſe, daß ſie es, wie die andere Unterthanen gethan, bey dem Oſterhauſiſchen Accord nicht ſtipuliret haben, und daß der Graf denen Unterthanen auf dem Land ſolches indulgirt, ihre Scrupuloſität wegzunehmen ꝛc. bleibe derowegen, ſo vil die Ritterſchafft betreffe, diſer Caſus in dem Oſterhauſiſchen Abſchid omiſſus, neque Lege vetante, comprehendendus. Daß beede Gerichte des Grafens wären, ſeye zwar wahr, könne aber nicht dahin gedeutet werden, daß die zwiſchen der Canzley und dem Hofgericht einmal gemachte Verfaſſung geändert werde: Die Untergerichte ſeyen auch des Landesherrns, müſſen aber doch in ihren Schrancken bleiben.

Und anderwärts wurde beygefügt: Man könne nicht begreiffen, wie diſer Art. wider Willen des Grafens, auf die von der Ritterſchafft, welche es bey dem Oſterhauſiſchen Tractat niemals begehrt, nunmehro könne extendiret werden: Pacta enim & transactiones eſſe ſtrictiſſimi juris, nec extendi debere de perſona in perſonam, nec de caſu ad caſum, ne quidem ex ſimilitudine vel identitate rationis; inſonderheit, weil die cauſæ criminales regulariter & ordinarie von des Hofgerichts Jurisdiction exemt ſeyen, und dahero ſtatt habe, quod exceptio firmet regulam in caſibus non exceptis.

An. 1626. aber erklärte ſich endlich Graf Rudolf Chriſtian: „2. Ihro Gnaden ſeynd zufriden, daß die von der Ritterſchafft in cauſis criminalibus den Effectum des 23ſten Art. Oſterhauſiſchen Accords, ſo wohl, als die Unterthanen aus den Stätten und dem Hausmannsſtand, ſollen zu genieſſen haben.“

§. 21.

Bey denen Heurathen des Adels will ich wieder von dem hohen und nideren Adel beſonders reden. Heurathen.

Bey dem hohen Adel ſolle von Rechtswegen die Stan-

desmäßigkeit beobachtet werden: Standesmäßig aber heißt, wann Jemand 1. ſeines gleichen, oder 2. von einem höheren Stand, als er ſelbſten iſt, oder 3. aus dem ſeinem Stande nächſten nidrigeren Grade heurathet.

Indeſſen wird es bey dem mittelbaren hohen Adel noch weniger ſo genau genommen, als bey dem unmittelbaren, und man macht z. E. gar nichts daraus, noch hält man es für unſtandesmäßig, wann ein Graf eine vom nideren Adel heurathet.

Anlangend den nideren Adel; ſo wird nicht für unſtandesmäßig gehalten, wann ein alter von Adel eine neue von Adel heurathet; Nur ſeynd ihre Kinder alsdann nicht Stifftsmäſig, u. ſ. w. oder auch (wo es die beſondere Landesverfaſſung alſo mit ſich bringt,) nicht Landtagsfähig, nicht auf eine adeliche Banck, noch zu gewiſſen Hofämtern, Orden, ꝛc. qualificirt, u. d.

Faſt eben diſe Bewandtniß hat es, wann einer von Adel einer in einem anſehnlichen Amt ſtehenden bürgerlichen Perſon Tochter ehlichet; oder auch einer graduirten Perſon.

Nach der jezigen Denckensart wird eine Heurath eines von Adels mit einer Tochter eines Banquiers, Handelsmann en gros, Entreprenneurs einer conſiderablen Fabric, u. dergl. an vilen und groſſen Orten auch nicht vor ungleich gehalten werden.

Die aus der Ehe eines von Adels mit eines gemeinen Burgers, Handwercksmanns, Weingärtners, Taglöhners ꝛc. Tochter erzeugte Kinder hingegen werden ſchwerlich irgendwo als adelich paßiren.

Ein Fuldaiſches Mannengericht hielte die Ehe einer Adelichen mit einem Unadelichen nicht für eine Mißheurath (1): Aber von was für einer Gattung ware der Unadeliche?

Die Juriſtenfacultät zu Göttingen ertheilte An. 1770. ein rechtliches Gutachten dahin (2): 1. Wann der Freyherr O. eine ehrbare Perſon bürgerlichen Standes in zweyter Ehe heurathen würde, ſeyen die aus ſolcher Ehe erzeugende Kinder allerdings Succeßionsfähig; 2. weder ſein Sohn erſter Ehe, noch

(1) H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 1. Band, S. 518.

(2) H. PüTTERS auserl. Rechtsfäll. 2. Band, S. 525.

noch ſein Bruder, könnten diſen Kindern etwas in den Weg legen; 3. wann des O. Bruder eine ſtifftsmäßige Fräulein heurathen ſollte, würden deſſen Kinder, bey erfolgendem Todesfall des O. Sohns erſter Ehe des O. Kindern zweyter Ehe nicht vorgehen.

§. 22.

Von derer von Adel Ehegatten und Wittwen findet ſich viles in manchen Landesverträgen, Landesfreyheiten, Landtagshandlungen und Beſchwerden an denen höchſten Reichsgerichten: Weil ſie aber allda nicht ſo wohl als adeliche Perſonen, ſondern als Beſizere von Lehengütern, in Betracht kommen; ſo ſchicket ſich ſolches beſſer in den Tr. von der Teutſchen Lehens-Verfaſſung. Ehegatten und Wittwen.

In Bayern legt das Generalmandat von 1641. §. 10. einer ungefreyten Frauensperſon, ſo bald ſie ſich an einen der Edelmannsfreyheit Fähigen verehliget, die nemliche Freyheit bey.

Im Paderborniſchen ſtehen adeliche Eheleute in keiner Communione Bonorum (1).

In der Grafſchafft Lippe iſt auch eine allgemeine Gemeinſchafft der Güter unter den Eheleuten, ohne Unterſchid des Standes und des Amts: Nur die Ritterſchafft iſt davon ausgenommen (2).

§. 23.

Mit derer von Adel Kindern beederley Geſchlechts hat es abermalen die §. *præc.* angezeigte Beſchaffenheit. Kinder.

In der Erzſtifft-Cöllniſchen Weſtphäliſchen Landes-Einigung von 1590. liſet man:

„ 8. Und unter andern ſoll in Weſtphalen gehandhabt werden die adeliche Gewohnheit, daß die Schweſtern, ſo Brüder haben, ſich mit einem ziemlichen Braut-Schaz müſſen ausſteuren laſſen, und, da ſie mit einem gebührlichen Braut-Schaz ausgeſteuert, und für den Freunden in den Heuraths-Beredungen, oder in Heylichs-Brieffen, oder für Gericht, auch ohne

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 104. Theil, S. 490.
(2) H. STRUBENS rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 381.

ohne leiblichen Eyd, (dieweil die Gewohnheit auch ohne den Eyd Pacta de non ſuccedendo beſtättigen kan,) Verzicht gethan, zu weiterer Succeßion, oder gleicher Theilung, mit den weltlichen Brüdern nicht geſtattet werden, und daß vilweniger die begebenen Cloſter-Jungfrauen, oder Mönche, ſie ſeyen gleich von Adel, oder aus den Stätten, mit den Weltlichen ſuccediren oder theilen können; doch mit dem Zuſaz, daß man auch den weltlichen Schweſtern den verſprochenen gebührlichen Braut-Schaz, und den begebenen geiſtlichen Perſonen ihre durch die Eltern oder Freunde vor der Profeßion, nach Gelegenheit der Güter, vermachte ziemliche Leibzucht gewißlich und unverzüglich bezahlen, oder deſſen gewärtig ſeyn ſoll, daß man ihnen durch Zuſchlagung der Güter, oder andere ſchleunige Mittel, zur Bezahlung unverzüglich verheiſſen, oder, da ſolches ins dritte Jahr verachtet, und ſo lang die Bezahlung verzogen, daß ſie dann in die Güter pro Quota hæreditaria immittirt und eingeſezt werden ſollen.

9. Da auch die Gebrüder ohne abſteigende eheliche Kinder und Erben verſterben; ſoll den weltlichen Schweſtern, oder, da die nicht vorhanden, den Geiſtlichen nicht abgeſchnitten werden, was ihnen vermög geſchriebenen gemeinen Rechten gebührt.

10. Da aber die begebene Cloſter-Jungfrauen oder Mönche ihren Orden verlaſſen, und ſich wider ihre Gelübde beſtatten; ſollen ſie der Succeßion und Erbſchafft, wie auch der Leibzucht, unfähig ſeyn.

11. Die Stiffts-Jungfrauen, oder andere weltliche Töchter, ſie ſeyen gleich von Adel, oder Burger- oder Bauren-Kinder, ſollen ſich heimlich ohne der Eltern Wiſſen und Willen nicht beſtatten; ſonſt ſollen ihnen die Eltern bey ihrem Leben von ihren Gütern nichts zu geben ſchuldig ſeyn: Sie ſollen auch nach Abſterben der Eltern keinen vollkommenen Braut-Schaz, ſondern nur den halben Theil des Braut-Schazes, den ſie ſonſt ganz hätten fordern mögen, von den Brüdern zu erfordern und zu erwarten haben; es wäre dann Sach, daß die Eltern bey der Tochter Beſtättigung der Ordnung der Rechten nicht nachgeſezt, und alſo Urſach gegeben, daß ſich die Töchter mit

Wiſſen der Obrigkeit, oder anderer ehrbarer Leut, offentlich an ihres gleichen beſtattet; in welchem Fall ſoll die Straff kein ſtatt haben. “

In der Marck-Brandenburg (1) erhalten die adeliche Töchter zwar den fünften Theil der Erbsportion ihrer Brüder; jedoch iſt ſolcher nicht als ein würcklicher Pflichttheil anzuſehen.

Und adeliche Töchter, welche ſich an Unterofficiers verheurathen, bekommen ihre völlige Ausſteuer aus dem Lehen.

Im Hochſtifft Münſter ſolle der Brautſchaz einer adelichen Fräulein von 3000. Rthl. für genugſam gehalten werden; beſonders wann dagegen kein Verzicht auf die Elterliche Güter geſchehe, ſondern die Erbfolge, ſo weit Rechtens, vorbehalten werde (2).

Im Braunſchweigiſchen Landtagsabſchid von 1770. Art. 9. liſet man: „ Da in weil. Herrn Herzogs Henrici Julii Conſtitution vom 3. Jan. 1593. verſehen iſt, daß die leichtfertige Perſonen, welche denen von Adel, und andern ehrlichen Leuten angeſehenen Standes, ihre Töchtern, Schweſtern und Gefreundinnen zu Falle bringen, höher und ſchärffer, als wenn ſie ſolche unehrbare That an andern ihres gleichen, oder Perſonen von nidrigerem Stande, verrichten, geſtrafet werden ſollen; ſo wollen des Herrn Herzogs Durchl. auf getreuer Stände unterthänigſten Antrag, ſolches alſo beobachtet wiſſen; und fügen dem noch hinzu, daß in ſolchem Falle, wie auch, wenn ohne der Eltern, Vormünder, Brüder, oder Freunde, Wiſſen und Einwilligung, leichtſinnige Zuſage der Ehe geſchehen wäre, nach Vorſchrifft der Fürſtlichen Kirchen- auch Ehe- und Verlöbniß-Ordnung, verfahren werden, auch die Eltern, Brüder und Agnaten, ihren Töchtern, Schweſtern, und Anverwandtinnen, welche ihnen ſolche Unehre zugefüget, mehr nicht, als den vierten Theil deſſen, was ihnen ſonſten nach Landſittlichem Gebrauche zur Abfindung und Ausſteuer gebühret, zu gänzlicher Abfindung zu geben und folgen zu laſſen, verbunden; da

(1) H. von Selchow juriſt. Bibl. 4. Band, S. 68.
(2) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 81. Theil, S. 121.

da hingegen aber auch die Eltern, Brüder und nächſte Freunde, ihren Töchtern, Schweſtern, und Freundinnen, bey vorfallenden Gelegenheiten zu anſtändiger Verheurathung hülfflich und beförderlich ſeyn, auch dieſelben nicht zum Müßiggang, oder unerbaren leichtfertigen Geſellſchafften, gewöhnen, ſondern zur Gottesfurcht, Arbeitſamkeit und Tugend, zu erziehen, und ihnen mit guten Exempeln vorzugehen, ſchuldig ſeyn ſollen.“

Ob unverheurathete Jülich- und Bergiſche Ritterbürtige Töchter mit zu einer Allodialerbſchafft zuzulaſſen, oder ob ſelbige mit einer Heurathsgabe ſich begnügen laſſen müſſen? unterſucht Herr von BUININCK (1) und bejahet das erſtere.

§. 24.

Familie. Ueberhaupt hat der Adel in Familienſachen hin und her einige Vorzüge. Z. E.

In denen Br. Wolffenbüttelischen Landesprivilegien von 1770. iſt Art. 69. verſehen: „Wegen der Kindtauffen und Copulationen derer von der Ritterſchafft, wie auch ihrer Kinder und nahen Anverwandten, auf ihren Häuſern hat es bey demjenigen ſein Bewenden, was in dem Landtagsabſchide de 1682. §. 20. enthalten iſt.“

Wegen des Trauergeläuts für die von Adel und die Ihrige aber wurde es bey demjenigen gelaſſen, was der Landtagsabſchid von 1682. §. 21. enthält.

Und in den Landesprivilegien von 1770. wurde ſich ſo dann Art. 69. darauf bezogen, was diſer Landtagsabſchid §. 51. beſage.

§. 25.

Domeſtiquen. Wegen derer von Adel Domeſtiquen kommt es auf eines jeden Landes eigene Verfaſſung an. Z. E.

In Heſſen ſtehen derer von Adel Domeſtiquen unter denen nideren Gerichten; jedoch können ſie nicht anders, als auf vorgängige ihre Brodtherrſchafft zu thuende Notification, citiret werden (2).

§. 26.

Erbſchafften 2c. Von Erbſchaffts- Fideicommiß- u. d. Sachen will ich diſes wenige melden: Daß

(1) in ſeiner Samml. merckw. Rechtshänd. 4. Band. n. 17.

(2) H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 4. Band, 53. S.

Daß die von einem in einer Statt wohnhafften Edelmanne hinterlaſſene Erbſchafft an beweglichen Gütern dem Abzugsgelde nicht unterworffen ſeye, hat die Juriſtenfacultät zu Erfurt behauptet. (1).

Bey dem Reichs-Hofrath kame folgendes vor:

12. Febr. 1653.

v. Fürſtenberg, Friderich, ſub præſ. 4. hujus, exponit, was maſſen ſeine Voreltern des Adelichen Namens und Stammens derer von Fürſtenberg, Waterlapiſcher Lini, ſonderlich ſein Grosvater Caſpar von Fürſtenberg, ſodann ſein Vatter Friderich von Fürſtenberg zu Erhaltung Stammens und Namens verſchidene Diſpoſitiones, Teſtamenta, Codicill und Fideicommiſſa in favorem des mannlichen Stammens aufgerichtet, dergeſtalt, daß die Güter tanquam bona gentilitia & avita perpetua fideicommiſſi lege de non alienando neque ad ſexum fœmineum transferendo affecta ſeyn und verbleiben ſollen. Solche vorElterliche und väterliche diſpoſitiones wären von unterſchidlichen Churfürſten zu Cölln, als unter deren Landsfürſtlichen Jurisdiction die Güter mehrentheils ſituirt und gelegen ſein, confirmirt und beſtättiget worden, weilen aber auch deren Güter unter andern Herrn und Fürſten gelegen, theils auch Ihrer Majeſt. und des Reichs unmittelbaren Jurisdiction unterworffen, als bittet er, Ihr Kayſ. Majeſt. wollen obgemelte Teſtamenta, lezten Willen, codicillar und fideicommiſſari diſpoſition in Ihren beſondern Kayſerl. Schuz und Schirm nehmen, und ex vi Imperialis Majeſtatis & plenitudine poteſtatis ad effectum clauſulæ ex certa ſcientia proprii motus, item pleniſſimæ cauſæ cognitionis, alle deren defectus, da wider Vermuthen einige vorhanden ſeyn ſollten, ſupplirn, abthun und dieſelbe bey hoher Straf wider alle contraventores & infractores, ſo ſich inskünfftig herfürthun mögten, allergnädigſt beſtättigen und confirmiren mit diſer fernern Erleuterung und ausdrücklichen Verordnung, daß wann und ſo offt künfftig in diſen Fürſtenbergiſchen Stammen ſich mehr dann ein Sohn befindet, alsdann zwar der Eltiſt jedesmahls

(1) ſ. H. SCHOTTS Critic, 1. Band, S. 708.

desmahls in diſem Fideicommiſſo und deſſen einverleibten Gütern und ſo vil deren hinführo noch einverleibt werden mögten, ab inteſtato allein ſuccedirn und den übrigen Söhnen in geiſt- und andern Ständen den competirenden Unterhalt verſchaffen, dem Vatter aber dadurch unbenommen seyn ſolle, diſpoſitionem inter liberos intra terminos hujus fideicommiſſi alſo und dergeſtalt zu machen, daß er den jüngern Sohn dem ältern vorziehen und hæredem fideicommiſſarium inſtituiren möge, auf welchem Fall dann der jünger gegen ſeinen ältern und andern Brüdern dasjenig was ſonſten dem ältern laut des fideicommiſſi obgelegen, zu thun ſchuldig seyn ſolle, apponit confirmationem teſtamenti weyland Friderichs von Fürſtenberg per Fridericum Electorem Colonienſem de dato Poppelsdorff 17. April 1567. Item ſecundo teſtamentum Caſpari à Fürſtenberg de An. 1598. auf Montag 26. Januarii; Item 3. Codicillum ejusdem Caſpari de dato Ratisbonæ 28. Febr. 1608. Item 4. confirmationem teſtamenti Caſpari à Fürſtenberg per Ferdinandum Electorem Colonienſem de dato 18. Maii 1618. Item 5. Teſtamentum paternum Friderici à Fürſtenberg de dato Arnſperg 22. Mart. 1646. Item 6. confirmationem ejusdem Teſtamenti per Ferdinandum Electorem Colonienſem de dato Bonn 27. Junii 1650. Item 7. confirmationem ejusdem Teſtamenti per Maximilianum Henricum Electorem Colonienſem de dato Bonn 13. Oct. 1652. omnia in originalibus appoſita.

Fiat confirmatio petito modo, doch daß das eingelegte memorial vorhero auch von denen allhie anweſenden Brüdern mit unterſchriben werde, & ſtatuatur pœna 30. marcarum auri puri in contravenientes & infractores.

Lunæ 15. Sept. 1766.

Von Malzahn, Freyherr Helmuth, pto Confirmationis Majoratus, ſive Implorans ſub præſ. 1. huj. ſupplicat per à Middelburg um allergnädigſte Beſtättigung innerwehnter von weyl. Helmuth Reichsgrafen von Pleſſen errichteter Majorats-Verordnung, cum Adj. ſub Lit. A.

Würde Supplicant zuforderiſt das inducirte Teſtament in origi-

originali, nebſt allen Zubehörungen, beybringen, ſo erge-
het fernere Kayſerl. Verordnung.

In Bayern wurde An. 1672. eine Pragmatick wegen der Fideicommiſſen, Verzichte der adelichen Töchter, u. ſ. w. errichtet, damit der Adelſtand erhalten werde, und nicht ſo vile adeliche Güter in unadeliche Hände kommen. Sie iſt an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

Was zu dem Præcipuo nobili gehöre, oder nicht? beſonders in dem Jülich, und Bergiſchen, kan man bey dem Freyherrn von CRAMER (2) nachſehen;

So auch von dem jure Devolutionis, in ſo weit es gegen die Veräuſſerung des Præcipui nobilis bewahre (3).

In Schleſien (4) iſt, Krafft einer pragmatiſchen Sanction, kein beſtändiges Familien-Fideicommiß ohne Landesfürſtliche Einwilligung und Beſtättigung gültig.

Anhangsweiſe will ich noch diſes beyfügen:

Von der von einer verwittweten Herzogin zu Savoyen An. 1746. geſtiffteten Ritteracademie zu Wien findet man an unten (5) berührtem Ort Nachricht.

§. 27.

Streitigkeiten mit dem Landesherrn.

In allgemeinen oder beſonderen Streitigkeiten mit dem Landesherrn hat der Adel nichts voraus; es werde dann etwas eigenes deßwegen verglichen. Z. E.

Graf Rudolf Chriſtian zu Oſtfrießland erklärte ſich An. 1626. „Ihro Gnaden ſeynd zufriden, daß alle Streitigkeiten, welche Ihro Gnaden mit Jemand aus der Ritterſchafft, inn- oder auſſerhalb Rechtens, ausſtehend haben, förderlichſt in gütlichen Verhör gezogen, oder, in Entſtehung der Güte, durch Compromiß ſchleunig entſchiden werden ſollen.“

(1) in der Samml. Bayriſch. General. von 1771. S. 83.
(2) in ſeiner Nebenſt. 78. Theil, S. 140.
(3) 83. Theil, S. 41.
(4) ſ. H. SCHOTTS Critic, 4. Band, S. 535.
(5) in der Wiener Realzeitung, 1772. S. 289.

§. 28.

Des Adels Verluſt.

Der Adel gehet durch alles das verlohren, wodurch Jemand ſeine Ehre einbüſſet und infam wird.

Es geſchiehet auch wohl, daß eines alſo Verurtheilten Schild und Helm durch den Scharffrichter offentlich zerbrochen wird.

Doch ſchaden dergleichen Vorfälle denen Kindern und Nachkommen einer ſolchen Perſon nicht; es ſeye dann, daß in denen allergröſten Verbrechen, um Andere deſto eher abzuſchrecken, dergleichen Straffe in der Urtheil namentlich auch auf ſie mit-erſtrecket werde.

Noch vil weniger können in irgend einigem Fall die unſchuldige Agnaten darunter leiden; vilmehr pfleget, wann z. E. Schild und Helm durch den Scharffrichter zerbrochen wird, zugleich erkläret zu werden, daß ſolches denen Anverwandten unnachtheilig ſeyn ſolle.

Kayſer Carl VI. gienge An. 1724. ſoweit, daß er denen Evangeliſchen Cammergerichts-Aſſeſſoren, welche An. 1724. die Oſtern nicht mit denen Catholiſchen feyern wollten, drohete, ihnen ihren angebohrenen oder erhaltenen Adelſtand zu caßiren: Das wäre aber offenbar zu vil; und Er würde es nicht gewagt haben, es zur Würcklichkeit zu bringen.

Wie der Adel, in Anſehung der Kinder, durch eine väterliche Mißheurath verlohren gehe? iſt ſchon oben gemeldet worden.

In **Bayern** verliehrt, Krafft Generalmandats von 1641. 1. Mart. §. 8. 9. eine mit Edelmannsfreyheit begabte Frau diſe Freyheit, ſo bald ſie ſich mit einem verehlichet, der diſe Freyheit nicht hat.

Ob der Adel durch Treibung einer Gattung Handlung verlohren gehe? darinn iſt die Denckensart derer vorig- und jezigen Zeiten gar ſehr unterſchiden. Vormals glaubte man, als das Fauſtrecht noch im Schwang gienge, Kauffleute auf der Straſſe plünderen, ſchände den Adel nicht, wie vile der Edlen Herrn Conföderirten in Pohlen auch gedacht haben: aber Kauffmannſchafft treiben, das wäre zu nidederträchtig: Diſes leztere hat man auch beybehalten, als jene tolle Lebensart aus der Mode kame.

Herr

Herr Hofrath von SELCHOW (1) führet folgendes an: *In Ordinat. polit. Magdeb. c. 7. p. 31. in T. 2. Corp. Conſt. Magdeb.* ill. MYLII Nobilibus præcipitur: Daß die im Herzogthum Magdeburg angeſeſſene von Adel ſich eines Rittermäßigen tugendhaften Wandels befleißigen, und, was deroſelben unanſtändig, inſonderheit der Kauffmannſchafften, in dem, was ſie auf ihren adelichen Gütern ſelbſt nicht gebauet, noch gezeuget, ſondern von Andern an ſich gebracht und erhandelt, und allen andern bürgerlichen Handthierungen, gleich auch die Prälaten, Grafen und Herren, zu thun ſchuldig, ſich gänzlich entäuſſern. Idem ſancitum in der Chur-Sächſiſch. Erled. der Landesgebrech. de An. 1661. Tit. von Juſtizſachen, §. Und aber. Concordat. *Ord. polit. Anhalt.* Tit. vom brauen und ſchencken, itemque *Ord. polit. Saxo-Gothan. Tit. 29.* nec non *Ordin. Würtemb. Tit. 61.* von Gewerb in Dörffern. Quæ omnia egregie illuſtrat LEYSERUS *in jure Georg. L. 3. c. 5. §. 55. p. 461.* Cum his etiam conſentit Conſtitutio Auſtriæ de 1569. Was die Beſchwerlichkeiten der Herrn- und Ritterſtände wider die Neugeadelten in Stätten und andern Orten im Lande, welche, zuwider ihren erlangten Adelsfreyheiten, einen Weg als den andern in Stätten Bürger und Handelsleute seyn, und denen aus der Canzley der adeliche Titel gegeben wird, betrifft; da haben Wir es bey Unſerer den Ständen hiebevor gegebenen Reſolution verbleiben laſſen; nemlich alſo, daß keiner des alten oder des neuen Adels bürgerliches Gewerb treiben, desgleichen auch keinem, ſo bürgerlichen Gewerbes ſich gebrauchet, der adeliche Titel gegeben werden ſolle. Aug. à LEYSER *de Equit. Saxon. Jur. ſingul. §. 27.* Achat. Chr. RANGER *de Patric. §. 3. p. 43.* LUDOLF *Obſ. for. 135. p. 128.*

Nunmehro aber iſt es dahin gekommen, daß die Kayſer und Könige Leuten, die noch würckliche Handlung treiben, auch ſelbige künfftig fortſezen wollen, nicht nur den nideren, ſondern zuweilen gar den hohen, Adel beylegen: alſo kan ja auch der Adel nicht durch Handlung, zumalen durch Wechſel- oder Handlung en gros treiben, verlohren gehen:

Durch

(1) in Elect. Jur. German. p. 240.

Durch Krämerey möchte es eher geſchehen.

Ob aber der Adel nicht durch Erlern- oder Treibung einer gemeinen Profeßion oder Handwercks verlohren gehe? lieſſe ſich ebenfalls eher fragen. Freylich haben ſich die Zeiten und Denckensart auch hierinn ſehr geändert, und wir haben nun in Wien an dem Edlen von Trattner eine Perſon, die auch noch nach erhaltenem Adelſtand die Buchdruckerey und den Buchhandel forttreibt: Aber Eine Schwalbe macht keinen Frühling, und die vorzügliche Gnade, deren ein Monarch eine ſolche Perſon würdiget, ſo auch ihre etwa beſizende vorzügliche Verdienſte um das gemeine Weſen, haben keinen Einfluß auf andere ihres gleichen Kunſtverwandte, Profeßioniſten und Handwercksgenoſſen.

In Bayern (1) thut das Bierbrauen dem Adel keinen Abbruch, es werde nun zum Hausbrauch oder Verkauff gebraut; wo ſolches nur weder in eigener Perſon noch Maasweis, ſondern durch beſtellte Braumeiſter gebraut, und unter den Reiffen verkaufft wird.

In älteren, neueren und neueſten Zeiten haben vile von Adel und Gelehrte geglaubt, der Adelſtand und das Burgerrecht in einer Reichs- oder anderen Statt können nicht neben einander beſtehen: Es iſt aber irrig.

Daß die von Adel in vorigen Zeiten öffters in Reichs- und anderen Stätten Burger worden ſeyen, hat der Freyherr von CRAMER (2) ausgeführet; ſo auch Herr Hofrath von SELCHOW (3).

Verſchidene Mitglider der Reichsritterſchafft in Francken ſeynd noch jezo Burger zu Nürnberg oder Straßburg.

In der landſäßigen Chur-Trieriſchen Statt Coblenz iſt ein Ritterburgermeiſter aus dem burgerlichen Adel, der deßwegen dennoch übrigens, laut Reichs-Hofräthlichen Spruchs von 1728. 28. Maj. Reichsunmittelbar ſeyn kan (4).

§. 29.

(1) Freyh. von KREITTMAYR ad Cod. civ. Bavar. S. 2327.

(2) in ſeiner Nebenſt. 48. Theil, S. 90. Theil, S. 71.

(3) in Elect. Jur. Germ. p. 156. ſqq.

(4) ſ. mein Trier. Staatsr. S. 150. u. oben 2. Buch, Cap. 3 §. 11.

§. 29.

Wie ferne der Adel durch den Nicht-Gebrauch deſſelbigen, bey einem, der ein Adelsdiploma erhalten, deſſen aber ſich nie bedienet hat, oder bey deren, die den Adel zwar geführet, ſie, oder ihre Nachkommen aber ſich wieder in den burgerlichen Stand begeben haben, verlohren gehe? iſt nicht ſo ausgemacht. Nicht-Gebrauch.

Alle Kayſerliche rc. Standeserhöhungs-Urkunden enthalten die Clauſul: Daß nicht nur der damit Begabte, ſondern auch ſeine ehliche Nachkommen männ- und weiblichen Geſchlechts, zu ewigen Zeiten, in einen gewiſſen Stand erhoben werden: Es hat alſo ein jeder Nachkomme ein eigenes Recht zu ſolchem Stand, welches ihme durch ſeiner Voreltern bürgerlichen Stand nicht benommen werden zu können ſcheinet.

Doch könnte man ſagen: Daß, wann ein ſolcher Nachkomme nicht innerhalb 10. Jahren nach erlangter Volljährigkeit ſich ſolchen Rechts bediene, es alsdann, nach dem bekannten Rechtsſaz, in Anſehung ſeiner Perſon verlohren gehe: Wiewol man auch darauf repliciren kan: Dergleichen Urkunden geben zwar das Recht, ſich des Standes bedienen zu dörffen, nicht aber zu müſſen, und es ſeye kein Termin geſezt, wann man anfangen müſſe, ſich des erhaltenen Standes zu bedienen.

Aus der Erfahrung (auch meiner eigenen Familie,) iſt mir bekannt, daß derer, die eine ſolche Urkund erhalten, ſich deren aber nicht bedienet haben, Nachkommen, nach Gutbefinden, den bewilligten Stand angenommen haben, auch darauf zum Theil gar in die Reichs-Ritterſchafft recipirt worden ſeynd.

Bey dem Freyherrn von CRAMER (1) liſet man von einer bey dem Cammergericht anhängig geweßten Sache: „Das Privilegium Nobilitatis locale hat er dadurch verlohren, daß ſeine Voreltern den adelichen Stand nicht fortgeſezt, ſondern den ſtatum civicum amplectirt: Dahero, ob er ſchon Nobilitatem perſonalem continuiret haben mag, er dennoch die Privilegia localia, denen Ritterbürtigen, die ſich in dem Adelſtand erhalten, und ſolchen zu continuiren ſich befleiſſen, conceſſa

(1) in ſeiner Nebenſt. 104. Theil, S. 490.

ceſſa ſich nicht anmaſſen oder genieſſen kan. Ein anders aber wäre geweſen, wenn Appellant von Plettenberg eine adeliche Perſon geheurathet, und dadurch gezeiget hätte, daß er den ritterbürtigen Stand in Deſcendentibus wieder fortſezen wolle; ſo er aber ſo wenig, als ſeine Voreltern, wie aus dem Teſtamento Matris zu erſehen, gethan hat.

Allen Streitigkeiten und Einwendungen vorzubiegen, laſſen Manche, ſo dergleichen Kayſerliche ꝛc. Begnadigungen erlangen, denenſelbigen die Clauſul einverleiben: Daß der Nicht-Gebrauch derſelbigen dem damit Begabten, oder ſeinen Nachkommen, nicht ſchädlich ſeyn ſolle; wofür ſo dann ein beſonderer Tax erleget werden muß.

§. 30.

Erneuerung. Andere hingegen, die geſonnen ſeynd, den zwar gehöriger Orten erhaltenen, aber nie gebrauchten, oder wieder abgelegt- oder verlohrenen Stand nunmehro, reſp. auf das neue, anzunehmen, laſſen ſich denſelbigen da, wo ſie ihn erhalten haben, oder an dem Kayſerlichen Hof, wieder erneuern, und eine Urkund darüber ausſtellen; wie z. E. meinen 3. Söhnen An. 1763. von Kayſer Franzens Majeſt. dergleichen ertheilet worden iſt.

Fünftes Capitel.

Von adelichen Gütern.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Von adelichen Gütern überhaupt. §. 3. Ihre Anzahl. §. 4. Gattungen. §. 5. Erwerbung. §. 6. Rechte. §. 7. Beſonders in Anſehung der Kirchenſachen, §. 8. der Landſtandſchafft, §. 9. der quaſi-Regierung, §. 10. der Juſtiz, §. 11. des Militaris, §. 12. der Steuern ꝛc. §. 13. des Cameralis, §. 14. der Policey, §. 15. des Braurechts, §. 16. der Handlung und Handwercker, §. 17. Der Gnadenſachen, §. 18. Der Erde, §. 19. Des Forſtweſens, §. 20. Der Jagd, §. 21. Des Waſſers. §. 22. Beſiz. §. 23. Nicht-Turbirung darinn. §. 24. Der Güter Beſchwerung, §. 25.

§. 25. und Veräuſſerung. §. 26. Anlegung neuer und Niderlegung alter Güter.

§. 1.

Hieher gehörige Schrifften: Schrifften:

LEYSER (Auguſtin.) de juribus Prædiorum Nobilium, inprimis *Saxonicorum*. Helmſtätt, 1718. 4. Witteberg, 1732. 4.

REITZER (N. N.) de jure & praxi circa Sacra in Caſtro nobili. ---

Von der Marck Brandenburg.

von THILE (Carl Gottfr.) Nachricht von der Brau- und Krugverlagsgerechtigkeit des (Marck-Brandenburgiſchen) Adels auf dem Lande; bey ſeiner Churmärck. Contribut. u. Schoßeinrichtung, ꝛc. Halle und Leipzig, 1768. 4.

Von Bremen.

AYRER (Ge. Henr.) oder der Reſp. Wern. von Köhnen, de Prædiis Nobilitatis Bremenſis equeſtribus, eorumque Juribus & Privilegiis. Göttingen, 1745. 4.

Von Mecklenburg.

Des Mecklenburgiſchen Adels und deſſen Ritter-Güter Wohlhergebrachtes Braurecht, Bier und Brandtewein in ihren Diſtricten zu debitiren, wie ſolches zu Wien am Hochpreißlichen Reichs-Hofrath in einer Replic-Schrifft allerunterthänigſt vorgeſtellet. Gedruckt im Jahr Chriſti 1706. in fol.

Unumgängliche gründliche Beantwortung der ohnlängſt ſub rubro: Des Meckl. Adels und deſſen Ritter-Güter wohlhergebrachten Braurechts, Bier und Brandtewein in ihren Diſtricten zu debitiren, durch den Druck an des Tageslicht gekommen, vorher aber laut beſagter Ueberſchrifft und Tituls zu Wien bey den Kayſerl. Reichs-Hofrath daſelbſt ſub rubrica einer replicæ allerunterth. übergebenen Deductions-Schrifft abgefaſſet, und von Seiten geſammter Mecklenb. Landſtätte im Druck heraus gegeben. Mit Anlagen ſub Lit. A. bis S. in fol.

Defenſio des Meckl. Adels und deſſen Ritter-Güter wohlhergebrachten Braurechts, um die Krüge und Unterthanen ihrer Diſtricte mit Bier und Brandtewein zu verſehen, nebſt abgenöthigter Refutation, der an Seiten der Meckl. Landſtätte herausgekommenen und durch öffentlichen Druck divulgirter ſo rubricirter unumgänglicher gründlicher Beantwortung ꝛc. in fol.

Widerlegung, der ſo genannten Defenſion des Braurechts des Meckl. Adels, worinn aus denen von Kayſerl. Majeſt. beſtätigten Meckl. und von der Ritterſchafft ſelbſt agnoſcirten Landes-Geſezen, pactis Conventis, Landes-Reverſalien, Landes-Acten, und Schlüſſen, auch vilen wiederhohlten Edictis, von etlichen Seculis her, in richtiger Folge demonſtriret wird, daß die Bierbrau- und Brandweinbrennerey, zum Verkauf, und der Betreib anderer bürgerlichen Nahrung denen von der Ritterſchafft und übrigen auf dem Lande wohnenden gänzlich verboten, denen Stätten aber zum beſtändigen Grund worauf ſelbige errichtet, und erhalten werden müſſen, zugeeignet worden. Loco Quadruplicarum bey dem Kayſerl. Reichs-Hofrath in Wien allerunterthänigſt übergeben An. 1740. in fol.

Von Wulften.

Vertheidigung derer Hoheitsrechte, welche auf der uralten Weſtphäliſchen Reichsfeſte der Burg zu Wulften unläugbar haften; wobey nicht nur die wahre Verfaſſung Deutſchlandes in der mittleren Zeit, die Einrichtung, Abſicht und Zubehörungen der Königshöfe unter dem Fränckiſchen Zepter, die Beſchaffenheit derer aus ihnen entſtandenen Schlöſſer, der Zuſtand der Burgherren, Dynaſten und andrer mehr, diplomatiſch erläutert, ſondern auch erwiſen wird, daß auf ſolchen Schlöſſern mancherley Hoheitsrechte haften, inſonderheit die Schirmvogtey, Gerichtbarkeit und das Geleit, nebſt ꝛc. vilen andern Abhandlungen von dem deutſchen Stammadel, von deſſen Miniſterialen oder Burgleuten, von den Vorrechten der Landſtände, Ritterſchafft, u. d. m. Ausgearbeitet von Friedrich Willhelm Taube. 2. Bände. Wien, 1767. fol.

Von

Von Sachſen-Weimar ꝛc. und Kirchberg.

(Sächſiſches) pro memoria. 1772. fol. auch in der neuen Europ. Staatscanzl. 32. Theil, S. 122. und in H. OERTELS R. Tags-Diar. 1772. S. 7.

(Sächſiſche) Species Facti. 1772. fol. und in der St. Canzl. *l. c.* S. 135.

Burggräflich-Kirchbergiſches Gegen-pro memoria &c. nebſt Beylage n. 1. „Beſſer-gegründete Geſchichts-Erzählung ꝛc. cum Subadjunctis von Lit A. biß Z. nebſt einem Nachtrag. fol.

Antwort auf das Burggräflich-Kirchbergiſche pro memoria &c. nebſt Beyl. Lit. C. welche die Widerlegung der beſſer gegründeten Geſchichts-Erzählung enthält. fol.

Burggräflich-Kirchbergiſches fernerweites pro memoria &c. fol. “

§. 2.

Von adelichen Gütern überhaupt. Von adelichen Gütern überhaupt will ich nur diſes melden.

Von der Realität der Leyſeriſchen Diſtinction inter jura Prædiorum nobilium & Perſonarum nobilium hat der Freyherr von CRAMER (1) geſchriben.

Nicht alles, was einer von Adel beſizet, iſt deßwegen auch ein Rittergut, oder eine Zubehörde des Ritterguts; ſondern er kan, auch bürgerliche oder Baurengüter, allein, oder bey ſeinem Rittergut, beſizen; in Anſehung welcher er der denen Rittergütern zukommenden Freyheiten nicht fähig iſt.

Was in Mecklenburg Ritterhufen heiſſen, auch von derſelbigen Rechten und Beſchwerden, ſehe man an unten (2) angezeigtem Ort.

§. 3.

Ihre Anzahl. Von manchen Teutſchen Landen läſſet ſich die Anzahl derer darinn befindlichen adelichen Güter, ganz, oder doch gröſten, oder wenigſtens groſſen, Theils aus Herrn Ober. Conſ. R. BüSCHINGS Erdbeſchreibung 3ten Theil erlernen.

Eine Verzeichniß derer im Fürſtenthum Anhalt, Cöthniſchen

(1) in der Nebenſt. 82. Theil, S. 95.

(2) in meines Staatsarch. 1753. 1. Band, S. 630. u. f.

ſchen Antheils, befindlichen Rittergüter iſt bey H. Geh. Juſt. Rath PüTTER (1) zu leſen: Derſelben ſeynd 55. darunter der Fürſt 18. beſizet.

Anderwärts bey Herrn D. BüSCHING (2) findet ſich ein im Jahr 1761. aufgeſeztes Verzeichniß aller adelicher Güter im Herzogthum Mecklenburg, Schweriniſchen Antheils.

§. 4.

Gattungen. In vilen Landen gibt es mehrere Gattungen von adelichen Gütern. Deme, was ſchon Cap. 1. vorgekommen und auch hieher applicabel iſt, ſeze ich noch diſes bey.

Von dem Unterſcheid zwiſchen frey- adelichen Gütern und Ritterſizen, beſonders in Anſehung der Gewinn- und Gewerbſteuern, kan man bey dem Freyherrn von CRAMER (3) nachſehen; welcher auch anderswo (4) handelt: de diſtinctione inter Prædia equeſtria & alia nobilia, feudalia ac libera, atque Anno regulativo præſertim in Ducatu *Juliæ*, reſpectu der Gewinn- und Gewerbs-Steuern.

Von den Sattel- und Sattelfreyen Gütern hat Herr Geh. Juſt. Rath AYRER (5) gehandelt.

In Bayern gibt es (6):

1. Hofmarchen, das iſt, adeliche Landgüter, welche mit der Nidergerichtbarkeit begabt und der Landesmatricul einverleibt ſeynd;

2. Gefreyte Size und Sedelhöfe, bey welchen die Jurisdiction ohne beſondere Vergünſtigung und Extenſion nicht über den Dachtrauf hinausgehet.

Hofmarchen und gefreyte Size fanden ſich zwar ſchon vor dem 12ten Jahrhundert in Bayern; jedoch in ſehr geringer Anzahl: Dann die Landesherrſchafft hatte damals ſo wohl auf den adelichen als andern Gütern überhaupt alle Jurisdiction.

König

(1) in ſeinen auserleſ. Rechtshänd. Part. 3. p. 638.

(2) in ſeinem Magaz. für die neu. Hiſtor. 3. Theil, S. 71.

(3) in ſeinen Nebenſtund. 20. Theil, S. 41.

(4) Obſ. 1378. Tom. 5. p. 511.

(5) l. c. §. 21. ſqq.

(6) Freyh. von KREITTMAYR Bayr. Staatsr. §. 188. S. 432.

König Otto, Herzog in Bayern, war der erſte, welcher Anno 1311. den geiſt- und weltlichen Ständen die Nidergerichtbarkeit auf allen ihren Leuten, die ſie mit Thür und Thor beſchloſſen hatten, gegen eine verwilligte Geldhülffe auf ewig abtrat: welches man den groſſen Gerichtskauff, oder die erſte Handfeſte, nennet, weil ſie in dem Privilegienbuch von 1568. zu erſt ſtehet. Weil aber König Otto und ſeine mitverſchribene zween Vettern, nicht das ganze Herzogthum, ſondern nur das untere Land innhatten; ſo wurde auch obige Freyheit erſt nach beſchehener Landesvereinigung. An. 1506. auch auf das obere Land, und endlich, mittelſt der erklärten Landesfreyheit von 1516. auf die auſſerhalb der Dorffsetter gelegene und zur Hofmarch gehörige Gründe extendirt; da ſie vorhin, vermög der älteren Freyheitsbriefen, in den Worten: „Was mit Thür und Thor beſchloſſen,“ nur inner des Dorffs Etter eingeſchloſſen ware.

Es erſtrecket ſich demnach der Hofmarchiſche Gerichtszwang ſo weit, als die zur Hofmarch gehörige Gründe gehen: E. L. Fr. *P. 2.* Art. 1. Und zwar in unbeſchloſſenen Hofmarchen auf die dem Hofmarchsherrn eigenthümliche Gründe; in beſchloſſenen aber auf alle ſo wohl fremd- als eigenthümliche. Decret vom 1. Mart. 1641.

Sind die Hofmarchsgränzen ordentlich beſchriben, ſo leidet es keine Difficultät; auſſer dem ſoll bey den Gründen, welche nicht unmittelbar an das Hofmarchiſche ſtoſſen, lediglich auf den Brauch und das Herkommen geſchen werden: Und wo diſes keine Auskunfft gibt, hat das Landgericht die Präſumtion hierinn für ſich.

Es verordnet auch obbemeldtes Decret §. 11. daß jene Güter und Gründe, welche der Hofmarchsherr auſſer dem Hofmarchsdiſtrict beſizt, und nur der Gelegenheit wegen darzugenieſſet, nicht gleich für Hofmarchspertinentien zu halten, ſondern in diſer Qualität rechtmäßig und ausführlich zu beweiſen ſeyen.

Uebrigens erſtrecket ſich diſer 60ſte Freyheitsbrieff nicht auf die obere Pfalz, noch die Grafſchafft Cham.

Mehreres davon ſehe man bey dem Freyh. v. KREITTMAYR.

3. Herr-

3. Herrſchafften heiſſen in Bayern diejenige adeliche Landgüter, welche den Blutbann haben; wodurch ſie ſich von denen Hofmarchen unterſcheiden (1).

4. Einige adeliche Güter ſeynd mit der Freygerichtbarkeit begnadiget; welche ſo vil ſagen will (2), daß ein ſolches Gut unter keinem Churfürſtlichen Land- oder Pfleggericht ſtehet; dahero die in das Land ergehende Generalmandaten dem Beſizer unmitttelbar von denen Churfürſtlichen Collegien, nicht aber von dem Landgericht zugeſandt werden.

5. Vogtey (3) heißt in Bayern bey adelichen Gütern die Gerechtſame, welche der Hofmarchsherr zuweilen über gewiſſe zur Hofmarch nicht gehörige einſchichtige Güter, bald mit der Gerichtbarkeit, bald ohne dieſelbe, hergebracht hat: Die Unterthanen müſſen aus diſem Grund den Vogteyhabern lifern, und anderes dergleichen präſtiren.

6. Einiger von Adel Güter haben die Edelmannsfreyheit, andere hingegen nicht.

Im Sächſiſchen, Anhaltiſchen ꝛc. findet, ſchon mehrmalen erinnerter maſſen, der Unterſchid zwiſchen Canzley- oder Schrifftſäßigen, ſodann Amtſäßigen, Rittergütern ſtatt.

Die Eigenſchafft eines Schrifft- oder Amtsſaſſens hänget ordentlicher Weiſe nicht von der Beſchaffenheit der Perſon des Beſizers, ſondern des Ritterguts ſelber ab; dahero kan einerley Perſon in Anſehung eines gewiſſen Ritterguts ein Schrifftſaß, hingegen in Anſehung eines andern ein Amtsſaß, ſeyn.

Der Freyherr von CRAMER (4) unterſucht: Ob es der Schrifftſäßigkeit präjudicire, wann zu local-Unterſuchungen Commißionen auf nahgelegene Beamte erkannt werden? und verneinet es.

§. 5.

Erwerbung. In einigen Landen kan Jedermann, wer es bezahlen kan, er

(1) l. c. §. 190. p. m. 448.
(2) l. c. S. 448.
(3) l. c.
(4) in ſeiner Wezlar. Beyträg. 1. Theil, 1. S.

er ſeye einheimiſch oder fremd, adelich oder unadelich, zu Ritter- oder adelichen Gütern gelangen: In andern Landen hingegen nicht.

In dem Chur-Bayriſchen Mandat über die Landſchafftliche Gravamina von 1669. liſet man: Die Ritterſchafft habe erinnert, daß die unbefreyte Perſonen je länger je mehr nicht allein gemeine Güter, ſondern auch befreyete adeliche Size und Hofmärcke, erkauffen, und ſonſten an ſich bringen, auch daher gebeten, die Erkauffung dergleichen Güter entweder nicht mehr zuzulaſſen, oder durch das Einſtandrecht, auf Einſchäzung des billigen Werths, der Ritterſchafft, (da die Befreundte nicht einſtehen wollten, oder könnten,) ohne Reſtriction einiger Zeit, gnädigſt zu geſtatten: Da nun der Churfürſt Sich, zu Erhaltung der adelichen Güter bey dem alten Adel, (daran dem gemeinen Weſen, wegen Leiſtung der Ritterdienſte, ſonders gelegen ſeye,) mittelſt eines Landgebots allbereits gn. erkläret habe; wie die beygeſchloſſene gedruckte Exemplarien geben;) alſo ſolle ſolches allen Hofmarcksinnhabern, wie auch Stätten und Märckten, zu deren Wiſſenſchafft, gebührend communiciret werden.

Anno 1623. floſſe in die Holſteiniſche Landtags-Propoſition ein: „7. Zum 7ten, es kämen Jhr. Königl. Majeſt. und Fürſtl. Gn. in Erfahrung daß Adeliche Güter und Ritterſiz an Bürger-Standesperſonen transferiret werden wollen, wie nun aber ein Unterſcheid des Standes iſt, welches auch ein Unterſcheid der Güter mit ſich zeucht, dabey es dann ohne einige Confuſion zu laſſen; ſo iſt es zumal billig, daß die Ritterſize und adeliche Güter bey den von Adel verbleiben. Derowegen geſinnen Jhr. Königl. Majeſt. und Fürſtl. Gnaden gnädigſt und gnädig, daß welche von Adel ihre anererbte oder habende Ritterſize oder adeliche Güter verkauffen wollen, ſelbige nicht an Bürger-Standesperſonen transferiren, damit alſo neben dem Unterſcheid der Perſonen, auch einen Unterſcheid der Güter, immaſſen auch an vilen andern Orten gehalten wird, vorbleiben und die Adel-Freyheiten von denen welche dieſelbe verdienen müſſen, und können, allein genieſſen, ſonſten auch andere inconvenientia, welche hieraus entſtehen könnten, verhütet werden.“

In Ober-Oeſterreich haben die obere zwey politiſche Stände von Herrn und der Ritterſchafft das Privilegium, daß ihre Güter und Gülten nicht an fremde, ausländiſche, und ſolche Perſonen verkaufft oder verſezet werden mögen, welche keine Landleute (Landſtände) ſind, und daß im Fall dergleichen Verkauffs die würckliche Landleute den Landmanns-Einſtand haben (1).

§. 6.

Rechte. Die auf denen adelichen Gütern hafftende Gerechtſame ſeynd, nicht nur nach Verſchidenheit der Lande, ſondern auch offt in einerley Land, bald in Rückſicht des Standes, oder der Ahnen des Beſizers, oder der Gattung, worzu ein Rittergut gehöret, oder der beſondern Privilegien, Diſpenſationen, ꝛc. ebenfalls gar ſehr verſchiden; ſo daß ſich ein eigenes groſſes Buch davon ſchreiben lieſſe.

Hier will ich eigentlich nur von denen Gerechtſamen reden, welche adelicher Güter-Beſizere in Anſehung ihrer Perſon, des Landesherrns und des Landes ꝛc. genieſſen; derer aber, welche ihnen in Abſicht auf ihre Guts-Unterthanen zukommen, werde ich im folgenden Buch gedencken.

Von landſäßiger Fürſten und Grafen, auch Edelleute Regalien habe ich anderwärts (2) geredet.

Ferner iſt ſchon berühret worden, daß in Bayern gewiſſe von Adel die Edelmannsfreyheit haben, Andere hingegen nicht.

Sie beſtehet nach dem Freyherrn von KREITTMAYR, (3) a) hauptſächlich in der Gerichtbarkeit auf denen in den Churfürſtlichen Landgerichten gelegenen adelichen einſchichtigen Bauerngütern; b) in der Uebung des kleinen Waidwercks auf Landgerichtlichem Boden; c) in dem Mannsvortheil bey Erbfällen, und d) in Ausſchlieſſung der Töchter von der väter-mütter- und brüderlichen Verlaſſenſchafft. Wie weit ſich die Uebung des kleinen Waidwercks erſtrecke, beſtimmet der *Cod. civ.* 2. Theil, C. 3. §. 3. *n. 23.* von dem Mannsvortheil handelt er im 3. Th.

(1) H. PüTTERS von den beſond. teutſch. Staat. 1. Buch, S. 194.
(2) im Tr. von der Landeshoh. überh. S. 224. u. f.
(3) l. c. §. 189. S. 440.

3. Th. C. 12. §. 2. *n. 2. d.* und von Ausſchlieſſung der Töchtern, im 3. Th C. 11. § 8. 9. Mit der Gerichtbarkeit auf einſchichtigen Gütern endlich hat es diſe Beſchaffenheit: Die Stände hatten durch obgedachte Ottonianiſche und folgende Handveſten zwar ſchon die nidere Gerichtbarkeit erlangt; jedoch weiter nicht, als auf ihrem Hofmarchsbezirck: Auf die auſſerhalb gelegene einſchichtige Güter aber erſtreckte ſich ſelbige vor dem Jahr 1557. noch nicht: In diſem Jahr hingegen geſchahe ſolche Extenſion durch den 60ſten Freyheitsbrieff, welchen der Herzog Albrecht dem Ritterſtand, gegen die auf dem damaligen Landtage bewilligte Geldhülffe von 800000. fl. ertheilte.

Wer demnach die Edelmannsfreyheit nicht hat, der kan ſich jeztgedachter Gerechtſamen in Bayern nicht anmaſſen, er ſeye gleich Graf, Freyherr, oder Edelmann, und zwar von ſo alt- und ſtifftmäßigem Adel, als es immer ſeyn mag: Dann da ſiehet man nicht auf die Ahnen; ſondern man muß entweder eine Landesherrliche beſondere Bewilligung deßwegen haben, oder beweiſen können, daß die Voreltern ſchon An. 1557. da der 60ſte Freyheitsbrieff ertheilet worden iſt, dem Bayriſchen Ritterſtande beygethan geweſen ſeynd.

Sonſten hat auch Hr. Prof. PRUGGER in ſeinen Obſ. de Privilegiis Statuum provincialium Bavariæ, n. 2. und 3. gehandelt, Herr Hofrath von SELCHOW (1) aber einen Auszug daraus mitgetheilt; aus welchem ich diſes melde: Die mit der Edelmannsfreyheit Begabten haben die nidere Jagd ſo gar in den Herrſchafftlichen Forſten. Die allgemeine Vorzüge und Freyheiten des Bayriſchen Adels beſtehen, unter anderem, 1. in dem Recht, unbewegliche Güter zu erwerben, und die Gerichtbarkeit darinn auszuüben: Jedoch iſt hier ein groſſer Unterſchid unter dem Adel. Dann diejenige, welche der Edelmannsfreyheit fähig ſind, erwerben die Gerichtbarkeit über alle Güter, welche ſie ankauffen; da hingegen die übrige Adeliche ſolche nur alsdann erhalten, wann ſie ein Gut ankauffen, welches der Landtafel einverleibt iſt. 2. Die hohe Jagd gehöret in ganz Bayern dem Landesherrn; jedoch iſt ſie einigen Fami-

(1) in ſeiner juriſt. Bibl. 1. Band, S. 676.

lien, theils erblich, theils widerrufflich, zugeſtanden worden: Die nidere Jagd hingegen ſtehet dem ganzen Adel zu; jedoch ſo, daß diejenige, welche der Edelmannsfreyheit fähig ſind, im ganzen Lande, die übrige hingegen bloß auf ihren Gütern, ſolche ausüben können. 3. Was das mit der Hofmarchsgerechtigkeit in gewiſſem Betracht verbundene Recht, Bier zu brauen, anbetrifft; ſo können alle Adeliche weiſſes und braunes Gerſtenbier für ſich und ihre Familien brauen; jedoch nicht zum feilen Verkauff: Weiſſes Weizenbier aber zu brauen, iſt ein landesherrliches Regale. 4. Adeliche Güter können bloß von denenjenigen, welche der Edelmannsfreyheit fähig ſind, erworben werden.

Weiter macht PRUGGER (H. von SELCHOWS Bericht nach,) folgende Anmerckungen: Die adeliche Güter in Bayern machen drey beſondere Claſſen aus: 1. Die Herrſchafften, deren Beſizer alle Gerichtbarkeit, den Wildbann, und ſo gar einige angeſehene Regalien, haben: Die Anzahl derſelben iſt ſehr klein; jedoch rechnet er dahin die Güter der Grafen von Cloſen, und der Freyherrn von Gumpenberg. 2. Die Hofmarcken; in welchen die Beſizere die nidere Gerichtbarkeit ausüben: Wobey jedoch ein groſſer Unterſchid zwiſchen den geſchloſſenen und ungeſchloſſenen Hofmarcken obwaltet. 3. Edelſize; unter welchen bloß diejenige adeliche Wohnſize verſtanden werden, welche der Landtafel einverleibet ſind: Jedoch kan ein jeder, welcher der Gerichtbarkeit fähig iſt, einen ſolchen Edelſiz erwerben, wenn er gleich der Edelmannsfreyheiten nicht fähig iſt; welches ſich aber mit den Herrſchafften und Hofmarcken anderſt verhält, ꝛc.

Der Sächſiſchen Rittergüter Vorrechte beſtehen nach Herrn von LEYSER darinn: 1. Vormals waren allein die von Adel adelicher Lehen fähig. 2. Die adeliche Güter dörffen mit höheren Mauern umgeben, doch nicht in Veſtungen verwandelt werden. 3. Was er von den Dienſten der Unterthanen meldet, kommt im folgenden Buch vor. 4. Vormals waren die adeliche Güter Steuerfrey, und ſie haben noch jezo die Vermuthung für ſich: Von denen Beſchwerden der Communen aber, zu denen ſie gehören, ſeynd ſie nicht frey. 5. Die

Zoll-

Zollfreyheit haben ſie gewiſſer maſſen. 6. In Anſehung des Wollenkauffs haben ſie gewiſſe Freyheiten. 7. Sie haben die nidere Jagd; die hohe aber ordentlicher Weiſe nicht: 8. Wohl aber das Patronatrecht, 9. ſo auch die Erbgerichte, und 10. das Recht, Kleiderordnungen zu machen, 11. die Freyheit, Bier zum Hausgebrauch zu brauen; auf den Verkauff aber ordentlicher Weiſe nicht. 12. Alte Schrifften, ſo auf adelichen Gütern aufbehalten werden, haben eine ſtarcke Vermuthung für ſich. 13. Ein unadelicher Beſizer eines adelichen Guts kan das Siz- und Stimmrecht bey Landtägen durch einen von Adel ausüben.

Die Br. Wolfenbüttelische Landesfreyheiten von 1770. beſagen Art. 55. „Und iſt, wer einen eigenthümlichen Ritterſiz hier im Land hat, für einen Landſtand zu achten, und desfalls zu den Landtagen und Landesverſammlungen zu beruffen.“

Unter der Bremiſchen Rittergüter Gerechtſamen zählet Herr G. J. R. AYRER: 1. Daß ſie allodial und 2. Steuerfrey ſeyen, 3. das jus Patronatus, 4. Jurisdictionem, quam plerique omnimodam habent, & quidem clauſam, 5. die Jagd, 6. das Recht, denen Landgerichten beyzuſizen. 7. Einige hätten auch das Recht des Weggeldes, Zolles, und gewiſſermaſſen des Acciſes.

Noch will ich von adelichen Häuſern in Stätten diſes melden:

In der Chur-Sächſiſchen Erledigung der Landesgebrechen von 1661. ſtehet; „Weil = = die Burgerſchafft zu Zwickau ſich ferner beſchweret, daß etliche von Adel, ob ſie wohl Häuſer in der Statt haben, ſelbe bewohnen, oder Miethleute darein ſezen, und der Statt genieſſen, dennoch keinen Lehenträger ſchaffen, ſondern ſich der Jurisdiction und bürgerlichen Beſchwerden entziehen, auch wohl, wider das Herkommen, auf denen Stattfeldern jagen und hezen wollen; ſo begehren Wir hiemit, daß ſie ſich hierinnen ſelbſt beſcheiden, und dem Rath gewiſſe Lehenträger vorſtellen, auch im übrigen ihre Schuldigkeit ablegen, und des unbefugten Jagens und Hezens ſich enthalten ſollen.“

§. 7.

Beſonders in Anſehung der Kirchenſachen.

Von mancher Landſaſſen habenden anſehnlichen Gerechtſamen in Kirchenſachen ſehe man an unten (1) angezeigtem Orte nach.

Die Frage: Ob in Sachſen ein catholiſcher Edelmann das jus Patronatus ausüben könne? wurde in einem Leipziger rechtlichen Gutachten verneint, von GUNDLING aber bejahet; welch lezteren Herr Prof. SCHOTT (2) widerleget hat.

In dem Mecklenburgiſchen hat es wegen des Patronatsrechts und der Rechten bey den Predigerwahlen im jezigen Jahrhundert vilen Streit zwiſchen der Landesherrſchafft und der Ritterſchafft gegeben; davon an unten (3) angezeigtem Ort ausführlicher Bericht ertheilet wird.

Was aber An. 1755. diſsfalls verglichen worden iſt, habe ich anderwärts (4) angeführt.

Sachſen-Weymar (5) und der Burggraf von Kirchberg hatten wegen des lezteren Gerechtſamen in Kirchenſachen in ſeiner landſäßigen Herrſchafft Farnrode am Reichs-Hofrath vor einigen Jahren einen Proceß.

Den Anfang davon belehret diſes:

19. May 1768.

Zu Kirchberg Herrn Burggrafen und Herrn zu Farnroda contra die verwittibte Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Eiſenach als Ober-Vormünderin und Landes-Regentin & Conſortes in puncto Reſcripti; ſive implorantiſcher Anwald Hermann ſub præſ. 29. Mart. anni currentis überreichet allerunterthänigſte Vorſtellung ſamt Bitte: Pro clem. decernendo Reſcripto Inhibitionum ac mandatorum ut & actionis Fiſcalis incompetenter inſtitutæ, hincque ſecutarum Citationum caſſatorio, atque de non turbando partem implorantem in poſſeſſione & Exercitio Jurium & Immunitatum,

(1) in dem Tr. von der Landeshoh. überh. S. 224. u. f.

(2) in ſeiner Critic, 4. Band, S. 818.

(3) in dem Vorber. zu den Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenb. p. 101. (Aufl. 1746.)

(4) im Tr. von der Landeshoh. im Geiſtl. S. 147.

(5) add. §. 23.

tum, neque ullo modo contraveniendo obſervantiæ poſſeſſionem ſtabilitæ, item Commiſſioni de 1677. judicatis Cæſareis & ſuper illis fundatis conventionibus de 12. Octobr. 1748. & 22. Nov. 1763. ut & aſſecurationibus propriis, generatim vero non via facti ſed juris procedendo & reſarciendo Expenſas S. C. pœnali. Mit Anlagen von Num. 1. bis 43. incluſive in duplo.

Idem ſub præſ. 11. hujus exhibet einige zur Sache noch dienliche Beylagen cum petito hum. pro clem. eadem ad acta decernendo, & deſuper injudicando reflectendo. appon. adjuncta ſub No. 44. & 45. in duplo. - - -

Idem ſub præſ. 13. hujus übergiebt allerunthänigſte Anzeige fortdaurender Beſchwerden ſamt Bitte, pro clem. nunc decernendo retro petito reſcripto. Mit Anlagen von No. 46.-51. incluſive in duplo.

Referuntur Exhibita.

30. May 1768.

Zu Kirchberg Herrn Burggrafen und Herrn zu Farnroda contra die verwittibte Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Eiſenach als Ober-Vormünderin und Landes-Regentin & Conſ. in puncto reſcripti.

Abſolvitur relatio & Concluſum.

1. Cum Incluſione Exbitorum de præſ. 29. Martii nuperi 11. & 13. menſis currentis reſcribatur der verwittibten Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Eiſenach, als Ober-Vormünderin und Landes-Regentin, über deren Inhalt in termino duorum menſium allerunterthänigſt zu berichten, inzwiſchen aber den gegen die implorantiſchen Herrn Burggrafen verhängten fiſcaliſchen Proceß bis auf weitere Käyſerl. Verordnung zu ſuſpendiren.

Anno 1770. 4. Oct. ſprache der Reichs-Hofrath, nach eingekommenem Bericht, ferner: „Cum caſſatione ſo wohl des gegen den Impetrantiſchen Theil, als auch ſämtlicher gegen die Herzogliche Conceßion de An. 1677. den Vergleich de 1763. und dem Impetrantiſchen beſcheinigten Beſitzſtand erlaſſenen Reſcripten, Decreten und Inhibitionen, reſcribatur beſagter Frau Herzogin zu Sachſen-Weimar und Eiſenach:

Den

Den Impetrantiſchen Theil, ſämtlichen dagegen gemachten Einwendens ungehindert, in dem Beſiz derer erworbenen und wohl hergebrachten Gerechtigkeit in der Herrſchafft Farnroda nicht zu ſtöhren; mithin die Impetratiſche Burggrafen: 1. In Anordnung öffentlicher Vorbitt in Kirchen und Schulen, bey Freud- und-Trauer-Fällen, Vorſchreibung beſonderer Gebetsformuln, Beſtimmung der Trauer für ihre Perſon und bißhero üblichen Benennung derſelben nach denen Fürſtlichen Häuſern bey dem gewöhnlichen Gebet, auch 2. in der hergebrachten Jurisdiction und jure primæ Inſtantiæ ſuper Parochos, 3. in Verwahrung der Pfarr-Repoſitur bey Pfarr-Veränderungsfällen, 4. in Errichtung der Pfarr- und Schul-Vergleichen, 5. in Diſpoſition über die Anlegung deren vorhandenen Heiligengeldern nicht zu hindern; weniger nicht 6. dem Burggräflichen Unterconſiſtorio in Fällen, wo daſſelbe, nach Vorſchrifft der Kirchenordnung, in Imprägnationsſachen, ... bewandten Umſtänden nach, auf die Cenſur, ohne Benennung des Namens, entſcheide, unter dem unerfindlichen Vorwand eines ſich angemaßten juris diſpenſandi, ferner nicht einzugreiffen, und daſſelbe mit der deßhalben ſo wohl, als wegen der geſtatteten privat-Copulation, andictirten Strafe zu verſchonen, oder, Falls ſolche immittelſt etwa erhoben worden ſeyn mögte, alſofort wieder zu erſezen; gleichergeſtalt auch 7. deſſen Jurisdiction in geiſtlichen Sachen denen nach Farnroda eingepfarrten Rehrhöfer Unterthanen ferner nicht zu beträncken; 8. die Impetranten durch Aufdringung des Pfarrer Molten, oder Jemanden andern, zum Aſſeſſore Conſiſtorii, in der ihnen zuſtehenden Willkühr, das Unter-Conſiſtorium Conceßionsmäßig beſezen zu können, zu beſchweren: Wo übrigens der Frau Herzogin, wenn ſich der in dem Conſiſtorial-Reſcript vom 24. Jan. 1769. vorkommende Umſtand, daß das dermalige Kirchbergiſche Unter-Conſiſtorial-Perſonale lediglich aus Vater, Sohn und Schwager beſtehe, die Impetrantiſche Burggrafen, von Landesherrſchafft wegen, zu einer dißfallſigen Abänderung des Perſonalis, wie ſolche nach Vorſchrifft der Rechten beſtehen könne, anzuhalten: Ferner habe Frau Herzogin 9. fürohin weder ſelbſten, noch durch ihr Ober-

Conſi-

Conſiſtorium an die Pfarrer der Herrſchafft Farnroda immediate einige Befehle zu erlaſſen, und die wegen nicht-Befolgung dergleichen Conceßions-Vergleichs-und Obſervanz-widrig an den Pfarrer Molter ergangenen Befehle angeſezte und exequirte Strafe demſelben zu reſtituiren; auch endlich ſich 10. in ſämtlich-obbemeldten Puncten, und überhaupt, aller ferneren rechtswidrigen Beeinträchtigungen zu enthalten ꝛc.

So vil aber die von Landesherrſchaffts-wegen auf vier Wochen angeordnete Zeit des Trauerläutens, und die dagegen Burggräflicher Seits prätendirt werden wollende Obſervanz betrafe, wurde der Herzogliche Bericht dem Burggrafen zur Vernehmlaſſung communicirt.

Anno 1771. 12. Nov. erfolgte ein Reſcriptum paritorium in contumaciam, cum extenſione auf ein neueingeklagtes Factum.

Sachſen-Weymar und Eiſenach lieſſe darauf dem Corpori Evangelicorum unter dem 2. Jan. 1772. vorſtellen (1): Es ſeye ein Gravamen communæ, daß der Reichs-Hofrath ſich in cauſis eccleſiaſticis einer Cognition unterzogen habe; es möchte alſo an Kayſerliche Majeſt. ein Vorſtellungsſchreiben erlaſſen, damit alles in vorigen Stand geſezt und dem Reichs-Hofrath alles weitere Verfahren in diſer Sache unterſagt werde.

Weil aber bey dem ganzen Streit alles auf Beobachtung vorligender Vergleiche und Privilegien ankame; ſo truge das Corpus Evangelicorum Bedencken, ſich der Sache anzunehmen, und der Proceß gienge am Reichs-Hofrath fort.

§. 8.

Wo und wie ferne der Beſiz eines Ritterguts das Recht der Landſtandſchafft ertheile, oder nicht? ſehe man den Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. S. 499. u. f. Der Landſtandſchaft

Eben allda iſt ferner auch umſtändlich zu erſehen, was für mancherley andere Gerechtſamen diſem Recht der Landſtandſchafft anhängig ſeyen (2); deme ich noch diſes beyfüge.

Vene-

(1) ſ. neue Europ. Staatscanzl. 32. Theil, S. 122.
(2) add. oben Buch, Cap.

Veneris 23. Aug. 1720.

Gülichiſche Ritterbürtige Landſtände contra Gülich- und Bergiſchen Hofrath, Appellationis &c.

Denegantur quidem Proceſſus Appellationis; reſcribatur tamen, cum notificatione hujus, dem Herrn Churfürſten zu Pfalz: Kayſerliche Majeſt. hätten zu Demſelben und ſeiner bekannten Gemüthsbilligkeit das gnädigſte Vertrauen, er würde bey Verfolg der angeordneten Unterſuchung ſolche Veranſtaltungen machen, damit Implorantiſche Ritterſchafft wider ihre wohl hergebrachte Privilegien, beſonders ſo vil das liberum Suffragium in ihren Conſultationibus, und das Secretum derer überlegten Landes-Angelegenheiten betrifft, nicht beeinträchtiget werden möge.

Der Graf zu Oſtfrießland und ſeine Landſtände verglichen ſich An. 1611. „Die Verſchreibung der gemeinen Ritterſchafft zu Landtagen ſoll nach der in der Gräflichen Canzley beruhenden Matricul, und der in denen Concordaten geſchehenen Angelobung, geſchehen: und daferne einige minderjährige adeliche begüterte Perſonen in diſer Grafſchafft gefunden werden, deren Vorfahren auf Landtagen zu erſcheinen pflegten, ſollen derſelben Vormundere, wenn ſie im Lande ſind, nicht vorbeygegangen, ſondern, nebſt den andern von der Ritterſchafft, zu denen Landtagen beſchriben werden.“

Und Graf Rudolf Chriſtian erklärte ſich An. 1626. „Ihre Gnaden wollen denen jederzeit Einhabern der adelichen Häuſer zu Fiſchwarth, wie auch des langen Hauſes in der Weſtermarſch, als adelichen Standes, wie ingleichen Jobſt Hahnen zu Lier und Victor Hahnen zu Upgant, Size der Matricul der Ritterſchafft einverleibt ſeyn laſſen, und dieſelbe mit zu Landtagen verſchreiben laſſen; jedoch nicht anders, als unter dem Titul: Erbgeſeſſene.

§. 9.

Der quaſi-Regierung.

Landſaſſen, welche anſehnliche Güter haben, dörffen auch formliche Canzleyen halten (1), folglich auch allerley Rathscharactere ertheilen.

Denen

(1) ſ. den Tr. von der landeshoh. überh. S. 236.

Denen Beſizern bloß einzelner Rittergüter aber geſtattet man dergleichen nicht, wann ſie auch gleich Gräflichen Standes wären.

§. 10.

Die Beſizere adelicher, mit Unterthanen verſehener, Güter haben auf ſelbigen meiſtens wenigſtens einige, wo nicht die völlige, nidere, oder auch höhere, civil-Gerichte, oder auch den Blutbann. Der Juſtiz.

Manches hievon iſt ſchon oben in diſem Capitel vorgekommen; und das übrige verſpahre ich auf das folgende Buch.

§. 11.

In Anſehung des Militaris iſt es etwas ſehr ſeltenes, wann einem Landſaſſen auch auf die eingeſchränckteſte Weiſe, erlaubt wird, einige eigene regulirte Mannſchafft zu halten. Des Militaris.

Hingegen iſt es etwas gar gemeines, daß die Rittergüter ſelbſt von Einquartierungen befreyet ſeynd.

§. 12.

Ob und wie ferne die Rittergüter ſteuerbar ſeyen oder nicht? ſehe man den Tr. von der Landeshoheit in Steuerſachen, Cap. 4. Der Steuern ꝛc.

Von der eigentlichen nota characteriſtica eines (landſäßigen) freyadelichen Guts hat der Freyherr von CRAMER (1) gehandelt, und ſezet ſie darinn, daß das Eigenthum nicht verſteuert wird; ob gleich der Pachter ſeine Nahrung verſteuern muß.

Es iſt aber dabey zu mercken, daß die Frage nicht von allen adelichen, ſondern von frey-adelichen Gütern ſeye.

Vom Unterſchid zwiſchen freyadelichen Gütern und Ritterſizen, beſonders in Anſehung der Gewinn- und Gewerbſteuern, in dem Jülch- und Bergiſchen, hat der Freyherr von CRAMER (2) gleichfalls geredet. Nach demſelben ſeynd unter dem Wort: Ritterſiz, das Stammhaus und principal-Seeß, wie es in ſeinen Graben, Edern und Zäunen gelegen, zu verſtehen, und der Gewinn- und Gewerbſteuer frey; die übri-

(1) in ſeiner Nebenſt. 15. Theil, S. 21.
(2) l. c. 20. Theil, S. 41.

ge adeliche Güter ſeynd nur alsdann davon frey, wann ſie ſolche Freyheit ſeit 1596. hergebracht haben.

Von Drittelgütern, und ob ein frey-adelich-beſonders ſolch Drittelgut, wenn es unadelichen Bauleuten zur Bebauung überlaſſen worden, nachhero aber an den Eigenthümer zurückgetretten, ſeine vorige Freyheit behalte? hat der Freyherr von CRAMER (1) ebenfalls gehandelt.

Was bey dem Gewinn- und Gewerbs-Anſchlag der adelichen Güter inſonderheit in rechtlichen Betracht zu ziehen ſeye? ſehe man wieder den Freyherrn von CRAMER (2).

Von der Oberbeſſerung, oder Quarta colonica, ſo die Hofleute, oder Halffen, Halb- und Drittels-Gewinner, auch von freyadelichen Gütern, von wegen Gewinn und Gewerbs, auch der Nahrung ſelbſt, geben müſſen, beziehe ich mich abermals auf den Freyherrn von CRAMER (3).

Hieher wird folgendes Reichs-Hofraths-Concluſum ebenfalls gehören:

8. Mart. 1650.

Von Reckh Dieterich de præſ. 26. Febr. nechſthin, exponit, daß ſein Vetter Johann Freyherr von der Reckh von der in der Grafſchafft Marck gelegener Statt Cammen einen Hof in Abtheilung der Elterlichen Güter ererbt vnd darüber von gedachter Stadt Cammen ein privilegium exemtionis erhalten habe. Welcher Hof nach tödlichem Hintritt beſagtes ſeines Vettern auch erblich auf ihn gefallen, wie auch angeregtes Privilegium von dem Herrn Churfürſten zu Brandenburg confirmirt worden ſey. Et petit bey ſo beſchaffener Sachen, Ihr Kayſerl. Mayeſt. wollten ihme ſolches alles ingleichem durch dero Kayſerl. Decretum allergnädigſt confirmirn. Apponit A. B. C.

Includatur dem Herrn Churfürſten zu Brandenburg, ob Seine Churfürſtl. Durchl. hierwider einig Bedencken, ihren Bericht einzuſchicken.

Von

(1) in ſeinen Nebenſtund. 12. Theil, S. 73.
(2) l. c. 24. Theil, S. 117.
(3) l. c. 15. Theil, S. 22.

Von des Adels Accisfreyheit habe ich auch ſchon anderwärts (1) geredet:

So auch von der Zollfreyheit (2).

§. 13.

Ob? und allenfalls wie ferne Landſaſſen das jus Fiſci haben oder nicht? kommt auf die beſondere Landesverfaſſungen an. Des Cameralis.

Ordentlicher Weiſe ſtehet es ihnen nicht zu.

Der Fürſt zu Oſtfrießland ſtellte An. 1691. am Reichs-Hofrath vor: Weilen bekannt, daß die Jura fiſcalia denen unmittelbaren Reichsfürſten und Ständen in dero Fürſtenthum und Landen, vigore Superioritatis territorialis & Regalium, alleine zuſtehen; daß einfolglich auch die Oſtfrieſiſche ihrem Landesherrn unterwürffige Ritterſchafft, ſo dann Burgermeiſter und Rath zu Emden, ſich derſelben in dero Herrlichkeiten und der Statt gleichfalls nicht anmaſſen, in ſpecie auch die von Emden ihren de facto beſtellten Fiſcalen unweigerlich abſchaffen ſollen:

Es wurde aber in der Kayſerlichen Reſolution auch diſes Gravamen ſolches alles übergangen.

§. 14.

Mit denen Gerechtſamen der adelichen Landſaſſen in Policey-Sachen wird es gar verſchidentlich gehalten; doch ſtehen ihnen meiſtens wenigſtens einige Stücke der nideren Policey zu. Der Policey.

§. 15.

Ins beſondere kommet es in denen Bierländern öffters zur Frage, zu Streitigkeiten, und zu Proceſſen: Ob und wie ferne die von Adel befugt ſeyen, auf ihren Rittergütern Bier zu brauen; und zwar 1. für ſich und die Ihrige, ſo dann 2. zu feilem Kauff? Des Braurechts.

Da ich aber bereits davon in meinem Tr. von der Landeshoh. in Policey-Sachen, Cap. 8. gehandelt habe; ſo laſſe ich es dabey bewenden:

(1) von der landeshoh. in Steuerſach. S. 763. u. f.

(2) l. c.

Man verbinde damit auch, was oben in diſem Capitel von Bayern vorgekommen iſt.

Von des Adels Braugerechtigkeit in dem Chur-Braunſchweigiſchen Fürſtenthum Calenberg ſehe man Herrn Vicecanzler STRUBEN (1).

In dem Anhalt-Deßauiſchen Landtagsabſchid von 1698. liſet man: „So will auch die Ritterſchafft, welche mit dem Braurecht zu feilem Kauff beliehen, oder privilegirt, oder daſſelbe ſonſt zu Recht beſtändiger Weiſe hergebracht hat ꝛc. “

Die von der Br. Wolfenbüttteliſchen Ritterſchafft, welche auf ihren adelichen Sizen das Brauen zum feilen Verkauff beſtändig hergebracht, werden, vermöge Landtagsabſchides von 1607. dabey ruhig gelaſſen. Landespriv. von 1770. Art. 74.

Von der Mecklenburgiſchen Ritterſchafft Streitigkeiten in diſem Stück ſehe man die oben §. 1. angezeigte Schrifften: Von diſes Adels habend- oder nicht habenden Gerechtſamen in Anſehung des Mülzens, Brauens und Branteweinbrennens aber habe ich ſchon anderwärts (2) umſtändliche Nachricht ertheilt.

§. 16.

Der Handlungs- und Handwercker.

In Anſehung der Handlungs- und Handwercksſachen beziehe ich mich forderiſt auf das anderwärts (3) geſagte; ſo auch hieher mit-einſchläget.

Von der Mecklenburgiſchen Ritterſchafft Händeln wegen des Handels und Wandels, auch Zünfften und Handwerckern, inſonderheit auf dem Lande, wie auch, was Anno 1755. deßwegen verglichen worden iſt, ſehe man an unten (4) bemercktem Orte nach.

§. 17.

Der Gnadenſachen.

Von Gnadenſachen derer landſäßigen von Adel läſſet ſich wohl wenig ſagen; auſſer, daß ſie etwa gewiſſe Geld- oder geringe Leibesſtraffen milderen oder gar nachlaſſen können.

§. 18.

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 287.
(2) im Tr. von der Landeshoh. in Policeyſach. S. 165. u. f.
(3) l. c. S. 179. u. f.
(4) ibid. S. 182.

§. 18.

Von Sachen, welche Grund und Boden betreffen, will ich folgende Beyſpile zur Prob bemercken: Der Erde.

Kayſer Ferdinands III. als Königs in Böhmen, Bergwercks-Privilegium für Graf Heinrich Schlicken von 1646. iſt beym LüNIG (1) zu leſen.

Der Graf zu Oſtfrießland erklärte ſich An. 1626. „Die Anwächſe derer aus der See zugeſchlagenen Lande betreffend, erklären Ihro Gnaden Sich dahin, daß Sie zufriden ſeyn, daß das Haus Lützburg in der anwachſenden Lande Gebrauch und Poſſeßion verbleiben möge, ſo weit als deſſelben Anwächſe, Limites und Gränzen in dem vor vilen Jahren vor Kayſerlichen Commiſſarien angeſtellten Proceß deſigniret worden; ſalvo tamen Petitorio: Wie ingleichem, da ſich würde befinden, daß der von Diepenbruch zu Mittelſtewehr auſſerhalb Teiches einige Poſſeßion gehabt hätte, er darinnen ungeturbirt gelaſſen werden ſolle.“

Ferner: „Ihro Gnaden ſeyn zufriden, daß Haro Freytag zu Gödens auf denen Mohrten, welche er im Amte Frideburg im Gebrauch hat, zu ſeiner Nothdurfft und Erhaltung ſeines Teichelwerckes, Torff graben möge; jedoch innwendig deren Gränzen und Limten, wie er dieſelbe bishero im Gebrauch gehabt, und daß darunter keine Gefährlichkeit, zum Nachtheil Ihrer Gnaden Torffgerechtigkeit im Amte Fridburg, mit unterlauffe.“

§. 19.

Derer Beſizere adelicher Güter Gerechtſame in Forſt- und Holzſachen leiden keine allgemeine Regel. Des Forſtweſens.

Wann einer von den Br. Wolffenbüttelischen Landſtänden und Unterthanen, ohne Verwüſtung guter nuzbarlicher Holzung, auch ohne Nachtheil Huth und Weide, damit Andere des Orts berechtiget, aus und in dem Seinen roden läſſet; ſoll der Rottzehnte und Zinſe dem Grundherrn, ſonſten aber, wenn mit des gn. Bewilligung, (ohne welche auch, wenn Verwüſtung, oder ſcheinbares Intereſſe Tertii, mit unterläufft,) daſſelbe nicht

(1) in des R. Arch. Spicil. ſecul. S. 1202.

nicht zu verſtatten, und Sr. Durchl. eigenen oder gemeinen Holzungen, darinn Dieſelbe obriſter Erbexe ſeyn, gerodet wird, beydes Sr. Durchl. und Dero Erben folgen. **Landespriv.** 1770. Art. 73.

In dem **Heſſencaſſeliſchen** Ober-Appellationsgericht (1) giengen bey der Frage: Ob einem die Erbgerichtsbarkeit habenden Edelmann auch die Forſtgerichtsbarkeit zuſtehe? die mehrere Stimmen dahin: Daß, nach dem allgemeinen Teutſchen Herkommen, weder von der civil- noch criminal-Jurisdiction auf die Forſtliche, und auf das Recht, Forſt- und Jagd-Frevel zu beſtrafen, geſchloſſen werden könne.

Von Streitigkeiten in Meckenburg wegen Holzſachen ſehe man die unten (2) angezeigte Stellen nach.

§. 20.

Der Jagd. Ein faſt allgemeiner Streit iſt: Ob denen Rittergütern die Jagdgerechtigkeit anhängig ſeye, oder nicht? und zwar: Ob nur die nidere, oder auch die hohe? ingleichem: Was eine und die andere Gattung unter ſich begreiffe?

Aber auch davon iſt mein Tr. **von der Landesh. in Anſehung der Erde** ꝛc. Cap. 5. nachzuſehen.

Von **Bayern** ſehe man oben §. 4.

In den **Br. Wolfenbütteliſchen** Landesprivilegien von 1770. liſet man Art. 35. „Niemand der Stände ſoll in hergebrachter Poſſeſſione vel quaſi wegen ſeines Jagens, auch ſeiner Fiſcherey, es ſey durch geſezte Holzpfähle, oder ſonſten beeinträchtiget, ſondern ein jeder, der die Jagden und Fiſchereyen rechtmäßiger Weiſe hergebracht, auch hinfüro, da und an den Orten, auch auf Art und Weiſe, wie ein jeder ſolches hergebracht, weiter und anderer geſtalt aber nicht, ruhiglich dabey gelaſſen werden:

Da hingegen aber keiner ſich des Jagens und Fiſchens unbefugter Weiſe, oder zu unrechter Zeit, wider die Fürſtliche Jagd- Forſt- oder andere Ordnungen, bey ernſter Strafe unternehmen und anmaſſen ſoll.“ Das

(1) ſ. H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 310.

(2) **den Vorbericht zu den** Decif. Imper. in cauſ. Mecklenb. S. 117. **und meinen Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Erde,** ꝛc. S. 45.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache (1): Das Recht, Haſen zu hezen, begreiffe die ganze nidere Jagdgerechtigkeit in ſich, und ſchlieſſe das Schieſſen darnach nicht aus; da die Worte in den alten Privilegien: **tauſchen, hezen,** gemeiniglich von der Zeit herkommen, da das Schieſſen noch nicht eingeführt geweſen ſeye.

Von des Mecklenburgiſchen Adels Streitigkeiten wegen der Jagden ſehe man an unten (2) bemercktem Ort nach: Auch habe ich ſelbſt davon ſchon anderwärts (3) viles gemeldet.

In den Oſtfrieſiſchen Vertrag von 1611. floſſe ein: „36. Belangend der Ritterſchafft ihre Jagden; ſo werden Se. Gnaden und die von der Ritterſchafft wiſſen, vermittelſt gnädiger und unterthäniger Handlung, darinn eine ſolche Ordre zu ſtellen, daß die dißfalls erhobene Klagen und der Proceß aufhören und ceßiren werden. “

Und der Graf zu Oſtfrießland erklärte ſich Anno 1626. „Was belanget die Streitigkeiten des Jagens, Fiſchens und Vogelfangens; da behalten Ihro Gnaden Ihr bevor, gewiſſe Oerter in der Grafſchafft Oſtfrießland, wohin ſich niemand des Jagens, Fiſchens und Vogelfangens unternehmen ſoll: Wollen aber, nach eingenommener genugſamer Erkundigung, ſich mit denen von der Ritterſchafft vergleichen, auf gewiſſe Oerter und Limites, wie weit ſie ſich, (jedoch nicht privative,) des Jagens, Fiſchens und Vogelfangens gebrauchen ſollen. “

Einen Acten-Extract eines 1741. am Chur-Sächſiſchen Vicariats-Hofgericht angefangenen, und hernach am Reichs-Hofrath fortgeſezten Proceſſes in Sachen: Von Geiſau contra Sachſen-Weimar und Eiſenach, Reſcripti, in puncto turbatæ poſſeſſionis vel quaſi juris venandi &c. findet man bey Herrn Geh. Juſt. Rath PüTTER (4).

§. 21.

(1) H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 310.

(2) in dem Vorber. zu den Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenb. p. 114. (Aufl. 1746.)

(3) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Erde, ꝛc. S. 107.

(4) in ſeiner Erläut. des Proc. beyder R. Gericht. p. m. 305.

§. 21.

Des Waſſers. Derer adelichen Landſaſſen Gerechtſamen in Waſſerſachen haben auch ſchon manchen Streit erregt.

Davon zeuget z. E. diſes Reichs Hofraths-Concluſum:

Lunæ 28. Apr. 1738.

Hahn zu Brockhauſen contra die Cleviſche Cammer und Conſ. in pto liberæ facultatis molandi.

Mit Verwerffung des von der Cleviſchen Cammer beſchehenen, durchaus unſtatthafften, und zur gegenwärtigen Sache gar nicht gehörigen Einwendens, fiat nunc gegen jeztgemeldte Cleviſche Cammer und den Richter zu Unna, Detecom, petitum Mandatum de non amplius turbando in poſſeſſione liberæ facultatis molandi, inhibitorium Attentatorum, revocatorium & caſſatorium, nec non pecuniæ extortæ & ablatorum reſtituorium S. C. ſub pœna 10. marcarum auri, annexa Citatione ſolita, cum termino duorum menſium.

Von der Mecklenburgiſchen Ritterſchafft Streitigkeiten wegen der Mühlen, Flüſſe und Waſſerſtauungen ſehe man die unten (1) bemerckte Stelle, und was ich ſelbſten davon ſchon anderswo (2) gemeldet habe.

§. 22.

Beſiz. Mehrmalen entſtehet die Frage: Ob adeliche Landſaſſen bey einem bloſſen hergebrachten Beſiz ſicher genug ſtehen, oder aber ſchuldig ſeyen, zu erweiſen, auf was für einen Rechtsgrund ſich derſelbige ſteife?

Anno 1699. 1. Maji (3) thaten Director und Land-Räthe des Braunſchweig-Zelliſchen Fürſtenthums ihrem Landesherrn diſe Vorſtellung:

P. P. „ Euer Durchl. wird verhoffentlich annoch gnädigſt erinnerlich ſeyn, was geſtalt wir bey ein- und anderer Landſchaffts-Diät die unterthänigſte hochgemüßigte Vorſtellung

(1) den mehreit. Vorber. rc. S. 122.

(2) im Tr. von der Landeshoh. in Anſehung der Erde. rc. S. 201. 203. 209. 251. 262.

(3) v. Deduct. gegen die Realit. der Jagden. Beyl. 41.

lung gethan, daß Ew. Durchl. Amts-Advocat in ſeinen wider den Adel, auch andere, geführten Proceſſen diſes als ein per præjudicia gleichſam hergebrachtes pro fundamento geſezet: Als wenn in Jagd- Jurisdictions- und andern dergleichen Sachen ad nudam contradictionem der Fürſtl. Aemter man ſich der Poſſeſſion ſogleich begeben müßte, biß man einen rechtſchaffenen Titul beygebracht; und daß wir unterthänigſt nachgeſucht, daß bey diſem gefährlichen und weit ausſehenden Principio, dadurch keiner ſeiner Güter auf ein Moment verſichert ſeyn würde, wenn nur einem Beamten gefällig, eine Contradiction zu machen, Ew. Durchl. gnädigſt geruhen möchten, ſolch an ſich ganz irriges Fundament gnädigſt unterſuchen und determiniren zu laſſen: Ob und wie weit ein Titulus in gemeldten Sachen beyzubringen ſeyn ſollte? damit diſerwegen ohnnöthige Proceſſe zu führen verhütet, und ein jeder bey dem Seinigen unter Euer Durchl. Schuz ſicher leben könne.

Wir unſers Theils halten die Anfangs gemeldte Theſin des Amts-Advocati wenigſtens denen Landes-Privilegien allerdings zuwider zu ſeyn; als darinn, und zwar in Privilegio de An. 1527. deutlich diſe Worte: „Wir wollen auch, „ und Unſere Amten ſollen Niemand mit Gewalt überfallen, „ Niemandes Güter in Kummer legen, oder auch Waſſer und „ Weyde verbieten, es ſey denn die Sache, von deren wegen „ man irrig und ſolchergeſtalt zu thuende Recht zu haben ver- „ meinet, zuvor verſchrieben, verklagt und überwunden: „ Es ſoll auch gegen Uns und die Unſern auch alſo gleichmäſ- „ ſig gehalten werden.“ Welches dann ja deutlich zeiget, daß keine nuda contradictio eines Beamten Jemanden depoſſediren könne, ſondern cauſæ cognitio und der Ausſpruch Rechtens vorhergehen müſſe: Und diſes Privilegium de An. 1527. iſt in ſpecie den 26. Nov. 1592. und nachmalen den 3. Dec. 1610. von dem damahligen löblich regierenden Landesherrn, Herzog Ernſten, und Deſſen geſammten Herrn Brüdern hochſeel. Ged. von neuem renoviret und beſtättiget, und ferner von denen nach und nach ſuccedirenden Landesherrn, auch von Eu. Durchl. Selbſten, nebſt andern der Landſchafft Privilegiis, mit aller Hulde und Gnade weiter Fürſtlich confirmirt.

Damit nun diſe der Landſchafft höchſt-angelegene Sache, daran der Singulorum Heyl und Wohlfahrt hänget, aufrecht behalten, und: wie weit in Poſſeſſorio ein Titulus nöthig ſeyn möchte? zur Richtigkeit gebracht werden möge; ſo erſuchen Eu. Durchl. Wir nochmalen ganz innſtändigſt, desfalls eine gnädige Determinirung ertheilen zu laſſen; zu Eu. Durchl. höchſtem Nachruhm bey der Poſterität, daß Sie bey Dero ſo glorieuſen Regierung zum Präjudiz der Landes-Jurium nichts einführen laſſen: Und empfehlen rc. "

Darauf erfolgte diſe Fürſtl. Reſolution: „Von GOttes Gnaden, Georg Wilhelm, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg.

Demnach bey Unſere getreue Prälaten, Ritter-und Landſchafft, nächſt andern einige Zeit her übergebenen Gravaminibus ſich inſonderheit auch darüber beſchweret, daß ihnen bey Unſern hohen Gerichten und von Unſeren Amts-Advocatis, denen Titulum ihrer Poſſeſſionen in gewiſſen Fällen zu dociren, zum öfftern angemuthet und aufgebürdet werden wollte, mit dem unterthänigſten Erſuchen, die gnädigſte Verfügung zu thun, daß ſie hinführo damit wider Recht und habende Landes-Receſſe und Privilegia nicht fatigiret werden möchten; ſo erklären Wir Uns hiemit in Gnaden dahin, daß, wie vorerwehnte übrige Gravamina, alſo auch in ſpecie jeztberegten Punct, wann Wir bey Unſerer Reſidenz wieder angelanget, gehörig unterſuchen, und, wann befunden werden ſollte, daß darunter bißher einige abuſus vorgegangen, denenſelben Rechtsgebührlicher maſſen remediiren laſſen wollen. Urkundlich unter Unſers Fürſtlichen Handzeichens und vorgedruckten Geh. Canzley-Secret. Geben auf Unſerm Amte Alten Bruchhauſen, den 31. Maji 1702.

(L. S.) Georg Wilhelm. "

Ich habe ſchon anderwärts (1) meine Meynung dahin geäuſſert, daß allerdings, auch ſelbſt in Regalienſachen, ein Landesherr nicht mehrere Rechte in dergleichen Fällen habe, als ein Landſaß; und die Reichsgerichte ſprechen eben ſo.

§. 23.

(1) im Tr. von der Landeshoh. überh. S. 243.

§. 23.

Nicht-Turbirung darinn.

Es iſt nemlich natürlichen Rechtens, daß Niemand, und alſo auch die von Adel, in dem Beſiz ihrer Gerechtſamen nicht geſtöhret werden ſollen: Indeſſen haben doch bald gewiſſe Landſtände für räthlich erachtet, es ſich insbeſondere durch Landesverträge auszubedingen, bald kommen an denen Reichsgerichten nicht wenige Klagen vor, daß die Landesherren darinn thätlich gegen ihre Landſaſſen verfahren ſeyen. Z. E.

In dem Chur-Bayriſchen Mandat von 1669. über die Landſchafftliche Gravamina heißt es: Es ſeyen einige Churfürſtliche Beamte beſchuldiget worden, ob ſollten ſie über der Stifft und Clöſter eigenthümliche Güter Austrägs- oder Nahrungs- ja wohl gar Grund- Kauff- und Eigenbrieffe, ohne der Grundherren Willen oder Erklärung, aufrichten, und denſelben hierdurch in etwas mehr Nachtheil zuziehen: Dieweil aber dißfalls in Landrechten und der Policeyordnung die Nothdurfft nach Genügen ausgeworffen ſeye; als habe es dabey ſein Bewenden, und ſollen die Beamte darauf mit ſchuldigſtem Fleiß halten.

Mercurii 24. Nov. 1745.

Von Cramm, Gebrüdere und Vettern, contra die Fürſtlich-Hildesheimiſche Regierung und das Fürſtliche Amt Woldenberg ꝛc.

Cum incluſione Exhibitorum -- fiat Reſcriptum an den Herrn Churfürſten zu Cölln, qua Biſchoffen zu Hildesheim: Um über diſer ganzen Sache Beſchaffenheit = = = an Kayſerliche Majeſt. innerhalb zwey Monathen zu berichten; immittelſt aber Dero Regierung und Amt Wohldenberg, die Imploranten in ihrer etwaigen herkommlichen Poſſeßion, biß zur Entſcheidung der Sache nicht zu turbiren, alles Ernſtes anzuweiſen.

In dem Münſteriſchen Landes-Privilegio vom Jahr 1570. heißt es: „Wir ſollen auch Niemand beſchweren in ihren Burggerichten, Holzgerichten, Marcken, oder ſonſt anders, dann ſich von Rechtswegen gebühret.“

Die Br. Wolfenbütteliſche Landesprivilegien von 1770. beſagen Art. 36. „Die Stände ſollen ſo wenig, als ſonſt je-

mand an ihren Holzungen beſchweret, ſondern ein jeder deßfalls bey ſeinen Gerechtigkeiten geſchüzet werden; und mögen die darüber entſtehende Klagen bey der Fürſtl. Canzley, oder dem Hofgerichte, angebracht und erörtert werden; jedoch, daß ſolches des Landesherrn höchſten Rechten in Betreff der Forſten und deren Conſervation unnachtheilig bleibe.“

M. Junio 1742. (1) übergabe bey dem Kayſerl. Reichs-Hofrath der Burggraf zu Kirchberg gegen den Herzog zu Sachſen-Weymar eine Supplic pto Contraventionum & Turbationis in poſſeſſione vel quaſi Jurium & Privilegiorum Dynaſtiæ Farnrode, mit Bitte, pro decernendo Mandato caſſatorio, revocatorio & de non amplius turbando in poſſeſſione vel quaſi Jurium & Privilegiorum dictæ Dynaſtiæ à Ser. Anteceſſoribus conceſſorum, nec ullo modo Juribus iſtis & Privilegiis contraveniendo ablatisque reſtituendis, una cum Intereſſe & Expenſis, item de in poſterum non via facti ſed Juris procedendo S. C. pœnale &c. Welches Geſuch m. Julio wiederhohlet wurde.

Darauf reſolvirte der Reichs-Hofrath den 16. Aug. Cum incluſione Exhibiti ſub præſ. 21. Jun. nup. reſcribatur dem Herrn Herzogen Ernſt Auguſt zu Sachſen-Weymar und Eiſenach: Es hätte der Burggraf Georg Friderich zu Kirchberg allerunterthänigſt klagend angebracht, was geſtalten weyl. ſein Vater, der Burggraf Georg Ludwig, allbereits An. 1677. den 6. Apr. von dem weyland Herrn Herzogen Johann Georg zu Sachſen-Eiſenach, und zwar mit ausdrücklichem ſchrifftlichen Conſens ſeiner beyder Fürſtlichen Herrn Gebrüder, als nächſter Herrn Agnaten, eine ſolenne Donationem remuneratoriam (vermöge deren ihm verſchidene Jura und Freyheiten wegen der ſchon über 300. Jahr beſeſſenen Burggräflich-Kirchbergiſchen Herrſchafft Farnrode überlaſſen und abgetretten worden,) erhalten, auch ſich darauf in die würckliche Poſſeſſion aller ſolcher Jurium geſezet hätte, mithin Vater und Sohn ſchon über 60. Jahr darinn verbliben wären, da hingegen aber er, der jezige Burggraf, kurze Zeit nach dem tödtlichen Hintritt des lezte-

(1) add. §. 7.

lezteren Herrn Herzogs zu Sachſen=Eiſenach Wilhelm Heinrichs p. m. alſofort durch die hinterlaſſene Fürſtliche Regierungs=Canzley, oder auf Dero Befehl, aus ſothanem kundbaren Beſiz aller ſeiner Gerechtſamen und Freyheiten ganz unvermuthet völlig wider geſetzet und nach der Hand, aller triftiger Vorſtellungen, auch ſo gar des von des jezigen Herrn Herzogs weyl. Groß=Herrn=Vaters in originali producirten Fürſtlichen Conſens-Briefs ohngeachtet, gleichwohlen nicht reſtituirt, ſondern der Fürſtl. Fiſcal mit einer ſogenannten Revocatorien=Klage gegen den Impetrantiſchen Burggrafen excitiret worden.

Gleichwie aber der Herr Herzog, nach weiterer der Sachen Ueberlegung von ſelbſten begreiffen würde, wie es ſich denen Rechten nach nicht gebühre, einen legitimum poſſeſſorem, welcher mit Conſens der Fürſtlichen Herrn Vorfahren ſchon über ein halb Seculum im Beſiz geweſen, eigenthätig wider zurückſezen und denſelben alsdann erſt, nemlich poſt dejectionem, auf den Weg Rechtens zu verweiſen: Alſo könnten Ihro Kayſerliche Majeſt. Sich nicht entbrechen, dem Herrn Herzogen zu Sachſen=Weymar und Eiſenach, Krafft diſes Kayſerlichen Reſcripti, gemeſſen und gnädigſt aufzutragen, daß derſelbe den Impetrantiſchen Burggrafen von Kirchberg zuforderſt in die ruhige Poſſeß aller derer durch obgedachte Donationem remuneratoriam de An. 1677. erlangter und biß auf die lezte Beeinträchtigung ohngekränckt beſeſſener Jurium & Privilegiorum vor allen Dingen vollſtändig wieder reſtituiren und ihn auch hinkünfftig, biß zu rechtlichem Austrag der Hauptſache, ohngeſtöhrt und unbehindert dabey belaſſen mögen. Allermaſſen Kayſerliche Majeſt. über deſſen Befolgung des gehorſamſten Bericht längſtens in termino duorum menſium gnädigſt gewärtig ſeyn wollten.

Martis 15. Mart. 1746.

Zu Kirchberg Burggraf, contra Sachſen=Weymar und Eiſenach, Reſcripti puncto Contraventionis & Turbationis in poſſeſſione vel quaſi Jurium & Privilegiorum Dynaſtiæ Farnrode &c.

Fiat, rejectis Exceptionibus, tam Fori, quam ipſius Cauſæ,

ſæ, Reſcriptum paritorium, cum extenſione ad nova facta.

§. 24.

Der Güter Beſchwerung.

Wie weit ſich adelicher Landſaſſen Gerechtſame erſtrecken oder nicht, Schulden auf ihre Güter zu machen, ſelbige dafür zu verpfänden, oder zu verſchreiben, Wittume, u. d. darauf zu verſicheren? u. ſ. w. davon findet ſich (weil meiſtens ſolche Güter Lehen ſeynd,) allerley in dem Tr. von der Lehensverfaſſ. S. 819. u. f.

Deme füge ich hier diſes bey:

10. Mart. 1768.

Anhalt Fürſtenthums Cöthenischen Antheils geſamte Ritterſchafft contra den Herrn Fürſten zu Anhalt Cöthen petit mandati & Proviſorii, ſive impetrantiſcher Anwald Hermann ſub præſ. 2. Octobris a. p. accuſando iterum clabentem terminum ad parendum Reſcripto Cæſareo de 27. Jan. dicti anni prorogati ſupplicat hum. pro clem. in contumaciam ſupplendo conſenſu denuo efflagitato. appon. adjunctum ſub No. XXVI. & membrum ſecund. ultimi Concluſi.

Idem ſub præſ. eodem exhibet allerunterthänigſte Anzeige des wiederum ohne parition zu Ende laufenden termins juncto petito: pro clem. partem adverſam informatorialibus præcludendo ac in Contumaciam procedendo. appon. ult. Concluſum.

Idem ſub præſ. 18. Januarii a. curr. übergibt allerunterthänigſte Beleuchtung der Hochfürſtl. Reſolution vom 6. Sept. a. præt. nebſt Anheimſtellung des innen gedachten attentati zur Obriſtrichterlichen Remedur und Ahndung, auch in ſpecie wiederholte accuſationem moræ in parendo und Bitte: Den Landes- und Lehenherrlichen Conſens allergerechteſt zu ſuppliren. appon. adj. ſub No. XXVII. & ult. Concl. in duplo. ---

Idem ſub præſ. 23. Febr. nuperi exhibet allerunterthänigſte Anzeige, daß der hochfürſtliche Bericht noch nicht erſtattet worden, mit Bitte: pro clem. nunc in contumaciam progrediendo. appon. ult. Concluſum.

Econtra gedachter Herr Fürſt, ſub dato 9. Septembris

&

& præſ. 1. Octobris anni præt. überreichet per de Fabrice allerunterthänigſte Exceptiones ſub- & obreptionis ſamt Bitte: das Allerhöchſte Proviſorium vom 27. Januar, dicti anni hinwiederum aufzuheben und Impetranten mit ihrem Geſuch abzuweiſen. Cum adj. ſub Lit. A usque I. & ultimum Concluſum in duplo.

In eadem impetratiſcher Anwald von Fabrice ſub præſ. 2. Octobris an. præt. zeiget allerunterthänigſt an und bittet, pro clem. ad informandum concedendo ulteriori termino duorum menſium.

Idem ſub præſ. 10. Decembris dicti anni übergibt allerunterthänigſte beſcheinigte Anzeige noch immer vorwaltender Hinderniſſen ſamt Bitte: pro clem. ad informandum ulteriori termino duorum menſium concedendo. appon. Num. 6. --

Idem ſub præſ. 7. hujus exhibet allerunterthänigſte Beſcheinigung annoch vorwaltender Hinderniſſen ſamt Bitte: pro clem. terminum ad alios duos menſes extendendo, interim nil præjudiciale ſtatuendo. appon. Num. 7.

1. In cauſa principali detur quidem parti impetratæ adhuc petitus terminus duorum menſium ad informandum, ſed omnium ultimatus & ſub præjudicio, daß im widrigen derſelbe nach ſo langen Verzug ohne weiters Zuwarten mit dem erforderten Bericht præcludirt ſeyn und in contumaciam in Sachen fürgegangen werden ſolle.

2. Puncto proviſorii wird dem Herrn Impetrato mit Verwerffung ſeines ſämtlichen ohnerheblichen Einwendens andurch aufgegeben, nicht nur der Impetrantiſchen Ritterſchafft den vorhin begehrten Conſenſum in die von ihr zu Beſtreitung der Anno 1761. pro indiviſo contrahirten Schulden anbefohlener maſſen auf weiteres Anlangen gegen Production der original-Schuld-Verſchreibungen ohnweigerlich zu ertheilen, ſondern auch in weiterem Verfolg des Kayſerl. Proviſorii und dem von Herrn Impetrato ſelbſt per reſolutum de 1. Junii 1765. gemachten Deſiderio gemäs, ſothanen Landes und Lehenherrlichen Conſens, in ſo ferne impetrantiſche Ritterſchafft obige Geſamt-Schulden abzuſtoſſen gemeint und hierzu die Membra der-

3) M ſelben

ſelben auf ihre Güther anderwerts Geld aufzunehmen gedencken, einem jeden auf das in der Ritterſchafftlichen repartition angeſezte Quantum gegen ebenmäßige Production der original-Schulden-Verſchreibungen und zwar gleichfalls in der proviſorie verordneten Maaſſe alſofort ausfertigen zu laſſen und die Paritions-Erklärung in termino duorum menſium ſo gewiß einzureichen, als im widrigen auf Anruffen der Ritterſchafft oder reſpective eines und andern Mitglids derſelben vorhin comminirter maſſen ganz ohnfehlbar verfahren werden ſolle.

3. Communicetur das impetrantiſche anderweite Mandatum procuratorium parti impetratæ altero Exemplari ad acta repoſito.

§. 25.

Und Veräuſſerung.

An theils Orden hat man Landesverträge, wie es mit Veräuſſerung der adelichen Güter ſolle gehalten werden; wenigſtens in gewiſſen Fällen. Z. E.

In dem Marck-Brandenburgiſchen Landtagsabſchid von 1653. liſet man: „Wenn adeliche Güter, ob urgens æs alienum diſtrahiret werden müſſen; ſo ſeynd zuforderſt die Agnaten, ad emendum vel conſentiendum, zu citiren: Käme es aber, excluſis Agnatis, ad extraneos Emtores; ſo iſt in emtione der adelichen Güter einer von Adel billig einem andern, ſo nicht ex Ordine Nobilium iſt, in alle Wege zu präferiren: Und wenn es denn ja nicht zu ändern, und, in Mangelung anderer Käuffer, die Güter einem Bürger, zu Befridigung der Creditoren, ohnumgänglich müſſen zugeſchlagen werden; ſo haben Unſere Räthe im Cammergericht, und andern Unſern Tribunalien, dahin zu ſehen, daß der Contract auf einen Wiederkauff ad aliquot Annos, und vilmehr auf wenige, denn vile, Jahre, wie ſichs immer will thun laſſen, eingerichtet werde; und wird alsdenn, nach Verfluß der Wiederkauffsjahre, einer von Adel, dem das jus reluendi competirt, dennoch vor andern, refuſo pretio & meliorationibus, zur Reluition verſtattet: Wir behalten Uns aber bevor, gewiſſe Diſpoſition in Unſerm Lehnedict, ſo Wir renoviren laſſen wollen, zu machen.“

§. 26.

§. 26.

Anhangsweiſe will ich auch noch etwas davon melden: Ob und wie ferne denen von Adel erlaubt ſeye, oder nicht, neue Güter anzulegen, oder alte eingehen zu laſſen? **Anlegung neuer und Niderlegung alter Güter.**

Und da dörffte wohl die Regel Plaz greiffen: Was nicht durch die Landesgeſeze oder das provincial-Herkommen verboten iſt, das iſt erlaubt.

In ſolcher Maaſſe gehet es alſo an, neue Schlöſſer, andere Rittersize, oder adeliche Höfe ꝛc. zu erbauen und zu errichten, nach Gefallen Güter darzu zu ſchlagen, u. ſ. w.

Indeſſen behalten dergleichen darzu geſchlagene Güter in Anſehung der Steuern, Frohnen, und anderer Beſchwerden, ſo wie auch ihrer Freyheiten, ihre Natur auch nachhero völlig, wie zuvor.

Was aber Dörffer und Baurenhöfe anbelangt; ſo hat es damit eine gleiche Beſchaffenheit.

In dem Mecklenburgiſchen Erbvertrag von 1755. lautet es §. 335. „Würde Jemand ein- oder mehrere Baurhufen, oder auch ein ganzes Dorff, aus immunen Stücken anrichten; ſo ſoll ihm ſolches allezeit unbenommen; dabeneben aber ihm, oder ſeinen Erben, vorbehalten bleiben, ſolches nach ſeiner Convenienz wieder eingehen zu laſſen.“

Was aber ſo dann in eben diſem Erbvertrag §. 336. wegen gänzlicher Niderlegung alter Dörffer und Baurenhöfe weiter folget, ſehe man in dem **Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth. Perſon. ꝛc. S. 169.**

Sechſtes Capitel.

Von dem Burgerlichen Stand.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. **Einiges** remiſſive. §. 3. **Burger, was?** §. 4. **Annahm.** §. 5. **Gattungen.** §. 6. **Rechte des Burgerlichen Standes überhaupt,** §. 7. **Der** Honoratiorum, §. 8. **Der Gelehrten,** §. 9. **Der Graduirten,** §. 10.

Der Herrſchafftlichen ꝛc. Bedienten, §. 11. Der gemeinen Burger. §. 12. Der Burger, als Burger. §. 13. Beſondere Gattungen. §. 14. Zünfften. §. 15. Gleichſtellung mit den Burgern. §. 16. Bürgerliche Beſchwerden. §. 17. Beyſaſſen. §. 18. Pfahlburger. §. 19. Bürgerliche Stifftungen.

---

§. 1.

Schriff-ten. Hieher gehörige Schrifften:

BOEHMER (Ge. Lud.) Progr. de jure Promotorum adſpirandi ad Beneficia eccleſiaſtica. Göttingen, 1754. 4. wie auch in ſeinen *Obſerv. Jur. can. n. 8.* S. 336. ſ. H. von Selchow juriſt. Bibl. 2. Band, S. 507.

BUDER (Chriſtian. Gottl.) de jure Doctorum ad Canonicatus. Jena, 1753. 4.

§. 2.

Einiges remiſſive. In dem Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. *p. 925. ſqq.* habe ich in einem Capitel von dem Burgerſtand, von dem Wort: Burger, denen bürgerlichen Communen und Perſonen, wie auch denen Juden, ſo dann der Mittelbarkeit diſes Standes, gehandelt; worauf ich mich beziehe, und nur zum Verſtändniß des folgenden etwas weniges daraus wiederhohle.

§. 3.

Burger, was? Der Burgerſtand wird in ſo fern, als ich hier davon handle, einer Seits dem Adelſtand, und anderer Seits dem Baurenſtande, entgegen geſezt; mithin werden darunter alle Perſonen begriffen, welche weder von Adel noch Bauren ſeynd.

Sonſten wird auch das Wort: Burger in beſonderem Verſtand genommen, und zwar nicht überall in einerley Sinn; dahero es wohl neben einander ſtehen kan, daß einer zwar bürgerlichen Standes, und dennoch an dem Ort, wo er wohnet, weder Burger noch Beyſaß iſt; ſo auch, daß gewiſſe Leute in einem Land Burger heiſſen, welche in einem anderen Bauern genennt würden; und ſo auch umgekehrt.

So haben wir auch bereits vernommen, daß Jemand von Adel, und doch darneben auch Burger an einem gewiſſen Ort, ſeyn könne.

In manchen Landen heiſſen die Einwohner derer Stätte Burger, und werden dadurch von denen gemeinen Unterthanen auf dem Lande unterſchiden, nach dem alten Sprüchwort: Bürger und Bauer ſcheidet die Mauer:

In anderen Landen hingegen führen auch die Einwohner derer Dörffer ꝛc. den Namen Burger; und ſie ſeynd zugleich Bürger und Bauern.

Endlich ſo werden auch die Burger denen Beyſaſſen, oder bloſſen Schuzverwandten, entgegen geſezt.

§. 4.

Die Annahm zum Burger und die Annahm zum Unterthanen ſeynd gemeiniglich mit einander verbunden: Und von diſer Annahm zum Unterthanen habe ich in dem Tr. von der **Landeshoh.** in Anſeh. der Perſonen **Cap.** 5. gehandelt; allwo auch zu ſehen iſt, wie ferne ſolches ein Recht der Landesherrſchafft, oder auch derer Statt- oder Dorffs-Obrigkeiten, ſeye, und was in gewiſſen Ländern für Eigenſchafften zu einem Burger erfordert werden. Annahm.

Von der Annahm zu Burgern in Reichsſtätten aber iſt mein Tr. von der Reichsſtättiſchen Regimentsverfaſſung, **Cap.** 4. nachzuſehen.

Hier füge ich alſo nur noch diſes wenige bey:

In der **Chur**-Sächſiſchen Erledigung der Landesgebrechen von 1612. liſet man: „Ebener maſſen wollen Wir - - die Stätte, wann ſie ſich, Jemands zum Burgerrecht kommen zu laſſen, verweigerten, mit ihrer Nothdurfft genugſam hören, und, da dieſelbe erhebliche und zu Recht genugſame Urſachen fürzuwenden, wider ihren Willen hierzu nicht anhalten laſſen.“

Die Chur-Braunſchweigiſche Juſtizcanzley zu Hanover ſprache An. 1763. daß eine bürgerliche Obrigkeit Niemanden, ohne eine erhebliche Urſache, das Burgerrecht verſagen könne (1).

§. 5.

Auch unter dem Burgerſtande finden ſich verſchidene Gattungen. Gattungen.

(1) ſ. H. STRUBENS rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 55.

Die gemein-üblichſte iſt die, daß Einige für Honoratiores gehalten werden: Nach alter Teutſcher Redensart die Erbarkeit; Andere hingegen nicht.

Wer unter die Honoratiores gehöre, und wie es auch unter diſen wiederum verſchidene Claſſen gebe? davon habe ich *l. c.* geredet.

Ferner ſeynd Einige Gelehrte, Andere nicht: Die Gelehrte ſeynd zum Theil graduirt, zum Theil nicht.

Und ſo ſeynd ferner Einige Perſonen gemeinen burgerlichen Standes Herr- oder Landſchafftliche, oder Commun-Bediente; Andere hingegen nicht.

Von einigen Gattungen burgerlichen Standes, die nur in gewiſſen Landen oder Orten anzutreffen ſeynd, werde ich hernach reden.

§. 6.

Rechte des Burgerlichen Standes überhaupt.

Es wäre nützlich und angenehm, wann Jemand, der mit hinlänglichen Subſidien darzu verſehen iſt, ausführte, was von dem bürgerlichen Stand überhaupt, ſo wohl nach denen allgemeinen Reichsrechten, als denen beſonderen Landesverfaſſungen in Teutſchland, zu ſagen wäre. Z. E.

Von des Burgerſtands in Chur-Sachſen Gerechtſamen, Pflichten und Beſchwerden, trifft man viles an in LüNIGS *Corpore Juris Saxonici* (1).

§. 7.

Der Honoratiorum.

Die allgemeine Rechte derer Honoratiorum pflegen darinn zu beſtehen:

1. Daß andere Perſonen bürgerlichen Standes, ſo ihnen nicht Amts-halber vorgehen, ihnen im Rang zu weichen haben.

2. Pflegen die Honoratiores in denen Landesgeſezen, oder durch das Herkommen, meiſtens von gewiſſen perſonal-Beſchwerden freygelaſſen zu werden, welchen andere Perſonen gemeinen bürgerlichen Standes unterworffen ſeynd:

Wann ſie aber Güter haben, mit deren Beſiz gewiſſe perſonal-Beſchwerden verbunden ſeynd, müſſen ſie dieſelbige ebenfalls leiſten. Und

(1) ſ. das real-Regiſter, Art. Bürger, Bürger-Recht, bürgerliche Nahrung, Bürgerſchafft.

Und ſo müſſen auch dergleichen Perſonen mit ſteuren, wann es zu Kopf- oder Vermögens-Steuren kommt.

Die von denen geringeren Claſſen müſſen ferner hier und da Soldaten in das Quartier nehmen, wann ſie gleich weder eigene Häuſer noch Güter beſizen: Und im Nothfall ſeynd ſie ohnehin alle nicht ausgenommen.

Indeſſen läſſet ſich doch darinn keine allgemeine Regel geben, ſondern es kommt auf eines jeden Landes eigene und beſondere Verfaſſung an, 1. was für Perſonen unter ſolche Honoratiores gerechnet werden können und ſollen; ſo dann 2. wie weit ſich ihrer aller, oder diſer und jener perſonal-Freyheit durch alle Rubriquen hindurch erſtrecke, oder nicht? 3. Ob und wie ferne ſie ſich allenfalls desjenigen, was ihnen etwa noch obliegen möchte, durch Stellung eines Subſtituten, oder ein Surrogatum an Geld, entſchütten können?

§. 8.

Die Gelehrte, als Gelehrte, haben meines Wiſſens nirgendswo einiges Vorrecht, als daß ſie — Der Gelehrten.

1. Degen tragen dörffen;

2. Ihnen der Vorgang vor den gemeinen Burgern geſtattet wird;

3. Daß man ſie mit perſönlichen gemeinen Dienſten des Wachens, Frohnens, Hagens, Jagens, Botenlaufens, u. d. entweder gar verſchont, oder doch erlaubt, daß ſie einen andern Mann für ſich ſtellen, oder etwas an Geld dafür geben dörffen.

§. 9.

Die Rechte derer graduirten Perſonen ſeynd entweder allgemein, oder beſonder. — Der Graduirten.

Unter die allgemeine Rechte gehören nach denen Reichsgeſezen:

1. Daß ſolche Perſonen fähig ſeynd, Cammergerichts-Beyſizere zu werden; die nicht graduirte bürgerliche Perſonen aber nicht: Hingegen können auch nicht graduirte würckliche Kayſerliche Reichs-Hofräthe werden.

2. Hatten die graduirte vormals in der Kleidung und anderem einigen Vorzug.

3. Iſt in dem *Inſtr. Pac. Osn. art. 5. §. 17.* verſehen: Daß die

die Gradibus academicis Inſigniti, wo es denen Stifftungen nicht zuwider iſt, von denen geiſtlichen Würden nicht ausgeſchloſſen werden ſollen; wiewohl gleich darauf aliis perſonis idoneis eben diſes Recht auch beygeleget wird.

Die beſondere Vorzüge derer Graduirten beruhen auf der Verfaſſung jeden Landes oder Ortes. So iſt z. E. in manchen Orten, ſonderlich in Reichsſtätten, (von denen aber hier eigentlich keine Rede iſt,) iſt Niemand fähig, gewiſſe geiſt- oder weltliche Aemter zu bekleiden, er ſeye dann Doctor oder Licentiat.

In der Heſſen Caſſeliſchen (1) neuen Rangordnung ſeynd die Doctores denen (vermuthlich Fürſtlichen) Cammerdienern, Büchſenſpannern und Küchenſchreibern, gleich geſezt, und dadurch ernidriget worden.

Auch im Heſſen-Caſſeliſchen ſeynd doch auch die Doctores denen Untergerichten nicht unterworffen.

§. 10.

Der Herrſchafftlichen 2c. Bedienten.

An vilen Orten machen die Dienſte derer bürgerlichen Perſonen zwiſchen ihnen und anderen ihres Standes einen Unterſchid.

Landesherrliche Hof- Canzley- Gerichts- Land- Militar- Forſt und andere höhere Bediente bürgerlichen Standes haben wohl überall im Titul, Rang, Ausnahm von mancherley Beſchwerden, Genuß der bürgerlichen Freyheiten, u. ſ. w. viles vor anderen Perſonen bürgerlichen Standes voraus.

Ja ſelbſt die, ſo in geringeren Herrſchafftlichen privativen Dienſten, als Hof- Garten- Küchen- u. d. Bediente ſtehen, genieſſen meiſtens allerley Vorzüge, z. E. daß ſie Degen tragen dörffen, die perſonal-Freyheit haben, u. ſ. w.

Ingleichem haben die Hof-Factors, Künſtler, Profeßioniſten und Handwercksleute hin und her einige beſondere Rechte vor Anderen ihres gleichen.

So iſt es auch an manchen Orten mit denen, welche in Landes- Landſchafftlichen- oder Commun-Dienſten ſtehen.

§. 11.

Der gemeinen Burger.

Die gemeine Burger ſeynd zwar nicht aller perſonal-Beſchwer-

(1) H. von Selchow juriſt. Bibl. 4. Band, S. 53.

ſchwerden frey; doch findet offt ein Unterſchid zwiſchen denen Burgern in Stätten und denen Landleuten ſtatt.

Die Burger in denen Stätten ſeynd ſchuldig, wann keine regulirte Mannſchafft es verſiehet, die Thorwachten zu verrichten:

Was hingegen andere perſonal-Dienſte, als hagen, jagen, ſonſt frohnen, Botenlauffen, u. d. betrifft; ſo ſeynd in einigen Ländern alle Burger in denen Stätten frey:

Aber in andern Landen können ſich auch die Burgere in denen Stätten dergleichen perſonal-Beſchwerden nicht entziehen.

Oder es ſeynd zwar etwa die Burger der Reſidenz, oder der Hauptſtätte, von dergleichen frey, nicht aber die Burger derer Landſtätte.

Jngleichem müſſen wohl überall die Burger, wann ſie gleich keine unbewegliche Güter beſizen, wegen ihrer treibenden Profeßionen, oder anderen Nahrung, Steuer geben, Soldaten im Quartier haben, u. d.

§. 12.

So ferne endlich eine Perſon bürgerlichen Standes als Burger einer gewiſſen Statt, oder anderen Orts, betrachtet wird, hat dieſelbige abermalen allerley beträchtliche Vortheile zu genieſſen, deren die nicht fähig ſeynd, welche das Burgerrecht nicht erlangt haben. Der Burger, als Burger.

1. Nemlich werden die Ehrenämter bey denen Stätten und andern burgerlichen Communen nur denen Burgern zu Theil; dahero z. E. einer, der Burgermeiſter werden will, er ſeye wer er wolle, vorher Burger werden muß, ehe er des Burgermeiſter-Amts fähig iſt.

2. Sonderlich haben auch die verburgerte Perſonen eines Orts vor denen nicht-Verburgerten einen groſſen Vorzug in Anſehung der Nahrung; da nur jenen, nicht aber diſen, (wenigſtens ordentlicher Weiſe nicht,) erlaubt iſt, Handlungen, Profeßionen, Handwercker zu treiben, Wein oder Bier zu ſchencken, u. d. Kurz: Die unverbürgerte müſſen ſich alles desjenigen enthalten, was jedes Orts zur bürgerlichen Nahrung gerechnet wird.

3. Haben die Burger gemeiniglich auch ſonſten allerley

bürgerliche Wohlthaten zu genieſſen, deren die Andere entbehren müſſen; welche aber nicht aller Orten gleich ſeynd. Z. E. ſie bekommen aus denen Gemeinds-Waldungen das benöthigte, oder ein gewiſſes an Brenn- oder auch an Bauholz; ſie dörffen Vieh auf die gemeine Wayde treiben, Schafe halten, Schweine in das Aeckerich ſchlagen; ſie bekommen einen Krautgarten, oder Obstbäume auf denen Almanden; ſie dörffen allein unbewegliche Güter kauffen, oder dergleichen denen Fremden auslöſen; wann ſie erarmen, bekommen ſie eine Beyhülffe aus dem Almoſen, oder werden in die Spitäler aufgenommen, u. ſ. w.

Nach dem Marck-Brandenburgiſchen Landtagsabſchid von 1653. ſolle kein Burger mit widerrechtlichen Arreſten gravirt, ſondern vor ſeinem Magiſtratu urbano beſprochen werden.

Die Statt Hildesheim glaubt auch berechtiget zu ſeyn, daß ihrer Burger Perſonen und Güter nicht können arreſtiret werden.

Die Roſtockiſche Bürger in Mecklenburg haben auf den Jahrmärckten im Lande und in denen Landſtätten jura communia mit allen übrigen zu genieſſen, und ſeynd dabey, in Conformität eines An. 1714. 28. Mart. ergangenen Reichs-Hofraths-Concluſi, von der Kayſerlichen Commißion in Mecklenburg durch ein Decret von 1719. 26. Aug. geſchüzet worden.

§. 13.

Beſondere Gattungen.

Ich habe ſchon gemeldet, daß es in manchen einzelnen Landen oder Orten beſondere Gattungen bürgerlicher Perſonen gebe, von denen man in denen meiſten anderen Landen nichts weißt. Folgendes kan dißfalls zu einem Beyſpil dienen.

* * *

Von dem adelichen, oder doch Adelmäßigen, wie auch von dem burgerlichen Patriciat iſt ſchon in dem vorhergehenden 4ten Capitel verſchidenes gemeldet worden.

Auch von diſen Patriciaten gibt es verſchidene Gattungen: Z. E. das alte und neue.

Was den Patriciat vor Gerechtſamen ankleben, kommt auf jeden Orts beſondere Verfaſſung oder Herkommen an.

An einigen Orten iſt ein Unterſchid zwiſchen denen alten ehrbaren Rathsfähigen und denen unrathsfähigen Geſchlechtern.

Von Bayern meldet der Freyherr von KREITTMAYR (1): „ So vil die alte Geſchlechter von der hieſigen Reſidenz und andern Hauptſtätten in Bayern betrifft, geſchiehet derſelben in den Landſtatuten mehrfältige Erwehnung, und werden dieſelbe ſowohl in der erkl. L. Fr. *P. 3.* Art. 14. als dem *ſumm. Proc. T. 7.* Art. 15 dann dem Gandproc. *T. 2.* Art. 20. und nicht weniger *in Cod. Max.* denen von Adel, und andern gefreyten Perſonen, in verſchidenen Stücken gleich gehalten. = = = Von den hieſigen (Müncheniſchen) alten Geſchlechtern ſpecificiret zwar B. SCHMID *ad Proc. ſumm. art. 15. n. 5. 6.* mehr nicht, als vier, benanntlich die Schrenck, Barth, Riedler und Ligſalz: Er glaubt aber, daß auch die neuere Patricii, welche ſich um das gemeine Stattweſen ſchon lang verdient gemacht, oder dergleichen Dienſt von ihren Eltern aufzuweiſen haben, gleiche Jura mit jenen zu gaudiren hätten. “

* * *

Auch in Bayern und deſſen Geſezen kommen öffters die Sigelmäßige Perſonen vor.

In dem *Cod. judic.* von 1753. Cap. 20. §. 9. *n. 7.* heißt es: „ Für Sigelmäßig werden geachtet alle geiſt= und weltliche Stände oder Landſaſſen, adeliche Perſonen, welche der Edelmannsfreyheit fähig, oder ſonſt für adelich erkannt, ausgeſchriben, oder edel gebohren ſind, ſo lang ſie ſich ihrem Stand gemäß halten, item graduirte Perſonen, welche den Gradum Doctoratus vel Licentiatus, nicht etwan durch Comites palatinos, ſondern auf bewährten Univerſitäten, erlanget haben, alle Oberofficier, Prieſter, Patricii, oder die von alten Geſchlechten in Hauptſtätten, dann alle Churfürſtliche vornehme Beamte, worunter nicht nur die Churfürſtliche ſo wohl würckliche als Titular=Räthe, ſondern auch Churfürſtliche und Landſchafftliche würckliche Secretarii, ferner all jene Beamte, ſo mit Unterbeamten verſehen ſeynd, wie die Pfleger, Landrichter, Pflegsverweſer, Caſtner, Mautner, Zollner, (jedoch mit Ausnahm der bloſſen Weg= Neben= oder Beyzollneren,) desgleichen die Salzmeyer und vornehmere Salzbeamte, dann Wild=

(1) ad Cod. civ. Bav. 5. Theil, S. 2328.

Wild- und Forſtmeiſter bey jenen Aemtern, welche allezeit mit adelichen und guten Leuten beſezt geweſen, und deren Verrichtungen die Jurisdiction nach ſich ziehen; weiter der Hofzahlmeiſter, nebſt den Bräuverwaltern, und endlich auch die Churfürſtliche würckliche Cammerdiener, auch Rechnungscommiſſarii, dann Burgermeiſter in denen Hauptſtätten, verſtanden ſeynd. "

Der Freyherr von KREITTMAYR (1) mercket dabey an: „ Ob wohl die Churfürſtliche und Landſchafftliche Regiſtratores, nebſt den Regierungs-Archivariis damalen noch nicht darunter begriffen waren; ſo haben es doch die erſte per Reſolut. ex Intim. vom 3. Jun. 1763. und ſo fort auch die Andere per Reſolut. ult. erhalten: Ein bloſſer Wappenbrieff, wodurch man nur ein gewiſſes Wappen erlangt, hat auch keine mehrere Krafft als quoad hunc effectum, und kan ſich auf die übrige effectus der Sigelmäßigkeit keineswegs erſtrecken. "

Von denen Gerechtſamen derer ſigelmäßigen Perſonen ſagt er: „ Was maſſen die Sigelmäßigkeit hier zu Land eben nicht in der Befugniß, ſein eigenes adeliches Wappen führen zu darffen, allein beſtehe; ſondern noch mehr andere Jura in ſich begreiffe: Dann ein Sigelmäßiger übergibt ſeine Exhibita bey Gericht verſchloſſen, und wird ihm auch von dort mit verſchloſſenen Befehlen begegnet. *Cod. jud. C. 4. §. 10. C. 5. §. 2.* Inſtrumenta privata, welche von zwey Sigelmäßigen, oder auch nur von Einem, jedoch mit zwey Gezeugen, unterzeichnet ſeynd, erlangen dadurch vim publici, leiden ſohin keine Diffeßion mehr. *Cod. jud. C. 11. §. 2. n. 3. §. 8. n. 4.* In eignen Handlungen hat die Fertigung einer ſigelmäßigen Perſon ſo vil Krafft, als die obrigkeitliche Protocollier- oder Brieferrichtung in Handlungen unſigelmäßiger Perſonen. *ibi. C. 7. §. 2. C. 20. §. 9. n. 4. & Cod. civ. P. 4. C. 1. n. 6. not. 6.* und was dergleichen jura mehr ſeynd, welche man nur in Indice ſub verbo: Sigelmäßig, nachſchlagen darff. "

* * *

Noch gehören hieher die bürgerliche Beſizere adelicher Rittergüter, u. d. doch nach Verſchidenheit der Landesverfaſſung. Z. E. In

(1) ad Cod. civ. Bavar. S. 2329.

In Bayern (1) ſtehet einer Hofmarch oder adelichen Sizes Innhaber, welcher nicht zugleich von Adel oder ſonſt gefreyten Standes iſt, nur in realibus und denen das Gut ſelbſt betreffenden Sachen unmittelbar unter denen Churfürſtlichen Juſtizdicaſterien; in perſönlichen Sachen aber, wie auch ſo vil die von ihm auſſer dem Hofmarchsbezirck begangene Verbrechen betrifft, wird er anderen ungefreyten Perſonen gleich gehalten, folglich der ordentlichen Obrigkeit von den Juſtizdicaſterien mit der Verhandlung nicht vorgegriffen.

* * *

Der Freyherr von KREITTMAYR (2) gedencket endlich einer mittleren Gattung Leute, die weder zum Adel noch Burgerſtand gehören, und verſtehet darunter die Kinder und Abkömmlinge dererjenigen, ſo mit dem Amtsadel begabt geweſen ſeyen: Er glaubt auch, daß ſie diejenige ſeyen, welche in der Kayſerl. Wahlcapit. Art. 23 §. 4. Leute von gutem tapferem Herkommen genannt werden.

* * *

In der Chur-Braunſchweigiſchen Beſtättigung der Landesfreyheiten der Grafſchafft Hoya von 1706. wird §. 3. nach dem Adel und der Ritterſchafft, der Freyen und Eximirten in beyden Grafſchafften Hoya, ſamt dem Amt Harpſtedt, und den denen Grafſchafften incorporirten Thedinghäuſiſchen und Weſtiſchen Diſtricten, und deren in dem Landtagsabſchid von 1697. enthaltenen Gerechtſamen gedacht.

§. 14.

Abſonderlich gehören auch unter die bürgerliche Gerechtſame an denen meiſten Orten in Teutſchland die Zünffte; wiewohl auf verſchidene Weiſe. Zünfften.

In manchen Stätten iſt die ganze Burgerſchafft in Zünffte eingetheilt, alſo, daß jedermann, wer Burger werden oder ſeyn will, ſich eine diſer Zünfften begeben muß, er ſeye übrigens wer er will, von Adel, ein Gelehrter, u. ſ. w.

(1) F. von KREITTMAYR ad Cod. civil. Bavar. S. 2323.
(2) l. c. S. 2321.

Oder die Zünfften beſtehen zwar nur aus lauter Künſtlern, Profeßioniſten und Handwerckern, aber das Recht der Zünffte iſt denen Stätten in ſo weit eigen, daß keine Zunfft auf dem Land angerichtet werden, oder ihren Siz allda haben darff.

Mehreres davon kommt in dem Tr. von der Landeshoheit in Policeyſachen, S. 190. u. f. vor; deme ich nur diſes Reichs-Hofraths-Concluſum beyfüge:

10. Nov. 1650.

Leinweber-Handwercks Geſchworne vnd Altmeiſter in der Stadt Braunſchweig per Doctorem Wolſching ſub pr. 12. Aug. nechſthin, conqueruntur, daß ſie wider das von Burgermeiſter vnd Rath daſelbſten publicirte vnd von Ihrer Kayſerl. Mayeſt. allergnädigſt confirmirte Urthel, daß ſie gleich andern Handwercksleuten vor ungeſcholten gehalten vnd zu allen ehrlichen Zunfften vnd Gülden zuzulaſſen ſeyen, vnterſchiedlich turbirt vnd von Fridhäßigen Adverſariis beſchimpfft werden. Petunt voriges Decretum allergnädigſt zu renoviren vnd zu ſchärpffen vnd Burgermeiſtern vnd Rath Commißion aufzutragen, daß ſie die Leineweber dero Handwercksgenoſſen vnd Kinder bey ihren erhaltenen Privilegien, Rechten vnd Gerechtigkeiten ihres Orts manuteniren vnd dann dem Reichs-Fiſcaln, daß er wider die refractarios mit der declarirten Poen der 30. Marck löttigs Golds alſobald würcklich verfahren ſolle, aufzulegen.

1. Scribatur Burgermeiſter vnd Rath die Supplicanten bey ihren erhaltenen Privilegien zu manuteniren.
2. Dicatur Supplicantibus, wann ſie die refractarios nahmhaft machen, vnd von denen ſie wider das Privilegium turbirt vnd verſchimpfft erklärt werden, ſolle alsdann ferner Beſcheid erfolgen.

§. 15.

Gleichſtellung mit den Burgern.

Es geſchiehet aber auch an vilen Orten, daß gewiſſe unverburgerte Perſonen, mittelſt einer Ausnahm von der Regel, denen Burgern in ſo ferne gleichgeſtellet werden, daß ſie die gemeine burgerliche Wohlthaten eben ſo wohl mit-genieſſen dörffen, als wann ſie würckliche Burger wären.

Dahin

Dahin gehören an vilen Orten z. E. die Kirchen = und Schul = Diener, wie auch die Herrſchafftliche Beamte.

Doch kommt es freylich hierinn auf jedes Landes, oder auch Orts beſondere Verfaſſung, Geſeze, Verträge, Freyheiten und Herkommen, oder auch auf perſonelle Bewilligungen an; nach deren Verſchidenheit es ſo dann auch dißfalls verſchidentlich gehalten wird.

§. 16.

Wie nun die Burger eines Landes oder Orts ihre gewiſſe Vorzüge und eigene Rechte haben; ſo haben ſie auch ihre beſondere und eigene allgemeine oder beſondere Beſchwerden in Anſehung ihrer Perſonen und Güter. Bürgerliche Beſchwerden.

Unter die allgemeine Beſchwerden gehören, daß ſie dem Landesherrn die herkommliche Dienſte leiſten und Steuren geben müſſen.

Die beſondere Burger = Beſchwerden aber beſtehen darinn, daß ſie das, was das gemeine Beſte und die Verfaſſung ihres Commun = Weſens erfordert, in Perſon oder an Geld präſtiren, die Commun = Gebäude von neuem erbauen und in gutem Stand erhalten müſſen; ſo auch die Straſſen, Brücken und Wege, u. ſ. w.

Wohl überall haben die angehende Burger, bey ihrer Annahm, noch ihre eigene Beſchwerden.

Ja an manchen Orten muß, wegen des Genuſſes des Burgerrechts, jährlich, bald dem Landesherrn, bald der Obrigkeit des Orts, ein gewiſſes an Geld bezahlet werden.

In denen Braunſchweig = Calenbergiſchen Landesgeſezen (1), findet ſich ein Ausſchreiben von 1660. 14. Jan. daß der Huldigungs = oder Mannthaler dem Landesherrn berechnet werden ſolle, auch wegen der Beamten Schreibgebühren bey Einnehmung des Huldigungseydes.

Vom diſem Mannthaler ſehe man auch Herrn Vicecanzler STRUBEN (2).

In

(1) in des 4ten Theil, 5. Cap. S. 77.
(2) in der rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 104.

In der Würtembergiſchen Communordnung von 1758. heißt es S. 112. u. f.

„§. 2. Alle Einwohner eines Orts, welche die gemeine burgerliche Wohlthaten genieſſen, ſie ſeyen würckliche Burgere, oder nur Beyſaſſen, ſollen jährlich zu Erlegung folgender Burgerſteuer angehalten werden: In denen fürnehmſten Stätten, 2. fl. in denen mittelmäßigen 1. fl. 30. kr. in denen gar geringen, wie auch in denen Marckt- und anderen nahmhafften Flecken und Dörffern 1. fl. in denen übrigen kleinen Orten 45. kr. Eine Wittwe gibt überall die Helffte: Wayſen aber gar nichts.

§. 3. Diſer Steuer ſollen auch nicht nur die würckliche Burgere unterworffen ſeyn, ſondern auch, ſtatt einer Wohnſteuer, alle jeden Orts wohnhaffte Perſonen.

Doch ſeynd davon frey zu laſſen diejenige Perſonen, welche nicht mit Häuſern oder Gütern angeſeſſen, und noch über diſes auch = = der Capitalienſteuer befreyet ſeynd.“

§. 17.

Beyſaſſen. Beyſaſſen heiſſen diejenige Perſonen, welche weder das Burgerrecht erlangt haben, noch auch ſonſten denen Burgern gleichgeſtellet ſeynd:

Sie heiſſen auch Beyſizer, oder Pfahlburger; welches leztere Wort aber auch andere Bedeutungen hat.

Wegen ihrer Annahm, Abgaben, Dienſte, Rechte und Pflichten kommt alles auf jeden Orts Herkommen an.

§. 18.

Pfahlburger. Von denen eigentlichen Pfahlburgern, das iſt, ſolchen Perſonen, die an mehreren, mithin auch an Orten, wo ſie nicht wohnhafft ſeynd, das Burgerrecht erlangen, habe ich ſchon anderwärts (1) geredet.

§. 19.

Bürgerliche Stifftungen. Anhangsweiſe will ich, zum Ruhm rechtſchaffener Bürger, noch melden, daß bürgerliche Perſonen allerdings milde Stifftungen für Arme, Studierende, u. d. errichten dörffen; welche auch, nach Beſchaffenheit der Umſtände, eben nicht allemal

(1) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſon. Cap. 5.

mal die Landesherrliche Beſtättigung erforderen, wohl aber zuweilen. Z. E.

Im Jahr 1772. meldeten die offentliche Nachrichten: „Herr Johann Erasmus Roland, ein Kaufmann zu Hildesheim, hat ein Frauenſtift für 10. Frauenzimmer, ein Hoſpital für 12. arme Burger, eine Schul für 50. arme Kinder, eine kleine jährliche Penſion für jeden in öffentlichem Amte ſtehenden Bedienten, und einige andere milde Legaten, geſtiftet, und die Aufſicht darüber drey Adminiſtratoren übergeben.“

Ein anderes überaus ſchönes Beyſpil einer ſolchen bürgerlichen Stifftung haben wir in Würtemberg an dem An. 1621. von Privatperſonen, geiſt- und weltlichen Standes, unter ſich errichteten, nachhero von der Landesherrſchafft gebilligten, und noch jezo fortdaurenden ſo genannten Färbergeſtifft zu Calw; davon ich anderwärts (1) umſtändliche Nachricht ertheilet habe: Die Gefälle deſſelbigen werden angewandt, nach Cap. 1. zu Erhaltung der Kinderlehr, oder Catechiſationen, C. 2. zu mitleidentlicher Hülff und Handreichung gegen den Armen, C. 3. gegen Krancken, C. 4. gegen die ſtudierende Jugend, C. 5. zu einer Bibliothec, C. 6. zu Armen, ſo ihr Handwerck nicht treiben können, oder, ein Handwerck zu lernen, kein Vermögen haben, C. 7. zu Ausſteurung und Verheurathung armer gottſeliger Wayſen, und anderer verlaſſener unvermöglicher lediger Perſonen, C. 8. zu Erhaltung der Kirchen und anderer zum Gottesdienſt gehörigen Gebäude, C. 9. wie auch der Kirchen- und Schuldiener, C. 10. zu Schulgeld vor arme Kinder, C. 11. zur Beyhülff für unvernünfftige, mit Wahnſucht, Blödigkeit, oder ſchweren Leibesgebrechen, beladene Perſonen.

Siben-

(1) in meiner Samml. Würtemb. Stifftung. S. 6. u. f.

Sibendes Capitel.
Von Burgerlichen Gütern.

Innhalt.

§. 1. Bürgerliche Güter, was? §. 2. Deren Gattungen §. 3. Und Natur. §. 4. Einiges remiſſive.

§. 1.

Bürgerliche Güter, was?

Bürgerliche Güter heiſſen die, welche einer Seits denen adelichen und anderer Seits denen Bauren-Gütern entgegen geſezet werden.

Jener Unterſchid iſt bald begreifflich; weil nemlich unter denen adelichen Rittergüter und Size, Schlöſſer, u. ſ. w. verſtanden werden:

Höfe hingegen werden ſowohl von adelichen als bürgerlichen Perſonen beſeſſen.

Auſſerordentlicher Weiſe können zwar (wie wir oben gehöret haben,) auch Rittergüter ꝛc. von Perſonen oder Corporibus bürgerlichen Standes beſeſſen werden: Weil es aber ein Abfall von der Regel iſt; ſo gehöret es nicht hieher.

Gleiche Beſchaffenheit hat es auch damit, wann die von Adel in Stätten Häuſer, oder in deren Marckungen Feldgüter, beſizen.

Was aber das Verhältniß der Burger- und Baurengüter gegen einander betrifft; ſo beſtehen der Burger Güter in Häuſern und Feldern, von allerley Art und ſo der Bauren auch: Der ganze Unterſchid beſtehet alſo darinn, daß der Burger Häuſer in denen Stätten, derer Bauren aber in denen Dörffern ꝛc. ſo auch der Burger Feldgüter in einer Statt, derer Bauern aber in eines Dorffs ꝛc. Marckung ligen.

Uebrigens hält es an denen meiſten Orten ſchwerer, oder gehet an einigen auch gar nicht an, daß Bauren in denen Stätten Häuſer oder Feldgüter erwerben, als daß burgerlichen Standes Perſonen Baurengüter an ſich bringen.

§. 2.

§. 2.

Die beede Hauptgattungen derer bürgerlichen Güter habe ich bereits angezeigt: Sie beſtehen nemlich theils in Häuſern, und anderen wirthſchafftlichen Gebäuden, theils in Feldgütern von allerley Art. Deren Gattungen.

§. 3.

Was nun die Natur derer bürgerlichen Güter betrifft; ſo ſeynd ſelbige ordentlicher Weiſe alle denen Steuern, u. d. unterworffen. Und Natur.

Doch gibt es auch, auſſerordentlicher Weiſe, ſteuerfreye burgerliche Güter.

Eine Schrifft von der Steuerfreyheit des Brand- oder Zollnerhofs zu Bamberg wird vom LüNIG (1) angeführt.

Gleiche Bewandtniß hat es mit denen Einquartierungen der Soldaten.

Wegen der Frohndienſte endlich kommt es lediglich auf jeden Landes oder Orts beſondere Verfaſſung, Freyheiten, Herkommen, u. ſ. w. an.

§. 4.

Manches, ſo hernach Cap. 9. von denen Baurengütern vorkommt, iſt, (wenigſtens hin und her,) auch auf die bürgerliche Güter applicabel. Einiges remiſſive.

* *

Achtes Capitel.

Von Bauern.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Einiges remiſſive. §. 3. Bauer, was? §. 4. Ob ſie freye Leute? §. 5. Gattungen. §. 6. Rechte ꝛc. §. 7. Beſchwerden.

§. 1.

Von dem Baurenſtand, Dorffrecht, Gerechtſamen der Landleute und des Feldbaues, u. ſ. w. haben Vile geſchriben: Ich Schrifften.

(1) in der Biblioth. Deduct. 1. Theil, S. 51.

Ich will hier nur folgender, (meiſtens neueren, die man bey JENICHEN, STRUVEN, &c. nicht findet,) Meldung thun.

Bedencken über die Frage: Wie dem Bauernſtande Freyheit und Eigenthum in denen Ländern, wo ihme beydes fehlet, verſchaffet werden könne? Franckfurt und Leipzig, 1769. gr. 8. 1771. ſ. Herrn Schotts Critic, 2. Band, S. 628. 4. Band, S. 261.

BOEHMER (Juſt. Henn.) de Libertate imperfecta Ruſticorum in Germania. Halle, 1733. 4.

HAUSCHILDS (Joh. Leonh.) juriſtiſche Abhandlungen von Bauern, und deren Frohndienſten, auch der in Rechten gegründeten Vermuthung ihrer natürlichen Freyheit, &c. Dreßden und Leipzig, 1771. 4. ſ. Herrn Schotts Critic, 4. Band. S. 157.

MEVII (Dav.) Bedencken über die Fragen, ſo von dem Zuſtand, Abforderung und verwiederter Abfolge der Bauersleute, zu welchen Jemand Zuſpruch zu haben vermeinet, entſtehen und vorkommen; worinn die ganze Materie von Natur und Eigenſchafft der Leibeigenen, wozu ſie dero Eigenthumsherren, und diſe hinwiederum ihnen, verbunden, wie einer gegen den andern zu ſeiner Befugniß gelangen könne, und was für ein Proceß dabey zu obſerviren ſey, kurz und deutlich fürgeſtellet wird. Stettin, 1733. 4. Es iſt eigentlich nur in Pommern, und ſelbigen Gegenden, brauchbar.

SEGER (Joh. Theoph.) de obligatione Ruſticorum ad Operas, per præſcriptionem acquirenda vel tollenda. Leipzig, 1769. 4. ſ. Herrn Schotts Critic, 1. Band. S. 941.

SEIP (Ant. Lud.) de ſtatu Ruſticorum ex medii ævi rationibus caute dijudicando. Göttingen 1749. 4.

STURM (Gottl. .) Ruſticos neque ſervos Romanos neque Germanicos eſſe, quoque pertineant eorum Operæ? Witteberg, 1732. 4.

THOMASIUS (Chriſtian.) de Hominibus propriis & liberis Germanorum. Halle, 1701. 4.

add. des Freyherrn von KREITTMAYR Anmerck. *ad Cod. civil. Bavar.* 5. Theil, 28. Cap. Von dem Dorff- und Bauern-Recht, S. 2404.

§. 2.

Auch von dem Baurenſtande habe ich in meinem Tr. von der R. Stände Landen ꝛc. p. 929. kürzlich gehandelt, und gezeiget: Was das Wort: Bauer bedeute, und wie ich es nehme; ſo dann aber kürzlich von denen Bauren-Communen und Perſonen, wie auch ihrer Unterthänigkeit, gehandelt; welches ich hier meiſtens vorausſeze. Einiges remittive.

§. 3.

Bauer heißt hier ein auf dem Lande lebender gemeiner Unterthan; der ſich meiſtens mit dem Feldbau, oder, wo wenig Aecker und Wiſen, hingegen vile Waldung ſeynd, mit der Viehzucht und dem Holz, zu beſchäfftigen und davon zu ernähren pfleget. Bauer, was?

An manchen Orten wird ein Bauer genannt, der einen ganzen Hof, oder doch einen Theil daran, oder ſonſt eine gewiſſe Anzahl Jaucharte oder Morgen Feldes, beſizet.

Es macht aber die bloſſe Wohnung auf dem Land oder auſſer denen Stätten, in denen Dörffern, Flecken, Höfen, ꝛc. Niemanden zum Bauern; dann auch vile Grafen, Freyherrn, Edelleute, Honoratiores bürgerlichen Standes, ꝛc. halten ſich beſtändig auf dem Lande auf.

§. 4.

Ueberhaupt von dem Baurenſtande zu reden, beſonders: Ob die Bauern in Teutſchland freye Leute oder Leibeigene ſeyen? haben die Gelehrte gar verſchidene Meinungen: Ich ſelber habe mich vorlängſt (1) dahin erklärt: Daß die gemeine Landleute, oder unterſte Claß der Unterthanen, viler Orten im Reich, z. E. in Francken, Schwaben, am Rhein, in Sachſen ꝛc. ziemlich wohl gehalten, und regulariter freye Leute ſeynd: : : Anderer Orten aber, z. E. in Oeſterreich, Mähren, Böhmen, Lauſiz, Pommern ꝛc. leben die gemeine Landleute in einer Art der Sclaverey ꝛc. Ob ſie freye Leute?

Herr von HEUMANN (2) lehret ebenfalls: Es iſt eine irrige

(1) in meinem Grundr. der Teutſch. Staatsverf. S. 562. Aufl. von 1754.

(2) ſ. H. von SELCHOW jur. Bibl. 1. Band. S. 163.

irrige Meinung, daß alle Bauren entweder leibeigen geweſen, oder doch nur für Freygelaſſene zu achten wären. Sie ſind für ihre Perſonen frey, und beſizen auch vilmals ihre Güter eigenthümlich. Sie bedürffen keiner Loslaſſung; ihre Kinder können ſich in die Stätte begeben, und auch wohl Wiſſenſchafften erlernen. Sie gehören nunmehro zu dem Stand der Freyen, und mögen endlich auch zu dem Adel gelangen.

Ich füge nur noch diſe Anmerckungen bey:

1. Es iſt nicht räthlich, die älteſte und mittlere Zeiten auch hierinn zum Muſter zu nehmen, a) weil uns jezo gar viles nicht mehr hinlänglich bekannt iſt, auch b) indeſſen gar manches ſich, bald zum Vortheil, bald zum Nachtheil, der Landesherrn, oder der Unterthanen, geändert hat; dahero ohnſtreitig das beſte und überflüßig genug iſt, wann man weißt, wie es über (der noch lebenden Menſchen Gedencken, oder doch ſeit 2. 300. Jahren her gehalten worden iſt; von welchen Zeiten wir hinlängliche Nachrichten, auch vile Landesverträge, u. ſ. w. haben.

2. Es iſt nicht möglich, alle Teutſche Landleute auf einerley Fuß zu behandlen: Dann die ſüdliche und weſtliche Gegenden von Teutſchland ſeynd auch darinnen von denen nordlichen und oſtlichen von Alters her gar ſehr unterſchiden geweſen.

§. 5.

Gattungen. Es gibt alſo zwey Haupt-Gattungen von Bauern, oder Landleuten, freye und leibeigene.

Von jenen wollen wir in diſem, von denen anderen aber in dem folgenden 10den Capitel reden.

Derer freyen Bauersleute gibt es wieder, auch (vilfältig in einerley Land,) allerley Claſſen.

Hauptſächlich findet auch hier der bey denen Burgern bemerckte Unterſchid ſtatt, daß nemlich in gewiſſen Landen ordentlicher Weiſe alle Bauern unmittelbar unter dem Landesherrn und deſſen Beamten ſtehen; in vilen anderen hingegen gibt es zwar auch dergleichen, manche aber haben auch noch eine Grund- oder Gutsherrſchafft über ſich zu erkennen.

Von denen Freybauern, vornemlich in Francken und Schwa-

Schwaben wird an unten (1) angezeigtem Ort gehandelt. Es ſeynd ſolche Bauern, die weder für ihre Perſon mit Leibeigenſchafft, noch wegen ihres Guts irgend Jemanden verhafftet, ſondern von Zins, Handlohn, und andern dergleichen Abgaben frey ſeynd. Sie ſtehen unter beſondern Schuzherrn, welches meiſtens die Landesherren ſelbſt ſind, denen ſie jährlich ein gewiſſes Schuzgeld zahlen, und deswegen auch insgemein Schuz- und Schirmverwandte genennet werden. Ihre Anzahl hat ſich ſeit 100. Jahren ſehr vermindert.

Von des Erzſtiffts Salzburg unter **Chur-Bayriſcher** Landeshoheit habenden Unterthanen ſchreibt der Freyherr von KREITTMAYR (2): Sie „werden, nach dem Unterſchid ihrer Güter und Gerechtigkeiten, theils recht alte Urbar, Gevogt oder Ungevogt, theils Vogtleute, Immwertseigen, Freyſeſſen, Hundler und Lehenleute, genannt. In den alten Urkunden heiſſen die erſte Apſi, und die übrige Veſtiti.“

In der Chur-Braunſchweigiſchen Confirmation der Grafſchafft Hoya Landesfreyheiten von 1706. wird §. 9. der ſo genannten ſiben Meyer im Amt Hoya und deren ſich anmaſſenden Exemtion von den gewöhnlichen und hergebrachten Præſtandis gedacht.

Herrn BOEHMERS Unterſuchung: was eigentlich diejenige Bauren ſind, ſo man in Holſtein Lanſten nennt? findet ſich auch bey Herrn Prof. SCHOTT (3).

§. 6.

Die Rechte und Pflichten derer Bauersleute, welche keine Leibeigene ſeynd, laſſen ſich weniger unter allgemeine Reglen bringen, als irgend einiger anderer Gattung von Teutſchen Unterthanen. Rechte: ꝛc.

Von denen den Bauren, ſo ferne ſie ganze Communen oder Aemter ausmachen, zuſtehenden Rechten, ſiehe des 2. Buchs, 3. Cap.

Die

(1) in der Select. Norimberg. 2. Theil, 5. Cap. ſ. H. SCHOTTS Critic, 3. Band, S. 497.

(2) in dem Bayriſch. Staatsr. §. 137. S. 267.

(3) in ſeines juriſt. Wochenbl. 1. Jahrg. n. 40.

Die übrige Rechte derer freyen Bauern berühren entweder ihre Perſonen, oder ihre Güter und Vermögen.

In Anſehung ihrer Perſonen ſeynd ſie nicht ſchuldig, ſich zu demjenigen anhalten zu laſſen, was nur Leibeigenen obliget:

Sie ſeynd auch, in ſo weit es nicht wider die Landesverfaſſung iſt, befugt, aus einem Ort und Land in ein anderes zu ziehen.

Bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (1) iſt der Saz ausgeführt: Der Bauren Contracte, welche nicht von der Obrigkeit beſtättiget, aber vollſtrecket worden, ſind zu Recht beſtändig.

Was in Chur-Sachſen in Anſehung der Rechte, Pflichten und Beſchwerden der Bauern der Landesverfaſſung gemäß ſeye, davon kan man viles aus LüNIGS *Corpore Juris Saxonici* erlernen (2).

Eine Chur-Sächſiſche Verordnung wegen der Perſonen Baurenſtandes, ſo Handwercker erlernen wollen, von 1767. 31. Mart. iſt bey Herrn Hofrath GEGEL (3) zu leſen.

Der Fürſten und Stände in Ober- und Nider-Schleſien Verordnung und Auffaz, wie es mit den entwichenen Unterthanen gehalten werden ſoll, vom Jahr 1652. iſt an unten (4) angezeigtem Ort zu leſen. Herr Prof. SCHOTT (5) meldet davon: „ Aus diſer Verordnung kan man ſich einen ziemlich vollſtändigen Begriff von dem Zuſtande der Bauren in Schleſien und deren Verhältniß zu ihrer Herrſchafft machen. Sie werden als freye Leute betrachtet, die aber doch der Gutsherr vindiciren kan, wenn ſie nicht zehen Jahre lang ſich unter einer andern Herrſchafft ruhig aufgehalten haben; ja wenn ſie noch in der Flucht begriffen ſind, kan ſie der Herr eigenmächtig und mit gewaffneter Hand wegnehmen, wo er ſie findet. “

An einigen Orten hat die Bauerſchafft eines ganzen Amtes, ja auch wohl eines einzelnen Dorffes, das Recht, auf Land-tägen

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 320.
(2) ſ. das real-Regiſter, Art. Bauern.
(3) in der Samml. landesherrl. Verordn. 2. Band, S. 16.
(4) in der Samml. Schleſ. Provinz. Geſez. 1. Theil. n. 8.
(5) in ſeiner juriſt. Bibl. 4. Band, S. 534.

tägen zu erſcheinen, und eigene Siz und Stimme dabey zu führen: Z. E. ſo hat in Würtemberg das weltliche Amt Maulbronn Siz und Stimme auf Landtägen, desgleichen das Amt Ochſenburg, ferner das Dorf Hoheneck, wie auch das Dorff Pflummern.

Oder, wo ſie auch keine eigentliche Landſtände abgeben, haben ſie doch eine gewiſſe ähnliche Verfaſſung, und in Landesſachen, ſonderlich in Abſicht auf das Steuerweſen, manche ſchöne Gerechtſame, z. E. in denen Stifft Kemptiſchen Landen.

So hat auch der Reichs-Hofrath einigen aus bloſſen Bauren beſtehenden Gerichten der Grafſchafft Yſenburg in Juſtiz- Steuer- und Policeyſachen vile anſehnliche Befugniſſe gerichtlich zuerkannt (1).

§. 7.

Die Beſchwerden der Bauren betreffen abermalen bald ihre Perſonen, bald ihre Güter und Vermögen. Beſchwerden.

Die Landleute ſeynd insgemein der Landesherrſchafft zu noch mehreren Frohndienſten mit ihrer Perſon und Vieh verbunden, als in denen Stätten:

Von diſen Landesherrlichen Frohnen habe ich in dem Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth Perſonen S. 119. u. f. gehandelt.

Haben Bauren noch über diſes eine Grund- oder Gutsherrſchafft, müſſen ſie derſelbigen wohl überall, (wo es nicht abgekaufft iſt,) ebenfalls Frohndienſte leiſten.

Diſe Dienſtbarkeit erſtrecket ſich zuweilen auch auf ihre Kinder, wann ſie deren mehrere haben, oder wann ſelbige in den Wayſenſtand gerathen.

Weil aber in vilen Landen in diſem Stück unbarmherzig mit denen Unterthanen umgegangen wird, bald von der Landesherrſchafft und denen Ihrigen ſelbſt, bald von denen Unterobrigkeiten, und deren Beamten, auch Pächtern; ſo entſtehen darüber öfftere Landesbeſchwerden.

Neun-

(1) ſ. mein T. Staatsarchiv und mein Reichs-Staatshandbuch, hin und her.

Neuntes Capitel.
Von Bauern-Gütern.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Baurengüter, was? §. 3. Gebäude. §. 4. Gründe. §. 5. Gattungen. §. 6. Erwerbung. §. 7. Diſpoſition darüber. §. 8. Ihre Vererbung. §. 9. Beſchwerden. §. 10. Perſonelle. §. 11. Reale, an Geld, §. 12. an Naturalien, §. 13. an Dienſten. §. 14. Einige Particularien. §. 15. Waydſachen.

---

§. 1.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften; nebſt mehreren anderen:

von BURI (Frid. Carls) ausführliche Abhandlung von den Bauergütern in Deutſchland, ſo wohl überhaupt, als auch 53. unterſchidener Arten derſelben inſonderheit rc. in ſeiner Erläuter. des Lehenrechts; ſodann (doch ohne die Urkunden,) beſonders mit einer Vorrede Franz Juſt Kortholts. Gieſſen, 1769. 4. ſ. Allgem. deutſch. Bibl. 13. Band, S. 248. Hrn. Schotts Critik, 1. Band, S. 819. H. von Selchow juriſt. Bibl. 3. Band, S. 517.

CARSTEN (Frid.) de Succeſſione villicali in Ducatu Lüneburgico, Liber ſingularis. Göttingen, 1763. ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 1. Band, S. 62.

LENNEPS (Ge.) Abhandlung von der Leyhe zu Landſiedelrecht; worinn die Landſiedelgüter nach ihrer Natur und Beſchaffenheit gründlich unterſucht, und mit den Lehngütern ſo wohl, als mit den Meyer-Pacht-Waltrechts-und andern unter mancherley Namen vorkommenden Bauergütern in Vergleichung geſtellet, auch zugleich vile bißher ungedruckte Leyhebrieffe, und andere archivaliſche Urkunden, in einem beſonderen Codice Probationum beygefügt werden. Marburg, 1769. 4. ſ. H. Schotts Critic, 1 Band, S 675.

de LUDEWIG (Jo. Petr.) de jure clientelari Germanorum in Feudis & Coloniis. Halle, 1717. 4. allwo auch zugleich von

von dem Erbpacht, Laßgütern, Curmeden, Landſidelleihe, Meiergütern und Schillingshaverrecht, gehandelt wird.

SCHOEPFF (Wolfg. Ad.) Diſs. de Bonis vitalitiis Sueviæ, von Fall- und Schupf-Lehen, Fall- und Schupf-Lehengütern. Tübingen, 1718. 4. hernach, vermehrt, nebſt einer teutſchen Nachricht von der Eigenſchafft und Beſchaffenheit der Schupflehen; allda, 1747. 8.

de SELCHOW (Joh. Henr. Chriſtian.) de differentiis Prædiorum ruſticorum & Feudorum, præſertim quoad Succeſſionem. Göttingen, 1765. 4. und in ſeinen *Select. Jur. Germ. n. 7. p. 387.* ſ. ſeine juriſt. Bibl. 2. Band, S. 645.

STRUBEN (Dav. Ge.) Comm. de jure Villicorum, vulgo vom Meyerrecht; Editio tertia, auctior. Adjectæ ſunt Acceſſiones ad hanc Commentationem & Tractatio de Bonis Meierdingicis. Editio 2. Hanover, 1768. 4. ſ. H. von Selchow juriſt Bibl. 3. Band, S. 322.

Herr Hofrath EBERHARD hat (1) Beyträge zur Erläuterung der Teutſchen Leihgüter geliefert.

§. 2.

Baurengüter ſeynd diejenige Feldgüter, welche derer Bauren oder Landleute Eigenthum ſeynd, oder ihnen doch zum Genuß überlaſſen, oder wenigſtens zum beſtändigen Bau aufgetragen werden. Baurengüter, was?

Sie beſtehen 1. entweder in Gebäuden, oder 2. in Feldgütern, oder 3. in beyden zugleich.

§. 3.

Die Gebäude ſeynd entweder eine Zugehör der Güter, oder ſie machen ein eigenes Corpus für ſich ſelbſten aus. Gebäude.

Diſe leztere Art theilet ſich wiederum in dreyerley Gattungen; es ſeynd nemlich 1. entweder Wohngebäude, oder 2. Wirthſchafftsgebäude, oder 3. Luſtgebäude.

Bey allen Claſſen der Gebäude hat die natürliche Freyheit, zu bauen, wann man will, wo man will, und wie man will, ſo lang ſtatt, als nicht durch Landesverträge, oder andere verbindliche

(1) in ſeinen Beytr. zur Erläut. der Teutſch. Rechte, 1. Theil, 2. St. S. 173.

liche Landesherrliche Verordnungen etwas verbotten, eingeſchräncket oder vorgeſchriben wird; als welchen Falles Unterthanen ſich allerdings darnach zu achten haben.

§. 4.

Gründe. Die ligende Gründe seynd entweder eine Zugehör eines Gebäudes, oder ſie ſeynd für ſich allein, oder machen doch das Hauptwerck aus, und die Gebäude ſeynd nur eine Zugehör zu diſen Gütern.

Zu einem Gebäude z. E. gehöret ein an ein Haus ſtoſſender Garten, der mit dem Haus verkauffet wird.

Die andere Art beſtehet in einzelnen Gärten, Weinbergen, Wiſen, Aeckern, Wäldern, u. ſ. w.

Die dritte Gattung endlich begreiffet diejenige Güter, wo gewiſſe Gebäude und allerley Arten von Feldern zuſammen gehören und ein einiges Land- oder Baurengut ausmachen.

Ferner ſeynd die Baurengüter entweder ſolche, welche eine beſtändige menſchliche Cultur nöthig haben, als Aecker, Gärten, Weinberge, Wiſen, u. d. oder ſolche, die zwar einige, doch keine ſo anhaltende Cultur erfordern, als jene; nemlich die Waldungen.

Erinnerungen wegen denen Commun- und Privat-Waldungen finden ſich an unten (1) bemercktem Ort.

§. 5.

Gattungen. Faſt ein jedes Land in Teutſchland hat ſeine eigene Gattungen Baurengüter; ja in einem einigen Land finden ſich offt gar vilerley Gattungen derſelben: Wie wir dann bereits gehöret haben, daß Herr von BURI 53. Arten derſelbigen angemercket hat; ohnerachtet, (wie es bey einer ſolchen Arbeit nicht anderſt ſeyn kan,) ſich noch manches hinzuſezen lieſſe.

Weil aber diſe Materie einer Seits ſehr vilen Plaz erforderte, und anderer Seits in die Landes-Staatsverfaſſung einen geringen Einfluß hat; ſo kan ich mich nicht dabey aufhalten, begnüge mich auch dahero, kaum etwas davon zu ſagen.

Der Haupt-Unterſchid aller ſolcher Güter beſtehet darinn: Einige Beſizere haben das völlige Eigenthum der Güter; können

(1) in des Forſtmagaz. 10. Band, 226. S.

können alſo auch mit denſelben und deren Einkünfften nach freyem Willen ſchalten und walten, in ſo ferne es denen Landesgeſezen nicht zuwider iſt.

Andere Beſizere haben eine gewiſſe Gattung des Eigenthums: Aber nicht das ganze und völlige; ſondern es iſt bald in Anſehung des Genuſſes, bald der Beſchwer- und Veräuſſerung, eingeſchränckt; bald iſt es dem Wiederkauff, oder gewiſſen Gattungen von Loſungen unterworffen, oder eine Art Lehen, ꝛc.

Noch andere Güter-Innhabere ſeynd gar keine Eigenthumsherrn derſelbigen, ſondern entweder bloſſe Beſtänder und Pächter, welche die Güter, auf gewiſſe Zeit, gegen ein gewiſſes an Geld oder Naturalien, beſizen; oder es ſtehet wenigſtens das Eigenthum nicht dem Innhaber, ſondern dem Landes- oder Gutsherrn zu:

Lezteren Falles nun iſt wieder ein groſſer Unterſchid: Dann bald kan der Eigenthumsherr das Gut an ſich ziehen, wann er will; bald nur, wann der Beſizer entweder ſeine Gebühr nicht entrichtet, oder das Gut in mercklichen Abgang gerathen läſſet, oder ſonſt erhebliche und rechtmäßige Urſachen vorwalten, oder wann die Perſonen, denen das Gut geliehen iſt, abſterben, u. ſ. w.

Vom Stifft-Hildesheimiſchen Erbmeyerrecht ins beſondere hat Herr Vicecanzler STRUBE an unten (1) angezeigtem Ort gehandelt; ſo auch von dem Urſprung und der Natur der Meyergüter in den Chur- und Fürſtlich-Braunſchweig-Lüneburgiſchen Landen, auch dem Stifft Hildesheim (2).

Von Heßiſchen Landſidelcygütern, beſonders deren Einziehung und Nachlaß der Abgaben des Landſidels, hat Herr von CANNEGIESSER (3) gehandelt.

1. Vom Unterſchid der Heßiſch-Solmiſch- und Burg-

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil.

(2) l. c. 4. Theil, S 233.

(3) Decif. ſupr. Appell. Trib. Caſſel. Tom. 1. n. 149. S. 127. Herrn von SELCHOW juriſt. Bibl 3. Band, S. 319.

Fridbergiſchen Landſideley ſehe man ferner den Freyherrn von CRAMER (1).

So auch 2. von Churmedlehen (2).

Desgleichen 3. von Gewinngütern (3).

4. Endlich auch von der wahren Natur und Eigenſchafft derer Hobs- und Behandigungsgüter (4).

§. 6.

Erwerbung. Wer Baurengüter erwerben könne oder nicht? kommt auf die Verfaſſung eines jeden Landes an. Z. E.

In dem Chur-Sächſiſchen Ausſchußtagsabſchid von 1683. liſet man: „Wegen Verkauffung der Bauergüter an Burgerſtandes-Perſonen, ſeynd Se. Churfürſtl. Durchl. des gnädigſten Erbietens, daß, um derer von ihnen angeführten Urſachen willen, diejenige, welche dergleichen Bauergüter anjezo im Beſiz haben, darbey nochmals zwar ungehindert verbleiben mögen; gleichwol aber darvon die darauf hafftende Onera und Dienſte, gleich andern Bauersperſonen und Innwohnern, bey Vermeidung ſchleuniger Execution, ohne Verſtattung biß anhero angemaßter weitläufftigen Proceſſe, abzutragen und zu verrichten ſchuldig ſeynd: Und daß ins künfftige mit der Alienirung der Baurengüter an Bürger-Standesperſonen, (weil dadurch dem Lande die Mannſchafft und daher entſpringender Vorthel entgehen will,) dergleichen anderer Geſtalt nicht, dann mit Vorbewußt und Conſens Sr. Churfürſtl. Durchl. zugelaſſen, zumal keinem Gerichtsherrn, wider ſeinen Willen, an ſtatt eines Bauern, eine Burgerſtandsperſon obtrudirt, auch, wenn ſolche bißher von Bürgern beſeſſene Bauerngüter zu alieniren vorkommen, hinwiederum an keinen Andern, als an Bauersleute, verkauffet werden ſollen.“

In der Marck Brandenburg können Bauren niemahlen, (ſelbſt nicht durch einem unfürdencklichen Beſiz,) das Eigenthum derer

(1) in ſeiner Nebenſt. 3. Theil, S. 30.
(2) l. c. 4. Theil, S. 36.
(3) allda, 5. Theil, S. 102.
(4) ibid. 9. Theil, S. 119.

derer ihnen auf jährliche Abgaben eingethanen Grundſtücke erwerben (1).

§. 7.

Wie weit ein Beſizer über ſeine einmal erworbene Güter diſponiren könne oder nicht? beruhet abermalen auf der Landesverfaſſung und der ſolcher gemäſſen Natur der Güter. Diſpoſition darüber.

Ein Auszug eines von GUNDLING geſtellten rechtlichen Gutachtens über folgende Fragen findet ſich an unten (2) bemercktem Ort: Ob? und wie weit die von Bauern ſich angemaßte Befügniß, Allodialgüter zu Lehen aufzutragen, an ſich in den Rechten, und beſonders nach der Verfaſſung der Teutſchen Länder, gegründet ſeye? 2. Ob der Bauren Güter für wahre Allodia zu halten, oder ob nicht vilmehr dieſelbe, nach ihrem Zuſtande und ihrer Beſchaffenheit, die beſtändige Vermuthung wider ſich haben, daß ſie ihre Güter vom Herrn recognoſciren müſſen? 3. Ob ein Landesherr befugt ſeye, dergleichen Lehenauftragungen, ſo wohl überhaupt, als in beſonderen ſich ereignenden Fällen, zu verbieten? 4. Ob nicht, vermöge ehemals ergangenen landesherrlichen Verordnungen, alle diejenige, welche dergleichen Baurengüter als vermeintliche Allodien beſizen, ſchuldig ſeyen, ſich darzu alio, quam præſcriptionis, titulo zu legitimiren, und ihren Lehenherrn anzuzeigen, widrigen Falles aber von dem Landesherr ſelbſt zu recognoſciren?

§. 8.

Ein gleiches iſt auch von der Vererbung der Baurengüter zu ſagen. Ihre Vererbung.

Vom Minorat bey Baurengütern hat der Freyherr von CRAMER (3) gehandelt.

§. 9.

Auch in Teutſchland, wie in allen anderen Landen, ſeynd die Güter mit mancherley Beſchwerden beleget; welche zwar ſich Beſchwerden.

(1) aus H. BEHMERS jur. controv. p. 183. H. von Selchows juriſt. Bibl. 4. Band. S. 68.

(2) H. SCHOTTS Critic, 4. Band, S. 816.

(3) in ſeiner Nebenſt. 7. Theil, 162. S.

ſich immer in einem Land anderſt verhalten, als in dem anderen; doch kommen ſie in gewiſſen Haupt-Umſtänden mit einander überein.

Sie theilen ſich nemlich in perſonal- und real-Beſchwerden.

Doch gibt es auch Baurengüter, welche von beyderley Arten Beſchwerden frey ſeynd.

Ob ſattelfreye Güter nur von Frohnden, oder aber auch von all-übrigen Unterthanen-Beſchwerungen, frey ſeyen? hat der Freyherr von CRAMER (1) unterſucht.

§. 10.

Perſonelle. Die perſonelle Beſchwerden, davon hier die Rede iſt, betreffen nicht alle Unterthanen, ſondern nur diejenige, welche ligende Güter an Gebäuden und Gründen haben.

Sie beſtehen meiſtens in allerley Gattungen von Dienſten 1. für die Herrſchafft, oder 2. zur Nothdurfft und Beſten des gemeinen Weſens, der Kirchen, Schulen u. ſ. w.

In Rückſicht auf diſe perſonal-Beſchwerden, welche die Beſizere derer Güter zu tragen haben, ſeynd einige davon frey, der Beſizer mag ſeyn, wer er will; einige ſeynd frey, nachdeme ſie in eines Beſizers Händen ſeynd; oder der Beſizer darff doch eine andere Perſon ſtellen, die ihn vertritt, oder er darff oder muß etwas an Geld dafür geben, und noch andere Beſizere müſſen Wachen, Frohnen, Botten-lauffen, u. d. ſie ſeyen, wer ſie wollen.

§ 11.

An Naturalien. Die real-Beſchwerden, ſo auf denen Gütern ligen, ſeynd abermalen von allerley Art.

1. Müſſen ordentlicher Weiſe von allen Gütern Steuern und andere Anlagen gegeben werden:

Von diſer Steuerſchuldigkeit aber ſo wohl, als auch von der Steuerfreyheit gewiſſer Güter habe ich ſchon anderwärts (2) umſtändlich geredet.

Kurz:

(1) in ſeiner Nebenſt. 6. Theil, 143. S.
(2) im Tr. von der Landeshoh. in Steuerſach. Cap. 4.

Kurz: Einige Güter ſeynd ordentlicher Weiſe, und auſ=ſer einer allgemeinen Landesnoth von allen Gattungen derer Steuren und Anlagen befreyet: Andere ſeynd frey von Land=ſteuren, aber nicht von Reichs= und Crays= oder Türcken=Steu=ren: Andere ſeynd auch denen Landſteuern unterworffen, aber ſie tragen nichts zu denen Statt = Amts = Flecken = u. d. Schä=den bey: Andere endlich müſſen zu allen Arten von Anlagen concurriren, ſie haben Namen wie ſie wollen.

§. 12.

3. In Anſehung derer Zehenden ſeynd einige ganz Zehend=frey; andere geben nur den noval = oder Rott=Zehenden; an=dere nur den groſſen Zehenden, von allen oder nur von gewiſſen Gattungen; andere nur den kleinen Zehenden, von allen oder nur von gewiſſen Gattungen; andere müſſen alle Arten von Zehenden geben. An Naturalien.

In Betracht anderer natural=Abgaben von Gütern ſeynd einige Felder ꝛc. auſſer denen Steuern und Zehenden von allen anderen natural=Abgaben befreyet; andere hingegen müſſen Gülten, Bodenwein, u. d. geben, und zwar einige ein gewiſ=ſes, es mag vil oder wenig wachſen; andere hingegen einen ge=wiſſen, z. E. den halben, dritten, vierten, 10den, 20ſten, oder 30. Theil von deme, was an Früchten, Heu, Obst, Wein ꝛc. erwächst.

Actenſtücke in einer Streitigkeit der Bauren im Braun=ſchweigiſchen Fürſtenthum Grubenhagen mit der Landesherr=lichen Cammer, wegen der Curmede, oder Baulebung, davon ſich jene durch Vorſchüzung einer undencklichen Verjährung befreyen wollen, findet man bey Herrn HINüBER (1).

Eben ſo verhält es ſich in ſeiner Art auch verſchiden mit dem Blutzehenden, oder mit dem Zehenden von gewiſſen leben=digen zahmen Thieren; der an manchen Orten eingeführet iſt, an andern hingegen nicht, und an einigen von mehreren, an anderen von wenigeren Gattungen.

Vom

(1) in ſeiner Beytr. zum Braunſchw. ꝛc. Staats = ꝛc. Recht, 1. Theil, S. 557.

Vom Gänſezehenden hat Herr Vicecanzler STRUBE (1) einiges.

Von denen Rauchhühnern hat er ebenfalls (2) gehandelt, und meldet unter anderem: „ Faſt alle Gutsherren empfangen von ihren Erben- Zins- und Meyerleuten Hühner. Sie werden auch vilfältig den Gerichtsherrn geliefert, und Rauch-Hühner genannt. An einigen Orten gebühren ſie dem peinlichen Richter, an andern demjenigen, der die Nidergerichte hat. ... Der Empfang des Rauchhuhns erweiſet demnach in diſem Lande ſo wenig immer die Gutsherrſchafft, als die Gerichtsherrſchafft; wie alſo von Königl. Hannöverſcher Juſtiz-Canzley An. 1766. erkannt worden. “

§. 13.

An Dienſten. 4. Ligen auf vilen Gütern Dienſte, ſo mit der Beſizere Zugvieh präſtiret werden müſſen.

Gewiſſe Güter hingegen pflegen auch davon befreyet zu ſeyn; und zwar entweder alle Güter von ſolcher Art, z. E. der Kirchen- und Schuldiener Güter; oder die Güter einer gewiſſen Gattung von Beſizern, oder die durch beſondere Freyheiten dergleichen vor Andern ihres gleichen erlangt haben, u. ſ. w.

Solcherley Befreyung währet entweder beſtändig, oder biß auf Wiederruff, oder biß auf den Abgang der befreyeten Perſonen, oder ſonſt gewiſſe beſtimmte Jahre, z. E. bey denen, die wüſte Stellen und öde Güter an- oder neue Häuſer erbauen, oder neue Fabriquen errichten, u. ſ. w.

§. 14.

Einige Particularien. Nur zu einiger näheren Beleuchtung diſer Sache füge ich noch folgendes bey.

An unten (3) angezeigtem Ort heißt es von einem Meyerhofe in denen Chur-Braunſchweigiſchen Landen: „ Dagegen kommen von dem Hofe die Abgifften in die Amtsregiſter, und darzu muß er die gewöhnliche Dienſtage mit 4. Pferden beym

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 106.

(2) l. c. 3 Theil, S. 432.

(3) Hanover. gelehrt. Anzeig. 1752. S. 1103.

beym Amtshaushalte, der offt 1. biß 2. Meilen, ja noch weiter von ſeinem Dorffe entlegen iſt, oder auf Reiſen, dienen, jeden nicht abgedienten Tag aber, nach Proportion, mit Gelde bezahlen. Ferner muß er monatlich zu den Fouragegeldern, jährlich aber zum Magazinkorn und Dorfftax contribuiren, und den gutsherrlichen Zins abtragen. Der zu bezahlende Licent, Impoſt, und dergleichen, ſteiget das Jahr, nach Proportion der Familie, ziemlich hoch. Auch muß er die ordinaire und extraordinaire Einquartirung halten, und das Service- und Bettegeld bezahlen, ferner den Ausſchuß, oder die Landmilice, lohnen, nicht weniger Kriegerreiſefuhren auf 2. 3. bis 4. Meilen verrichten, auf gleiche Weiſe auch zur Landfolge dienen, Jagden und Wachten thun, zur Wegebeſſerung arbeiten, viles an Agio vor gute, in die herrſchafftliche Regiſter zu bezahlende, Münze verwenden, Pfarr- Küſter- und Predigerwittwen-Häuſer bauen, und in baulichem Stande erhalten, und endlich Pfarrern und Küſtern das ihrige geben. "

In der Chur-Braunſchweigiſchen Beſtättigung der Landesfreyheiten der Graffſchafft Hoya von 1706. liſet man: „9. Betreffend der ſo genannten ſiben Meyer im Amt Hoya ſich anmaſſende Exemtion von den gewöhnlichen und hergebrachten Præſtandis; ſo wollen Wir Uns von dem Fundament der Sache Relation abſtatten laſſen, und dann dasjenige hierunter eins für alles verordnen, was recht und billig zu ſeyn ſich finden wird: Inzwiſchen ergehet in Unſerm Namen proviſional-Verordnung und Befehl, mehrgemeldte ſiben Meyer zu Abtragung ihrer ſchuldigen Præſtandorum, inſonderheit auch zum Beytrag ihrer Quote zu dem Weſer-Brückenbau zu Hoya, anzuhalten. "

Die Fürſtlich-**Eichſtätt**-und **Brandenburg Onolzbachiſche** Verordnungen in Handlohnsſachen ſeynd an unten (1) angezeigtem Ort zu leſen.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache (2): Landſideley-Erbzins- und andere dergleichen Güter ſeyen

3) Q 2 an

(1) in H. HOFFERS Beytr. zum Policeyrecht, 2. St. n. 4. S. 357.
(2) Decis. ſupr. Trib. Appell. Caſſel, P. 2. p. 702.

an und für ſich nicht von contribuabler Qualität: Sie können von dem Landesherrn mit Steuern belegt, aber auch durch ein Privilegium davon befreyet werden; an deſſen Stelle auch eine præſcriptio immemorialis Libertatis trette, wogegen der Fiſcus den Beweis des Gegentheils führen müſſe.

Von der Unterthanen Schäferey-Gerechtigkeit findet man verſchidenes bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (1).

Von dem Recht, die Wieſen zu wäſſeren, hat er auch (2) einiges angemercket.

Ob der Weinkauff von zweyter Ehe bey Meyergütern gegründet ſeye, oder nicht? hat der Freyherr von CRAMER (3) unterſucht.

So auch (4), ob, wann ein Landſidelgut, wegen Verwürckung des Landſidels, an den Herrn zurück fällt, der unentgeltliche Heimfall der Oberbeſſerung ſtatt habe?

Ferner (5), ob, wenn in Meyerbrieffen vorbehalten worden, daß, nach Abfleſſung beſtimmter, (als 12.) Jahren, der Meyercontract dergeſtallt erloſchen ſeyn ſolle, daß die Gutsherren, die Meyerſtatt ihres Gefallens einem andern zu vermeyern, bemächtiget ſeyn ſollen, ſolcher Vorbehalt, nach denen (beſonders im Hildesheimiſchen,) hergebrachten Rechten, beſtehe?

§. 15.

Wayd-Sachen.

Anhangsweiſe will ich auch noch der Wayden gedencken; davon ich ſchon anderswo (6) ein mehreres gemeldet habe.

An denen Orten, wo jeder Bauer ſeine Güter beyſammen hat, weißt man nichts von gemeinſchafftlichen Wayden; ſondern jeder Güterbeſizer waydet ſein Vieh auf dem ſeinigen.

Anderwärts hingegen, und zwar meiſtens, hat man gemein-

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 297.
(2) l. c. S. 13.
(3) in ſeinen Nebenſtund. 6. Theil, 18. S.
(4) l. c. 25. Theil, S. 74.
(5) l. c. 33. Theil, S. 88.
(6) in dem Tr. von der Landeshoh. in Policeyſachen, S. 341. und in Anſeh. der Erde, rc. S. 148.

meinſchafftliche oder Communwayden, oder doch den Zutrieb und die Waydgerechtigkeit in denen herrſchafftlichen, oder auch Benachbarter Waldungen, oder auf andern ihren Gütern.

Endlich aber fangt man nunmehro hin und her, abſonderlich in denen Oeſterreichiſchen Erblanden (1), an, diſe gemeinſchafftliche Wayden aufzuheben, und das Feld unter die Intereſſenten auszutheilen, um ſelbiges anzubauen; wogegen alsdann Jeder, ſo Vieh hält, daſſelbige von ſeinem eigenen fütern muß.

Zehendes Capitel.
Von denen Leibeigenen.

Innhalt.

§. 1. Schrifften. §. 2. Manches remiſſive. §. 3. Leibeigene, wer? §. 4. Ueberhaupt davon. §. 5. Ob ſie auch in Stätten Plaz greiffe? §. 6. Kennzeichen. §. 7. Gattungen. §. 8. Rechte, §. 9. Beſchwerden. §. 10. Loslaſſung. §. 11. Austrettung.

§. 1.

Nebſt einigen bereits in dem nächſtvorhergehenden 8ten Capitel benahmsten Schrifften, gehören folgende hieher: Schrifften.

BOEHMER (Juſt. Henn.) de jure & ſtatu Hominum propriorum, à Servis Germaniæ, non Romanis, derivando, & de uſu hujus doctrinæ. Halle, 1716. 4.

HERTIUS (Joh. Nic.) de Hominibus propriis. Gieſſen, 1682. 4. auch in ſeinen *Opuſc. Vol. 1.*

MEINDERS (Herm. Adolph.) Diſſ. binæ, de origine, natura & conditione Hominum propriorum & emphyteuticorum, nec non de manumiſſionibus & redemtionibus Homi-

(1) in der Wiener Realzeitung, 1771. S. 466.

Hominum propriorum; bey ſeiner *Diſſ. de Jurisd. col.n.* Lemgau, 1713. 4.

OTTONIS (Jac.) Vorſtellung der Leibeigenſchafft. Ulm, 1680. 4.

POTGIESSERI (Joach.) Commentariorum Juris Germanici, de ſtatu Servorum, veteri perinde atque novo, Libri V. 2te Auflage. Lemgo, 1736. 4.

SENCKENBERG (Henr. Chriſtian.) Aliqua Juris Germanici, de Servorum conditione. Gieſſen, 1743. 4.

Von beſonderen Landesverfaſſungen handlen:

BALTHASAR (Auguſtin. de) de origine, ſtatu ac conditione Hominum propriorum in *Pomerania* 7. Diſſ. Greifswalde, 1735. -- 49. 4.

ESTOR (Joh. Ge.) Specimen Juris Germanici, de Hominibus propriis Germaniæ, in *Weſtphalia* præſertim ſuperſtitibus; in ſeinen klein. Schrifft. 5. Theil, S. 114.

HARTMANN (Joh. Zach.) de Præſcriptione, nunc decennali, nunc Saxonica, Homines proprios Nobilium *Sleswicenſium* ac *Holſatorum* fugitivos à dominica poteſtate liberante. Kiel, 1735. 4.

KOPP (Joh. Ad.) Nachricht von denen armen Mannen, genannt die Peterling, in Heſſen in der Wetterau, und auf dem Vogelsberg; in Kuchenbeckers *Anal. Haſſ. Coll. 9.* S. 65.

MANTZEL (Ern. Joh. Frid.) Diſſ. de eo, quod præcipue juris eſt circa Homines proprios in *Megapoli.* Roſtock, 1738. 4.

MOLCKENBAUR (Joh. Bernh.) Diſſ. demonſtrans, Homines proprios *Weſtphaliæ* non eſſe liberos, ſed Servos. Gieſſen, 1732. 4.

SCHACHER (Joh. Chriſtoph.) Diſſ. de Hominibus glebæ adſcriptis *Luſatiæ* ſuperioris. Leipzig, 1715. 4.

VELTMANN (Henr. Chriſt. Franc.) Diſſ. de variis capitibus de Hominibus propriis in Epiſcopatu *Oſnabrugenſi.* Harderwick, 1773. 4. ſ. Beytr. zu den Erlang. gel. Anmerck. 1774. S. 163.

ULRICH (Phil. Frid.) Commentatio de jure Mortuario in *Haſſia*, ejusque ſpecie, nomine: Hainrecht inſignita.

Mar-

Marburg, 1769. 4. ſ. H. Schotts Critic, 2. Band, S. 365.
WALDSCHMIDT (Joh. Guil.) Diſſ. de Hominibus propriis *Haſſiæ.* Marburg, 1716. 4.

De ſtatu Hominum propriorum in Germania, ſpeciatim in *Weſtphalia*, & in ſpecie in Comitatu *Witgenſteinenſi*, hat Herr C. Ger. Aß. von LUDOLF (1) gehandelt.

§. 2.

Auch von denen Leibeigenen überhaupt, und ins beſondere von deren Erbſchafften, Erlaſſung und Austrettung, habe ich ſchon anderwärts (2) geredet: — Manches remiſſive.

Ich kan aber doch nicht umhin, auch hier wenigſtens folgendes davon zu berühren.

§. 3.

Leibeigene ſeynd Unterthanen, die ihres eigenen Leibes nicht ganz mächtig ſeynd. — Leibeigene, wer?

Daß und wie das Recht der Leib- oder Leibeigenherrſchafft und die Landeshoheit von einander unterſchiden ſeyen, und von einem dißfalls entſtandenen Streit in Sachen: Von Elz, gegen **Pfalz-Zweybrücken**, ſehe man den Herrn von LUDOLF (3).

§. 4.

Was ich ſchon oben erinneret habe, daß die Gelehrte in Anſehung der Freyheit derer Teutſchen Bauern und Landleute gar verſchidener Meinung ſeyen; das gilt auch in Anſehung derer Teutſchen Leibeigenen. — Ueberhaupt davon.

Herr von HEUMANN (4) hat von der Leibeigenſchafft diſe Säze (5): Die Teutſche haben nie eine Sclaverey gekannt; eben ſo wenig, als ihre Leibeigenſchafft mit der Römiſchen Knechtſchafft verglichen werden kan. Die Leibeigenſchafft ſelbſt hat ſich in der Hauptſache wenig geändert, und wäre es villeicht

(1) in ſeinem Symphor. &c. Vol. 1. p. 271. ſqq.
(2) im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſon, S. 4. 37. 208. 218. 223.
(3) in ſeinem Symphor. Vol. 1. col. 593.
(4) vom Geiſt der Geſez. der Teutſch. Cap. 13. S. 154.
(5) H. von SELCHOW jur. Bibl. 1. Band. S. 164.

villeicht rathſam, ſelbige durchgehends einzuführen. Der Zuſtand der Leibeigenen iſt ſo erträglich, daß ſie ſelbigen offtmahls der angetragenen Freyheit vorgezogen haben; wie dann überhaupt ein Soldat faſt in ſtrengerer Verbindlichkeit, als ein Leibeigener, ſtehet.

Ich pflichte ihme bey; doch nur in Anſehung derer Teutſchen Lande, wo eine leidentliche Leibeigenſchafft üblich iſt: Wo aber eine harte im allgemeinen Schwang von alten Zeiten her gehet; da muß es nun freylich, dem ſtrengen Recht nach, dabey noch ferner verbleiben; ſo lang die Herrſchafften hart gegen ihren Nebenmenſchen dencken können, und ihr eigenes wahres Cameralintereſſe nicht beherzigen.

Ich habe nemlich ſchon im vorhergehenden Capitel angemercket, daß in **Oeſterreich**, **Mähren**, **Böhmen**, **Lauſiz**, **Pommern**, **Mecklenburg** ꝛc. die gemeine Landleute in einer Art der Sclaverey leben; doch an einem Ort mehr, als an dem andern: Manchmalen ſtehen ſie nicht ſo gut, als anderwärts das Vieh.

Auch in einerley Gegenden und benachbarten Landen kan es gar verſchidentlich darinn gehalten werden. Z. E. in **Würtemberg** ſeynd die meiſte Unterthanen nicht leibeigen; in dem **Badiſchen** hingegen verhält es ſich anderſt.

Dann in denen Fürſtlich-**Baden-Durlachiſchen** Herrſchafften Badenweiler und Röteln ſeynd die Unterthanen leibeigen. Bey der Geburt werden, zu deſſen Anzeigen, vor jeden 2. Marckgräfiſche Schillinge; wann er huldiget, eben ſo vil, und nach ſeinem Tode 2. Kreuzer, bezahlt.

Daß auch überhaupt die meiſte Badiſche Unterthanen, (nur ſehr wenige ausgenommen,) leibeigen ſeyen, bezeugen verſchidene Schrifftſteller.

Anno 1751. ſprache der Marckgraf zu Baden-Durlach alle, ſo eine geiſt- oder weltliche Bedienung erlangen, von der Leibeigenſchafft frey.

Die beede Franzöſiſche Colonien, Friderichsthal und Welſchneureuth, ſeynd der Leibeigenſchafft ebenfalls befreyet: Wann ſich aber die Einwohner anderwärtshin verheurathen, und frey bleiben wollen, muß Jeder jährlich 1. fl. bezahlen.

Und

Und ſo ſeynd auch die auf der anderen Seite an Würtemberg gränzende Hohenzolleriſche Unterthanen insgeſammt leibeigen.

Wo die Leibeigenſchafft nicht allgemein noch hart iſt, da ſeynd meiſtens derer ehemaligen, oder noch jezigen, catholiſchen Clöſter, und anderer Geiſtlichen, Unterthanen leibeigen; derer Weltlichen hingegen ihre nicht, oder doch nicht häuffig.

In gewiſſen Landen haben die Unterthanen (wenigſtens zum Theil,) ſich ausdrückliche Landesherrliche Verſicherungen gegen die Leibeigenſchafft geben laſſen. Z. E.

In Bayern kan, nach dem 8. 9. 13. 16. und 23ſten Freyheitsbrieff kein Landſtand auf Art der Leibeigenen veräuſſert oder verpfändet werden.

Von der Leibeigenſchafft in verſchidenen einzelnen Teutſchen Landen ſehe man die oben angezeigte Schrifften nach; deme ich diſes beyfüge:

Was in Mecklenburg wegen des Adels und der Landbegüterten leibeigenen Bauern und Unterthanen in älteren Zeiten zwiſchen Herrn und Land verglichen, in neueren Zeiten aber zwiſchen eben denſelben vor denen Reichsgerichten dißfalls geſtritten worden iſt, davon findet man an unten (1) angezeigtem Ort Nachricht.

In dem Erbvertrag lautet der ganze 19de Articul: „Von den leibeigenen Unterthanen der Ritter- und Landſchafft, “ alſo:

„§. 325. Wir und Unſere Nachkommen wollen und werden überhaupt Unſerer Ritter- und Landſchafft, (die Landes-Clöſter und Roſtockiſche Gemeinſchaffts-Oerter mit-eingeſchloſſen,) in Anſehung des Zuſtandes und Weſens der Leibeigenſchafft, und der damit behafteten Unterthanen und Bauersleute, nie Zweifel oder Hinderniß machen, hingegen alle Wege ernſtlich darüber halten, und durch Unſere Landesgerichte halten laſſen, daß, Innhalts der Reverſalen vom Jahr 1621. Art. 16.

(1) in dem Vorbericht zu den Deciſ. Imper. in cauſ. Mecklenburg. S. 125. u. f. der Auflag von 1746.

16. die Bauersleute, die ihnen um gewiſſen Pacht oder Zins eingethane Hufen, Aecker, oder Wieſen, daferne ſie keine Erbzins- oder andere Gerechtigkeit gebührend zu erweiſen vermögen ſind, dem Eigenthums-Herrn, auf vorhergehende Loskündigung, wann ſie auch ſolche vor undencklichen Zeiten beſeſſen haben, mithin alles Einwands von Verjährung ungeachtet, unweigerlich und ohne Proceß-Weitläufftigkeit abzutretten und einzuräumen ſchuldig ſeyn ſollen.

§. 326. Wie denn auch Unſere Landesgerichte diejenigen, welche einige dem Gutsherrn zugehörige, den Bauern aber eingethane, Stücke ermeldten Bauren abgemiethet, oder abgepachtet, demnach kein beſſeres Recht, als ihre Autores, haben können, wider die Gutsherrn zu ſchüzen, ſich nicht anmaſſen, ſondern ſelbige vilmehr zu unweigerlicher Abtrettung ihrer bißhero innegehabten Hufen, Aecker und Wieſen, &c. wenn die Sache bey ſelbigen Gerichten angebracht wird, ſine ambagibus proceſſus, ernſtlich anzuweiſen, folglich, ſo vil an ihnen, dem Aſſecurations-Receß den Nachdruck zu geben, gehalten ſeyn ſollen.

§. 327. Würden aber die Bauersleute ſich auf obberührten Erbzins- oder eine andere Gerechtigkeit beruffen, und daher, auf beſchehene Loskündigung zu weichen, und die Grundſtücke abzutretten, ſich weigern; ſo ſollen die Adeliche und Landbegüterte, ſelbige ſo fort, aus eigener Macht und unverhörter Sache, den Rechten zuwider, zu vertreiben, oder zu verſtoſſen, nicht befugt ſeyn; ſondern es ſoll den Bauersleuten, zu der ihnen obligenden Beybringung ihres vermeintlich habenden Rechts, eine rechtsförmige Friſt geſezt, und, nach kurzem beyderſeitigem Verfahren, in Unſeren Landesgerichten darüber, was Rechtens, erkannt werden.

§. 328. Da hingegen werden und ſollen Unſere Landesgerichte auf der Bauren Klage, wenn nicht zugleich ganz unerlaubte Thathandlungen und Umſtände mit-beſcheiniget ſeynd, nicht ſo fort pönal-Mandate erkennen, ſondern ſich darunter nach den Reichs- und Landesgeſezen, wie ſchon im Art. 3. der Reverſalen vom Jahr 1572. zum Theil verſichert worden, genau verhalten.

§. 329.

§. 329. Wann auch in ſolchen Proceſſen der eine oder andere Theil die Verſchickung der Acten zum Spruch auswärtiger Gelehrten, auf ſeine Koſten, verlangen möchte; ſo ſoll ihm ſolche nicht verſagt, ſondern damit, wie gewöhnlich, ohne Aufenthalt der Sachen verfahren werden. "

Den §. 330. habe ich ſchon im Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Unterth. Perſon. S. 226 beygebracht; ſo auch die §§ 331. 332. 333. im Tr. von der Landeshoh. in Militarſach. S. 70.

„§. 334. Was die Verlegung und Niderlegung der Bauren anlanget; ſo wollen Wir die Ritter- und Landſchafft, (incl. der Clöſter und der Roſtockiſchen Gemeinſchafftsörter,) bey ihrem landſittlichen Eigenthumsrecht über ihre leibeigene Gutsunterthanen, und deren innhabendes Ackerwerck und Gehöfte, unbeſchwert laſſen; mithin iſt und bleibt die Verlegung und Niderlegung einem jeden Gutsherrn dergeſtalt frey und unbenommen, daß er den Bauern von einem Dorff zum andern ſezen, und deſſen Ackerwerck zum Hofacker zu nehmen, oder ſonſt daſſelbe zu nuzen, Fug und Macht haben ſoll; jedoch mit der Maaſſe, daß alle und jede darauf hafftende real-Pflichten und Laſten, nach wie vor, deßhalb vom Gute getragen, und die verlegte oder nidergelegte Bauern, nach eines jeden Gutsherrns Convenienz, auch auſſer und ohne Hufen wieder untergebracht werden: Uebrigens aber ſollen ihnen an den Orten, wohin ſie verlegt werden, keine neue Onera realia aufer legt werden. "

§. 5.

Insgemein hält man davor, die Leibeigenſchafft erſtrecke ſich nur auf die Leute auf dem platten Lande, und die Burger in denen Stätten ſeyen davon befreyet; nach dem Sprüchwort: Keine Henne flieget über die Mauer: Indeſſen iſt diſer Saz doch keine allgemeine Wahrheit. *Ob ſie auch in Stätten Plaz greiffe?*

Herr Hofrath SCHEIDT (1) meldet: Daß allererſt Herzog Otto Strenus zu Braunſchweig die Bürger zu Braunſchweig An. 1314. von aller Leibeigenſchafft losgeſprochen habe;

3) R 2

(1) in den Anmerck. ꝛc. zu meinem Braunſchw. Staatsr. S. 357.

be; ja noch in ſpäteren Zeiten, (als vom Jahr 1345.) finden ſich Spuhren der Leibeigenſchafft daſelbſten, von welcher ſie die Herzoge, als ihre alleinige Landesherren, befreyet haben.

Die Hohenzolleriſche Statt Hechingen klagte am Cammergericht, daß die Burger als leibeigen tractiret werden wollten: Das Cammergericht aber ſprache An. 1732. 16. Jul. „In puncto der Leibeigenſchafft iſt erkannt: Daß Herr Beklagter bey der Poſſeßion vel quaſi, ſo wohl in der Statt Hechingen, als auf dem Land, (jedoch quoad effectus nicht anders, als hergebrachter maſſen, und vorbehältlich der Statt Hechingen Privilegien,) zu ſchüzen; allen und jeden Unterthanen aber, welche, daß ſie noch in ſtatu Libertatis ſich befinden, oder, daß ſie zur Leibeigenſchafft widerrechtlich gezwungen worden, zu behaupten vermeinen, darüber ſo wohl in Poſſeſſorio ordinario, als Petitorio, der Beweis vorzubehalten ſey:

Des Hauptrechts wegen aber läßt man es allerdings bey dem alten Herkommen, daß ſelbiges, wie auch die Leib- und Faſtnachts-Hennen, künfftighin in natura genommen; hingegen, Falls in verwichener Zeit deshalben zu vil, oder das Hauptrecht zweymal, erhoben worden, denen Unterthanen billigmäßige Satisfaction gegeben werden ſolle, bewenden.“

Die Witgenſteiniſche Statt Laßphe klagte beym Cammergericht: Man pflege eine Zeithero bey dem Rügegericht die Bürger und Unterthanen leibeigene Leute zu nennen, und ſolches alſo zu verleſen; welches gleichwol directe gegen die Stättigkeit und deren Privilegia laufft.

Das Cammergericht erkannte An. 1724. 31. Oct. „Die Benennung der Burger zu Laßphe als Leibeigene betreffend; iſt die Gräflich-Wittgenſteiniſche Landesordnung, §. von Einkömmlingen und Fremden ꝛc. in diſem Punct von gedachten Bürgern nicht zu verſtehen, ſondern dieſelbe in poſſeſſione Libertatis ſtatus perſonalis zu laſſen; welche doch nichts deſto weniger ihrer angebohrenen Landesherrſchafft, als Unterthanen, mit Huldigung, und ſo wohl zu denen in diſer Urthel begriffenen, als andern herkommlichen Præſtationibus, pflichtig verbleiben: Wofern aber Herr Beklagter ſie, der vor Alters erlangten Stättigkeit und Privilegii ungehindert, des An-

ſpruchs

ſpruchs der Leibeigenſchafft und Nachfolge zu erlaſſen, nicht gemeinet; iſt ihme, ſolches weiter auszuführen, unbenommen, ſondern vorbehalten. “

Der Herr von LUDOLF (1) ſchreibt auch: Proinde non infert jus oppidanum per ſe libertatem von der Leibeigenſchafft. Non puto, eſſe contradictoria, civem eſſe ejusmodi Oppiduli, & ſimul Hominem proprium. - - Tametſi vero in plerisque Oppidis, cum primis Reſidentiis Principum & Comitum Imperii cives hominum propriorum conditione non cenſeantur; (e. g. Weilburgenſes ſunt liberi, cum omnes reliqui Subditi Naſſovici homines ſint proprii;) non tamen auſim affirmare, hoc eſſe perpetuum &c.

Von dem Zuſtand der Leibeigenen, welche ſich in Stätten niderlieſſen, und deren Unterſchid von freygebohrenen Bürgern, hat Herr Domprobſt DREYER (2) gehandelt. Die Verbindlichkeit, welche die Einwohner der Vorſtätte an einigen Orten haben, bey Ausbeſſerung der Veſtungswercke Hand- und Spanndienſte zu leiſten, da im Gegentheil die Burger in der Statt ſelbſt nur das Grabengeld erlegen, läßt ſich ſehr wahrſcheinlich davon ableiten.

§. 6.

Die Kennzeichen der Leibeigenſchafft laſſen ſich wohl in allgemeine und beſondere eintheilen. Kennzeichen.

Wo in einem groſſen Lande, z. B. in **Böhmen**, im **Wendiſchen**, ꝛc. alle Unterthanen auf dem Land leibeigen ſeynd; da vertritt die Notorietät die Stelle der Kennzeichen, oder des Beweiſes; und wer behaupten wollte, er ſeye frey, der müßte ſolches rechtsbehörig darthun.

Wann aber in kleinen Gebieten, oder an einzelnen Orten, Streit darüber entſtehet, muß der Kläger beweiſen, reſp. daß die Unterthanen leibeigen, oder die Unterthanen, daß ſie frey ſeyen.

(1) l. c. col. 302.

(2) in der Kenntniß der lübeck. Verordn. S. 77. ſ. H. SCHOTTS Critic, 2. Band, S. 46.

Am beſten kan diſes durch Urkunden geſchehen, aus denen ſich reſp. die Leibeigenſchafft oder Freyheit deutlich und mit ausgedrückten Worten ergibet.

Wann es aber auf einzelne Kennzeichen ankommt; ſo gibt es kaum einige meiſtens allgemeine, z. E. das Hauptrecht: Sondern es kommt ſodann auf die local-Umſtände, (welche überaus verſchiden ſeyn können,) und das darnach abgemeſſene richterliche Erkenntniß an. Z. E.

Daß die Hohenſolmſiſche Unterthanen leibeigen ſeyen, deſſen Kennzeichen ſollen ſeyn (1): Die natural-Dienſte, die groſſe, kleine und einläufftige Dienſtgelder, die Frucht- und Geldzinſen, die Waydhämmel, Zehendlämmer, Zehendgänſe, Zehendhahnen, das Kleinrecht durchaus, die Rauch- und Leibhüner, beſonders aber die Emancipationen, wann ſie auſſer Land weg- oder auch nur von einem Dorff in eine Statt im Lande ſelber ziehen, und ſich häußlich niderlaſſen wollen; woran nicht hindere, daß ihnen in gewiſſer Maaſſe eine väterliche Gewalt über ihre Kinder, auch Contracte, Eheberedungen, lezten Willen, ꝛc. zu errichten zugelaſſen, ja ſolche ſo gar gerichtlich beſtättiget worden ſeyen; weil diſes leztere, nemlich die obrigkeitliche Einwillig- und Beſtättigung ſelbige erſt rechtskräfftig mache.

Von denen Wittgenſteiniſchen Unterthanen meldet der Herr von LUDOLF (2): „ Nun finde ich in diſen Wittgenſteiniſchen Landen verſchidene effectus nicht; die doch anderer Orten, auch in der Nachbarſchafft, eingeführet: E. g. jus mortuarium, (welches ſonſt auch inter ſigna der Leibeigenſchafft, (wenigſtens derjenigen, ſo vorhin geweſen,) gezählet wird, = = iſt im Wittgenſteiniſchen nicht gewöhnlich. = = Jus proprietatis Bonorum, minus plenum ſc. haben die Unterthanen, und hat der Herr nicht Macht, einen darvon pro lubitu wegzujagen; quod tamen alibi permiſſum. = = Hingegen finden ſich hier folgende jura Domini: 1. Daß ſie nicht dörffen auſſer Landes ſich beſtatten, ſive matrimonium ineundo, ſive aliter

(1) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 33. Theil, S. 47.
(2) l. c. col. 304.

aliter domicilium conſtituendo, ohne Erhaltung eines Frey- oder Loslaß-Brieffs. = = 2. Daß ſie nicht ohne Erlaubniß auſſerhalb dienen dörffen. = = 3. Die Leibbeed; = = 4. Die Rauch-hühner-Präſtation. = = = 5. Mag wohl von der Leibeigenſchafft herrühren, daß die Unterthanen ſonſt allerhand Abgaben an Haffer und anderes thun müſſen. = = 6. Endlich die ungemeſſene Dienſte; wiewohl ſolche nicht allezeit eine Leibeigenſchafft andeuten: Dann es können dergleichen Dienſte auch Krafft der Subjection an den Landesherrn von Alters her aufgelegt ſeyn ꝛc. "

Ob man von ungemeſſenen Frohndienſten auf die Leibeigenſchafft ſchlieſſen könne? unterſuchet der Freyh. von CRAMER (1) und verneinet es.

§. 7.

Die Leibeigene in Teutſchland beſtehen in Anſehung ihres Urſprungs aus zweyerley Hauptgattungen: Gattungen.

Einige ſeynd alten Teutſchen Urſprungs, Geſchlechts und Herkommens: Andere aber ſtammen von denen alten Slaviſchen, Wendiſchen, u. d. Völckern ab.

Hieraus folget ſodann der zweyte Haupt-Unterſchid; da nemlich die Leibeigene von alter Teutſcher Herkunfft von uralten Zeiten her gelinde und menſchlicher gehalten worden ſeynd; die andere hingegen härter und offt unbarmherziger als das Vieh.

In anderer Rückſicht gibt es auch zweyerley Gattungen von Leibeigenen: Einige ſeynd der Landesherrſchafft, und Andere der Grund- oder Guts-Herrſchafft, Leibeigene.

§. 8.

Der Leibeigenen von der harten Sorte Rechte in Anſehung ihrer Perſonen beruhen an denen meiſten Orten bloß in der billigeren Denckensart einer oder der anderen Herrſchafft, als Andere zu thun und zu handlen pflegen; auſſer deme müſſen ſie gemeiniglich ſich und ihre Kinder gebrauchen und mißbrauchen laſſen, wie es der Herrſchafft, oder deren Beamten und Bedienten einfällt. Rechte.

Und

(1) in ſeiner Wezlar. Beytr. 3. Theil, S. 107.

Und noch ſchlimmer ſiehet es mit ihren Gütern aus; da ordentlicher Weiſe Leibeigene keine eigene Güter haben, ſondern das Eigenthum davon der Herrſchafft zuſtehet; dahero ſie auch ſelbige weder erwerben, noch beſchweren, noch veräuſſeren, noch vermachen, noch vererben können.

Was aber den Genuß betrifft; ſo kommt es theils auf jeden Landes Herkommen, theils auf die local-Verträge, u. d. theils auf die Menſchlich- oder Unmenſchlichkeit derer Herrſchafften an, wie vil oder wenig die, ſo die Güter bauen, für ſich und die Ihrige davon zu genieſſen haben ſollen oder nicht? ingleichem, ob, wann und wie fern der Herr dem Unterthanen ein Gut gar abnehmen, oder ihne doch auf ein anderes verſezen dörffe, oder nicht? u. ſ. w.

Wo hingegen die Leibeigenſchafft leidentlich iſt; da findet ſich (auſſer denen hernach benahmsten Beſchwerden,) zwiſchen Freyen und Leibeigenen ordentlicher Weiſe kein Unterſchid, weder in Anſehung der Perſonen, noch ihrer Güter.

Ob bey Meyergütern, welche auch Leibeigene innhaben, die Kinder zur Erbfolge ein jus ex pacto & providentia Majorum haben, und ſelbige der Mutter, oder des Vaters, Condition folgen? unterſucht der Freyherr von CRAMER (1).

§. 9.

Beſchwerden.

Daraus ergibt ſich nun ſchon von ſelbſten, worinn die perſonelle und reelle Beſchwerden derer leibeigenen Teutſchen Unterthanen beſtehen.

Die, ſo in geringerem Grad leibeigen ſeynd, werden von diſem ihrem Stand meiſtens eben nicht hart gedruckt; ſondern ſie müſſen bey ihrem Leben etwa einiges gar weniges mehr, als die nicht-leibeigene, an die Landesherrſchafft bezahlen, und nach ihrem Tode bekommt die Leibherrſchafft meiſtens von ihrem Vermögen.

Derer hingegen, ſo in harter Leibeigenſchafft ſtehen, ganzes bedrangtes Leben iſt eine immerwährende Kette von ſo vilen und ſchweren Leiden, daß die allerwenigſte ihres Lebens auch nur in etwas froh werden.

Es

(1) in ſeiner Nebenſt. 45. Theil, S. 109.

Es iſt dahero auch nicht ſo wohl zu bewunderen, daß dergleichen Leuten die Gedüld ausgehet, und es zu Aufruhren und Aufſtänden ausbricht; ſondern man muß ſich vilmehr darüber wundern, daß es nicht öffter darzu kommt.

Man fangt auch würcklich, um ſeines eigenen Cameral-Intereſſe willen, in einigen Landen an, den Bedacht auf Milderung der Leibeigenſchafft zu nehmen.

Von der K. Königlichen Verordnung von 1772. wegen der Robathen, oder Frohndienſte, ſehe man die unten (1) bemerckte Stelle: Und die offentliche Blätter meldeten diſes:

Wien, vom 14. December. Durch ein unterm 21ten paſſ. ausgefertigtes und vor wenig Tagen öffentlich angeſchlagenes Patent iſt den Obrigkeiten oder ihren Beamten allergnädigſt anbefohlen worden, daß ſie über die unterthänige Robaths- und andere Beſchwerden, die ſie ihrer Meinung nach für ungegründet und abzuweiſen halten, jederzeit und zwar unentgeltlich ſchrifftlich, ſo wohl die Beſchwerden ſelbſt, als auch die Urſachen, warum ſie ungegründet ſind, enthaltende Vorbeſcheidungen ertheilen ſollen, welche ſodann die Unterthanen bey ihrem weiteren Recurs beyzulegen haben, welches auch als ein wider die Craysämter, an die der Recurs genommen worden, zu beobachten haben. Welche Vorbeſcheidungen auch den Unterthanen von keiner Obrigkeit bey ſchwerer Straffe verweigert werden ſollen.

Bey anderen Leibeigenen kommen bey ihren Lebzeiten gemeiniglich gewiſſe Hühnerliferungen vor.

Was aber nach einer leibeigenen Perſon Tod von ihrem Vermögen dem Leibherren zu Theil werde, darinn ſeynd die Landes- oder auch in einerley Land die local-Verfaſſungen gar ſehr verſchiden.

EMMINGHAUSENS Abhandlung von dem Todtfalls-recht, und dem Unterſchid zwiſchen dem Hauptrecht und Budtheil, findet ſich auch bey Herrn Prof. SCHOTTEN (2).

In

(1) die Wiener Realzeitung, 1772. S. 431. 447.

(2) in ſeines juriſt. Wochenbl. 1. Jahrg. n. 23.

In dem Würtembergiſchen Landtagsabſchid von 1514. wurde beliebt: Für die Faßnachtshennen, ſo vil man deren bey Hof nicht brauche, möge man das Geld geben.

Und An. 1608. wurde receßirt: Das Gravamen wegen des Verhauptrechtens ſolle mit dem kleinen Ausſchuß vergli-chen werden.

§. 10.

Loslaſ-ſung. Leibeigene, welche in gelinder Leibeigenſchafft ſtehen, kön-nen ihre Erlaſſung daraus, oder die Manumißion, gar leicht, und meiſtens gegen ein geringes Stück Geld, erhalten.

In der Würtembergiſchen Landesordn. Tit. 2. §. 7. heißt es: „So einer ſein Bürgerrecht auffſagen, und auſſer Unſe-rer Oberkeit ziehen würde; ſo ſoll er das mit ſo vil Geldes, wie er das erkaufft, auffſagen, und es alſo thun mit Vorwiſſen Un-ſerer Amtleut; der auch damit und alsbald der Leibeigenſchafft ledig ſeyn, und weiter nicht beſchwert werden ſoll.“

Bey denen in harter Leibeigenſchafft ſteckenden aber hält es hingegen deſto ſchwerer, 1. weil diſe arme Leute ſelten ſo vil Geld aufbringen können, als die Herrſchafften gegen ihre Los-laſſung zu verlangen pflegen, 2. zumalen, wann keine andere Perſon vorhanden iſt, welche in der Abgehenden Stelle ſo gleich eintretten kan oder will, 3. am allerwenigſten endlich, wann der, ſo ſich loskauffen will, ein guter Wirth, verſtändiger Ackers-mann, oder ſonſten brauchbar iſt.

Eine beſondere Verordnung enthält der Religionsfrid von 1555. §. 24. „Wo Unſere, auch der Churfürſten, Fürſten und Stände, Unterthanen, der alten Religion oder Augſp. Con-feßion anhängig, von ſolcher ihrer Religion wegen aus Unſern, auch der Churfürſten, Fürſten und Ständen des heil. Reichs Landen, Fürſtenthumen, Stätten, oder Flecken, mit ihren Weib und Kindern an andere Ort ziehen und ſich niderthun wollten, denen ſoll ſolcher Ab- und Zuzug, auch Verkauffung ihrer Haab und Güter, gegen ziemlichen billigen Abtrag der Leibei-genſchafft und Nachſteuer, wie es jedes Orts von Alters anhe-ro üblich hergebracht und gehalten worden iſt, unverhindert männigliches, zugelaſſen und bewilliget, auch an ihren Ehren und Pflichten allerdings unentgolten ſeyn: Doch ſoll den Ob-

rigkei-

rigkeiten an ihren Gerechtigkeiten und Herkommen, der Leibeigenen halben, dieſelbigen ledig zu zählen, oder nicht, hierdurch nichts abgebrochen oder benommen ſeyn. “

In dem Oſnabr. Frid. Art. 5. §. 37. aber heißt es: Neque (ſive voluntarie, ſive coacte,) Emigrantibus nativitatis, ingenuitatis, *manumiſſionis*, honeſtæ vitæ, teſtimonia denegentur, aut iidem Reverſalibus inuſitatis, vel Decimationibus ſubſtantiæ ſecum exportatæ, plus æquo extenſis prægraventur, multo minus ſpontaneam ſuſcipientibus Emigrationem, Servitutis, aut ullo alio prætextu impedimentum inferatur.

Was die von vilen Mitglidern der Reichsritterſchafft bey ihren Unterthanen aufgehobene Leibeigenſchafft der Herrſchafft und denen Unterthanen für Nuzen geſchafft habe, davon kan man an unten (1) angezeigtem Ort nachſehen.

§ 11.

Austrettung. ꝛc.

Um der gelinden Leibeigenſchafft willen wird kaum jemalen ein Unterthan austretten, zumalen wann er eine Familie und ligende Güter hat; weil diſer Umſtand nicht darnach beſchaffen iſt, daß er dadurch zu Ergreiffung einer ſolchen Reſolution genöthiget würde.

Deſto öffter hingegen träget es ſich bey denen zu, welche ſich in harter Leibeigenſchafft befinden; wann ſie anderſt ſo vil Teutſch verſtehen, daß ſie ſich getrauen dörffen, zu dem Land hinaus- und in andern Gegenden wegen der Sprache fortkommen zu können.

Es ſeye nun aber ein ausgetrettener Leibeigener, von welcher Sorte er wolle; ſo iſt ſein Leibherr allemal berechtiget, ihne zu verfolgen, und der Herr des Landes, dahin er ſich geflüchtet hat, iſt ſchuldig, ihne ſeinem alten Herrn wider auszulifern.

Das mehrere davon ſehe man in dem Tr. von der Landeshoh. in Anſeh. der Perſon. S. 223. u. f.

(1) in der allgem. deuſch. Bibl. 14. Band, S. 42. 43.

Eilfftes Capitel.

Von noch mehreren beſonderen Gattungen mittelbarer Perſonen.

Innhalt.

§. 1. Noch allerley beſondere Gattungen mittelbarer Perſonen. Von denen Eingeſeſſenen und Fremden. §. 2. Schrifften. §. 3. Eingebohrene, wer? §. 4. Eingebohrene Teutſche. §. 5. Eingebohrene eines gewiſſen Landes ꝛc. §. 6. Gleichſtellung der Fremden. §. 7. Unehliche. §. 8. Religionsſachen. §. 9. Juden. §. 10. Lehenleute. §. 11. Gemeinſchafftliche ꝛc. Unterthanen. §. 12. Mehreres remiſſive.

---

§. 1.

Noch allerley beſondere Gattungen von mittelbaren Perſonen.

Auſſer denen bißhero erzählten Claſſen mittelbarer Perſonen oder Unterthanen in Teutſchland, gibt es noch vile andere, die bald allgemeiner ſeynd, bald nicht; welche ich hier aber alle zuſammen nehmen, und von jeder nur etwas ganz weniges ſagen, oder auch nur remiſſive von ihnen reden will; weil ein mehreres meinem Zweck nicht gemäß wäre, und mein Werck allzuſehr vergröſſeren würde.

In Anſehung der Geburt ſeynd alſo einige Eingebohrene, andere nicht.

Die nicht-Eingebohrene ſeynd Eingenommene oder Fremde.

Ferner ſeynd einige ehlich gebohren, andere nicht.

In Anſehung des Geſchlechts gibt es Manns- und Weibsperſonen, oder auch beederley Geſchlechts.

In Anſehung des Alters gibt es Kinder, jünglingiſchen oder männlichen Alters, oder Alte und ſehr Alte.

In Anſehung des Leibes ſeynd einige ohne Gebrechen, andere hingegen haben diſe oder jene Leibesgebrechen.

In Anſehung der Geſundheit ſeynd einige geſund, andere kranck.

In Anſehung des Gemüths ſeynd einige bey gutem Verſtand, andere hingegen leiden einen mehreren oder wenigeren Mangel daran, auch wohl nur auf kurze Zeit.

In Anſehung der Religion ſeynd einige Chriſten, andere nicht.

Die Chriſten ſeynd Evangeliſcher oder Catholiſcher oder Griechiſcher Religion, oder pflichten beſonderen Secten bey.

Die Evangeliſche ſeynd Lutheraner oder Reformirte.

Die der chriſtlichen Religion nicht Zugethane ſeynd Juden, Mahometaner, Heyden, Naturaliſten, Atheiſten.

In Anſehung der Glücksgüter ſeynd einige reich, oder doch hinlänglich vermöglich, oder arm.

In Anſehung der Lebensart gibt es vilerley Unterſchid, z. E.

Einige ſtehen in einem offentlichen Amt oder Bedienung, oder nicht.

Die in einem offentlichen Amt ꝛc. ſtehen, ſeynd Landesherrliche, oder Landſchafftliche, oder anderer Corporum, oder Communen, oder landſäßiger Perſonen, Bediente.

Die Landesherrliche Bediente ſeynd Cameral- oder Canzley- oder Forſt- und Jagd- oder Hof- oder Juſtiz- oder Militar-Bediente.

In Anſehung der Nahrung leben einige von ihren eigenen Mitteln, andere von ihren erlernten Wiſſenſchafften, oder Künſten, Profeßionen, Handlung, Handwerckern, freyen oder auch verbottenen Nahrungsarten, u. ſ. w.

In Anſehung der ligenden Güter beſizen einige ſolche als ihr Eigenthum, andere als Lehen.

In Anſehung ihrer Landesherrſchafft ſtehen die meiſte Unterthanen unter einer einigen; andere hingegen unter mehreren, welche ſolche entweder gemeinſchafftlich, oder halbiert, beſizen.

Und ſo könnten noch vile andere Gattungen von Menſchen erzählet werden:

Jede aller diſer Gattungen aber hat ihre beſondere Rechte und Pflichten.

In ſo ferne nun dieſelbige in die Landesverfaſſung, in die

Geſezgebende Macht, in die landtägliche u. d. Handlungen, in die Landesverträge, wie auch in die gerichtliche Streitigkeiten zwiſchen dem Landesherrn und ſeinen geſammten Landſtänden und Unterthanen, oder doch mit einer ſolchen Gattung Unterthanen, einſchlagen, oder Kayſerliche, oder andere Privilegien ihretwegen vorhanden ſeynd, u. ſ. w.; in ſo ferne haben ſie auch einen bald öffteren, bald wenigeren, bald gröſſeren, bald kleineren, Einfluß in die allgemeine Teutſche Reichs- oder die beſondere Staatsverfaſſungen:

Weil aber von vilen allbereits in anderen Theilen meines Teutſchen Staatsrechts gehandelt worden, und von vilen wenig und ſelten etwas vorkommt, ſo in einem Staatsrecht angeführet zu werden verdiente; ſo werde ich mich mit dem jezo folgenden begnügen, und das weitere Anderen überlaſſen; erwarte auch billig, daß meine Arbeit nach diſem meinem Zweck werde beurtheilet werden.

* * *

Von denen Eingebohrenen und Fremden.

§. 2.

Schrifften. Hieher gehörige Schrifften:

ENGAU (Joh. Rud.) oder der Reſp. Joh. Andr. Hoffmann, de juribus Indigenarum Germaniæ. Jena, 1747. 4.

MOELLER (Joh. Ge. Petr.) de jure Indigenatus, præcipue Suecos inter ac Pomeranos reciproco, Commentatio, Greiffswalde, 1773. 4. ſ. H. Schotts Critic, 5. Band, S. 745.

Die von dem Jure Albinagii u. d. handlende Schrifften aber ſeynd in dem nachbarlichen und auswärtigen Staatsrecht nachzuſchlagen.

§. 3.

Eingebohrene, wer? Eingebohrene heiſſen diejenige, welcher Eltern zur Zeit der Geburt diſes ihres Kindes ihre ordentliche Wohnung in dem Land, davon die Frage iſt, gehabt haben.

Es gibt aber bey uns in Teutſchland zweyerley Gattungen von Eingebohrenen: So ferne nemlich 1. von ganz Teutſchland, oder 2. von einem gewiſſen Land oder Ort die Frage iſt. Beyder Rechte ſeynd gar ſehr verſchiden.

§. 4.

§. 4.

Alle eingebohrene Teutſche haben in gewiſſen Umſtänden beſondere Vorrechte, deren andere, ob gleich in Teutſchland wohnhaffte, von Rechtswegen, oder doch der Regel nach, nicht fähig ſeynd. Eingebohrene Teutſche.

Die Kayſerliche und des Reichs Aemter am Kayſerlichen Hof, und die der Kayſer ſonſten in- und auſſerhalb Teutſchland zu vergeben und zu beſezen hat, als da ſeynd: Protectio Germaniæ, Geſandtſchafften, Obriſt-Hofmeiſter, Obriſt-Cämmerer, Hofmarſchallen, Hatſchier- und Leibgarde-Hauptleute, u. d. ſollen eigentlich mit keiner anderen Nation, dann gebohrenen Teutſchen, beſezet werden: Wahlcapit. Art. 23. §. 4. Und da diſes kein Vorzug derer Reichsſtände iſt; ſo hat deſſelbigen allhier wohl können gedacht werden.

Des Kayſerlichen Reichs-Hofraths Präſident und Vice-Präſident ſollen Teutſche Reichsfürſten, Grafen oder Herrn, und in demſelben (Teutſchen Reich) unmittelbar oder mittelbar angeſeſſen und begütert ſeyn: *ibid.* Art. 24. §. 11.

Auch die Reichs-Hofräthe ſollen aus denen Reichs-Crayſen genommen werden, aus denen, ſo im Reich Teutſcher Nation gebohren und erzogen. *l. c.* §. 12.

Gleiche Bewandtniß hat es mit dem Cammergericht; als deſſen Richter, Präſidenten und Beyſizere ebenfalls aus dem Reich Teutſcher Nation gebohren ſeyn ſollen. Cam. Ger. Ord. Part. 1. Tit. 3. §. 1.

Ferner haben wir ſchon vernommen, daß bey denen Teutſchen unmittelbaren Erz- Hoch- und Stifftern keine andere, als gebohrene Teutſche, zu Dom- und Stifftsherren angenommen werden.

Weiter haben wir gehört, daß bey des Johanniter- oder Maltheſer-Ordens Teutſchem Groß-Priorat keine andere, als gebohrene Teutſche, zu Rittern aufgenommen und zu Commenden zugelaſſen werden.

Gleiche Bewandtniß hat es auch mit dem geſammten Teutſchen Orden, und allen deſſen Würden, Commenthureyen und Ritterſtellen.

§. 5.

§. 5.

Und eines gewiſſen Landes. ꝛc.

Es gibt aber auch ein particular-Indigenats-Recht; da nemlich diejenige, welche in diſem oder jenem Land oder Ort gebohren ſeynd, beſondere Vorrechte deßwegen zu genieſſen haben:

So iſt in vilen Landesverträgen und Freyheiten verſehen, daß die höhere Hof-Kirchen-Civil-Militar-und Land-Bedienungen entweder gar mit keinen anderen beſezet werden ſollen, als mit Landes-Eingebohrenen, oder daß doch auf dieſelbige vorzüglicher Bedacht genommen werden, und ſie, wann ſie im übrigen gleiche Eigenſchafften haben, denen Fremden vorgezogen werden ſollen (1).

In denen Oſtfrieſiſchen Concordaten von 1599. §. 55. heißt es: „Und ſeynd Wir (der Graf,) hierüber gnädig gemeinet, auch andere Unſere Landſaſſen und Unterthanen, ſo darzu bequem und tüchtig befunden worden, Unſerer Gelegenheit nach, zu Bedienung der Aemter, darauf Unſere Landesregierung beruhet, künfftig zu gebrauchen; weil Wir es ſelbſt davor achten, daß dadurch zwiſchen Uns und Unſern Unterthanen allenthalben gutes Vertrauen geſtifftet, viler Diffidenz vorgebauet, und andern Unordnungen abgewehret werden könne: Deßwegen Unſere getreue Landſtände und Unterthanen ſich dergeſtalt gegen Uns mit unterthänigem ſchuldigen Gehorſam und ſonſten präſentiren und bezeugen ſollen, daß Wir, ſie vor andern Ausländiſchen zu Unſeren Dienſten zu beförderen, deſto mehr Urſach gewinnen.“

In theils Landen können keine andere zum Beſiz der Rittergüter, u. d. gelangen, ſie ſeyen dann Eingebohrene.

Die gemeine Burger und Bauern haben den Vortheil, daß ſie in ihrem Geburts-Land und reſp. Ort zu Burgern und Unterthanen, wann ſie das übrige erforderliche präſtiren können, angenommen werden müſſen; wo hingegen ein Fremder abgewiſen werden kan.

In

(1) ſ. den Tr. von der Landesh. in Regier. Sach. 2. und 3. Cap. ſodann den Tr. von der Landesh. in Juſtizſach. Cap. 3.

In manchen Orten iſt es ein Stuck der Landesfreyheiten, daß ein Eingebohrener nicht anderſt an Leib, Ehre und Leben geſtraffet werden kan, als nach einem vorgängigen ordentlichen Proceß; wo hingegen mit denen Ausländern in dergleichen Fällen nur ſummariſch verfahren wird.

Vile Stifftungen für Studierende, für Arme und Krancke in denen Spitälern, Siechenhäuſern, u. ſ. w. erforderen, daß die, ſo ſelbige genieſſen wollen, Eingebohrene ſeyen.

Ja es iſt zuweilen mit der bloſſen Geburt im Land oder Ort nicht einmal ausgemacht, ſondern es wird gar erfordert, daß auch die Eltern oder Voreltern Eingebohrene geweſen ſeyen. Z. E.

So darff in Heſſen keiner von Adel auf denen daſigen Landtägen erſcheinen, oder Siz und Stimme führen, es ſeye dann ſeine Familie bereits zu Zeiten Landgraf Philipps des Großmüthigen in Heſſen angeſeſſen geweſen, oder es ſeye von der Landesherrſchafft mit ihme diſpenſiret worden (1).

§. 6.

Zwar, wann Fremde zu Landesherrlichen Bedienten, oder zu Burgern oder Unterthanen angenommen werden, ſeynd ſie dadurch auch derer allgemeinen Landesfreyheiten fähig gemacht: Aber nur derer allgemeinen, deren ſich jeder Unterthan zu erfreuen; die beſondere Rechte derer Eingebohrenen aber bleiben denenſelben allein: **Gleichſtellung der Fremden.**

Ob und wie ferne aber ein Landesherr in dergleichen zum Vortheil ein- oder anderer Perſon oder Familie diſpenſiren könne? kommt auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

* * *

§. 7.

Von der unehlich Gebohrenen Legitimation ſehe man in dem Tr. von den **Kayſerlichen Regierungsrechten** 2c. S. 606. und in dem Tr. von der **Landeshoheit in Gnadenſachen**, S. 6. **Unehliche.**

Von ihrer reſp. Ausſchließ- und Zulaſſung von und zu geiſt- oder weltlichen Ehrenſtellen, Canonicaten, Ritterorden, auch Zünfften und Handwerckern, desgleichen von Lehen findet ſich allerley

(1) Herr ESTOR de Comitiis Haſſiac. Cap. 7. §. 49. a. p. m. 70.

allerley in denen Tr. von der T. Religionsverfaſſung; von der T. Lehensverfaſſung; von der Landeshoheit in Policeyſachen ꝛc.

Von dem ſich auch auf die Unehliche erſtreckenden Chur-Pfälziſchen Wildfangsrecht erhohle man ſich Beſcheides in dem T. Nachbarlichen Staatsrecht.

Marckgraf Carl I. zu Baden wurde vom Kayſer Friderich III. An. 1468. privilegirt, daß alle Königskinder, oder Baſtarte, die ſich in des Marckgrafens Landen aufhalten, deſſelben eigen ſeyn und bleiben, und von Niemanden, wegen der Leibeigenſchafft, oder ſonſt, abgefordert werden ſollen (1):

Kayſer Leopold beſtättigte es auch noch An. 1667.

§. 8.

Religionsſachen. Von denen Rechten und Pflichten derer diſer oder jener, in Teutſchland erlaubt- oder nicht erlaubter, Religion Zugethanen, ſeynd meine Tr. von der Teutſchen Religionsverfaſſung, wie auch von der Landeshoheit in Geiſtlichen, nachzuſehen.

§. 9.

Juden. Von denen Juden habe ich in dem Tr. von der Landeshoheit in Anſehung der Perſonen ꝛc. S. 9. u. f. geredet.

Allerley Fürſtl. Baden-Durlachiſche Landesgeſeze wegen der Juden und ihrer Handlung habe ich anderwärts (2) erzählt.

§. 10.

Lehenleute. Von denen Lehenleuten derer Teutſchen Reichsſtände, oder auch landſäßiger Perſonen, oder Corporum, iſt in des Tr. von der Teutſchen Lehensverfaſſung 3tem und 4tem Buch gehandelt worden.

§. 11.

Gemeinſchafftliche ꝛc. Unterthanen. Von gemeinſchafftlichen Unterthanen ſchlage man den Tr. von der Reichsſtände Landen ꝛc. S. 196. u. f. wie auch von der Landeshoheit im Geiſtlichen, S. 20. und im T. Nachbarl. Staatsrecht, S. 207. nach.

Von

(1) ſ. H. SCHOEPFLINS Cod. dipl. Bad. n. 419. Tom. 6. p. 383. SCHILTERS Scriptum rer. Germ. inter Dipl. p. 99. LÜNIGS R. Arch. Part. ſpec. Cont. 2. unter Baden, p. 942.

(2) im Badiſch. Staatsr. S. 371. u. f.

Von denen rechtlichen Würckungen des Unterſcheids zwiſchen halbirten und ganzen oder eigenthümlichen Unterthanen, handelt der Freyherr von CRAMER (1).

§. 12.

Von dem Recht der Schulleute, Academicorum und graduirten Perſonen hat der Freyherr von KREITTMAYR (2) umſtändlich gehandelt. Desgleichen von dem Handel- und Kauffmannsrecht (3); Ferner von dem Handwercksrecht (4). Mehreres remiſſive.

Herr Hofrath KRESS hat de jure Officiorum & Officialium, zu Helmſtätt, 1733. 4. eine Diſſertation herausgegeben; desgleichen eine de Privilegiis Agriculturæ apud Germanos; 3te Aufl. Jena, 1731. 4.

Viler anderer ſolcher Schrifften, und noch viler, die hinzugethan werden könnten, nicht zu gedencken: Gleichwie aber, ſchon offt erinnerter maſſen, all ſolches nur in ſo fern hieher gehöret, als ſich entweder die Geſezgebende Macht darinn äuſſert, oder ſonſt etwas in die Landesverfaſſungen einſchlagendes daraus erſichtlich iſt; alſo wird man auch in denen meiſten ſolcher Schrifften wenig dergleichen antreffen: Und ich ſelbſt in meinem Theil laſſe es bey deme bewenden, was davon hin und her in denen anderen Theilen meines Staatsrechts davon anzutreffen iſt.

(1) in ſeiner Wezlar. Beytr. 3. Theil, S. 183.
(2) ad Cod. civil. Bavar. 5. Theil, Cap. 23. S. 2330.
(3) l. c. Cap. 26. S. 2376.
(4) Cap. 27. S. 2384.

Viertes Buch.
Von Grund⸗ oder Gutsherrſchafften und Unterthanen.

Erſtes Capitel.
Von Grund⸗ oder Gutsherrſchafften.

Innhalt.

§. 1. Vorerinnerungen. §. 2. Schrifften. §. 3. Der Unterobrigkeiten Namen. §. 4. Ihre Rechte ꝛc. in Anſehung des Landesherns, §. 5. Und der Unterthanen, § 6. Einige Particularien. §. 7. Unterthanen⸗Annahm. §. 8. Religions⸗ und Kirchen⸗Sachen. §. 9. Gerichtbarkeit. §. 10. Militare. §. 11. Steuer. §. 12. Andere einträgliche Rechte. §. 13. Policey. §. 14. Rechte über die Stätte. §. 15. Ueber die Dörffer ꝛc. §. 16. Ueber der einzelnen Unterthanen Perſonen, §. 17. Juden, §. 18. Güter. §. 19. Austrettung der Unterthanen. §. 20. Geiſtliche Collegia, §. 21. Weltliche. §. 22. Bediente ꝛc. §. 23. Pflichten. §. 24. Noch einiges.

§. 1.

Vorerinnerungen. Bey diſem lezten Buch habe ich zweyerley voraus zu erinneren:

1. Daſſelbige hat in denen Landen in Francken, Schwaben und am Rhein, faſt keinen Nuzen, weilen ſich in ſelbigem keine oder doch faſt gar keine Landſaſſen von Adel, oder andere Landbegüterte, mithin auch keine ſolche Grund⸗ oder Gutsherrſchafften und Unterthanen, finden, von welchen hier die Rede iſt.

2. Sehr viles, ſo bereits in dem nächſtvorhergehenden Buch, abſonderlich in dem 2ten und 5ten Capitel, vorgekommen iſt, ſchläget auch hier ſo ſtarck mit ein, daß beedes mit einander nothwendig verbunden werden muß.

§. 2.

§. 2.

Aus ſehr vilen Schrifften, welche hier benahmſet werden könnten, will ich nur folgende bemercken: Schrifften.

FREIESLEBEN (Chriſtian. Henr.) de jure Fiſci Landſaſſiorum. Leipzig 1726. 4.

KOCHS (Joh. Chriſtoph) rechtliche Gedancken von der Gerichtbarkeit der Univerſitäten, beſonders der Univerſität Gieſſen, in realibus; wie auch: Von der Unſtatthafftigkeit der Reconvention eines Academici vor einem andern Richter. Gieſſen, 1764. 4. ſ. Herrn von Selchow juriſt. Bibl. 1. Band, S. 924.

MENCKEN (God. Lud.) jus Fiſci, mero adhærens imperio. Witteberg, 1735. 4.

WERNHER (Joh. Frid.) oder der Reſp. Joh. Chriſtoph Jahn, de jure, Pœnas in Mulctam convertendi, Nobilibus Dominisque jurisdictionalibus competente: occaſione *Reſ. Grav. de An. 1661.* Tit. Juſtitien-Sachen, §. 59. Witteberg, 1734. 4.

* * *

An die Kayſerl. Commißion und Reichs-Viſitations-Deputation Vorſtellung und Bitte Anwalds F. von Eyben, in Sachen Deſſelben contra ſeine Unterthanen und Einwohner zu Daßau, Appellationis, puncto variorum Gravaminum. 1768. fol.

Pro memoria, ad eandem cauſam. fol.

§. 3.

Die Landſaſſen, oder Perſonen, Collegia, Corpora und Communen, welche Unterthanen haben, werden, in Abſicht auf diſe ihre Unterthanen, in verſchidenen Landen verſchidentlich benahmſet, z. E. Erbgerichtsherrn, Gerichtsherrn, Gerichtsobrigkeit, Grundherrſchafft, Gutsherrſchafft, Unter-Obrigkeiten, ꝛc. Der Unterobrigkeiten Namen.

§. 4.

Was ein Landesherr in Anſehung ſeiner Landſaſſen Unterthanen, mithin ſeiner mittelbaren Unterthanen, für Rechte habe oder nicht? davon habe ich ſchon in der Materie von der Landeshoheit gehandelt; Rechte, in Anſehung des Landesherrns.

Daraus ergeben ſich nun auch zugleich die Rechte und Pflichten derer Landſaſſen in Abſicht einer Seits auf ihre Unterthanen, und anderer Seits auf den Landesherrn.

Das Hauptwerck kommt darauf hinaus:

1. Der Landesherr hat allemal die höchſte Gerichtbarkeit und Macht in Religions- Juſtiz- Militar- Steuer- Policey- Gnaden- und allen anderen Sachen über die mittelbare Unterthanen.

2. Der Landesherr iſt befugt und ſchuldig, ſeine Landſaſſen bey ihren Gerechtſamen im geiſt- und weltlichen über ihre Unterthanen zu ſchüzen, ſie dabey handzuhaben, und ihnen darzu behülflich zu ſeyn, mithin die Unterthanen zu ihren Pflichten gegen ihre Gutsherrſchafft anzuhalten.

3. Die Grund- und Gutsherrſchafft iſt ſchuldig, ihre Unterthanen zu demjenigen anzuhalten, was ſie der Landesherrſchafft ſchuldig ſeynd; noch vil weniger alſo ſollen ſie ſolches ſelbſt erſchweren, oder ſich deſſelbigen ſelber anmaſſen.

In dem Bayriſchen Mandat über die Landſchafftliche Gravamina von 1669. iſt verſehen: Wann die Grundherren an richtigen grundherrlichen Forderungen die Verſchaffung (Siſtirung) eines oder mehrer (Landesherrlichen) Unterthanen begehren, daß ſolche ihnen keineswegs verweigert oder aufgezogen werden ſolle; allermaſſen es denen dißfalls hievor ergangenen ernſtlichen Generalien ohne das gemäß ſeye, welches allhier wiederhohlt und befohlen werde, den Prälaten und Clöſtern, wie ſie beſonders darum gebeten, nachrichtliche Communication davon zu ertheilen.

4. In Anſehung der landesherrlichen Beamten citirens und exequirens derer Landſaſſen ꝛc. Unterthanen, wie auch ihres ſiſtirens der landesherrlichen Unterthanen, ſo an die Landſaſſen ꝛc. etwas zu präſtiren haben, kommt es auf die beſondere Landesverfaſſungen an. Z. E.

Naßau-Saarbrücken und das Cloſter **Wadgaßen** verglichen ſich An. 1729. „10. Gleichwie gnädigſte Herrſchafft ohne Noth die clöſterliche Unterthanen und Gemeinden, ſamt oder ſonders, nach Saarbrücken vorzubeſcheiden nicht gemeinet; alſo ſoll in ſolchen Fällen dem Herrn Prälaten die Vorladung

ladung zugeſchickt, und alsdann von ihme die Erſcheinung denen Citatis auferlegt werden; wobey jedoch dasjenige, was in caſu moræ in vorherſtehendem §. gemeldet worden, anhero ebenmäßig wiederhohlet wird:

Sonſten aber bleibt es ratione Citationis in Appellations- und Forſtfrevel-Fällen, ſo in Landesherrſchafftlichen Waldungen ſich ereignen, bey der bißherigen Obſervanz; und wird dannenhero der Landesherrſchafft ratione der unmittelbaren Fürladung die freye Hand billig gelaſſen.“

Der Graf zu Oſtfriedland erklärte ſich An. 1626. „Ihrer Gnaden Beamten jedes Orts ſollen gehalten ſeyn, ſo offt ſie von Jemand, in deren von Adel Herrlichkeiten geſeſſen, an Heuren oder ſonſten etwas zu fordern haben, an den von Adel, welcher die Herrlichkeit beſizet, zu begehren, daß derſelbe erſtlich ſeinen Unterthanen, in acht Tagen, und zum andernmal noch in acht Tagen, auflegen ſolle, die Angebührniß zu bezahlen: Würde aber ſolches nicht geſchehen; ſo ſoll der Gräfliche Amtmann oder Rentmeiſter, durch ſeine eigene Gerichtsdiener die Execution zu verrichten, Macht haben.“

Und wegen des citirens der Unterthanen und Eingeſeſſenen ſolcher Herrlichkeiten, worüber denen Eigenthumsherrn hohe, nidere und mittlere Jurisdiction competire, wurde von denen General-Staaten der vereinigten Niderlande An. 1663. 20. Aug. geſprochen: Das Geſuch, daß ſolcher Beſizere Unterthanen, weder von dem Fürſten, noch von dem Hofgericht, oder der Canzley in prima inſtantia ad dicendum teſtimonium in quacunque cauſa evociret werden, ſondern allein, auf vorhergehende limitirte Compaßbrieffe, (nemlich, daß das ordinaire Erbieten, in dergleichen Fällen ſolches zu erwiedern, ausgelaſſen werde,) vor dem Gerichte der Herrlichkeit examiniret werden mögen, ſeye abzuſchlagen: Hingegen ſolle die Canzley und das Hofgericht befugt und berechtiget ſeyn, alle Eingeſeſſene von Oſtfrießland, und abſonderlich der adelichen Herrlichkeiten, immediate, und ohne einige Requiſition, um ſolch Zeugniß der Wahrheit, als bey denen in criminal- und civil-Sachen rechtmäßig introducirten, und bey ihnen undecidirt hangenden, Proceſſen erfordert werden möge, zu geben, zu citiren

und

und vor ihnen erſcheinen zu machen; jedoch, daß ſolche Citirte auſſer ihren Koſten von ihren Wohnpläzen vor die Canzley oder das Hofgericht geführet, und über dem wegen ihrer Verſäumung, der Billigkeit gemäß, auf der Canzley, oder des Hofgerichts, reſp. Diſcretion und Moderation, dedomagiret und bezahlet werden müſſen; wie auch, daß obgedachte Citirte im gehen, verbleiben, oder ſonſten unter ſolchem Prätext, durch einige Wege, in Sachen, da Jemand eine Action wider ſie anſtellen will, von ihrem ordentlichen täglichen Richter nicht abgezogen und abgelencket werden mögen.

§. 5.

Und der Unterthanen.

Die Gerechtſame derer Landſaſſen über ihre Unterthanen erſtrecken ſich theils über die ganze Communen, theils über die einzelne Perſonen;

Und die Landſaſſen üben ſolche theils durch ganze Collegia, theils durch einzelne Beamte, oder auch in ſelbſteigener Perſon, aus.

§. 6.

Einige Particularien.

Ich will forderiſt von einigen Landesverfaſſungen in diſem Stück überhaupt etwas melden; ſodann aber von denen am meiſten vorkommenden Materien insbeſondere reden.

Deme, was ich von Bayern in dem Tr. von der Landeshoheit im Geiſtlichen gemeldet habe, füge ich hier folgendes bey (1): 1. Die Clöſter, ſo Landſtände ſeynd, genieſſen alle Rechte des Adels: Die übrige hingegen, beſonders in denen Stätten und Bannmärckten, haben ſie nicht; auſſer ſie erhalten ſolche durch einen beſonderen Gnadenbrieff. 2. Jene haben dahero auch in allen ihren Stätten, Dörffern und Hofmarchen die Untergerichtbarkeit wie der Adel; und iſt dieſelbe auch der Univerſität zu Ingolſtatt in beſonderem Umfang beygelegt. 3. Haben dieſelbe auch in Anſehung der Hofmarchsgerechtigkeiten und Jagden mit dem gefreyten Adel gleiche Rechte.

Von

(1) aus H. PRUGGER, H. von SELCHOW in ſeiner juriſt. Bibl. 1. Band, S. 680.

Von Oeſterreich unter der Ens ertheilet Herr BANNIZA (1) in einem eigenen Capitel Nachricht von denen Gerechtſamen derer Grundherrſchafften, daraus ich, weil ſolche diſe Materie ſehr erläutern, diſes mittheile:

Die Grundherrn haben das Recht der erſten Inſtanz; folglich können ſie 1. nicht allein in Streitſachen, welche über Grundſtücken entſtehen, erkennen, ſondern auch in perſönlichen Klagen der Unterthanen, erkennen; daher 2. kein Kläger den Grundherrn vorbeygehen, wohl aber kan er bey verſagter Gerechtigkeit höheren Orts klagen. 3. Kan die Herrſchafft ein Grundbuch führen und ein Grundgericht anordnen, 4. hypothecas judiciales ertheilen, 5. den Verbott verwilligen, 6. der Unterthanen Verträge fertigen und beſtättigen, 7. bey Sterbfällen obſigniren und inventiren, 8. die Teſtamente eröffnen und publiciren, 9. das Sterbpfundgeld fordern, 10. den Wayſen Vormünder geben oder beſtättigen, 11. in Veräuſſerungsfällen der Häuſer und Grundſtücke ein Laudemium nehmen, 12. die Gewähr ertheilen.

Zu der Grundgerichtbarkeit gehören 1. alle bürgerliche oder privat-Streitigkeiten, 2. die zur nideren peinlichen Gerichtbarkeit Sachen, 3. die Vormundſchaffts-Sachen der Unterthanen Wayſen.

Dem Grundherrn gehören ferner: 1. Das Abfahrtgeld, 2. der Einſtand bey Veräuſſerung der Grundſtücke, 3. wegen vorſezlich und boshafft verzogener Entrichtung des Grundzinſes, oder mercklicher Verderbung der Grundſtücke, können, nach vorhergehender Erkenntniß, die Grundſtücke eingezogen werden, 4. ſo auch die erbloſe Güter; 5. die Wayſen müſſen Dienſte thun, 6. ſo auch die Unterthanen frohnen, 7. die Grund-Herrſchafft kan die Unterthanen an- und ablaſſen, ſtöhren und ſtifften, ihnen Ab- und Anfahrt, wie auch Abſchide ertheilen; 8. ſie darff (in Nider- aber nicht in Ober-Oeſterreich,) Wirthshäuſer und Tabernen auf ihrem Grund und Boden errichten, 9. die von dem Landesherrn ausgeſchribene Steuern eintreiben,

(1) von den Oeſterreich. Gerichtsſtell. p. m. 23. ſqq.

ben, 10. endlich ſich in Anſehung der ausſtändigen Dienſte und anderer Schuldigkeiten ſelbſt an denen Unterthanen zahlhafft machen; jedoch muß diſes alles rechtmäßig und ordentlich geſchehen.

Von dem Hochſtifft **Osnabrück** hat man:

Osnabrückiſches Eigenthumsrecht, oder Verordnungen für die Gutsherren und Eigenbehörige Leute und Güter. Osnabrück, (um das Jahr 1770.) 4.

Es iſt eine Sammlung, die, auſſer der Eigenthums-Ordnung von 1722. auch die übrige Verordnungen enthält, welche im Osnabrückiſchen ſeit 1583. biß 1770. ergangen ſeynd (1).

Unter Herzog Carl Leopolden zu Mecklenburg klagte deſſen Ritter- und Landſchafft beym Reichs-Hofrath:

1. Nach denen Landes-Reverſalien können die Bauern in dem Mecklenburgiſchen gegen den Gutsherrn ſich auf keinen viljährigen Beſiz oder eine Præſcription beruffen, ſondern ſind ſchuldig, nach geſchehener Loskündigung, ihre Häuſer und Ländereyen dem Gutsherren abzutretten.

2. Sind die Bauren im Mecklenburgiſchen leibeigene Leute, und es haben nicht ſie, ſondern ihre Gutsherren, das Dominium über die beſizende Güter und Ländereyen. 3. Solches bezeugen die reſp. vormahlige Mecklenburgiſche Canzler und Juris-Conſulti, HUSANUS *Tr. de Homin. propr. Cap. 2. n. 28. ſq.* COTHMANNUS *Vaſ. 2. Reſp. 97. n. 5.* MEV. *Tr.* **Vom Zuſtand und Abforderung der Bauern,** *Cap. 3. n. 38.*

4. Solchem ungeachtet hat man bißhero bey denen Fürſtlichen Gerichten gegen ſolch offenbares Recht die Bauren und welche Bauren-Land gemiethet, gegen die Ritterſchafft, als ihre Eigenthumsherrn, mit Mandatis S. C. & pœnalibus fiſcaliſchen Proceſſen und harten Executionibus protegiret. = = =

Dieweil nun 8. Ritter- und Landſchafft an ihrem uralten beſondern Rechte ſehr gekräncket, und die Bauren in ihrem Muthwillen geſtärcket werden; ſo wird 9. um die Caßirung des ſchon verfügten und künfftige exacte Beobachtung ſothanes beſondern Rechts innſtändigſt gebeten.

Andere

(1) ſ. H. SCHOTTS Critic, 3. Band, S. 166.

Andere dergleichen Beſchwerden ſeynd ſchon oben in des 2ten Buchs 6tem Cap. vorgekommen.

Was darauf An. 1755. verglichen worden iſt, ſehe man in des 3ten Buchs 10. Cap.

In Pommern (1) ſind die Bauern der Edelleute in ſo weit leibeigen, daß ſie Wagen und Handdienſte leiſten, auch, wann ſie entlauffen, aber von ihrer Herrſchafft entdecket worden, verabfolget werden müſſen: Wenn ſie aber nicht ausgeforſchet werden können, ſezet der Edelmann einen andern auf den Hof, und giebt ihm die Hofwehre, das iſt, Pferde, Kühe, Schweine, Schafe und Getraide, damit er ſeine Haushaltung und Nahrung anfangen könne: Gefällt er aber ſeinem Herrn nicht, ſo kan er ihn oder ſeine Kinder wieder vom Hof ſtoſſen. Die Bauren im Lande zu Rügen, Barth, an der Tollenſee, bey Pyriz und Rügenwalde, und die meiſte, welche unter den Stäten ligen, ſind in beſſern Umſtänden; denn ſie leiſten keine ſo beſchwerliche Dienſte, und erben die Höfe, alſo, daß einer, mit Bewilligung ſeiner Herrſchafft, dem andern ſein Erbe verkauffen und wegziehen kan; doch muß er vom Kauffpreis der Herrſchafft den zehenden Pfenning, und der Neuanziehende für die Füllbort Geld, geben.

§. 7.

Insgemein haben die Landſaſſen das Recht, Unterthanen, welche die nach der Landesverfaſſung erforderliche Eigenſchafften haben, annehmen zu dörffen: *Unterthanen-Annahm.*

§. 8.

In Religions- und Kirchen- auch dahin einſchlagenden Sachen iſt zwar auch in Anſehung der Landſaſſen ein Unterſchid zwiſchen Evangeliſchen und Catholiſchen; doch iſt er nicht ſo groß, als zwiſchen denen Reichsſtänden von diſen beyden Religionen. *Religions- und Kirchen-Sachen.*

Die Juriſtenfacultät zu Erfurt ſprache (2): Ein mit Ober- und Untergerichten beliehener Vaſall kan keine fremde, ob

3) U 2 gleich

(1) H. BüSCHINGS Erdbeſchr. Part. 3. p. 2256.

(2) H. SCHOTTS Critic, 1. Band, S. 706.

gleich nach denen Reichsgeſezen tolerirte, Religionsverwandte ohne Bewilligung des Landesherrn aufnehmen:

Und ſo iſt es auch.

Auch mittelbare Perſonen können allerley Gattungen von geiſtlichen Stifftungen errichten; doch iſt die Landesherrliche Beſtättigung darzu vonnöthen: Ja es werden dergleichen Stifftungen auch wohl, der Landeshoheit unbeſchadet, von dem Kayſer Selbſten confirmirt.

Von der Freyfrau von Görz im Heſſen-Caſſeliſchen errichteten Stifft, und denen darüber entſtandenen Streitigkeiten, habe ich in des 3ten Buchs, 1. Cap. geredet.

* * *

In Chur-Sachſen wurde An. 1710. 16. Maj. befohlen: Die Superintendenten ſollen bey denen ihrer Inſpection untergebenen Pfarrern, (der Kirchenpatronen und eingepfarrten Gerichtsherrn,) die Verfügung thun, ſich auch ſelbſt darnach achten, daß in Zukunfft von denen bißhero üblich geweſenen Tituln von: Hochgebohrnen, Hochwohlgebohrnen ꝛc. Unſerm gnädigen Herrn, oder gnädigen Frauen ꝛc. in denen Vorbitten abſtrahiret, und ſchlechtweg vor des Orts chriſtliche Obrigkeit, ſo Patroni, mit Benennung ihrer Perſonen und Functionen, zum Unterſcheid von Andern, ſo gleiches Namens und Geſchlechts ſeyn möchten, ohne weitern Titul, und ihre Frauen und Anverwandte in Linea deſcendente und aſcendente, (darunter auch endlich Stiefväter und Stiefmütter,) zu nennen, wie nicht weniger die Geſchwiſter und nächſte Anverwandte in genere, ingleichen bey Unmündigen für die Vormunden indefinite und ſub nomine collectivo gebeten; vor die eingepfarrte Gerichtsherren aber, wenn es nicht anderſt hergebracht, und ſie am jure Patronatus nicht participiren, nur in genere für den oder die Herrn Eingepfarrte und deren Familien, zu bitten, wo aber ſie bißhero mit Namen genennet, es annoch beyzubehalten. Und ob zwar kein Patronus an ſeinen Pfarrer etwas zu verordnen habe, ſondern ſolches regulariter von denen Conſiſtoriis durch die Superintendenten geſchehen ſolle; ſo könne der Churfürſt doch geſchehen laſſen, daß, wenn ein Patronus bey vorgehenden Veränderungen mit oder in ſeiner

Fami-

Familie, oder, wenn er als ein neuer Beſitzer zum Gut komme, von dem Pfarrer nach der vorgeſchribenen Maaſſe die Vorbitte zu thun verlange, ſolches verſtattet werde und geſchehe, der Pfarrer es aber doch an ſeinen Superintendenten berichten, und, wenn etwas neuerliches von ihm verlangt würde, ſich von demſelben Beſcheides, diſer aber von dem Conſiſtorio ſich Befehls erhohlen ſolle.

In den Br. Wolfenbüttelischen Landesfreyheiten von 1770. lautet es Art. 2 „ Das jus Patronatus iſt von einem jeden, der deſſen befugt iſt, und es geruhiglich hergebracht hat, innerhalb 6. Monaten von Zeit der eingetrettenen Vacanz, (welche ihm von dem Superintendenten in den nächſten 14. Tagen nach deren Entſtehung gemeldet werden ſoll,) zu gebrauchen, und eine qualificirte, der Lehre und des Lebens halber unverwerfliche, Perſon dem Fürſtlichen Conſiſtorio zu präſentiren; und, wenn der Präſentirte beym Fürſtl. Conſiſtorio in dem Examine und der Probepredigt, dazu mit ſeinen teſtimoniis vitæ, nicht beſtanden, oder ihm aus erheblichen beſtändigen Urſachen die Vocation verweigert worden, eine andere qualificirte Perſon dem Fürſtl. Conſiſtorio vorzuſchlagen.

Denen, welche nicht Kirchenviſitatores ſind, noch des Orts Gerichte haben, wird zugelaſſen, den Viſitationibus jederzeit, jedoch auf ihre Koſten, mit beyzuwohnen, um nicht allein zu vernehmen, wie damit verfahren werde, ſondern auch, wenn die Nothdurfft es erfordert, ihr Bedencken und Gutachten darüber zu eröffnen.

Auch ſoll ihnen ſo wohl bey Kirchen, als andern piis Corporibus, wenn ſie, durch Inſpection der Rechnungen, von den Umſtänden und der Verwaltung der geiſtlichen Güter benachrichtiget ſeyn wollen, nicht nur bey der Rechnungsabnahme, wenn ſie ſich zeitig genug dazu melden, ein freyer Zutritt, ſondern auch auſſer dem, Falls ſie es geziemend ſuchen, die Vorlegung der Rechnungen ſelbſt geſtattet und verwilliget ſeyn, auch auf ihre Monita, wenn ſie deren einige zu machen nöthig finden, ſo weit es thunlich, billiger Bedacht genommen werden:

Und wird übrigens dasjenige hiedurch wiederholet, was wegen Ausübung des Patronatrechts und der Kirchenviſita-

tionen in dem neuen Landtagsabſchide verwilliget und ausgemacht worden iſt.

Art. 3. Die Präſentation der Schuldiener und Opferleute ſoll von denen, die dazu befugt ſind, und ſolche hergebracht haben, angenommen, und darauf, wenn der Präſentatus tüchtig befunden, derſelbe zu dem Dienſt gelaſſen werden; wie auch, wenn ſie ſich in ihrem Dienſte übel aufführen, ungeſaumt abgeſchafft werden.

Art. 4. Wie es in vorkommenden Fürſtlichen Trauerfällen in Anſehung der Notification bey Ausſchreibung des Trauergeläuts in Betracht getreuer Ritterſchafft zu halten, iſt in dem neuen Landtagsabſchide beſtättiget und feſtgeſtellet worden; wobey es ſein Verbleiben hat. "

In der Br. Wolfenbüttelischen Verordnung wegen der Kirchenviſitation und Adminiſtration der Kirchengüter vom 28. Maj. 1746. iſt allen und jeden Patronen der Kirchen, welche keine Viſitatores ſind, nicht nur bey den Rechnungsabnahmen, wenn ſie ſich darzu melden, ein freyer Zutritt, ſondern auch die Vorlegung und Einſicht der Kirchenrechnungen ſelbſt, wenn ſie ſolche verlangen, geſtattet, und diſes in dem Landtagsabſchid von 1770. Art. 5. wiederhohlet worden.

Ferner ſolle der Superintendent jeglicher Inſpection den Patronis, welche Patronatpfarren in derſelben haben, bey entſtehenden Erledigungen der Patronatpfarren in den nächſten 14. Tagen nach der Erledigung davon Nachricht ertheilen, damit dieſelbe binnen der ihnen zuſtehenden Friſt von 6. Monaten von dem Sterbe- oder Abzugstag des lezten Paſtoris an zu rechnen, ihre Befügniſſe behörig beobachten können. *eod.* Art. 5.

Der Herzog von Br. Wolfenbüttel hat endlich noch im Landtagsabſchid von 1770. Art. 7. verſprochen: Auf der Ritterſchafft Anſuchen, zu verordnen, daß, wann in vorfallenden Fürſtl. Trauerfällen das Trauergeläute ausgeſchriben wird, die vermöge des Landtagsabſchids de An. 1682. an die Gerichtsherrn davon zu thuende Notificationen bey der Fürſtl. Geheimen Rathsſtube ausgefertiget werden ſollen.

§. 9.

§. 9.

Von denen verſchidenen Gattungen und Graden der Land-ſaſſen Gerichtbarkeit über ihre Unterthanen, nach denen verſchidenen Landesverfaſſungen lieſſen ſich ganze Tractaten ſchreiben; ich begnüge mich aber hier mit folgenden Proben: Denen beyzufügen iſt, was oben in des 4ten Buchs 3tem Cap. und in denen Tr. von der Teutſchen Juſtiz-Verfaſſung, wie auch von der Landeshoheit in Juſtizſachen, geleſen werden kan. Gerichtbarkeit.

Es kommt darinn alles theils auf die allgemeine Landesverfaſſungen, theils auf die beſondere und local-Freyheits- oder Lehenbrieffe, das Herkommen; wenig aber, und meiſtens gar nichts, auf das Römiſche und päbſtliche Kirchenrecht an.

Herr Vicecanzler STRUBE (1) ſchreibt: „Allerdings tragen zur Entſcheidung der wichtigſten über die Gerichte entſtehenden Streitigkeiten die Römiſche Geſeze gar wenig bey. Man kan daraus nicht lernen, welches die eigentliche Schrancken der ober- und nider-Gerichte ſind? ob das Wort: Gerichte ſo wohl jene als diſe unter ſich begreiffet? ob den Erbgerichten gemeiniglich die Feldgerichte ankleben? wem die Straſſengerichte zukommen? worinn der Unterſchid zwiſchen geſchloſſenen und ungeſchloſſenen Gerichten beſtehet? wie ferne Policeyſachen vor die Erbgerichte gehören? ob ſelbigen die Geldſtrafen gebühren, worin ſie die Verbrecher verurtheilt haben? ob und welcher geſtalt der Gerichtsherr Jemanden vor ſeinen eigenen Gerichten belangen kan? was durch Gohgerichte, ingleichem durch die Vogtey, vor Gerichtbarkeiten verſtanden werden? welche Sachen für die beſondere Baurengerichte, als die Meyerdings- und Holzgerichte ꝛc. gehören.

In wie weit ein Gerichtsherr in ſeiner eigenen Sache ſprechen könne? iſt an unten (2) bemerecktem Ort ausgeführt.

Von (Stättiſchen) Pfahl- und Zaungerichten hat Herr Vicecanzler STRUBE (3) gehandelt:

So

(1) in ſeiner Nebenſtund. 5. Theil, S. 70.
(2) in von CANNENGIESSERS Deciſ. ſupr. Appell. Tribun. Haſſ. Caſſell. Tom. 1. n. 77.
(3) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 7.

So auch von geſchloſſenen und ungeſchloſſenen Gerichten der Landſaſſen (1). Er faſſet den Innhalt ſelbſt alſo zuſammen: In einigen Gerichten der Landſaſſen werden die Regierungsbefehle allein durch den Gerichtsherrn vollſtreckt, und aus ſelbigen die Steuern unmittelbar in die Landescaſſa gelifert; in andern aber die Execution der Verordnungen zum Theil durch die Landesfürſtliche Beamte, oder doch auf diſer Geſinnen von den Gerichtsherrn, verrichtet, und man ſendet die Steuern aus den Gerichten an die Aemter. Was er von dem Urſprung diſes Unterſchides meldet, übergehe ich.

Worinn derer von Adel Holzgräfſchafft, wo ſie dergleichen haben, beſtehe? ſehe man auch bey Herrn V. C. STRUBEN (2).

Daß eine gemeine Unzucht in Chur-Sachſen zur Erkenntniß der nideren Gerichte gehöre, behauptet Herr O. A. Rath WINCKLER in einem Programmate (3).

Die Juriſtenfacultät zu Erfurt ſprache (4): Von der Civilgerichtsbarkeit iſt nicht auf die Beſtrafung der kleinen Forſtverbrechen ein Schluß zu machen: Dann die Forſtgerichte ſind an ſich weder zur hohen noch zur nideren Jurisdiction zu rechnen, ſondern ſtehen eigentlich nur dem Landesherrn zu; mithin beruhet das Gegentheil bloß auf beſonderen Landesgeſezen oder Obſervanzen; dergleichen im Fürſtenthum Calenberg in Anſehung der geſchloſſenen Gerichte eingeführet iſt.

Daß die peinliche Gerichtbarkeit kein Anhang eines Guts ſeye, ſondern auch ohne dergleichen ausgeübet werden könne, hat Herr Prof. MEISTER (5) zu erweiſen geſucht.

Daß ein Gerichtsherr nicht befugt ſeye, ein (ob gleich auf ſeine Koſten neu-erbautes,) Gerichtshaus, ohne landesherrliche Erlaubniß, nach ſeinem Namen zu nennen, haben die Erfurtiſche Rechtsgelehrte behauptet (6). Von

(1) in ſeiner Nebenſt. 5. Theil, S. 126.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 392. u. f.
(3) ſ. H. Schotts Critic, 5. Band, S. 558.
(4) l. c. 1. Band, S. 587.
(5) in ſeiner peinl. Rechtsgelehrſ. 1. Band, 11. Hauptſt. S. 408.
(6) ſ. H. Schott l. c. 3. Band, S. 21.

Von der ſo berühmten Hofmarchsgerechtigkeit in Bayern meldet der Freyherr von KREITTMAYR: Sie reducirt ſich im Hauptwerck 1. auf die Gerichtbarkeit, und 2. die Obſorge in Policeyſachen.

Krafft der erſten übt der Hofmarchsherr inner ſeinem Bezirck die ordentliche bürgerliche Gerichtbarkeit, und zwar erblich, aus: Zu dem Ende beſtellet er Richter und Amtleute, er ſtraft die Frevel, oder geringere in das Malefiz nicht einſchlagende Verbrechen mit Geld, Gefängniß, und andern bürgerliche Strafen ab, (doch ſo, daß dem Geſtraften der Recurs an den Landesherrn allemal offen bleibt;) er läßt ſich von denen Unterthanen die Gerichtsſcharwercke, und, vor gebührlichen Lohn, auch andere Dienſte, präſtiren; er beſtellt die Vormundſchafften, ſperrt, eröffnet und inventirt die Verlaſſenſchafften, ſiegelt und fertiget die Brieffe in perſönlichen Sachen; er hat in peinlichen Sachen die erſte Unterſuchung, die Gefangennehmung und eine dreytägige Verwahrung, er viſitirt verdächtige Häuſer, ſtreift auf liederliche Leute, beſchreibt flüchtiger Delinquenten Güter, in Beyſeyn des Landgerichts, und das geſtohlene Gut, deſſen Eigenthümer nicht mehr bekannt iſt, fället ihm anheim.

So vil das Policeyweſen betrifft, iſt zuforderiſt der Unterſchid zu mercken, unter der Anordnung des Policeyweſens, und unter der Obſicht auf daſſelbige: Jene gebühret dem Hofmarchsherrn nicht, wohl aber diſe; namentlich die Mühl = und Feuer = Beſchau, die Beſchau von Ehlen, Maaß, Gewicht, Bier, Brodt, Fleiſch, und all übriger Beſchaumäßiger Waare; desgleichen die Feſthaltung des ausgeſchribenen Bier = Fleiſch = Brodt = und anderen Sazes; Geſtatt = und Anordnung offentlicher Tänze, Schieß = und Kugelſtätte; Beſtell = oder Ertheilung der Handwercksgerechtigkeiten; Ausruffung des Fridgebotts; Publicir = oder Anſchlagung der landesherrlichen Verordnungen; wie auch die Direction und Anordnung der Gemeindsſachen, ſo wohl in Zuſammenberuff = als nöthiger Belegung der Gemeinde, dann der Rechnungsaufnahme über die Gemeindsanlagen; der Kirchweyhſchuz:

Nicht aber der Kirchenſchuz, oder die Advocatie, ſamt der davon abhangenden Adminiſtration der Kirchen- und milden Stifftungsgüter, oder Rechnungsaufnahme, ohne daß man das Recht darzu von dem Landesherrn ausdrücklich oder ſtillſchweigend erlanget hätte. Die nemliche Beſchaffenheit hat es mit dem weltlichen Einſaz, oder Poſſeßgebungsrecht auf Pfarren, oder geiſtliche Beneficia; als welches weder von dem Hofmarchs noch dem Patronat- oder Präſentations-Recht, ſondern ebenfalls nur von einer ausdrücklich- oder ſtillſchweigenden Landesherrlichen Begnadigung herrühret. Neue Dorffſchulen darff ein Hofmarchsherr auch nicht errichten, und eben ſo wenig eine Ehehafftsgerechtigkeit ertheilen, oder ganze Handwerckszünfften einführen, vil weniger weiſſes oder braunes Bier brauen.

Die Forſtliche Obrigkeit iſt in Bayern keine beſondere Gattung von Jurisdiction; ſondern nur ein Stück der hofmarchlichen Gerichtbarkeit: Wie weit ſich aber ein Hofmarchsinnhaber auch der Jagdbarkeit in ſeinem Bezirck gebrauchen dörffe, beſtimmet der *Cod. civ. Bavar. P. 2. C. 3. §. 3. 7. n. 7.*

Das Kalch- und Ziegelbrennen, (welches einige ebenfalls für Stücke der Hofmarchsgerechtigkeit, und andere gar für ein Landesherrliches Regal, anſehen wollen,) hält der Freyherr von KREITTMAYR, eben ſo, wie die Stein- und Marmorbrüche, für bloſſe Folgen des privat-Eigenthums.

Klagen um Grund und Boden, öffentliche Vergantungen ligender Güter, wie auch Reis, Muſterung und Steuer, ſeynd lauter ſolche Sachen, welche denen Hofmarchsherren, theils in dem 1ſten Freyheitsbrieff, theils in der Erklär. 2. Th. Art. 7. 22. und *Cod judic.* Cap. 18. §. 7. *n. 13.* nur ſo weit eingeſtanden werden, als ſie ſolche hergebracht haben: Es werden aber wenige ſeyn, welche es nicht hergebracht haben; und das jus ſubcollectandi iſt den Ständen, ſo wohl durch die Inſtruction von 1612. als das Steuerreviſions-Mandat von 1720. ohne Unterſchid zugeſtanden worden.

In Maut- und Accis-Defraudationen hat eine jede ordentliche Obrigkeit, mithin auch ein Hofmarchsherr, mit denen Churfürſtlichen Maut- und Accisbeamten eine concurri-

rende

rende Gerichtbarkeit; mithin greifft die Prävention Plaz: So vil aber die Policeyſtrafen und Confiſcationen in Vorkäuffen, Kaudereyen, Ehlen = Maaß = und Gewicht = Verfälſchungen betrifft, gehöret ſolche dem Hofmarchsherrn allein; ſo fern ſich nicht der Freveler bey dem Mautamt ſelbſt betretten läßt.

Ueber Perſonen und Sachen, welche von dem ordentlichen Gerichtsſtand ausgenommen ſeynd, darff ſich kein Hofmarchsherr einigen Gerichtszwangs anmaſſen.

Der Hofmarchsrichter iſt von der Hofmarchsgerichtbarkeit nicht befreyet: Dann ob ſchon der Hofmarchsherr ſelbſt in ſeiner eigenen Sache nicht über ihn richten kan, ſondern ſolches einem Dritten unpartheyiſchen überlaſſen muß; ſo darff er ihn doch in der Hofmarch, biß zu völliger Rechnungs = und Richtigkeits = Pflegung, arreſtierlich anhalten.

Einem jeden Hofmarchsherrn ſtehet frey, ob er ſelbſt richten, oder die Parthien an das Landgericht weiſen will: Erſteren Falles thut er ſolches auf eigene Koſten.

Zwiſchen adelich = und unadelichen Hofmarchsherrn iſt in der Hofmarchsgerechtigkeit ſelbſt, und denen davon abhangenden Würckungen, kein Unterſchid: Dann ſie hafftet, auf der Hofmarch; mit welcher ſie alſo ein jeder Beſizer erlanget:

Doch kan keiner, welcher der Edelmannsfreyheit nicht fähig, oder wenigſtens ein adelicher Landſaß iſt, eine Hofmarch oder adeliches Landgut, ohne landesherrliche Bewilligung, durch eine unter lebenden Perſonen vorgehende Handlung an ſich bringen. Churf. Mand. von 1672. §. 5. Cod. civ. 4. Th. C. 5. §. 15. n. 1.

Gleichwie im übrigen, ſo wohl die Grafſchafft Cham, als die obere Pfalz, allen glaubwürdigen Nachrichten zu Folge, ſchon An. 1254. in der Theilung zwiſchen Ludwig dem Strengen und Heinrich, Ottens Vater, zu Nider = Bayern geſchlagen worden, auch jenes ſelbiger Zeit noch ein Bayriſches Vicedomamt geweſen iſt, welches erſt mit der Zeit nach Straubingen transferirt worden; ſo zweifelt man nicht, daß die erſte Ottonianiſche Handveſte von 1311. wodurch denen Ständen des Unterlandes die Hofmarchsgerechtigkeit vorgedachter maſ-

ſen mitgetheilet worden iſt, ſich auch auf Cham und die obere Pfalz erſtrecket habe.

Umſtändlicher aber, ſonderlich ſo weit es die Gerichtbarkeit betrifft, handelt er an dem unten (1) angezeigten Ort davon.

In Bayern (2) gibt es ferner vile adeliche Güter und Hofmarchen, welche zwar mit Grund und Boden allodial seynd, wobey aber die Gerichtbarkeit lehenbar iſt.

Wie allda die Gerichte der Hofmarchsherren, Krafft Landesherrlicher Verordnungen, beſezet ſeyn ſollen, ſiehe an unten (3) angezeigtem Ort.

Ferner berichtet der Freyherr von KREITTMAYR (4) unter anderem: „Jurisdictio foreſtalis, Krafft welcher man in Jagd- und Wald-Sachen, ſamt dem, was davon abhangt, zu gebieten hat, iſt in Bayern keine beſondere Species Jurisdictionis: Dann die Oberaufſicht und Anordnung in Waldſachen, nach Maaßgab der Forſtordnung, wie auch die Verhandl- und Beſtraffung der Waldfreveln, dependirt in Anſehung der Landſtändiſchen Waldungen von der Hofmarchs- und Nidergerichtbarkeit; laut der Bayeriſchen Forſtordnung Art. 14. und der Ober-Pfälziſchen *Part.* 7. Art. 8 & Mandat. Elect. vom 27. Jun. 1730. Die Jagdbarkeit aber iſt ein ganz beſonderes Jus in Bayern, und hat mit dem jure Foreſti nur ſo weit Connexion, daß ſich der Wald- oder Foreſtalherr ſeiner Forſtgerechtigkeit ohne mercklichen Schaden der Jagd gebrauchen muß. - - In Bayern heißt eine Vogtey, welche der Hofmarchsherr zuweilen über gewiſſe zur Hofmarch nicht gehörige einſchichtige Güter, bald mit bald ohne

In der Chur-Sächſiſchen Erledigung der Landesgebrechen von 1661. Tit. von Juſtizſachen, §. 59. heißt es: „Als auch diejenigen, - - ſo mit Obergerichten beliehen, diſe Beſchwerde geführet, daß ihnen nicht nachgelaſſen werden wolle, die zu Recht denen Delinquenten zuerkannte Fuſtigation und Landes-

(1) ad Cod. judic. Bavar. S. 31. u. f.

(2) F. von KREITTMAYR ad Cod. judic. Bavar. S. 38.

(3) l. c. p. 44.

(4) l. c. S. 37.

Landesverweiſung in eine Geldſtrafe zu verwandlen und ad pios uſus anzuwenden: Dabey Uns aber unverborgen, daß zwar von denen Rechtslehrern hierinnen ungleich geſprochen, jedoch aber in Unſerm Schöppenſtuhl zu Leipzig und etlichen anderen Collegiis bißhero diſe Meinung behauptet und darnach erkannt worden, daß denenjenigen, ſo die Obergerichte zuſtehen, der Staupenſchlag und ewige Landesverweiſung, nach Beſchaffenheit derer Umſtände, und wann genugſame Urſachen vorhanden, auf vorgehendes rechtliches Erkenntniß, in eine ziemliche Geldbuſſe zu milden Sachen zu verwandlen, unbenommen; ſo laſſen Wir Uns diſe Meinung auch gefallen, und wollen ſolche in Krafft diß beſtättiget haben, mit Begehren, daß derſelben bey Unſern Facultäten und andern Collegiis im erkennen und ſprechen hinfüro allerdings nachgegangen, erwehnte Geldbuſſen aber zu nichts anders, als zu milden Sachen, unfehlbar angewendet, und, wie es bey begebenden Fällen geſchehen, von Gerichtsherrn bey Vermeidung ernſtlichen Einſehens, mit Beyfügung genugſamen Scheins, Unſern Ober- oder andern Conſiſtorien, dahin es gehörig, Bericht erſtattet, auch zugleich, um Verhütung Aergerniß, von denen Delinquenten die Gerichte, darunter ſie verbrochen, vermiethen werden: Wann aber einem Delinquenten die zeitliche Landesverweiſung allein zuerkannt; auf ſolchen Fall ſoll der mittelbaren Obrigkeit, nach befundenen Umſtänden, dieſelbe in eine Geldſtrafe zu verwandlen, und vor ſich zu behalten, nachgelaſſen; wie hoch aber ſolche Geldſtrafe zu ſezen? jedesmal rechtlich Erkenntniß eingehohlet werden.“

In dem Marck-Brandenburgiſchen Abſchid von 1653. iſt verſehen: „Sollen derer von Adel Unterthanen, ob debita civilia, Innhalts der Landesreceſſe, mit keinen Arreſten belegt noch angehalten werden; ſondern wer etwas bey einem Bauern oder Unterthanen zu fordern hat, muß denſelben vor ſeiner Obrigkeit, als Judice competente, belangen, und iſt dieſelbige, Juſtitiam unverzüglich und unpartheyiſch zu adminiſtriren, ſchuldig.“

In der alten Marck Brandenburg (1) ſeynd die Straſſengerichte von denen hohen Gerichten gänzlich unterſchiden, und bedeuten die leztere, (wann von einem einzelnen oder mehreren Baurenhöfen die Rede iſt,) allemal nur die Gerichte binnen Zauns.

In dem zwiſchen Chur-Brandenburg und den Ständen des Fürſtenthums Halberſtatt An. 1650. errichteten Homagial-Receß liſet man: „Als auch, 4tens, ein Ehrwürdig Domcapitul an Uns begehret, daß keine geiſtliche Perſonen, Stiffts-höfe, Vorwercke, und andere Häuſer, ſo unter dem Domcapitul und andern Freyheiten geſeſſen und gelegen, weder mit Arreſt noch Pfandung beſchwert, darzu die Mühlen, Wein- und Bierkeller, Münz und Apothecken, dem Domcapitul und Rath zu Halberſtatt zuſtändig, und alles, was in der Canzleyordnung ſpecificirt und eximirt, vor Unſere Fürſtliche Canzley und weltliches Gericht nicht gezogen, ſondern dem Domcapitul und der Burgvoigtey über dieſelbe insgeſammt die Cognitio ordinaria & ſummaria, wie ſolches hergebracht, frey unangefochten verbleiben, und ſie darüber nicht graviret werden möchten; mit dem Gegenerbieten, daß ſie einem Jedwedern unpartheyiſch Recht und Gerechtigkeit, prævia cauſæ cognitione, nach Anweiſung der hieſigen Canzley-Ordnung, wiederfahren laſſen wollten; ſo erklären Wir Uns hierauf in Gnaden dahin, daß Wir zwar dem Domcapitul und der Burgvoigtey die Cognitionem in prima Inſtantia, una cum Leuteratione, wie obgemeldt, über die denſelben jure Proprietatis & Dominii zuſtehende, oder auf dero Freyheit undiſputirlich belegene Orte, dergeſtalt zulaſſen, daß die Appellationen an Uns, oder an Unſere Halberſtättiſche Regierung, allſtets ergehen: Daß Wir aber gleich jezo nachgeben, ſtatuiren und confirmiren ſollten, daß Alle die genannte, und ihm, dem Domcapitul, theils zuſtändig, theils auf ihrer Freyheit gelegen, und dahero ratione primæ Inſtantiæ demſelben verwandt ſeyn ſollten, daſſelbe hat ſich dahero nicht ſchicken wollen, weil Wir in ſolcher Eil dißfalls nicht genugſame Erkundigung einziehen, Unſer Domcapitul auch ſolches

(1) H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 2. Band, S. 337.

ſolches nicht alſofort beybringen können; dahero diſer Sachen nothwendig Anſtand gegeben werden müſſen, und wollen Wir Uns hierüber inskünfftige beſſer informiren, und ſodann mit Unſerem Domcapitul der Gebühr und Billigkeit nach verglei- chen: Unterdeſſen aber daſſelbe bey ihrer Poſſeßion vel quaſi verbleiben laſſen; welche aber gleichwol rechtmäßig und von un- dencklichen Jahren hergebracht, auch inskünfftige bey Unterſuch- und Erörterung der Sachen unpräjudicirlich ſeyn ſolle. "

Die Streitſchrifften: Ob dem **Chur-Braunſchweigi- ſchen** Cloſter zu St. Michael in **Lüneburg** die Jurisdictio om- nimoda über deſſen ſamtliche Leute und Höfe, nicht weniger die Holzgerichte, ingleichem die Percipirung der Sende- oder Hu- renbrüche zuſtehe oder nicht? werden an unten (1) angezeig- tem Ort erzählt.

Von denen geſchloſſenen und ungeſchloſſenen Gerichten im Fürſtenthum Calenberg hat Herr Vicecanzler STRUBE (2) an verſchidenen Orten gehandelt.

Von dem auch Chur-Braunſchweigiſchen Herzogthum **Bremen** meldet H. R. AYRER (3): Inter reliqua jura & privilegia, quæ Nobilitas Bremenſis intuitu prædiorum ſuorum, vel cum aliarum Provinciarum Germanicarum Nobilibus communia vel præcipua habentur, eminent: --- Jurisdictio, quam plerique omnimodam habent, (per *art. 2.* **Vore ander** ---) & quidem clauſam, i. e. à Præfectura, cujus finibus continetur, & Præfectorum poteſtate omnino exemtam. Hæc vera quam late pateat, & quomodo ſeſe exſerat, uberrime expoſuit Perill. PUFENDORFFIUS (*in Tr. de Jurisd. Germ. P. 2. Sect. 3. c. 1. & 3. per tot.*) qui & Jurisdictionem lignariam, ab ordinaria diverſam, olim Comiciam lignorum dictam, vulgo die Holz-Gräffſchafft, (*art. 8.* Privilegiorum his verbis confirmatur: ---) nec non jus pignorandi, vi Jurisdictionis colonariæ in colonos moroſos com-

(1) in LÜNIGS Biblioth. Deduct. 1. Theil, S. 177. u f.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 1. Theil, S. 141. 4. Theil, S. 77.
(3) de Præd. Nobil. Bremenſ. equeſtr. §. 35.

competens, quod etiam Perill. STRUBIUS (*Comment. de jure Villic. c. 7. §. ult.*) tetigit.

Das Hochſtifft Würzburg bekame Streit mit der Abtey Eberach, wegen des Rechts, Appellationen von der Abtey Gerichten anzunehmen. Die Abtey appellirte an das Cammergericht, allwo aber An. 1766. 5. Febr. die Proceſſe abgeſchlagen, doch, im Fall Würzburg denen Vergleichen nicht gelebte, der Abtey der Recurs an das Cammergericht vorbehalten wurde.

Die Abtey hohlte darauf zu Göttingen eine Rechtsbelehrung ein: 1. Ob ſie, Krafft Vergleichs von 1557. ſchuldig ſeye, die Appellationen an die Würzburgiſche Regierung zu geſtatten? 2. Ob nicht diſer Streit vor die in dem Vergleich beſtimmte Austräge gehöre, nicht aber von dem Hochſtifft durch eigenmächtige Erkenntniſſe und Strafbefehle durchzuſezen ſeye (1)?

Eine Obſervation von den Braunſchweigiſchen Ober- und Nidergerichten; ad Conſtitutionem Henrici Julii de Anno 1596. findet man in den Hanover. Beytr. 1760. S. 1481.

In dem Gandersheimiſchen Landtags-Abſchid An. 1601. wurde beſchloſſen: „ Zum 17den: Sollen die vom Adel, welche auf ihren freyen Ritterhöfen die daſelbſt begangene Exceß mit Gefängniß oder Gelde zu ſtraffen, oder ſonſten andere Gerechtigkeit und Freyheit daſelbſt hergebracht haben, bey dem Herkommen unverhindert gelaſſen, den Andern aber derogleichen ſich anzumaſſen und durch eigenthätliches Beginnen an ſich zu bringen nicht verſtattet, ſondern vilmehr, daß ſie durch unterthänige getreue Dienſte und beſtändiges Wohlhalten über ihr Geſinde modicam coërcitionem und andere Gnade von dem gnädigen Landesfürſten erlangen mögen, vermahnet werden.“

Ferner: „ Zum 26ſten: Hat der gnädige Landesfürſt ſich dahin gnädiglich erkläret, was ein jeder nicht Pfandsweiſe, oder auf einen Wiederkauf, ſondern jure proprio an einer oder mehren ſpeciebus Juriſdictionis, oder auch modicæ coërcitionis, und bürgerlichen Gehorſams oder Einlagers, desgleichen mit Angriffen, Gefängnüſſen und Relaxation, wie auch prima inſtantia von Alters biß auf Abſterben vil-hochgedachtes Fürſtens

(1) ſ. H. PüTTERS auserl. Rechtsfäll. 1. Band, S. 317.

Fürſtens Herzogen Erichen des Jüngern in üblichem Gebrauch geruhiglich hergebracht, daß er dabey auch hinfüro gelaſſen; hinwieder aber darüber, als ein jeder in dem einen oder andern beſtändiglich hergebracht, ſich eines mehrern auſſerrechtlichen Erkänntniß oder Fürſtlicher Bewilligung nicht anmaſſen ſoll.“

Im Hanoveriſchen Landtags = Abſchid, von 1639. liſet man: „ Fürters, und zum 13den ſollen die Klöſtere, vom Adel und andere, ſo die Beſtraffung der Exceſſe auf ihren Clöſtern, Ritterſizen und Höfen beſtändig hergebracht, dabey beſage des 17. Art. des Gandersheimiſchen Landtags = Abſchides gelaſſen werden. Obwohl aber die von der Ritterſchafft inſtändig angehalten und gebetten, daß ihnen, und zwar denjenigen ſo keine eigene Gerichte haben, verſtattet werden möchte, gegen ihre Meyere und Dienſtleute, da dieſelbe in Entrichtung der Zinſe, und Leiſtung der ſchuldigen Dienſte ſäumig befunden würden, ſich der Auspfand = und Beſtraffung zu gebrauchen, ſo iſt es doch in diſem Punct bey der Verordnung des Landtags=Abſchides Art. 28. und noch ferners dabey gelaſſen, daß dem klagenden Gutsherrn gegen ihre Meyere, da dieſelbe nichts erhebliches einzuwenden, unaufhältlich verholfen, und die Gutsherren in dem von den Beamten über die billige Gebühr bey Vermeidung ernſter Strafe nicht übernommen, noch überſezet werden ſollen. “

Die Br. Wolfenbüttcliſche Landesfreyheiten von 1770. enthalten folgendes:

„ Art. 33. Die Untergerichte im Lande haben und behalten die erſte Inſtanz; welche unrechtmäßiger Weiſe bey Strafe nicht vorbey zu gehen iſt.

Art. 34. Bey den Gerichten, und allen Speciebus Jurisdictionis, modica coërcitione, Gefängniſſe und reſp. Burgergehorſam, jure mulctandi, Angriff, und allen anderen Gerechtigkeiten und Freyheiten, ſoll männiglich, ſo weit er ſie wohl hergebracht, geſchüzt werden.

Die Fürſtlichen Beamten ſollen bey entſtehenden Streitigkeiten mit den benachbarten Landſtänden und Gerichten gegen ſelbige ſich der Gebühr bezeugen, der Beſcheidenheit befleiſigen, der Sachen Umſtänden ſich vorher wohl erkundigen, ſich

nicht übereilen, und, wenn kein periculum in mora vorhanden iſt, für ſich de facto nichts verfügen:

Da hingegen aber auch die Stände und Gerichte ſich der gebührlichen Beſcheidenheit gegen die Fürſtliche Beamten gebrauchen, ſie für des Landesherrn Beamte und Diener achten, ihnen zur Ungebühr mit beſchwerlichen Worten und Wercken nicht zuſezen, noch einiger Neuerung, darunter die Landesfürſtliche Rechte gefährdet werden, ſich unterfangen, ſondern der Pflichten, womit ſie ihrem Landes- und Lehnsherrn verbunden ſind, ſich wohl erinnern, und denſelben gemäß verhalten ſollen.“

Ferner haben die Stiffter und Clöſter, wo es über Rechtsbewährte Zeit beſtändig hergebracht iſt, als Domini directi, in ihren Meier- Voigt- und Probſtey- Gedingen und Capituln die Cognition in Erben-Zinsgüterſachen. Art. 52.

Weiter haben die von Adel, vermöge der Fürſtl. Landesordnung de 1647. und Krafft der Landesherrlichen gn. Verordnung vom 31. Oct. 1747. als Gerichtsherren, die Aufſicht über die Bauerköhren, und über die deshalb gemachte Verordnungen; dabey der Mißbrauch der Bauerköhren nachdrücklich verboten iſt. Art. 71.

Im Braunſchweigiſchen Landtagsabſchid von 1770. Art. 11. heißt es: „Iſt, in Betracht der von den (Landſchafftlichen) Deputatis anerkannten und gerügten oftmaligen Saumſeligkeit der Untergerichte, von Sr. Durchl. die an die obere Collegia zu erlaſſende Verfügung beliebt worden, daß die an jene abzulaſſende erſte Mandata gleich pœnalia ſeyn, und die geſezte Strafen, wenn nicht erhebliche Entſchuldigungen vor dem Ablauff des geſezten Termini eingebracht worden, ohne Aufſchub ſo gleich beygetriben, auch der Unterrichter zu Erſtattung der Koſten angehalten, und auf gleiche Weiſe mit den weitern, allemal zu verdoppelnden, pönal-Befehlen verfahren werden ſolle.

Sodann wurde eod. Art. 11. beliebt: Daß ein Entwurff zu einer neuen Ordnung für die Untergerichte gemacht, und denen Ständen communiciret werden ſolle.

Die An. 1767. 2. Jul. erlaſſene Fürſtl. Br. Wolfenbüttelſche Verordnung, wegen Einſendung der Acten in Inquiſitions-

ſitionsſachen, ſolle nach dem Art. 13. der Ritterſchafft Gerichte nicht mit-betreffen:

Und die in einem Reſcript von 1755. 29. Aug. in criminal-Sachen verordnete Stockſchläge oder Ruthenſtreiche dörffen, laut diſes Art. 13. bey den Gerichten der Ritterſchafft ohnangefragt erkennet werden.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache (1): Die peinliche Gerichtbarkeit des Adels werde vermuthet, wenn ſich der Landesherr die halbe hohe Gerichte vorbehalten habe, und komme es ſodann auf die fraisliche Zeichen nicht an; wie dann auch der bloſſe Nichtgebrauch nicht ſchade, wann der Gerichtsherr keine Gelegenheit gehabt habe, ſelbige auszuüben.

Hingegen verwarffe es die Gerichtbarkeit der Univerſitäten in real-Sachen, als ungegründet (2). add. die oben angezeigte Kochiſche Schrifft.

Die Heßiſche landſäßige Familie derer Freyherrn von Riedeſel (3) hat zu Lauterbach ein eigenes Appellationsgericht, welches ſie in eigener Perſon beſizen, ihren beſonderen Appellations-Conſulenten haben, ſich von diſem in denen dahin erwachſenen Sachen bey denen jährlichen zweymaligen Geſchlechts-Conferentien referiren, und die durch die mehrere Stimmen beliebte Urtheile allda publiciren laſſen. Welche nun bey dem Untergericht ſich gravirt zu ſeyn glauben, müſſen an diſes Obergericht appelliren, von welchem ſo dann in ſchicklichen Fällen weiter gegangen wird: Wobey ſie auch von dem Cammergericht An. 1764. 31. Oct. geſchüzet worden ſeynd.

Jngleichem hat das Fürſtl. Haus Heſſen-Darmſtatt diſes in dem mit denen Freyherrn von Riedeſel An. 1763. 4. Mart. errichteten Receß erkannt (4).

Von Herrn Prof. KOELERN (5) wird unter die Gerechtſame des Mecklenburgiſchen Adels gerechnet: Jurisdictio

3) Y 2

(1) ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 3. Band, S. 308.
(2) l. c. S. 319.
(3) Freyh. von CRAMER Nebenſt. 49. Theil, 1. S.
(4) l. c. S. 17.
(5) de orig. & increm. Jur. Nobilit. Mecklenb. p. m. 47.

ctio prima in Prædiorum ſuorum Colonos. vid. Reſolutio Ducal. ad additament. Gravam. Claſs. 6. n. 9. & Reſolut. Cæſ. de An. 1733. die Turbirung der adelichen Jurisd. und erſten Inſtanz betreffend, ad Grav. 3. p. 52.

Beſagte Beſchwerde und die darauf ertheilte Fürſtliche Reſolution lauten ſo:

„ 9. Beſchweret die Ritterſchafft und begüterte, daß ihre Unterthanen und andere, ſo in ihrer Bothmäßigkeit wohnen, wenn die Beamte und andere, ſo Anſprache an ſie zu haben vermeynen, irrequiſito Judice competente, darunter ſie wohnen, für Gerichte gezogen, und daſelbſt wider ſie erkannt wird, da dem Adel und Landbegüterten, weil ſie die Jurisdiction haben prima inſtantia gehöret.

Ad 9. Erklären ſich Ihro Durchl. gnädigſt, daß ſie E. E. Ritter- und Landſchafft, bey der ihnen cum feudo und übrigen Gütern verliehenen Jurisdiction und deren Inſtanz, durch die Beamte, oder andere beeinträchtigen zu laſſen, nicht gemeynet, ſolchergeſtalt Ihro Fürſtl. Durchl. einem jedweden ſeine Jurisdiction, um die Sache zu erſt, dafern er anders ſelbſt dabey nicht intereßiret, wider die unter ſeiner Jurisdiction befindliche, zu verhören und zu entſcheiden, gnädigſt laſſen, vorher aber die Cognition für die Juſtiz-Canzeley, Land- und Hofgerichte, und Conſiſtorio (es möchten dann ſimpliciter Conſiſtorialia oder ſolche Sachen ſeyn, welche quoad primam inſtantiam ans Conſiſtorium und jeztgedachte hohe Gerichte gehören,) zu ziehen nicht verſtatten wollen; es müſſen aber auch die von Ritter- und Landſchafft den Partheyen gebührlichen und forderſamſten Rechts verhelffen.“

Ferner reſolvirte der Kayſer An. 1733. 23. Mart.

„ Die Turbirung der adelichen Jurisdiction und erſten Inſtanz betreffend.

ad. Grav. II. 1. Wird autoritate Cæſarea hiemit feſtgeſezet, daß Ritter- und Landſchafft bey der ihnen cum Feudo und übrigen Gütern verliehenen Jurisdiction, und deren Inſtanz, durch die Fürſtliche Collegia, Beamte, und andere Bediente, nicht weiter zu beeinträchtigen, ſondern einem jeden ſeine Jurisdiction, um die Sache zu erſt, (dafern er anderſt ſelbſt

dabey

daben nicht intereßirt,) wider die unter ſeiner Jurisdiction befindliche verhören und entſcheiden zu laſſen; vorhero aber die Cognition vor die Fürſtliche Juſtizcanzleyen, Land- und Hofgericht, auch Conſiſtorium, es möchten dann ſimpliciter Conſiſtorialia, oder ſolche Sachen ſeyn, welche in prima Inſtantia ans Conſiſtorium und jeztgedachte Gerichte gehören,) nicht dahin zu ziehen, noch die Acta dahin, extra caſum denegatæ vel protractæ Juſtitiæ, von denen adelichen Gerichten zu avociren. = = = Da hingegen aber auch Ritter- und Landſchafft angewiſen werden, bey ihren Gerichten denen Partheyen gebührlichen und förderſamſten Rechtens zu verhelffen, und, dafern ſie gegen die in ihrer Jurisdiction Befindliche ſelbſt zu klagen haben, ſolche Sache nicht anderſt, dann vor und von geſchworenen Juſtitiariis, oder wenigſtens darzu ins beſondere vereydigten Notariis, inſtruiren, und in wichtigen Fällen, oder auch, da es eine Parthey verlangen ſollte, die Acta jedesmahl zum auswärtigen Rechtsſpruch verſchicken zu laſſen.

2. Wann hiernächſt die caſus, worinn Ritter- und Landſchafft in ihrer Jurisdiction auf denen Straſſen, in ihren Dörffern, Feld- und Holzwegen, auch durch ihre Fundos flieſſende Bäche und Ströhme, beeinträchtiget, oder in denen lezteres etwas ungebührliches verlanget worden, ſpecificiret würden, ſoll auch hierunter rechtlicher Beſcheid erfolgen.

Was der Erbvergleich von 1755. dißfalls enthalte, iſt ſchon oben vorgekommen.

§. 10.

Die allermeiſte Landſaſſen und Landſaſſen haben in militar-Sachen lediglich nichts zu ſagen; ſondern müſſen darinn, als einem der wichtigſten Stücke der Landeshoheit, die Landesherrſchafft ſchlechterdings ſchalten und walten laſſen: Militaire.

Nur hat der Adel in verſchidenen Landen das Recht, daß ſeine leibeigene Unterthanen, auſſer einem Nothfallen, ohne des Gutherrns Willen nicht darffen zu regulairen Kriegsdienſten gezogen werden (1).

(1) ſ. den Tr. von der Landeshoh. in Mil.t. Sach. S. 69.

§. 11.

Steuer. Ein eigentliches Beſteurungsrecht haben ordentlicher Weiſe Landſaſſen nicht.

Bey H. von SELCHOW (1) heißt es, aus H. SCHMID (2): „Das Recht, Steuren auszuſchreiben, gebühret zwar der Regel nach dem Landesherrn; jedoch hat man ſolches offtmals auch landſäßigen Adelichen u. Stätten zugeſtanden: Daß aber ſolches aus der verliehenen vollen Gerichtbarkeit herzuleiten ſeye, (wie der Herr V. Seite 36. behauptet,) iſt unerweislich; da das Steuerrecht und die Gerichtbarkeit ganz unterſchidene Dinge ſind, deren eines das andere nicht mit ſich führet, und die alte Rechtsgelehrten, welche das Steuerrecht aus dem mero imperio herleiten, verſtehen unter diſem Wort die Landeshoheit, und nicht das merum imperium im Römiſchen Verſtande:

Und ich bin auch des H. von SELCHOW Meinung.

Anno 1770. wurde in Oeſterreich denen neu-erwählten Prälaten ſcharff verbotten, ihre Vaſallen und Unterthanen mit Infuln-Steuern zu belegen.

Die Gutsherrn haben aber ordentlicher Weiſe die Subrepartition, den Einzug und die Liferung zur Landescaſſe, derer ihr Gut betreffenden Quote an denen Reichs-Crays- und Landesſteuern.

Dabey nun haben ſie ſich Reichs-Crays- und Landesverfaſſungsmäßig zu betragen; widrigen Falles können ſie höherer-auch endlich allerhöchſter Orten klagen. Z. E. der Reichs-Hofrath erkannte:

Jovis 29. Jan. 1739.

von Schammer contra ſeine Cotſaſſen zu Fernsdorff, nunc vice verſa &c.

Cum incluſione Exhibiti --- reſcribatur ulterius dem Herrn Fürſten zu Anhalt-Cöthen: Nachdeme die Supplicanten wehmüthigſt angezeigt, was maſſen die Gerichte zu Fernsdorff, gegen den ausdrücklichen Innhalt des rite inſinuirten Kayſerlichen Reſcripts vom 23. Jul. 1736. von

(1) in ſeiner juriſt. Bibl. 1. Band, S. 919.

(2) de jur. collect. cum territ. Super. non neceſſ. nexu.

von denen nicht mehr innehabenden Laesgütern die Quarten, oder andere Onera realia, wieder forderten und harte Executionen und Pfandungen dißfalls ergehen lieſſen; ſo verſeheten Sich Ihro Kayſerliche Majeſt. gnädigſt, es werde der Herr Fürſt, nach ſeiner bekannten Juſtizliebe, ſolches dem Kayſerlichen Reſcript, auch der natürlichen Billigkeit ſchnurſtracks zuwider lauffende Unternehmen, (wann es ſich angebrachter maſſen befindete,) ſelbſten nicht genehm halten, noch gut heiſſen, ſondern vilmehr denen obberührten Gerichten, oder, wo es ſonſten nöthig, ernſtlich befehlen, daß ſie diſe arme Leute mit Quarten, oder anderen real-Anlagen wegen derjenigen Laesgüter, ſo ſie nicht mehr beſitzen, ein-vor allemal verſchonen, mithin durch fernere widerrechtliche Pfandungen und Executionen zu weiteren Kayſerlichen Verordnungen nicht ſelbſten Anlaß geben ſollen; immaſſen auch Ihro Kayſerliche Majeſt. hierüber den gehorſamſten Bericht in termino duorum menſium gnädigſt erwarten wollten.

§. 12.

Mit ſolcherley Abgaben, welche nicht ſo wohl von ligenden Gütern, als ſonſten von der Unterthanen Vermögen, in gewiſſen Fällen gegeben werden, z. E. bey dem Abzug, bey Sterbfällen, bey einer an Fremde fallenden Erbſchafft, u. ſ. w. kommt es auf jeden Landes oder Orts Verträge, Herkommen, u. ſ. w. an. Andere einträgliche Rechte.

Herr Hofrath BROKES (1) hat den Saz ausgeführt: Das Recht der Nachſteuer gebühret allein dem Landesherrn; jedoch haben es vile Landesherrn auch den Unterobrigkeiten ausdrücklich oder ſtillſchweigend zugeſtanden, welche daher, im Fall ein Privilegium oder Gewohnheit erwiſen iſt, im ruhigen Beſize geſchüzet werden müſſen ꝛc.

In dem Braunſchweigiſchen Landtagsabſchid von 1770. Art. 25. ſtehet: Daß die, nach den Fürſtl. Verordnungen von 1756. und 1758. zu Behuf Wege und Stege, bey Contracten und

(1) Select. Obſerv. forens. n. 138. ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 2. Band, S. 350.

und anderen Fällen abzugebende wenige Gelder von jeder Obrigkeit in ihren Gerichten des Behufs verwendet werden dörffen.

Von Pommern (1) wird gemeldet: Die mittelbare Stätte ſeyen zum Theil von denen Orbeden auch nicht frey geweſen; dann ſie haben diſes Geld ihren ſchloßgeſeſſenen Edelleuten bezahlen müſſen; wie in der neueſten Zeit Rummelsburg dergleichen denen von Maſſo, unter dem Namen des Junckerthalers, erleget habe.

Weiter haben vile Landſaſſen auch noch andere einträgliche Rechte in Anſehung ihrer Unterthanen, z. E. daß ſie Bier und Brantenwein von der Herrſchafft nehmen müſſen.

Von dem in dem Chur-Braunſchweigiſchen Fürſtenthum Calenberg denen Gerichtsherren zuſtehenden Schuzgeld iſt Herr Vicecanzler STRUBE (2) nachzuſehen.

Denen Gerichtsherren gebühren ordentlicher Weiſe die von ihren Unterthanen fallende Geldſtrafen:

Daß aber auch Geldſtrafen zuweilen nicht der Gerichtsobrigkeit gebühren, ſondern der Landesherrſchafft vorbehalten werden können, hat Herr Vicecanzl. STRUBE (3) gezeigt.

Er (4) behauptet ferner: Ohne Grund lege man auſſer Sachſen den Gerichtsherrn ein jus Fiſci bey.

Hauptſächlich iſt es wohl dabey meiſtens um das Confiſcationsrecht zu thun; und darinn kommt es, meines Erachtens, auf die provincial- und local-Verträge, Freyheiten und Herkommen an.

Das Frauencloſter ober-Schönfeld erhielte An. 1766. 24. Dec. die Confirmation eines Kayſerlichen Privilegii über ein Weggeld bey dem Dorff Geſerzhauſen.

Herr von ENGELBRECHT lehret (5): Das Recht, Abzugsgeld zu fordern, komme denen Ritterguts-Beſizern allerdings

(1) H. BÜSCHING l. c.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 249.
(3) l. c. 3. Theil, S. 157.
(4) l. c. 1. Theil, S. 406. 407. 3. Theil, S. 160.
(5) ſ. H. SCHOTTS Critic, 4. Band, S. 896.

lerdings zu, in Anſehung der leibeigenen Bauern: In Anſehung der freyen Unterthanen aber pflege, nach dem Herkommen, eben daſſelbe ſtatt zu finden, wann ſie der Gerichtbarkeit des Gutsherrns unterworffen geweſen ſind.

Das Domcapitul zu Lübeck hatte mit einigen deſſen Unterthanen in denen Capituls- und Vicariats-Dörffern um das Jahr 1756. u. f. am Cammergericht einen Proceß wegen Erhöhung des auf der Unterthanen Gütern hafftenden Zinſes, oder Contribution (1). Den 18. Jul. 1766. wurde erkannt: Daß das Domcapitul die jährliche Contributionen, über den Fuß, wie ſolcher vor dem Anfang diſes Rechtsſtreits geweſen, (ohne beſonders ſich ergebender Reichs- und Crays- Exigenz, oder ſonſt auſſerordentlicher Schuldigkeit,) nicht erhöhe.

Ferner führte es bey ſeinen Unterthanen neuerlich das Abzugsrecht ein: Das Cammergericht aber erkannte: Es in puncto juris Detractus bey dem alten Herkommen einſtweilen, biß zu anderweiter des Cammergerichts Verordnung, zu belaſſen.

Bey dem Cammergericht (2) wurde ein Proceß darüber geführt: 1. Ob das Cloſter St. Godhards zu Hildesheim ein ganz freyes und ohnbeſchräncktes Schafwaidsrecht auf der Gemeinde Schwichelt Gütern zuſtehe? 2. Ob der Gemeinde bey einem erfolgten Uebertrib ein befugtes Pfandunsrecht zugeſtanden ſeye? 3. Wie fern derſelbigen in diſem Pfandungsrecht Einhalt gethan werden mögen ꝛc.

§. 13.

Die Rechte der Landſaſſen in Policeyſachen ſeynd nicht überall einerley. Z. E. Policey.

Von Bayern ſehe man des 4ten Buchs 3tes Cap.

In Sachen des Stiffts Münſterbilſen gegen den Biſchoff zu Lüttich ergienge beym Reichs-Hofrath An. 1765. 27. Sept.

1. Gegen den Biſchoffen ein Mandatum Edicti de 29. Dec.

(1) ſ. Freyh. von CRAMER Nebenſt. 63. Theil, S. 20.
(2) ibid. 23. Theil, S. 121.

Dec. 1763. caſſatorium & inhibitorium, de lite pendente nihil innovando, neque turbando in poſſeſſione vel quaſi juris, Edicta ad Politiam pertinentia condendi, Subditos ab obſequio ejusmodi Edictis debito non detrahendo &c. Hingegen

2. auch gegen die Abbtißin ein Mandatum Ordinationum de 23. Aug. 1764. & 29. Jan. 1765. caſſatorium, & inhibitorium, de non turbando in poſſeſſione vel quaſi juris recipiendi Recurſus à Subditis Münſterbilſenſibus in cauſis civilibus Leodium ſumtos &c.

Der Br. Wolfenbüttelische Landtagsabſchid von 1770. enthält Art. 55. „ Da die getreuen Stände von der Ritterſchafft gegen die, nach erfolgter Errichtung eines Collegii Medici wegen der von alten Zeiten auf dem platten Lande befindlichen Badereyen gemachte Einrichtung verſchidenes erinnert haben; ſo haben des gn. Landesherrn Durchl. Sich gn. dahin erkläret: Daß die von Adel ihre Badereyen, wie ſie dieſelben hergebracht, fernerhin behalten, verpachten, oder auf andere Weiſe beſezen mögen; jedoch, daß keine andere, als ſolche Leute dazu genommen werden, die von dem Fürſtl. Collegio Medico examinirt, tüchtig befunden, und dafür erkläret worden ſind, und daß den Hinterſaſſen unverwehrt bleibe, auch bey andern von dem Fürſtl. Collegio Medico approbirten Chirurgis und Badern, zu welchen dieſelbe Vertrauen haben, ſich der Curen ohne Hinderung zu bedienen. “

Art. 56. iſt denen von Adel die Freyheit geſtattet, auf ihren Gütern und in ihren Gerichten, ohne Abſicht auf angewiſene Diſtricte, einen Schweinſchneider zu nehmen.

Hingegen muß es zwar, Krafft Art. 57. in Anſehung der Abdeckerey, um guter Ordnung willen bey der gegenwärtigen Verfaſſung verbleiben: Dafern aber der Abdecker eines Diſtricts ſeine Verrichtungen und Præſtanda nicht gehörig erfüllen würde, bleibt dem Gerichtsherrn frey, ſich eines andern zu bedienen. “

Ferner beſagt Art. 61. „ Wie die Ausſchleppung und Verſendung der im Lande geſammelten Lumpen zum Papiermachen

machen auſſer Landes, zur Erhaltung der innländiſchen Papiermühlen, fernerhin verboten bleibet; alſo ſoll den Papiermüllern derer von der Ritterſchafft das Lumpenſammlen hinfüro ohne Einſchränckung, und mit Aufhebung der um guter Ordnung willen gemachten Diſtrictsanweiſungen, jedoch in der Maaſſe geſtattet werden, daß die Papiermüller, ſolche Sammlung nur zu ihrer eigenen Bedürffniß treiben, und bey den Gerichten eydlich angeloben müſſen, keine Lumpen auſſer Landes zu ſchicken, ſondern wenn die Sammler mehr Waare bringen, als die Mühle verbrauchen kan, ſolche an andere innländiſche Papiermüller zum Gebrauch im Lande zu verkauffen. „

Das Heſſen⸗Caſſeliſche Ober⸗Appellationsgericht ſprache (1): Wann gleich nach denen Landesgeſezen, ohne landesherrliche Bewilligung, keine neue Kirchmeſſen angelegt werden dörffen; ſo ſeye doch das Recht, die ſchon hergebrachte zu beſtimmen, und, das dabey übliche Spilhalten und Verkauffen kurzer Waare zu erlauben, der civil⸗Jurisdiction des Gerichtsherrn anhängig.

Bey Herrn Vicecanzler STRUBEN (2) iſt der Saz ausgeführt: Ein Gerichtsherr kan das Maaß des Getrâncks, zum Nachtheil ſeiner Hinterſaſſen, ohne erhebliche Urſachen nicht verändern.

§. 14.

Rechte über die Stätte.

Die Communen derer Landſaſſen beſtehen bald in Stätten, bald und meiſtens aber in Flecken, Dörffern, Höfen, u. d. gl.

Wie weit ſich derer Landſaſſen Gerechtſame über ihre Stätte erſtrecken oder nicht? dißfalls kommt alles auf eines jeden Landes beſondere Verfaſſung an. Ich will einiges zur Prob anführen.

In Pommern (3) leiſten derer Landſaſſen Stätte ihren Herrſchafften und Patronen den Eyd der Treue und des Gehor⸗

(1) H. SCHOTTENS Critic, 5. Band, S. 311.
(2) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil. S. 416.
(3) H. BüSCHINGS Erdbeſchr. Tom. 3. p. m. 2254.

horſams, warten auf ihren Burggerichts- oder Rechtstagen auf, und die Streitſachen der Burger gehen von ihrer Obrigkeit in dem zweyten Rechtsgang an die Burg- oder Amtsgerichte. Ihre Stattobrigkeit wird von den Herrſchafften geſezet und von der Landesregierung beſtättiget.

§. 15.

Ueber die Dörffer ꝛc.

In Anſehung der Dörffer ꝛc. kan ein Landſaß verlangen, daß keinem derſelben von dem Landesherrn Stattrecht ertheilet werde; in ſo ferne ſolches zum Nachtheil ſeiner Gerechtſamen gereichte.

In einer oben angezeigten An. 1768. gedruckten Schrifft findet ſich unter anderem folgendes, ſo zur Erläuterung diſer Materie dient: Die Einwohnere eines adelichen Guts haben ſich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts vor freye Leute angeben wollen, ſeynd aber von der Regierung zu Schwerin abgewiſen worden. Nachhero haben ihre vormalige Gutsherrn ihnen zwar nach und nach einige Grundſtücke auf gewiſſe Conditionen eingeraumt, und ſie ſelber haben angefangen, ſich mit verſchidenen Handwerckern abzugeben; jedoch müſſen ſie, deme ohngeachtet, gemeſſene und ungemeſſene Dienſte leiſten, oder Dienſtgeld dafür entrichten, von ihren Häuſern und Höfen Grundheuer geben, bey jeder Veränderung der Beſizere Hausbrieffe über die unbewegliche Stücke nachſuchen, in Anſehung ihrer Häuſer aber der Gutsherrſchafft den Vorkauff geſtatten, und deren civil- und criminal-Jurisdiction anerkennen.

Anno 1760. beklagten ſie ſich bey der Regierung zu Schwerin: Daß die ihnen von der Gutsherrſchafft angeſezte Rata zu denen extraordinairen Kriegscontributionen zu hoch ſeye: Die Regierung erkannte An. 1761. Daß die Unterthanen zu beſagter Rata ſo lang executiviſch anzuhalten ſeyen, biß ſie in ſeparato ein anderes ausgeführet haben würden. Sie ergriffen darauf Reſtitutionem in integrum, baten indeſſen aber, daß ihre Ländereyen vermeſſen und die Anzahl der von ihnen zu verſteurenden Stücke herausgebracht

wer-

werden möge; die Regierung bewilligte es auch und wollte einen der vorgeſchlagenen Feldmeſſer, nebſt einem Wirthſchaffts-Verſtändigen zur Ausmeſſung und Bonitirung anweiſen; der Gutsherr aber ſollte, Falls er auch von ſeiner Seite einen Feldmeſſer und Wirthſchaffts-Verſtändigen zu ſolchem Geſchäfft zugezogen zu haben begehren würde, ſie innerhalb 3. Wochen benennen. Der Gutsherr appellirte an das Cammergericht, weil keine particular-Vermeſſung ſtatt finde, ſondern die Sache auf die general-Landesvermeſſung und damit verbundene Rectification der Ritterſchafftlichen Landesmatricul ausgeſezt, allenfalls aber der Gutsherr über die Principia, nach welcher die Vermeſſung ins Werck zu ſezen ſeye, gehöret werden müſſe. Das Cammergericht erkannte darauf An. 1766. Es werde der Regierung aufgegeben, daß ſie diſe Vermeſſungs-Streitigkeit zu der ohnehin in Betreff der adelichen Güter im ganzen Lande verglichenen und angeordneten Directorial-Commißion verweiſen, diſe aber, dringenden Urſachen halber, die Vermeſſung ſolcher Güter vor allen andern unverzüglich vornehmen und Erbvertrags-mäßig berichtigen, immittelſt aber die Unterthanen nach dem Interims-Fuß ſteuren ſollen, ꝛc.

Ferner baten die Unterthanen bey der Juſtiz-Canzley An. 1757. und 1760. 1. ihnen eine Erleichterung der Hofdienſte angedeyhen zu laſſen, 2. ſie von dem Herrſchafftlichen Vorkauff ihrer Häuſer und dem bey Alienation ihrer Häuſer und Güter geforderten Laudemio zu befreyen, 3. ihnen das freye Bierbrauen und Brantenweinbrennen zuzuerkennen; 4. die Gutsherrſchafft anzuhalten, daß ſie ihre Schafe nur über den fünften, nicht aber über den dritten, Tag auf der Unterthanen Güter treiben laſſe, 5. daß ſie der Unterthanen an der Landſtraſſen ligende Güter befridigen laſſe, wann ſie ihr Holländervieh über ſolche Straſſen nach ihren Feldern und Koppeln treibe; 6. daß ſie nicht zwey Schulzen beſtelle.

Darauf wurde An. 1762. erkannt: 1. Daß die Hofdienſte, in ſo weit ſolche durch den Abgang 4. Hufner und die Verwandlung der Frohndienſte einiger Einwohner in Geld erweis-

lich vergröſſeret worden, zu erleichtern. 2. Wurde der 4. 5. und 6te Punct auf weiteren Beweis ausgeſezt; ſo auch, a) daß die Unterthanen ſich in dem rechtlichen Beſiz der Befugniß, Bier zu brauen, und Brantenwein zu brennen, auch beydes zu verſchencken, vor dem Jahr 1733. befunden, b) ingleichem, daß ſie ſich in dem rechtlichen Beſiz der Freyheit befinden, ihre Güter zu veräuſſeren, ohne daß die Herrſchafft ſich dabey ein Jus protimiſeos vorbehalten, oder 2. pro Cento von dem Kauffſchilling fordern dörffe.

Darauf vergliche ſich die Herrſchafft mit denen Dienſtpflichtigen Unterthanen und ſezte die Dienſte auf ein gewiſſes Geld; ingleichem nahme ſie wegen der Schaftrifft den fünften für den dritten Tag an.

Hingegen beſchwerte ſich die Herrſchafft 1. über den Beweis der Befridigung der Güter, da ſie ſolches nur, zu Verhütung alles Schadens, freygeſtellt, aber nicht befohlen habe; 2. daß die Beſtellung der Schulzen auf die Obſervanz geſtellet werden wollen, da doch die Herrſchafft die Schulzen ſalarire und die Unterthanen nicht darzu concurriren; 3. daß denen Unterthanen der Beweis des Rechts, Bier zu brauen und Brantenwein zu brennen, geſtattet worden, welches wider den Erbvergleich von 1755. lauffe, und ſie keine Burger, ſondern Bauern, ſeyen; maſſen der Ort weder auf Landtagen erfordert werde, noch unter den Stätten erſcheine; er habe keinen beſonderen Magiſtrat, ſondern ſtehe unter den adelichen Gerichten; er habe keinen beſondern Anſchlag, ſondern ſeye mit unter dem Quanto ſeiner Rittergüter begriffen; er dörffe nicht einmal ſeine Ratam einſammlen, und die Herrſchafft lifere ſölche nicht zu dem Stättiſchen, ſondern zu dem Ritterſchafftlichen Quanto; die Unterthanen müßten auch Pachthaber, Rauchhüner, Pacht- und Dienſtgeld geben, folglich keine Burger ſeyen; 4. daß der Beweis wegen des Juris protimiſeos und Laudemii erfordert worden, da doch die Unterthanen ſelbſten geſtünden, wo alte Hausbrieffe vorhanden ſeyen, darinn das jus protimiſeos ſtipuliret worden, müßten ſie ſich ſolches gefallen laſſen, und auch nach denen gemeinen Rechten

bey

bey ſolchen Erbzinsgütern, u. d. ſo wohl der Vorkauf als 2. pro Cent loco Laudemii Plaz greiffen.

Das Cammergericht und die Reichs-Viſitation aber lieſſen es bey der Urtheil à qua bewenden.

Das Heſſen-Caſſeliſche Ober-Appellationsgericht ſprache (1): Ein Gutsherr ſeye nicht verbunden, die durch Ausſterben oder Verlaſſung wüſte gewordene Güter wieder herzuſtellen, neue Gebäude aufzuführen, und neue Bauern hinzuſezen, wo nicht beſondere Verordnungen diſes erheiſchen.

§. 16.

Gerichts-Lehen- und Gutsherren empfangen von ihren Unterthanen eine Art der Huldigung. Ueber der einzelen Unterthanen Perſonen.

Die Unterthanen derer Landſaſſen seynd insgemein ihren Gutsherrn zu allerley Frohndienſten verpflichtet, und zwar bald zu gemeſſenen, bald zu ungemeſſenen je nachdeme es jeden Orts herkommlich iſt.

Vom Unterſcheid unter ungemeſſenen und übermäßigen Frohndienſten hat der Freyherr von CRAMER (2) gehandelt, und dabey angeführet, daß in Sachen des mittelbaren Cloſters Wadgaſſen contra die Gemeinde Enzheim An. 1730. 10. Mart. am Cammergericht geſprochen worden: „ Daß die Enzheimer, als dem Cloſter mit Leibeigenſchafft verhafftete Unterthanen, demſelben ungemeſſene, doch aber auch nicht übermäßige, Frohndienſte, alſo lang, biß ſie, Enzheimer, daß ſolche Frohndienſte auf eine gewiſſe Anzahl eingeſchräncket worden, behörig dargethan haben werden, zu verrichten ſchuldig, und das Cloſter biß dahin bey ſolchen Frohndienſten zu manuteniren und zu handhaben ſeye.

Anno 1730. 16. Jun. erfolgte eine Paritoria:

Anno 1737. 12. Apr. aber die Urthel: „ Daß die Gemeinde Enzheim, ſo vil die Fuhrfrohnen betrifft, bey dreytägigem Spanndienſt jedes Jahr zu laſſen, auch in Ordinario Poſſeſſorio zu ſchüzen, und dem Cloſter, eine Ungemeſſenheit diſer Dien-

(1) H. SCHOTTS Critic, 5. Band, S. 309.
(2) in ſeinen Nebenſt. 12. Theil, S. 130.

Dienſte in Petitorio auszuführen, vorzubehalten ſeye: Jedoch, daß unter denen dreytägigen Frohnden weder die Fuhren zu des Cloſters Gebäuden zu Enzheim und Probſtey in Saarbrücken, noch auch die Jagd, und ſolche Dienſte, die nicht mit Fuhren verrichtet werden, begriffen ſeyn ſollen; diſerthalben dann es bey der Ungemeſſenheit ſein Verbleiben hat: Gleichwohl das Cloſter und die Ihrige, die Maaß hierinn zu gebrauchen, und zu einiger Beſchwerung der Härtigkeit und Uebermaaß halber keinen gegründeten Anlaß zu geben, hiermit erinneret wird; hingegen auch die Gemeinde ſich, bey vermeinter Ubermaaß der Dienſtleiſtung, ſo gleich halsſtarrig nicht zu weigern, ſondern, nach beſchehener Leiſtung, ihre Beſchwerung beym Prälaten, und nöthigen Falls am gehörigen Ort, geziemend anzuzeigen hat. Wegen Reichung der Koſt zu obbeſagten dreytägigen Spanndienſten wird das Cloſter zu Beybehaltung der bißherigen Obſervanz angewiſen. "

Ferner unterſucht der Freyherr von CRAMER (1): Ob Frohnden, benebſt den Gütern, wozu ſie gehören, an Andere, die keine Jurisdiction über die frondbare Bauern haben, verkaufft oder vertauſcht werden können, und in wie weit bey ſolchem Verkauff *L. un. C. non licere habitator. Metrocomiæ* ſtatt habe? Das erſtere wird bejahet, und mit einer Cameral-Urthel von 1744. 27. Oct. in Sachen: Nider-Erlenbach contra von Glauburg, beſtättiget.

Ob eines Gutherrens Eigenbehörige zu Kohl- und Fettfuhren gehalten ſeyen? prüfet der Freyherr von CRAMER (2) ebenfalls.

Von denen Burgfeſten, welche adeliche Unterthanen ihrer Herrſchafft zu leiſten ſchuldig ſeynd, hat Herr Vicecanzler STRUBEN (3) gehandelt:

So auch (4): Welchergeſtalt die Spanndienſte einem Gerichts-

(1) l. c. 24. Theil, S. 41.
(2) in ſeiner Nebenſt. 117. Theil, S. 69.
(3) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil, S. 173.
(4) l. c. S. 156.

Gerichtsherrn von demjenigen zu leiſten, der ſein Meyer nicht iſt.

Ferner (1): Vom Bothenlauffen und Laſttragen für die Gerichtsherrn.

In Bayern (2) können die Prälaten ihre Bauern, ſo gar diejenige, welche in denen Churfürſtlichen Pflegämtern wohnen, wegen verweigerter Dienſte und Zinſen auspfänden; jedoch kommt diſes Privilegium bloß ſolchen Geiſtlichen zu, welche würckliche Landſtände ſeynd.

Von denen Sächſiſchen Rittergütern hat Herr von LEYSER (3) diſe Säze behauptet: 1. Ruſtici in dubio non liberi, ſed ad operas Prædio nobili præſtandas obligati, præſumuntur. 2. Operæ Ruſticorum ſtrictæ ſunt interpretationis. 3. Ruſtici Saxonici tigna ad exſtruendum circa Prædium nobile murum neceſſaria advehere, 4. Operas ædilitias in conſtructione Domicilii nobilis & ædificiorum cohærentium præſtare, 5. non tamen, ſi novum, quod olim non fuit, domicilium erigatur, 6. nec diebus feſtis & dominicis, 7. nec tigna, quæ propius haberi poſſunt, ex locis longinquioribus advehere, 8. tametſi aliquod inde in Dominum emolumentum redundet, 9. nec fundamentum ſuffodere, nec cellas expurgare, nec ligna infecta advehere debent; 10. debent vero excubias in Prædio nobili ſervare, 11. & ipſi, non per ſubſtitutum, ſervire. 12. Poſſeſſor Prædii nobilis in Saxonia Ruſticorum ſuorum Liberos ad operas ſibi locandas cogit, 13. vel, ſi otientur, pecuniam ab iis exigit. 14. Operæ indeterminatæ facile non præſcribuntur. 15. Ruſtici alternative ad Operas vel pecuniam obligati habent electionem; 16. Dominus tamen, qui ſponte per longiſſimum tempus pro operis pecuniam recepit, mutare inſtitutum & operas ipſas poſcere poteſt, 17. niſi Præſcriptio immemorialis obſtet. 18. Juri Servitiorum

(1) S. 222.
(2) ſ. H. von SELCHOW juriſt. Bibl. 1. Band, S. 680.
(3) de jurib. Præd. nobil. &c. §. 14. ſqq.

tiorum annexum eſt jus cogendi, der Dienſtzwang, quod non Jurisdictionem requirit.

In dem Neumarck-Brandenburgiſchen Receß von 1653. heißt es: „Zum 19den: Von den determinatis Servitiis, ſo eines Theils die Bauern mit dem Viehe zween Tage in der Woche zu leiſten ſchuldig, will ſichs nicht eben ſo præciſe auf die Coſſaten inferiren laſſen; ſondern es hat die Neumarckiſche Regierung in qualibet facti ſpecie zu erkennen, was den alten Verträgen oder auch dem Herkommen gemäß. Die Speiſung, ſo bißher bey Verrichtung der Dienſte gereichet worden, auf ein gewiſſes Deputat zu richten, befinden Wir nützlich und dem ganzen Lande zuträglich zu ſeyn: Weil aber ſolches Werck an vilen Orten ſehr variiret; ſo kan Unſere Neumarckiſche Regierung in jeglichem Crayſe Commiſſarien verordnen, welche diſes Werck auf einen gewiſſen Weg richten helffen, damit die Gerichtsobrigkeit von der beſchwerlichen Speiſen abkommen, und dennoch auch die arme Leute, mit Fug Klage und Beſchwerung zu führen, keine Urſache haben mögen: Es werden auch zu ſolcher Commißion Unſere Beamte wegen der ihnen anbefohlenen Unterthanen mit müſſen beſcheiden werden; und wenn dieſelbige mit denen von Adel in diſem paſſu einig, wird ſich die Sache deſto eher und füglicher zu Werck richten laſſen.“

* * *

Ob ein Landesherr befugt ſeye, ſeiner Landſaſſen Unterthanen, mit oder wider derſelbigen Willen, zu regulairen Kriegsdienſten anzuwerben, oder wegzunehmen? kommt auf jeden Landes beſondere Verfaſſung an.

Die Br. Wolfenbüsteliſche Landesfreyheiten von 1770. beſagen Art. 70. „Die Leute derjenigen von Adel, ſo ihre eigene Gerichte haben, ſollen zur Muſterung, Exercitio militari, Huldigung, nicht durch die Amtsvögte, ſondern entweder von der Regierung, oder beſonders verordneten Commiſſarien, aufgefordert werden: Dem Militari ſtehet frey, ſeine enrolirten und in Kriegsdienſten ſtehende Leute einhohlen zu laſſen.“

* * *

In denen Chur-Braunſchweigiſchen Landen wurde An. 1719. 14. Apr. verordnet: Daß ohne die ausdrückliche Einwilligung des Gutsherrn keine Eheſtifftungen und Auslobungen

gen der Bauren an ihre Kinder gültig ſeyn, und von den Beamten confirmiret werden ſollen.

Von der Nothwendigkeit und Nuzbarkeit diſer Verordnung iſt an unten (1) bemercktem Ort mehreres zu leſen.

Und im Braunſchweigiſchen Landtagsabſchid von 1770. liſet man Art. 43. „Ob gleich bereits in dem Landtagsabſchide vom 17. Jan. 1619. §. 10. verordnet worden, daß bey Meyersleuten die Eheſtifftungen mit Wiſſen der Gutsherren aufgerichtet werden ſollen; weil dahin zu ſehen iſt, daß die übermäßigen und zum Verderb der Meyergüter gereichenden Ausſteuern eingezogen werden; ſo iſt dennoch bey gegenwärtigem Landtage vorgekommen, daß ſolcher Verordnung bißhero nicht allerdings gebührend nachgelebet worden: Es wird daher vorgedachte Diſpoſition des Landtagsabſchides de 1619. nicht nur hierdurch erneuert, ſondern es ſollen auch die Fürſtl. Aemter und ſämtliche Gerichte durch eine Landesfürſtliche Conſtitution ernſtlich und bey nahmhafter Strafe angewiſen werden, bey ſolchen Eheſtifftungen die etwanigen Erinnerungen der Gutsherren vorher jedesmal zu hören, und vor deren Erörterung und beygebrachten ſchrifftlichen Conſens der Gutsherren ſolche Eheſtifftungen nicht zu confirmiren.

Art. 44. In Betreff der Landesfürſtlichen Conſtitution wegen der Meyerzinſen vom 8. Jul. 1747. und der von getreuen Ständen gewünſchten Einſchränckung derſelben zum Beſten der Gutsherren, werden Se. Durchl. nähere Vorſchläge zur Verbeſſerung derſelben, als bißhero eingebracht worden, gn. vernehmen, und darauf, ſo vil thunlich, Bedacht nehmen. Die eingereichte Specification, inſonderheit die Claßification der Abgaben, erfodert in verſchidenen Puncten eine etwas mühſame Unterſuchung, welche, ſo bald es thunlich, vorgenommen, und ſo dann, nach eingehohltem Rath getreuer Stände, das weitere verfüget werden ſolle.“

§. 17.

Ob Landſaſſen für ſich Juden annehmen dörffen? und worinn ihre Gerechtſame in Anſehung der Juden beſtehen? darinn läſſet ſich keine Regel geben, ſondern es kommt auf die beſondere Landes- oder local-Verfaſſungen an. Juden.

4) A 2 Im

(1) in den Hannover. Beytr. 1760. S. 97.

Im Heßiſchen (1) ſtehet zwar nicht allen, aber doch vilen, adelichen Familien, das Recht, Juden aufzunehmen und zu dulden, Krafft undencklicher Verjährung, oder Belehnung, oder Kayſerlicher Privilegien, zu.

Die in Heſſen von dem Teutſchen Orden aufgenommene Juden müſſen von der Landesherrſchafft die Schuzbrieffe einhohlen (2).

Der Graf zu **Oſtfrießland** erklärte ſich An. 1626. „Ihro Gnaden laſſen geſchehen, daß die von Adel, welche Herrlichkeiten haben, in denſelben Juden einnehmen und behalten mögen; jedoch daß ſie ſchuldig ſeyn ſollen, pro Recognitione Superioritatis und hohen Geleits, Ihrer Gnaden zween Roſenobel zu bezahlen; mit dem Gedinge, daß die in gedachten Herrlichkeiten geſeſſene Juden ſich enthalten ſollen alles Wucherens, und anderer in des heil. Reichs Conſtitutionen verbotener Practiquen mit Ihrer Gnaden Unterthanen, ſo in denen Aemtern geſeſſen.“

Die Statt **Emden** behielte ſich in denen Beſchwerden von 1663. das Recht, Juden zu toleriren, bevor: Der Fürſt hingegen ſagte: Daß der Statt diſes Recht zuſtehe, ſeye ohnerfindlich; zumalen ſolches allein Ihme, als einem Statui immediato Imperii, ohnzweifentlich competire.

Und als die Statt ferner verlangte: Daß der Fürſt die Juden, ſo in der Statt Emden von Burgermeiſter und Rath frey Geleit bekommen haben, im Lande ihre Commercien zu treiben, nicht hindern, noch ſelbigen deßwegen ein Geld abnehmen möge; antwortete der Fürſt: Er verwehre denen Juden aus Emden nicht, ihre Commercien und Handlungen im Lande zu treiben: Nachdeme aber das jus tolerandi ſive protegendi Judæos ein Connexum Superioritatis ſeye; in Erwägung das Recht, Juden zu begleiten, in den Reichsconſtitutionen und Sazungen de An. 1548. allein den Ständen des Reichs, qui Regalia habent, zugelaſſen ſeye, ſich deſſen in ihren Gebieten und Landen zu gebrauchen; ſo folge darab unwiderſprechlich, daß, den Juden Geleit zu geben, und dieſelbe in Schuz und Schirm zu nehmen, nicht Burgermeiſtern und Rath zu Emden, ſon-

(1) ſ. H. SCHOTTS Critic, 3. Band, S. 336.
(2) Deciſ. ſupr. Trib. Appell. Caſſel. P. 2. p. 78.

ſondern allein dem Fürſten, als hoher Landesobrigkeit, vigore Regalium & Superioritatis territorialis, competire; dahero auch die Juden zu Emden bey ihme, dem Fürſten, als hoher Landesobrigkeit, das Geleit zu ſuchen, auch das gewöhnliche Schuzgeld ihme zu entrichten, ſchuldig ſeyen; in deſſen Entſtehung der Fürſt allerdings befugt ſeye, denenſelben, als auſſer ſeinem Geleite ſeyenden Juden, die Commercien in ſeinen Landen nicht zu verſtatten; angeſehen die Statt Emden ratione Protectionis Judæorum ein mehreres nicht, als beyde andere municipal-Stätte, Norden und Aurich, ulla ratione prätendiren könne: Sonſten ſeye diſe Quäſtion, vermöge Ihrer Hochmögenden Reſolution ad Art. 12. der Fürſtl. Gravaminum de An. 1620. die Statt Emden betreffend, auſſer den Accorden, und alſo anhero nicht gehörig.

Es heißt auch in dem Haagiſchen Vergleich von 1662. „Nachdeme diſes nicht in denen Accorden ſtehet, ſondern nach denen Reichs-Conſtitutionen und Ordnungen decidiret werden muß; als wird ſolches der ordinairen Juſtiz, ihr Urtheil darüber zu ſprechen, überlaſſen.“

Ob ein Landſaß, der den Judenſchuz hergebracht hat, die Erbauung einer Synagoge, oder deren Verlegung von einem Ort zum andern, erlauben könne? ſcheinet von Hn. Vicecanzl. STRUBEN (1) bejahet zu werden:

Ich aber hielte dafür, wo es nicht anderſt hergebracht iſt, gehöre es zu denen Landesherrlichen Regalien.

Das Frauencloſter ober-Schönfeld erhielte An. 1766. 24. Dec. die Confirmation eines Kayſerlichen Privilegii über die Wucheriſche Contracte und Geſuche der Juden.

§. 18.

Ob und was dergleichen Unterthanen ihrer Gutsherrſchafft von ihren Häuſern und andern ligenden Gütern an Geld oder Naturalien präſtiren müſſen, beſtimmet wieder jedes Orts Obſervanz; ſo auch, worzu der Grundherr ſonſt in Anſehung ſeiner Unterthanen Güter befugt ſeye? Güter.

Bey dem Freyh. von CRAMER (2) finden ſich folgende Fragen erörtert: 1. Ob ein Gutsherr auf ſeiner Eigenbehöri-

 gen

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 3. Theil, S. 260.

(2) in ſeiner Nebenſt. 117. Theil, S. 68.

gen Gütern, in caſu exigentiæ, auch fruchtbare Bäume zu fällen und zum bauen verwenden zu laſſen befugt ſeye, und ſolche Befügniß per ſolum non uſum erlöſchen oder verlohren gehen möge? 2. Ob Eigenbehörigen das willkührliche und eigenmächtige Hauen und Verkauffen des Eichen- und fruchtbaren Buchenholzes verbotten ſeye?

* * *

Nach dem Marck-Brandenburgiſchen Landtags-Abſchid von 1653. kan einem Pachtherrn nicht verwehret werden, ſich ſelbſt propria autoritate bezahlt zu machen.

Von dem Sinn der Braunſchweigiſch- Salzdahlum- u. Gandersheimiſchen Landtagsabſchide in Abmeyerungs-Sachen kan bey H. Vicecanzler STRUBEN (1) ein mehreres nachgeſehen werden.

In den Br. Wolfenbüttelischen Landesprivilegien von 1770. iſt verſehen: „ Art. 40. Ein jeder Zehntherr in diſem Herzogthum hat die Freyheit und Macht, ſeinen Zehnten in eine ſonderbare des Orts gedingte Scheure, oder auf ſeinen Siz, Vorwerck, oder Gewahrſam, zu führen, oder einem andern Orts in der Naheit Geſeſſenen gegen eines Andern Zehntfuhr zu überlaſſen, oder auch denſelbigen Zehnten den Marckgenoſſen ſämtlich, oder Einem, oder Etlichen ihres Mittels, wenn ſie nach billigen möglichen Dingen, was derſelbe ertragen kan, darum thun werden, auf ein- vile, oder wenige Jahre, und, nach Ausgang derſelben, einem Andern, (auſſerhalb was für Zehnten bey etlichen Fürſtl. Häuſern lange Zeit, und über 30. Jahre, von Trinitatis 1586. zurück zu rechnen, geführet ſeyn worden, und noch werden, nach ſeinem Gefallen zu verdingen: Andern aber, auſſer ſolchen Marckgenoſſen, den Zehnten zu verdingen, iſt nicht frey; es wäre denn ſolches vor 30. Jahren, von Trinitatis 1586. zurück zu rechnen, anders hergebracht. Falls auch die Bauern der Zehntfuhr halber wider den Zehntherrn ſich verbinden, und dadurch ihm Eintrag zu thun ſich unterſtehen werden, ſind ſolche ernſtlich zu beſtrafen.

Wie jedoch, mittelſt Landesfürſtlicher Conſtitution vom 20. Jun. 1747. geordnet worden iſt, daß bey ſolchem Vor- und Näherrecht zur Zehntpacht 1. die Gemeine das verglichene Pachtgeld

(1) in Acceſs. ad Comment. de jure Villic. p. 147. ſqq.

geld baar voraus zahlen, oder 2. wenn der Zehnte für reines Korn verdungen wird, ratione der Bezahlung annehmliche Sicherheit ſtellen, und 3. wenn an der Zahlung der geringſte Mangel erſcheint, die Obrigkeit dem Zehntherrn zu dem ausgelobten ſchleunig und ohne Entgeld beförderlich ſeyn ſolle; nicht weniger nach der Verordnung vom 17. Maj. 1763. die Zehntpflichtigen vor dem 20. Jun. eines jeden Jahrs auf gerichtliche Pachthandlung mit dem Zehntherrn, welcher dazu Terminum zu extrahiren hat, ſchlüßig, ſonſt für dasmal des Näherrechts verluſtig ſeyn ſollen; ſo hat es dabey vorerſt ſein Bewenden, und ſoll vorgedachten Landesherrlichen Verordnungen ſo lange nachgegangen werden, biß ſich demnächſt zeigen wird, ob und was diſerhalb mit Nuzen geändert werden könne.“

Diſe Landesfreyheiten enthalten ferner Art. 62. „Die von der Ritterſchafft, und Andere, können, nach Maaßgebung des Fürſtlichen Edicts vom 15. Aug. 1707. ihr Meiergut, in caſum propriæ neceſſitatis & indigentiæ, nach Ausgang der Meierzeit einziehen: Selbiges muß aber alsdann unter den Abgaben und Präſtationen, alſo ſub Cataſtro Gravatorum, bleiben.“

In denen Mecklenburgiſchen Landesreverſalien von 1621. iſt verſehen: „Zum 16den wollen und verordnen Wir, daß die Bauersleute die ihnen um gewiſſen Zins oder Pacht eingethane Hufen, Aecker oder Wiſen, dafern ſie keine Erbzinsgerechtigkeit, jus emphyteuticum, oder dergl. gebührlich beyzubringen, den Eigenthumsherren, auf vorgehende Loskündigung, nulla, vel immemorialis temporis, detentione obſtante, unweigerlich abzutretten und einzuraumen ſchuldig ſeyn ſollen.“

An. 1724. 19. Oct. ſprache auch der Reichshofrath: „XV. Geſchiehet die weitere Kayſerliche Vorſehung dahin: Daß es bey dem §. 16. des Aſſecurations-Receſſes de An. 1621. allerdings unveränderlich zu laſſen; diſemnach die Bauersleute die ihnen um gewiſſe Zinß oder Pacht eingethane Höfe, Aecker, oder Wiſen, dem Eigenthumsherrn, auf vorhergehende Loßkündigung, nulla vel immemorialis temporis detentione obſtante, unweigerlich abzutretten und einzuraumen ſchuldig; inmaſſen auch das Land- und Hofgericht und die Fürſtliche Juſtizcanzleyen, die Landbegüterte dem zuwider zu beeinträchtigen, und die Bauern, ob ſie gleich immemorialem poſſeſſionem ſeu detentionem allegi-

allegiren, oder auch diejenige, welche einige dem Gutsherrn zugehörige Stücke ermeldten Bauern abgemiethet oder abgepachtet, demnach kein beſſeres Recht, als ihre Autores haben können, wider die Gutsherrn zu ſchüzen, ſich nicht anmaſſen, ſondern ſelbige vilmehr zu unweigerlicher Abtrettung ihrer bißhero innegehabten Hufen, Aecker und Wiſen, ꝛc. wenn die Sache bey ſelbigen Gerichten angebracht wird, ſine ambagibus Proceſſus ernſtlich abzuweiſen, folglich, ſo vil an ihnen, dem Aſſecurations-Receß den Nachdruck zu geben, gehalten ſeyn ſollen.

Daferne aber die Bauersleute nicht auf ihren, oder der ihrigen, langwührigen Beſiz oder Detention, ſondern auf eine Erbzins oder auf andere dergleichen legitimo modo acquirirte Gerechtigkeit ſich beruffen, und dahero auf beſchehene Loskündigung zu weichen difficultirten, ſollen ſodann die Adeliche und Landbegüterte, ſelbige ſo fort, propria autoritate & ſine cauſæ cognitione, denen Rechten zuwider, zu vertreiben und zu verſtoſſen, nicht Macht haben, ſondern, daß ihnen, denen Bauersleuten, zu der denenſelben obligenden Beybringung ihres vermeintlich habenden Rechts, ein legaler Termin geſezt, und, nach kurzem beyderſeitigen Verfahren, darüber, was Rechtens, unpartheyiſch erkannt werden möge; geſtalten hingegen auch durch die Fürſtliche Gerichte, auf der Bauren Klage, über das, ihrer Meinung nach, ihnen beſchehene Unrecht, keineswegs mit Mandatis pœnalibus S. C. (woferne nicht dergleichen ganz injuſtificirliche Facta und Umſtände vorhanden, worinn ſelbige denen Rechten nach ſtatt haben,) alſofort im Anfang verfahren, ſondern ebenmäßig in diſem Fall nach der Kayſerl. Cammergerichts-Ordnung und verbis §. 3. Receſſus Aſſecurationis de 1572. „So ſoll auch kein pönal-Mandat ꝛc.“ ſich achten, und hiemit dazu angewiſen ſeyn.“

Wie aber diſer Punct endlich A. 1755. zwiſchen dem Herzog und dem Land verglichen worden ſeye, habe ich ſchon oben erzählt.

§. 19.

Austrettung der Unterthanen.

Von Austrettung derer landſäßigen Unterthanen habe ich bereits in des 2tem Buchs 6tem Cap. ſo vil geſagt, daß ich nicht nöthig habe, hier etwas weiteres beyzufügen.

§. 20.

Geiſtliche Collegia.

Was nun die Ausübung derer erzählten Gerechtſamen betrifft;

trifft; ſo pflegen Diejenige, welche ganze landſäßige Fürſtenthümer, Graf- und Herrſchafften haben, auch ganze Collegia zu ſolchem Ende zu halten; und zwar ſo wohl geiſt- als weltliche.

Geiſtliche Gerichte und Conſiſtoria haben z. E. die Evangeliſche Schleſiſche Fürſten und Standesherrn in ihren Gebieten, der Gräf von Stolberg in der Grafſchafft Wernigerode, der Graf von Promniz in der Herrſchafft Sorau, der Graf von Callenberg in der Herrſchafft Moßka.

§. 21.

Weltliche.

In Anſehung derer weltlichen Collegien begnügen ſich Einige mit einem einigen, oder einer Canzley: Andere hingegen haben zwey, als eine Regierung, oder anderes Juſtiz-Collegium, ſodann eine Rentcammer; z. E. die Fürſten in Schleſien, der Graf zu Stolberg-Wernigerode.

§. 22.

Bediente ꝛc.

Die, ſo ganze Collegia haben, theilen auch den Character eines Canzlers, Regierungs- Hof- Conſiſtorial- Kirchen- Cammerraths, u. d. aus:

Ferner haben ſie ſo wohl, als auch die, ſo keine ganze Collegia unterhalten, allerley Gattungen von Juſtiz- und Cameral-Bedienten, z. E. Juſtitiarios, Gerichtshaltere, Rentmeiſtere, u. ſ. w.

Hingegen weiß ich auch, daß einem landſäßigen Grafen, der kaum ein Rittergut hatte, ſehr verarget worden iſt, daß er den Rathscharacter ertheilte.

§. 23.

Pflichten.

Was die allgemeine Pflichten derer Herrſchafften gegen ihre Untergebene ſeynd, das haben auch die Landſaſſen gegen ihren Unterthanen zu beobachten; ſie ſollen ihnen nicht vorenthalten, was ihnen gebühret, nicht zumuthen, was ihnen nicht gebühret, nicht hart und unbillig gegen ihnen ſeyn, u. ſ. w.

§. 24.

Noch einiges.

In denen ehemals vor dem Cammergericht verhandelten Streitigkeiten zwiſchen Naßau-Saarbrücken und dem Prämonſtratenſer-Cloſter Wadgaſſen, denen dißfalls an das Licht gekommenen gerichtlichen u. Comitial-Handlungen, wie auch denen bey dem Cammergericht darinn abgelegten, von Herrn Aſſeſſore von LUDOLF bekannt gemachten, Relationen ꝛc. findet

det ſich manches, ſo auch überhaupt zu Erläuterung des bißhe- to geſagten etwas beyträget.

Zweytes Capitel.

Von Grund- oder Guts-Unterthanen, oder Hinterſaſſen.

Innhalt.

§. 1. Schrifft. §. 2. Das meiſte remiſſive. §. 3. Mittelbare Unterthanen, wer? §. 4. Ihre Namen, §. 5. und Gattungen. §. 6 Rechte ꝛc. in Anſehung des Landesherrns, §. 7. und Gutherrns. §. 8. Beſondere Rechte ꝛc. der Freyen, §. 9. und der Leibeigenen.

---

§. 1.

Schrifft. Hieher gehörige Schrifft:

Vertheidigte Freyheit und Gerechtſame des Gerichts und Gemeinden Winden und Weinähr, gegen des Cloſters Arnſtein hochgerichtsherrliche und Obermärckeriſche Eingriffe; in Sachen des Gotteshauſes Arnſtein contra das Gericht und Gemeinden Winden und Weinähr, deciſi Mandati de non amplius turbando in poſſeſſione vel quaſi Juris venandi &c. nunc Reſtitutionis in integrum; item Mandatorum de præſtando debitam obedientiam &c. S. C. 1766. fol.

§. 2.

Das meiſte remiſſive. In meinem Tr. von der R. Stä. de Landen ꝛc *p. 931. ſqq.* habe ich allbereits kürzlich von denen mittelbaren Unterthanen gehandelt, und zwar: Wer ſie ſeyen? wo ſich dergleichen finden? von ihren Namen; von den Herrſchafften, den Unterthanen, und beyder Rechten:

Und von deme, was in diſem Werck in denen vorhergehenden Büchern, wie auch in dem 1. Cap. gegenwärtigen 4. Buchs, vorgekommen iſt, hätte viles eben ſo wohl einen Plaz allhier finden können; dahero ich mich forderiſt darauf beziehen, ſo dann aber noch folgendes melden will.

§. 3.

§. 3.

Mittelbare Unterthanen eines Teutſchen Reichsſtandes ſeynd, welche auſſer demſelbigen, als Landesherrn, noch eine nachgeſezte unmittelbare Obrigkeit und Herrſchafft, (die aber auch ſelbſt unter des Landesherrens Hoheit ſtehet,) haben. **Mittelbare Unterthanen, wer?**

§. 4.

Deme, was *l. c.* von ihren verſchidenen Namen gemeldet worden iſt, will ich noch diſes beyfügen: **Ihre Namen,**

Sie heiſſen in vilen Landen: Hinterſaſſen, weil ſie auſſer dem Landesherrn, noch hinter einem andern Herrn ſizen.

In theils Oeſterreichiſchen Erblanden werden ſie Grundholden genannt.

§. 5.

Diſe mittelbare Unterthanen können in verſchidener Abſicht auch in verſchidene Gattungen eingetheilet werden; als **Und Gattungen.**

1. In Anſehung ihres Standes. Es gibt nemlich:

a) Geiſt⸗ und weltliche mittelbare Unterthanen. Von Geiſtlichen hat man in Schleſien, in der Lauſiz, in Chur⸗Sachſen, und in vilen andern Teutſchen Landen mehr, die Menge Exempel, ſo gar, daß nicht nur gemeine Pfarrer, ſondern auch Superintendenten, einen Landſaſſen zu ihrem unmittelbaren Herrn haben und unter ihme ſtehen.

b) Die Weltliche können wiederum verſchidenen Standes ſeyn. Z. E. die mittelbare Herzoge in Schleſien haben wiederum andere mittelbare Grafen, Herrn und Edelleute unter ſich; die Grafen von Callenberg in der Nider⸗Lauſiz haben in ihrer Herrſchafft Muska unterſchidene adeliche Vaſallen, u. ſ. w.

Die Landſaſſen, ſo Stätte beſizen, haben Burger zu Unterthanen; derer aber, ſo nur Flecken, Dörffer, Weyler, Höfe, u. d. haben, Unterthanen ſeynd Bauren, oder andere Landleute.

2. Mithin ſeynd auch die mittelbare Unterthanen in Anſehung ihrer Würde verſchidener Gattungen, Gräflichen, Freyherrlichen, Adelichen, Burger⸗ oder Bauren⸗Standes.

3. Einige mittelbare Unterthanen ſeynd Amts⸗ andere hingegen Erb⸗Unterthanen.

Amts⸗Unterthanen nenne ich die, welche ihrer Grund⸗ oder Gutsherrſchafft um ihres tragenden Amtes und Würde willen

unterthan ſeynd; dahero auch ſolche Herrſchafft mit dem Amt und Würde wieder erlöſchet.

Dahin gehören die Unterthanen a) derer mittelbaren Geiſtlichen, derer Erz- und Biſchöffe, Dom- und anderer Prälaten, Aebtißinnin, u. ſ. w. dahero z. E. wann ein Domprobſt Biſchoff wird, ſeine Grundherrſchafft über ſeine bisherige Domprobſteyliche Unterthanen aufhöret.

b) Gleiche Bewandtniß hat es auch mit denen Unterthanen derer Land- und anderer mittelbaren Commenthure reſp. des Johanniter- und Maltheſer-Ordens.

Erbunterthanen hingegen ſeynd diejenige, welche ihrem Gutsherrn erblich zuſtehen, und dahero entweder bey ſeinere Nachkommenſchafft verbleiben, oder auch von ihme, auf ein Landesverfaſſungs-mäßige Weiſe, nach freyem Belieben, an Andere veräuſſert werden können.

4. Hauptſächlich aber iſt in Anſehung der Freyheit oder Leibeigenſchafft, und übrigen davon abhangenden Gerechtſamen zwiſchen denen mittelbaren Unterthanen ein wichtiger Unterſchid; davon ich, über das, was ſchon bereits dißfalls gemeldet worden iſt, nur noch folgendes bemercken will.

§. 6.

Rechte ꝛc. in Anſehung des Landesherrns.

Derer Landſaſſen Unterthanen Rechte in Anſehung des Landesherrns beſtehen, ſchon berührter maſſen, hauptſächlich darinn, daß ſie, in gehöriger Ordnung, ihren Recurs an denſelbigen nehmen dörffen, wann ſie ſich von ihrer Gutsherrſchafft wider die Gebühr beſchweret zu ſeyn erachten:

Und die Landesherrſchafft iſt ebenfalls befugt und ſchuldig, derer Landſaſſen Unterthanen bey ihren Gerechtſamen im geiſt- und weltlichen zu ſchüzen, ſie dabey handzuhaben, und ihnen darzu behülfflich zu ſeyn, mithin die Gutsherrſchafft zu ihren Pflichten gegen ihre Unterthanen anzuhalten.

Ja ſelbſt der Landesherr darff ihnen nichts ungebührliches zumuthen; widrigen Falles können ſie denſelbigen gehöriger Orten belangen.

Die Pflichten derer Guts-Unterthanen aber beſtehen in eben denen Stücken, wie anderer Unterthanen auch, daß ſie ſeinen Landesherrlichen Geboten gehorchen, das verbotene unterlaſſen, ihme leiſten, was ſich nach ihres Landes- oder Orts Verfaſſung gebühret, u. ſ. w.

§. 7.

In Anſehung des Gutherrns ſeynd ſeiner Unterthanen Gerechtſame überhaupt, daß er ſie nicht weiter treiben, oder ihnen mehr zumuthen darff, als ſeine Rechte und ihre Schuldigkeit mit ſich bringen: Und Gutherrns.

In Religions- und Kirchenſachen darff kein Gutsherr a) ſeinen Unterthanen, wider ſeinen Willen, zu einer anderen Religion nöthigen.

b) Wann der Unterthan freywillig die Religion ändern und eine andere im Reich erlaubte annehmen will, kan der Gutsherr ihn nicht daran hindern.

c) Wann der neuangenommenen Religion keine öffentliche oder privat-Uebung im Land geſtattet wird, und der Unterthan will, um die freye Religions-Uebung zu haben, auſſer Landes ziehen, kan der Gutsherr ihn nicht davon abhalten, wann der Unterthan auch gleich leibeigen wäre.

d) Noch vilmehr alſo muß ein Gutsherr ſeine Unterthanen 1. bey der öffentlich- oder privat-Uebung der Religion belaſſen, welche ſie im Jahr 1624. (allenfalls auch nur in einem Theil des Jahres,) beſeſſen; ſo auch 2. bey allen Kirchen und Schulen ꝛc. und deren Gefällen, auch anderen Rechten, die ſie den 1. Jan. 1624. innegehabt haben.

In Juſtizſachen muß a) der Gutsherr ſelbſt ſeinen Unterthanen vor der Landesherrſchafft zu Recht ſtehen.

Anno 1772. ergienge zu Wien ein Kayſ. Königl. Verordnung wegen des gerichtlichen Verfahrens in denen zwiſchen Herrſchafften und Unterthanen obwaltenden Streitſachen (1).

b) Muß der Gutsherr ſeinen Unterthanen in denen ſich zu ſeiner Gerichtbarkeit qualificirenden Fällen die Juſtiz auf eine Reichs- und Verfaſſungsmäßige Weiſe angedeyhen laſſen.

c) So können auch die Unterthanen von ſeinen und der Seinigen gerichtlichen Sprüchen an die Landesherrſchafft appelliren.

Graf Rudolf Chriſtian zu Oſtfrießland lieſſe An. 1626. in eine Erklärung einflieſſen: „Brüch-(Straf-) und Criminal-Sachen belangend, ſollen zwar Herrn-Hofrichter und Aſſeſſoren denen von Adel in ihren Herrlichkeiten, wie auch der Statt Em-

4) B 3 den

(1) ſ. Wiener Realzeit. 1772. S. 234.

den an ihren Privilegien, keinen Eintrag thun: Aber, in gleichen Fällen, da von den Ständen des Reichs kan appelliret, oder die Sache per viam Nullitatis an das Cammergericht gebracht werden, mögen Herrn Hofrichter und Aſſeſſoren auch Proceß erkennen und ausgehen laſſen; welchen die vom Adel und Statt Emden ſich zu accommodiren ſchuldig ſeyn ſollen; nicht weniger als in andern civil- und Schuldſachen, in welchen, wenn appelliret und Inhibition ausgegangen und inſinuiret, ſie nicht Macht haben ſollen, zur Execution, oder Niderlegung der zuerkannten Summen, ſpreta Inhibitione, zu ſchreiten."

In Militarſachen hat ein Gutsherr ſeinen Unterthanen ordentlicher Weiſe nichts weiter zu befehlen, als daß er die Landesherrliche Verordnungen zum Vollzug bringt.

Von Steuerſachen, ſo auch, was Accis, Zoll, Umgeld, Weggeld, und alle andere Gattungen von Geldabgaben betrifft, iſt eben diſes zu ſagen.

Der Gutsherr darff auch ſeine Unterthanen zu keinen Natural-Abgaben an Korn, Wein, Obst, Heu, Stroh, Vieh rc. unter keinerley Namen und Vorwand weiter anhalten, als er auf eine rechtmäßige Weiſe hergebracht hat, oder von neuem erlanget.

In Policeyſachen ſeynd die Unterthanen ihrem Gutsherrn keinen mehreren Gehorſam ſchuldig, als ſo weit ſich ſeine Gerechtſame darinn nach der Reichs- und Landesverfaſſung, oder auch habenden beſonderen Freyheiten, oder obhandenen beſonderen Verträgen erſtrecken.

Eben diſes gilt auch in Anſehung der Unterthanen Gerechtſamen, ſo vil ihre Perſonen und Vermögen betrifft.

Namentlich ſollen und dörffen auch die etwa ſchuldige ungemeſſene Frohndienſte nicht ſo weit erſtrecket werden, daß der Unterthanen Geſundheit, Nahrung, Feldbau, Viehe, u. d. wider die Billigkeit darunter Noth litte.

In dem Chur-Bayriſchen Mandat über die Landſchafftliche Gravamina von 1660. liſet man: „Dann iſt Uns durch den Stand der Prälaten, Stifft- und Clöſtern, ‥‥ demüthigſt geklagt worden, daß etliche Vogt- und Gerichtsherren ihre Unterthanen mit den Scharwercken und anderen Bürden mercklich überlegen, an theils Orten die Scharwerck und das Geld zugleich

einfordern, anderwärts aber der Stiffter und Clöſter Unterthanen gegen ihren eigenen nicht in gleiche Verrichtung ziehen, ſondern einen vor dem andern cum exceſſu zur Scharwerck anhalten: Dieweil aber ſolches nicht recht, ſondern wider alle Billigkeit laufft; alſo haben Wir auch die gnädigſte Verordnung gethan, daß auf dergleichen einlangende Klagen die Gebühr und Billigkeit auf das ſchleunigſte und ohne allen Reſpect verhandelt werde. "

In Anſehung der Erde, des Waſſers, u. ſ. w. muß der Gutsherr ſeinen Unterthanen alles das angedeyhen laſſen, was die Reichs- und Landes- wie auch jeden Diſtricts oder Orts legale Verfaſſung allen Menſchen von ihrer angebohrenen urſprünglichen Freyheit übrig gelaſſen hat.

Zu diſen Gutsherrlichen Pflichten, worzu ſie das ſtrenge Recht auch wider Willen verbindet, kommet ſo dann auch das, worzu Menſchlichkeit und Chriſtenthum einen Gutsherrn, nach Zeit und Umſtänden, anweiſen. Z. E.

In ein Chur-Bayriſches Mandat von 1770. 22. Sept. floſſe ein: Der Churfürſt hoffe, daß ein jeder ſeinem Nächſten, ſonderbar aber die Grundherrſchafften ihren Unterthanen, wo nicht aus Antrieb ihres eigenen Intereſſe, doch aus chriſtlicher Liebe, mit dem benöthigten Saamen- und Speis-Getraide auf alle mögliche Weiſe beyzuſpringen ſuchen werden.

Der Unterthanen Pflichten gegen die Gutsherrſchafft endlich ſeynd die nemliche, wie gegen den Landesherrn, Liebe, Ehrerbietung und Gehorſam, ſo weit ſich ihrer unmittelbaren Obrigkeit Befugſame erſtrecken.

§. 8.

Freyen Unterthanen ſolle nichts, was ihre Perſonen betrifft, angemuthet werden, ſo nur bey denen Leibeigenen Plaz greiffet. Beſondere Rechte ꝛc. der Freyen,

Derer freyen Unterthanen Güter dörffen von der Gutsherrſchafft ebenfalls mit keinen neuerlichen Laſten beleget werden.

Und eben ſo wenig darff die Grund- oder Gutsherrſchafft ihnen, auf eine ungebührlich- und widerrechtliche Weiſe, derſelbigen Erwerbung, Genuß, übrige Verwaltung, auch Verpfänd- Veräuſſer- und Vererbung, erſchweren.

Anno

Anno 1770. 31. Maj. ſprache der Reichs-Hofrath: Ein Freyherr von Helmſtätt habe zu geſtatten, daß eine von der ganzen Gemeinde Hochhauſen aufgenommene und von ihme confirmirte Schuld, worzu demnach alle und jegliche Eingeſeſſene, als zu einem onere Communitatis, mit zu concurriren hätten, aus denen Communwaldungen nach und nach, dem Gutachten zweyer vereydeten Forſtverſtändigen gemäß, abgetragen werde.

§. 9.

Und Leibeigenen.

Die Leibeigenſchafft über der Unterthänen Perſonen darff auf keinen höheren Grad getriben werden, als nach jeden Landes oder Orts Herkommen verantwortlich iſt; und auch denen menſchlichen Geſezen nach darff die Menſchlichkeit gegen dergleichen unglückliche Perſonen nicht hintangeſezet werden.

In Anſehung derer denen Leibeigenen überlaſſenen Gütern, und der Beſchwerden davon, ingleichem ihres übrigen Vermögens, darff die Gutsherrſchafft ihre Rechte ebenfalls nicht höher treiben, als ſie ſich würcklich erſtrecken.

Die beſondere Pflichten endlich derer Leibeigenen Unterthanen, ſo ihnen vor anderen Unterthanen obligen, ſeynd hauptſächlich diſe: 1. Daß ſie ihrer Leibherrſchafft ihren und der Ihrigen Leib nicht entwenden; 2. Daß ſie die ihnen eingegebene Herrſchafftliche Güter mit eben ſolcher Treue bauen, als wann ſie ihnen eigen wären; 3. daß ſie, auf der Herrſchafft Verlangen, derſelbigen die Güter wieder abtretten, welche die Gutsherrſchafft nach freyem Belieben wieder an ſich zu ziehen berechtiget iſt.

Beyſpile von allem diſem ſeynd ſchon oben vorgekommen.

Von denen im Hochſtifft Hildesheim befindlichen, dem Domcapitul, dem Stifft St. Michaelis und Anderen zuſtändigen Leib- und Halseigenen ſehe man H. Vicec. STRUBEN (1).

(1) in ſeiner rechtl. Bedenck. 4. Theil. S. 37.

BIBLIOTHECA REGIA MONACENSIS.

Regiſter

über den Tractat:

Von der Teutſchen Unterthanen Rechten und Pflichten.

A.

Abänderung, der Bezircke 149

Abſchide; ſ. Landtagsabſchide.

Accis, der Landſtätte 230

Adel; ſ. auch; Ahnen. der Johanniter-Ritter 354. Von demſelben überhaupt 380

Adeliche Güter. 426

Aehnlichkeit, mit dem Adel 396

Aemter; Kayſers Recht, U. zu geben 28

Ahnen; ſ. auch: Adel; der Canicorum 293. der Johanniter-Ritter 354. überhaupt davon 387

Amtsadel 391

Angenommene Unt. 6

Anlagen; ſ. Steuern.

Anlegung, neuer Güter 459

Annahm, der Unterthanen 4. der Burger 188. der Grundunterthanen 523

Anzahl; ſ. Zahl.

Appellationen; von Landſtätten 209

Arten, ein Unterthan zu werden 13

Aufhörung, ein Unterthan zu ſeyn 7

Aufnahm, der Johanniter-Ritter 356. der Teutſchen Herrn 369

Ausſchüſſe, landſchafftliche 96. der Burgerſchafften 190

Austrettung, der Leibeigenen 507. der U. 560

Auswärtige; Machten; der U. Rechte in Anſehung derſelben und ihrer Unterthanen 56. Gleichſtellung der Auswärtigen mit den Eingebohrenen 513

B.

Balleyen, des Teutſchen Ordens 371
Bauern; von denſelben 475. Baurengüter 482
Beamte, der Bezirke 150
Bediente, Landſchafftliche 99. der Bezircke 151. der Stätte 186. der anderen Communen 242. der Capitul 304. des Johanniter-Ordens 367. Herrſchafftliche 464. der Landſaſſen 561
Befreyte U. 6
Beſchwerden, der U. gegen ihre Landesherrſchafft 41. perſönliche der U. 73. ihres Vermögens 82. der Bezircke 152. der Communen gegen die Landesherrſchafft 244. der geiſtlichen Güter 345. bürgerliche 471. der Bauern 481. der Baurengüter 487. der Leibeigenen 504
Beſchwerung, des Vermögens der U. 83. der Landſaſſen Güter 456
Beſiz, landſäßiger Güter Rechte 450
Beſizer; Gattungen der Güter in Anſehung deren 77
Beſtättigung, Kayſerliche der U. Freyheiten 22
Beſteurung; ſ. Steuerſachen.
Beſtrafung, der Capitularen 313. der Johanniter-Ritter 362. der Teutſch-Ordens-Ritter 379
Beweis, der Unterthänigkeit 4
Beyſaſſen 472
Bezircke; der ganzen Rechte 147
Biſchöffe, landſäßige 277
Braurecht, des Adels 445
Brieffadel 390
Bücherſachen; Kayſerliche Rechte darinn 36
Bündniſſe, der Landſtätte. 236
Burger; deren Annahm 188. 461. überhaupt davon 460. gemeine 464. ihre Rechte, als Burger 465
Burgerliche Güter 474
Burgerlicher Stand 459
Burgerſchafft, deren Ausſchüſſe 190

C.

Camerale. Rechte des Kayſers darinn in Anſehung der U. 24. Rechte der Teutſchen U. in Anſehung des Auswärtigen 62. der Landſaſſen 445
Cammergericht. (Reichs-) Der U. Rechte in Anſehung deſſen 41
Canonicate; deren Vergebung 297
Canonici; ſ. Capitul.
Capitul 277
Capitulsgüter 341
Capitulstäge 304
Caſſen; ſ. Landcaſſen.
Catholiſche; ſ. auch: Clerus; deren Kirchengüter 341
Ceremoniel, gegen Landſtände 115
Ceßion, der Landesherſchafft über Geiſtliche 339
Citirung der Geiſtlichen Unterthanen 346
Claſſen; ſ. Gattungen.
Clerus; ſ. auch: Geiſtliche. Evangeli-

geliſcher Clerus 275. catholiſcher 276
Clöſter ꝛc. 328
Cloſtersgüter 342
Collegia, von U. 7. Reichsſtändiſche; der U. Rechte in Anſehung deren 40. der Landſaſſen, geiſtliche 560. weltliche 561
Commenden, des Johanniter-Ordens 361. des Teutſchen Ordens 371
Communen. 7. Ueberhaupt von ihnen 160. 237
Confirmation; ſ. Beſtättigung.
Conſervatorien, Kayſerliche für U. 23
Convente; ſ. particular-Conv. Reichs ꝛc. Zuſammenkünffte.
Corpora, Catholicorum & Evangelicorum; der U. Rechte in Anſehung deren 39. Corpora von U. 6. 85
Crayſe; (Reichs-) der U. Rechte in Anſehung deren 40
Creuzorden 380
Crönung, des Kayſers 16

D.

Dames (Stiffts-); ſ. Weibliche Stiffter.
Dienſte; ſ. auch: Militardienſte; der U. 74. von Bauerngütern 490
Diplomatiſcher Adel 390
Diſpoſition, über Baurengüter 487
Dörffer 238. der Grundherrſchafften Rechte über ſie 548
Domcapitul; ſ. Capitul.
Domdechante 299
Domeſtiquen; adeliche 418
Dominium eminens; über der U. Perſonen 74. und Güter 85
Domprööbſte. 299
Druckfreyheiten. 36

E.

Ehegatten; adeliche 415
Eheſachen; ſ. auch: Heurathen; der Landſtätte 197
Ehlen; Recht der Landſtätt dabey 234
Ehliche U. 6
Ehrerbietung, der U. gegen dem Kayſer 19
Ehrlichmachung 29
Eigenſchafften, der Landſtände 92. der Canonicorum 285. der Johanniter-Ritter 354. der Teutſchen Herrn 368
Eingebohrene 510
Einkünfften; ſ. Gefälle.
Einträgliche Rechte der Gutsherrſchafften 543
Erblich, ob aller Adel ſeye? 387
Erbrecht, der Geiſtlichen 338
Erbſchafften; der U. Rechte darinn 72. der Johanniter-Ritter 363. der Teutſch-Ordens-Ritter 379. derer von Adel 418
Erde; Kayſers Rechte dabey in Anſehung Teutſcher U. 37. Rechte

te der Teutſchen U. in Anſehung auswärtiger U. 66. der Landſaſſen 447
Erneuerung des Adels 426
Erwerbung, des Vermögens; der U. Rechte dabey 80. geiſtlicher Güter 342. adelicher Güter 432. Baurengüter 486
Erzbiſchöffe, landſäßige 277
Evangeliſche; ſ. Clerus. deren Kirchengüter 340

F.

Famæ reſtitutio 29
Familien; adeliche 418
Feldgüter; ſ. Grundſtücke.
Fiſcus, der Landſtätte 220
Flecken 238
Forſtweſen; Rechte der Landſaſſen darinn 447
Forum; ſ. Gerichtsſtand.
Fremde; ſ. Auswärtige.
Freye U. 6. Freye Leute, ob die Bauren ſeyen 477. Rechte der freyen U. 567
Freyer Zug; ſ. Zug.
Freyheiten; ſ. auch: Localfreyheiten; Privilegien. Kayſers Beſtättigung der U. Freyheiten 22. der U. Freyheiten 44. deren Verſicherung 48. Verlezung 54. der Stiffter 303. des Johanniter-Ordens 358

G.

Ganerbſchafften 262
Gattungen; der U. 5. der Güter der U. 75. des Vermögens 78. der Landſtände 92. der Bezircke 148. der Communen 162. der Stätte 165. der Geſellſchafften der U. 262. der Zünfften 268. der Domcapitul 280. der Canonicorum 284. der Capitularen 299. der Johanniter-Ritter 352. des Adels 385. 395. der adelichen Güter 430. des Burgerſtandes 461. der Burger 466. bürgerlicher Güter 475. der Bauern 478. der Baurengüter 484. der Leibeigenen 503. beſondere Teutſcher Unterthanen 508. der mittelbaren 563
Gebäude, der Bauern 483
Gebohrene U. 6
Gebrauch; ſ. nicht-Gebrauch.
Geburt; ſ. auch: Ahnen; der Johanniter-Ritter 354. Geburtsadel 387
Gefälle; der Landſtätte 217. der Capitul 307
Gehorſam; des Kayſers Anhaltung der U. darzu 18. der U. gegen den Kayſer 19
Geiſtliche; ſ. auch: Clerus; Ritterorden; von ihnen überhaupt 272
Geiſtliche Collegia, der Landſaſſen 560
Geiſtliche Güter 339
Geiſtlicher Stand; der Johanniter-Ritter 358. der Teutſchen Herrn 370
Geldabgaben, von Bauerngütern 488

Gelehrte, Geſellſchafften 264. der Gel. Rechte 463
Gemahlin; ſ. Ehegatten.
Gemeinden; ſ. Communen.
Gemeine Rechte; ſ. Rechte.
Gemeinſchafftliche Unterthanen 5. 514
Gerechtſame; ſiehe auch: Rechte. Obſicht auf die Gemeindgerechtſamen 244
Gerichtbarkeit; der Landſtätte 202. der Grundherrſchafften 527
Gerichtsſtand; der Landſtände 116. der Landſtätte 201. der Geiſtlichen 337. in Anſehung ihrer Güter 342. der Teutſch-Ordens-Commenden 379. derer von Adel 411
Geſellſchafften; der U. 85. 262.
Geſeze; ſ. Landesgeſeze; Reichsgeſeze; Statuten.
Gewicht; Recht der Landſtätte dabey 234
Gleichſtellung; mit den Burgern 470. mit den Eingebohrenen 513
Gnadenſachen; Rechte des Kayſers darinn in Anſehung der U. 24. Rechte der Teutſchen U. in Anſehung Auswärtiger 64. der Landſaſſen 446
Gnadenzeichen, für Geiſtliche 336
Graduirte; deren Rechte 396. 463
Gränzſachen, geiſtlicher Güter 345
Grundherrſchafften 516. ihrer U. Rechte in Anſehung derſelben 565
Grundſtücke; der Bauern 484
Grundunterthanen 562
Güter; Rechte der U. in Anſehung derſelben 74. der Landſtätte 217. G. kauff der Landſtätte 236. der Communen 243. der Geiſtlichen 339. des Johanniter-Ordens 359. der Teutſchen Herrn 370. adeliche 426. bürgerliche 474. der Bauern 482. der Gutsherrn Rechte über ihrer U. Güter 557
Gutsherrſchafften; ſ. Grundherrſchafften.
Gutsunterthanen; ſ. Grundunterthanen.

H.

Handlungsſachen; Rechte der Teutſchen U. darinn in Anſehung Auswärtiger 63. Rechte der Landſtätte darinn 234. Handlungsgeſellſchafften 264. Rechte der Landſaſſen 446
Handwercker; ſ. auch: Zünfften. Rechte der Landſtätte darinn 235. der Landſaſſen 446
Häupter, des Johanniter-Ordens 350
Herkommen, beſonderes, eine Norm 11. ſ. auch: Reichsherkommen.
Herrenmeiſterthum 352
Herrn; mehrerer Unterthanen 3
Herrſchafft, obriſte; ſ. *Dominium*
Heurathen; ſ. auch: Eheſachen; der U. Rechte darinn 72. derer von Adel 413
Hinterſaſſen 562

Höfe, Hofgüter; 260
Hofſtaat, des Kayſers 16
Hoher, Adel 392
Honoratiores, bürgerliche 462
Huldigung, der Landſtätte 194

J.

Jagd, der Landſtätte 221. der Landſaſſen 448
Jeſuiten 335
Impoſten; ſ. Steuern.
Johanniter-Orden 350
Juden; Rechte der Teutſch-Ordens-Commenden in Anſehung derſelben 378. überhaupt von ihnen 514. ihre Annahm 555
Juriſdiction; ſ. Gerichtbarkeit.
Juſtiz. Rechte des Kayſers darinn in Anſehung der U. 22. Recurs der U. darinn an Ausländer 160. Rechte der U. darinn 71. der Landſaſſen 443

K.

Kayſer; der U. Rechte und Pflichte in Anſehung ſeiner 15. der R. Stände Unt. ſeynd auch ſeine U. 16
Kennzeichen, eines Unterthanens 3. des Adels 384. der Leibeigenen 501
Kinder, adeliche 415
Kirchengüter 339
Kirchenſachen; ſ. auch: Religion. der Landſtätte 196. der adelichen Güter 438
Kleidung, der Teutſchen Herrn 369

L.

Lagerbücher, eine Norm 10
Landesbeſchwerden 116
Landescaſſen; Rechnungen 137
Landesfreyheiten; ſ. Freyheiten.
Landesgeſeze; eine Norm 12
Landesherrn; der U. Rechte und Pflichten in Anſehung deren 42. Rechte in Anſehung der Geſellſchafften in ſeinem Land 265. Streitigkeiten mit ihrem Adel 421. der Grundherrſchafften Rechte in Anſehung ſeiner 517. der Grundunterthanen 564
Landesherrſchafft. Deren Ceßion über Geiſtliche 339
Landeskinder; deren Rechte 512
Landesmatriculn; ſ. Matriculn.
Landesregierung; ob die Capitul Antheil daran haben 305
Landesſchulden; 136
Landesverträge; eine Norm 10
Landmarſchallen 95
Landräthe ꝛc. 95
Landſaſſen 7
Landſchafftliche Perſonen; ſ. auch: Bediente. Deren Sicherheit 147
Landſtände, 87. ihre Rechte 101
Landſtandſchafft; deren Verbin-

bindung mit dem Beſiz adelicher Güter 441
Landtäge; 138
Landtagsabſchide 143
Layenherrenpfründen 28
Legitimation, ad honores 29. der Unehlichen 31
Lehen; ſ. Reichslehen. Rechte der Teutſchen U. darinn in Anſehung Auswärtiger 67. der Geiſtlichen 342
Lehenleute 514
Leibeigene U. 6. Mehreres von ihnen 493. der leibeigenen Grunduntertbanen Rechte 568
Localfreyheiten, eine Norm 9
Loslaſſung, der Leibeigenen 506

M.

Maaß; Rechte der Landſtätte dabey 134
Machten; ſ. auswärtige.
Märckerſchafften 263
Magiſtrat, der Stätte 176
Maltheſer; ſ. Johanniter.
Manumißion; ſ. Loslaſſung.
Marcktflecken 237
Marcktrecht, vom Kayſer ertheilt 29
Matriculn, der Landſtände 95
Mehrerer Herrn Unterthanen 3
Meß; Rechte der Landſtätte dabey 134
Meſſenrecht, vom Kayſer ertheilt 29
Militarſachen; Kayſers Rechte darinn in Anſehung der U. 23. Rechte der Teutſchen U. in Anſehung Auswärtiger 61. der U. Rechte darinn 72. Militardienſte der U. 73. Mil. der Landſtätte 210. der Landſaſſen 443. der Grundherrſchafften 541
Mißbrauch, der Kayſerlichen Privilegien 32
Mittelbar; ſ. auch: Unmittelbar; Unterthanen. Unt. 5. 563
Moratorien; Kayſerliche für U. 23

N.

Nahrung, der Landſtätte 231
Natur, der bürgerlichen Güter 475
Naturalien-Abgaben, von Bauerngütern 488
Nichtgebrauch, der Rechte 15. des Adels 425
Niderer Adel. 394
Niderlegung, alter Güter 459
Norm, in Beurtheilung der U. Rechten und Pflichten 9

O.

Obrigkeiten; ſ. Unterobr.
Obriſte, Herrſchafft; ſ. *Dominium.*
Obſicht, auf die Gemeindsgerechtſamen 244
Officianten; ſ. Bediente.

Orden; ſ. Clöſter; Ritterorden.
Ordenshabit; ſ. Kleidung.
Ordensregiment; des Johanniterordens 350. 358. des Teutſchen Ordens 374
Ordenszeichen, der Johanniter-Ritter 357

P.

Pabſt; vergibt Canonicate. 297
Panisbrieffe 28
Particular-Convente, der Landſtände 145
Patricien, in Landſtätten 188. überhaupt 396
Perſonelle Unterthanen 5. Rechte und Pflichten der Teutſchen U. 67. Beſchwerden 73. beſonders der Baurengüter 488
Perſonen; ſ. auch: Landſchafftliche. der U. Kayſers Rechte dabey 36. Rechte der Teutſchen U. in Anſehung auswärtiger U. 65. ihrer eigenen Perſonen 67. der adelichen Vorrechte 405. 434. der Landſaſſen Rechte über ihrer U. Perſonen 443. u. f. der Grundherrſchafften 551
Pfahlburger 472
Pflichten, der U. in Anſehung des Kayſers ꝛc. 16. des Landesherrns 42. der Landſtände 110. der Grundherrſchafften 561
Policey; Kayſers Rechte darinn in Anſehung der U. 35. Rechte der Teutſchen U. in Anſehung Auswärtiger 63. nidere der Landſtätte 233. Pol. Geſellſchafften 264. Rechte der Landſaſſen 445. der Grundherrſchafften 545
Prälaturen; bey denen Stifftern 299
Prälaturengüter 342
Preces primariæ. 28
Privilegia impreſſoria. 28
Privilegien; ſ. auch: Freyheiten. Kayſerliche für U. 18. der Domcapitul 303. des Johanniter-Ordens 358. des Teutſchen Ordens 375
Profeßionen; ſ. Zünfften.
Protectorien, Kayſerliche für U. 23

R.

Rang, der Geiſtlichen 336
Regul, der Johanniter-Ritter 357. der Teutſchen Herrn 369
Religion; der U. 5. Rechte des Kayſers darinn in Anſehung der U. 21. Recurs der U. darinn an Ausländer 60. Rechte der U. darinn 69. 514. der Landſtätte 194. religioſe Geſellſchafften 264. der Johanniter-Ritter 356. der Gutsunterthanen 523
Rechnungen; ſ. auch: Landescaſſen; der Landſtätte 232
Rechte, der Geiſtlichen, des Adels, der Bürger, Bauern ꝛc. ſ. die Art. Geiſtliche, u. ſ. w. it. Vorrechte; deren nicht-Gebrauch

brauch 14. gemeine Rechte; eine Norm 14
Recurs, Teutſcher U. an Auswärtige 57
Reele; Unterthanen 5. Beſchwerden der Baurengüter 488. u. f.
Regent; ſ. Landesherr.
Regierung; ſ. auch: Landesregierung; quaſi-R. einiger Landſaſſen 442
Regiment; ſ. Ordensregiment.
Reich. Der Unterthanen Rechte in Anſehung desſelben 15
Reichs-Hofrath; der U. Rechte in Anſehung deſſen 41
Reichsherkommen, eine Norm 14
Reichsgerichte; deren Erkenntniſſe eine Norm 13. der Unt. Rechte in Anſehung der höchſten 15. 41. und der nideren 42
Reichsconvent; der U. Rechte in Anſehung deſſen 37
Reichsgeſeze, eine Norm 13
Reichsvicariatsgerichte; der U. Rechte in Anſehung deren 42
Reichsſtände; ſ. Collegia. Der U. Rechte in Anſehung der Reichsſtände 15. in Anſehung einzeler 56
Reichslehen; der U. Rechte in Anſehung deren 41
Richter, in Streitigkeiten wegen der Unterthänigkeit 5. landesherrliche Anruffung deſſelben gegen die U. 43
Ritter, ob vom Adel unterſchiden 395

S.

Schickſale, der Landſtände 91
Schulden, der Stätte 232
Schulen; der Landſtätte 196
Schuz, Kayſerlicher der U. 17. Auswärtiger Teutſcher U. 58. Schuzherren-Annahm der Landſtätte 236
Selbſterhaltung, der Landesherrn gegen die U. 43
Sicherheit der landſchafftlichen Perſonen 147
Sigille, landſchafftliche, 101. der Stätte 187
Staatsrecht, allgemeines; eine Norm 14
Staatsſachen; Rechte des Kayſers darinn in Anſehung der U. 20. der T. Unt. in Anſehung auswärtiger Mächten 57
Stätte; 160. ob auch Leibeigene darinn? 499. der Grundherrſchafften Rechte über ſie 547
Stand; ſ. auch: Adel; Bauern; Bürger; Geiſtliche; Geiſtlicher Stand; der U. 6
Standeserhöhung, Kayſerliche der U. 25
Statthalter, des Johannitermeiſters 353
Stattrecht, vom Kayſer ertheilt 29
Statuten; ſ. auch: Regul; der Landſtätte 198. der Stiffter 302. des Teutſchen Ordens 369
Steuerſachen; ſ. auch: Camerale; Kayſers Rechte darinn in An-

Anſehung der U. 24. der Landſtätte 221. der geiſtlichen Güter 343. der Teutſch-Ordens-Commenden 379. der Landſaſſen 434. der Gutsherrſchafften 542

Stiffter; ſ. **Canonici**; **Geiſtliche**; **Weibliche**.

Stifftungen, bürgerliche 472

Strafen; ſ. **Beſtrafung**.

Streitigkeiten, zwiſchen Landesherrn und ihren U. 41. 43. 54. der Landſtände unter ſich 115. innerliche der Communen 260. der Capitul mit dem Stifftshaupt 308. des Johanniter-Ordens 364. derer von Adel mit den Landesherrn 421

T.

Teſtamente, der Canonicorum 313

Teutſche, eingebohrene; deren Rechte 511

Teutſcher Orden. 367

Teutſchmeiſter. 367

Titul; Kayſers Recht, den U. zu geben 26

Trennung, der Landſtände 94

Treue, der U. gegen dem Kayſer 19

Turbirung, der Landſaſſen verboten 453

U. V.

Venia ætatis. 32

Veräuſſerung, des Vermögens der U. 83. der Landſaſſen Güter 458

Vereinigungen der Landſtände 94

Vererbung; ſ. auch: **Erbſchafft**; des Vermögens der U. 85. der Baurengüter 487

Verfaſſung, der Capitul 282

Vergebung, der Canonicate 297

Vergleiche; ſ. **Verträge**.

Verlezung, der Unt. Freyheiten 54

Verluſt, des Vermögens der U. 84. des Adels 422

Vermögen, der U. Kayſers Rechte dabey 37. Rechte der Teutſchen U. darinn in Anſehung auswärtiger U. 65. Rechte der U. in Anſehung deſſen 74. Sachen, ſo demſelben gleich geſchäzet werden 80. Rechte der Landſaſſen über ihrer U. Vermögen 445. der Gutsherrſchafften 542. u. f.

Verrichtungen, der Canonicorum 304. der Teutſchen Herrn 370

Verſicherung der U. Freyheiten 48

Verträge; ſ. auch: **Landesverträge**; des Johanniter-Ordens 364

Verwaltung des Vermögens; der U. Rechte dabey 81

Vicarien, der Canonicorum 305

Vicarii; (Reichs-) ſ. **R. Vicarii**.

Viſitation, der Teutſch-Ordens-Commenden 373

Unbefreyte U. 6
Unehliche U. 513. ſ. auch: Legitimation.
Univerſitätsrecht, vom Kayſer ertheilt 29
Unmittelbare, ob die Capitul ꝛc. 281. ob die Commenden des Johanniter-Ordens 362. ob die des Teutſchen Ordens 373
Unmittelbare Unterthanen 5
Unterobrigkeiten 517
Unterthänigkeit; deren Beweis 4
Unterthanen; überhaupt von ihnen 1. der Teutſchen U. Rechte in Anſehung auswärtiger U. 56. der Geiſtlichen U. Citirung 346. der Landſaſſen über ihrer U. Perſonen und Vermögen 438. u. f. der Grundherrſchafften über ſie 520
Vorrechte; ſ. auch: Freyheiten; Privilegien. des Adels 398
Vorſtätte 168
Vorſtehere, der Communen 241
Urſprung, der Landſtände 87

W.

Wachs, rothes; Kayſers Recht, es den U. zu erlauben 28
Wahl, des Kayſers 16
Wappen; Recht des Kayſers, den U. zu geben 27. der Stätte 187
Waſſer; Kayſers Rechte dabey in Anſehung der U. 37. Rechte der T. Unterthanen in Anſehung auswärtiger U. 66. der Landſaſſen 450
Waydſachen 492
Weggeld, der Landſtätte 231
Weibliche Stiffter. 313
Weltliche Collegia der Landſaſſen 561
Weyler 241
Wittwen; adeliche 415
Würden; Recht des Kayſers, ſie U. zu verleyhen 28

Z.

Zahl, der Canonicorum 285. der Teutſchen Herrn 369. der adelichen Güter 429
Zehenden 489
Zeitliche U. 7
Zollſachen, der Landſtätte 230
Zug, freyer der U. 73
Zünfften; ſ. auch: Handwercker. Kayſerliche Privilegien für ſie 28. andere Zunfftſachen 36. 268. überhaupt davon 469
Zuſammenkünffte; ſ. auch: Convente. Selbſtige der Landſtände. 146. der Bezircke 151

*** *** ***

Da der Tr. von der T. Unterthanen Rechten an einem von dem Verfaſſer entfernten Ort gedruckt worden; ſo iſt es geſchehen, daß die Columnen-Titul von p. 273. biß 347. falſch ſeynd gemacht worden: Dann von p. 273. biß 337. ſollte es heiſſen: Geiſtliche; und von p. 339. biß 345. Geiſtliche Güter. Eben ſo ſollte von p. 380. biß 426. ſtehen: Adel, und von p. 426. biß 459. Adeliche Güter.

Moser, Johann Jacob,

Johann Jacob Mosers, Königlich-Dänischer Etats-Rath, Von der teutschen Unterthanen Rechten und Pflichten Nach denen Reichs-Gesezen und dem Reichs-Herkommen, wie auch aus denen Teutschen Staats-Rechts-Lehrern, und eigener Erfahrung; Mit beygefügter Nachricht von allen dahin einschlagenden ö ffentlichen und wichtigen neuesten Staats-Geschäfften, so dann denen

Franckfurt und Leipzig 1774

4 J.publ.g. 795
urn:nbn:de:bvb:12-bsb10516329-7
VD18 14510138